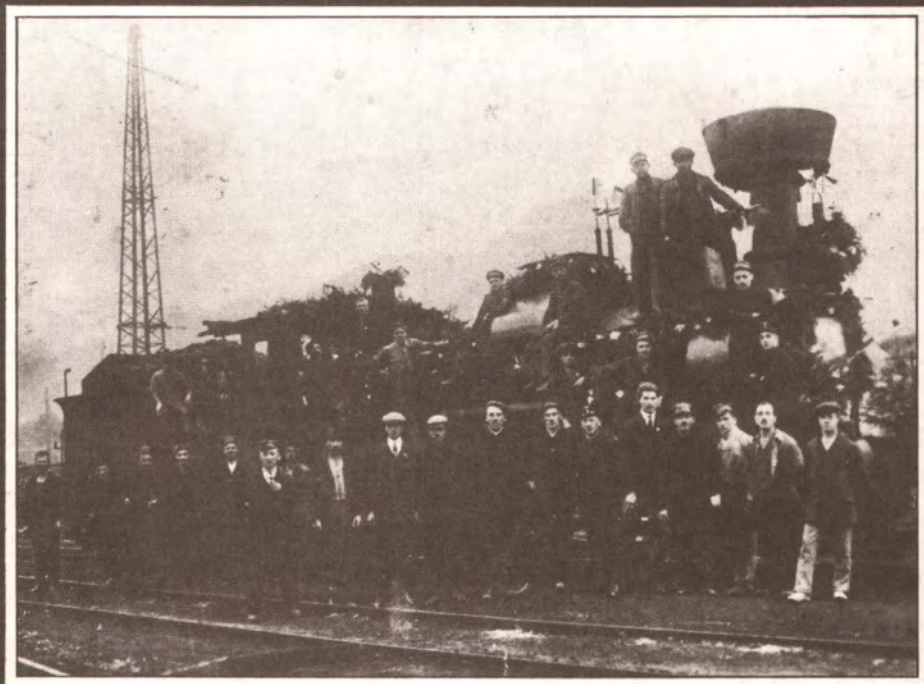


IM PRINZIP: HOFFNUNG

KURT GREUSSING
(HRSG.)

ARBEITERBEWEGUNG
IN VORARLBERG
1870 - 1946



fink's verlag

BEITRÄGE ZU GESCHICHTE
UND GESELLSCHAFT
VORARLBERGS

Kurt Greussing (Hrsg.)

Im Prinzip: Hoffnung

Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946

GEDRUCKT MIT UNTERSTÜTZUNG DES BUNDESMINISTERIUMS
FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG IN WIEN

Ein Großteil der bisherigen Beiträge zur neueren Wirtschafts- und Sozialgeschichte Vorarlbergs hat der Arbeiterschaft dieses Landes, ihren Lebensbedingungen und ihrer politischen Organisation nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Die historischen Lichtgestalten waren initiative Unternehmer und führende Politiker – die Arbeiterinnen und Arbeiter hingegen nicht viel mehr als die fleißigen Wasserträger, das anonyme, geduldige Rohmaterial der industriellen Entwicklung. Doch auch die Arbeiterschaft in Vorarlberg hat durchaus eigen- und bodenständige Formen der kulturellen und politischen Organisation gefunden, die sie oft genug in Konflikt mit den herrschenden Verhältnissen brachten.

Der Sammelband befaßt sich also mit einer Seite der Vorarlberger Landesgeschichte, die bisher oft einfach überblättert worden ist. In zehn Beiträgen wird die politische Entwicklung der Vorarlberger Arbeiterschaft untersucht – von den um 1870 entstehenden Arbeiterbildungsvereinen über die Organisation in Parteien und Gewerkschaften ab den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, die Konflikte in der Ersten Republik, die sozialen und politischen Handlungsbedingungen für Arbeiterinnen und Arbeiter während der austrofaschistischen Zeit 1934–38 und während der nationalsozialistischen Herrschaft 1938–45, bis zum demokratischen Neuanfang von Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1945/46.

IM PRINZIP: HOFFNUNG

KURT GREUSSING
(HRSG.)

ARBEITERBEWEGUNG
IN VORARLBERG
1870 – 1946



fink's verlag

BEITRÄGE ZU GESCHICHTE
UND GESELLSCHAFT
VORARLBERGS

© dieser Ausgabe fink's verlag, Bregenz 1984

Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Luger-Grafik, Dornbirn

Titelmotiv: Lokomotive im 1.-Mai-Schmuck, Bahnhof Bludenz, Mitte
der zwanziger Jahre

Druck und Bindung: A. Wenin, Dornbirn

Printed in Austria

ISBN 3-900438-07-9

Inhalt

SIGLENVERZEICHNIS	7
Kurt Greussing EINLEITUNG – ARBEITERBEWEGUNG IN VORARLBERG: TRADITIONEN, BRÜCHE, NEUANFÄNGE	9
Gerhard Oberkofler ANFÄNGE – DIE VORARLBERGER ARBEITERBEWEGUNG BIS 1890 VOM ARBEITERBILDUNGSVEREIN ZUR ARBEITERPARTEI	22
Reinhard Mittersteiner WACHSTUM UND KRISE – VORARLBERGER ARBEITERBEWEGUNG 1890–1918	73
Robert Sutterlütti ITALIENER IN VORARLBERG 1870–1914: MATERIELLE NOT UND SOZIALER WIDERSTAND	133
Werner Dreier KONJUNKTUR DER HOFFNUNG – VORARLBERGER ARBEITERBEWEGUNG 1918–1934	158
Reinhard Johler "JEATZT WÜRDS HEALL, JEATZT WÜRDS LIACHT" SOZIALISTISCHE MAIFEIERN IN VORARLBERG 1890–1933	225
Gernot Egger INTEGRATION UND WIDERSTAND VORARLBERGER ARBEITERBEWEGUNG IM AUSTROFASCHISMUS 1934–1938	259
Meinrad Pichler "DEUTSCHES LEBEN HEISST ARBEIT" ARBEITEROPPOSITION IN VORARLBERG WÄHREND DER NS-ZEIT	281
Hermann Brändle / Gernot Egger ROHSTOFF MENSCH: FREM DARBEITER UND KRIEGSGEFANGENE IN VORARLBERG	299

Harald Walser	
ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT: DER NATIONALSOZIALISMUS UND DIE VORARLBERGER ARBEITERSCHAFT	308
Kurt Greussing	
SCHICHTWECHSEL - VORARLBERGER ARBEITERBEWEGUNG IM NEUANFANG 1945/46	341
AUTORENVERZEICHNIS	358
BILDQUELENNACHWEISE	359
NAMENS- UND FIRMENREGISTER	362

Siglenverzeichnis

AB	Arbeiterblatt
ATSV	Arbeiter-Turn- und Sport-Verein
AVA	Allgemeines Verwaltungsarchiv Wien
AZ	Arbeiter-Zeitung
BA	Bundesarchiv
BH	Bezirkshauptmannschaft
CVP	Christlichsoziale Volkspartei
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DÖW	Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (Wien)
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
LGF Vr	Akten des Landesgerichts Feldkirch mit Vr-Nummer (während der NS-Zeit: Landgericht Feldkirch)
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PolBer	Polizeibericht
RS	Revolutionäre Sozialisten
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
SDAP(Ö)	Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Österreichs)
SPÖ	Sozialistische Partei Österreichs
StAbI	Stadtarchiv Bludenz
StABr	Stadtarchiv Bregenz
TLA	Tiroler Landesarchiv (Innsbruck)
TZ	Tageszeitung
VL	Vorarlberger Landeszeitung
VLA	Vorarlberger Landesarchiv (Bregenz)
VLB	Vorarlberger Landesbibliothek (Bregenz)
VLReg. Prs.	Vorarlberger Landesregierung, Präsidialakten (im Vorarlberger Landesarchiv)
VLSS	Vorarlberger Landtag, Stenographische Sitzungsberichte

VN	Vorarlberger Nachrichten
VT	Vorarlberger Tagblatt
VV	Vorarlberger Volksblatt
VVW	Vorarlberger Volkswille
VW	Vorarlberger Wacht
VWSSt	Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik
VZ	Volkszeitung

Einleitung – Arbeiterbewegung in Vorarlberg: Traditionen, Brüche, Neuanfänge

Das Thema des vorliegenden Sammelbandes ist "Arbeiterbewegung in Vorarlberg" – ohne bestimmten Artikel. Das hat einige gute Gründe.

ARBEITERKLASSE IN BEWEGUNG – BEWEGUNGEN DER ARBEITERKLASSE

Damit Menschen über längere Zeit gemeinsam politisch handeln, braucht es nicht allein ähnliche gesellschaftliche Erfahrungen und materielle Interessen. Es bedarf vielmehr auch eines "Weltbildes", das solche Erfahrungen und Interessen aufnimmt, sie erklärt und für soziales Handeln Sinn und Hoffnung bereitstellt. Der hungrige Bauch allein bewirkt höchstens den Versuch, durch kurzfristiges Handeln satt zu werden. Erst wenn solches Handeln durch ein Weltbild einen Sinn bekommt, der über das unmittelbare Interesse hinausweist, werden Momente wirksam, die für die Entstehung sozialer Bewegungen unabdingbar sind: Solidarität, Opferbereitschaft, Disziplin, Ausdauer. Weltbilder entwickeln sich natürlich nicht unabhängig von Interessen – aber sie stellen die Weichen für die Erklärung dieser Interessen, somit für gesellschaftliches Handeln und schließlich für die Richtung einer sozialen Bewegung. Der Vorarlberger Arbeiterschaft wurden während der intensiven Industrialisierung im 19. Jahrhundert und in den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts im wesentlichen zwei solche Weltbilder angeboten: das sozialistische, das aus einer Umwälzung der bestehenden Eigentumsverhältnisse eine völlig neue Gesellschaftsordnung anstrebte – solidarisch, egalitär, die Produktionsmittel in der Hand der unmittelbaren Produzenten; und das konservativ-katholische bzw. christlichsoziale Weltbild, das die Rückkehr zur "gerechten Ordnung" und zu einer "natürlichen" Hierarchie der Verantwortung – eine Idealisierung der ständischen Gesellschaft des vorindustriellen Zeitalters – als Gegenentwurf zur

kapitalistischen Industrialisierung propagierte, als Gegenentwurf vor allem auch zu deren Folgeerscheinungen wie der Auflösung traditioneller sozialer Bindungen (Familie, Verwandtschaft, Dorf), der Entwurzelung des einzelnen und dem allgemeinen Zerfall von Sitte und Moral.

Freilich fällt die Entscheidung des einzelnen Arbeiters für ein solches Weltbild nicht wie ein Kaufentschluß im Selbstbedienungsladen. Da spielen kulturelle Traditionen, die Einbindung in bestimmte Gemeinschaften, individuelle Lebensgeschichten, der Einfluß von Führungspersönlichkeiten und charismatischen Propagandisten eine Rolle. Überwiegend waren es die wandernden und zugewanderten Arbeiter Vorarlbergs, die zur Annahme des sozialistischen Weltbilds tendierten, während die einheimische Arbeiterschaft - soweit sie ökonomisch oder kulturell im dörflichen Milieu eingebunden blieb - der katholisch-konservativen bzw. christlich-sozialen Bewegung anhing. Das ist nur eine grobe Zuordnung, und sie folgte sicherlich keinem Automatismus nach der Gleichung: zugewandert = sozialdemokratisch und einheimisch = christlich-sozial.

Die unterschiedlichen Weltbilder bestimmen nicht nur die Richtung, sondern auch die Dynamik einer sozialen Bewegung. Die sozialistische Bewegung trat - zumindest programmatisch - gegen das Ganze der bestehenden Verhältnisse an: Kapital, Staat, Kirche und konservative Kultur. Das brachte eine Vielzahl von Konfliktebenen und aktuellen Auseinandersetzungen - und dadurch eine politische Präsenz, die weit über die zahlenmäßige Stärke der sozialdemokratisch orientierten Arbeiterschaft hinausging. Quantitativ war die christlichsoziale Arbeiterbewegung in Vorarlberg ab der Jahrhundertwende bis zur Errichtung der "ständestaatlichen" Diktatur 1934 in Teilbereichen und zeitweise auch insgesamt stärker als die sozialdemokratische. Doch war und schuf sie eben viel weniger "Bewegung", weil sie in der konservativen Christlichsozialen Partei, der herrschenden Kraft des Landes, weitgehend integriert war. Das ist - neben den persönlichen Forschungsinteressen der Autoren - der Grund, warum im vorliegenden Band über Arbeiterbewegung in Vorarlberg das sozialdemokratische Lager mehr im Vordergrund der Analyse steht als das christliche.

Jeder Versuch, aus den vielfältigen politischen und kulturellen Ausdrucksformen der Arbeiterklasse "die" Arbeiterbewegung herauszudestillieren, bedeutet eine wenig fruchtbare Einengung des Begriffs von Bewegung. Eine solche Beschränkung kann zwar forschungspragmatisch sinnvoll sein, wenn sie z.B. das Interesse

auf einen ganz bestimmten Sektor der Arbeiterschaft - meist den sozialdemokratischen - konzentriert. Grundsätzlich aber würde ich für eine möglichst breite Anwendung des Begriffs "Arbeiterbewegung" plädieren und ihn nicht von vornherein auf einige wenige Kriterien festschreiben: "Arbeiterbewegung" beinhaltet alle aktiven Ausdrucksformen der Arbeiterklasse - und Klasse ist nicht als etwas Statisch-Statistisches, nur von außen Bewegtes, sondern auch als sich selbst gestaltender Prozeß zu verstehen. Ein solcher Begriff liefert nicht das fertige Bild eines wichtigen Teils der Gesellschaft; er berücksichtigt nicht nur den großen Strom der Geschichte. Er nimmt vielmehr - wie eine Suchsonde - auch Verdecktes, Abseitiges, Verdrängtes und Unterdrücktes auf; er steht nicht für ein Programm, sondern für die Neugier auf das, "was läuft". "Arbeiterbewegung" bedeutet dann nicht nur Partei und Gewerkschaft (mit antikapitalistischer Orientierung), sondern auch spontanen, unkoordinierten Widerstand gegen unerträgliche Arbeitsbedingungen, zum Beispiel in der Illegalität; nicht nur organisierten Streik, sondern auch die Schaffung eines eigenen sozialen und kulturellen Milieus außerhalb der Fabrik; nicht nur den Aufbau zentraler, bürokratischer Apparate der Interessenvertretung, sondern auch den Widerstand, den Arbeiter gegen diese Apparate entwickeln können.

Nicht alle Autoren dieses Bandes werden einen so breiten Begriff von Arbeiterbewegung teilen. Dennoch deckt jeder - gerade angesichts unterschiedlicher methodischer Ansätze und Fragestellungen - ein Stück dieses Begriffes ab, und in der Summe kommt der Band einem pluralistischen Begriff von Arbeiterbewegung wohl sehr nahe. Kritiker des Buches, den "richtigen" Begriff von Arbeiterbewegung im Kopf und den Vorwurf der Methodenkonfusion auf der Zunge, werden dem Sammelband sicher "Unausgewogenheit" attestieren. Hoffentlich haben sie mit ihrem Urteil recht. Denn solche Unausgewogenheit kann durchaus dazu anregen, diese erste Zusammenschau von Arbeiterbewegung in Vorarlberg über die Jahre 1870 bis 1946 mit weiteren Arbeiten zu ergänzen und dabei auch neue Fragestellungen zu verfolgen.

Ein Großteil der bisherigen Beiträge zur neueren Wirtschafts- und Sozialgeschichte Vorarlbergs hat der Arbeiterschaft des Landes, ihren Lebensbedingungen und ihrer politischen Organisation, nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Die historischen Lichtgestalten waren initiative Unternehmer und führende Politiker - die Arbeiterinnen und Arbeiter hingegen nicht viel mehr als die fleißigen Wasserträger, das anonyme, geduldige Rohmaterial der industriellen Entwicklung. Daß aber die Arbeiterschaft zu durch-

aus eigenständigen Formen der kulturellen und politischen Organisation gefunden hat, die sie oft genug in Konflikt mit den herrschenden Verhältnissen brachten, das wollte meist nicht so recht ins Bild einer Geschichtsschreibung passen, die "Vorarlberg" als organische, über Jahrhunderte hinweg bestehende Einheit und seine Bewohner als Angehörige eines "Stammes" mit unwandelbar positiven Charaktereigenschaften sieht. Dagegen setzt der vorliegende Sammelband eine deutliche Pointe. Er greift Fragen und Entwicklungen auf, die sich einem harmonisierenden Verständnis der Vorarlberger Geschichte nicht fügen.

TRADITIONEN UND BRÜCHE

Obwohl in Vorarlberg Arbeiterbewegung - im breiten Sinn des Wortes - in Form von politischer Agitation, Streiks und individueller Widersetzlichkeit spätestens ab den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts deutlich festzustellen ist, beginnt der Band im wesentlichen mit der Entwicklung ab 1870. Aufgrund des Vereins- und Versammlungsgesetzes vom November 1867 sowie des Gesetzes über das gewerkschaftliche Koalitionsrecht vom April 1870 traten nun in Vorarlberg organisierte Formen der Arbeiterbewegung in Erscheinung - die Arbeiterbildungsvereine. Der Beitrag von Gerhard Oberkofler zeigt, wie sich diese Vereine innerhalb eines knappen Jahrzehnts politisch radikalisierten: Die Arbeiter entzogen sich der Obhut des liberalen Bürgertums, das die Vereine ursprünglich gefördert hatte - nicht zuletzt, um die Arbeiterschaft als Bündnispartner im Kampf gegen die katholisch-konservative Bewegung zu gewinnen. Die Ziele und Strukturen der Bildungsvereine wurden nun zunehmend von Arbeitern selbst geprägt. Dabei handelte es sich in der Regel um qualifizierte Handwerker, die gewandert waren und dadurch, vorwiegend im Ausland, mit sozialistischem Ideengut, fortgeschrittenen Propaganda- und Organisationstechniken sowie mit der Möglichkeit und Notwendigkeit solidarischen Handelns bekannt geworden waren. Ihr Engagement in den heimischen Arbeiterbildungsvereinen setzte, gerade angesichts der Repression durch die Staatsorgane, Lernprozesse in Gang, durch die sich eine neue politische Elite innerhalb der Arbeiterschaft herausbildete. Sie hatte vor allem auch ein Interesse und die Fähigkeit, überregionale organisatorische Kontakte herzustellen und durch das Abonnement von auswärtigen Zeitschriften die politischen De-

batten mitzuverfolgen oder gar an ihnen teilzunehmen. Nachdem sich die verschiedenen Fraktionen der sozialdemokratischen Bewegung Österreichs zur Jahreswende 1888/89 in Hainfeld zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zusammengeschlossen hatten, war es nunmehr eine Frage der Zeit, daß sich eine eigene Landesorganisation für Tirol und Vorarlberg bildete. Diese Gründung erfolgte im September 1890 in Telfs in Tirol.

Welche großen Schwierigkeiten, welche kleinen Erfolge und welche Gegenreaktionen der Versuch mit sich brachte, die politischen Aktivitäten einer Arbeiterbewegung parteimäßig zu organisieren, zeigt in einer detaillierten Darstellung Reinhard M i t t e r s t e i n e r . Er beschreibt die Rolle von führenden Funktionären und den Verlauf interner Konflikte in der sozialdemokratischen Bewegung Vorarlbergs, die sich 1899 organisatorisch von Tirol löste; und er analysiert die Dynamik der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsorganisation im Zusammenhang mit den allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen. Besonders augenfällig wird dieser Zusammenhang in der Periode von 1906 bis 1908, wo in den größeren Betrieben des Landes nicht nur durch Streiks der Zehnstudentag erkämpft wurde, sondern der relative Erfolg der Vorarlberger Sozialdemokraten bei den ersten allgemeinen und gleichen Wahlen zum Reichsrat 1907 auch eine vorläufige Konsolidierung der Partei deutlich machte. In dieses erste Jahrzehnt unseres Jahrhunderts fällt schließlich in verschiedenen Orten des Landes die Gründung der meisten sozialdemokratischen Kultur- und Sportorganisationen - jener Vereine, die als "Nebenorganisationen" der Partei die Hauptaufgabe bei der Schaffung einer sozialdemokratischen Gegenkultur und eines eigenen politischen Milieus erfüllten.

Die Reaktion auf die erstarkende Sozialdemokratie war - nicht nur in Vorarlberg - die Gründung christlicher Arbeitervereine. In den neunziger Jahren noch als Fortbildungs- und Lesevereine betrieben, nahmen sie in Vorarlberg ab der Jahrhundertwende eine stärkere gewerkschaftliche Orientierung an - vor allem durch ihren Zusammenschluß im "Vorarlberger Arbeiterbund" 1904. In ihrer Struktur und in ihrem Selbstverständnis unterschieden sich die katholischen Arbeitervereine und Gewerkschaften allerdings grundlegend von den sozialdemokratischen Organisationen. Sie standen unter der ideellen Führung von Geistlichen, begriffen sich als nichtpolitisch und lediglich als Standesvertretung der Arbeiterschaft, deren Interessen in erster Linie durch ausgleichende Absprachen mit den Unternehmern gewahrt werden sollten. Die christliche Arbeiterbewegung Vorarlbergs gewann ihre -

zumindest quantitative - Stärke aus dem Umstand, daß sie sowohl kleine Gewerbetreibende als auch Arbeiter, die gleichzeitig Landwirtschaft betrieben, integrieren konnte. Ideologisch schloß sie sowieso an das konservative ländliche Milieu an: Sie verlangte von ihren Mitgliedern, im Gegensatz zur Sozialdemokratie, keinen Bruch mit etablierten - zumal religiösen - Traditionen. Praktisch vertrat sie die Interessen jener, die sozial zwischen Industrie und Landwirtschaft hin- und herpendelten: vor allem Sticker und Textilarbeiter. Bei diesen beiden Gruppen hatte die christliche Arbeiterbewegung Vorarlbergs von 1906 bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs ihre größten Erfolge. Den sozialdemokratischen Gewerkschaften gelang es zwar auch, sich in verschiedenen Orten und Industriezweigen zu etablieren, doch blieben sie in der Organisierung der besonders in der Textilindustrie so stark vertretenen heimischen, halbproletarischen Arbeiterschaft weit hinter ihren Erwartungen zurück. Offenbar hat die christliche Arbeiterbewegung durchaus angemessen auf die sozialen Bedingungen und die Mentalität eines großen Teils der arbeitenden Bevölkerung dieses Landes zu reagieren gewußt - und damit schon im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts die Weichen für die weitere politische Entwicklung der Arbeiterschaft gestellt. Außerdem ist anzunehmen, daß der Erste Weltkrieg die Führungskräfte der christlichen Arbeiterbewegung, nämlich Priester und kleine Gewerbetreibende, nicht so sehr in Mitleidenschaft gezogen hat wie jene der sozialdemokratischen Organisationen, die durch Einberufungen zum Militär in vielen Fällen aufgelöst wurden. Das ist wahrscheinlich mit ein Grund, warum die Vorarlberger Sozialdemokratie nach dem Ende des Krieges, im Herbst 1918 und im Frühjahr 1919, der spontanen politischen Mobilisierung eines großen Teils der Bevölkerung keine entsprechenden Organisationsformen anzubieten hatte und damit die Chance einer breiten stabilen Basis verpaßte.

Die Jahre zwischen 1890 und dem Ersten Weltkrieg waren nicht nur partei- und gewerkschaftspolitisch eine bewegte Zeit, sondern brachten auch einen starken Wandel der sozialen Zusammensetzung der Vorarlberger Arbeiterschaft - mit Rückwirkungen auf deren Bewegung und Organisation. Es waren die schon seit den siebziger Jahren zunehmend ins Land geholten Arbeitseinwanderer, die nach und nach eine eigene politische Dynamik hervorbrachten und als "Fabrikler" der Arbeiterbewegung wichtige Impulse gaben. Robert S u t t e r l ü t t i zeigt dies am Beispiel der italienischen Arbeiter in Vorarlberg. Vor allem ab der Jahrhundertwende entwickelten sie eine erstaunliche politische Aktivität. Ihre

Organisation in sozialdemokratischen Vereinen und ihre Versuche, dabei auch die ethnischen Grenzen zwischen deutsch- und italienischsprachigen Arbeitern durchlässig zu machen, riefen heftige Reaktionen der Konservativen, speziell des "Vorarlberger Volksblatts", hervor. Sicherlich gehörten italienische Arbeiterinnen und Arbeiter zum radikalen Flügel der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Vorarlbergs; mit ihrer Teilnahme an Streiks und an Volksversammlungen traten sie offensiv auf die politische Szene. Eine wirkliche Einbindung der politisch aktiven Italienerinnen und Italiener in die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen scheint aber nicht gelungen zu sein. Der Zeitraum von ein bis zwei Generationen war offenbar zu kurz, als daß die gemeinsame Bewegung an der Basis auch zu einer entsprechenden Vertretung der italienischen Arbeiterschaft in der Funktionärsschicht geführt hätte. Dennoch: Die Bewegung der italienischen Arbeiterschaft, basierend auf einer eigenen sozio-kulturellen Identität und gefördert durch erbärmliche Arbeits- und Lebensbedingungen im Industrieland Vorarlberg, hat die sonst stark von Handwerkern dominierte Sozialdemokratie unter den Fabrikarbeitern Fuß fassen lassen und in der Austragung politischer und gewerkschaftlicher Konflikte wesentliche Lernschritte vermittelt.

Die Errichtung der Republik im November 1918 änderte die Rahmenbedingungen für politisches und gewerkschaftliches Handeln grundlegend. Die Sozialdemokratie war erstmals an der staatlichen Machtausübung unmittelbar beteiligt; für alle (nun auch für Frauen) und auf allen Ebenen (Länder, Gemeinden) wurde das allgemeine Wahlrecht verwirklicht; und die rapiden Fortschritte der Sozialgesetzgebung - Achtstundentag, Urlaubsgesetzgebung, Betriebsrätegesetz, Errichtung von Arbeiterkammern - waren gleichermaßen Ausdruck und Antrieb eines wachsenden Selbstbewußtseins der Arbeiterschaft, auch in Vorarlberg. Zumal für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung herrschte eine Art "Konjunktur der Hoffnung" - so auch der Titel des Beitrags von Werner Dreier, der die Zeit von 1918/19 bis zum Februar 1934, dem Beginn der austrofaschistischen Diktatur, behandelt. In der Entwicklung der allgemeinen politischen Lage freilich fand diese Hoffnung kaum eine Entsprechung. Bald schon demonstrierten die anfangs verunsicherten konservativen Behörden des Landes ihre Macht - vorzugsweise gegenüber Streikenden; einen Höhe- und Wendepunkt in dieser Auseinandersetzung stellte der Juli 1927 dar. Der von der Sozialdemokratie ausgerufene Verkehrsstreik - nach den blutig niedergeschlagenen Demonstrationen in Wien im

Zusammenhang mit dem Brand des Justizpalastes - wurde in Vorarlberg unter massivem Aufgebot von Militär und Gendarmerie gebrochen. Die Vorarlberger Sozialdemokratie - sowohl Partei als auch Gewerkschaft - sah sich immer deutlicher in die Defensive gedrängt. Ihre Stärke wurde mehr und mehr symbolisch - bei beeindruckenden Aufmärschen zum 1. Mai, bei Turnerfesten oder Großkundgebungen wie jener gegen Faschismus und Krieg in Dornbirn im September 1929. Durch die Wahlverluste bei den Landtagswahlen 1932 war die Abwärtsentwicklung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Vorarlbergs unübersehbar geworden. Die Kommunisten hingegen konnten, nach einer ganz kurzfristigen Agitationsphase 1920, erstmals sichtbare Erfolge in der Vorarlberger Arbeiterschaft verzeichnen. Die christliche Arbeiterbewegung im Vorarlberg der Ersten Republik beteiligte sich zwar in Einzelfällen auch an Streiks, war im übrigen aber vor allem auf institutionelles Handeln, z.B. Rechtsberatung, Mitarbeit in der Arbeiterkammer usw., orientiert. Daß ihre Stärke und ihr Gewicht innerhalb der Christlichsozialen Partei unmittelbar mit der Kraft ihrer sozialdemokratischen Konkurrenten zusammenhängen, war zumindest einem der führenden Repräsentanten der christlichen Gewerkschaften, dem Priester Dr. Karl Drexel, bereits 1929 klar.

Die Ausschaltung des Parlaments durch die Regierung Dollfuß im März 1933 und die schrittweise Illegalisierung der linken Arbeiterbewegung bis zur endgültigen Zerschlagung ihrer offiziellen Organisationen im Februar 1934 trafen die Sozialdemokratie auch in Vorarlberg schon in einem Klima verbreiteter Resignation. Während man in der praktischen Arbeit - auch als Mitverantwortliche in der Landesregierung - bald nicht einmal mehr reformerische Erfolge verzeichnen konnte, blieb die Produktion revolutionärer Hoffnung ungebrochen. Mit dem wachsenden Abstand zwischen Ziel und Wirklichkeit aber verlor die Sozialdemokratie in der Arbeiterschaft zunehmend an Boden.

Gleichwohl war dieses "Prinzip Hoffnung" ein unverzichtbarer Bestandteil sozialdemokratischen Denkens: Nur ein radikales Hinausgreifen über die Wirklichkeit vermochte jene Energie und Opferbereitschaft freizusetzen, deren jede soziale Bewegung, die das Bestehende grundlegend verändern will, bedarf. Der Appell an unmittelbare Interessen allein bewirkt nur unmittelbares Handeln. Für eine grundlegende Änderung der Verhältnisse braucht es mehr - ein neues Weltbild sowie Symbole, die die zentralen Elemente dieses Weltbilds veranschaulichen.

Unter diesem Gesichtspunkt hatte die Gestaltung der 1.-Mai-Fei-

ern eine besondere Bedeutung: Hier wurden Elemente einer erwünschten sozialistischen Gesellschaft vorweginszeniert. Wie und in welchem politischen Umfeld sich diese 1.-Mai-Feiern in Vorarlberg zwischen 1890 und 1933 gestaltet haben, untersucht Reinhard J o h l e r . Seine Analyse ist ein Beitrag zu einer Volkskunde der Arbeiterschaft. Er wendet damit in der historischen Forschung über die Vorarlberger Arbeiter zum ersten Mal eine Methode an, die sonst meist nur auf die Erfassung von Traditionen des konservativen, bäuerlichen Milieus beschränkt blieb. Die Mai-Feiern waren der in der Öffentlichkeit hervorragendste Ausdruck sozialdemokratischer Gegenkultur und gleichzeitig immer wieder Anlaß, Elemente dieser Gegenkultur neu hervorzubringen, zu verändern und weiterzuentwickeln. R. Johler beschränkt sich nicht auf eine Beschreibung solcher sozialdemokratischer Festkultur, sondern veranschaulicht an ihrem Beispiel Lebensgefühl, Ziele und Hoffnungen von Vorarlberger Sozialdemokraten bis zum Ende der Demokratie in der Zwischenkriegszeit. Die christliche Antwort auf die sich entfaltende sozialdemokratische Mai-Tradition war die Landeswallfahrt nach Rankweil. Auch in diesem Zusammenhang steht der 1. Mai beispielhaft für die Situation am Ende der Ersten Republik: Während die sozialdemokratischen Arbeiter 1933 ihren Festtag in den Vorarlberger Städten nicht mehr mit Straßenaufmärschen, sondern nurmehr als Spaziergänger auf dem Gehsteig begehen durften, sprach sich am selben 1. Mai Landeshauptmann Dr. Ender bei der Jahreshauptversammlung des christlichsozialen Volksvereins in Rankweil gegen den Parlamentarismus und für einen autoritären Staat bzw. eine eigene österreichische Version des Faschismus aus - nachzulesen im "Vorarlberger Volksblatt" vom 2. Mai 1933.

ZWEI DIKTATUREN - NEUER ANFANG

Obwohl bereits im Laufe des Jahres 1933 der autoritäre Kurs der Dollfuß-Regierung überdeutlich hervorgetreten war - Verbot des sozialdemokratischen "Republikanischen Schutzbundes", beschränktes Streikverbot, Verbot von Aufmärschen und öffentlichen Versammlungen, Vorzensur, Verbot der Kommunistischen Partei, Wiedereinführung der Todesstrafe usw. -, drängte erst die Niederlage in den Februarkämpfen 1934 die linke Arbeiterbewegung endgültig in die Illegalität. Die Frage, wie zwischen Februar 1934 und März 1938, in der Zeit des Austrofaschismus, die

Vorarlberger Arbeiterschaft auf der legalen und auf der illegalen Ebene repräsentiert wurde, behandelt Gernot E g g e r . Für die christliche Arbeiterbewegung brachten die neuen Verhältnisse ja weder personell noch programmatisch einen Bruch. Ihre Funktionäre besetzten die Spitzenpositionen der nun gegründeten staatlichen Einheitsgewerkschaft und rückten als "Ständevertreter" in die Gemeindestuben und in den Landtag ein. Dabei zeigte sich, wie realistisch die Befürchtungen des christlichsozialen Arbeiterführers Dr. Karl Drexel im Jahre 1929 gewesen waren: Ohne den Druck der sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften liefen auch die Bemühungen der christlichen Arbeitervereine ins Leere. Daß den christlichen Gewerkschaftern dies in der austrofaschistischen Diktatur mit der Zeit auch durchaus bewußt wurde, zeigt sich unter anderem in recht kritisch-resignierenden Äußerungen von Arbeitnehmervereinigungen im Vorarlberger Landtag. Sozialdemokratische Arbeiter hingegen mußten sich in der Illegalität neu organisieren. Sie schlossen sich den "Revolutionären Sozialisten" an, der österreichweiten Untergrundpartei während des Austrofaschismus. Ihre Aktivität bestand hauptsächlich im Vertrieb von Zeitschriften und Flugblättern. Da sie zumindest in Vorarlberg nicht die Ambition hatten, zusätzliche Aktivisten zu gewinnen, gelang es den Behörden nie, die Organisation aufzudecken und zu zerschlagen. Anders hingegen die Kommunisten: Sie versuchten, in der Illegalität ihre Basis nach Kräften zu verbreitern. Dadurch wurden sie nun zwar zu einem ernstzunehmenden Faktor in der linken Arbeiterbewegung, doch auch ein lohnendes und relativ leicht anzuvisierendes Ziel für den behördlichen Überwachungsapparat. Die Besetzung Österreichs durch deutsche Truppen am 12. März 1938 beendete in Vorarlberg jegliche legale oder illegale Tätigkeit christlicher, sozialistischer oder kommunistischer Arbeiterorganisationen.

Soweit in der nationalsozialistischen Bewegung ein arbeiterorientierter Flügel bestanden hatte, war dieser anlässlich des sogenannten "Röhm-Putsches" Mitte 1934 mit Gewalt ausgeschaltet worden. Als sich dann das nationalsozialistische Regime in Österreich etablierte, waren Arbeiterinteressen politisch überhaupt nicht mehr vertreten. In der "Betriebsgemeinschaft" bzw. in der übergreifenden Organisation, der "Deutschen Arbeitsfront", waren Unternehmer und Arbeiter gleichermaßen erfaßt - die "Deutsche Arbeitsfront" war nicht einmal eine staatliche Einheitsgewerkschaft, sondern ausschließlich ein Instrument der Partei zur ideologischen Gleichrichtung und Kontrolle der Arbeiterschaft. In Österreich beseitigte die NS-Wirtschaftspolitik zwar

rasch die Arbeitslosigkeit, doch wurden schon im nächsten Schritt die Arbeitsbedingungen drastisch verschlechtert: faktisches Verbot des Arbeitsplatzwechsels, Senkung der Einkommen, Erhöhung der Arbeitszeiten und der Leistungsanforderungen, schließlich Dienstverpflichtungen und Zwangsverschickungen. Auf den passiven Widerstand der Arbeiterschaft reagierte das Regime mit einer zunehmenden Militarisierung des Arbeitslebens und offenem Terror - nämlich Gestapo-Interventionen in den Betrieben und Einweisung in sogenannte "Arbeitserziehungslager" oder gar Konzentrationslager.

Die Beiträge von Meinrad Pichler, Harald Walser und Hermann Brändle / Gernot Egger beschreiben die Lage der Vorarlberger Arbeiterschaft unter dem Nationalsozialismus, den Gegensatz von betrieblicher Wirklichkeit und Propaganda eines "nationalen Sozialismus", die Formen des Widerstandes und der Opposition, mit denen sich Arbeiterinnen und Arbeiter gegen das Regime zur Wehr setzten, schließlich auch die Mittel, mit denen die politisch und wirtschaftlich Mächtigen solche Opposition zu brechen versuchten.

H. Walser verfolgt an einem konkreten Fall - der Lorünser Zementwerke AG -, wie sich die wirtschaftliche Elite gegen politisch Mächtige, zum Beispiel auf Gemeindeebene, durchsetzte und welche Auswirkungen diese Stärkung von Wirtschaftsinteressen auf die Situation der abhängig Beschäftigten hatte. Der Einsatz von Gewalt gegen die Arbeiterschaft war bei den Fremd- und Zwangsarbeitern am offensichtlichsten. H. Brändle und G. Egger geben einen Überblick über das Schicksal dieser Arbeiter, die in Vorarlberg besonders bei Kraftwerksgroßprojekten verwendet wurden. Humanitäre Akte der Bevölkerung gegenüber solchen Arbeitern - auch dies eine Form der Widersetzlichkeit gegen das Regime - wurden mit massiven Strafen geahndet. Angesichts des Schicksals dieser Arbeiter ist es vielleicht angebracht, daran zu erinnern, daß die Symbole Vorarlberger Schaffenskraft - vor allem Großprojekte im Energie- und Verkehrswesen, aber auch Fabriksbauten und der Neue Rhein - ihre Existenz zu einem Gutteil dem freiwilligen oder erzwungenen Einsatz fremder Arbeiter verdanken.

Vorarlberger Arbeiterschaft unter dem Nationalsozialismus - selbst wenn sie infolge der bestehenden Repression keine organisierten Formen der Bewegung entfalten konnte, war sie dennoch nicht das passive Objekt der herrschenden Verhältnisse. Arbeitsverweigerung, dosiertes Fernbleiben vom Arbeitsplatz, Sabotage, humanitäre Hilfe für Fremdarbeiter trotz Strafandrohung, in einzelnen Fällen sogar die Bildung regelrechter Widerstandsgruppen -

all das sind auch Ausdrucksformen einer sich bewegenden Arbeiterschaft. Und nur ein so breiter Begriff von Arbeiterbewegung fragt überhaupt nach dem Zusammenhang zwischen derartigen Formen des Widerstands bzw. der Widersetzlichkeit und den ausbeuterischen Arbeitsbedingungen, die der NS-Faschismus systematisch geschaffen hat.

Im abschließenden Beitrag des Bandes werden die Neuanfänge der organisierten Arbeiterbewegung Vorarlbergs in den ersten ein- einhalb Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg skizziert. Auf den ersten Blick scheint vieles dort angeknüpft zu haben, wo es 1934 bzw. 1938 aufgehört hatte; bei den meisten Funktionären, die wieder aktiv wurden; beim revolutionären Sprachgebrauch und der politischen Symbolik der Sozialisten; bei der Integrationsideologie der christlichen Gewerkschafter und ihrer Verklärung des Austrofaschismus als Maßnahme zur Abwehr des Nationalsozialismus; ja selbst noch bei der quantitativen Stärke des christlich-konservativen und des linken Lagers. Überall da schienen die Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft keine Spuren hinterlassen zu haben. In Wirklichkeit aber bedeuteten sie den wohl entscheidendsten Einschnitt in einem runden Dreivierteljahrhundert Vorarlberger Arbeiterbewegung. Sie bewirkten eine starke Entpolitisierung der Vorarlberger Arbeiterschaft, andererseits aber auch konsensdemokratisches Denken und Handeln - auf gewerkschaftlicher Ebene durch die Gründung einer überparteilichen Einheitsgewerkschaft. Während am Ende des Ersten Weltkriegs die Arbeiterschaft zumindest zeitweilig mit einem starken Selbstbewußtsein in die politischen Auseinandersetzungen eingegriffen hatte, stellte sie am Ende des Zweiten Weltkriegs - sicher auch unter dem Einfluß der Besatzungsmacht - die Suche nach gemeinsamen Lösungen über die Durchsetzung eigener Klasseninteressen. Und sowohl der christlichen als auch der sozialistischen Arbeiterbewegung war nach den Erfahrungen unter dem NS-Faschismus klargeworden, daß die Erhaltung einer demokratischen Republik ihr oberstes Interesse sein müsse. Denn allein in einer Demokratie ist es möglich, die Interessen von Lohnabhängigen zu formulieren, zu propagieren und - wenn auch mit wechselndem Erfolg - in den politischen Entscheidungsprozessen durchzusetzen. Nur: wenn dies die einzige grundlegende Perspektive ist und im übrigen bloß ganz unmittelbare und kurzfristige Interessen zur Debatte stehen, dann wird eine solche Arbeiterbewegung kurzatmig und für die Notwendigkeit grundsätzlicher Veränderungen blind. Um wirkungsvoll agieren zu können, braucht sie außer demokratischen Rahmenbedingungen im Prinzip - Hoffnung.

Daß dieser Band zustande gekommen ist, dafür ist zu danken: dem von Bürgermeister Dipl.-Ing. Fritz Mayer ins Leben gerufenen Historischen Arbeitskreis der Landeshauptstadt Bregenz, von dem wesentliche Impulse für eine Aufarbeitung der Geschichte von Arbeiterbewegung in Vorarlberg ausgegangen sind; dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung in Wien, das die Drucklegung des Buches finanziell unterstützt hat; und dem Bregenzer Kunstverein, dessen Ausstellungsprojekt "Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946" jene wissenschaftlichen Arbeiten erforderte und ermöglichte, deren Ergebnisse in diesem Sammelband enthalten sind.

Bregenz, im April 1984

Kurt Greussing

Anfänge – Die Vorarlberger Arbeiterbewegung bis 1890

Vom Arbeiterbildungsverein zur Arbeiterpartei

Gerhard Oberkofler

VORARLBERGER ARBEITERSCHAFT: ZWISCHEN HEIM- UND FABRIKSARBEIT

Im Jahre 1837 wurden im Kreis Vorarlberg insgesamt 98.531 Bewohner, davon 48.175 männliche und 50.356 weibliche, gezählt. Die Zahl der Familien betrug 19.981. An "Klassen" führte der amtliche Bevölkerungsausweis dieses Jahres an: 216 Geistliche, 83 Adelige, 236 Beamte, 6.700 Bürger und Gewerbsleute, 23.000 Bauern, 15.000 Tagelöhner und Dienstboten und 53.296 "übrige" Bevölkerungsmitglieder (1). Diese Gesamtbevölkerung verteilte sich auf die drei Städte Bregenz mit 2.818, Feldkirch mit 1.941 und Bludenz mit 2.124 Bewohnern, auf die vier Märkte Dornbirn, Götzis, Rankweil und Hohenems sowie auf 152 Dörfer und 371 Weiler. Der bevölkerungsreichste Ort war der – allerdings sehr weitläufige – Markt Dornbirn mit 7.277 Bewohnern. Ihm folgte mit 4.031 Bewohnern das ebenfalls sich über eine weite Fläche ausdehnende Hohenems. Ansonsten hatte kein Vorarlberger Ort mehr als 3.000 Bewohner; am nächsten kam Lustenau mit 2.995 Bewohnern.

Existiert in Vorarlberg überhaupt eine Arbeiterklasse? Gerade wenn das statistische Material nicht sehr deutlich Auskunft gibt, müssen wir uns die wichtigsten Kriterien der proletarischen Existenz in Erinnerung rufen: den Nichtbesitz von Produktionsmitteln, die Freiheit von feudalen Fesseln, die Tätigkeit an der den Arbeitsrhythmus bestimmenden Maschine unter der Kontrolle des Kapitalisten sowie – ganz entscheidend – die materielle Produktion von Mehrwert. Die Produktionsmittel befinden sich in den Händen einiger Unternehmer (Kapitalisten); sie kaufen die freie Arbeitskraft, weil die Arbeiter einen größeren Wert produzieren, als ihre Arbeitskraft – gemessen an den zu ihrer Reproduktion nötigen Waren – wert ist. Ziel und Inhalt dieses Eigentums- und Abhängigkeitsverhältnisses ist der Profit.

Stellen wir diese Grundüberlegungen an, müssen wir aller-

dings sogleich auf die außerordentliche Vielschichtigkeit proletarischer Existenz hinweisen. Der (revolutionäre) Kern der Arbeiterklasse ist mit der Produktion materieller Güter in Betrieben der kapitalistischen Großindustrie beschäftigt. Gleichzeitig gibt es eine Reihe von proletarischen und halbproletarischen Schichten am Rande dieses Kerns der Arbeiterklasse. Auch der Unternehmer ist nicht schlechthin Kapitalist. Denn wer könnte bezweifeln, daß zwischen dem kapitalistischen Kleinbürger - wie dem Handwerker mit zwei, drei Gesellen - und dem Kapitalisten schlechthin - wie dem Textilunternehmer mit seinen beträchtlichen Produktionsmitteln - ein erheblicher Unterschied besteht?

Betrachten wir danach die uns von Johann Jakob Staffler für den Sektor der Textilfabrikation mitgeteilten statistischen Daten für das Jahr 1839, so stellen wir fest, daß es in Vorarlberg eine frühkapitalistische maschinelle Produktion gibt, die natürlich eine Arbeiterklasse an sich bedingt. Auch sehen wir zugleich eine breite Streuung der Betriebe, die auf eine Industrielandschaft und nicht auf eine Konzentration in Industriestädten hinweist. Staffler nennt folgende Textilfabrikationen (2):

Christian Getzner und Comp. zu Nenzing (mit 12.000 Spindeln und 26 mechanischen Webstühlen); Karl Ganahl und Fidel



Das Schloß Mittelweierburg in Hard - ein Beispiel für frühe Fabrikanlagen. Burgen, oder wie im Falle Hohenems auch Bäder, wurden in der Frühzeit der Industrialisierung zu Fabriken ausgestaltet.

Wohlwend zu Frastanz (Spindeln: 4.320; mechanische Webstühle: 150); Grasmayr zu Frastanz (Spindeln: 1.830); Wolf und Comp. zu Bludenz (Spindeln: 4.320); Douglass und Comp. zu Thüringen (Spindeln: 9.300; mechanische Webstühle: 180); Getzner und Comp. in Bürs (Spindeln: 15.696; mechanische Webstühle: 50); Escher und Comp. zu Feldkirch (Spindeln: 16.000, mechanische Webstühle: 48) Ganahl und Comp. zu Feldkirch (Spindeln: 14.500); Kopf und Comp. zu Götzis (Spindeln: 1.548; mechanische Webstühle: 6); Rhomberg und Comp. in Vorderachmühle bei Dornbirn (Spindeln: 6.828); Ulmer und Comp. im Schwefel, Bezirk Dornbirn (mechanische Webstühle: 50); Joh. Salzmann im Wallenmahd bei Dornbirn (Spindeln: 1.296); Schertler zu Kronhalden, Bezirk Bregenz (Spindeln: 40); Joh. Jos. Ganahl zu Lauterach (Spindeln: 552); Jenny und Schindler zu Lerchenau (Lauterach), Bezirk Bregenz (Spindeln: 3.108); Jenny und Schindler zu Mittelweiherburg (Hard), Bezirk Bregenz (mechanische Webstühle: 42) und Jenny und Schindler zu Kennelbach, Bezirk Bregenz (Spindeln: 22.644; mechanische Webstühle: 62).

Staffler errechnet auf 66 Spindeln im Durchschnitt einen Arbeiter, auf vier mechanische Webstühle mit Einschluß der Vorwerke drei Arbeiter. So ergeben sich bei der mechanischen Spinnerei und Weberei in Vorarlberg um das Jahr 1839 2.188 Arbeiter. Dazu kommen mehr als 2.000 Arbeiter, nämlich Handweber, auf gewöhnlichen Webstühlen.

Außer diesen mechanischen Spinn- und Webfabriken existierten um das Jahr 1839 die Schafwoll-Spinnfabrik von Rhomberg und Comp. zu Oberdorf, Bezirk Dornbirn, mit 150 Feinspindeln und dazugehörigen Vorwerken, die Tücher- und Garn-Rotfärberei und die Druckerei nebst Bleiche der Jenny und Schindler von Hard mit 931 Betriebsangehörigen, die Türkischrotfärberei der Getzner und Comp. zu Felsenau bei Frastanz, die Rötffärberei des Johann Müller zu Gais bei Bludenz, die Kattun-Druckerei und Türkischrotfärberei des Johann Georg Ulmer im Schwefel, Bezirk Dornbirn, mit 160 Betriebsangehörigen, ferner die Schönfärberei des Martin Rhomberg, ebenfalls im Schwefel, je eine Schönfärberei in Rankweil und Götzis, die beiden chemischen Bleich- und Appretur-Anstalten des Adam Ulmer im Schwefel und des Johann Baptist Salzmann im Wallenmahd zu Dornbirn sowie die Bleichen von Brederis und Meinigen bei Feldkirch. In Bludenz stand auch eine größere Papierfabrik.

Bis zum Jahre 1880 stieg die Gesamtzahl der Spindeln auf 202.162, jene der mechanischen Webstühle auf 3.168. Die Gesamtzahl der entsprechenden Arbeiter erhöhte sich von 2.188 auf

4.166. Ein Arbeiter bedient nun schon 150 Spindeln oder ein-
halb Webstühle (3). Besonders auffallend ist die Steigerung der
Antriebskraft der Textilmaschinen durch Wasser oder Dampf in PS.
1838 arbeiteten 2.188 Arbeiter mit 315 (Wasser-)PS, 1880 4.166
Arbeiter mit 3.200 Wasser-PS und 900 Dampf-PS. Diese be-
eindruckende Steigerung weist nicht nur auf die erhöhte
Arbeitsproduktivität hin, sondern auch auf die wachsende
Arbeitsintensität. Von 1838 bis 1880 stieg in Vorarlberg die
Anzahl der Spindeln, die ein Arbeiter bediente, von 66 auf 160.
Karl Marx schildert im fünfzehnten Kapitel des ersten Bandes des
"Kapitals" (4) ausführlich, wie die Maschinen in der Hand der
Unternehmer ein Mittel werden, um immer mehr Arbeit aus dem
einzelnen Arbeiter herauszuholen. Das geschieht auf zweierlei
Weise: zum einen, indem der Fabrikant die Maschinen schneller
laufen läßt, zum anderen, indem der Fabrikant den einzelnen
Arbeiter mehr Maschinen bedienen läßt. Diese allgemeine Feststel-
lung trifft selbstverständlich auch auf die Entwicklung in
Vorarlberg zu.

Einen bedeutenden Anteil am industriellen Sektor Vorarlbergs
nahm seit den siebziger Jahren die Maschinenstickerei ein, die an
die Tradition der Kettenstickerei anknüpfte und in erster Linie
Heimindustrie war (5). Die erste Plattstickmaschine (Handstickma-
schine) wurde 1867 von den Brüdern Josef und Johann Hofer in
Lustenau eingeführt. Ab 1870 begann die Verwendung dieser
Maschinen in der Hausindustrie. Viele Sticker und solche, die es
werden wollten, kauften einzelne Maschinen und wurden Lohn-
sticker; sie übernahmen von den Fabrikanten oder von den
Ferggern - zwischen den eigentlichen Arbeitgebern und den
Arbeitern drängte sich ja, wie Marx es einmal charakterisierte,
"eine ganze Reihe räuberischer Parasiten" (6) - Ware zum
Sticken.

1880 gab es in Vorarlberg schon 1.404 Plattstickmaschinen, bis
1887 stieg ihre Zahl auf 2.565. Ein Sticker erreichte bei
zehnstündiger Arbeitszeit 2.500 bis 3.000 Stiche, wobei eine
Fädlerin und bei schlechter Ware noch eine Hilfsfädlerin notwen-
dig war. Die erste Fädelmaschine, die etwa zwölf Fädlerinnen
ersetzte, kam 1894 nach Vorarlberg. Die Schiffchenstickmaschinen,
die in der Schweiz schon um 1880 aufgestellt wurden, allerdings
vorerst nur gröbere Ware verarbeiten konnten, gewannen in
Vorarlberg erst nach 1890 an Boden.

Die Lage der Produktionsfamilien in der Heimindustrie war
besonders schlimm. Hierzu der Bericht des Gewerbeinspektors Josef
Rothorn vom 22. Februar 1886 (7):

"Die Leichtigkeit, auf dem Wege mäßiger Ratenzahlungen in den Besitz einer Stickmaschine zu gelangen, hatte eine weite Verbreitung der Maschinenstickerei zur Folge, so daß heute, Sachsen und Böhmen gar nicht eingerechnet, bloß in der Ostschweiz und in Vorarlberg in diesem Industriezweige theils direkt, theils indirekt gegen 4.500 Personen beschäftigt sind. Überproduction und in Folge derselben fortwährendes Sinken der Stickerlöhne waren die natürlichen Ergebnisse solchen Treibens. Je tiefer nun die Löhne sanken, desto angestrenzter arbeiteten die Sticker und verschlimmerten das Übel nur um so mehr. In frühester Morgenstunde ward die Arbeit bei Lampenlicht begonnen und um elf Uhr nachts konnte man die Leute noch eifrig arbeiten sehen. Wer immer Augen und Hände hatte, mußte herhalten. Schulkinder wurden bis tief in die Nacht zum Fädeln gezwungen; ihre Augen wurden dadurch gründlich verdorben und ihre Gesundheit durch Mangel an Schlaf untergraben."

Weiter heißt es (8): "Was nun die Erwerbsverhältnisse der für eigene Rechnung in ihren Wohnhäusern arbeitenden Sticker betrifft, so war es mir, trotz aller diesbezüglichen Bemühungen, unmöglich, dieselben ziffermäßig mit der erforderlichen Genauigkeit zu erheben. Ich fand bei keinem einzigen die hier zu führenden Notierungen. Die Meisten verwenden die Mitglieder ihrer Familien als Gehilfen, deren Quote am Erwerbe sich nicht einmal annähernd berechnen läßt. So z.B. werden kleine Kinder, wenn sie aus der Schule kommen, und zwar bald das eine, bald das andere, bald alle zusammen, zum Fädeln gezwungen; die Frau hilft dem Manne zeitweise bei Bedienung der Maschine aus und dergleichen mehr. Ein weiteres Hinderniß stellt sich der Ermittlung des Nettoverdienstes der Einzelsticker in Folge der Schwankung der Kosten des sogenannten Nachstickens entgegen. An jedem gestickten Stücke zeigen sich Fehler in größerer oder geringerer Zahl, je nach der Natur des Dessins und der auf die Arbeit verwendeten Geschicklichkeit und Aufmerksamkeit des Stickers. Diese müssen nun durch Handarbeit ausgebessert werden, deren Dauer und Vergütung bei jedem Stück eine andere ist. Nebstbei wissen die Leute nicht genau ihre Auslagen für Nadeln, Öl, Petroleumbeleuchtung etc. anzugeben, Auslagen, die in Summa einen bedeutenden Einfluß auf ihren Reinverdienst ausüben."

Welche Zwangslage, in der sich die Vorarlberger Heimarbeiterfamilien befanden: Das bißchen Garten- und Ackerbau und vor allem unbeschränkte, nicht in Rechnung gestellte Familien- bzw. Frauen- und Kinderarbeit ermöglichten es dem Heimarbeiter, seine Arbeitskraft unter dem Preis zu verkaufen und dennoch einen

Lebensstandard zu erreichen, der im allgemeinen über jenem eines Fabrikarbeiters lag. Die Heimarbeiterfamilie ähnelte in vielem der traditionellen, wenn auch verarmten Handwerkerfamilie und unterschied sich deutlich von der "klassischen" Arbeiterfamilie. Das mußte sich auch im sozialen Alltag auswirken. Vor allem wurde es den Heimarbeitern äußerst schwer gemacht, sich gewerkschaftlich zu organisieren und durch gemeinsames Handeln politisches Bewußtsein zu entwickeln.

Wenn von der Vorarlberger Industriearbeiterschaft gesprochen wird, dürfen wir nicht die vielen, seit dem Anfange der siebziger Jahre ins Land kommenden italienischen (welschtirolischen) Arbeiter vergessen (9). Das Trentino wurde gewissermaßen zu einer Kolonie der Vorarlberger Textilfabrikanten. Um 1877 wird die Zahl der ganz oder zeitweilig ins Land gekommenen Italiener mit etwa 1.000 angegeben, unter ihnen viele Mädchen. Die italienischen Arbeiter wirkten nicht nur auf die Löhne drückend, sondern auch auf das gesamte Lebensniveau von Industrieorten wie Bludenz, Kennelbach oder Hard.

Kein Zweifel kann darüber bestehen, daß die Kinderarbeit in den Vorarlberger Fabriken der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Methode der extensiven Produktion entsprach: Die Produktivität wurde insbesondere durch die Verlängerung des Arbeitstages und die zunehmende Beschäftigung von Frauen und Kindern entwickelt. Leider werden in den Quellen keine Zahlen über das tatsächliche Ausmaß der Kinderarbeit genannt (10). Petitionen der lokalen Behörden und der Kirchenorgane, die von Menschenfreunden unterstützt wurden, konnten die Kinderarbeit selbstverständlich überhaupt nicht hintanhaltend. In Vorarlberg wurden die gesetzlichen Bestimmungen über Kinderarbeit, besonders die Gewerbeordnung vom 20. Dezember 1859 (11), erst dann beachtet, als infolge der intensiven Produktions- und Ausbeutungsmethoden die Kinderarbeit in der maschinellen Großproduktion ohnehin überflüssig wurde.

Der Fabrikant Richard Gassner, damals Präsident der Vorarlberger Industriellenvereinigung, sah 1960 diese Entwicklung so: "Später mit wachsender Erfahrung im Betrieb von Fabriken stellen sich die Schäden, die die Kinder erleiden, heraus und die Kinderarbeit wird sukzessive abgeschafft" (12).

Noch 1861 mußte der Statthalter für Tirol und Vorarlberg, Josef Freiherr von Lasser, auf seiner Inspektionsreise feststellen, "daß die in den vielen Fabriken Vorarlbergs beschäftigten Kinder zum Nachtheil für ihr Wachsthum und für ihre Gesundheit übermäßig lange zur Arbeit angehalten werden" (13). Die

Erhebungen bei den Bezirksämtern in Bludenz, Feldkirch, Dornbirn und Bregenz über die Möglichkeit einer Verminderung der tatsächlichen Arbeitszeit für Kinder - in der Regel 13 Stunden täglich - beziehungsweise über die genaue Beachtung des § 87 der Gewerbe-Ordnung von 1859 machen, wenn auch kaschiert, die brutale Kinderausbeutung in den Vorarlberger Fabriken deutlich. So heißt es in dem gegenständlichen Bericht des Bezirksamtes Feldkirch vom 24. Jänner 1862 (14):

"Kinder in unmündigem Alter werden hierlands meist nur in den Baumwoll-Spinnfabriken beschäftigt, indem die Arbeit anderer Fabrikationszweige in der Regel nicht von der Art ist, daß Kinder unter 14 Jahren dieselbe zu leisten vermögen. In Baumwollspinnfabriken gibt es jedoch eine Gattung sehr leichter Arbeit, welche ganz wohl von Kindern versehen werden kann, und daher auch von solchen versehen wird, indem der Arbeitslohn für Kinder viel kleiner ist als der Lohn der Erwachsenen, und daher selbstverständlich für solche leichte Arbeiten nicht Erwachsene verwendet werden.

Diese Beschäftigungsart der Kinder /:'Ansätzen' für größere Kinder, und 'Bockstecken' für kleinere Kinder :/ bildet aber keine selbständige Arbeit, sondern eine nothwendige Hilfsarbeit für die Spinner.

Die Spinner, deren Arbeit die wichtigste und anstrengendste ist, bestehen aus Erwachsenen.

Die Arbeitszeit in den hiesigen Spinnfabriken beginnt im Winter um sechs Uhr früh und endet um acht Uhr abends. Im Sommer beginnt und endet sie um eine halbe Stunde früher, und beträgt somit durch das ganze Jahr über Abzug der Mittagsstunde von 12-1 Uhr - 13 Stunden.

Eine kürzere Arbeitszeit bloß für Kinder besteht nicht, und kann absolut nicht bestehen, indem ohne die Arbeit der Kinder, wie erwähnt, die ganze Arbeit überhaupt stille stehen würde. Die Bestimmungen des § 87 des Gewerbegesetzes vom Jahre 1859 sind somit hierlands nie ins Leben getreten.

Die körperliche und geistige Rückwirkung dieser langen Arbeitszeit auf die Kinder ist allerdings erschreckend, und um so bedauerlicher als die Hälfte aller Arbeiter in den Spinnfabriken aus Kindern unter 16 und zumeist unter 14 Jahren besteht.

Noch nie aber wurde hierüber von irgend einer Seite bei dem kk. Bezirksamte eine Beschwerde geführt oder eine Vorstellung gemacht. Geistliche und weltliche Gemeindevorsteher nehmen die Sache wie ein unabwendbares Verhängniß mit Resignation hin. Eine Abhülfe oder auch nur eine erhebliche Linderung des

Übelstandes scheint in der That unmöglich.

Die strenge Handhabung des § 87 des Gewerbegesetzes würde bei den dargestellten Arbeitsverhältnissen der Spinn-Fabriken zur Folge haben, daß alle Kinder unter 16 Jahren von den Fabriken ausgeschlossen würden.

Es ist schwer zu sagen, ob die Fabrikanten oder die Kinder selbst mit ihren Vätern und Vormündern heftiger gegen eine solche Maßregel protestieren würden."

Auch wenn dieser Text durch keine statistischen Materialien belegt ist, wird doch ganz klar, daß Kinder für die Vorarlberger Fabriksarbeiter Miternährer der Familie und Retter vor dem schlimmsten Hunger waren.

Eine geringere Kinderarbeitszeit als die damals in Vorarlberg übliche würde, so resümierte 1862 das Präsidium der Statthalterei in Innsbruck nüchtern, "auch die sofortige Einstellung der Arbeit der Erwachsenen zur Folge haben, da die Kinder mit zwar leichter, aber doch solchen Arbeiten betraut werden, welche die nothwendigen Einleitungen und Anfänge der Arbeit der Erwachsenen bilden, und beim Abgange der durch die Erstern zu bewirkenden Vorarbeiten wegen deren steter wechselseitiger Verknüpfung und Verkettung auch den Letzten die Fortsetzung ihrer Arbeiten unmöglich gemacht würde" (15).

Das Präsidium der Statthalterei in Innsbruck unterstützte noch 1862 die gemeinsame Vorstellung sämtlicher Spinnerei-Besitzer Vorarlbergs, die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über Kinderarbeit zu lockern, mit der Argumentation:

"Indem die Reduzierung der gegenwärtig in Übung bestehenden Arbeitsstunden der Kinder in den hierländigen Fabriken zur nothwendigen Folge haben müßte, daß eine Verminderung des Verdienstes der Kinder und der Erwachsenen, und sonach bei beiden Cathogorien größere Noth und Armuth eintreten würde; daß ferner eine Verminderung des Ertrages der Fabriken und dadurch eine geringere, dem h. Aerar zu entrichtende Steuerquote Platz greifen würde, und daß endlich den Fabriken selbst die Concurrenz mit den Nachbarprovinzen und dem Auslande, zumal den Zollvereins-Staaten, wo hie und da selbst 15 Arbeitsstunden täglich bestehen, bedeutend erschwert würde" (16).

Das Ministerium für Handel und Volkswirtschaft lehnte dann mit Erlaß vom 24. März 1862 eine Sonderregelung für Vorarlbergs Fabriken ab: Selbst von den politischen Behörden sei hervorgehoben worden, daß sich die lange Arbeitszeit auf die körperliche und geistige Verfassung der Kinder erschreckend auswirke, und die Regierung habe die Pflicht, "einer so rücksichtslosen spekula-

tiven Ausbeutung der jugendlichen Kräfte im Interesse der Humanität allerorts entgegen zu treten" (17).

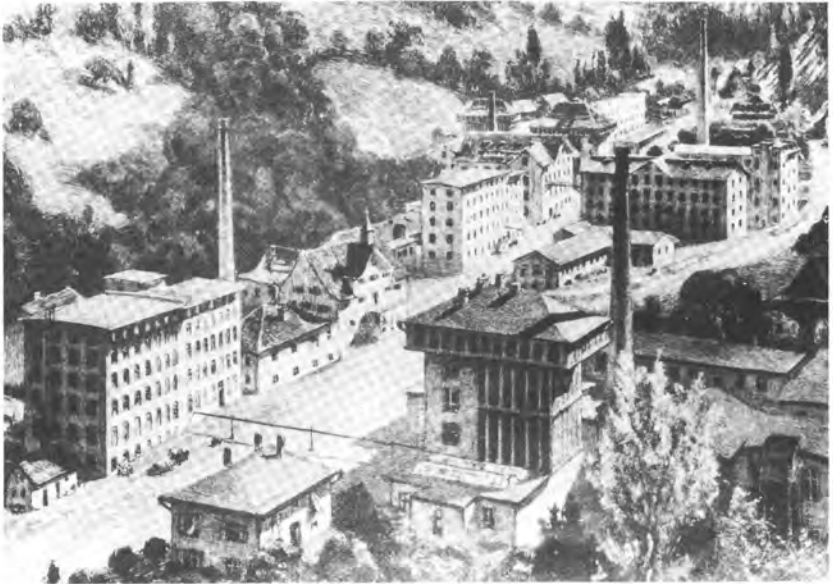
Die behördlichen Erörterungen über die Kinderarbeit um 1861/62 weisen auf das materielle und soziale Elend vor allem der Angehörigen der Arbeiterklasse in Vorarlberg hin. Nicht die Bedürfnisse der Arbeiterkinder waren entscheidend, sondern der Arbeiter war gezwungen, neben seiner eigenen Arbeitskraft auch die seines Kindes zu verkaufen, um überhaupt leben zu können. Wie aber rühmt doch der Geschichtsschreiber der Vorarlberger Textilindustrie, Hans Nägele, 1947 die sozialen Ambitionen der Unternehmer (18):

"In einer Zeit, in der der Achtstundentag in der Industrie gesetzlich festgelegt ist, denken wohl nur wenige daran, welche Kämpfe es gekostet hat, ihn zu erreichen. Vor hundert Jahren betrug die Arbeitszeit noch vielfach 13 Stunden. Die Vorarlberger Fabrikanten sind in der Erfüllung sozialer Forderungen allen übrigen Gebieten in der Donaumonarchie vorangegangen."

Auf Initiative der Vorarlberger Unternehmer nahm der vorarlbergische Landtag am 12. September 1868 einen Antrag auf Erwirkung eines Reichsgesetzes an, das aussprechen sollte: "Die Arbeitszeit in den Fabriken darf nicht über zwölf Stunden täglich betragen und an Samstagen ist eine Stunde früher Feierabend zu lassen" (19). Wohl bezweckte dieser Antrag in erster Linie die Festsetzung eines bestimmten Ausmaßes der Arbeitszeit für die erwachsenen Fabrikarbeiter, worüber die bestehenden Gesetze keine Bestimmung enthielten. Aber das Präsidium der Statthalterei in Innsbruck erkannte mit guten Gründen das eigentliche Ziel dieses Antrags: die Aufhebung der §§ 86 und 87 des Gewerbegesetzes vom 20. Dezember 1859 über die Verwendung der Kinder in den Fabriken und die Arbeitszeit für Kinder von 12 bis 16 Jahren. Denn der Antrag selbst sprach generell von der Aufhebung bisheriger Anordnungen in bezug auf die Arbeitszeit in den Fabriken. Die Vorarlberger Unternehmer hätten also bei der Verwirklichung ihrer Gesetzesinitiative die gesetzliche Gewalt erlangt, nicht nur Erwachsene, sondern auch Kinder durch zwölf Stunden des Tages verwenden zu dürfen. Das Präsidium der Statthalterei sprach sich deshalb entschieden gegen den Vorarlberger Landtagsbeschluss aus, hatte aber natürlich gegen die Festsetzung eines zwölfstündigen Arbeitstages für Erwachsene nichts einzuwenden. Eine solche Stundenzahl wurde jetzt infolge der gestiegenen Arbeitsintensität in der Praxis ohnehin nur selten überschritten. "Warum", so notierte das Präsidium am 22. Oktober 1868, "diesen Schutz den Erwachsenen gewähren und den Kleinen



Die Textilfirma Franz Martin Hämmerle in Dornbirn-Steinebach um 1850...



... und etwa 50 Jahre später (ca. 1900)

entziehen, die desselben vielmehr als erstere bedürfen?" (20).

Die Ärmsten der Armen waren die in der häuslichen Maschinenstickerei angehaltenen Kinder. Erst 1885 trat durch eine Novelle zur Gewerbeordnung eine leichte Verbesserung ein. Die dauernde gewerbliche Beschäftigung von Kindern vor dem vollendeten 14. Lebensjahr in fabriksmäßig geführten Gewerbebetrieben wurde grundsätzlich verboten, und auch die anderweitige gewerbliche Beschäftigung von Kindern zwischen dem 12. und dem 14. Lebensjahr war nur dann gestattet, wenn diese der Erfüllung der gesetzlichen Schulpflicht nicht im Wege stand. Noch 1887/88 wurden allerdings, vornehmlich in den Stickerorten, 9.665 halbe Tage unentschuldigte Absenzen von schulpflichtigen Kindern gezählt (21).

Über die Lohnverhältnisse und die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft in den Vorarlberger Fabriken gibt Manfred Scheuch in seiner Pionierarbeit (22) detaillierte Auskunft. Er stellt für die Zeit von 1830 bis 1860 eine fortlaufende Senkung des Reallohnes fest. Erst ab 1860 ist bei den Arbeitslöhnen eine Aufwärtsentwicklung festzustellen (23). Und zwar gilt dies auch für die Frauenlöhne, die dann zu Beginn der achtziger Jahre einen Stand erreichten, welcher der Lohnempfängerin die volle Bestreitung der Lebenshaltungskosten ermöglichte. Noch 1871 hatte der Lohn für Frauen und selbstverständlich auch für Kinder nicht das Existenzminimum erreicht. Die Steigerung der Arbeitsintensität brachte die Unternehmer notwendigerweise dazu, die Reallöhne anzuheben. Denn mit den Reallöhnen, wie sie in den Jahren vor 1860 gezahlt worden waren, wäre aus dem einzelnen Arbeiter nicht mehr herauszuholen gewesen, ja selbst bei gleichbleibender Arbeitsintensität wäre seine bloße Existenz gefährdet gewesen. Die Unternehmer hätten bei solchen Löhnen nicht auch noch die Arbeitsintensität steigern können.

1890 war Vorarlberg hinsichtlich der Beschäftigtenzahl nach Niederösterreich (einschließlich Wien) die meistindustrialisierte Region der Monarchie (24). Nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1890 betrug die Arbeiterzahl einschließlich der in der Industrie tätigen Tagelöhner und der helfenden Familienmitglieder im Jahre 1890 24.027. Das entsprach bei 100 Beschäftigten einem Anteil von 43,5 gegenüber 27,5 im österreichischen Durchschnitt. Auch die Konzentration der Arbeiter in größeren (Textil-)Betrieben mit über 20 Beschäftigten war in Vorarlberg mit 13,2% stärker als im österreichischen Durchschnitt, wo nur 5,6% der Arbeiter in größeren Betrieben tätig waren.

ANFÄNGE DER ARBEITERBEWEGUNG

Am Anfang der Vorarlberger Arbeiterbewegung stehen, wie anderswo auch, vorerst nur Aktionen einzelner Arbeiter. Die ersten Kontakte mit utopisch-sozialistischen Ideen hatten wohl einige der zahlreichen in die Schweiz und nach Süddeutschland wandernden Handwerker und Saisonarbeiter. Noch zu Beginn des Jahres 1844, am 16. Jänner, berichtet der Kreishauptmann in Bregenz, Johann Nepomuk von Ebner-Rofenstein (25):

"Ich habe wiederholt die sorgfältigsten Erkundigungen darüber eingezo-gen, ob die Pest der kommunistischen Grundsätze und Umtriebe irgendwie nach Vorarlberg sich eingeschlichen haben dürfte. Es wurden dießfalls namentlich viele aus der Schweiz zurückgekehrte Arbeiter ausgeforscht. Allein keiner derselben wußte auch nur über das Bestehen des Kommunismus etwas anzugeben, um welchen sie sich auch nicht im geringsten bekümmerten, viel weniger aber daran den entferntesten Antheil nahmen.

Es treten aber auch die aus Vorarlberg in die Schweiz auswandernden Maurer, Zimmerleute und ähnliche Arbeiter fast nie mit fremden Handwerksburschen in eine Verbindung. Sie leben gewöhnlich beisammen in Kost und Quartier, und unterhalten sich in müßigen Stunden untereinander. Auch aus dem benachbarten Auslande habe ich dießfalls nichts Näheres in Erfahrung bringen können, und bin daher in der angenehmen Lage, dem hochlöblichen k.k. Landes-Präsidium die bestimmte Versicherung machen zu können, daß in Vorarlberg bisher nicht die entfernteste Spur von solchen Umtrieben habe entdeckt werden können, und ich überzeugt sei, daß solche auch in dem meiner Leitung anvertrauten Kreise gar nicht existiren."

Auch der Polizeidirektor in Innsbruck, Martinez, konnte am 14. Jänner 1844 einen beruhigenden Bericht abgeben (26). Er schreibt:

"Daß sich unter den vielen Reisenden, insbesondere unter den vielen Hundert aus der Schweiz nach Tirol kommenden und hier durchpassirenden Handwerksgesellen auch comunistische Sektirer befunden haben mögen, dies in Abrede zu stellen, wäre wohl gewagt; sicher ist es aber, daß sie das Proselitenmachen hier gar nicht oder doch nur mit der äussersten Behutsamkeit versucht haben mögen, und eben so gewiß ist es, daß ihre Prinzipien bei den Tirolern keinen Anklang gefunden und daß in Innsbruck und Bregenz kein comunistischer Verein bestehe."

Dann charakterisiert der Polizeidirektor noch die besonderen

Verhältnisse in Tirol und Vorarlberg (27):

"Innsbruck und noch mehr Bregenz sind zu klein, als daß bei den bestehenden polizeilichen Anstalten ein solcher Verein entstehen könnte, ohne bald entdeckt zu werden, und man kann ziemlicher Überzeugung darauf rechnen, daß die Meister und Arbeitgeber mit sehr wenigen Ausnahmen, wenn sie unter den Gesellen verdächtiges Treiben, bedenkliche Gespräche und Zusammenkünfte wahrnehmen sollten, sich beeilen würden, der Behörde hievon die Anzeige zu machen."

Wir dürfen den behördlichen Ermittlungen durchaus Glauben schenken: Bei der geringen Bevölkerungszahl der einzelnen Ortschaften, in denen selbst unbedeutendste Dinge gleich bekannt wurden, hätte den Behörden eine politische Betätigung von Arbeitern wohl schwerlich entgehen können. Umso aufgeregter reagierten die staatlichen Stellen, als aufgrund der Mitteilung eines Spitzels aus der Schweiz gegen den Schreinergehilfen Joseph Anton Huber aus Sulzberg Ende April 1844 Ermittlungen wegen Teilnahme an kommunistischen Vereinen in der Schweiz eingeleitet wurden (28).

Huber, geboren 1813 in der Pfarre Sulzberg, war am 18. Februar 1844 aus der französischen Schweiz, wo er sich seit 1836 ununterbrochen aufgehalten hatte, in seine Heimatgemeinde zurückgekehrt. Dem k.k. Land- und Kriminalgericht Bregenz ging eine Mitteilung aus der Schweiz zu, wonach Huber "in seinem Koffer mehrere auf kommunistische Umtriebe, und die freisinnigen deutschen Handwerker Vereine bezüglichen Druckwerke und Schriften bei sich habe". Daraufhin wurde Huber sofort verhaftet, "um theils einer allfälligen weitem Verbreitung der gedachten verderblichen Schriften vorzubeugen, theils aber um das bisherige Thun und Treiben des genannten Huber in der Schweiz, so wie auch Etwas über seine Denkungsweise in Erfahrung zu bringen". Bei der Hausdurchsuchung wurden gefunden: der "Kleine Katechismus der Sozialreform", drei Eintrittskarten in die volkstümlichen Gewerbevereine zu Lausanne, Yverdon und Genf nebst Statuten, ein gedrucktes, von dem sozialistischen Denker und Aktivisten Wilhelm Weitling herausgegebenes Blatt "Die junge Generation" und ein Briefaufsatz des Huber an seinen Vater, "der ein treues Bild communistischer Grundsätze enthält, indem darin von Gleichheit, Einheit und Freiheit gesprochen, und sich solcher Ideen und Ausdrücke bedient wird, die nur einem Schüler Weillings, oder eines andern Kommunisten Chef geläufig seyn können".

Bei seiner Einvernahme erklärte Huber, außer ihm habe an den Vereinsversammlungen in Lausanne, Yverdon und Genf kein

Tiroler oder Vorarlberger teilgenommen. Es seien in jenen Versammlungen die auf Freiheit, Gleichheit und Gütergemeinschaft abzielenden Grundsätze sowie der "Katechismus der Sozialreform" und die Druckschrift "Die junge Generation" vorgetragen und besprochen worden. Das Landespräsidium in Innsbruck kam jedenfalls zur Auffassung, daß der Vorarlberger Tischlergeselle Huber "bei seinem Thun und Treiben im Auslande während einer Reihe von Jahren, und noch dazu in einer bezüglich des kommunistischen Freiheitsschwindels sehr kritischen Epoche von kommunistischen Lehren und Grundsätzen angesteckt worden, und daher dessen strenge Beaufsichtigung gebothen sey, und daß dessen Theilnahme als Mitglied der Kommunisten- und Handwerker-Vereine in der Schweiz nicht ungeahndet bleiben könne". Dies sei umsomehr geboten, als "die Grundsätze, welche die Kommunisten aussprechen, und durch Schriften, wie z.B. den Katechismus der Social-Reform zu verbreiten suchen, so wie die Zwecke, welche sie verfolgen, sehr nahe an die Gränzen hochverrätherischer Handlungen streifen".

Auf die Einleitung eines Hochverratsverfahrens gegen Huber verzichteten die Behörden dann doch. Sie ließen es dabei bewenden, den Sachverhalt als schwere Polizeiübertretung zu bewerten. Huber wurde nach Abschluß der Erhebungen auf freien Fuß gesetzt, wobei seine sorgfältige Überwachung sichergestellt war.

Am 10. Juni 1844 teilte der Polizeipräsident in Wien, Josef Graf Sedlitzky, dem Landesgouverneur Clemens Graf Brandis die Nachricht eines Schweizer Konfidenten mit, "daß sich am Bodensee ein Sammelplatz politischer Abenteurer zu bilden beginne, die einen Aufrührersversuch in Vorarlberg und Tirol im Plane haben (29). Umständliche Erhebungen brachten keine konkreten Fakten zu Tage. Der kommunistischen Umtriebe bloß verdächtigt wurden in Vorarlberg der Gipser Konrad Steurer aus Kennelbach und der frühere Student Johann Halbeisen aus Hohenems (30).

Am 15. Oktober 1849 warnte das Land- und Kriminalgericht Bregenz die Gemeindevorstellungen seines Sprengels (31): "Bey dem Umstande, daß die Sekte der Kommunisten in der Schweiz Verbreitung zu gewinnen, und vorzüglich unter der Klasse der Arbeiter Anhänger zu finden scheint, wird gemäß kreisämtlicher Eröffnung ... angeordnet, daß von nun an bis zu einer abändernden Verfügung die Hierländigen der Handwerksklasse angehörigen Unterthanen eine Bewilligung zur Reise nach der Schweiz nur dann sollen erhalten können, wenn das zu Paß- oder Wanderbuchs-Ertheilung begutachtete Individuum in jeder Bezie-

hung unbedenklich, und von Seite desselben wegen Theilnahme an politischen Umtrieben durchaus nichts zu besorgen seye."

Die programmatischen Erklärungen des Bregenzerwälder Dichters Franz Michael Felder (1839-1869) und des Gerichtsadjunkten in Bludenz Kaspar Moosbrugger (1830-1917) stimmen weithin mit den Interessen der frühen Arbeiterbewegung überein (32). Im Oktober/November 1866 gründeten beide eine "Vorarlbergische Partei der Gleichberechtigung", und Moosbrugger verfaßte den "Ruf aus Vorarlberg um Gleichberechtigung", der als wichtigste politische Forderung das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht bezeichnete. Mitte Februar 1867 ließ Moosbrugger seine "Klarstellung der Vorarlbergischen Partei der Gleichberechtigung" folgen. Mit Ferdinand Lassalle, dessen Schriften beide gekannt haben, hofften Felder und Moosbrugger, daß das "eherne Lohngesetz" dann gebrochen werden könne, wenn die Arbeiter als Genossenschaftler zu ihren eigenen Arbeitgebern werden, wobei das nötige Startkapital vom Land Vorarlberg vorgeschossen werden sollte. Die Hebung des Bildungsniveaus tue not. Franz Michael Felder und Moosbrugger wurden von den Klerikalen scharf bekämpft. Insbesondere Franz Michael Felder, der seit März 1865 das Organ der sozialdemokratischen Partei "Der Social-Demokrat" abonniert hatte, mußte in seiner Heimatgemeinde Schoppernau schlimme Angriffe von seiten der in ihrer Autorität bedrohten katholischen Ortsgeistlichkeit überstehen. Denn ihm war es dort gemeinsam mit seinem Geschwisterkind Johann Josef Felder gelungen, unter den Bauern einigen Anhang zu finden. Der Uhrmacher Johann Josef Felder war erst 1866 nach einem etwa elfjährigen Aufenthalt in Frankreich in seine Heimat zurückgekehrt. Der Polizeikommissär Johann Hammer in Bregenz berichtet über die Tätigkeit der beiden am 10. Juni 1867 nach Innsbruck (33):

"Er (Johann Josef Felder) wollte vereint mit dem Dichter Franz Michael Felder die Lassalle-Proudhonschen Tendenzen in den Bregenzerwald einführen, wozu sie die praktischen Erfahrungen des Uhrmachers Felder, welcher dieselben in Frankreich sich aneignete, und die in ihrem Besitze befindlichen Lassalleschen und Proudhonschen Schriften über Gleichberechtigung benützen wollten. In der Gemeinde Schoppernau wußten auch diese Beiden insbesondere der Dichter Felder unter den Bauern einigen Anhang zu finden, indem sie aus den sozialdemokratischen Schriften Lassalles und Proudhons ihnen passende Exzerpte zusammenstellten, daraus eine kleine Lesebibliothek bildeten und so in der Gemeinde eine gemeinschaftliche Verwerthung dieser



Kaspar Moosbrugger



Franz Michael Felder

ihrer Produkte anzustreben suchten.

Sowie aber dieses ihr verwerfliches Unternehmen ruchbar oder vielmehr zur Kenntniß der Geistlichkeit gelangte, unterließ solche, insbesondere der Kapuziner P. Beda Widmer in Bezau und Pfarrer Rüscher in Schoppernau, nicht, das Volk von der Kanzel herab von dem verderblichen die Moral und Sitten verletzenden Unternehmen der Beidgenannten auf das eifrigste zu warnen. ...

Was die Verbreitung der fraglichen sozialdemokratischen Schriften anbelangt, so sollen dieselben nur in Schoppernau allein einigen Anhang gefunden haben, welcher sich aber durch die energischen Bemühungen des Pfarrers Rüscher beinahe wieder ganz verloren habe. In den andern Gemeinden des Bregenzerwaldes fanden diese Tendenzen nicht nur nicht Eingang, sondern wurde ihrer gespottet.

Bezüglich des wirklichen Bestehens und der Ausdehnung einer auf sozialdemokratischer Grundlage beruhenden Parthei in Vorarlberg liefen meine Erhebungen sämtlich auf das Gleiche dahin aus, daß eine solche Parthei in Wirklichkeit nicht bestehe, daß jedoch ein großer Theil des Vorarlberger Volkes - Maurer, Zimmerleute, Gypser, Weber, Fabriksarbeiter und andere Geschäftsleute -

vorzüglich aus Montafon und Bregenzerwald - den ganzen Sommer über ihren Verdienst in der französischen Schweiz und in Frankreich suchen, von dort sozialdemokratische Ideen und Gesinnungen, welche mit verdorbenen religiösen Grundsätzen in Verbindung stehen, mit nach Hause bringen, und sich hieraus nach und nach allerdings eine umfangreiche geschlossene sozialdemokratische Parthei sich bilden dürfte, wenn nicht von Seite der Behörden und Geistlichkeit auf angemessene und belehrende Weise dem Entstehen derselben ein Damm dazwischen gelegt wird."

Felder und Moosbrugger haben keine Breitenwirkung erzielt; sie hatten insbesondere keine Kontakte zur Arbeiterschaft. Aber ihre sozialkritischen Schriften und ihr aufklärerisches Wirken - wenn auch vorrangig nur im bäuerlichen Bereich - signalisierten eine Entwicklung, auf die die staatlichen Organe und der Klerus durchaus empfindlich reagierten: die Entwicklung einer neuen sozialen Bewegung als Folge des sich entfaltenden Kapitalismus.

DIE ARBEITERBILDUNGSVEREINE BIS ZU IHRER AUFLÖSUNG 1877

Auf Initiative liberaler Bürger wurden Ende der sechziger Jahre Arbeiterbildungsvereine gegründet. Die Möglichkeit hiezu bot das Vereins- und Versammlungsgesetz vom 15. November 1867. In Bregenz trafen sich am 12. Mai 1869 Martin Yoerg, Chirurg aus Lauingen in Bayern, Josef Edelbauer, Bürstenmacher aus Krummau in Böhmen, und Konrad Herrlein, Chirurg aus Thiersheim in Bayern, um über die Gründung eines Arbeiterbildungsvereines zu beraten (34). Sie nahmen wegen der Ausarbeitung eines Statuts Verbindung mit dem Ersten Allgemeinen Arbeiterbildungsverein in Wien auf, nach dessen Muster sie die Bregenzer Statuten formulierten und am 8. Juli 1869 bei der Bezirkshauptmannschaft in Bregenz einreichten. Am 23. Juli 1869 erhielten die von Martin Yoerg, Josef Edelbauer, Richard Kauffmann (Uhrmacher), Anton Niedermaier (Hutmacher) und Franz Sommer (Schneider) vorgelegten Statuten des Bregenzer Arbeiterbildungsvereines die behördliche Genehmigung. Über die Beweggründe, die zur Bildung dieses Vereines geführt haben, gibt die Einleitung zu dem in Privatbesitz überlieferten Protokollbuch des Bregenzer Arbeiterbildungsvereines Auskunft (35). Es heißt dort:

"Das Bedürfniß nach einem 'Arbeiter-Bildungs-Verein', worin jedem sich hier aufhaltenden Arbeiter Gelegenheit geboten wäre, sich die ihm nöthigen Kenntnisse zu erwerben, die freien

Abendstunden auf eine nutzbringende, angenehme Weise in Gesellschaft mit Standesgenossen zu verwerthen, und bei verschiedenartigen Anlässen, bei guter Unterhaltung, frohe Stunden verbringen zu können, dies Alles zusammengefaßt und mit dem Grundgedanken sich vereinigend, daß dieser Verein weder einen confessionellen noch einen politischen Charakter annehmen soll, sondern alle unbescholtenen Arbeiter, ohne Unterschied der religiösen noch politischen Anschauung darin Aufnahme finden können. Die Erweiterung der Kenntnisse und Fähigkeiten, die Pflege der Geselligkeit sollen die Bahn sein auf der der zu gründende Verein, resp. dessen Mitglieder vorgehen sollen. - Der Fortschritt liegt in seinem Princip, möge er ihm auch getreu bleiben."

Im Herbst 1870 konstituierte sich auch in Feldkirch ein Komitee, bestehend aus Ferdinand Thiergarten, Johann Beneke, Karl Lechleitner, M. Berthold und Gustav Krause, um einen Arbeiterbildungsverein ins Leben zu rufen. Die am 1. November 1870 vorgelegten Statuten erhielten am 10. November 1870 die behördliche Genehmigung (36). Der Verein gab sich am 20. November 1870 auch eine Krankenkasse (37). Die junge Feldkircher Organisation stand hauptsächlich unter dem Einfluß von Mittelschullehrern (38).

Bludenz und Dornbirn folgten mit Vereinsbildungen im Jahre 1873. Dabei wurde in beiden Fällen von der Statthalterei eine Abänderung der eingereichten Statuten verlangt, da in diesen nur Beschlüsse in politischen Angelegenheiten, nicht aber politische Reden und Debatten ausgeschlossen wurden (39). Proponent des Dornbirner Vereins war der Photograph Jakob Seidl, jener des Bludenzener Vereins Johann Heißen.

Das Gründungskomitee für einen Arbeiterbildungsverein in Hohenems, dem Anton Wolf, Fr. Karl Lindner, Ludwig Amann, Josef Fuchs, Benedikt Drexel, Johann Rappel, Karl Brotzge, Josef Fritsch und Wilhelm Schulian zugehörten, reichte am 1. Februar 1874 die Statuten ein (40). Der Vorstand Alexander Hermann des in Hard zu gründenden Arbeiterbildungsvereins legte am 7. März 1875 Statuten vor, wobei er bemerkte, daß sich in Hard schon am 11. November 1874 ein Arbeiterbildungsverein "zum Zwecke der Kranken- und Wander-Unterstützung, wie auch zur geistigen Ausbildung der die Arbeiter betreffenden Gegenstände constituirt" habe (41).

In den Statuten der Vorarlberger Arbeiterbildungsvereine nehmen die Wanderunterstützungen eine gewichtige Rolle ein. Die Wanderunterstützung betraf in der Regel ledige Facharbeiter, die nach Abschluß ihrer Lehre auf die "Walz" gingen. Diese

Wanderschaft ist für die Entwicklung der Arbeiterbewegung von großer Bedeutung: Solche Facharbeiter entkamen der Enge des dörflichen Milieus und fanden Kontakt mit der sich entwickelnden Arbeiterbewegung in andern Regionen. Deshalb waren sie oft führend in den Arbeiterbildungsvereinen tätig. Darüber hinaus schuf die Organisation der Wanderunterstützung überlokale Verbindungen.

In das Vereinsleben der Vorarlberger Arbeiterbildungsvereine gibt das für Bregenz erhaltene Protokollbuch Einblick (42). Hier einige Hinweise: Am 2. August 1869 hielt der Bregenzer Arbeiterbildungsverein seine erste Veranstaltung ab, wozu in der "Vorarlberger Landeszeitung" eingeladen worden war. Der Versammlung wohnten Lehrer und Kaufleute als Vertreter des liberalen Kleinbürgertums von Bregenz bei. Der Vorstand des Arbeiterbildungsvereines von Lindau hielt eine Eröffnungsrede und bot Zusammenarbeit an. Am 15. August 1869 traf man sich mit einer Abordnung des Arbeiterbildungsvereines von Rorschach. Am 15. November fand die zweite Generalversammlung statt, die den Eintritt außerordentlicher Mitglieder erleichterte und auf Antrag des bisherigen Vorstandes den Professor Friedrich Zimmerl zum ersten Vereinsvorstand wählte. Für die Bildungsarbeit standen der Realschullehrer Stark, der Kaufmann Pichler, der Pfarrer Hummel und der Buchbinder Böhr zur Verfügung. Auch zwei Schriftsteller, Alfred Meißner und Rittmeister Bayer (Robert Byr), waren dem Verein beigetreten. Die Ausrichtung des Arbeitervereins an den Bildungsidealen des bürgerlichen Humanismus blieb nicht unbedankt. So stellte sich der Fabriksbesitzer Konrad Gysi aus Fußach am 21. November 1869 mit fünfzig Gulden ein, die den Grundstock für die Kranken-Unterstützungs-Kasse bildeten. Den Charakter des Vereins beleuchtet auch recht gut die Christbaumfeier im Österreichischen Hof vom 26. Dezember 1869, auf welcher der Bürgermeister von Bregenz, Karl Baron Seyffertitz, vor dem Transparent mit der Inschrift "Arbeiter! Vorwärts streben ist unser Ziel!" die Festrede über Arbeit und Bildung hielt. Arbeit mache frei, Bildung mache gleich - das war in etwa der Tenor dieser Rede.

Ab 1. März 1870 war das Vereinslokal in der Gastwirtschaft des Eduard Reiner. Ab 2. Mai 1870 galt für die Sommermonate folgende abendliche Programmgestaltung: Montag - Diskussion; Dienstag - Turnübung; Mittwoch - Gesang; Donnerstag - Deklamation; Freitag - Gesang. Die Bibliothek hielt an Zeitungen den in Frankfurt erscheinenden "Arbeitgeber", die "Arbeiterzeitung für die Württembergischen Arbeiterbildungsvereine" und den "Schwäbi-

I. Jahres-Versammlung
des
Arbeiter-Bildungs-Vereins Bregenz 1870

Montag den 1. August.

Die am 7. März abgefallene letzte Versammlung
des Arbeiter-Bildungs-Vereins verstandes gleichzeitige Kammer-
versammlungen nicht so stark besucht als sonst der Fall
gewesen wäre. Der Kreis der Zuhörer war jedoch dieselbe
mit einer Ausnahme, in welcher dasselbe jugendlicher waren
in welchem der Verein den im § 1. des Statuten vorgeschrieben
ersten Zweck im vorliegenden Falle erreicht hat nur ein
Drittel der Mitglieder. Gründung eines allgemeinen Ar-
beiter-Kassen, sowie eines Arbeiter-Vereins in der nächsten
Mitglieder - Durch die kräftige Unterstützung des
vielen Freunde der Verein - möglich geworden ist.
Alle Paragraphen des Statuten (siehe oben S. 23)
sind in volle Wirkung bei getreten. Dieser gestützt die
dingen nicht nur die Gegenwert nicht die Zeit nicht
Gründungsstatut, sondern der verdienstlichen Mitglieder
sind die Regeln der folgenden Ringes an Vornehmen
sich, um den Ring die Pflichten auszuführen zu helfen.

Auszug aus dem Protokollbuch des Arbeiterbildungsvereins Bregenz
- die I. Jahresversammlung am 1. August 1870

schen Merkur". Als Kassier fungierte seit dem 31. Jänner 1870 Ferdinand Thiergarten aus Freiburg im Breisgau, der später im badischen Arbeiterbildungswesen eine gewichtige Rolle spielte. Nach Ausbruch des deutsch-französischen Krieges verlor der Verein seine Mitglieder Georg Schwarz, Johann Hoff (II. Vorstand) und das Gründungsmitglied Martin Yoerg (Kassier), die zur deutschen Armee einrücken hatten müssen. Am 4. März 1871 delegierte der Verein den II. Vorstand Anton Knapp und den II. Schriftführer Gebhardt Sautter zur Gauversammlung der Arbeiter Union nach Rorschach, wo über das monatliche oder wöchentliche Erscheinen des Organs "Felleisen", das Wahlrecht zur Zentralversammlung in Zürich, eventuelle weitere Gauversammlungen und die Frage der Wanderunterstützung debattiert wurde.

Die Mitgliederzahl des Vereins war in den ersten Jahren jedenfalls nicht konstant; konkrete Zahlen finden sich im Protokollbuch leider nicht. Am 3. Oktober 1871 heißt es, daß viele Mitglieder im Sommer die Stadt verlassen hätten; am 29. November 1871 findet sich die Notiz, daß der Verein sich um ein Drittel vermehrt habe.

Der I. Vorstand Professor Zimmerl verließ Anfang 1872 Bregenz. Als sein Nachfolger wurde am 2. April 1872 Adrian Böhr gewählt. Die Bemühungen des Vereins, einen I. Vorstand aus dem Kreise der Bregenzer Professoren zu gewinnen, waren, wie das Protokollbuch ausdrücklich vermerkt, gescheitert.

Zum Arbeitertag in Bozen zu Pfingsten 1872, wo über die Gründung einer allgemeinen Arbeiter-, Kranken- und Invaliden-Kasse für Tirol und Vorarlberg sowie über Reiseunterstützungen beraten werden sollte, konnte Bregenz keinen Delegierten entsenden; es ließ sich von Meran vertreten. Aber die Tatsache der Einladung allein zeigt doch, daß die Arbeiterbildungsvereine von Vorarlberg und Tirol miteinander in loser Verbindung standen. Über die Ereignisse in Bozen wurde dann in der Monatsversammlung vom 3. Juni 1872 berichtet.

In den Anfangsjahren der Vorarlberger Arbeiterbildungsvereine überwog ganz offenbar die Tendenz, sich unter der Führung liberaler Bürger der Organisation von allgemeinbildenden Veranstaltungen und geselligem Vereinsleben zu widmen. Da sich zudem unter dem Druck der Behörden die Vereine ausdrücklich unpolitisch verhalten mußten, blieb gerade die große soziale Frage jener Zeit - die materielle und politische Situation der Arbeiterklasse - systematisch ausgeklammert. Diese Spannung zwischen der offiziellen Funktion der Vereine und der Lebenswirklichkeit ihrer Adressaten und Mitglieder - der Arbeiter - konnte nicht lange

kaschirt werden. Sie kam denn auch bald durch eine deutliche politische Radikalisierung innerhalb der Mitgliedschaft zum Ausdruck - ganz klar abzulesen auch an den Dokumenten des Bregener Arbeiterbildungsvereins.

So sah sich bereits der I. Vorstand Böhr am 26. Dezember 1872 genötigt, in einer Festrede seinen Verein scharf von der Sozialdemokratie abzugrenzen. Im Protokollbuch liest sich das, niedergeschrieben vom II. Schriftführer J.M. Engelhart, so:

"Leider wird das Streben unseres Vereins noch vielfach mißkannt und vielfach beurtheilt. Man sieht unsern Verein da und dort als einen sozialdemokratischen an und es hält sich daher noch manche tüchtige Kraft fern, die unserm Vereine nützen könnte. In kurzen Sätzen will ich daher versuchen, die Unterschiede zwischen den sozialdemokratischen Arbeitervereinen und dem unsrigen (Schulze-Delitzsch'schen) Arbeiterbildungsverein zu beleuchten.

Schulze-Delitzsch, dessen Namen durch seine ins Leben gerufenen Vorschuß- und Consumvereine, Genossenschaften u.s.w. weit über die Grenzen Deutschlands hinaus berühmt ist, gründete auch die Arbeiterbildungsvereine mit dem Prinzip der Selbsthilfe und den Zwecken der Bildung, Sparsamkeit, Kranken- und Wanderunterstützung, ohne einseitige politische oder religiöse Tendenz.

Die Vereine wuchsen und verbreiteten sich rasch in allen Städten Deutschlands und bildeten einen Bund der nach Tausenden zählte. Durch ihre rastlos entfaltete Thätigkeit wurden sie für einen großen Theil ihrer Mitglieder zu einer wahrhaften Quelle geistiger Erhebung, sittlicher Kraft und Läuterung. Da geschah es, daß Ferdinand Lassalle, der bis dahin bloß als geistreicher und händelssüchtiger Literat bekannt war, in den Vereinigungen der Arbeiter ein geeignetes Material für seine politischen Zwecke zu erkennen glaubte, als Agitator in den Vereinen auftrat, die soziale Frage kurzweg als eine Magenfrage erklärte, an die Stelle der friedlichen Bildungsarbeit die politische Agitation setzte, statt der Selbsthilfe Staatshilfe forderte und sein System war fertig.

Die Vereinigung der A.B.V. spaltete sich, die Anhänger Lassalles nannten sich Sozialdemokraten, während ein bedeutender Theil dem Schulze-Delitzsch'schen Programm, welches auch das unsrige ist, treu blieb. So ersehen Sie, werthe Gäste und Freunde, daß unser A.B.V. nichts mit jenen Vereinen gemein hat, daß er keine politische Agitation treibt, und keine Strickes (Streiks) unterstützt.

Damit sei aber nicht gesagt, daß sich der A.B.V. ganz

gegen die politischen und sozialen Bestrebungen unserer Zeit verschließe. Nein! Es sollen seine Mitglieder auf jeden Fortschritt, jede freiheitliche Errungenschaft im politischen und sozialen Leben aufmerksam gemacht werden; es soll das Streben des A.B.V. sein, daß in demselben die Erkenntniß allgemeiner menschlicher Pflichten und Rechte angeregt und seine Mitglieder zu politisch denkenden und handelnden Menschen herangezogen werden. Darum, wer die Bildung nicht fürchtet, braucht unsern Verein nicht zu bekämpfen, wer die Bildung liebt und verbreiten will, muß sich für ihn interessiren, er gehöre einem Stande oder einer Partei an, welcher er wolle."

Kennzeichnend für den Wandel der Situation ist auch die Debatte über Abonnements von Zeitungen für den Verein. Am 1. März 1873 war noch beschlossen worden, die bürgerlichen Journale "Gewerbehalle", "Gartenlaube" und "Bildungsverein" weiter zu abonnieren. In der Vierteljahresversammlung vom 19. Jänner 1874 machte dann ein Mitglied den Vorschlag, den "Volkswillen" im Verein aufzulegen. Und bei der vom neuen I. Vorstand (seit 3. März 1874), dem Bürgerschullehrer Anton Feßler, geleiteten Monatsversammlung vom 6. Juli 1874 kam die Sprache auf das Abonnement einer deklarierten Arbeiterzeitung, wobei sämtliche Mitglieder für die "Gleichheit" plädierten - das in Wiener Neustadt erscheinende Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs.

Die Vorarlberger Vereine arbeiteten nicht nur innerhalb des Landes zusammen, sondern auch, wie schon angedeutet, mit benachbarten Vereinen im Bodenseeraum, zu deren Arbeitertagen Delegierte entsandt wurden. Von dort kamen insbesondere seit dem Gothaer Einigungskongreß (1875) sozialistische Impulse nach Vorarlberg, worauf ein Schreiben des Statthalters Eduard Graf Taaffe an die Bezirkshauptmänner vom 13. Juli 1875 ausdrücklich hinweist (43). Daß einzelne Mitglieder der Vorarlberger Arbeiterbildungsvereine auch mit der österreichischen Sozialdemokratie Kontakt hatten, zeigt die Teilnahme von Johann Beck aus Rieden bei Bregenz am Parteitag zu Pfingsten 1875 in Marchegg, der allerdings kurz nach der Eröffnung von der Polizei gesprengt wurde (44). Von Johann Beck ist aktenkundig, daß er mit führenden Persönlichkeiten der österreichischen Sozialdemokratie bekannt war und häufig Reisen nach Orten unternahm, wo Arbeiterbildungsvereine existierten. Er scheint auch ein hervorragender Redner gewesen zu sein.

Aus Anlaß einer Meldung in der "Wiener Gemeindezeitung" vom 21. Jänner 1877, nach welcher in Tirol und Vorarlberg die

sozialdemokratische "Gleichheit" in einer beachtlichen Abonnentenzahl verbreitet sei, führten die Vorarlberger Bezirkshauptmänner im Auftrag von Statthalter Graf Taaffe Erhebungen über den Stand einer eventuellen sozialistischen Arbeiterbewegung in Vorarlberg durch (45).

Der Bezirkshauptmann in Feldkirch, Joseph Anton Neuner, meldete am 4. Februar 1877, "daß die sozialdemokratische Zeitschrift 'Gleichheit' von den Arbeiterbildungsvereinen in Feldkirch, Hohenems und Dornbirn gehalten und gelesen werde", doch zieht er aus diesem Umstande keine Folgerungen über die Fortschritte der sozialistischen Arbeiterbewegung in Vorarlberg. Er resümiert:

"Über Eindringen von sozialdemokratischen literarischen Produkten nach Vorarlberg oder einer sozialdemokratischen Agitation vom deutschen Reiche aus habe ich keine Wahrnehmung gemacht. Da sehr viele Mitglieder des Arbeiterstandes aus dem Lande Vorarlberg im deutschen Reiche und in der Schweiz sich aufhalten und dort die Lehren der Sozialdemokratie kennen lernen, so sind diese Lehren unter dem Arbeiterstande hier sehr verbreitet, bringen aber keine andere Wirkung hervor, als daß der praktische Vorarlberger an eine Zukunft solcher Lehren nicht glaubt."

Der Bezirkshauptmann in Bludenz, Josef von Grabmayr, schrieb am 9. Februar 1877, "daß von sozialistischen Umtrieben der Arbeiterpartei, wie solche in dem Korrespondenz Artikel der Wiener Gemeindezeitung No. 61 angedeutet sind, in diesem Bezirke nichts bekannt ist und daß ebensowenig darauf bezügliche literarische Produkte Verbreitung finden".

Der Bezirkshauptmann in Bregenz, Karl Ritter von Schwertling, stellte am 27. Februar 1877 fest, daß er "von Arbeiterbewegungen der angedeuteten Art unter den Arbeitern in diesem Bezirke nichts wahrgenommen habe. Ebensowenig ist von einer Verbreitung von Druckschriften sozialdemokratischer Tendenz etwas bekannt geworden. Das Journal 'Gleichheit' hat hier gar keine Verbreitung und die k.k. Post hat weder über diese Zeitung noch über die obbesagten sozialdemokratischen Produkte Wahrnehmungen gemacht. Die Fabriksarbeiter hier rekrutiren sich zumeist aus der einheimischen Bevölkerung, zum Theil aus italienischen Familien, die beide den Bestrebungen einer socialistischen Propaganda völlig unzugänglich sind oder für dieselben überhaupt kein Verständniß haben."

In diesen Stellungnahmen der an sich immer gut informierten Lokalbehörden wurde seltsamerweise die inzwischen eingetretene

sozialistische politische Entwicklung innerhalb der Vorarlberger Arbeiterbildungsvereine nicht richtig eingeschätzt. Das verwundert unter anderem auch deshalb, weil die "Feldkircher Zeitung" vom 25. April 1877 in einem Artikel aus Dornbirn vor der Fähigkeit der Sozialisten gewarnt hatte, überall dort, wo einige wenige sind, Zusammenkünfte abzuhalten, "in denen die gemeinsame Propaganda besprochen und der Einzelne angefeuert wird, fleißig neue Mitglieder zu werben". Die "Feldkircher Zeitung" meinte, "redegewandte, furchtlose, für ihre Zwecke begeisterte, mit allen jenen von Marx, Lassalle etc. künstlich geschmiedeten Waffen der Dialektik ausgerüstete Sendlinge" würden unablässig umherreisen.

Das Auftreten der Delegierten der Vorarlberger Arbeiterbildungsvereine am Verbandstag der Arbeiterbildungsvereine des Bodenseegauverbandes in Lindau am 20. Mai 1877 machte dann ganz deutlich, daß die sozialistische Arbeiterbewegung innerhalb der Vorarlberger Arbeiterbildungsvereine feste Wurzeln geschlagen hatte. Vorarlberg war auf dem Lindauer Verbandstag (46) durch die Delegierten der Arbeiterbildungsvereine in Bregenz (Vorstand Franz Poschinger aus Sebastiansberg in Böhmen, Hutmacher in Bregenz, Michael Engelhard und Johann Saxl), Hard (Vorstand Alexander Hermann aus Hard, Kassier Jakob Hermann aus Hard, Dummeldinger, Modellstecher aus Bayern), Dornbirn (Vorstand Martin Herburger aus Dornbirn, zwei weitere, in den Akten nicht genannte Mitglieder), Feldkirch (Johann Beck, Schuhmachergehilfe in Feldkirch) und in Bludenz (Kaufmann, Mechaniker aus Bludenz) vertreten. Hohenems hatte keinen Delegierten entsandt. Die Vorarlberger Teilnehmer hatten den offiziellen Auftrag, sich in die Verhandlungen über die Frage der gegenseitigen Wanderunterstützung einzuschalten.

Über den Verlauf des Lindauer Verbandstages gab Franz Poschinger, der Vorstand des Bregenzer Arbeiterbildungsvereines, bei seiner Vernehmung durch die Bregenzer Bezirkshauptmannschaft am 4. Juli 1877 folgendes zu Protokoll (47):

"Nach der Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden Bilgeri, Vorstand des Arbeiter-Bildungs-Vereines in Lindau und noch vor Eintritt in die Tagesordnung stellte der Delegirte Beck von Feldkirch den Antrag, einen telegrafischen Gruß an den eben in Gotha tagenden Arbeiter Congreß zu richten. Der Vorsitzende brachte diesen Antrag zur Abstimmung und es erhoben sich für den selben nur die 11 Vorarlberger Deputirte. Weil wir in der Minderheit waren und weil ich glaubte, daß unter denen, die sitzen geblieben d.h. gegen den Antrag Becks waren, erhob ich die Einwendung, ob denn bei den Sitzengebliebenen wohl

lauter Deputirte wären. Darüber wurde hin und hergeredet, und es trat denn auch der Vorsitzende mit der Äußerung ein, daß es da zugehe wie in einem Schweinestall. Auf diese Äußerung hin wollten wir das Lokale verlassen, blieben dann aber, nachdem Kaufmann aus Bludenz beschwichtigend aufgetreten war. Nur Beck entfernte sich, um das Begrüßungs-Telegramm an den Arbeiter-Congreß in Gotha im Namen der Delegirten Vorarlbergs aufzugeben. Den Inhalt des Textes des Telegramms kenne ich nicht. Beck hat das Telegramm nach seiner Zurückkunft wohl vorgelesen, ich kann mich aber daran nicht mehr erinnern. Eine Antwort auf das Telegramm ist nicht erfolgt.

Der Delegirte Herburger aus Dornbirn erklärte, daß wir Vorarlberger weiter an einer Debatte uns nicht betheiligen, außer bei dem Punkte über Wanderunterstützungen, wohin auch unsere Instruktion lautete. Als dieser Punkt zur Sprache kam, stellten wir den Antrag, in Betreff der Wanderunterstützungen es beim Alten zu belassen, nämlich daß wir Vorarlberger Vereine jedem zugereisten Mitgliede eines Arbeiter Bildungs Vereines 50 kr., die deutschen Vereine eine Mark bezahlen, ohne gegenseitige Verrechnung. So wurde es dann auch beschlossen. Bei oder nach diesem Punkte stellte ein Mitglied, meines Wissens Dummeldinger aus Hard den Antrag, es wäre gut, damit die Vereine gegenseitig miteinander Föhlung haben und über die Angelegenheiten der Arbeiter Bildungsvereine und namentlich über die Wanderunterstützungen unterrichtet seien, daß die deutschen Vereine ein österreichisches Blatt, die österreichischen Vereine ein deutsches Blatt halten würden. Diesem allgemeinen Antrage wurde auch zugestimmt, die deutschen Vereine brachten dann ihrerseits die süddeutsche Arbeiterzeitung in Vorschlag, womit auch wir einverstanden waren. Wir Österreicher brachten die 'Gleichheit' in Vorschlag, weil dieß unseres Wissens die einzige Zeitung ist, welche die Arbeiter-Interessen Österreichs vertritt und namentlich in dem Inseratentheile die wissenswerthen Ankündigungen enthält. Dagegen sprach nun zuerst der Freiburger Delegirte Thiergarten, betonend in der Hauptsache, daß sie (die deutschen Vereine) kein Blatt halten, das sich Organ der Socialdemokraten nenne und social-demokratische Tendenzen verfolge, welche den deutschen Arbeiter-Bildungsvereinen fremd seien. Wir entgegneten, daß wir die Gleichheit nicht als social-demokratisches Organ empfehlen, sondern weil sie in ihrem Inseratentheile die in Betreff der Wanderunterstützungen wissenswerthen Ankündigungen enthalte; man solle nicht so engherzig sein; jeder könne lesen, was ihm zusage, er brauche deßhalb seine Grundsätze nicht zu ändern

etc.etc. Es wurde dann darüber abgestimmt und wir blieben mit unserem Antrage in der Minderheit."

Johann Beck gab am 30. Mai 1877 vor der Feldkircher Bezirkshauptmannschaft folgendes zu Protokoll (48):

"Ich bin von Rieden gebürtig, 26 Jahre alt, katholisch, ledig, von Profession Schuhmacher, gerichtlich unbeanständet, vermögenslos. In Graz wurde ich wegen Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung bei einer Versammlung in Untersuchung gezogen, welche aber aufgehoben wurde. In einer außerordentlichen Versammlung des Arbeiter Bildungs Vereines, welche anfangs dieses Monates hier stattfand, wurde ich für diesen Verein zum Arbeitertag des Bodensee Gau-Verbandes nach Lindau delegirt. Von Dornbirn wurde der Vorstand Martin Herburger mit noch 2 anderen mir unbekanntem Mitgliedern dorthin delegirt. Von Hohenems ist Niemand erschienen.

Die außerordentliche Versammlung in Feldkirch habe ich einberufen, nachdem sie vom Ausschuß beschlossen war. Ich bin nämlich während der Krankheit des 1. Vorstandes Lechleitner und wegen Niederlegung der Stelle von Seite des 2ten Vorstandes Hofschuster zum 2. Vorstand des Arbeiter Bildungs Vereines erwählt worden. Ich habe jedoch der Behörde hievon keine Anzeige erstattet. Es war nämlich damals noch der 1. Vorstand Lechleitner gesund und bei der Versammlung und ich glaubte deshalb, daß die Anzeige von seiner Seite gemacht werden würde.

Auf dem Arbeiter Tage in Lindau handelte es sich hauptsächlich um die gegenseitige Unterstützung der wandernden Arbeiter. In dieser Richtung hatte ich vom Vereine in Feldkirch meine Instruktion erhalten und sie auch ausgeübt. Als aber die Sprache über ein gemeinschaftliches Organ für die Arbeiter erhoben wurde, schlug Martin Herburger die Zeitschrift 'Gleichheit' vor, welche jedoch wegen seiner sozial-demokratischen Haltung abgelehnt wurde. Schon vor der Verhandlung stellte ich jedoch nicht als Mitglied des Vereines sondern für meine Person selbst den Antrag, dem sozial-demokratischen Congreß in Gotha ein Begrüßungs-Telegramm zuzusenden. Hierüber entstand arger Tumult, so daß eine Vereinigung in keiner Richtung zu Stande gebracht wurde. Deßhalb haben die Vorarlberger die Versammlung verlassen, nachdem der Schriftführer derselben dem Vorstand des Arbeiter Bildungs Vereines von Bregenz Poschinger eine Blumen Vase an den Kopf werfen wollte. Ein politischer Commissar war dabei nicht anwesend.

Bezüglich des für Österreich geplanten Arbeiter Tages gibt derselbe an: Ich weiß hierüber nur was in der Zeitschrift

'Gleichheit' enthalten war, nämlich daß ein Congreß der österreichischen sozial demokratischen Arbeiter Parthei in Wiener Neustadt abgehalten werden soll. Über den Zeitpunkt desselben ist mir nichts bekannt.

Mir ist nicht bekannt, ob für diesen Congreß von Vorarlberg Anträge abgegangen oder Delegirte gewählt worden sind. Ich glaube wenigstens nicht daran. Ich bin wahrscheinlich der einzige Sozial Demokrat in Feldkirch."

Die Protokolle der Einvernahmen von Poschinger und Beck zeigen, daß beide den Behörden nur das mitteilten, was ohnehin amtsbekannt geworden war. Zweifellos waren die Vorarlberger Delegierten, die das Vertrauen ihrer Vereine besaßen, in Lindau als Sozialdemokraten aufgetreten und dort auf lebhaften, zum Teil sogar handgreiflichen Widerspruch gestoßen. Erstmals hatten sich Funktionäre der Vorarlberger Arbeiterbildungsvereine in der Öffentlichkeit bewußt als Sozialdemokraten bekannt. Durch die "Gleichheit" waren sie mit der nationalen Organisation der österreichischen Arbeiterbewegung verbunden; durch ihr Telegramm nach Gotha - "Die Delegirten Vorarlbergs am Lindauer Arbeitertage rufen den wackeren Genossen Deutschlands zu ihrem heutigen Congresse ein dreifach donnernd Hoch. Vorwärts im Kampfe für die Emanzipation des arbeitenden Volkes!" (49) - zeigten sie ihre internationale Solidarität.

Die Vorgänge in Lindau vom 20. Mai 1877 waren für die bürgerliche Presse des Landes ein willkommener Anlaß, gegen alle fortschrittlichen Tendenzen innerhalb der Arbeiterbildungsvereine eine Kampagne zu eröffnen. Das "Vorarlberger Volksblatt" schrieb beispielsweise am 15. Juni 1877:

"Was soll man aber von Arbeiterbildungsvereinen denken, die ihre Mitglieder zu Communisten heranziehen? Wir wollen zwar gerne glauben, daß die Delegirten der Vorarlberger liberalen Arbeiterbildungsvereine bei dem Lindauertage nur ihre eigenen Personen vertraten, allein was wir von dem Gebaren dieser Vereine wissen, ist leider derart, daß von der, in denselben angestrebten Bildung, nichts anderes zu erwarten ist, als was sich auf dem Lindauertage zeigte. - Alle ehrlichen Arbeiter Vorarlbergs möchten wir aber dringend warnen, Vereinen beizutreten, die nur die verderblichsten Lehren zu verbreiten bestrebt sind, Lehren die zur Ausführung gelangt, das Verderben der Arbeiter herbeiführen müssen. Mögen es alle Arbeiter wissen, daß nur die christlichen Grundsätze es sind, von denen sie ihr Heil zu erwarten und verbesserte Zustände zu hoffen haben, und daß alle anderen Wege das sociale Elend nur zu mehren

vermögen."

Die "Freiburger Zeitung" hatte schon am 29. Mai 1877 über die Vorgänge in Lindau berichtet, das "Innsbrucker Tagblatt" notierte die Ereignisse am 2. Juni, der "Bote für Tirol und Vorarlberg" am 15. Juni 1877. Die aufgeschreckten kleinbürgerlichen Mitglieder der Vorarlberger Arbeiterbildungsvereine forderten Rechenschaft, da - wie in der "Vorarlberger Landeszeitung" vom 12. Juni 1877 zu lesen stand - "die sogenannten Arbeiterbildungsvereine in dem Lichte von roten Socialdemokraten und Pariser Communarden erscheinen". Die "Feldkircher Zeitung" vom 9. Juni 1877 sprach von einem "skandalösen Auftreten" der Vorarlberger Delegierten in Lindau und empfahl den Arbeiterbildungsvereinen dringend, "solche Individuen, die sich gegen die Statuten verfehlen, einfach auszuschließen, damit sie nicht kompromittiert werden".

Die regionalen Behörden reagierten auf das Auftreten der Vorarlberger Delegierten in Lindau aufmerksam, wenn auch mit einiger Zurückhaltung, da sie der Auffassung sein konnten, die Entwicklung noch im Griff zu haben (50).

Die Bezirkshauptmannschaft in Bregenz stellte keine Anträge bezüglich eines amtlichen Vorgehens gegen die Arbeiterbildungsvereine; jene in Feldkirch meinte, daß die Vereine Feldkirch und Dornbirn ihren statutenmäßigen Wirkungskreis überschritten und oft gegen das Vereinsgesetz verstoßen hätten. Deshalb werde - auch in Hinblick auf das Aufsehen, das die Vorarlberger Delegierten hervorgerufen hätten - um die Auflösung der betreffenden Arbeiterbildungsvereine gebeten. Da hatte es auch nichts genützt, daß der Feldkircher Arbeiterbildungsverein sich in der Rubrik "Eingesendet" der "Feldkircher Zeitung" vom 23. Juni 1877 für das Auftreten seines nun ausgeschlossenen Delegierten entschuldigt hatte. Die Bezirkshauptmannschaft in Bludenz schließlich teilte mit, der dortige Verein habe sich im Anfange sehr gut gehalten, nach und nach aber seien störende Elemente hinzugekommen, die die frühere Vorstehung zur Abdankung gebracht hätten. Diese Elemente hätten nun die Oberhand, würden sich offen zu ihrer sozialdemokratischen Gesinnung bekennen, "harmonisierend mit den im Vereinslokale aufliegenden Zeitschriften Gleichheit und Vorwärts". Der Bludener Bezirkshauptmann war sich sicher, daß die Arbeiterbildungsvereine Vorarlbergs, namentlich in den Personen ihrer Führer, zu den Sozialdemokraten neigen würden, weshalb eine strenge Überwachung notwendig sei. Von weiteren Maßregeln im eigenen Wirkungskreis werde abgesehen, um einem einheitlichen Vorgehen gegen alle Vorarlberger



Der Arbeiterfortbildungsverein Dornbirn im Jahre 1895: Nach der Erstgründung 1873 wurde auch dieser Verein 1877 vorübergehend aufgelöst.

Arbeiterbildungsvereine nicht vorzugreifen (51).

Statthalter Eduard Graf Taaffe zögerte nicht, am 25. Juli 1877 die Arbeiterbildungsvereine in Bregenz, Hard, Dornbirn, Feldkirch und Bludenz aufzulösen. Gegenüber den Bezirkshauptmannschaften ließ er diesen Entscheid wie folgt begründen (52):

"Das Auftreten der Delegirten der vorarlbergischen Arbeiterbildungs-Vereine an dem am 20. Mai l.J. in Lindau abgehaltenen Verbandstage des Bodensee-Gauverbandes der Arbeiter-Fortbildungs-Vereine hat im In- und Auslande gerechtes Aufsehen erregt, und wurden am selben Tage die vorarlbergischen Arbeiter-Bildungs-Vereine wegen ihrer an den Tag gelegten sozialdemokratischen Gesinnungen vom Bodensee-Gauverband ausgeschlossen. ... Es ergibt sich aus den Erhebungen weiter, daß in verschiedenen Vereinslokalien (sic!) sozialdemokratische Blätter aufliegen, und daß die Delegirten meistens Vorstände und Leiter der verschiedenen Vereine und Personen sind, deren sozial-demokratische Richtung bekannt war.

Da nun aus allem dem klar hervorgeht, daß die Arbeiterbildungs-Vereine in Vorarlberg, namentlich in den Personen ihrer Führer und Leiter sich mit Politik befaßen, und offen ihre sozial-demokratischen Tendenzen kundgeben; da ferner die Delegirten die Vertrauensmänner der Vereine sind, die Vereine daher die Verantwortung für die Handlungen der Männer ihres Vertrauens zu tragen haben, so liegt offenbar von Seite der Arbeiterbildungs-Vereine in Vorarlberg eine Überschreitung ihres statutenmäßigen Wirkungskreises vor. Ich finde daher die Arbeiterbildungs-Vereine in Bregenz, Hard, Dornbirn, Feldkirch und Bludenz auf Grund des § 24 des Gesetzes über das Vereinsrecht vom 15. November 1867 wegen Überschreitung ihres statutenmäßigen Wirkungskreises hiemit aufzulösen."

AUF DEM WEG ZUR SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI (1877-1890)

Marx und Engels haben über das Entstehen der Solidarität der Arbeiter im "Kommunistischen Manifest" geschrieben: "Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter. Sie wird gefördert durch die wachsenden Kommunikationsmittel, die von der großen Industrie erzeugt werden und die Arbeiter der verschiedenen Lokalitäten miteinander in Verbindung setzen" (53). Die Auflösung der Arbeiterbildungsvereine konnte die fortschreitende Vereinigung der Vorarlberger Arbeiter nur für kurze Zeit behindern. Schon am 12. August 1877 entstand in Bregenz ein neuer Arbeiterverein unter dem Namen "Allgemeiner Arbeiterverein in Bregenz", der aufgrund der von den Behörden in den Weg gelegten formalen Hindernisse erst am 20. Oktober 1877 bestätigt wurde (54). § 1 der von Kaspar Jäkh (Schneider), Johann Hardegger (Hutmacher), Adolf Amberg (Bäcker), Franz Kapper (Schneider) und August Flemig (Schneider) vorgelegten Statuten lautete: "Der Zweck des Vereines ist die Förderung der geistigen und materiellen Interessen und Rechte seiner Mitglieder, durch jedes gesetzliche Mittel unter Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen. Der Verein befaßt sich demnach in keiner Weise mit Politik und Religion."

Die Bemühung des neuen Arbeitervereins, in die Hinterlassenschaft - zweihundertfünfzig Gulden - des aufgelösten Arbeiterbildungsvereines einzutreten, hatte 1882 Erfolg. Unter dem

Vorstand Schneidermeister Heinrich Hof und dem Schriftführer Max Buchmann gab sich der Allgemeine Arbeiterverein in seiner Halbjahresversammlung vom 3. Juli 1882 auch wieder den Namen "Arbeiterbildungsverein", was von der Statthalterei am 31. Juli 1882 zur Kenntnis genommen wurde (55).

Wenige Tage vor der Konstituierung des Bregenzer Allgemeinen Arbeitervereines hatten sich in Hard die früheren Mitglieder des Arbeiterbildungsvereines Johann Hartmann (Drucker), Augustin Hermann (Ziegler), Gebhard Sutter (Schustermeister), Anselm Büchele (Sticker) und Alexander Hermann (Bauer) zu einem Komitee zur Gründung eines Allgemeinen Arbeitervereins sowie einer Krankenkasse zusammengefunden und am 11. August 1877 die Statuten der Statthalterei eingereicht (56). Diese rasche Initiative wundert nicht, weil in Hard der früher bestandene Arbeiterbildungsverein in der Arbeiterschaft des Ortes fest verankert gewesen war: Er hatte zur Zeit der Auflösung immerhin 93 Mitglieder gezählt (57). Die amtliche Bestätigung der am 30. September 1877 wiedervorgelegten Harder Statuten verzögerte sich bis zum 20. Oktober 1877, wohl wegen der Erstformulierung des § 1, in welchem ausdrücklich eine politische Betätigung des Vereins ausgeschlossen werden mußte.

Am 30. Dezember 1878 reichten Johann Beck aus Feldkirch, Johann Mutter aus Bludenz, Adolf Raubitschek aus Horowitz/Böhmen, Samuel Danko aus Ungarn und Michael Leimgruber aus Dietenheim/Württemberg die Statuten eines neu zu gründenden Arbeiterfortbildungsvereines für Feldkirch und Umgebung ein (58). Die Statuten mußten, da die Besprechung politischer und religiöser Angelegenheiten in § 1 ausgeschlossen wurde, von der Statthalterei am 16. Jänner 1879 zur Kenntnis genommen werden. Es dauerte freilich nicht lange, bis die Behörden wieder eingriffen. Denn schon die Wahl des Obmannes Josef Kaufmann von Bludenz, der früher Obmann des inzwischen aufgelösten Arbeiterbildungsvereines in Bludenz gewesen war, und die Wirksamkeit des Schriftführers Johann Paschinger, der den Behörden als "sozialdemokratischer Agent" bekannt war, wiesen darauf hin, daß der neue Feldkircher Arbeiterfortbildungsverein sich nicht einfach auf die Vermittlung bürgerlicher Bildungsinhalte beschränken wollte. Der Feldkircher Verein hielt denn auch mehrere sozialistische Blätter, so den "Sozialist", den "Arbeiterfreund", die "Sozialpolitische Rundschau", die "Arbeiterwochenchronik" und die "Volks-Halle". In der Nummer 8/1879 des "Sozialisten" erschien ein von Johann Paschinger und von Josef Kaufmann gezeichneter Artikel über "Vorarlberg". Paschinger erhielt an seine Wohn-

adresse auch sozialistische Blätter für andere Bezieher. Wegen der sozialdemokratischen Zielsetzung des Feldkircher Vereins sollen mehrere bürgerliche Vereinsmitglieder, die nach Meinung des Bezirkshauptmannes Neuner "die besten aus dem Vereine" waren, ausgetreten sein (59). Da der Verein der bürgerlichen Bevormundung offenkundig entglitten war, regte Bezirkshauptmann Neuner am 26. Juli 1879 die Auflösung des Feldkircher Arbeiterfortbildungsvereines an, auch wenn dieser nur mehr zwölf Mitglieder zähle (60):

"Damit jedoch die Richtung desselben nicht weitere Kreise ergreift, muß die Wahl so ausgesprochener Sozialdemokraten zu Vorständen des Vereines, der Mangel jeden Strebens den Vereinszweck zu erreichen und das Gebahren der Vorstände mit Hilfe der Vereinsbeiträge der Sozialdemokratie Dienste zu leisten, scharf gerügt werden. Ich überlasse es der tiefen Einsicht der hohen k.k. Statthaltereı zu beurtheilen, ob die Auflösung des Vereines zweckmäßig ist, oder nicht. Die Auflösung würde wenigstens das Gute haben, daß die Mittel, sozialdemokratische Schriften zu halten, den Agitatoren genommen werden."

Der interimistische Leiter der Statthaltereı in Innsbruck, Hofrat Johann Ritter von Vorhauser, zögerte nicht, diesem Antrag des Feldkircher Bezirkshauptmannes zu folgen und den Arbeiterfortbildungsverein von Feldkirch mit der Begründung, er entspreche nicht mehr den Bedingungen seines rechtlichen Bestandes, mit Datum vom 8. August 1879 aufzulösen (61). Dagegen erhob am 14. September 1879 der Feldkircher Arbeiterfortbildungsverein beim Innenministerium Einspruch. Dieser Rekurs, unterzeichnet vom Schreiner Klemens Hainisch, ist ein beeindruckendes Dokument des wachsenden Selbstbewußtseins der Vorarlberger Arbeiterbewegung:

"Der Gefertigte Vorstand des Arbeiter-Fortbildungsvereines für Feldkirch und Umgebung erlaubt sich hiermit gegen den Erlaß der hohen k.k. Statthaltereı von Tirol und Vorarlberg vom 8. August d.J. Zl. 12.569, betreffend die Auflösung des Arbeiter-Fortbildungsvereines für Feldkirch und Umgebung hiermit an das k.k. Ministerium des Innern den Rekurs zu ergreifen und zwar aus folgenden Gründen:

Es ist nicht richtig, daß die Fähigkeit des obgenannten Vereines sich lediglich auf Bestellung und Verbreitung sozialdemokratischer Blätter und Ideen beschränkte und die geistige und sittliche Ausbildung seiner Mitglieder, den Unterricht in den für Arbeiter nützlichen Zweigen des Wissens ganz außer Acht gelassen habe. Allerdings hatte der Verein über keine reichlichen Mittel zu verfügen, was bei den dormaligen Hungerlöhnen der Arbeiter nicht

Wunder nehmen darf; er war aber trotzdem jederzeit bestrebt, seinem Zwecke gerecht zu werden, wie dies ja auch aus seiner Thätigkeit hervorgeht, wonach derselbe jede Woche einen Diskussionsabend, Deklamationsunterricht und Vorlesungen in Geografie und Geschichte nebst Gesang abhielt. Daß der Verein namentlich in letzter Zeit keine größeren Werke anschaffte, ist leider wahr, da ihm nicht die genügenden Mittel zu Gebote standen und sein wiederholtes Ansuchen an den löbl. Magistrat der k.k. Stadt Feldkirch um Rückgabe des Vereinseigentums des früher aufgelösten Arbeiter-Bildungs-Vereines zu Feldkirch abschlägig beschieden wurde. Es bleibt ihm also nichts anderes übrig, als solche Blätter zu abonnieren, welche bei billigem Preise genügendes Material zur Belehrung der Mitglieder boten. Damit ist aber noch lange nicht erwiesen, daß für das Wissen des Arbeiters nichts geschehen ist. Denn nicht allein in dickleibigen Büchern ist die Wissenschaft zu Hause, sondern gerade in der, für den Arbeiter entsprechendsten Form in jenen Zeitschriften, durch deren Abonnement der Arbeiter-Fortbildungs-Verein für Feldkirch und Umgebung sich der Verbreitung sozialdemokratischer Ideen schuldig gemacht haben soll.

Die Tendenz besagter Zeitschriften war dem Vereine überhaupt Nebensache und er glaubte sich keines Vergehens gegen sein Statut schuldig zu machen, wenn er in Österreich erlaubte Schriften seinen Mitgliedern als Lektüre bot. Was den weiteren Grund der hohen k.k. Statthalterei bezüglich der zu geringen Mitgliederzahl betrifft, so dürfte sich derselbe schon deshalb als hinfällig erweisen, weil nach § 23 der Statuten besagten Vereines die Auflösung desselben erfolgt, wenn derselbe nur noch sechs Mitglieder zählt, was bis zu seiner Auflösung noch nicht der Fall war.

Indem nun der Gefertigte glaubt, die Gründe der hohen k.k. Statthalterei genügend in ihrer Nichtigkeit beleuchtet zu haben und sich der Ansicht nicht verschließen kann, ein hohes k.k. Ministerium des Innern werde von der bis jetzt beliebten Maxime, diejenigen Vereine, welche es sich zur Aufgabe machen, die Arbeiter zu bilden, in jeder Weise in ihrer Entwicklung zu hemmen, abgehen und vielmehr von dem Prinzipie ausgehen, dieselben eingedenk ihrer kulturhistorischen Mission in jeder Weise fördern und unterstützen, erwartet derselbe zuversichtlich die Aufhebung besagten Erlasses und die Wiedereinsetzung des Arbeiter-Fortbildungs-Vereines für Feldkirch und Umgebung in seine Rechte."

Der Rekurs hatte keinen Erfolg. Der Feldkircher Bezirkshaupt-

mann Neuner beharrte in einem Schreiben vom 26. September 1879 (62): "Die erfolgte Auflösung des Vereines wurde hier selbst in Arbeiterkreisen als gerechtfertigt gefunden, und es verlautet schon wieder, daß Kaufmann und Paschinger unter der Maske eines ganz unschuldigen Vereines und unter fremden Namen ihr Treiben fortsetzen wollen. Ich bin moralisch überzeugt, daß die Vereinsbeiträge so gering sie sein mögen, zu sozialdemokratischen Zwecken verwendet werden sollen."

Auch der neueingetretene Statthalter Bohuslav Ritter von Widmann folgte am 4. Dezember 1879 dem Referat seines Hofrates Vorhauser (63): "Die Ausführungen des Rekurses vermögen in keiner Weise meine Überzeugung zu ändern, daß dieser Verein durchaus nicht den Bedingungen seines rechtlichen Bestandes entspricht, eine Überzeugung, die durch die vorliegenden Erhebungen genügend gerechtfertigt sein dürfte."

Das Resultat des Rekurses ist nicht so entscheidend. Viel wichtiger ist, daß die Kollision zwischen dem Feldkircher Arbeiterfortbildungsverein und den Behörden den Charakter eines politischen Kampfes angenommen hatte. Aber wie schwierig war seine Entfaltung! Die wenigen aktiven Kräfte waren den Behörden ja sehr bald bekannt und konnten jederzeit überwacht und ausgeschaltet werden. So wurden im Jahre 1880 die Brüder Albert und Josef Kaufmann von Bludenz, die in ihrer sozialistischen Agitation offenkundig einigen Widerhall gefunden hatten, mit Urteil des k.k. Kreisgerichtes Feldkirch vom 14. Dezember 1880 wegen Vergehens nach § 302 StGB bestraft - Albert Kaufmann mit acht und Josef Kaufmann mit zehn Wochen strengem Arrest (64).

Unter solchen Bedingungen überrascht es nicht, wenn gelegentlich Resignation in der Arbeiterbewegung um sich griff oder einzelne impulsiv und ohne viel politische Reflexion im Anarchismus einen Ausweg suchten. Der engagierte Josef Kaufmann, geboren 1841 in Bludenz, ging in die Schweiz, wo er aber bald wegen anarchistischer Umtriebe ausgewiesen wurde (65). Er hatte in Zürich die vom dann hingerichteten Hermann Stellmacher in Deutschland und Österreich verübten Raub- und Mordtaten romantisiert und öffentlich verteidigt; auch waren bei einer Hausdurchsuchung in seiner Wohnung Pulver und andere Explosivstoffe entdeckt worden. In dem von der Polizeidirektion Wien zum Jahresende 1884 geführten Verzeichnis scheint Kaufmann als staatsgefährliche Person auf. Josef Kaufmann konnte nach Paris flüchten, wo er angeblich einige Zeit mit der Frau von Hermann Stellmacher zusammengelebt haben soll. Im Frühjahr 1885 gelangten zwei Exemplare der anarchistischen Flugschrift "Arbei-

ter. Die Anarchisten Londons", nach Bludenz; die Sendung wurde mit Kaufmann in Verbindung gebracht. Dann verliert sich seine Spur. Die Lebensgeschichte dieses politisierten Vorarlberger Arbeiters ist sicher außergewöhnlich - nicht zuletzt wegen der Fülle ganz "gewöhnlicher" Probleme, denen sich ein Aktivist der frühen Vorarlberger Arbeiterbewegung stellen mußte.

Anfangs der achtziger Jahre legten die Behörden - anlässlich einer vom Ministerpräsidenten Graf Taaffe am 19. Juni 1884 angeordneten Erhebung über Umfang und Wirken "der sozialistischen auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen" - eine Einschätzung der sozialistischen Arbeiterbewegung Vorarlbergs vor (66).

Die Bezirkshauptmannschaft in Bregenz schrieb am 21. August 1884, es könne "bemerkt werden, daß ab und zu Persönlichkeiten in Handwerkerkreisen auftauchen, die mehr oder weniger Anhänger der Socialdemokratie sind, ohne jedoch in irgend welcher hervorragender Weise hervorzutreten und Anlaß zu irgend einem polizeilichen Einschreiten geboten zu haben. Unter der einheimischen Bevölkerung finden die Social-Demokraten keinen Anhang und ist solcher am ehesten im Arbeiter- und Bildungs-Vereine zu suchen, der deshalb einer besonderen Beobachtung und Beaufsichtigung unterzogen wird."

Der Bezirkshauptmann in Feldkirch, Meusburger, teilte am 18. Juli 1884 mit, "daß das Land Vorarlberg im allgemeinen kein geeigneter Boden für socialistische Bestrebungen ist, und daß in den letzten Jahren in diesem politischen Bezirke diesfalls gar keine Wahrnehmungen gemacht worden sind. Die hierländige Arbeiter Bevölkerung, speziell jene in den Fabriken, ist größtentheils nach Vorarlberg zuständig, besitzt Grund und Boden, ist mit ihrer Lage zufrieden und daher den Ideen der Umsturzparthei durchaus unzugänglich.

Bei den außerdem in ziemlicher Anzahl vertretenen Arbeitern italienischer Zunge ist ein Sympathisieren mit den Grundsätzen der Socialdemokratie ohnehin nicht zu besorgen. Unter den gewerblichen Gehülfen in Dornbirn und Feldkirch mögen sich allerdings solche finden, welche dieser verderblichen Lehre zugethan sind, jedenfalls aber sind es nur einige Wenige, und auch diese haben der Behörde nie Anlaß zu besonderen Wahrnehmungen gebothen."

Auch der Bezirkshauptmann in Bludenz, Sardagna, zeigte sich mit Schreiben vom 26. Juli 1884 zufrieden: "Eine eigentliche socialistische Bewegung kam im politischen Bezirk Bludenz nicht vor. Wohl befinden sich im Hauptorte einige der Behörde bekannte Anhänger der socialistischen Anschauungen, sie bilden jedoch



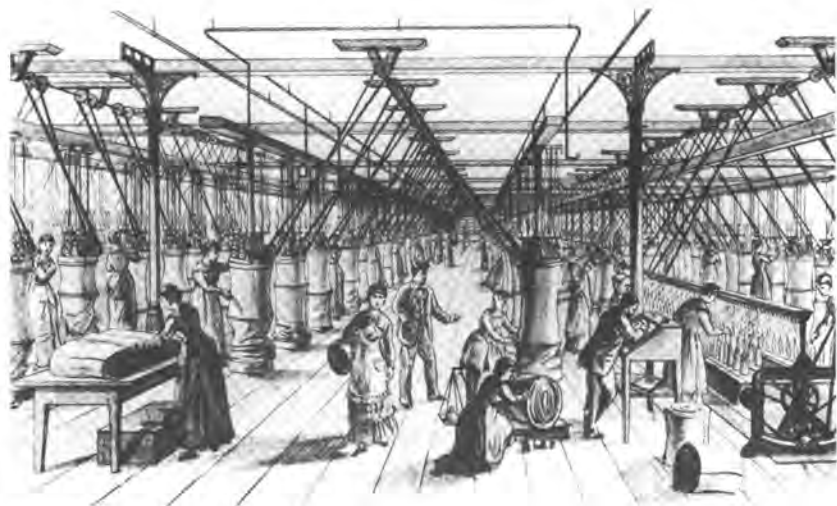
Wirkwarenfabrik Wilhelm Benger Söhne in Bregenz nach der Gründung 1885

keine Partei, entwickeln weder öffentlich noch im geheimen irgend welche Thätigkeit und haben überhaupt keinen Anhang. Sie stehen vorläufig mit ihren Anschauungen vereinzelt da, und könnten nur in dem Falle gefährlich werden, als eine mächtige socialistische Strömung sich der Arbeiterclassen bemächtigen sollte."

Daß die sozialistische Bewegung tatsächlich nur schwer in der Vorarlberger Arbeiterschaft Fuß fassen konnte, war nicht zuletzt durch das ehrliche soziale Engagement der Vorarlberger Konservativen und deren führenden Kopf Bernhard von Florencourt bedingt (67). Wiederholt und entschieden nahm das konservative Organ "Vorarlberger Volksblatt" Partei für die Arbeiter. Kennzeichnend dafür sind etwa die kritischen Artikel des "Vorarlberger Volksblattes" zu den vom Gewerbeinspektor Rosthorn für 1884 und 1885 vorgelegten schönfärberischen Berichten über die Vorarlberger Fabriken. So schrieb das "Volksblatt" am 9. Juni 1885, der Gewerbeinspektor hätte die Fabriksarbeiter unmittelbar befragen müssen: dann hätte er beispielsweise hören können, daß sich die Arbeiter mit der Entlohnung deshalb zufrieden geben müßten, weil ihnen andernfalls gesagt würde, "daß sie gehen können, wenn's ihnen so nicht recht sei, denn Leute gebe es

genug, und das ist auch wahr, denn Welsche stehen in Hülle und Fülle bereit". Wohl gebe es positive Seiten des Vorarlberger Fabrikwesens, aber Aufgabe des Gewerbeinspektors sei es nicht, so das "Volksblatt" am 9. April 1886, diese hervorzuheben, sondern die Schattenseiten aufzuspüren und mitzuhelfen, diese abzustellen. Arbeitsinspektion in Arbeiterhand - in dieser Richtung konnten die Artikel im "Vorarlberger Volksblatt" jedenfalls interpretiert werden.

Im Organisationsprozeß der Vorarlberger Arbeiterbewegung waren die lokalen, oft an überlieferte Gesellentraditionen (Gesellenladen) anknüpfenden Krankenunterstützungskassen ein nicht unerhebliches und stabilisierendes Element. Sie bildeten als Selbsthilfeorganisation ein festes Glied in den Arbeiterzusammenschlüssen. Das Statut der allgemeinen Arbeiter-Kranken-Unterstützungs-Kasse in Dornbirn aus dem Jahre 1874 (68) nennt als Zweck des Unternehmens die Unterstützung der männlichen und weiblichen Mitglieder im Falle unverschuldeter Erkrankung und eine Beitragsleistung für den Todesfall eines Mitgliedes. Für jene Mitglieder, welche im Krankenhaus gepflegt werden mußten, wurden sämtliche Kosten von der Kasse bestritten. Wer sich auf eigene Rechnung verpflegen ließ, erhielt neben dem Entgelt für ärztliche Behandlung und Medikamente noch einen Durchschnittsbetrag von der Verpflegung im Krankenhaus als Unterstützung. Die rechtmäßige



Websaal der Firma Bengler um 1890

Unterstützung war für ein ganzes Jahr geplant; nach dessen Ablauf entschied der Ausschuß der Kasse über das weitere Vorgehen. Im Fall des Todes eines ordentlichen Mitgliedes wurden den bezugsberechtigten Hinterbliebenen fünf Gulden sofort ausbezahlt. Das Grundprinzip der Solidarität drückte sich in der Bestimmung aus, daß fremde, zugereiste Arbeiter sofort in die Kasse als ordentliche Mitglieder aufzunehmen seien.

Ausgangspunkt des regionalen Zusammenschlusses der verschiedenen Vorarlberger Krankenkassen war Feldkirch. Dort konstituierte sich am 21. Jänner 1877 der Verein der allgemeinen Arbeiter-, Kranken- und Unterstützungs-Kasse für Feldkirch und Umgebung. Als Obmann zeichnete Robert Hofstetter aus Feldkirch, als Kassier Albert Kraller aus Altenstadt, als Ausschußmitglieder fungierten Michael Kühne aus Altenstadt, Josef Pümpel, Michael Hofschuster, Jakob Müller aus Feldkirch, Simon Matt aus Heiligenkreuz und Johann Bertsch aus Frastanz. Als Vereinsärzte wurden bei der ersten Ausschußsitzung am 23. Jänner 1877 Dr. Beck (Feldkirch) und Dr. Ammann (Rankweil) bestimmt (69). Die "Feldkircher Zeitung" begrüßte diese Initiative und forderte die Fabrikanten des Landes auf, die Arbeiter zum Beitritt anzuhalten (70). Am 2. April 1881 gab sich die Kasse den Namen "Allgemeiner Kranken- und Invaliden-Unterstützungsverein für das Land Vorarlberg" mit dem Sitz in Feldkirch, um sich dem Verbands der Arbeiter-Kranken- und Invaliden-Unterstützungs-Vereine Österreichs anschließen und sich auf das ganze Land Vorarlberg ausdehnen zu können (71). Ende 1881 betrug die Mitgliederzahl des Vereins nahezu 300; an Krankenunterstützungen wurden in diesem Jahr insgesamt 604 Gulden (fl) ausgegeben. Bei der Generalversammlung am 29. Jänner 1882 wurden als Obmann Josef Lingg, Bäckermeister in Feldkirch, als Kassier Albert Kraller in Altenstadt und als Schriftführer Meinrad Gabriel in Feldkirch gewählt (72). Bei der am 31. Jänner 1886 in Feldkirch unter dem Vorsitz von Josef Lingg abgehaltenen Hauptversammlung zählte der Verein schon 646 Mitglieder: in Feldkirch 305, in Sattens 54, in Wolfurt 64, in Hard 79, in Schwarzach 67, in Alberschwende 48 und in Thüringen 29. An Krankenunterstützungen wurden im Jahre 1885 insgesamt 3.194 fl ausbezahlt (73). Die selbständige Filiale Bregenz des Allgemeinen Arbeiter-Kranken-Unterstützungs-Vereines zählte am 31. Dezember 1886 430 Mitglieder (74). Durch das Arbeiter-Kranken-Versicherungsgesetz vom 30. März 1888 (RGBl No. 33) erhielten die Vereinskassen eine erhöhte Bedeutung für den Zusammenschluß der Arbeiter. Denn in ihnen konnte die nun

eingeführte obligatorische Krankenversicherung der Arbeiter erfolgen.

Ein nicht zu unterschätzendes Element in der Bewußtseinsbildung der Vorarlberger Arbeiterbewegung war die sogenannte "Rote Post" - der Transport sozialistischer Literatur aus der Schweiz in die Provinzen der Monarchie und auch nach Deutschland, wo infolge des Sozialistengesetzes von 1878 das sozialdemokratische und gewerkschaftliche Druckereiwesen liquidiert und die Sozialistische Arbeiterpartei in die Illegalität gedrängt worden war. Seit dem Ende der siebziger Jahre versuchten junge, aufgeweckte Arbeiter immer wieder, sozialistische Druckschriften nach Vorarlberg, von wo aus der Weitertransport erfolgen sollte, einzuschmuggeln. Oft genug wurden sie dabei entdeckt. So teilte die Staatsanwaltschaft Feldkirch dem Präsidium der Statthalterei in Innsbruck am 31. Dezember 1882 mit (75), daß der Schuhmacher Josef Belli aus Rammersweiler, zuletzt in Zürich, und Ignaz Bluch aus Poier in Kärnten, zuletzt in Lustenau, am 17. September 1882 in St. Margarethen wegen versuchter Einschmuggelung sozialistischer Druckschriften angehalten worden seien. Heinrich Kuhn, ein Glasergeselle aus Lindau, wurde am 5. Oktober 1882 beim Postamt in Lochau wegen Aufgabe sozialistischer Druckschriften beanstandet (76).

Was war der Inhalt der "Roten Post" (77)? Darüber geben unter anderem jene Schriften Auskunft, die am 4. Dezember 1887 dem Zollamt Rheinbrücke in Höchst bei der Visitation des 21jährigen Uhrmachers Anton Berchtold aus Mittelberg, Bezirk Bregenz, des 25jährigen Uhrmachers Jakob Lutz aus Auenstein in Württemberg und des 23jährigen Flaschners Heinrich Mutzbauer aus Feucht in Bayern neben anderen, in den Akten nicht näher deklarierten Flugschriften in die Hände gefallen waren (78): "Die schlesische Milliarde" von Wilhelm Wolff mit einer Einleitung von Friedrich Engels - 1886; "Karl Marx vor den Kölner Geschworenen" mit einem Vorwort von Friedrich Engels - 1885; "Gesellschaftliches und Privateigenthum, ein Beitrag zur Erläuterung des sozialistischen Programmes" - 1885; "Hochverrath und Revolution von Wilhelm Liebknecht" - 1887; "Der wirtschaftliche Materialismus nach den Anschauungen von Karl Marx" von Paul Lafargue - 1886 und "Enthüllungen über den Communisten Prozess zu Köln" von Karl Marx mit einer Einleitung von Friedrich Engels - 1885 (79).

In den Wohnungen von Anton Berchtold und Jakob Lutz in Lochau, die in der dortigen Uhrenfabrik des Friedrich Mauthe arbeiteten, wurden am 6. Dezember 1887 folgende Druckschriften gefunden: acht Stück "Der Socialdemokrat", fünf Stück "Gleichheit"

mit einer Beilage mit dem Titel "Die Debatte über die Auslagen der Staatspolizei" und ein broschiertes Heft "Das communistische Manifest". Eine Durchsuchung bei Friedrich Mutzbauer, der in Hörbranz in Arbeit war, brachte kein Ergebnis. Mit rechtskräftigem Urteil des Bezirksgerichtes Dornbirn vom 24. Jänner 1888 wurde Lutz zu 200 fl (=Gulden), Berchtold zu 25 fl und auch Mutzbauer zu 40 fl (bzw. im Falle der Uneinbringlichkeit zu vierzig, fünf und acht Tagen Arrest) verurteilt.

Dieses von den Behörden beschlagnahmte Schriftgut beweist, daß gegen Ende der achtziger Jahre die fortgeschrittensten Kräfte der Vorarlberger Arbeiterbewegung mit den Schriften des wissenschaftlichen Sozialismus, besonders jenen von Karl Marx und Friedrich Engels, unmittelbar bekannt wurden und damit die Politisierung wenigstens dieser Arbeiter Fortschritte machte. Denn es ist anzunehmen, daß die Arbeiterpresse und die Schriften des wissenschaftlichen Sozialismus von den wirklich Interessierten viel genauer gelesen wurden als die bürgerliche Presse jener Zeit.

Am 17. April 1887 trafen sich, einem Aufruf des Schneiders Georg Hackl folgend, in Bregenz im Restaurant Forster zwischen vier- und fünfhundert Personen zur ersten politischen Volksversammlung der Vorarlberger Arbeiterschaft (80). Das "Vorarlberger Volksblatt" schrieb überrascht: "Die äußere Einrichtung, als wie Wahl der Vorstände, Schriftführer, Ordner, Debatte und Abstimmung - Alles ging wie am Schnürchen, die Socialdemokraten sind eben geübt und geschult" (81). In der Tat: diese Disziplin war in den Arbeiterbildungsvereinen hart erarbeitet worden. Zum Präsidenten der Versammlung wurde mit Zuruf der Schustergehilfe Maritschnigg gewählt, Hauptredner war Eduard Protiva, ein Schuster aus Schüttenhofen in Böhmen, der über Feldkirch nach Innsbruck gekommen war. Vor allem ging es um die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes. "Wir haben", so Protiva, "eine Agitation geschaffen, die uns als Partei feststellt und uns mit Stolz zu sagen erlaubt, gegen uns sind alle Parteien eine reactionäre Masse" (82).

Mit guten Gründen können wir annehmen, daß der am 31. Dezember 1888 und 1. Jänner 1889 in Hainfeld zusammengetretene Einigungsparteitag der österreichischen Sozialdemokratie stimulierend auf die weitere Entwicklung der Vorarlberger Arbeiterbewegung gewirkt hat. Die in Gemäßigte und Radikale gespaltene österreichische Arbeiterbewegung war einheitlich und revolutionär geworden. Sie hatte sich mit einer von Victor Adler und Karl Kautsky ausgearbeiteten Prinzipienklärung ein marxistisches Programm gegeben.

Nach Hainfeld stellte sich für die Vorarlberger Arbeiterbewegung die Aufgabe, eine einheitliche, zentral geführte Parteiorganisation zu schaffen. Dabei spielten die Vorbereitungen für die Gestaltung der ersten 1. Mai-Demonstration eine bedeutsame Rolle. Nach dem Beschluß des vom 14. bis zum 20. Juli 1889 in Paris abgehaltenen internationalen Arbeiterkongresses sollten am 1. Mai 1890 in allen Ländern gleichzeitig Arbeiterdemonstrationen veranstaltet werden.

Auch die Vorarlberger Arbeiterbewegung solidarisierte sich mit diesem internationalen Anliegen, obwohl die Staatsmacht dies mit Gewalt zu verhindern trachtete. So hatte das k.u.k. 14. Corps-Commando in Innsbruck am 20. April 1890 für den 1. Mai angeordnet (84), in Bregenz zwei Kompanien des 6. Tiroler Jäger-Bataillons einzusetzen - eine für die etwaige Verwendung "bei Excessen" in Bregenz und Umgebung, die zweite zur eventuellen Assistenz in Dornbirn oder Feldkirch. Am Bahnhof Bregenz wurde ein Eisenbahnzug für eine Kompanie bereitgestellt.

Unter der Obmannschaft des seit 3. Februar 1888 amtierenden 1. Vorstandes A. Germann erklärte der Bregenzer Arbeiterfortbildungsverein in seiner Monatsversammlung vom 12. April 1890, daß die Maidemonstration nicht vom Verein einberufen werden könne (85). Aus dem Bericht des Bregenzer Bezirkshauptmannes St. Julien vom 21. April 1890 geht allerdings deutlicher als aus dem erhaltenen Protokollbuch des Bregenzer Arbeiterfortbildungsvereines hervor, daß die Gestaltung des 1. Mai sehr wohl eingehend debattiert wurde (86). Ein nicht namentlich genannter Redner, der Mitglied des Vereinsausschusses gewesen sein muß, betonte, die Feier werde zwar nicht vom Verein veranstaltet, doch trat er dafür ein, "diesen Tag im Interesse der Arbeiter zu feiern, indem er die Bedeutung einer solchen Feier klarlegte". Voraussetzung sei, daß "von Seite des Arbeitgebers gegen die Einstellung der Arbeit an diesem Tage eine Einwendung nicht erhoben würde" (87).

Die Gehilfenversammlung der Bregenzer Genossenschaft der handwerksmäßigen Gewerbe vom 31. März 1890 ging da schon energischer vor, wenngleich nach lebhaften Diskussionen entschieden wurde, eine Demonstrationsversammlung erst am Abend des 1. Mai zu veranstalten. Als Tagesordnung dieser Versammlung wurde die "Besprechung der achtstündigen Arbeitszeit" festgelegt. Am 16. April 1890 wurde der Ausschuß der Gehilfenversammlung vom Vorstand der Bregenzer Genossenschaft zu einer Besprechung bestellt, bei der festgehalten wurde, "daß von Seite der Meister jegliche Feier des 1. Mai als eine Demonstration zur Verhetzung

der Arbeiter angesehen würde". Der Ausschuß blieb trotz dieser massiven Bedrohung bei seinem Beschluß. Auf einer neuerlichen Versammlung der Bregenzer Gehilfen am 19. April stellte ein Mitglied des Gehilfenausschusses fest, "daß die Verhetzung der Arbeiter von den Arbeitgebern erfolge", worauf ihm über Antrag des Regierungsvertreters vom Obmann das Wort entzogen wurde. In den meisten Fabriken des Amtsbereiches der Bregenzer Bezirkshauptmannschaft wurde dann durch Plakate angekündigt, daß der 1. Mai bei sonstigem Eintreten der gesetzlichen Folgen nicht gefeiert werden dürfe. Einen entsprechenden Beschluß faßte auch der Vorstand der Genossenschaft der handwerksmäßigen Gewerbe.

Der Bludenzener Bezirkshauptmann Attlmayr wußte (88), daß sich in einigen Fabrikorten, so in Bürs und Bludenz, Arbeiter verabredet hatten, am 1. Mai zu demonstrieren. Bezirkshauptmann Attlmayr ersuchte die Fabriksinhaber, der Bewegung so gut wie möglich entgegenzutreten und "insbesondere das Blaumachen am 1. Mai unter Androhung der Entlassung" zu verhindern. Für alle Fälle wollte er am 1. Mai die verfügbare Gendarmerie aus den Seitentälern Montafon, Walsertal und Klostertal, "wo eine Demonstration der gewerblichen Arbeiter auf keinen Fall zu befürchten ist", in Bludenz konzentrieren. Das sei umso notwendiger, als in Bludenz selbst am 1. Mai alljährlich ein großer Markt stattfinde.

Auch in Dornbirn fanden im April 1890 unter den Hilfsarbeitern Verabredungen wegen der Maidemonstration statt (89). Der Bezirkshauptmann in Feldkirch, Sardagna, erließ am 24. April 1890 folgende Verlautbarung (90):

"Die in weiten Kreisen der gewerblichen und industriellen Hilfsarbeiter herrschende Agitation für eine demonstrative Feier des 1. Mai l. Js. ist in diesem politischen Bezirke nicht ohne Wirkung geblieben, indem unter einzelnen meistens fremden Hilfsarbeitern Verabredungen in Absicht auf die erwähnte Feier stattfanden.

Dabei trat seitens der Wortführer mitunter das Bestreben hervor, der Feier als einem Rechte der Hilfsarbeiter den Schein der Gesetzlichkeit zu geben.

Zufolge hohen Auftrages des k.k. Statthaltereipräsidentiums vom 21. d. Mts. Zl. 2375 mache ich sämtliche Hilfsarbeiter in ihrem eigenen Interesse auf Nachstehendes aufmerksam: Die eigenmächtige Einstellung der Arbeit am 1. Mai ds. Js., ohne Zustimmung der Arbeitgeber, ist gesetzlich unzulässig und diejenigen, welche sich durch Aufreizungen und trügerische Verlockungen zu einem derartigen Contraktbruche verleiten lassen, sind strafbar und haben nach Umständen die sofortige Entlassung aus dem Arbeits-

verhältnisse zu gewärtigen. Sollte in einzelnen Fällen die Einstellung der Arbeit mit Zustimmung der Arbeitgeber erfolgen, haben sich die feiernden Arbeiter jeder wie immer gearteten Ruhestörung sowie jedes gesetzwidrigen Vorgehens durch eigenmächtig veranstaltete Umzüge oder Versammlungen zu enthalten, widrigens gegen die Schuldtragenden mit der vollsten Strenge des Gesetzes vorgegangen werden wird."

Im Zusammenhang mit der Maibewegung steht ein Streik am 28. April 1890 in der Dampfsägefabrik Salzmann am städtischen Ried in Bregenz (91). Ungefähr fünfzehn Mann ließen sich ohne Vorwissen und in Anwesenheit des Fabriksbesitzers ein Faß Bier kommen und verweigerten die Arbeit. In einer Resolution forderten sie die Wiederaufnahme eines zuvor entlassenen Arbeiters, eine 50%ige Lohnerhöhung und den achtstündigen Arbeitstag. Allerdings hatten die Arbeiter keinen Erfolg - sie nahmen am nächsten Tag ohne jenen entlassenen Arbeiter, dem der Zutritt zur Fabrik verwehrt wurde, die Arbeit wieder auf.

Der 1. Mai 1890 selbst verlief in Vorarlberg ohne größere Demonstration. Bregenz meldete keine Vorkommnisse (92); in Dornbirn demonstrierten ungefähr 80 Arbeiter. Aus diesem Grunde hatte der Bezirkshauptmann von Feldkirch, Sardagna (93), Gendarmerie am Dornbirner Bahnhof konzentriert, mit dem Auftrag, die ankommenden Züge zu überwachen. Die Arbeitergruppen in Dornbirn mußten sich aufgrund der scharfen Überwachung in verschiedene Richtungen zerstreuen. In Bludenz patrouillierte Gendarmerie durch die Stadt (94). Einige Schneider-, Schlosser- und Schreiner-Gesellen feierten zunächst mit Bewilligung ihrer Meister und unternahmen einen Ausflug in die Umgebung, was dadurch begünstigt war, daß seit jeher der 1. Mai in Bludenz wegen des Jahrmarktes ein halber Feiertag war. Am Nachmittag des 1. Mai versammelten sich diese Gesellen im Bräuhaus zu Ludesch, wo sie eine Versammlung für geladene Gäste mit Eintrittskarten veranstalteten. Thema dieser Versammlung war "Der 1. Mai und der achtstündige Arbeitstag".

Der 1. Mai 1890 war in Vorarlberg kein so großer Erfolg wie etwa in Tirol, wo sich in Bozen an die 1200 und in Innsbruck an die 1500 Arbeiter versammelt hatten. Sicher ist aber in Vorarlberg innerhalb der Arbeiterschaft eine breite politische Diskussion im Zusammenhang mit den 1.-Mai-Aktivitäten ausgelöst worden. Der nächste Schritt war die Gründung einer Organisation, die für eine weitere Politisierung der Werktätigen, vor allem der Arbeiter, sorgen konnte.

DIE GRÜNDUNG DER TIROLER UND VORARLBERGER ARBEITERPARTEI IN TELFS 1890

Am 4. September 1890 wurde durch die Brüner "Arbeiterstimme" ein von Ignaz Saska und Genossen gezeichneter Aufruf an die Arbeiter von Tirol und Vorarlberg verbreitet, sich wegen einer für den 28. September 1890 geplanten Versammlung in Telfs mit dem Organisationskomitee in Verbindung zu setzen (95). Als Ziel dieser Versammlung wurde angegeben: "Die Vereinigung aller klassenbewußten Arbeiter zu einer wirksamen, strammeren Organisation im Lande Tirol und Vorarlberg nach dem Programm und Principien des Hainfelder Parteitages wird für unsere Partei von den besten Folgen begleitet sein und gekräftigter als je wird jeder einzelne Genosse an's Werk der Befreiung, zur Emancipation der Arbeiterklasse schreiten."

Am 28. September 1890 fanden sich dann in Telfs im Gasthaus "Zur Traube" zwischen 135 und 150 Arbeiterdelegierte aus Tirol und Vorarlberg - sowie Beobachter aus Wien, Graz und Linz - ein, um über die Tagesordnungspunkte Allgemeines über die Arbeiterbewegung, Organisation in politischer Hinsicht, Parteipresse, Gewerkschaftswesen und Freie Anträge zu beraten und zu beschließen (96). Vor allem wurde in Telfs die Landesorganisation Tirol und Vorarlberg der österreichischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei konstituiert. Das bedeutete zweifellos einen Markstein in der Entwicklung der Vorarlberger Arbeiterbewegung. Die Resolutionen der Versammlung, die den in Hainfeld deklarierten Prinzipien der österreichischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei folgten, sind wegen der Eingriffe der Zensur leider nicht vollständig überliefert. Der vorhandene Text erschien im "Tiroler Tagblatt", Nummer 225, vom 2. Oktober 1890. Es ist dies die erste ausführliche programmatische Erklärung der organisierten Vorarlberger Arbeiterbewegung. Sie sei deshalb im folgenden zitiert:

1. Über die allgemeine Arbeiterbewegung.

Von der Überzeugung ausgehend, daß die capitalistische Produktionsweise die steigende Unterdrückung der Arbeiter durch die herrschenden Classen bedeutet, daß die immer intensivere Ausbeutung die sociale und politische Herabsinkung und (... Zensur) der Arbeiterklasse zu Folge hat und zu ihrer physischen und moralischen Degeneration führt, beschließt die am 28. September 1890 in Telfs tagende Landes-Versammlung, daß es Aufgabe, ja sogar heilige Pflicht der Arbeiterschaft ist, diese



Das Gasthaus "Zur Traube" in Telfs: Am 28. September 1890 wurde hier die Landesorganisation Tirol und Vorarlberg der SDAP gegründet.

(... Zensur) und die freie Entwicklung hemmende Gesellschaftsordnung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen.

2. Betreffs der politischen Organisation.

Bei dem Umstande, daß es die weltgeschichtliche Aufgabe des arbeitenden Volkes ist, die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse in solche der Menschheit entsprechende, dieselbe beglückende umzugestalten, diese Umgestaltung aber sich nur um so ruhiger und mit weniger Opfer vollziehen wird, je mehr Klarheit und Einsicht in die Ziele der öconomischen Entwicklung herrscht, daß aber die herrschenden Classen die Aufklärung durch polizeiliche Maßregeln zu hemmen und aufzuhalten suchen, wodurch folgemäßig die Bewegung verbittert und verschärft wird, erklärt die am 28. September 1890 in Telfs tagende Landesversammlung: Jede Beschränkung der Meinungsäußerung sowie Monopolisierung politischer Rechte der Besitzenden ist verwerflich und der natürlichen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft schädlich.

Die Landesversammlung verlangt daher: Volle Freiheit für die socialdemokratische Propaganda und Agitation und die Mög-

lichkeit einer ruhigen, aber vollständigen Organisation des Proletariats. Also Aufhebung der Beschränkung der Freizügigkeit, der Preßfreiheit, sowie des Vereins- und Versammlungsrechtes. Einführung des allgemeinen gleichen directen und geheimen Wahlrechtes vom 20. Lebensjahre an als ein wichtiges Agitationsmittel, ohne sich dabei über den Werth desselben irgendwie zu täuschen. Sicherung der Rechtspflege durch Beseitigung der gegenwärtigen Übelstände, Wahl der Geschwornen auf Grund des allem(einen) Wahlrechtes. Endlich erachtet die Landesversammlung die Gründung eines politischen Vereins für Tirol und Vorarlberg als mächtigen Organisator und Förderer der Agitation für nothwendig, und wird das Einberufer-Comité mit den Vorarbeiten zur Gründung desselben betraut.

3. über die Presse.

Nachdem die Presse eines der wichtigsten Agitationsmittel zur Aufklärung des noch indifferenten Proletariats des Landes Tirol und Vorarlberg ist, so ist es der Wunsch der heutigen Landesversammlung, daß eine, die in unserem Lande eigenartig bestehenden Verhältnisse berücksichtigende Arbeiterpresse agitatorisch eingreife, um ein kräftiges Mittel zu besitzen, die noch indifferenten Arbeiter der Stadt- und Landbevölkerung zu gewinnen. Zu diesem Zwecke werden die Einberufer der am 28. September 1890 in Telfs tagenden Landesversammlung beauftragt, mit den Herausgebern des bestehenden Organs für die Alpenländer, "Arbeiterwille", in Graz sich ins Einvernehmen zu setzen, und sollten dieselben unseren Wünschen Rechnung tragen, von der Gründung eines eigenen Blattes vorläufig Abstand zu nehmen, bis eine in späterer Zeit tagende Landesversammlung es anderweitig für nützlich erkennt.

Die Landesversammlung beschließt weiter, dahin zu wirken, daß für die größtmöglichste Verbreitung durch Abonnement, sowie durch Subventionen von Vereinen für Inserate, die Presse der Arbeiterschaft thatkräftigst unterstützt werde.

4. über das Gewerkschaftswesen.

In Erwägung, daß gegen die Herabdrückung der derzeit in der Regel ohnedies kärglichen Lebenshaltung der Arbeiter gesetzlich kein wirksamer Schutz besteht und nachdem durch die rapid fortschreitende Technik die menschliche Arbeitskraft erspart und der besitzlose Arbeiterstand in moderner Zeit im öconomischen Sinne als Ware betrachtet und behandelt, und immer werthloser wird, erklärt die heutige Landes-Versammlung, daß die Organisation der verschiedenen Berufsarbeiter in zweckentsprechender Weise allerorts anzustreben ist, welche zu erreichen trachten sollen:

- a) Die Einführung einer üblichen, derzeit nicht über 10 Stunden ausgedehnten Arbeitszeit in allen Berufszweigen und endliche Einführung eines gesetzlichen Maximal-Arbeitstages von 8 Stunden;
- b) Beseitigung der Sonntagsarbeit in allen Gewerben mit nicht absolut notwendig kontinuierlichen Betrieben;
- c) Festsetzung eines territorial möglichen Minimal-Arbeitslohnes für alle Arbeiter beiderlei Geschlechtes;
- d) Ausdehnung der Arbeiterschutz-Gesetze auch auf die handwerksmäßigen Gewerbe, sowie in geeigneter Weise auch auf die ländlichen Arbeiter.

Als Mittel zur Erreichung des Zweckes empfiehlt die Versammlung die Verbreitung geeigneter Schriften und Zeitungen, welche das Classenbewußtsein des Arbeiterstandes und das sittliche Rechtsbewußtsein desselben fördern. Als weitere Waffen empfiehlt die Versammlung die Organisierung von Strikes, welche jedoch nur dann inscenirt werden sollen, wenn die Gesamt-Organisation nach Erwägung und Berücksichtigung aller Umstände die Zustimmung ertheilt, in welchem Falle aber auch alle organisirten Berufscollegen zur materiellen und geistigen Unterstützung moralisch verpflichtet sind. Endlich wurde auch noch von der Landes-Versammlung der Beschluß gefaßt, im nächsten Jahre wieder eine derartige Versammlung einzuberufen (97).

ANMERKUNGEN

- 1) Staffler, Johann Jakob: Tirol und Vorarlberg, statistisch, mit geschichtlichen Bemerkungen. 1. Band, Innsbruck 1839, S. 132 f.
- 2) Ebenda, S. 357-361.
- 3) Fink, Barnabas: Die Wirtschaftsverhältnisse in Vorarlberg. In: Wirtschaft und öffentliches Leben (=Heimatkunde von Vorarlberg, Heft 6). Wien 1931, S. 7-182, hier S. 86 (mit Tabelle XXV); Scheuch, Manfred: Geschichte der Arbeiterschaft Vorarlbergs bis 1918 (1.Aufl.). Wien 1961.
- 4) Marx-Engels-Werke, Bd. 23. Berlin 1972, S. 542-552.
- 5) Das Folgende nach Fink (Anm. 3), S. 91-97; Nägele, Hans: Die Vorarlberger Textilindustrie, Wien 1947, S. 24-28.
- 6) Marx-Engels-Werke (Anm. 4), S. 485.
- 7) TLA, Statth. Gewerbe No. 1815 aus 1886.
- 8) Ebenda.
- 9) Scheuch (Anm. 3), S. 115-118; Burmeister, Karl Heinz: Die italienische Minderheit in Vorarlberg 1870 bis 1918. In: Ethnos X (1971), S. 233-243, sowie Robert Sutterlütti in diesem Band.
- 10) Scheuch (Anm. 3), S. 34-46.

- 11) Die einschlägigen Bestimmungen dieses Gesetzes lauten:
 § 86: Kinder unter 10 Jahren dürfen gar nicht, Kinder über 10 Jahren, aber unter 12 Jahren, nur gegen Beibringung eines über Anlangen des Vaters oder Vormundes von dem Gemeindevorstande ausgefertigten Erlaubnißscheines zur Arbeit in größeren Gewerbsunternehmungen verwendet werden, und zwar nur zu solchen Arbeiten, welche der Gesundheit nicht nachtheilig sind und die körperliche Entwicklung nicht hindern. ...
 § 87: Für Individuen unter 14 Jahren darf die Arbeitszeit täglich 10 Stunden, für solche über 14, aber unter 16 Jahren, täglich 12 Stunden nicht übersteigen und nur in entsprechender Eintheilung mit genügenden Ruhezeiten bemessen werden. Zur Nacharbeit, d.i. zur Arbeit nach 9 Uhr Abends und vor 5 Uhr Morgens, dürfen Individuen unter 16 Jahren nicht verwendet werden. Doch kann bei Gewerben, wo Tag und Nacht gearbeitet wird, und wenn sonst der Betrieb gefährdet wäre, die Behörde auch die Verwendung der Arbeiter unter 16 Jahren, aber nicht unter 14 Jahren, zur Nachtzeit unter der Bedingung gestatten, daß eine angemessene Abwechslung in der Tag- und Nacharbeit stattfindet... RGBL. 1859, LXV. Stück (Kaiserliches Patent vom 20. Dezember 1859).
- 12) Gassner, Richard: Die Textilindustrie. In: Metz, Friedrich (Hg.): Vorarlberg. Landschaft. Kultur. Industrie. Lindau-Konstanz 1960, S. 139-150, hier S. 146.
- 13) Bericht der Statthalterei für Tirol und Vorarlberg an das Handelsministerium vom 28. Februar 1862 (Konzept). TLA, Statth. Gewerbe No. 2898 ad 1111 aus 1862.
- 14) Ebenda.
- 15) Ebenda.
- 16) Ebenda.
- 17) TLA, Statth. Gewerbe No. 1773/718 aus 1862.
- 18) Nägele (Anm. 5), S. 39.
- 19) TLA, Statth. Präsidiale No. 3018 aus 1868.
- 20) Ebenda.
- 21) Oberkofler, Gerhard: Vorarlbergs Weg zur modernen Schule. Dornbirn 1969, S. 140.
- 22) Scheuch (Anm. 3).
- 23) Scheuch (Anm. 3), S. 74 f.
- 24) Scheuch (Anm. 3), S. 68-70.
- 25) TLA, Gub. Präsidiale ad No. 2892 - 78 II aus 1844.
- 26) Ebenda.
- 27) Ebenda.
- 28) Dies und das Folgende nach dem Bericht des Innsbrucker Guberniums vom 10. Mai 1844 (Konzept) an den Präsidenten der Obersten Polizei- und Zensurhofstelle Graf Josef Sedlitzky. LAT, Gub. Präsidiale ad No. 2892 - 78 II aus 1844.
- 29) Wie Anm. 25.
- 30) Wie Anm. 25.
- 31) Zitiert nach Hämmerle, Markus: Die Auswanderung aus Vorarlberg von 1815 bis 1914. Dokumentation und Analyse. Diss. Wien 1982, S. 194.
- 32) Vgl. Methlagl, Walter: Franz Michael Felder und Kaspar Moosbrugger im Kampf der politischen Parteien Vorarlbergs 1864-1868. Bregenz 1978; Scheuch (Anm. 3), S. 99-101.

- 33) TLA, Statth. Präsidiale ad No. 2104 aus 1867; Methlagl (Anm. 32), S. 51.
- 34) TLA, Statth. Verein No. 21246 aus 1869.
- 35) Das Protokollbuch des Bregenzer Arbeiterbildungsvereines ist im Besitz von Bürgermeister Dipl.Ing, Fritz Mayer. Für das Folgende vgl. auch Bilgeri, Benedikt: Bregenz. Geschichte der Stadt. Politik - Verfassung - Wirtschaft. Wien-München 1980, S. 476-482.
- 36) TLA, Statth. Verein No. 18756 aus 1870.
- 37) Ebenda.
- 38) Bericht von Bezirkshauptmann Neuner vom 10. Dezember 1870. Ebenda.
- 39) TLA, Statth. Verein No. 4725, 5683 und 20560 aus 1873.
- 40) TLA, Statth. Verein No. 1942 aus 1874.
- 41) TLA, Statth. Verein No. 3932 aus 1875.
- 42) Wie Anm. 35. Das Folgende nach dem vorliegenden Protokollbuch.
- 43) TLA, Statth. Präsidiale No. 1443 aus 1875.
- 44) TLA, Statth. Präsidiale No. 628 aus 1875.
- 45) Graf Taaffe am 26. Jänner 1877. TLA, Statth. Präsidiale No. 208 aus 1877. Hier erliegen auch die im folgenden zitierten Berichte.
- 46) Scheuch (Anm. 3), S. 104; Bilgeri (Anm. 35), S. 480 f.
- 47) TLA, Statth. Verein No. 11415 aus 1877.
- 48) TLA, Statth. Verein No. 8772 aus 1877.
- 49) Ebenda.
- 50) Die Zusammenfassung der bezirkshauptmannschaftlichen Erhebungen - Bregenz berichtet am 13. Juli 1877, Feldkirch am 2. Juni und 13. Juli, Bludenz am 14. und 18. Juli 1877 - findet sich im Referatsbericht des Präsidiums der Statthalterei vom 18./20. Juli 1877, No. 11415. TLA, Statth. Verein No. 11415 aus 1877.
- 51) Bericht vom 2. Juni 1877. Wie Anm. 50.
- 52) Wie Anm. 50.
- 53) Marx-Engels-Werke Bd. 4, S. 471.
- 54) Bilgeri (Anm. 35), S. 482; TLA, Statth. Verein No. 6531 aus 1877 (hier auch die folgenden Statuten).
- 55) TLA, Statth. Verein No. 3155 aus 1882.
- 56) TLA, Statth. Verein No. 6531 aus 1877.
- 57) Verzeichnis der Mitglieder des bestandenen Arbeiterbildungsvereines von Hard, vorgelegt von Johann Hartmann am 16. August 1877. Ebenda.
- 58) TLA, Statth. Verein No. 110 aus 1879 (Sammelakt).
- 59) Bezirkshauptmann Neuner am 26. Juli 1879 an die Statthalterei in Innsbruck. TLA, Statth. Verein No. 12569 aus 1879.
- 60) Ebenda.
- 61) Das Folgende nach dem im TLA, Statth. Verein No. 12569 aus 1879 erliegenden Schriftwechsel.
- 62) TLA, Statth. Verein No. 110 aus 1879 (Sammelakt).
- 63) Ebenda.
- 64) Bericht des Bezirkshauptmannes von Bludenz Sardagna vom 26. Juli 1884. TLA, Statth. Präsidiale No. 5959 aus 1884.
- 65) Für das Folgende TLA, Statth. Präsidiale No. 43 aus 1885; Feldkircher Zeitung vom 27. September 1884.
- 66) TLA, Statth. Präsidiale No. 5959 aus 1884; vgl. dazu Haffner, Leo: Die Kasiner. Vorarlbergs Weg in den Konservatismus. Bregenz 1977.
- 67) Vgl. Haffner (Anm. 66).

- 68) Das behördliche Placet datiert vom 28. Juni 1874. TLA, Statth. Verein No. 9003 aus 1874.
- 69) Feldkircher Zeitung, 7. Februar 1877.
- 70) Ebenda.
- 71) TLA, Statth. Präsidiale No. 1178 aus 1881.
- 72) Feldkircher Zeitung, 1. Februar 1882.
- 73) Feldkircher Zeitung, 3. Februar 1886.
- 74) VV, 23. Jänner 1887.
- 75) TLA, Statth. Präsidiale No. 124 und 125 aus 1883.
- 76) Ebenda.
- 77) Vgl. Schaff, Fritz: Die "Sozialdemokratische Bibliothek" der Schweizerischen Volksbuchhandlung in Hottingen-Zürich und der German Cooperative Printing and Publishing Co. in London. In: Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung. Berlin 1970, S. 431-484.
- 78) Bericht des Nebenzollamtes Höchst vom 5. Dezember 1887. TLA, Statth. Präsidiale No. 788 aus 1883.
- 79) Das Kreis- und Pressegericht in Feldkirch verhängte am 24. Jänner 1888 in diesem Zusammenhang über die genannten Schriften der "Sozialdemokratischen Bibliothek" das Verbot der Weiterverbreitung. Ebenda.
- 80) Bilgeri (Anm. 35), S. 506-508.
- 81) VV, 19. April 1887.
- 82) VL Nr. 8/1887; Bilgeri (Anm. 35), S. 507.
- 83) Verhandlungen des Parteitages der österreichischen Sozialdemokratie in Hainfeld. Wien 1889, S. 3.
- 84) TLA, Statth. Präsidiale Nr. 1930 aus 1890.
- 85) Protokollbuch des Bregenzer Arbeiterfortbildungsvereines zum 12. April 1890.
- 86) TLA, Statth. Präsidiale Nr. 1930 aus 1890.
- 87) Für das Folgende Bericht des Bezirkshauptmannes St. Julien vom 21. April 1890, TLA, Statth. Präsidiale Nr. 1930 aus 1890.
- 88) Sein Bericht vom 14. April 1890. Ebenda.
- 89) Bericht des Bezirkshauptmannes Sardagna vom 24. April 1890. Ebenda.
- 90) Ebenda.
- 91) Bericht des Bezirkshauptmannes St. Julien vom 29. April 1890. Ebenda.
- 92) Telegramm des Bezirkshauptmannes St. Julien vom 2. Mai 1890. Ebenda.
- 93) Sein Bericht vom 2. Mai 1890. Ebenda.
- 94) Bericht des Bezirkshauptmannes Attlmayr vom 2. Mai 1890. Ebenda.
- 95) Vgl. Oberkofler, Gerhard: Der erste Schritt: Die Gründung der Tiroler Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1890, Innsbruck 1980.
- 96) TLA, Statth. Präsidiale No. 5772/25 aus 1890 (Bericht des Bezirkshauptmannes von Innsbruck Land, Dr. Anton Hoflacher, vom 8. Oktober 1890).
- 97) Tiroler Tagblatt, 2. Oktober 1890.

Wachstum und Krise – Vorarlberger Arbeiterbewegung 1890–1918

Reinhard Mittersteiner

DIE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI VORARLBERGS

Organisatorische Anfänge

Der Tiroler sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gelang es rasch, das durch den Hainfelder Einigungsparteitag von 1888/89 neu gewonnene Selbstvertrauen in öffentliche Präsenz umzusetzen. So war die Versammlung zum 1. Mai 1890 in der Tiroler Landeshauptstadt von 1.500 Arbeitern besucht (1), und auch die Initiative zur Gründung der Tiroler und Vorarlberger Landesorganisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei am 28. September 1890 in Telfs war offensichtlich vorrangig von Tiroler Sozialdemokraten, etwa Ignaz Saska, ausgegangen (2). In der mit Tirol organisatorisch verbundenen Vorarlberger Partei hingegen ging es zunächst nur schleppend voran – deutlich zu sehen an den relativ schwachen und nur vereinzelt Aktionen zum 1. Mai 1890 (3).

Der am 15. Februar 1891 im Innsbrucker Adambräu gegründete "Politische Volksverein für Tirol und Vorarlberg" war vollständig von Tiroler Sozialisten dominiert. Erst als dieser Verein eineinhalb Jahre später "wegen sozialistischer Umtriebe" (4) von der Behörde aufgelöst wurde und die Sozialdemokraten die Gründung eines Nachfolgevereines anstrebten, waren die Vorarlberger erstmals in der Lage, eine eigene Organisation auf die Beine zu stellen. Als Proponenten des "Politischen Vereins für Vorarlberg", wie sich die neue Organisation nannte, zeichneten der 25jährige, in Polna/Böhmen geborene Carl Joscht und der 31jährige, in Eschenau/Niederösterreich geborene Rudolf Spendelhofer (5). Nachdem die Behörde am 25. Jänner 1893 die Bildung des Vereines gestattet hatte, wurde die Bezirkshauptmannschaft Bregenz von der Statthalterei in Innsbruck angewiesen, dessen

Tätigkeit besonders zu überwachen und bemerkenswerte Wahrnehmungen sofort zur Kenntnis zu bringen (6).

Daß die Bezirkshauptmannschaft diesem Auftrag diensteifrigst nachkam, sollte der junge Verein nur allzu bald spüren. Schon für den 30. April mußte eine außerordentliche Generalversammlung des Vereines einberufen werden, die einstimmig eine Statutenänderung mit dem Ziel beschloß, den Vereinssitz von Bregenz nach Dornbirn zu verlegen, um die strenge Überwachung durch die politische Polizei etwas zu unterlaufen. Dieses Manöver war allerdings zu durchsichtig, als daß es von der Behörde nicht erkannt worden wäre: "Die sozialdemokratische Partei Vorarlbergs", hieß es in einem internen Akt der Statthalterei, "hat den Beschluß gefaßt, den Schwerpunkt ihrer Aktion nach Dornbirn zu verlegen, weil sie dadurch der strammen Überwachung seitens der Bezirkshauptmannschaft in Bregenz sich entzieht und sie wohl weiß, daß eine solche Überwachung in Dornbirn der Bezirkshauptmannschaft in Feldkirch beim besten Willen unmöglich ist, da Dornbirn zu weit von Feldkirch entlegen ist. ... Da nun die Absicht, sich der strengeren Aufsicht zu entziehen klar hervorgeht, dürfte es am Platze sein, die Statuten in der rigorosesten Weise auszulegen" (7).

Trotz aller Hemmnisse, die die Behörde dem Verein in den Weg legte, wuchs die junge Partei sehr rasch. Vom April des Jahres 1893 bis zur ordentlichen Generalversammlung im Jänner 1894, auf der dann die Verlegung des Vereinssitzes statutengemäß durchgeführt wurde, konnte der Mitgliederstand von 62 auf 122 verdoppelt werden (8). Ein Grund für dieses rasche Anwachsen der Partei war die Übersiedlung der Arbeiterführer Johann Coufal und Ignaz Leimgruber nach Vorarlberg. Der 1847 in Teschetitz/Mähren geborene Coufal hatte in Wien eine Tischlerlehre absolviert, bevor er über Innsbruck nach Meran kam. Bei einem zweijährigen Aufenthalt in der Schweiz Ende der achtziger Jahre wurde Coufal Sozialdemokrat (9).

Sein politisches Profil charakterisiert Manfred Scheuch folgendermaßen: "Seine Lesewut, sein häufiger Arbeitsplatzwechsel (obwohl er ein Könnler in seinem Fach war) und sein agitatorischer Eifer kennzeichnen ihn als einen jener revoluzzerischen Handwerksgehilfen und ideologischen Wirrköpfe, wie sie für die Anfänge der Arbeiterbewegung vielfach typisch waren" (10).

Ignaz Leimgruber stammte aus Tirol und war von Beruf Schlosser. Er hatte schon 1890 bei einem zweimonatigen Aufenthalt in Vorarlberg versucht, den Parteaufbau voranzutreiben. Während seiner Innsbrucker Zeit war er mit der Gruppe um Josef

Holzhammer in Widerspruch geraten, die er wegen mangelnder Militanz als "Geschäftssozialisten" bespöttelte (11).

Wenngleich die Vorarlberger Sozialdemokraten mit dem "Politischen Verein" über einen eigenen Organisationsrahmen verfügten, waren sie als Partei mit Tirol zusammengeschlossen. Zu Pfingsten 1893 fand in Innsbruck die erste Landeskonzferenz der Sozialdemokratischen Partei für Tirol und Vorarlberg statt. Anwesend waren 47 Delegierte. Das Präsidium wurde von Saska (Tirol), Joscht (Vorarlberg) und Kofler (Südtirol) gebildet. Wichtigster Verhandlungsgegenstand war ein von Ignaz Saska vorgelegter Organisationsentwurf, der am zweiten Verhandlungstag einstimmig angenommen wurde (12). Als oberstes Organ der Partei wurde die Landesparteivertretung gewählt, die ausschließlich aus Innsbrucker Genossen zusammengesetzt war. Einer der wichtigsten Beschlüsse der Landeskonzferenz betraf die sozialdemokratische Presse. Die seit Dezember 1892 von Ignaz Saska herausgegebene "Volkszeitung", die den Untertitel "Organ für die Interessen des arbeitenden Volkes in Tirol und Vorarlberg" trug, wurde von den Delegierten der Konferenz als offizielles Parteiorgan anerkannt (13).

Der rasche Erfolg der sozialdemokratischen Bewegung in Vorarlberg wurde vom Staatsapparat mit wachsender Besorgnis verfolgt. Die Behörden versuchten, als Gegenmaßnahme - neben einer verschärften Zensur der einige Monate in Vorarlberg herausgegebenen "Volkszeitung" - vor allem den politischen Kopf der Bewegung, Johann Coufal, zu kriminalisieren. Am 3. Juli 1893 stand Coufal wegen Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung erstmals vor Gericht. In der Anklageschrift hieß es:

"Im heurigen Frühjahre wurde Vorarlberg fast plötzlich der Tummelplatz einer lebhaften sozialdemokratischen Agitation, welche durch auswärtige Emissäre, worunter sich besonders der Beschuldigte hervorthat, betrieben wird. In den verschiedensten Orten des Landes folgten sich Versammlung auf Versammlung, in welchen die Agitatoren ihre bekannten bald mehr bald weniger provocatorischen Tiraden vom Stapel ließen. Als ein besonders eifriger Rufer bewährte sich dabei der Beschuldigte, nicht jedoch ohne beinahe immer das Maß des Zulässigen zu überschreiten und den wahren Charakter der Agitation durch das von ihm und seiner staatsfeindlichen Partei beliebte Hoch auf die internationale r e v o l u t i o n ä r e Sozialdemokratie, womit er seine Perorationen zu schließen pflegt, zu verrathen" (14).

Coufal wurde zu 14 Tagen Arrest verurteilt. Ein Jahr später erhielt er wegen einer neuerlichen Störung der öffentlichen

Ordnung eine dreimonatige Kerkerstrafe (15). Ab Anfang 1894 zwangen mehrere Blutstürze den an Tuberkulose erkrankten Coufal, sich zunehmend aus der Politik zurückzuziehen.

Nun trat Ignaz Leimgruber stärker in den Vordergrund. Seit dem Frühjahr 1893 war er in der Großschlosserei Doppelmeier in Hard beschäftigt. Doppelmeier hatte mehrere Dutzend Metallfacharbeiter eingestellt, "die alle wie hergeschneit nach Hard kamen" (16), da er mit der serienmäßigen Produktion der kurz zuvor erfundenen Fädelmaschine begann. Sie fand unter den Stickern des Landes reißenden Absatz. Die Facharbeiter dieser Firma bildeten den Kern des von Leimgruber initiierten Harder Arbeiterbildungsvereins, der in kürzester Zeit dem bislang träge dahinfließenden politischen Leben dieser Gemeinde neuen Schwung gab. Bei der Gemeindevertretungswahl 1894, ein Jahr nach Gründung des Arbeiterbildungsvereines, konnte die Sozialdemokratie auf Antrieb zwei Mandate erringen. Dies war ein "selbst von der Presse der weiten Monarchie vermerkter Wendepunkt" (17) in der politischen Entwicklung Vorarlbergs.

In Dornbirn rief Leimgruber einen Gewerbeverein ins Leben, dessen konstituierende Versammlung am 25. Februar 1894 stattfand (18). Im selben Jahr gelang es den Sozialdemokraten, in die Verbandsleitung der "Genossenschaft der handwerksmäßigen Gewerbe Vorarlbergs" einzusickern. Austritte und Proteste von christlichsozialen Lokalorganisationen waren die Folge (19).

Ab 1895 begann der politische Stern Leimgrubers zu sinken. Er hörte auf, als Schlosser zu arbeiten, und redigierte den "Anzeiger für Industrie und Handel". Später war er als Handelsagent der Stickereimaschinenbranche in unsaubere Geschäfte verwickelt (20).

Auf die für die Sozialdemokratie teilweise recht stürmischen Jahre 1893/94 mit ihren intensiven Außenaktivitäten folgte eine Phase des inneren Ausbaues der Organisation. Da nach dem Rückzug Coufals und Leimgrubers aus der Politik keine geeigneten Agitatoren im Land verfügbar waren, trachtete die Partei, möglichst viele auswärtige Redner zu Versammlungstouren zu gewinnen. So sprachen unter anderem die Wiener Genossen Victor Adler, Ellenbogen, Pernerstorfer, Schrammel und Exner bei Versammlungen in Vorarlberg.

1897 hielt Therese Nötscher als erste Frau politische Versammlungen in Dornbirn, Lustenau und Hohenems ab, wobei ihre Veranstaltung in Hohenems von Christlichsozialen gesprengt wurde (21). Das konservative Vorarlberg war auch für rede- und versammlungserfahrene sozialdemokratische Politiker ein harter

und nicht sehr ertragreicher Boden. Dringende Appelle an das Wiener Parteisekretariat speziell vor Wahlen, Redner zu schicken, wurden manchmal mit einem lapidaren "Wir haben keinen geeigneten Mann" (22) beantwortet, oder der Referent ließ die Vorarlberger Genossen einfach sitzen. Wie frustrierend solche Vorfälle für die kleinen Ortsgruppen waren, die ohnehin einen schweren Stand hatten, zeigt die folgende Passage aus dem Brief eines Bregenzer Arbeiters an die Wiener Parteileitung im Jahre 1897:

"Endlich wäre noch eins zu erwähnen und zwar: Wir Vorarlberger benützten die Gelegenheit des Züricher Kongresses und ersuchten den Genossen Dr. Adler, wenn es ihm möglich sein könnte, in einigen Versammlungen zu sprechen. Es langte von ihm ein Telegramm aus Zürich ein in welchem er sagte, daß es ihm nicht möglich sei, jedoch die Genossen Beer, Kaff, Widholz und Pernerstorfer sprechen werden wo er zugleich die Einteilung der Orte und den Tag vornahm, also auf Bregenz war Genosse Beer auf den 30. 8. bestimmt, welcher uns jedoch aufsitzen ließ und mußte die gut besuchte Versammlung auseinandergehen ohne zu wissen, warum der Referent nicht erschienen ist da wir nicht einmal verständigt wurden, daß es ihm nicht möglich ist zu erscheinen und bis auf den letzten Schweizerzug 8 Uhr 45 abends warteten. Übrigens ging es auch den Dornbirner sowie den Rankweiler Genossen ganz gleich. Es wäre deshalb gut, wenn wir wüßten, warum die Genossen verhindert waren zu kommen; Unsere Gegner freuen sich deshalb und jubeln in ihrer Presse was Platz hat...

Mit sozialdemokratischem Brudergruß. Karl Petrik" (23).

Einige Mühe bereitete auch die mangelnde Kompetenztrennung zwischen den Tiroler und Vorarlberger Parteistellen. Teilweise verhandelten die Genossen des Landes direkt mit Wien, teilweise liefen die Kontakte über die Innsbrucker Parteizentrale. Dabei wurde von seiten der Vorarlberger eifersüchtig auf eine möglichst große Selbständigkeit geachtet, welche allerdings aufgrund organisatorischer Schwächen oft nur ein frommer Wunsch blieb. Josef Holzhammer, Mitglied des Tiroler Parteivorstandes und Verbindungsmann zur Wiener Parteizentrale, ging in dieser Sache sehr vorsichtig ans Werk. Er ließ den Vorarlberger Genossen weitgehend freie Hand, verabsäumte es aber nicht, bei wichtigen Fragen Wien zu informieren, um etwaige Versäumnisse von Vorarlberger Seite korrigieren zu können. So ersuchte er in einem Schreiben vom 7. November 1896, eine Kiste mit Aufrufen zur Reichsratswahl, die in einer illegalen Aktion verstreut werden

sollten, über geheime Kanäle nach Innsbruck zu senden. Von dort aus werde dann die weitere Verteilung vorgenommen. Sollten allerdings die Vorarlberger Genossen selbst gute Adressen für diese Aktion angegeben haben, möge die Sache direkt abgewickelt werden (24). Interessant ist in diesem Zusammenhang die Selbst- und Fremdeinschätzung der Vorarlberger Partei. Während Holzhammer meinte, Vorarlberg werde mit 7.000-8.000 Exemplaren sein Auslangen finden, bestellte der Leiter des Vorarlberger Kreiswahlkomitees, Thomas Lorenz, der unabhängig von Holzhammer mit Wien Kontakt aufgenommen hatte, 15.000-20.000 Stück (25) - Innsbruck hatte für ganz Tirol nur 15.000 Wahlaufrufe bestellt. Um diese Papierflut in Vorarlberg wieder loszuwerden, wurde der Aufruf einfach in mehreren Exemplaren vor die Türen gelegt. Der Harder "Volksblatt"-Korrespondent berichtete nach der durchgeführten Aktion: "Auch bei uns wurden sozialdemokratische Wahlaufrufe in Massen vor die Häuser gelegt, sodaß wohl jedermann mit solchen Zetteln auf lange hinaus versorgt ist" (26).

Auf einer Kreiskonferenz im Februar 1899 wurde ein Antrag eingebracht, daß sich in Vorarlberg eine eigene Landesorganisation bilden solle. Dies war aufgrund eines Beschlusses des Linzer Par-

Formel von der ich eine Auffassung des von Vorarlberg für die
 Kreisorganisation habe, daß die Hauptaufgabe der
 Landesorganisation ist, durch die Landesorganisation
 in Linz das große Wahlkreuz, das durch die Landes-
 organisation der Landesorganisation zu bilden
 daß auch in Vorarlberg eine selbständige Landes-
 organisation zu bilden sei, u. zwar ab 1. April
 1899.

Brief des Vorarlberger Kreisvertrauensmannes Johann Heine vom 25.2.1899 an das sozialdemokratische Reichsparteisekretariat in Wien, "... daß auch in Vorarlberg eine selbständige Landesorganisation zu bilden sei, u. zwar ab 1. April 1899."

teitages, der jedem Wahlkreis eine selbständige Landesorganisation zugestand, möglich geworden. Der Antrag, der nach einer regen Debatte von der Konferenz einstimmig beschlossen wurde, war ohne Wissen der beiden Vorarlberger Kreisvertrauensmänner Johann Heine und Johann Jakob Heinzle eingebracht worden. In ihrem Bericht nach Wien hoben sie das extra hervor und fühlten

sich bemüht, darauf hinzuweisen, "daß durchaus kein Haß gegen die Parteileitung in Tirol die Konferenz zu diesem Beschluß bewegte" (27).

Die eigenständige Landesorganisation Vorarlberg sollte am 1. April 1899 ihre Tätigkeit beginnen. Ein von der Konferenz gewähltes Vorbereitungs Komitee hielt am 12. März die erste Sitzung ab, und bereits am 25. März fand die erste Landeskonferenz statt (28).

Zur Zeit dieser Trennung von der Tiroler Sozialdemokratischen Partei bestanden im Lande 14 Gewerkschaften mit 335, fünf Arbeitervereine mit 162 und drei Eisenbahnerorganisationen mit 294 Mitgliedern. Im "Politischen Verein für Vorarlberg" waren 48 und im "Allgemeinen Volksverein" 80 Genossen organisiert. Ohne die Buchdrucker zählte die Sozialdemokratie in allen Organisationen des Landes 1.054 Mitglieder (29).

Innerparteiliche Konflikte und Krisen

Die zweite Vorarlberger Landeskonferenz am 21. Jänner 1900 beschloß dann, zur Verbesserung der Agitation und Organisation einen Parteisekretär anzustellen (30). Die Mittel hierfür sollten durch die Einhebung einer Landesparteisteuer in der Höhe von acht Heller pro Mitglied und Monat aufgebracht werden. Nachdem auch die Reichsparteivertretung und die Gewerkschaftskommissionen regelmäßige Subventionen zugesichert hatten, konnte das Sekretariat im Mai 1900 eröffnet werden. Als erster Vorarlberger Partei- und Gewerkschaftssekretär wurde der zuvor in Saalfelden tätige Franz Pechota angestellt (31). Er fand bei seinem Dienstantritt eine zerstrittene Partei vor. Drei Monate vor der Sekretariatseröffnung hatte wegen der andauernden Zwistigkeiten, vor allem unter den Dornbirner Genossen, die Parteileitung kurzfristig von Dornbirn nach Rankweil verlegt werden müssen (32). Hauptkontrahenten in diesem Streit waren der Dornbirner Dachdeckermeister Fußnegger und der Obmann der Dornbirner Holzarbeitergewerkschaft Josef Harrich, der nur bedingt das Hainfelder Programm der Sozialdemokratie anerkannte.

Harrich, der vor seiner Übersiedelung nach Vorarlberg Obmann des "Österreichisch-ungarischen Arbeiterbildungsvereines" in Zürich, einem Sammelplatz anarchistischer Strömungen, gewesen war (33), hatte im Sommer 1899 mit der Organisierung der Holzarbeiter bei einem Stande von neun Mitgliedern begonnen (34). Ein halbes Jahr später war deren Zahl auf 34 gestiegen, und nach weiteren

sechs Monaten - also im Jahr 1900 - erreichte die Dornbirner Ortsgruppe der Holzarbeiter den Höchststand von 76 Mitgliedern (35). Damit hatte sich Harrich eine beachtliche Hausmacht in der Partei geschaffen. Auf einer Landesparteikonferenz am 29. Juli 1900 wurde Harrich aus der Partei ausgeschlossen. Daraufhin verfaßten die Holzarbeiter eine Protestresolution, die dem Grazer Parteitag zugesandt wurde, jedoch dort nicht zur Verlesung kam. Um ihrem Protest größeren Ausdruck zu verleihen, traten die Holzarbeiter aus der Landesorganisation aus und blieben nur mit der überregionalen Gewerkschaftsorganisation in Verbindung (36). Harrich blieb auch als Nicht-Parteimitglied ihr Vertrauensmann, bis er Ende des Jahres nach Steyr ging.

Entgegen den Erwartungen der Genossen nahmen Partei und Gewerkschaft mit der Anstellung des Sekretärs keinen besonderen Aufschwung. Zwar konnte die Zahl der gewerkschaftlichen Organisationen von 22 auf 24 erhöht werden, die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten ging jedoch von 936 auf 821 zurück. Lediglich die italienischen Arbeitervereine, die sich von drei auf vier erhöhten, konnten ihren Mitgliederstand von 135 auf 242 bedeutend erweitern. Ohne den hervorragenden Erfolg der Italiener, die zu jener Zeit in der Partei ein relatives Eigenleben führten, wären die Schwierigkeiten der Organisation noch um einiges deutlicher geworden (37). Pechota führte diesen Rückgang in seinem Rechenschaftsbericht auf den bis Jahresende andauernden Streit um den ausgeschlossenen Harrich, den Zusammenbruch des sozialdemokratisch dominierten Bregenzer Konsumvereines und auf eine Unterschlagungsaffäre in der Bregenzer Krankenkasse zurück (38): Der sozialdemokratische Kassier Franz Fexer hatte sich in der Zeit von Jänner bis September 1900 um insgesamt 2.936 Kronen bereichert (39).

1901 löste der erst 23 Jahre alte, aus Württemberg stammende Hermann Leibfried den langjährigen Landesvertrauensmann Coloman Markart in seiner Funktion ab. Markart war 1897 und 1901 Reichsratskandidat der Partei gewesen und zog sich dann zunehmend aus der Politik zurück. Zu diesem Schritt bewog ihn nicht zuletzt die Enttäuschung über die mangelnde Effektivität des Sekretariates, für das er sich sehr eingesetzt hatte. Viele Arbeiten, die der oft kränkliche Pechota liegenließ, mußten vom berufstätigen Leibfried in den Abendstunden erledigt werden. In einem Brief vom 4. Juni 1901 beklagte er sich beim Wiener Parteisekretär Skaret: "Mit Gen. Pechota ist in letzter Zeit ebenfalls nicht viel anzufangen, er ist in kurzen Pausen schon zweimal drei Wochen im Bett krank gelegen und wenn er dann



Coloman Markart - ein typischer Vertreter der Vorarlberger Sozialdemokratie zur Jahrhundertwende. 1863 als Sohn eines Fabrikarbeiters in Neubistritz (Böhmen) geboren, kam Markart nach längerer Wanderschaft als Schuhmachergehilfe 1889 nach Rankweil. Machte sich hier als Handwerker selbständig, Kandidat der Sozialdemokraten bei den Reichsratswahlen 1897 und 1901.

wieder eine Versammlung abhält ist er am anderen Tag wieder halb kaputt" (40).

Zu den gesundheitlichen Schwierigkeiten des Sekretärs kam die dauernde Finanznot, in der die Partei steckte. Im November 1902 mußte Leibfried die Reichsparteileitung ersuchen, die monatliche Subvention von 20 auf 30 Kronen zu erhöhen, weil die Partei mit den Zahlungen an Pechota mehrere Monate im Rückstand war. Diese Gehaltsschulden konnten, wie Leibfried lapidar feststellte, "nicht zur Arbeitsfreudigkeit des Sekretärs beitragen" (41).

Trotz dieser Schwierigkeiten gelang es der Partei, Fortschritte zu machen. Der auf der Landeskonferenz am 25.1.1903 vorgelegte Rechenschaftsbericht über das abgelaufene Jahr hob hervor, daß sich der Stimmenanteil der Sozialdemokraten bei den Landtagswahlen 1902 gegenüber den Reichsratswahlen von 1901 verdoppelt hatte (42). Die Wahlen des Jahres 1902 hatten gezeigt, daß die Sozialdemokraten langsam auch in Landgemeinden Fuß zu fassen begannen. Die Parteileitung beschloß daher, Versammlungen in den Gemeinden Höchst, Altach, Götzis, Göfis und Schlins durchzuführen. Dieses Vorhaben konnte allerdings nicht in die Tat umgesetzt werden, weil die Christlichsozialen jeden, der es wagte, den Sozialdemokraten ein Lokal zur Versammlung zu überlassen, wirtschaftlich zu vernichten drohten (43). Von den fünf geplanten Versammlungen konnte nur jene in Göfis durchgeführt werden. Auf welche Widerstände die Sozialdemokratie stieß, zeigt das Beispiel der Industriegemeinde Bürs, in der die Partei von 180 in der allgemeinen Wählerklasse abgegebenen Stimmen 50 auf sich vereinigen konnte. Trotz dieser beachtlichen numerischen Stärke war es nicht möglich, ein Lokal für eine geschlossene Paragraph 2-Versammlung, geschweige denn für eine Volksversammlung, zu erhalten (44).

Auf der Landeskonferenz im Jänner 1903 wurde auch beschlossen, das Sekretariat nach Bregenz zu verlegen, während das Parteikomitee in Dornbirn verbleiben sollte. Diesem Beschluß waren heftige Debatten vorangegangen. Die Oberländer wollten das Sekretariat nach Feldkirch verlegen, ein Teil der Delegierten war für die Belassung in Dornbirn und ein anderer für eine Verlegung nach Bregenz. Schließlich entschied sich die Konferenz mit einer knappen Mehrheit von 22 zu 18 Delegierten für Bregenz (45).

Schon längere Zeit hatte es zwischen der Parteileitung in Dornbirn und der Lokalorganisation Rankweil unter der Führung Coloman Markarts verholene Differenzen und Eifersüchteleien gegeben. So beschwerten sich die Rankweiler über Pechota, daß er während des ganzen Jahres 1902 nicht einen einzigen Vortrag in ihrer

Ortschaft abgehalten hatte (46). Außer der Pflichtvergessenheit des Sekretärs wurde auch sein unmoralischer Lebenswandel, der die Partei mehrmals in Mißkredit brachte, heftig angegriffen. Zum offenen Ausbruch des schwelenden Konfliktes kam es auf der außerordentlichen Wahlkreiskonferenz am 9. August 1903. Äußerer Anlaß war ein Streit um die Verwendung von 500 Kronen, die beim Verkauf der Instrumente der Rankweiler Arbeitermusik eingenommen worden waren. Die Rankweiler wollten das Geld dem Fonds für ein Arbeiterheim, das in Dornbirn oder Feldkirch gebaut werden sollte, übertragen. Der Parteileitung hingegen waren die 500 Kronen höchst willkommen, um laufende Schulden abzudecken (47). Nach einem immer heftiger werdenden Schlagabtausch um Redezeit und Delegiertenschlüssel verließen die Rankweiler den Saal und später auch die Landesorganisation. "Wir sind deshalb nicht aus der Sozialdemokratie ausgetreten, im Gegenteil, wir wahren ihren guten Ruf. Wir haben bis heute nicht die geringste Gegenaktion gemacht gegen Dornbirn, wir arbeiten ruhig weiter für uns, aber das Parteikomitee schreibt Warnungsbriefe im Lande herum und warnt die Genossen vor uns als wenn wir Aussätzige wären", schrieb der Lokalvertrauensmann Franz Hagmann in seinem Bericht an die Reichsparteileitung in Wien (48).

Während sich Sekretär Pechota in diesem Streit eher im Hintergrund hielt, vertrat Landesvertrauensmann Leibfried eine harte und kompromißlose Linie. Offensichtlich bangte er um die Autorität der regionalen Parteiführung, sollte der Rankweiler Fall Schule machen. "Das Landesparteikomitee erwartet nun bestimmt, daß seitens der Reichsparteileitung jeder Verkehr mit der Lokalorganisation Rankweil abgebrochen wird, da sonst eine Disziplinlosigkeit sondergleichen eintreten würde", erklärte er am 28. September 1903 in einem Brief an die Wiener Parteileitung (49).

Kurz nach dem Austritt der Rankweiler Ortsgruppe gab Pechota völlig überraschend die Niederlegung seiner Stelle als Sekretär bekannt. Trotz einstimmiger Aufforderung von Landesparteivertretung und Gewerkschaftskommission, zu bleiben, beharrte er auf seiner Demission, da seine körperliche Verfassung es nicht zulasse, die Funktion weiter auszuüben (50). Pechota versprach jedoch, bis zur nächsten Landeskonferenz die Geschäfte zu führen, um eine ordnungsgemäße Übergabe des Sekretariats zu ermöglichen. Aber auch die von Pechota zugestandene Frist, die es der Partei erleichtern sollte, einen neuen Sekretär zu finden, wurde jäh unterbrochen. Kurz vor Jahresende 1903 brachten gegnerische Blätter die sensationelle Meldung, daß der frisch verheiratete Vorarlberger Parteisekretär mit der Frau eines Genossen - zudem

noch Mutter von mehreren Kindern - in die Schweiz durchgegangen sei.

In einem ersten Bericht an die Parteileitung in Wien schrieb Leibfried: "Pechota hat den Vorarlbergern und vielleicht auch der Gesamtpartei einen noch nicht absehbaren Schaden zugefügt. Es ist zum Wahnsinnigwerden, daß gerade auf diesen exponierten Posten die leichtlebigen Parteigenossen gestellt werden. Auf diese Art ist uns eine erfolgreiche Agitation einfach unmöglich gemacht. ... Hier in Dornbirn ist die Mehrzahl der Genossen ganz verzweifelt und Massenaustritte aus der Parteiorganisation, hauptsächlich einheimische Genossen, wurden bereits angekündigt" (51). Leibfried versprach, sein Möglichstes zu tun, um die Genossen zu beruhigen, machte aber darauf aufmerksam, daß die einheimischen Mitglieder, die sich besonders zahlreich in letzter Zeit der Partei angeschlossen hätten, kaum zu halten sein würden - hatten sie doch schon unter normalen Bedingungen mit ihrer politischen Gesinnung einen schweren Stand in der meist tief katholischen Verwandtschaft.

Nun wurde Leibfried selbst zur Hauptzielscheibe der innerparteilichen Kritik, da er den Sekretär bis zuletzt unterstützt hatte. Am 10. Jänner 1904 wurde Pechota auf einer Parteiversammlung in Dornbirn einstimmig aus der Partei ausgeschlossen. Leibfried versuchte noch zu erklären, daß dafür laut Statuten eine Anhörung des Auszuschließenden notwendig wäre, "was aber allseitig als ein Luxus angesehen wurde" (52).

Bei der im Jänner 1904 abgehaltenen Landeskonferenz wurde die Lokalorganisation Bregenz mit der Bildung eines neuen Landespartei Komitees betraut. Anfang März konnte nach Wien berichtet werden, daß die neue Führung ihre Tätigkeit begonnen hatte. Erster Obmann der Landesparteivertretung und zugleich Landesvertrauensmann wurde Mathias Schwinghammer, zweiter Obmann Franz Wober. Zum Obmann der Gewerkschaftskommission wurde Heinrich Mayerhofer bestellt (53).

Wie sich bald herausstellen sollte, waren Schwinghammer und Mayerhofer von der Aufgabe, die Partei zu leiten, vollkommen überfordert. Beide arbeiteten bei dem Schlossermeister Gaudel in Bregenz, der ein überzeugter Parteigänger der Christlichsozialen war. Nach einem erfolglosen Streik in diesem Betrieb waren beide gezwungen, einen neuen Arbeitsplatz zu suchen. Durch den Einfluß Gaudels nahm kein Bregenzer Meister sie auf. Daraufhin reiste Mayerhofer sofort von Bregenz ab, während Schwinghammer der Reichsparteileitung vorschlug, ihn übergangsweise für einige



Blick auf Bregenz, im Mittelgrund die Schuhfabrik Krafft. Um 1900 war die Fabrik der Mittelpunkt sozialdemokratischer Organisation in Bregenz.

Wochen zum bezahlten Parteisekretär zu machen, bis eine bessere Lösung gefunden sei (54). Dies wurde in Wien abgelehnt.

Auf Schwinghammer folgte als provisorischer Landesvertrauensmann der Eisenbahner Franz Schrattenecker, der sich ebenfalls bei der Parteileitung um den Sekretärsposten bewarb (55). Auch seine Tätigkeit war nicht sehr erfolgreich. Im Dezember 1904 mußte er nach Wien berichten, daß die einzelnen Lokalorganisationen größtenteils ein Scheinleben fristeten, Bludenz und Feldkirch völlig darniederlägen und nur Bregenz und Dornbirn die Landesparteisteuer zahlten (56).

Nachdem über die Pechota-Affäre etwas Gras gewachsen war, mischte sich auch Leibfried wieder zunehmend in die Politik ein. Mehrmals intervenierte er in Wien wegen eines neuen Sekretärs, der die tief in der Krise steckende Partei wieder aufrichten sollte. Die Parteileitung in Wien war jedoch vorderhand nicht bereit, sich für Vorarlberg besonders ins Zeug zu legen, und Leibfried mußte resigniert feststellen: "Die Vorarlberger sind eben für die Parteileitung das fünfte Rad am Wagen" (57).

Nach Schratzenecker wurde der Deutsche Heinrich Settle Landesvertrauensmann, der seine mangelnde Erfahrung durch heftige Attacken auf Wien wettzumachen versuchte (58). Daß diese Angriffe nicht geeignet waren, das ohnehin gespannte Verhältnis zwischen Wien und Vorarlberg zu beruhigen, ist offensichtlich. Im September 1905 trat Settle zurück, sein Nachfolger wurde der Dornbirner Anton Dünser (59).

Daß in den Jahren 1904/05 der Vorarlberger Partei durchwegs unerfahrene und teilweise auch unfähige Genossen vorstanden, war dem Umstand zuzuschreiben, daß sich niemand mehr aus dem alten Parteikader bereitfand, eine Funktion zu übernehmen (60). In dieser "tostlosen Situation" war es Hermann Leibfried, der den Kern der Partei zusammenhielt. "Er war", wie die Genossen später dankbar feststellten, "die Seele der Bewegung und sein Verdienst (war) es in erster Linie, daß sich die Partei von den Schlägen, die ihr von anderen Seiten zugefügt worden sind, nach und nach erholte" (61). Leibfried war auch weiterhin Vorarlberger Hauptberichterstatler der "Volkszeitung". Nach wie vor stammten mit Abstand die meisten Korrespondentenberichte aus Dornbirn. Die Verlegung des Parteisitzes nach Bregenz hatte nichts daran geändert, daß Dornbirn das Zentrum der Vorarlberger Sozialdemokratie blieb.

Am 25. Oktober 1905 tagte eine außerordentliche Landeskonferenz, die endlich die Sekretärsfrage klären sollte. Die größte Schwierigkeit bestand wie immer in der Finanzierung. "Mit dem Sekretariat haben uns die Zentralen in Wien schwer aufsitzen lassen. Was sollen wir mit den lumpigen 60 K(ronen) im Monat machen? Das ist Hohn für uns, aber keine Unterstützung", beklagte sich Leibfried in Wien (62).

Nachdem die Finanzierungsfrage unter Anspannung aller Kräfte dann doch mehr schlecht als recht gelöst worden war, trat am 1. Februar 1906 Eduard Ertl den Posten als Sekretär der Vorarlberger Partei an (63). Als Ertl nach Vorarlberg kam, war gerade eine heftige Bewegung unter den 12.000 bis 14.000 Stickern des Landes entstanden. In einigen Wochen sollte das provisorische Handelsabkommen zwischen der Schweiz und Österreich ablaufen. Die meisten der kleinen Sticker arbeiteten für die Schweiz und fürchteten bei einer Grenzschießung die Vernichtung ihrer Existenz (64). Ertl gelang es, den prominenten Reichsratsabgeordneten Ellenbogen für eine Agitationstour zu gewinnen. Trotz einiger Anfangserfolge erwies sich aber die Organisierung der Sticker aufgrund ihrer zwiespältigen Klassenzugehörigkeit als schwierig.

Wachstum und Wahlen

1906 war es nach langwierigen Kämpfen gelungen, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für Männer zu erlangen. Die erste Wahl unter diesen neuen Bedingungen war die Reichsratswahl am 14. Mai 1907. Schon im Jänner jenes Jahres bildeten die Sozialdemokraten lokale Agitationskomitees (65). Am 2. März trat dann die Partei mit einer von 125 Personen besuchten Versammlung im Dornbirner Kronensaal öffentlich in den Wahlkampf ein (66).

Auf christlichsozialer Seite betrieben neben den Politikern vor allem auch die Priester heftige Wahlagitation. Aus Haselstauden wurde berichtet, der Pfarrer predige von der Kanzel, "daß es sehr fraglich sei, ob ein Wähler, der sozialdemokratisch stimme, in den Himmel komme" (67). Der Frühmesser von Bürs verkündete ebenfalls, "daß jeder eine Todsünde begehe, der am 14. Mai sozialdemokratisch wähle" (68).

Für eine andere Art der Wahlbeeinflussung entschied sich der Bludener Priester Feuerstein, der Briefe folgenden Inhalts verschickte: "Sehr geehrter Herr...! Ich möchte Sie bitten, morgen bei der Reichsratswahl unseren christlich-sozialen Kandidaten, der ein sehr volksfreundlicher Mann ist, zu wählen. In den Wahlzettel (weißer Zettel) möge hineingeschrieben werden: Professor Dr. Karl Drexel, Landtagsabgeordneter in Dornbirn. Ich bin ein aufrichtiger Freund der Wahlfreiheit und somit mögen diese Zeilen Sie nicht hindern, ganz nach Ihrer Überzeugung zu wählen. Mit vorzüglicher Hochachtung" (69).

In der Städtekurie blieb denn auch der Christlichsoziale Dr. Drexel mit 2.938 Stimmen erfolgreich. Der liberale Kandidat Hueter konnte 1.633 Stimmen und Sekretär Ertl 1.000 Stimmen auf sich vereinen. Damit kam die Sozialdemokratie in den Vorarlberger Städten insgesamt auf 17,9 Prozent, wobei Bludenz mit 25,5 Prozent an erster Stelle lag. Es folgten Dornbirn mit 19,8 Prozent, Feldkirch mit 10,3 Prozent und Bregenz mit 10,2 Prozent. Von den 1.000 sozialdemokratischen Stimmen entfielen 564 auf Dornbirn, 254 auf Bludenz, 118 auf Bregenz und 64 auf Feldkirch (70).

Von den drei Landgemeindewahlbezirken schnitt der Bezirk Bregenz-Bregenzerwald mit einem Anteil von 6,2 Prozent sozialdemokratischen Stimmen am besten ab. An zweiter Stelle folgte der Bezirk Bludenz-Montafon mit 4,6 Prozent, knapp gefolgt vom Bezirk Feldkirch-Dornbirn (71).

Das relativ gute Ergebnis des nördlichen Sprengels war hauptsächlich den Gemeinden Rieden und Hard zu verdanken, die alleine 87 Prozent der Bezirksstimmen aufbrachten, während aus den restlichen 34 Gemeinden nur 13 Prozent der Stimmen kamen. Damit zeigte sich, daß der Bezirk über zwei dicht beieinanderliegende sozialdemokratische Hochburgen verfügte, die umliegenden Gemeinden jedoch noch sehr schwach organisiert waren.

Ein anderes Bild zeigte der Landgemeindewahlbezirk Feldkirch-Dornbirn. Hier konnte keine der Gemeinden die Spitzenwerte von Rieden und Hard (31,53 und 26,6 Prozent) erreichen, dafür aber war die Verteilung der Stimmen einheitlicher. Die einzelnen Werte der Gemeinden betragen: Hohenems 6,4; Koblach 4,3; Rankweil 8,6; Altenstadt 18,5; Göfis 11,9; Tosters 6,8; Tisis 4,1 und Franzanz 5,4 Prozent.

Ähnlich wie im nördlichen Wahlbezirk zeigte sich auch im südlichen ein sehr unterschiedliches Wählerverhalten in den einzelnen Gemeinden. Während die beiden Hochburgen Nüziders und Bürs auf 33,8 bzw. 23,0 Prozent sozialdemokratische Wählerstimmen kamen, wurde in der Industriegemeinde Thüringen, die einen sehr hohen Italieneranteil besaß, zu 100 Prozent christlichsozial gewählt.

In allen Wahlbezirken zusammen konnte die Sozialdemokratie 1.977 Stimmen, das entsprach 8,1 Prozent, auf sich vereinen. Angesichts der schweren Krise der Partei, die erst relativ kurz vorher überwunden worden war, durften die Sozialdemokraten mit diesem Ergebnis zufrieden sein, zumal das neue Wahlrecht trotz gewaltiger Verbesserungen immer noch die Arbeiterschaft benachteiligte. Besonders galt das für die Ein-Jahres-Klausel, die nur jene zur Wahl zuließ, die eine einjährige Selbsthaftigkeit an einem Ort nachweisen konnten. Aufgrund der vom Arbeitsmarkt diktierten hohen Mobilität waren dadurch viele Arbeiter vom Wahlrecht ausgeschlossen.

Im Mai des Jahres 1909 fanden in Vorarlberg Landtagswahlen statt. Im Jänner hatte Sekretär Ertl nach Wien berichtet, daß die Vorarlberger Parteileitung plane, elf Kandidaten aufzustellen, und zwar in der Städtekurie fünf, in der gemischten Wählerklasse ebenfalls fünf und einen in der Landgemeindekurie (72). Im Laufe der Vorbereitungen stellte sich aber immer klarer heraus, daß die zu Beginn des Wahlkampfes sehr hoch gesteckten Ziele zurückgeschraubt werden mußten. Neben Ertl kandidierten nur noch die Genossen Kalb, Hermann, Pumm, Lorenz und Brüggeler. Von einer Kandidatur in den Städten Bregenz und Feldkirch wurde überhaupt Abstand genommen.

Die Landtagswahlen selbst brachten einen überragenden Sieg der Christlichsozialen, die die Städte Feldkirch und Bludenz erobern konnten, sodaß von 26 Sitzen nur noch 2 von liberalen Abgeordneten gehalten wurden. Der Sozialdemokratie war es nicht gelungen, in den Landtag einzuziehen. In den gemischten Wählerklassen lauteten die Ergebnisse (73):

Christlichsoziale	Freisinnige	Sozialdemokraten
Bezirk Bregenz-Bregenzerwald		
Fink 2748	Klocker 443	Ertl 510
Kennerknecht 2321	Kremmel 447	Kalb 512
Bezirk Feldkirch-Dornbirn		
Dr. Drexel 4057	Jubele 1331	Hermann 831
Welte 4024	Smetana 1301	Pumm 840
Bezirk Bludenz-Montafon		
Walter 1440	Jehly 169	Ertl 387

In der Landgemeindekurie, in der drei Tage nach der gemischten Wählerklasse gewählt wurde, gingen ebenfalls die Christlichsozialen mit einem überwältigenden Erfolg als Sieger hervor. In der Städtekurie erhielten die Kandidaten der Christlichsozialen zusammen 2.611, die Kandidaten des Freisinns 1.645 und die Sozialdemokraten 289 Stimmen.

Das Ergebnis der Landtagswahl hatte gezeigt, daß die Erwartung der Sozialdemokraten, eventuell in den Landtag einzuziehen, viel zu hoch gegriffen war. Besonders eklatant war das Mißverhältnis zwischen Erwartung und Ergebnis im Bezirk Bludenz, in dem von manchen Parteimitgliedern mit einem Mandat gerechnet worden war (74). Ertl erhielt in dieser Region nur 19,3 Prozent der Stimmen, und nicht einmal ein Wahlbündnis mit den Liberalen hätte ihn über 38 Prozent hinausgebracht.

1910 gelang es den Vorarlberger Sozialdemokraten, den jahrelang gehegten Wunsch nach einem eigenen Landesparteiorgan zu verwirklichen, nachdem es in der Vergangenheit des öfteren Meinungsverschiedenheiten mit den Tiroler Genossen über den Stil der "Volkszeitung" gegeben hatte (75). Die von den Christlichsozialen

heftig angefeindete "Vorarlberger Wacht" - "eines der giftigsten und verbissensten Soziblättchen weit und breit" (76) - wurde praktisch von einem einzigen Mann, Hermann Leibfried, gemacht. Er war für "seine" Zeitung zu beinahe jedem Opfer bereit. Unterstützt von Sekretär Ertl, führte er in den Folgejahren einen hartnäckigen, jeder politischen Vernunft widersprechenden Kampf mit der Wiener Parteileitung, die ab 1912 wiederholt eine Fusionierung des defizitären Landesparteiorgans mit der Tiroler "Volkszeitung" vorschlug (77).

Für den Juni 1911 waren wieder Reichsratswahlen ausgeschrieben. Hauptthema dieses Wahlkampfes von 1911 war die Lebensmittelteuerung, die "kaum in einem anderen Land so grassierte" (78) wie in Vorarlberg. Vor allem Jodok Fink wurde als Obmann der "Freien agrarischen Vereinigung" und als Agrarsprecher der Christlichsozialen von den Sozialisten heftig angegriffen (79). Diese Wahl wurde von den Sozialisten noch intensiver vorbereitet als die letzte Reichsratswahl 1907. Leibfried ließ die "Wacht" zweimal wöchentlich erscheinen, um rascher auf Angriffe des Gegners reagieren zu können. Ende Mai wurden täglich zwei oder mehr Wahlversammlungen veranstaltet.

Der letzte Reichsratswahlkampf vor dem Ersten Weltkrieg wurde mit einer bis dahin kaum gekannten Schärfe geführt. Hauptgrund dafür war ein Wahlbündnis zwischen Sozialdemokraten und Liberalen, das das bei der letzten Wahl noch sichere Mandat des Christlichsozialen Drexel gefährdete. Drexel versuchte daher, im sicheren Landgemeindewahlkreis Bludenz-Montafon, der traditionellerweise dem langgedienten Abgeordneten Martin Thurnher zustand, zu kandidieren, was jedoch "der Alte" - so der Spitzname Thurnhers - nicht zuließ (80).

Gleichzeitig betrieben die Sozialdemokraten eine intensive Agitation unter den italienischen Arbeitern. Die einlaufenden Wahlversammlungsberichte konnten von den Sozialisten meist mit Befriedigung zur Kenntnis genommen werden: So gelang es in Dornbirn, den christlichsozialen Italienern bei deren eigener Versammlung das Präsidium abzunehmen (81). Die zuversichtliche Stimmung unter den Italienern in Hard veranlaßte den Berichterstatte der "Wacht" anlässlich einer italienischen Wahlversammlung zu dem euphorischen Schluß: "Die Harder Arbeiter wählen am 13. Juni in ihrer großen Mehrheit rot, das ist bombensicher" (82).

Das Wahlergebnis bestätigte den schon bei der Landtagswahl des Jahres 1909 erkennbaren Aufwärtstrend der Sozialdemokratie. Die Partei konnte ihren Stimmenanteil von rund acht Prozent bei der Reichsratswahl 1907 auf 14 Prozent erhöhen.

Teilwahlergebnisse der Reichsratswahl 1911

(gereiht nach dem Prozentanteil sozialdemokratischer Stimmen)

	-1-	-2-	-3-	-4-
Hard	261	234	91	44,5
Rieden-Vorkl.	248	248	121	40,2
Bludenz	357	420	257	34,5
Altenstadt	279	629	44	29,3
Nüziders	51	110	19	28,3
Dornbirn	777	1432	716	26,5
Tisis	24	71	7	23,5
Rankweil	130	349	83	21,1
Bürs	34	123	17	19,5
Höchst	82	216	152	18,2

1 = Sozialdemokratische Stimmen

2 = Christlichsoziale Stimmen

3 = Deutschfreisinnige Stimmen

4 = Prozentanteil der sozialdemokratischen Stimmen

Quelle: Vorarlberger Wacht Nr. 49/1918

Das erfreulichste Ergebnis für die Sozialdemokratie lieferte erwartungsgemäß die Gemeinde Hard, in der 44,5 Prozent der Stimmen für den ortsansässigen Sticker und langjährigen Leiter der Genossenschaftskrankenkasse Hermann Hermann abgegeben wurden. Hard war bei dieser Wahl die erste und vor dem Ersten Weltkrieg einzige Gemeinde des Landes geworden, in der die Sozialdemokratie eine Stimmenmehrheit erhielt. Dieses Ziel verfehlte sie im Nachbarort Rieden-Vorkloster nur knapp. Mit 248 zu ihren Gunsten abgegebenen Wahlzetteln erreichte die Partei dort auf die Stimme genau das gleiche Ergebnis wie die Christlichsozialen.

Ebenso wie über diesen Stimmenzuwachs waren die Sozialdemokraten über die Abwahl des christlichen Arbeiterführers Karl Drexel erfreut. Dieser Erfolg trug - abgesehen von der allgemeinen politischen Bedeutung eines Wahlsieges - durchaus auch Züge einer persönlichen Revanche am politischen Gegner. Während des heftig geführten Wahlkampfes hatte sich das "Volksblatt" dazu hinreißen lassen, den Redakteur der "Wacht", Hermann Leibfried, als "fremden jüdischen Sozialdemokraten schlimmster Sorte" (83) zu denunzieren. Leibfried fühlte sich durch diese Ausdrücke dem öffentlichen Spott ausgesetzt und klagte das "Volksblatt" (84). Die

Geschworenen, die im Dezember desselben Jahres über diesen Fall zu Gericht saßen, sprachen nach kurzer Beratung den nach dem Pressegesetz verantwortlichen "Volksblatt"-Redakteur Wilhelm Fritz einstimmig frei. Daß es bei diesem Prozeß weniger um die Wahrheitsfindung als um eine politische Machtdemonstration der im Lande dominierenden Christlichsozialen gegangen war, sprach selbst das "Volksblatt" in seltener Offenheit aus:

"Das war eine Abrechnung mit den Sozialdemokraten! Da standen nicht mehr zwei Redakteure vor den Geschworenen, sondern zwei politische Parteien, zwei *W e l t a n s c h a u u n g e n*. Die christliche Weltanschauung hatte sich gegen die volksfremde jüdisch-sozialistische zu verteidigen, Ein glänzender Sieg der christlichen Lebensauffassung war das Ergebnis der Auseinandersetzung" (85).

Zum Jahreswechsel 1912/13 versuchte dann die Gemeinde Dornbirn, Hermann Leibfried wegen "bescholtenen Lebenswandels" auszuweisen (86). Leibfried hatte schon jahrelang mit der Witwe Coufals zusammengelebt - eine Gemeinschaft, der zwei Kinder entstammten, ohne daß sich je irgendwer daran gestoßen hätte. Die versuchte Ausweisung hatte also eindeutig politische Motive: Die christlichsoziale Mehrheit in der Stadtvertretung wollte den unbequemen Redakteur auf billige Art loswerden und damit auch ein Weitererscheinen der "Wacht" faktisch unmöglich machen. Leibfried erhob gegen diese Ausweisung selbstverständlich Einspruch. Nach einem jahrelangen Kampf mit den Behörden, wobei er die höchsten Wiener Parteistellen einschalten mußte, ging er zuletzt als Sieger hervor.

Zu Beginn des Jahres 1913 wurde auch die Sekretärsfrage wieder akut. Nachdem Eduard Ertl im Februar jenes Jahres nach Innsbruck übersiedelt war, blieb das Parteisekretariat mit Ausnahme weniger Wochen bis zum Frühling 1914 unbesetzt. Per 17. März 1914 stellte dann die Landesparteivertretung den 34jährigen ehemaligen Tapezierer Anton Linder nach einer Probezeit definitiv als Parteisekretär an (87). Mit Linder, dem späteren Vorarlberger Landtagsabgeordneten und Bundesrat, hatte die Partei eine initiative Persönlichkeit gefunden. Seine Arbeit wurde jedoch schon nach vier Monaten unterbrochen: Er wurde im Zuge der allgemeinen Mobilmachung Anfang August 1914 nach Wien abkommandiert (88).

Die Partei während des Ersten Weltkrieges

Im Unterschied zur bürgerlichen Presse des Landes vermied es die "Wacht", angesichts der Ermordung des Thronfolgerpaares in Sarajewo Ende Juni 1914 chauvinistische Töne anzuschlagen. Sie verurteilte zwar den individuellen Terror, fand aber auch scharfe Worte der Kritik an den "Trägern des nationalen Bedrückungssystems, ... die eine Nation gegen die andere ausspielten, um sie absolutistisch beherrschen zu können" (89). Nach einem heftigen Angriff des "Volksblattes" gegen die Sozialisten, deren Vertreter entweder nicht oder verspätet zu den Gemeindefrauersitzungen erschienen waren, präzierte das sozialdemokratische Organ seine Position in der Attentatsfrage: Ganz klar wies die "Wacht" der imperialistischen "unseligen Balkanpolitik Österreich-Ungarns" die Schuld zu (90).

Als im August 1914 der Krieg ausbrach, beschränkte sich die "Wacht" zunächst darauf, einfach die einlaufenden Meldungen abzudrucken. Da die Zustimmung der deutschen Sozialdemokraten zu den Kriegskrediten "bei vielen Vorarlberger Genossen Befremden erregte" (91), brachte die "Wacht" drei Wochen nach Kriegsbeginn kommentarlos eine Rechtfertigung der deutschen Reichstagsfraktion. Nach außen hin hielt sich die Zeitung mit Kritik an dem öfters durchbrechenden sozialdemokratischen Chauvinismus zurück; intern aber bezog der verantwortliche Redakteur eindeutig Stellung: "Es ist überhaupt traurig", schrieb Leibfried im Oktober 1914 an die Wiener Reichsparteivertretung, "wie unsere Parteipresse so kriegsbegeistert sich gebärdet. So z.B. die 'Salzburger Wacht'. Muß oder darf ein soz. Blatt so sein? Oder verlangen das gar die proletarischen Leser? Im patriotischen Vorarlberg ist nur tiefe Abneigung gegen den Krieg vorhanden, von einer Begeisterung kaum eine Idee" (92).

In der Folge ist die Tendenz der Vorarlberger Parteileitung unverkennbar, sich in die gegebene Situation zu fügen und, soweit die Zensur es zuließ, den Krieg und seine Auswirkungen zu kritisieren. Leibfried lag vor allem daran, die Organisation, die durch den Kriegsdienst vieler Genossen stark geschwächt war, zu retten. Besondere Angst hatte er um die "Wacht", deren wirtschaftliche Lage sich mit jedem zum Heer eingezogenen Abonnenten verschlechterte (93).

Außer mit der sinkenden Leserzahl hatte das Parteiorgan mit der überaus scharfen Zensur zu kämpfen. Nachdem in der Nummer 42 des Jahres 1914 achtzehn Textstellen - teilweise ganze Artikel - dem Rotstift des Zensors zum Opfer gefallen waren, teilte die

Statthaltereii den Vorarlberger Sozialdemokraten mit, daß die "Wacht", sollte noch einmal so viel zensuriert werden müssen, überhaupt verboten werde. Aufgrund dieser massiven Drohung sah sich die Redaktion gezwungen, in der nächsten Nummer den Lesern mitzuteilen: "Um das weitere Erscheinen der 'Vorarlberger Wacht' nicht zu gefährden, sind wir leider gezwungen, den Inhalt unseres Blattes noch harmloser zu gestalten" (94).

Ob ein Artikel als harmlos einzuschätzen war, darüber gingen jedoch auch weiterhin die Ansichten von Zensurbehörde und Redaktion auseinander. Schon bald kam es zu einer vierzehntägigen Einstellung des Blattes, und im Frühjahr des folgenden Jahres konnte die "Wacht" fünf Wochen hindurch nicht erscheinen (95).

Ein wichtiger Einschnitt in der Geschichte des Ersten Weltkrieges, besonders auch für Vorarlberg, war im Mai 1915 der Kriegseintritt des ehemaligen Verbündeten Italien auf der Seite der Entente. Die allgemeine Entrüstung über den italienischen "Verrat" erfaßte auch die noch bei Kriegsausbruch meist sehr besonnenen Sozialdemokraten. So schrieb die "Wacht" anlässlich des Auszuges der Vorarlberger Standschützen an die Südtirolfront: "Wie zu Hofers Zeiten stehen nun blutjunge und altersgraue Standschützen bereit, um aus ihren guten Flinten den Italienern für ihren Treuebruch ihre eisernen Grüße zu senden" (96).

Dem nun aufflammenden Chauvinismus versuchte Leibfried entgegenzusteuern. Als der in der Dornbirner Ortsgruppe sehr rührige Genosse Hans Dämon in einem Brief von der Südtirolfront schrieb, die Italiener seien feige, korrigierte ihn der Redakteur im "Briefkasten", einer Rubrik der Zeitung, die internen Mitteilungen zwischen Abonnenten und Redaktion vorbehalten war: "Die italienischen Soldaten haben recht, denn warum sollen die armen Teufel ihr Leben opfern, obwohl sie den Krieg mit Österreich nicht wollten, während die Kriegsschreier weit vom Schuß bleiben" (97). Durch den Eintritt Italiens in den Krieg wurde die ohnehin nicht besonders starke Partei in Vorarlberg weiter geschwächt: Als Standschützen verließen auch sehr junge und alte Genossen das Land, sodaß manche Ortsgruppen der Partei und der Gewerkschaften nur noch aus wenigen Mitgliedern bestanden. Die Bregenzer Holzarbeiter zum Beispiel zählten vor dem Krieg zu einer der schlagkräftigsten Organisationen. Am 1. August 1914 hatten sie trotz der wirtschaftlichen Krise 34 Mitglieder. Nach der Eröffnung der Italienfront blieb von der Ortsgruppe nur noch ein Genosse übrig (98). Die Dornbirner Holzarbeiter waren bis auf drei



Kriegsjahr 1915/16: Die arbeitsfähigen Männer sind eingezogen, die hier abgebildeten Arbeiter beim Bau der Lauteracher Achsbrücke sind durchwegs Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren.

Mitglieder im Felde oder abgereist. Wollte die Partei nicht die jahrelange Aufbauarbeit gefährden, mußte sie trachten, Ersatz für die abwesenden Genossen zu schaffen. "Bringen wir nicht genügend M ä n n e r für die Vertrauensstellen auf", instruierte nun die Parteileitung die Mitglieder, "dann müssen halt die Mitglieder der F r a u e n organisationen oder die Frauen der Eingerückten an die Stelle der Männer treten" (99).

Tatsächlich gelang den sozialdemokratischen Frauen der Ausbau ihrer Organisation und die Gründung von Ortsgruppen in Rankweil und Lustenau (100). Zur Obfrau der Frauensektion Rankweil wurde die "Mohrenwirtin" Maria Turek gewählt, die gleichzeitig Landesvertrauensfrau war (101). Weitere führende Genossinnen während des Ersten Weltkrieges waren neben Maria Turek deren Nachfolgerin als Landesvertrauensfrau, Marie Leibfried, die Witwe Coufals und seit 1914 Ehefrau Hermann Leibfrieds, sowie die Lustenauerin Stefanie Hollenstein und die Dornbirnerin Therese Pazont. Die sozialdemokratische Frauenbewegung hatte während des Ersten Weltkrieges einen solchen Aufschwung genommen, daß

sogar die Anstellung einer Sekretärin ins Auge gefaßt wurde (102).

Der Hauptgrund für die politische Radikalisierung der Frauen war die drückende Not - vor allem auf dem Lebensmittelsektor. Seit dem Beginn des zweiten Kriegsjahres häuften sich in der Vorarlberger Presse, vor allem auch in der "Wacht", Berichte und Beschwerden über die katastrophale Versorgungslage großer Teile der Bevölkerung. Im April 1915 wurde aus Rankweil mitgeteilt: "Wie überall, so ist auch hier 'Mangel an Überfluß', das heißt, hauptsächlich in der Mehl- und Brotfrage. Das gebackene Durcheinander, welches den Namen Brot von früher her beibehalten hat, ist erstens sündteuer und zweitens muß man froh sein, wenn man nur noch welches bekommt" (103). Wie zahlreiche Berichte zeigen, war die Versorgungslage bei anderen Grundnahrungsmitteln, wie Kartoffeln, Milch und Fett, ähnlich schlecht.

Abgesehen von der allgemeinen Lebensmittelnot erregte unter den ärmeren Bevölkerungsschichten besonders der Umstand Ärger, daß die vorhandenen Lebensmittel oft sehr ungleich verteilt wurden. Viele Hausfrauen klagten darüber, daß reiche Kundschaften gegen entsprechende Aufpreise keinen Mangel zu leiden hatten. Unter dem Motto "Kein Brot vorne - hinten hereingehen" prangerte die "Wacht" die Verkaufspraktiken eines Dornbirner Bäckermeisters an: "Beim Martin Spiegel handhabt man den Brotverkauf, wie uns Frauen voll Erbitterung erzählen, folgendermaßen: An der Eingangstüre steht: 'Heute den ganzen Tag kein Brot!', aber zu gleicher Zeit können die besseren Kunden des Herrn Spiegel h i n t e n vom Hause herauskommen und haben die Taschen voll Brot" (104).

Solche Meldungen führten begreiflicherweise zu einer starken Verbitterung unter der ärmeren Bevölkerung und speziell unter den Frauen, die um das tägliche Brot buchstäblich kämpfen mußten. So kam es beispielsweise im Jänner 1916 zu tagelangen stürmischen Auftritten vor den Bäckereien in Bregenz-Vorkloster, über die die Presse folgendermaßen berichtete: "Es sammelten sich vor jedem Bäckerladen täglich eine ziemliche Menge von Frauen und Kindern an und herrschte dabei ein beängstigendes Gedränge. Ein paar Frauen wurden ohnmächtig, anderen Frauen wurden die Kleider zerrissen. Ein förmlicher Kampf ums Brot! Stundenlang mußten viele nach Brot heischende Frauen und Kinder auf der Straße warten und eine erkleckliche Anzahl mußte ohne Brot wieder den Heimweg antreten, um am nächsten Tag den Kampf aufs neue wieder zu beginnen und oft wieder mit dem gleichen Ergebnis: Kein Brot!" (105).



Kriegsjahr 1917: Frauen bei der Entladung von Kohlewaggons am Bahnhof Bludenz

Daß sich unter solchen Bedingungen viele Frauen mit sozialistischem Gedankengut anfreundeten, scheint verständlich, zumal die Sozialdemokratie bemüht war, auf jede ihr mögliche Art die herrschende Not zu lindern. Das Parteisekretariat in Dornbirn entwickelte sich im Verlauf des Krieges zu einer hochfrequentierten Service- und Beratungsstelle, sodaß Redakteur Leibfried, der nebenbei auch die Arbeiten des eingerückten Parteisekretärs Linder erledigte, Anfang 1916 in der "Wacht" mitteilen mußte, er könne in Hinkunft nur noch für Partei- und Gewerkschaftsmitglieder oder "Wacht"-Abonnenten Unterstützungsgesuche und dergleichen erstellen (106). Wie aus einer "Briefkasten"-Notiz Ende desselben Jahres hervorgeht, hielten sich die Hilfesuchenden nicht an diese Aufforderung, sodaß Leibfried dringend bat, wenigstens an Montagen das Parteisekretariat nicht aufzusuchen, damit er seine redaktionelle Arbeit erledigen könne (107).

Neben der Lebensmittelfrage stellte sich für die Arbeiterschaft und damit für die Sozialdemokratische Partei als zweites großes Problem die nach Kriegsbeginn durch Rohstoffmängel verstärkt einsetzende Arbeitslosigkeit - vor allem in der Textilindustrie.

Zunächst waren besonders die zahlreichen Stickereibetriebe des Landes von der Arbeitslosigkeit betroffen. Eine von 6. bis 13. Dezember 1914 durchgeführte Arbeitslosenzählung in 34 Industriegemeinden des Landes ergab, daß insgesamt 1.711 Männer und 1.910 Frauen, die für rund 2.000 Kinder zu sorgen hatten, ohne Arbeit waren. Nur teilweise beschäftigt waren 3.100 Personen (108). Am meisten von der Arbeitslosigkeit betroffen waren die Stickereizentren Lustenau, Hohenems, Dornbirn und Götzis.

	-1-	-2-	-3-	-4-
Lustenau	470	390	860	23,7
Hohenems	377	66	443	12,2
Dornbirn	100	90	190	5,2
Götzis	133	6	139	3,8

1 = arbeitslose Männer

2 = arbeitslose Frauen

3 = Arbeitslose Gesamt

4 = prozentueller Anteil an den Arbeitslosen der 34 untersuchten Gemeinden

Quelle: Vorarlberger Wacht Nr. 1/1915

Da sich die Lage in der Stickereiindustrie im Verlaufe des Krieges nicht besserte, entschlossen sich zahlreiche Sticker, ihre Maschinen abubrechen und die Eisenteile an die Schweizer Maschinenfabrik Saurer für 30 Rappen das Kilogramm zu verkaufen (109). Aufgrund umfangreicher kriegsbedingter Materialbeschlagnahmen durch die Behörden wurden im zweiten Kriegsjahr auch in der Baumwollindustrie immer mehr Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen. Erst zu Beginn des Jahres 1917 konnte die ärgste Arbeitslosigkeit durch den Zusammenschluß einiger Baumwollfabriken zu einer Papiergarnesellschaft, die nicht mehr von ausländischen Baumwollimporten abhängig war, eingedämmt werden. Die Papiergarn-AG beschäftigte rund 1.000 Arbeiter und Arbeiterinnen (110).

Die anhaltende schlechte Ernährungslage, Arbeitslosigkeit und geringe Löhne, der hohe Blutzoll, den der Krieg forderte - all dies führte dazu, daß die Friedenssehnsucht der Vorarlberger Bevölkerung immer größer wurde. Vor allem durch den Sturz des Zarismus bekam sie neue Nahrung. Ende März 1917, nach Bekanntwerden der Ereignisse in Rußland, faßte der Leitartikel der "Wacht" die Stimmung unter den Vorarlberger Sozialdemokraten

folgendermaßen zusammen: "Endlich geht es los! wird sich mancher Genosse und Leser gesagt haben, der schon lange sehnsüchtig auf die ... Revolution in Rußland wartete. Jetzt ist die Revolution Tatsache" (111).

In den folgenden Nummern des Landesparteiorgans nahm die Berichterstattung über den Verlauf der Revolution einen relativ breiten Raum ein, beschränkte sich jedoch ausschließlich auf den Aspekt des Friedens. Auch die Feiern zum 1. Mai des Jahres 1917, die massenhaft von Frauen besucht waren, "die vielfach zum ersten Male einen Sozialisten sprechen hörten" (112), standen völlig im Zeichen der Friedensfrage. In einer von Hermann Leibfried eingebrachten EntschlieÙung, die unter Bravorufen einstimmig angenommen wurde, erklärten die Versammelten ihren Wunsch nach einem sofortigen Frieden ohne Eroberungen und beglückwünschten die russische Arbeiterschaft zu ihrer Befreiung, die als Auftakt zu einem allgemeinen Weltfrieden gesehen wurde (113).

Nach der russischen Oktoberrevolution 1917 und dem damit verbundenen Waffenstillstand an der Ostfront konnte die "Wacht", die recht ausführlich über den Kriegsverlauf an den einzelnen Fronten berichtet hatte, feststellen: "Angesichts des russischen Friedensangebotes tritt der Krieg sofort in den Hintergrund. Selbst der italienische Kriegsschauplatz hat beim Volk kein Interesse mehr" (114).

Für die Maifeiern des letzten Kriegsjahres 1918 gab die "Wacht" die Losung aus, daß der 1. Mai "heuer hauptsächlich dazu benützt werden muß, um unseren innigsten Wünschen nach Beendigung des Menschengemetzels, nach Herstellung eines dauernden Friedens Ausdruck zu verleihen! Es lebe der Friede! Hoch der 1. Mai, der Welterlösungstag!" (115).

Kurz vor Kriegsende traf die Partei völlig überraschend ein schwerer Schlag. Am 11. Oktober 1918, exakt einen Monat vor der Abdankung Kaiser Karls, starb der Motor der Partei, Hermann Leibfried, erst 40 Jahre alt, an der damals im Land grassierenden Grippe. Mit ihm verloren die Vorarlberger Sozialdemokraten die bedeutendste politische Persönlichkeit, die die Bewegung während der Zeit der Monarchie hatte (116).

Die sozialdemokratischen Nebenorganisationen

Die Nebenorganisationen der sozialdemokratischen Partei, die besonders in der Zwischenkriegszeit als Alternative zu den

bürgerlichen Vereinen forciert wurden, haben auch in Vorarlberg ihre Wurzeln in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Mit diesen Organisationen versuchte die Sozialdemokratie, das gesamte Spektrum des kulturellen Lebens abzudecken - ein breitflächiger Gegenentwurf zu den bestehenden traditionellen und konservativen Kulturinstitutionen. Die frühen Anstrengungen in dieser Richtung galten einer sozialdemokratischen Frauenorganisation, der Jugendorganisation und verschiedenen Kultur- und Sportorganisationen wie dem Arbeitertheater, den Arbeitermusik- und -gesangsvereinen, den Arbeiterturnern und -radfahrern sowie den Naturfreunden.

Der Aufbau einer sozialdemokratischen Frauenorganisation stieß in Vorarlberg wie auch in anderen Gegenden der Monarchie auf verschiedene Schwierigkeiten: Ein Hemmschuh für die politische Betätigung von Frauen war der Paragraph 30 des Vereinsgesetzes von 1867, der Frauen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen untersagte. Wesentlicher jedoch war - da das Vereinsgesetz auf viele Arten unterlaufen werden konnte - die Ablehnung politisierter Frauen durch die Männer, auch bei vielen Sozialdemokraten. Die stärkste Anfeindung, die sich bis zur Hysterie steigern konnte, traf solche Frauen aus dem Lager der Christlichsozialen.

Deutlich wurde das im Sommer des Jahres 1897. Damals hielt die Sozialistin Therese Nötscher eine Agitationstour ab, wahrscheinlich die erste im Land, die von einer Frau bestritten wurde (117). Sie sprach unter anderem in Hohenems, Dornbirn und Lustenau. Bei der Versammlung im Hohenemser Freihof, mit 300 bis 400 Anwesenden, provozierten die konservativen Parteigänger, die in der Majorität waren, einen Eklat.

Dazu das "Vorarlberger Volksblatt": "Mit der Phrase 'Religion ist Privatsache' hatte die Dame das Signal gegeben zu einem gewaltigen Sturme... Die Rednerin bekam alles andere als schmeichelhafte Titulaturen zu hören; 'herunter vom Musikantenbock mit dieser ...' hieß es. Sie versuchte, die Lärmenden noch zu überschreien, aber vergebens; denn 'von einem Weibe', hieß es, 'nehmen wir in politischen Dingen keine Belehrung an.' (118).

Der Regierungsvertreter brach dann auf Wunsch der Sozialdemokraten die Versammlung ab, ein durchaus einmaliger Fall in der Geschichte der Vorarlberger Partei. Therese Nötscher wurde unter dem Schutz einiger Genossen in ein benachbartes Gasthaus gebracht - eine überflüssige Vorsichtsmaßnahme, wie der Hohenemser "Volksblatt"-Korrespondent meinte, "denn jeden der Versammelten hätten die Hände gereut, um sich mit denselben an einem solchen Weibe zu vergreifen" (119).

Im Unterschied zu den Christlichsozialen trat die sozialdemokratische Parteiführung entschieden für eine Teilnahme der Frau am politischen Leben ein. Ein Grund dafür ist sicher in ihrem Wunsch zu sehen, der schwachen Vorarlberger Partei neue Mitglieder zuzuführen. Andererseits aber waren viele wirklich davon überzeugt, daß die Frau dem Manne gleichzustellen sei. Im Gegensatz dazu gab es an der Basis der Partei vielfach einen ausgeprägten Sexismus, der durch die politische Indifferenz zahlreicher Arbeiterfrauen zusätzlich genährt wurde. Viele Frauen hatten, obwohl mit einem organisierten und engagierten Sozialdemokraten verheiratet, eine enge Bindung an die Kirche und lasen den "Pilger" oder die "Reichspost" (120). 1910, als schon ein paar Jahre am Aufbau einer sozialdemokratischen Frauenorganisation gearbeitet und über die Parteizeitungen intensive Aufklärung in dieser Frage betrieben worden war, klagte die "Wacht", daß sich zahlreiche Genossen gegen die Emanzipation ihrer Frauen sperren. Es komme öfters vor, daß Genossen beginnendes politisches Interesse der Frauen mit Wendungen wie "Du verstehst ja davon doch nichts!" abzuwürgen versuchen (121).

Um die schwache Frauenorganisation im Lande zu stützen, wurden von der Parteileitung in Abständen immer wieder Agitations-



Führende Sozialdemokratinnen am Salzburger Parteitag 1924; v.l.n.r.: Anna Boschek, Therese Schlesinger, Adelheid Popp. A. Boschek und A. Popp waren 1907 bzw. 1910 zur Frauenagitation in Vorarlberg.

touren von auswärtigen Genossinnen organisiert, die meist frauenspezifische Themen behandelten. So war 1901 neben der schon erwähnten Therese Nötscher die Genossin Brigitte Ulrich im Land, die auf ähnliche Schwierigkeiten wie ihre Vorgängerin stieß (122). 1907 sprach Anna Boschek in Hohenems, Dornbirn, Bregenz und Hard (123). Nachdem 1910 das Leben der Frauenorganisation arg ins Stocken geraten war, wurde Adelheid Popp aus Wien zu einer Agitationstour gewonnen (124). 1912 bereiste Amalie Seidl Vorarlberg und hielt an verschiedenen Orten Frauenversammlungen ab.

Die vier Frauensektionen, die vor dem Ersten Weltkrieg in Bregenz, Dornbirn, Feldkirch und Bludenz bestanden, kamen über punktuelle Erfolge nicht hinaus. Dies änderte sich, wie schon an anderer Stelle beschrieben, erst während des Krieges, als es durch die drückende Not zu einer Radikalisierung zahlreicher Frauen kam.

Im Unterschied zu den Katholischen Arbeitervereinen begann die Vorarlberger Sozialdemokratie sehr spät mit ihrer Jugendarbeit. Erst im Jänner 1914 fand in Dornbirn die Gründungsversammlung der ersten Ortsgruppe Jugendlicher Arbeiter statt, die rund 30 Mitglieder besaß. Vor dem Ersten Weltkrieg bemühte man sich in Parteikreisen auch in Hohenems und Rankweil, Jugendsektionen aufzubauen. Dies blieb jedoch ohne Erfolg (125). Die Hauptschwierigkeit für die sozialdemokratische Jugendarbeit bestand in der Attraktivität der etablierten christlichen und liberalen Jugendverbände, die eine reiche Palette an Freizeitmöglichkeiten anbieten konnten.

Ähnliche Schwierigkeiten wie bei der sozialdemokratischen Frauen- und Jugendarbeit entstanden im Zusammenhang mit der Kulturarbeit.

Die allgemeine Theaterbegeisterung der Vorarlberger Bevölkerung um die Jahrhundertwende, die in einer breiten Dilettantenbewegung ihren Ausdruck fand, erfaßte auch die Vorarlberger Sozialdemokraten. In mehreren Ortsgruppen - Hard, Dornbirn, Bregenz, Feldkirch - bildeten sich zwischen 1904 und 1911 lokale Initiativen, die praktisch ohne finanzielle Mittel und technische Ausstattung Theater improvisierten (126).

Meist studierten diese Theatergruppen ihre Stücke für feierliche oder unterhaltende Versammlungen der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen ein. Das Programmangebot war ebenso unterschiedlich wie die Qualität der Aufführungen. So berichtete ein Korrespondent der "Volkszeitung" über die Dornbirner Märzfeier des Jahres 1908: "Die Theaterstücke 'Proletarierlos' und 'Der Onkel aus Amerika' wurden gut wiedergegeben; besonders das

letztere Stück wurde flott gespielt. Störend wirkte für die vorderen Teilnehmer nur der Regisseur, denn es genügt, das Gesprochene einmal zu hören. Zu rügen wäre noch, daß die Spieler im Halbdunkel auf der Bühne standen" (127).

Eine wichtige Rolle im Leben der Partei spielten Feste und Feiern, für deren Gelingen eine musikalische Unterhaltung unerlässlich war. Da in den einzelnen Ortsgruppen an die Aufstellung einer eigenen Musikkapelle nicht zu denken war, versuchten die Sozialdemokraten, die örtlichen Musikvereine für ihre Feste zu gewinnen. Im tiefkonservativen Vorarlberg führte dies zwangsläufig zu zahlreichen Konflikten.

Der erste und heftigste dieser Art wurde in der Gemeinde Hard ausgetragen, wo sich der streitbare Pfarrer Ulmer und die örtliche Sozialdemokratie über ein Jahrzehnt in dieser Frage befehdeten. Statt dem christlichen Weihnachtsfest feierten die Sozialisten jeweils am Dreikönigstag eine sogenannte Christbaumfeier. Stellte diese Verweltlichung des Weihnachtsfestes an sich schon eine Provokation für den Pfarrer dar, lief das Faß für ihn über, als Ende des Jahres 1893 bekannt wurde, daß für die Feier am 6. Jänner die Gemeindemusik ihre Teilnahme zugesagt hatte. In der ersten "Volksblatt"-Nummer des neuen Jahres veröffentlichte der Pfarrer eine Stellungnahme, in der er seinen Verzicht auf eine Mitwirkung der Kapelle an der Fronleichnamsprozession ankündigte, sollten die Musikanten tatsächlich am Dreikönigstag spielen (128). Eine vom Kapellmeister initiierte Abstimmung ergab, daß ein Teil der Kapelle sich dem massiven Druck nicht beugte: "Die Musik beteiligte sich mit 12 Mann. Darunter ist auch der Gemeindeschreiber Anselm Büchele, dessen Benehmen in dieser Sache allgemein mißbilligt wird. Jedermann hätte ihm mehr Grütze zugetraut" (129) - zumindest der Berichterstatter des "Volksblattes".

Schließlich stellten die Sozialdemokraten 1899 eine eigene Musikkapelle auf. Diese Arbeitermusik war offiziell eine Sektion des Rankweiler Arbeiterbildungsvereines, wurde jedoch intern als Landesparteimusik geführt und von den Lokalorganisationen des ganzen Landes erhalten (130). Die Kapelle konnte jedoch nie so recht zu einem Aufschwung gelangen. Daher schlug der Führer der Rankweiler Sozialisten, Coloman Markart, im Sommer 1903 der Vorarlberger Parteileitung vor, das Inventar der Musik zu verkaufen und für bestimmte Anlässe kurzfristig eine Musikkapelle aus verschiedenen Genossen des Landes zusammenzustellen (131).

1907 planten die Dornbirner Genossen, eine Arbeitermusik zu gründen. Da es aber nicht möglich war, eine leistungsfähige

Blechmusik aufzustellen, begnügten sie sich mit einer kleineren Streichmusik (132).

1912 gelang es den Sozialisten in Altenstadt und Levis unter der Führung des späteren Landtagsabgeordneten Fritz Preiß, einen Teil des dortigen Musikvereines abzuspalten und eine eigene "Arbeiter-Harmoniemusik Altenstadt-Levis" zu bilden (133), die sich aber aufgrund des zwei Jahre später ausbrechenden Krieges nicht weiter entfalten konnte.

Neben diesen Musikkapellen gab es vor dem Ersten Weltkrieg in Vorarlberg drei sozialdemokratische Arbeitergesangsvereine. Der wichtigste war der 1898 in Dornbirn gegründete. Außerdem bestanden noch die Eisenbahngesangssektion "Liederfreiheit" in Feldkirch (gegründet 1900) und die Arbeitersänger in Rieden-Vorkloster (gegründet 1905). Die Arbeitersänger hatten vor allem mit dem Problem zu kämpfen, daß zahlreiche Genossen lieber in bürgerlichen Vereinen sangen, die im allgemeinen auf weit höherem Niveau standen (134).

Landesvertrauensmann Hermann Leibfried, dem der Arbeitergesang sehr am Herzen lag, regte anlässlich seiner Festrede bei der 10. Stiftungsfeier des Dornbirner Arbeitergesangsvereines an, einen Vorarlberger Arbeitersängerbund zu gründen, um "durch Abhaltung eines alljährlichen Sängertages die Vereine zum Wettstreit anzuspornen und bei größeren Veranstaltungen mit Gesamtchören auftreten zu können" (135). Obwohl diese Anregung allseits begrüßt wurde, dauerte es noch zwei Jahre, bis sich am 11. Juni 1909 die drei Vereine Dornbirn, Feldkirch und Rieden-Vorkloster zu einem Gauverband zusammenschlossen (136).

Auf dem Sportsektor bildeten die Vorarlberger Sozialdemokraten Organisationen für Turner, Radfahrer und Wanderer.

Der Arbeiterturnsport konzentrierte sich vor allem auf zwei Orte: Dornbirn und Rieden-Vorkloster. Der 1907 gegründete Arbeiterturnverein "Freiheit" in Dornbirn zählte 30 aktive und einige passive Mitglieder (137). 1910 wurde eine Alters- und 1915 eine Frauenriege eingeführt (138). Der Turnverein "Vorwärts" in Rieden-Vorkloster war etwa halb so stark wie jener Dornbirns. Aufgrund ihrer Schwäche schlossen sich die Sozialdemokraten zunächst dem bürgerlichen Turnverein an, um dessen Geräte benutzen zu können (139). Die Dornbirner Arbeiterturner, die es mit den Jahren zu beachtlichen Leistungen im Schauturnen brachten, wurden des öfteren neben sozialdemokratischen Sängers-, Musikanten- und Theatergruppen zur Bereicherung von Festprogrammen eingesetzt (140).



Arbeiter-Turnverein "Vorwärts" in Rieden-Vorkloster im Jahre 1913

Um die Jahrhundertwende wurde auch in Vorarlberg das Fahrrad zu einem Verkehrsmittel für immer breitere Bevölkerungsschichten. Neben den technischen Neuerungen wie der Einführung der Luftreifen (1888), von Karbidlampen (1896) und der Rücktrittsnabe mit Übersetzungswechsel (1900) war es vor allem die Verbilligung durch die Massenproduktion, die diesen Siegeszug des Fahrrades ermöglichte (141).

Der erste proletarische Radfahrverein des Landes nahm kurz nach der Jahrhundertwende in Dornbirn seine Tätigkeit auf. Bis 1914 entstanden weitere Vereine in Bregenz, Bludenz, Feldkirch, Hard, Hohenems und Höchst. Die Vereine waren in der gesamtstaatlichen Dachorganisation, dem "Arbeiterradfahrerbund Österreichs" (später "Verband der Arbeiter-Radfahrvereine Österreichs") organisiert (142). Für den geringen Mitgliedsbeitrag von 40 Heller monatlich boten die Vereine, gestützt auf die finanzielle Potenz des Dachverbandes, ein umfangreiches Angebot an Rechts- und Versicherungsschutz (143). Die Arbeiterradfahrvereine hatten aber nicht nur den Charakter von Rechts- und Versicherungsschutzorganisationen, sie waren gleichzeitig auch – und dies war offensichtlich die Hauptmotivation für viele Radfahrer, den Vereinen beizutreten – Sport- und Geselligkeitsvereine.

Während des Ersten Weltkrieges war das Vereinsleben sehr beeinträchtigt. Zahlreiche Radfahrer, meist junge, sportliche Genossen, wurden gleich zu Kriegsbeginn eingezogen. So verlor z.B. der Bregenzer Verein 27 Mitglieder, darunter den gesamten Ausschuß (144). Den in der Heimat verbliebenen Rest des Vereines stellte der Materialmangel vor zusätzliche Probleme. In den Vereinsnachrichten der "Wacht" vom 6. Juni 1917 gab der Club bekannt: "Nachdem es mit dem Gummimaterial bedenklich hapert und daher die Radtouren auf bessere Zeiten verschoben werden müssen, wurde in der letzten Monatsversammlung unseres Vereines beschlossen, nächsten Sonntag den 10. eine kleine Fußtour zu unternehmen" (145).

Eines der jüngsten Glieder der Vorarlberger sozialdemokratischen Arbeiterbewegung waren die "Naturfreunde". Die erste Sektion dieses Vereines im Lande wurde 1905 in Dornbirn gegründet (146). Zehn Jahre später bestanden Ortsgruppen in den vier Städten und in der Gemeinde Rankweil. Hauptanliegen der "Naturfreunde", deren Vereinsmotto "Berg frei!" lautete, war es, Arbeiter und Arbeiterinnen, die oft in niedrigen und stauberfüllten



Bild von der Gründung der "Naturfreunde"-Ortsgruppe Bregenz, 1. Dezember 1907

Fabrikssälen ihren Tag verbringen mußten, zu gesunder Freizeitgestaltung anzuregen: "Fort mit dem Sitzen hinter dem Ofen, dem Kartenspiel bei Tabaksqualm und Alkohol, hinaus in die frische, nervenstärkende Gebirgsluft!" (147).

DIE SOZIALDEMOKRATISCHEN GEWERKSCHAFTEN

Wie in anderen Regionen der Monarchie fällt es auch in Vorarlberg schwer, exakt zwischen Partei und Gewerkschaft zu trennen. Dies gilt sowohl für die Aufgabenstellung als auch für den Kreis der Organisierten. So war z.B. aus finanziellen Gründen der Parteisekretär gleichzeitig auch Sekretär der Gewerkschaftskommission. War es an einzelnen Orten nicht möglich, gewerkschaftliche Fachvereine für die Beschäftigten der einzelnen Branchen zu gründen, übernahmen die lokalen Arbeiterbildungsvereine deren Aufgaben. Erst um die Jahrhundertwende gelang es nach einem langjährigen Reformierungsprozeß, die teilweise sehr weitgehende Verflechtung von Partei und Gewerkschaft zu lösen, indem die Arbeiterbildungsvereine ihre gewerkschaftliche Tätigkeit einstellten und die lokalen Ortsgruppen stärker an die Gewerkschaftszentralen gebunden wurden.

Die ersten Fachvereine in Vorarlberg entstanden im Jahre 1892: Es organisierten sich Schuhmacher in Bregenz und Holzarbeiter in Dornbirn. Drei Jahre später gab es im Lande bereits sieben Ortsgruppen von Branchengewerkschaften, die 162 Mitglieder zählten (148).

Ein wichtiger Schritt für den inneren Ausbau der Gewerkschaftsorganisation war die dritte Landeskonferenz der Gewerkschafts- und Bildungsvereine von Tirol und Vorarlberg, welche am 1. November 1897 eröffnet wurde (149). Diese Konferenz entschied über Durchführungsbestimmungen zur Konkretisierung der von der gesamtösterreichischen Gewerkschaft beschlossenen Organisationsform.

Die wichtigste Bestimmung war die Aufforderung an die Bildungs-, Lese- und fachlich gemischten Vereine, sich in Ortsgruppen oder Zahlstellen von Berufsorganisationen umzuwandeln, falls an einem Ort genügend Arbeiter einer Branche vorhanden waren. Neugründungen von Bildungsvereinen und Lesevereinen hatten in Zukunft zu unterbleiben. Gemischte Gewerkschaftsvereine durften nur in jenen Orten – und dann auch nur im Einverständnis mit der Gewerkschaftskommission – gegründet werden, in denen die

Bildung von eigenen Branchenortsgruppen unmöglich war. Weiters hatten sich Fachvereine, Ortsgruppen und Zahlstellen zur Zentralisation ihrer Aktivitäten zu Ortsverbänden bzw. - wenn dies nicht möglich war - zu Bezirksverbänden zusammenzuschließen.

Neben einer Reihe weiterer Regelungen, die alle der Zentralisation und Konzentration der Gewerkschaft dienten, wurde unter anderem beschlossen, daß die Landeskonferenz jedes zweite Jahr stattfinden müsse und daß zur leichteren Bewältigung der Organisations- und Agitationsangelegenheiten eine eigene Landesgewerkschaftskommission einzurichten sei. Im folgenden Jahr wurde eine Vereinheitlichung und eine teilweise recht beachtliche Erhöhung der Mitgliedsbeiträge vorgenommen (150). Ein großer Teil dieser Gelder wurde an die Wiener Gewerkschaftskommission abgeliefert. Für viele Arbeiter bedeutete das ein spürbares finanzielles Opfer - mit dem Effekt, daß sie die Parteisteuer für die politische Organisation oft nur fallweise entrichteten (151).

Nach einem recht beachtlichen Aufschwung in den Jahren unmittelbar vor der Jahrhundertwende kam es zu einer Stagnation der Vorarlberger Gewerkschaften. Die Ursache dafür war die in jenen Jahren herrschende Wirtschaftskrise, die ihren Höhepunkt im Jahr 1903 erreichte. Die Baumwollpreise waren nach einer Senkung infolge der Monsterernten der Jahre 1898 und 1899 auf das Zweieinhalbfache gestiegen (152). Jene Spinnereien, die sich nicht rechtzeitig mit billiger Baumwolle eingedeckt hatten, mußten Kurzarbeit einführen - z.B. Herrburger und Rhomberg in Dornbirn (153).

Die Webereien hatten ebenfalls beträchtliche Schwierigkeiten. Sie konnten die hohen Garneinkaufspreise nur teilweise weitergeben und drosselten daher die Produktion (154).

Nun versuchten einige Unternehmer, die Lasten der Krise durch eine Reduzierung der Löhne bei gleicher Arbeitsleistung auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Dadurch kam es zum Beispiel im Mai 1903 zu einem Arbeitskonflikt in der Weberei J.G. Reis in Hohenems, die mit einem völlig unmodernen Maschinenpark - die Webstühle waren großteils über 40 Jahre alt - in der Krise besonders schwer gegen die Konkurrenz der übrigen Webereien des Landes zu kämpfen hatte (155).

Auf diese Phase der stagnierenden Gewerkschaftsarbeit der Jahrhundertwende folgte die Parteikrise von 1904/05, die durch die bereits beschriebene Affäre Pechota ausgelöst worden war und die auch die Vorarlberger Gewerkschaftsbewegung beträchtlich in Mitleidenschaft zog.

In den folgenden Jahren der Hochkonjunktur nahm die Gewerkschaft allerdings einen bislang nicht gekannten Aufschwung. Sie erreichte im Jahre 1908 mit 1.602 Mitgliedern den Höhepunkt ihrer Entwicklung in der Monarchie. In diese Zeit fiel sowohl die Wahlkampagne zu den Reichsratswahlen 1907 als auch der von der Sozialdemokratie unterstützte Kampf der Vorarlberger Textilarbeiter und -arbeiterinnen um den 10-Stunden-Tag, der 1908 seinen Abschluß fand.

Im April 1906 war es in Dornbirn in den Fabriken von F.M. Hämmerle und Jenny und Schindler zu einer spontanen Bewegung für eine Verkürzung der Arbeitszeit gekommen. Eines Tages verließen die Weberinnen dieser zwei Betriebe "abends um 6 Uhr die Fabrik, ohne vorher die Verkürzung der Arbeitszeit gefordert zu haben" (156). Da trotz strengster Verhöre unter den Arbeiterinnen keine Rädelsführerinnen auszumachen waren, durch deren Entlassung man eine Rückkehr der Arbeiterinnen zur elfstündigen Arbeitszeit zu erreichen glaubte, sahen sich die beiden Unternehmen gezwungen, die Arbeitszeit um eine halbe Stunde zu verkürzen (157).

Als es in der Arbeitszeitfrage zu einem Bündnis zwischen der Sozialdemokratie und der christlichen Arbeiterbewegung kam, reagierte die Fabrikanten Dornbirns sehr rasch und beschlossen, ab dem 1. Oktober 1906 den 10-Stunden-Tag einzuführen. "Das muß man den Fabrikanten lassen", schrieb die "Volkszeitung", "sie haben es schlau angefangen. Sie sahen, daß die Arbeiter, ob sozialdemokratisch oder christlichsozial, ihnen keine Ruhe mehr ließen, und so gaben sie den Zehnstundentag freiwillig und rühmen sich oder lassen sich rühmen wegen ihrer Humanität und Arbeiterfürsorge" (158).

Nach diesen raschen Anfangserfolgen griff die Bewegung auf das ganze Unterland über. In Hard verhandelten Sozialdemokraten und Christlichsoziale gemeinsam erfolgreich mit den Fabrikanten (159). In Hohenems erwirkte eine Arbeiterdelegation bei der Rosenthalschen Aktiengesellschaft ebenfalls eine Zusage, während "die Firma Reis der Deputation ein kräftiges 'Nein'" (160) entgegenbrachte.

In den Oberländer Betrieben setzten die Fabrikanten den Forderungen der Arbeiter weit mehr Widerstand entgegen. Zu einem großen Streik kam es zum Jahreswechsel 1907/08 in Bludenz, als die Firmenleitung von Getzner & Comp. am Silvestertag bekanntgab, daß trotz ihres Versprechens der 10-Stunden-Tag nicht eingeführt werde. "Die Arbeiter gerieten hiedurch in begreifliche Erregung und traten die Arbeiter und Arbeiterinnen der Bleiche am

Sylvestertage vormittags in den Streik und zogen gemeinsam zur Fabrik Klarenbrunn, wo die Arbeiterschaft über Aufforderung ihrer Kollegen sofort die Arbeit niederlegte. Und nicht mit Unrecht, denn Versprochenes soll gehalten werden" (161).

Mit dem erfolgreichen Abschluß des Streiks war in allen großen Textilbetrieben des Landes der 10-Stunden-Tag durchgesetzt. Nun verstärkte sich auf seiten der Unternehmer die Tendenz, den Arbeitstag optimal auszunützen. Bei Rosenthal wurden Stempeluhren angeschafft, um einen pünktlichen Arbeitsbeginn besser überwachen zu können. Weiters wurde von der Firmenleitung bekanntgegeben, daß die Reinigung von Händen und Gesicht während der Arbeitszeit nicht mehr gestattet sei, sodaß die zehn Stunden ausschließlich der Produktion zur Verfügung standen. Lediglich die hochqualifizierten Graveure verweigerten den täglichen Gang zur Stempeluhr (162). Auch bei F.M. Hämmerle wurden ähnliche, teilweise noch schärfere, Maßnahmen getroffen. So mußte zum Beispiel jeder Gang ins Magazin extra vermerkt werden. "Es wäre bald notwendig", schrieben einige Arbeiter dieses Unternehmens, "daß wir ... zuerst einen Buchhaltungskurs besuchen, um den vielen Schreibarbeiten gewachsen zu sein" (163).

Mitgliederstand der Vorarlberger Gewerkschaften in den Jahren 1906 bis 1915

Jahr	Mitglieder	Anzahl der Ortsgruppen und Zahlstellen
1906	869	27
1907	1324	33
1908	1602	46
1909	1268	44
1910	1411	45
1911	1276	47
1912	1171	45
1913	1121	43
1914	597	23
1915	524	14

Quelle: Die Gewerkschaft 2/1907, 5/1908, 6/1910, 7/1911, 9/1913, 13/1915, 11/1916

In den Jahren der wirtschaftlichen Depression vor dem Ersten Weltkrieg sank der Mitgliederstand wieder ab und erreichte im Krisenjahr 1913 den Tiefstwert von 1.121 Organisierten. Während

des Krieges mußten dann viele Ortsgruppen und Zahlstellen ihre Tätigkeit überhaupt einstellen, wobei die Mitgliederzahl auf die Hälfte des Standes vor dem Krieg zusammenschmolz.

Eine der Hauptschwierigkeiten, mit denen die Vorarlberger Gewerkschaften zu kämpfen hatten, war die hohe Fluktuation in den einzelnen Ortsgruppen. Wie ein roter Faden zieht sich die Klage über dieses Übel durch die verschiedenen Situationsberichte der Bereichsverantwortlichen. Die detaillierten Angaben, die Gewerkschaftssekretär Ertl während seiner Dienstzeit machte, ermöglichen es, diese Fluktuationsrate quantitativ näher zu bestimmen (164).

Der Durchschnittsmitgliederstand der Gewerkschaften im Lande betrug in der Zeit vom 1.1.1908 bis zum 1.1.1911 1.401 Personen. Im gleichen Zeitraum traten durchschnittlich 917 Personen pro Jahr in die Organisation ein und 888 Personen aus (165). Dies bedeutet rein rechnerisch, daß sich der Mitgliederstand alle ein- einhalb Jahre vollkommen umwälzte. Daß unter solchen Umständen ein gedeihliches Arbeiten äußerst schwerfiel, bedarf keines weiteren Beweises.

Untersucht man die Vorarlberger Gewerkschaften nach regionalen Gesichtspunkten, so zeigt sich ein deutliches Nord-Süd-Gefälle. In den Bezirken Dornbirn und Bregenz befanden sich 1908, im Jahr des größten Mitgliederstandes, 70 Prozent der Ortsgruppen und Zahlstellen sowie über 60 Prozent der Mitglieder.

Mitglieder der Gewerkschaft nach Bezirken, 1908

	Ortsgruppen	Zahlstellen	Mitglieder
Dornbirn	14	4	503
Bregenz	12	2	485
Feldkirch	5	2	310
Bludenz	6	1	304

Quelle: Die Gewerkschaft 6/1909

Über den Anteil von männlichen und weiblichen Gewerkschaftsangehörigen liegen leider nur vereinzelt Zahlen vor. Im Jahre 1900 betrug der Prozentsatz an Frauen unter den Mitgliedern 2,0, stieg dann im Jahre 1909 auf 2,5, 1912 auf 2,7 und 1913 auf 5,8 Prozent (166). So unvollständig diese Zahlenreihe ist, gibt sie doch einen Richtwert über die männliche Dominanz in den Vorarlberger Gewerkschaften an. Damit lag das Land trotz seines hohen Anteils an Frauenarbeit in der Textilindustrie beträchtlich unter dem Reichsdurchschnitt, der im Jahre 1904 immerhin einen

Frauenanteil von 6,9 Prozent an den Gewerkschaftsmitgliedern aufwies (167).

Aufgrund der wirtschaftlichen Struktur Vorarlbergs erhielten die Textilarbeiter seit den Anfängen der Bewegung besondere Aufmerksamkeit. Der Beginn ihrer planmäßigen Organisierung geht auf das Jahr 1894 zurück, als Ignaz Leimgruber Textilarbeiterversammlungen im Land abhielt (168). 1895 wurde in Dornbirn die erste Gewerkschaft dieser Branche ins Leben gerufen, die am Ende des Gründungsjahres bereits 34 Mitglieder zählte (169). Dieser beachtliche Anfangserfolg konnte allerdings nicht aufrechterhalten werden. Der Mitgliederstand schrumpfte bis zur Jahrhundertwende auf die Hälfte, und die Vorarlberger mußten der Zentralgewerkschaft in Wien melden, die Textilarbeiterorganisation im Lande sei so schwach, "daß sie fast gar nichts bedeutet" (170).

Die Blüte der Textilarbeitergewerkschaft begann erst während der Hochkonjunktur der Jahre 1906/07. Die Ortsgruppe Dornbirn konnte ihren Mitgliederstand von 27 Arbeitern und 3 Arbeiterinnen im Jahre 1905 auf 159 bzw. 14 im Jahre 1907 fast auf das Sechsfache erhöhen. Aufgrund dieser hervorragenden Erfolge wurden 1908 in Bregenz, Feldkirch, Bludenz und Hard Ortsgruppen ins Leben gerufen. Die vier neugegründeten Sektionen konnten auf Antrieb mehr als die Hälfte aller Mitglieder stellen; Dornbirn jedoch verlor fast 45 Prozent des Mitgliederstandes von 1907.

Mitgliederbewegung der Textilarbeitergewerkschaft in den Jahren 1905 bis 1912

	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912
Dornbirn	30	62	173	98	110	101	88	62
Lustenau	5	5	-	19	12	13	8	7
Bregenz	-	-	-	49	24	12	5	-
Bludenz	-	-	-	53	10	-	-	-
Feldkirch	-	-	-	14	-	-	-	-
Hard I	-	-	-	23	7	42	11	4
Hard II	-	-	-	-	-	-	10	15
Götzis	-	-	-	-	-	2	2	2
Nenzing	-	-	-	-	-	8	3	3
Hohenems	-	-	-	-	-	-	-	6

Quelle: Union der Textilarbeiter Österreichs. Berichte über die Tätigkeit in der 3. bis 6. Verwaltungsperiode. Wien 1907-1913.

Wie die weitere Entwicklung zeigte, war der Aufschwung durch die Gründung der Ortsgruppen in Bregenz, Feldkirch, Bludenz und Hard nur vorübergehend. 1909 erreichte die rückläufige Entwicklung, die sich 1908 in Dornbirn angekündigt hatte, auch diese vier neu gegründeten Ortsgruppen, die bis auf Hard alle eingingen.

In den folgenden Jahren wurden in den Ortschaften Götzis, Rankweil, Hohenems und Nenzing neue Ortsgruppen gegründet, die jedoch über einen geringen Mitgliederstand verfügten und die rückläufige Gesamtbewegung nicht aufhalten konnten.

1911 wurde zwischen den Zentralen der Union der Textilarbeiter Österreichs und des Schweizer Textilarbeiterverbandes ein Übereinkommen getroffen, wonach bis auf weiteres ein gemeinschaftliches Textilarbeitersekretariat jeweils die Hälfte eines Monats alternierend für Vorarlberg und die Ostschweiz tätig sein sollte. Die Ursache für diesen Schritt lag vor allem in der Konkurrenz der Vorarlberger Stickereiarbeiter, "welche gegenüber den Schweizer Stickern zu allen Schundpreisen Arbeit übernahmen" (171). Konkreter Anlaß war eine Aussperrung bei der Großstickereifirma A.B. Heine u. Komp. in Arbon im Jahre 1908. Während die Schweizer Sticker in einem monatelangen Kampf an ihren Forderungen festhielten, ließen die Vorarlberger Lohnsticker "Tag und Nacht ... ihre Maschinen laufen" (172) und brachen damit den Widerstand auf Schweizer Seite. Seit dieser Aussperrung war klargeworden, daß auch die beste Organisation auf eidgenössischem Boden nicht imstande war, einen Kampf erfolgreich zu führen, wenn es nicht gelang, auch die Sticker jenseits des Rheines einzubinden. Daher kam es zu der für die österreichische Seite sehr vorteilhaften Lösung eines Textilarbeitersekretariats.

Der Textilarbeitersekretär Konrad Hungerbühler, der nun am 1.11.1911 seinen Dienst antrat, mußte bald erkennen, daß es enorm schwierig war, die Vorarlberger Textilarbeiter zu organisieren. Hungerbühler beklagte sich, daß bei vielen Arbeitern "für die durstige Gurgel" stets etwas Geld vorhanden sei, während er große Probleme habe, die fälligen Wochenbeiträge einzukassieren. Die Hauptschuld an diesen Zuständen schob er den im Lande mächtigen Priestern und der mit ihnen innig verbundenen Christlichsozialen Partei zu:

"In Vorarlberg haben die organisierten Genossen sehr mit dem Unverstand der Einheimischen als auch mit der Verhetzung derselben durch die Pfaffen und die christlichsoziale Partei zu kämpfen. Geradezu auffallend ist es, daß gebürtige Vorarlberger, welche im Ausland, zum Beispiel in der Schweiz, der Organisation

angehörten, sogar an der Spitze von Gewerkschaften standen, nach ihrer Rückkehr ins Vorarlberger Ländle der Organisation nicht mehr beitreten: so sehr fürchten die Leute die Pfaffen!" (173).

Nachfolger Hungerbüblers wurde der Schweizer Jean Schurrenberger, der am 1. März 1913 seine Tätigkeit begann und bis Ende des dritten Kriegsjahres in Vorarlberg arbeitete. Nachdem er Anfang 1917 zum Sekretär des Schweizer Metallarbeiterverbandes in Aargau ernannt worden war, übernahm Hermann Leibfried seinen Posten (174).

Wie aus dieser kurzen Darstellung hervorgeht, war es der Vorarlberger Landesgewerkschaftskommission trotz intensiver Bemühungen, die auch ausländische Hilfe einschlossen, nicht möglich, bei den Textilarbeitern die gewünschten Erfolge zu erzielen.

DIE CHRISTLICHE ARBEITERBEWEGUNG

Die Katholischen Arbeitervereine

Am 15. Mai 1891 erließ Papst Leo XIII. die Enzyklika "Rerum novarum", deren sozialpolitisches Konzept zum Programm der christlichen Arbeitervereine wurde. Diese Vereine breiteten sich in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts vor allem in den Alpenländern der Monarchie rasch aus. Der erste Arbeiterverein Vorarlbergs wurde 1893 von Kaplan Benedikt Längle in Dornbirn gegründet (175). Drei Jahre später fand die konstituierende Versammlung des Arbeitervereines Hohenems statt (176). Gründer und erster Präses war Katechet Karl Drexel, der später zum wichtigsten Führer der katholischen Arbeiterbewegung im Lande wurde. 1899 kam zu den beiden Vereinen noch jener von Wolfurt dazu (177).

Die Katholischen Arbeitervereine betrieben zunächst nur Fortbildungs- und bis zu einem gewissen Grad Unterstützungstätigkeit. 1897 wurde erstmals eine Änderung der Organisationsstruktur diskutiert, wobei sich besonders der Führer der niederösterreichischen christlichen Arbeiterbewegung, Leopold Kunschak, für die Bildung von gewerkschaftlichen Fachsektionen aussprach, die das Unterstützungs- und Fortbildungswesen schrittweise zurückdrängen und der Organisation stärkeren gewerkschaftlichen Charakter verleihen sollten (178).

Diese Gedankengänge Kunschaks nahm in Vorarlberg als erster der Dornbirner Verein auf, 1901 beschloß er eine Statutenänderung in diesem Sinne (179). Einen wichtigen Schritt auf dem Wege zu der vor allem von Karl Drexel als notwendig erkannten Zentralisation bedeutete der 1904 erfolgte Zusammenschluß der bestehenden Vereine im Vorarlberger Arbeiterbund, dessen Blütezeit mit der Hochkonjunktur um das Jahr 1907 zusammenfiel. 1908 waren zwölf Arbeitervereine - Dornbirn, Hohenems, Wolfurt, Rieden-Vorkloster, Hard, Frastanz, Rankweil, Bregenz, Blumenegg/Thüringen, Lauterach, Nüziders und Ludesch - mit zusammen 1.024 Mitgliedern im Arbeiterbund organisiert (180).

Der mit Abstand bedeutendste katholische Arbeiterverein war jener in Dornbirn. Im Jahr 1906 organisierte der Verein nicht weniger als 81 Veranstaltungen, davon 50 Versammlungen, 13 Ausschußsitzungen, 16 Unterhaltungen, eine Wallfahrt und einen Stenographiekurs (181). Anfang 1907 wurde der Bau eines eigenen Arbeiterheimes in Angriff genommen, das nicht nur als Mittelpunkt für die christlichen Arbeiter Dornbirns, sondern auch als Landeszentrale gedacht war (182). Finanziert wurde der "stolze Bau", der eingerichtet über 51.000 Kronen kostete (183) und be-



Gemischter Chor des Arbeitervereins Dornbirn. Ausflug nach Fluh, 1. Juni 1913

reits im Juni 1908 feierlich eröffnet werden konnte, durch Ausgabe von unverzinslichen Anteilscheinen zu zehn Kronen.

Der Verein zählte in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg rund 300 Mitglieder, die einen jährlichen Beitrag von 10.000 Kronen aufbrachten (184). Im Vergleich: Die Bilanz der sozialdemokratischen Gewerkschaftskommission wies in denselben Jahren für das ganze Land Gesamteinnahmen in der Höhe von knapp 30.000 Kronen aus (185). Aus organisatorischen Gründen wurde der Dornbirner Arbeiterverein nach den vier Bezirken der Stadt in Rayone unterteilt. Dem Gesamtverein gehörten auch ein Arbeitersängerbund, eine Arbeitermusik und ein Arbeiterturnerbund an (186).

Der zweite Großverein des Landes war jener von Rieden-Vorkloster, in dem 180 Mitglieder organisiert waren (187). Die übrigen Katholischen Arbeitervereine waren in der Mehrzahl bedeutend kleiner. So waren in Hohenems 100 (188), in Hard 60 (189), in Lauterach ebenfalls 60 (190), in Nüziders 50 (191) und in Hörbranz 25 Mitglieder (192) organisiert. Neben den deutschsprachigen Katholischen Arbeitervereinen gab es in den Orten Feldkirch, Dornbirn und Hohenems italienische Sektionen, die jedoch kaum in Erscheinung traten.

Die Katholischen Arbeitervereine verstanden sich dezidiert als nichtpolitische Organisationen. Im Statut des Ludescher Vereins, das hier stellvertretend für die Satzungen der übrigen Vereine zitiert werden soll, hieß es:

"Der Zweck dieses nichtpolitischen Vereines ist:

1. Organisation der christlichen Arbeiter und Pflege des katholischen und patriotischen Geistes.
2. Religiös-sittliche Hebung der Arbeiter, sowie das Anstreben sozialer Reformen zur Hebung der wirtschaftlichen Lage ganzer Berufsklassen wie der einzelnen Mitglieder.
3. Geistige Ausbildung in Dingen von praktischer Nützlichkeit mit besonderer Berücksichtigung der Berufsinteressen.
4. Förderung des Standesbewußtseins, Stärkung und Betätigung der kath. Welt- und Lebensanschauung, sowie die Verteidigung der christl. Grundsätze gegen ihre Gegner und die verderblichen Einflüsse unserer Zeit.
5. Pflege kameradschaftlichen Geistes und geselliger Unterhaltung" (193).

Die Leitung der Vereine wurde vom gewählten Vereinsausschuß ausgeübt. An dessen Spitze stand der Präses, der in den meisten Fällen ein Priester war und dem "die Sorge für das geistige Leben des Vereines" oblag (194). Ihm zur Seite stand der Obmann, der als "weltlicher Arm" für die organisatorischen Belange wie

die Verteilung von Flugblättern, Verschickung von Einladungen etc. verantwortlich war (195). Weiters bestand der Ausschuß aus einem Obmannstellvertreter, zwei Mitgliedern ohne fest umrissene Funktionen, einem Schriftführer, einem Kassier und deren Stellvertretern (196).

Die Katholischen Arbeitervereine sahen sich als Standesvertretung der Arbeiterschaft, deren ökonomische Interessen sie gemeinsam mit den Unternehmern wahrzunehmen trachteten. Die Arbeitervereine lehnten den Streik als Kampfmittel nicht prinzipiell ab, versuchten jedoch, ihn auf ein Mindestmaß zu beschränken (197). Sie beriefen sich in ihrer Ablehnung auf eine Stelle in der Enzyklika von Papst Leo XIII., in der dieser Streiks kritisierte, weil sie "nicht bloß den Unternehmern und den Arbeitern selbst zum Schaden (gereichen), sondern sie auch den Handel und den ganzen öffentlichen Wohlstand (benachteiligen), und da sie vielfach nicht ohne Gewalttätigkeiten und Ruhestörungen verlaufen, werden sie gar häufig zu einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit" (198).

Als geeignetes Mittel, Arbeitskonflikte zu bereinigen bzw. gar nicht entstehen zu lassen, betrachteten die Katholischen Arbeitervereine die Gründung von Arbeiterausschüssen, von Einigungsämtern, die unter neutralem Vorsitz paritätisch beschickt werden sollten, und den Abschluß von branchenweisen Tarifverträgen (199).

Diese Arbeiterausschüsse, soklärte der Arbeiterbund seine Mitglieder auf, "sind für die gewählten Arbeiter eine treffliche Schule, worin sie zur Sachlichkeit erzogen werden; sie erhalten Einblick in die Interessen des Geschäftes, und sie machen diese Interessen bis zu einem gewissen Grade auch zu den ihrigen. Es liegt ihnen fortan weit mehr an der Rentabilität des Geschäftes" (200).

Die Arbeiterausschüsse, auf die der Arbeiterbund sein Hauptaugenmerk legte, waren ein sehr frühes Modell von betrieblicher Mitbestimmung. Sie waren im Gegensatz zum Vertrauensmännersystem der Sozialdemokraten keine autonome Klassenorganisation, sondern "sollten Bedingungen für die Bindung der Arbeiter an ... den Betrieb" und damit an die herrschende Gesellschaftsordnung herstellen (201).

In der Praxis freilich erlangten die Arbeiterausschüsse in Vorarlberg keine Bedeutung. Soweit bisher bekannt ist, gab es lediglich bei der Firma F.M. Hämmerle eine derartige Einrichtung. Der Ausschuß hatte "den Zweck, die Wünsche sowie Beschwerden usw. der Arbeiter zu prüfen und in einer Sitzung des Ausschusses

dem Chef oder Direktor vorzubringen, welcher sodann entscheiden wird, ob dem Ansuchen entsprochen werden kann oder nicht" (202).

Eine Untersuchung über die soziale Zusammensetzung der Katholischen Arbeitervereine stößt aufgrund fehlender Angaben über die Berufszugehörigkeit auf erhebliche Schwierigkeiten. Dennoch deuten verschiedene Fakten darauf hin, daß in den Arbeitervereinen nur zu einem Bruchteil Fabrikarbeiter organisiert waren. So lauteten z.B. die Berufsangaben der Mitglieder des Bregenzer Vereinsausschusses: zwei mittlere Beamte, zwei Geschäftsdienere, ein Schriftsetzer und ein Buchbinder (203). Den Verein in Wolfurt leiteten Personen mit folgenden Berufen: zwei Sticker, ein Schreinermeister, ein Dampfsägenbesitzer, ein Schlosser, ein Maurer und ein Briefbote (204).

Wie diese beiden Beispiele zeigen, war das Kleinbürgertum, besonders im städtischen Bereich, in den Arbeitervereinen bestimmend. In den Landgemeinden kam es nicht selten vor, daß örtliche Honoratioren wie Dampfsägenbesitzer und Schreinermeister "Arbeiterpolitik" machten.

Auch das bäuerliche Element war mitunter sehr stark vertreten, sodaß die politische Arbeit dem landwirtschaftlichen Produktionszyklus angepaßt werden mußte. Im Tätigkeitsbericht über das Vereinsjahr 1908/09 teilte der Arbeiterverein Ludesch zum Beispiel mit, daß die Vereinsversammlungen im Winterhalbjahr fleißig besucht waren: "Als dann aber der Sommer nahte und die Feldarbeit einen großen Teil der Mitglieder vom frühen Morgen bis zum späten Abend beschäftigte, da ließ selbstredend der gute Besuch der Versammlungen nach" (205).

Wie schon die Berufe der Mitglieder des Vereinsausschusses von Wolfurt zeigten, spielten auch die Sticker in der katholischen Arbeiterbewegung eine bedeutende Rolle. Geht man die Reihe jener Ortschaften des Landes durch, in denen Katholische Arbeitervereine gegründet wurden, so fällt des öfteren auf, daß die Gemeinde zwar einen solchen Arbeiterverein, jedoch keine nennenswerte Industrie besaß. In Wolfurt zum Beispiel gab es um die Jahrhundertwende lediglich zwei kleine fabrikmäßige Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten: die mechanische Schlosserei Doppelmeier und die Spulenfabrik und Stickerei Zuppinger im Ortsteil Rickenbach (206). Ökonomisch ähnlich strukturiert war die Nachbargemeinde Lauterach, in der es seit 1908 ebenfalls einen Arbeiterverein gab. Auch in dieser Gemeinde bestanden nur zwei Kleinfabriken: die 1892 gegründete Uhrenfabrik Landsberger und die zwei Jahre zuvor entstandene Zweigniederlassung der Pforz-

heimer Firma Maischenhofer, Höll und Comp., die in der Tochterfirma in Lauterach im Jahre 1900 dreißig Arbeiterinnen beschäftigte (207).

Dennoch waren beide Gemeinden nicht ausschließlich landwirtschaftlich dominiert. Nach der von Keller im Jahr 1909 aufgestellten Statistik der Vorarlberger Schifflstickereibetriebe besaß Wolfurt 106 Betriebe, von denen 89 mit lediglich einer Maschine arbeiteten. Zum gleichen Zeitpunkt gab es in Lauterach 30 Schifflstickereien, davon 21 mit nur einer Maschine (208). Damit gehörten Lauterach und besonders Wolfurt zu jenen Gemeinden des Landes, in denen ein bedeutender Teil der Bevölkerung landwirtschaftlich-hausindustrielle Mischökonomie betrieb und sich somit einer eindeutigen schicht- oder klassenspezifischen Zuordnung entzog. Hatte die Stickerei Hochkonjunktur und ließen sich durch intensive Selbstaubeutung saftige Gewinne erarbeiten, wurde die Landwirtschaft vernachlässigt bzw. strömten jene Familienmitglieder, die in den Baumwollfabriken der weiteren Umgebung beschäftigt waren, in die hauseigene Stickerei. Während der Hochkonjunktur der Jahre 1906/07 zum Beispiel stellte der Gewerbeinspektor fest, daß die durchschnittliche Arbeitszeit in den Stickereien auf 12 Stunden gestiegen war und daß Eineinhalb- und Doppelschichten eingeführt worden waren (209). In der Praxis spielte sich das etwa folgendermaßen ab: Der Familienvater oder der älteste Sohn arbeitete am Tage unter Zuhilfenahme der jüngeren Kinder, die Kontroll- und Hilfsdienste zu leisten hatten. Nach der zwölfstündigen Tagesschicht setzte sich ein anderes männliches Mitglied der Familie, einer der älteren Söhne oder ein Vetter, der untertags in der Fabrik beschäftigt war, an die Stickmaschine und führte die Arbeit noch eine halbe Schicht fort. Kam es aber zu einem wirtschaftlichen Rückgang der Stickerei, strömte die einheimische Arbeiterschaft wieder in die Baumwollfabriken bzw. intensivierte ihre Landwirtschaft (210).

Der Vorarlberger Sticker verstand sich somit besonders in wirtschaftlichen Aufschwungsphasen als unabhängiger Kleinunternehmer, war jedoch in ähnlicher Weise wie ein Fabriksarbeiter von seinem "Arbeitgeber", von seinem Fergger bzw. von den St. Gallener Großstickereien und Handelshäusern abhängig.

Neben den Katholischen Arbeitervereinen waren im Arbeiterbund, der in den Jahren 1907 bis 1909 ein eigenes Bundesorgan, das "Arbeiterblatt", herausgab, auch die Katholischen Arbeiterinnenvereine, die Katholischen Arbeiterjugendlichen, der 1907 gegründete Stickerbund und die Christlichen Textilarbeiter organisiert.

Die Katholischen Arbeiterinnenvereine

Katholische Arbeiterinnenvereine bestanden in Dornbirn, Bregenz, Lustenau und Bludenz. Mit dem Aufbau weiblicher Sektionen begann der Vorarlberger Arbeiterbund, als sich die ersten Ansätze einer sozialdemokratischen Frauenorganisation in Vorarlberg zeigten. "Jetzt ist der Boden vielfach noch gut", schrieb das "Arbeiterblatt", "leicht zu bebauen und fruchtbar; vielleicht geht es nicht mehr lange und es liegen soviele Steine auf dem Felde, daß der Pflug nicht mehr durchkommt" (211).

Die rasch anwachsenden Vereine - Dornbirn hatte 1909 schon 360 Mitglieder (212) - boten neben apologetisch-belehrenden Vorträgen von Priestern vor allem ein reichhaltiges Freizeit- und Ausbildungsprogramm. Hauptattraktion im Rahmen der Aus- und Fortbildung der Katholischen Arbeiterinnenvereine waren Nähkurse, deren Beliebtheit die sozialdemokratischen Frauen entgegen ihren politischen Vorstellungen dazu zwangen, aus Konkurrenzgründen ebenfalls solche Kurse einzurichten.

Eine weitere Ursache für den großen Erfolg der katholischen Frauensektionen lag in der Ungezwungenheit ihrer Zusammenkünfte, die eine Abgrenzung zwischen Fest und politischer Versammlung schwer möglich machte. Der Bregenzer Verein hatte sogar ein sogenanntes Vergnügungskomitee, das zwischen den einzelnen Tagesordnungspunkten der monatlichen Mitgliederversammlungen mit Liedern und Sketches aufwartete. Nach Ansicht der Frauen "entledigte sich dasselbe in wahrhaft mustergültiger Weise seiner Aufgabe. Die stürmischen Lachsalven, welche unaufhörlich den Worten der Vortragenden folgten, bezeugten, daß auch die Arbeiterinnen bei Lust und Scherz ihren Platz behaupten können" (213).

Die Frauenvereine erfüllten durch Geselligkeiten und Feste die Funktion, zahlreiche Frauen an die katholische Arbeiterbewegung und somit an die Christlichsoziale Partei zu binden. Dasselbe galt im übrigen auch für den männlichen Teil der katholischen Arbeiterbewegung.

Für diese gemeinschaftsbildende Funktion der Vereine war ein neuer, weltoffenerer Priestertypus erforderlich. Noch 1895 hatte der katholisch dominierte Landtag ein Gesetz beschlossen, das die Abhaltung öffentlicher Tanzunterhaltungen an Samstagen generell untersagte. Außerdem konnte der Landesausschuß im Einvernehmen mit der Statthalterei Tanzveranstaltungen nach Lohnauszahlungen in Fabriksbezirken oder in Orten, die vorwiegend von Fabriksarbeitern bewohnt waren, für bestimmte Zeit ganz oder teilweise

untersagen (214). Die Kapuziner predigten in ihren Volksmissionen allen Ernstes, daß das Tanzen vom Satan erfunden sei und hinter jedem sich drehenden Paar ein Teufel mittanze (215).

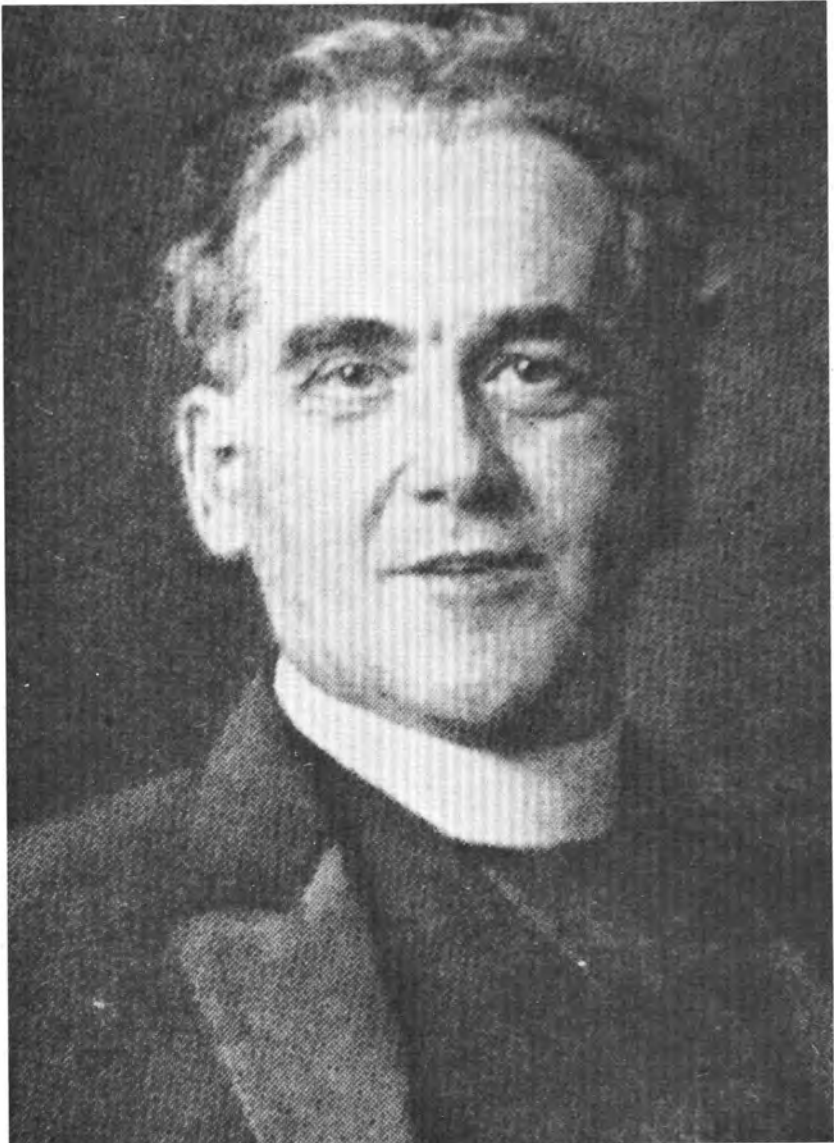
Fünfzehn Jahre später – im Jahre 1909 – mokierten sich die Sozialdemokraten: "Ja das war einmal. Heute würde es sich jeder christliche Familienvater als Sünde anrechnen, wenn er nicht bei jeder der fast jeden Sonntag stattfindenden 'christlichen' Unterhaltungen, Familienabende, Cäcilienabende, Waldfeste, Tanzabende etc. mit Kind und Kegel dabei wäre. Bis spät in die Nacht hinein waren die christlichen Mütter und Jungfrauen, die ersteren mit, die letzteren ohne Kinder, in der Enz (traditioneller Festplatz in der Nähe Dornbirns; R.M.), um sich christlich zu ergötzen, wobei Geistliche mit leuchtendem Beispiel vorangingen. Für einen in die hiesigen Verhältnisse nicht Eingeweihten muß es interessant sein zu hören, daß die Kleider geistlicher Arbeiterführer (gemeint war Karl Drexel; R.M.) gerade so besät waren vom Korandoliwerfen wie jene irgend eines Fabriksmädels" (216).

Die Katholische Arbeiterjugend

Im Gegensatz zur relativ spät einsetzenden Organisierung der katholischen Frauen wurde mit der Jugendarbeit schon um die Jahrhundertwende begonnen. Auf der Generalversammlung des Dornbirner Arbeitervereines im Jahre 1901 wurde der Beschluß gefaßt, eine eigene Sektion für männliche Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren aufzubauen. Für die Vorbereitungsarbeiten wurde ein Dreierkomitee gebildet (217), und nach fünf Monaten konnte am 27. Oktober 1901 die erste Arbeiterjugendsektion des Landes aus der Taufe gehoben werden (218). Andere Ortsgruppen waren vorderhand noch zu schwach, um dem Dornbirner Beispiel zu folgen.

In Bregenz bestand lediglich ein katholischer Lehrlingsverein, der sich unter dem Präses H.H. Mayer um die Lehrlinge, nicht aber um junge Fabrikarbeiter kümmerte (219). Weibliche Jugendliche betreute die engagierte Christlichsoziale Agathe Feßler, die in Privatinitiative ab 1904 das sogenannte "Marienheim" in Bregenz aufbaute (220). Feßler verfügte allerdings nur über bescheidene Mittel und legte das Schwergewicht ihrer Tätigkeit eher in den Jugendfürsorgebereich.

Während der tiefgreifenden Krise der österreichischen Katholischen Arbeiterjugendbewegung, die sich unter der Führung von Anton Orel ab 1907 zunehmend mit der christlichsozialen Partei-



Gründer und Motor der katholischen Arbeiterbewegung in Vorarlberg: Dr. Karl Drexel

führung überwarf - was schließlich im November 1909 zur Gründung einer parteitreuen Jugendorganisation unter Franz Hemala führte (221) -, kam es auch in Vorarlberg zu einer Reorganisation der katholischen Jugendarbeit. Hauptinitiator dieser Offensive war der Bregenzer Katechet Beck, unter dessen Führung der "Jugendbund Austria", die erste katholische Arbeiterjugendorganisation neuen Typs in Vorarlberg, gegründet wurde (222). 1910, zwei Jahre nach Bregenz, konstituierte sich in Hard der "Jugendbund Alemania" (223), der jedoch, ähnlich wie der Bregenzer Verein, zu keiner rechten Blüte gelangte.

Trotz intensiver und schon recht früh einsetzender Betreuung blieb also die Jugendarbeit der Katholischen Arbeiterbewegung in Vorarlberg in der Zeit der Monarchie Stückwerk.

Der Stickerbund

Eine der bedeutendsten Organisationen der christlichen Arbeiterbewegung Vorarlbergs war der Stickerbund, der am 1. Jänner 1907 seine Tätigkeit aufnahm. Mitglieder konnten Sticker und deren Hilfsarbeiter werden, Fergger waren ausgeschlossen (224). Zu den selbst gestellten Aufgaben des Bundes gehörte die Errichtung einer Zentralstelle in Dornbirn, die Auskunft über den jeweils geltenden Arbeitslohn und die aktuellen Garnpreise gab. Weiters gewährte der Stickerbund seinen Mitgliedern Rechtsschutz in Streitfällen, wie sie relativ häufig zwischen Stickern und Ferggern vorkamen. Zur Bewältigung der zahlreichen organisatorischen Aufgaben wurde ein Sekretär angestellt (225).

Besonderes Augenmerk richtete der Stickerbund auf die Abhaltung von Buchführungskursen, um die Sticker vor Übervorteilungen durch die Fergger zu schützen. "Erstens werden die Sticker in den Volksschulen noch keine Buchhalter", meinte das "Arbeiterblatt", und "später schreiben die meisten nichts mehr als hie und da vielleicht eine Ansichtskarte, wenn dieselben aber dann ihre geschäftlichen Arbeiten verbuchen sollen, stehen sie unmittelbar am Berge, über den sie nicht hinauskommen. Solche Leute sind dann meistens gezwungen, alles ihrem Fergger zu überlassen, sie sind nicht einmal fähig, eine Kontrolle richtig durchzuführen" (226).

Ein bedeutender Schritt, sich vom Einfluß der Fergger - der teilweise unumschränkten Herrscher auf dem Stickereimarkt - zu lösen, war die Errichtung einer eigenen Verkaufsstelle für Retourwaren (227). Mitglieder der Stickervereinigung konnten sich da-

durch der Preisdrückerei durch die Fergger entziehen.

Der Bund nahm während der Hochkonjunktur in der ersten Jahreshälfte 1907 einen kaum erwarteten Aufschwung. Er begann mit neun Ortsgruppen und 600 Mitgliedern (228), zwei Monate später hatte er 14 Sektionen mit fast 800 Mitgliedern (229), nach weiteren zwei Monaten 17 Ortsgruppen und 900 Mitglieder (230). Schon ein halbes Jahr nach der Gründung war er auf 23 Ortsgruppen mit über 1.000 Mitgliedern angewachsen (231). Die größten Ortsgruppen waren zu dieser Zeit Lustenau mit 141, Hohenems I mit 135 und Hohenems II mit 31, Wolfurt mit 113, Götzis mit 67, Höchst mit 65 sowie Altach mit 55 Mitgliedern. Alle anderen Ortsgruppen hatten weniger als 50 Mitglieder (232).

Offiziell wurde der Stickerbund als politisch neutrale Stickerge-nossenschaft deklariert. Es galt jedoch als offenes Geheimnis, daß der Bund ein Glied der christlichen Arbeitnehmerorganisationen bildete. In einem vertraulichen Gutachten der Vorarlberger Handelskammer, das dem sozialdemokratischen Textilarbeitersekretär Hungerbühler anonym zugespielt wurde, konnte sich dessen Verfasser der von Dr. Drexel im Landtag heftig verteidigten Auffassung, der "Bund" sei eine neutrale Organisation, nicht anschließen. Im Gegenteil: "Demgegenüber sei betont, daß die Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner des Stickerbundes engagierte christlichsoziale Parteigenossen sind und daß Angehörige anderer Parteien, wie übereinstimmend versichert wird, in den Bund nicht aufgenommen werden" (233).

Etwas ins Zwielficht geriet der Stickerbund, der einen sehr niedrigen Mitgliedsbeitrag von 10 Hellern pro Woche einhob, als durch Zufall bekannt wurde, daß die Organisation eine staatliche Subvention in der Höhe von 70.000 Kronen erhalten habe - über deren Verbleib die Führung keine genauen Auskünfte erteilen wollte. Die Sozialdemokraten nahmen an, die Gelder seien weniger zum Ausbau der Verkaufsorganisation des Bundes als vielmehr "zu politischen, selbstverständlich christlichsozialen Wahlmachinationen verbraucht worden" (234). Kurz vor dem Ersten Weltkrieg versuchte Drexel, auch die Stickerinnen - vor allem jene der Hausindustrie des Bregenzer Waldes - in einem "Bund der Vorarlberger Stickerinnen" zu organisieren, um die Kettenstickererei, die zunehmend von der Schifflstickererei verdrängt wurde, wieder konkurrenzfähiger zu machen (235). Auf die Ausführung dieses Planes mußte wegen des Kriegsausbruches verzichtet werden.

Die christlichen Textilarbeiter

Im Herbst des Jahres 1904 regte der Obmann des "Fortbildungs- und Unterstützungsvereines der christlichen Weber Wiens", Ferdinand Kriawa, die Schaffung eines christlichen Textilarbeiterverbandes an. Am 24. März 1905 konnte die Gründungsversammlung durchgeführt werden. Am Ende desselben Jahres zählte der Verband schon 17 Ortsgruppen mit über 1.200 Mitgliedern in der ganzen Monarchie (236). Im Herbst des Jahres 1906 wurden in Bludenz, Hohenems und Hard fast gleichzeitig Ortsgruppen der Textilarbeiterorganisation gegründet, die von seiten des Arbeiterbundes reichlich Unterstützung fanden (237).

Bis zum Jahreswechsel hatten sich in den drei Ortsgruppen schon 263 Mitglieder eingeschrieben. Das Zentrum der Bewegung war das von den Sozialdemokraten eher vernachlässigte Bludenz, das in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg rund ein Drittel der christlichen Textilarbeiter des Landes beheimatete. Für kurze Zeit bestand in dieser Stadt sogar ein eigenes Sekretariat.

Mitgliederbewegung der christlichen Textilarbeiter in den Jahren 1906 bis 1912

	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912
Bludenz	146	241	237	192	169	128	69
Hohenems	86	133	143	64	71	76	45
Hard	31	92	93	79	89	71	57
Dornbirn	-	49	65	52	57	58	45
Kennelbach	-	-	23	68	91	75	39
Bürs	-	-	-	58	63	62	-
Thüringen	-	-	-	-	35	35	1
Frastanz	-	-	-	-	51	40	9
	263	515	561	513	622	545	265

Wie aus der Tabelle hervorgeht, konnten die christlichen Textilarbeiterorganisationen im zweiten Jahr ihres Bestehens, also während der Hochkonjunktur von 1907, den Mitgliederstand nahezu verdoppeln. Ende 1907 entschlossen sich die vier Ortsgruppen - inzwischen war auch eine in Dornbirn gegründet worden -, dem "Arbeiterbund" beizutreten (238). 1908 wurde die Ortsgruppe Kennelbach gegründet, die allerdings aufgrund innerer Schwächen und heftiger Angriffe der Sozialdemokraten mit großen Anfangsschwierigkeiten zu kämpfen hatte (239). 1909 konstituierte

sich die Sektion Bürs, und 1910 wurden in Thüringen und Franzosch christliche Textilarbeiterorganisationen gegründet.

1910 hatte die christliche Textilarbeitergewerkschaft in Vorarlberg ihren Höhepunkt überschritten. Bis zum Jahresende 1912 sank die Mitgliederzahl auf jenen Stand, bei dem man sechs Jahre zuvor mit nur drei Ortsgruppen begonnen hatte.

Erster Sekretär der christlichen Textilarbeiter war Johann Schwimmer; 1912 wurde er von Martin Natter abgelöst.

Die erste Landeskonferenz fand am 29. März 1908 in Hohenems statt, wobei Ferdinand Kriawa als Vertreter des Zentralvorstandes der christlichen Textilarbeiter Österreichs teilnahm (240).

Die christliche Textilarbeitergewerkschaft war an verhältnismäßig wenigen Lohnkämpfen beteiligt. Ihre größte Bedeutung erlangte sie im Kampf um den 10-Stunden-Tag. Entgegen den Erwartungen der Sozialdemokratie, daß die christliche Gewerkschaft vor einer entsprechenden Initiative zurückschrecken werde (241), gelang es den christlichen Gewerkschaftern sogar, sich mit an die Spitze dieser Bewegung zu stellen.

ANMERKUNGEN

- 1) Oberkofler, Gerhard: Die Tiroler Arbeiterbewegung. Wien 1979, S. 55.
- 2) Vgl. den Beitrag von G. Oberkofler in diesem Band.
- 3) Bilgeri, Benedikt: Bregenz. Geschichte der Stadt. Wien-München 1980, S. 508, sowie G. Oberkofler in diesem Band.
- 4) Oberkofler (Anm. 1), S. 61.
- 5) VLA, BH Bregenz Zl. 28 852/1892.
- 6) VLA, BH Bregenz Zl. 2569-13962-14506/1893.
- 7) Ebd.
- 8) Ebd.
- 9) VV Nr. 46/1894.
- 10) Scheuch, Manfred: Geschichte der Arbeiterschaft Vorarlbergs bis 1918 (2.Aufl.). Feldkirch 1978, S. 99.
- 11) Brief Ignaz Leimgrubers an das Reichsparteisekretariat vom 20. Dezember 1890, AVA, SD-Parteistellen, Karton 99.
- 12) Vgl. Oberkofler (Anm. 1), S. 64.
- 13) Ebd., S. 66.
- 14) VV Nr. 161/1893.
- 15) Vgl. Oberkofler (Anm. 1), S. 67.
- 16) VV Nr. 200/1893.
- 17) Bilgeri (Anm. 3), S. 512.
- 18) VV Nr. 50/1894.
- 19) Ebd., VV Nr. 69/1894; VV Nr. 74/1894.
- 20) VV Nr. 232/1895; VV Nr. 70/1896; VV Nr. 80/1896; VV Nr. 83/1896.

- 21) VV Nf. 123/1897.
- 22) Anmerkung Franz Schuhmeiers auf einen Brief Thomas Lorenz' an das Reichsparteisekretariat vom 27. Jänner 1897, AVA, SD-Parteistellen, Karton 100.
- 23) Brief Karl Petriks an das Reichsparteisekretariat vom 10. September 1897, AVA, SD-Parteistellen, Karton 100.
- 24) Brief Josef Holzhammers an das Reichsparteisekretariat vom 7. November 1896, AVA, SD-Parteistellen, Karton 100.
- 25) Brief Thomas Lorenz' an das Reichsparteisekretariat vom 8. November 1896, AVA, SD-Parteistellen Karton 100.
- 26) VV Nr. 10/1897.
- 27) Brief Johann Heines an das Reichsparteisekretariat vom 25. Februar 1899, AVA, SD-Parteistellen Karton 101.
- 28) Oberkofler (Anm. 1), S. 65.
- 29) Brief Johann Heines an das Reichsparteisekretariat vom 1. Februar 1900, AVA, SD-Parteistellen Karton 102.
- 30) Brief Coloman Markarts an das Reichsparteisekretariat vom 1. Februar 1900, AVA, SD-Parteistellen Karton 102.
- 31) Brief Coloman Markarts an das Reichsparteisekretariat vom 7. Februar 1900, AVA, SD-Parteistellen Karton 102.
- 32) Ebd.
- 33) Brief Dr. Benno Karpeles' an das Reichsparteisekretariat vom 29. November 1897, AVA, SD-Parteistellen, Karton 100.
- 34) Brief Josef Harrichs an das Reichsparteisekretariat vom 2. Februar 1900, AVA, SD-Parteistellen Karton 102.
- 35) Resolution der Dornbirner Holzarbeiter an den Grazer Parteitag, 11. August 1900, AVA, SD-Parteistellen Karton 102.
- 36) Ebd.
- 37) Die Gewerkschaft Nr. 4-5/1901.
- 38) Ebd.
- 39) VV Nr. 233/1900; VV Nr. 20/1901.
- 40) Brief Hermann Leibfrieds an das Reichsparteisekretariat vom 4. Juni 1901, AVA, SD-Parteistellen Karton 102.
- 41) Brief Hermann Leibfrieds an das Reichsparteisekretariat vom 8. November 1902, AVA, SD-Parteistellen Karton 103.
- 42) VZ (Volkszeitung) Nr. 7/1903.
- 43) Brief Franz Pechotas an das Reichsparteisekretariat vom 13. Mai 1903, AVA, SD-Parteistellen Karton 103.
- 44) Ebd.
- 45) VZ Nr. 7/1903.
- 46) Brief Franz Hagmanns an das Reichsparteisekretariat vom 15. Oktober 1903, AVA, SD-Parteistellen Karton 103.
- 47) Ebd., Brief Franz Pechotas an das Reichsparteisekretariat vom 13. Oktober 1903, AVA, SD-Parteistellen Karton 103.
- 48) Brief Franz Hagmanns an das Reichsparteisekretariat vom 15. Oktober 1903, AVA, SD-Parteistellen Karton 103.
- 49) Brief Hermann Leibfrieds an das Reichsparteisekretariat vom 28. September 1903, AVA, SD-Parteistellen Karton 103.
- 50) Brief Hermann Leibfrieds an das Reichsparteisekretariat vom 13. Oktober 1903, AVA, SD-Parteistellen Karton 103.

- 51) Brief Hermann Leibfrieds an das Reichsparteisekretariat vom 3. Jänner 1904, AVA, SD-Parteistellen Karton 104.
- 52) Brief Hermann Leibfrieds an das Reichsparteisekretariat vom 12. Jänner 1904, AVA, SD-Parteistellen Karton 104.
- 53) Brief Mathias Schwinghammers an das Reichsparteisekretariat vom 7. März 1904, AVA, SD-Parteistellen Karton 104.
- 54) Brief Mathias Schwinghammers an das Reichsparteisekretariat vom 3. August 1904, AVA, SD-Parteistellen Karton 104.
- 55) Brief Franz Schratteneckers an das Reichsparteisekretariat vom 19. Dezember 1904, AVA, SD-Parteistellen Karton 104.
- 56) Ebd.
- 57) Brief Hermann Leibfrieds an das Reichsparteisekretariat vom 12. Dezember 1904, AVA, SD-Parteistellen Karton 104.
- 58) Brief Heinrich Settles an das Reichsparteisekretariat vom 14. April 1905, AVA, SD-Parteistellen Karton 104.
- 59) Brief Hermann Leibfrieds an das Reichsparteisekretariat vom 20. September 1905, AVA, SD-Parteistellen Karton 104.
- 60) Brief Hermann Leibfrieds an das Reichsparteisekretariat vom 12. Jänner 1904, AVA, SD-Parteistellen Karton 104.
- 61) VW Nr. 42/1918.
- 62) Brief Hermann Leibfrieds an das Reichsparteisekretariat vom 9. Oktober 1905, AVA, SD-Parteistellen Karton 104.
- 63) Brief Eduard Ertls an das Reichsparteisekretariat vom 3. Februar 1906, AVA, SD-Parteistellen Karton 105.
- 64) Brief Eduard Ertls an das Reichsparteisekretariat vom 21. Februar 1906, AVA, SD-Parteistellen Karton 105.
- 65) VZ Nr. 6/1907.
- 66) VZ Nr. 19/1907.
- 67) VZ Nr. 43/1907.
- 68) VZ Nr. 42/1907.
- 69) Ebd.
- 70) VV Nr. 110/1907.
- 71) Berechnet nach den im VV Nr. 110/1907 veröffentlichten Wahlergebnissen.
- 72) Brief Eduard Ertls an das Reichsparteisekretariat vom 14. Jänner und vom 23. Jänner 1909, AVA, SD-Parteistellen Karton 106.
- 73) VV Nr. 107/1909; VV Nr. 111/1909.
- 74) Brief Eduard Ertls an das Reichsparteisekretariat vom 23. Jänner 1909, AVA, SD-Parteistellen Karton 106.
- 75) VZ Nr. 18/1902; VZ Nr. 53/1904; VZ Nr. 43/1905; VZ Nr. 22/1908.
- 76) VV Nr. 45/1912.
- 77) Brief Hermann Leibfrieds an das Reichsparteisekretariat vom 12. November 1912, AVA, SD-Parteistellen Karton 109.
- 78) Die Gewerkschaft Nr. 7/1911.
- 79) Deuring, Hermann: Jodok Fink, Wien 1932, S. 172.
- 80) Brief Eduard Ertls an das Reichsparteisekretariat vom 12. Mai 1911, AVA, SD-Parteistellen Karton 107.
- 81) VW Nr. 27/1911.
- 82) Ebd.
- 83) VV Nr. 283/1911; VW Nr. 28/1911.
- 84) VV Nr. 283/1911.

- 85) Ebd.
- 86) Brief Eduard Ertls an das Reichsparteisekretariat vom 24. Dezember 1912, AVA, SD-Parteistellen Karton 109.
- 87) Brief Hermann Leibfrieds an das Reichsparteisekretariat vom 18. März 1914, AVA, SD-Parteistellen Karton 112.
- 88) Brief Hermann Leibfrieds an das Reichsparteisekretariat vom 3. August 1914, AVA, SD-Parteistellen Karton 113.
- 89) VW Nr. 27/1914.
- 90) VW Nr. 28/1914.
- 91) VW Nr. 35/1914.
- 92) Brief Hermann Leibfrieds an das Reichsparteisekretariat vom 23. Oktober 1914, AVA, SD-Parteistellen Karton 113.
- 93) Ebd.
- 94) VW Nr. 43/1914.
- 95) VW Nr. 9/1915.
- 96) VW Nr. 21/1915.
- 97) VW Nr. 30/1915.
- 98) VW Nr. 25/1915.
- 99) Ebd.
- 100) VW Nr. 39/1916; VW Nr. 12/1918.
- 101) VW Nr. 50/1915.
- 102) VW Nr. 38/1917.
- 103) VW Nr. 16/1915.
- 104) VW Nr. 23/1915.
- 105) VW Nr. 3/1916.
- 106) VW Nr. 14/1916.
- 107) VW Nr. 50/1916.
- 108) VW Nr. 50/1914.
- 109) VW Nr. 3/1917.
- 110) VW Nr. 16/1917.
- 111) VW Nr. 12/1917.
- 112) VW Nr. 18/1917.
- 113) Ebd.
- 114) VW Nr. 48/1917.
- 115) VW Nr. 17/1918.
- 116) VW Nr. 42/1918; AZ Nr. 290/1918.
- 117) VV Nr. 117/1897; VV Nr. 126/1897.
- 118) VV Nr. 121/1897.
- 119) Ebd.
- 120) VW Nr. 23/1910; VW Nr. 8/1911.
- 121) VW Nr. 31/1910.
- 122) Brief Brigita Ulrichs an Ferdinand Skaret vom 28. Oktober 1901, AVA, SD-Parteistellen Karton 102.
- 123) VZ Nr. 50/1907.
- 124) VZ Nr. 23/1910.
- 125) VW Nr. 6/1914.
- 126) VZ Nr. 18/1904; VZ Nr. 3/1908; VW Nr. 26/1910; VZ Nr. 120/1909; VV Nr. 250/1911;
- 127) VZ Nr. 33/1908.
- 128) VV Nr. 1/1894.

- 129) VV Nr. 5/1894.
- 130) Brief Franz Pechotas an Ferdinand Skaret vom 13. Oktober 1903, AVA, SD-Parteistellen Karton 103; VZ Nr. 21/1899.
- 131) Brief Franz Pechotas an Ferdinand Skaret vom 13. Oktober 1903, AVA, SD-Parteistellen Karton 103.
- 132) VZ Nr. 32/1908.
- 133) VV Nr. 2/1912.
- 134) VZ Nr. 36/1904.
- 135) VZ Nr. 150/1908.
- 136) VZ Nr. 85/1909.
- 137) VZ Nr. 30/1908.
- 138) VW Nr. 31/1910; VW Nr. 2/1915.
- 139) VV Nr. 18/1906.
- 140) VZ Nr. 30/1908.
- 141) Malin, August: Der Radsport und seine Bedeutung für die Arbeiterschaft oder für das Bürgertum. In: Der freie Radler. Organ des Arbeiter-Radfahrer-Verbandes Vorarlberg, Jg. 1927, Heft 2, S. 1-2.
- 142) VW Nr. 4/1911.
- 143) VW Nr. 8/1910.
- 144) VW Nr. 39/1914.
- 145) VW Nr. 23/1917.
- 146) VW Nr. 22/1910.
- 147) VW Nr. 50/1914.
- 148) Die Gewerkschaft Nr. 2/1896.
- 149) Die Gewerkschaft Nr. 12/1897.
- 150) Ebd.
- 151) Brief Thomas Lorenz' an das Reichsparteisekretariat; o.D. (1899), AVA, SD-Parteistellen Karton 101; Brief Josef Harrichs an das Reichsparteisekretariat vom 2. Februar 1900, AVA, SD-Parteistellen Karton 102.
- 152) Die Textilindustrie Nr. 3/1904.
- 153) VV Nr. 242/1903.
- 154) Die Textilindustrie Nr. 16/1904.
- 155) VV Nr. 124/1903.
- 156) VZ Nr. 17/1906.
- 157) Ebd.
- 158) VZ Nr. 21/1906.
- 159) VZ Nr. 34/1906.
- 160) Ebd.
- 161) AB (Arbeiterblatt) Nr. 2/1908.
- 162) VZ Nr. 10/1908.
- 163) VW Nr. 28/1910.
- 164) Die Gewerkschaft Nr. 6/1909; Nr. 6/1910; Nr. 7/1911; Nr. 6/1912.
- 165) Ebd.
- 166) Die Gewerkschaft Nr. 4-5/1901; Nr. 6/1910; Nr. 10/1914.
- 167) Klenner, Fritz: Die österreichischen Gewerkschaften. Vergangenheit und Gegenwartsprobleme, Band 1. Wien o.J. (1951), S. 284.
- 168) VV Nr. 50/1894.
- 169) Die Gewerkschaft Nr. 2/1896.
- 170) Die Gewerkschaft Nr. 4-5/1901.
- 171) Union der Textilarbeiter Österreichs. Bericht über die Tätigkeit in der 6. Verwaltungsperiode. Wien 1913, S. 93.

- 172) Ebd.
- 173) Ebd., S. 96.
- 174) VW Nr. 7/1917.
- 175) VV Nr. 201/1893.
- 176) VV Nr. 53/1896.
- 177) VV Nr. 205/1899.
- 178) Schwimmer, Walter und Klinger, Ewald: Die christlichen Gewerkschaften in Österreich. Wien 1972, S. 33.
- 179) VV Nr. 114/1901.
- 180) AB Nr. 10/1909.
- 181) AB Nr. 14/1907.
- 182) AB Nr. 26/1908.
- 183) AB Nr. 7/1909.
- 184) AB Nr. 7/1909.
- 185) Die Gewerkschaft Nr. 6/1910.
- 186) VV Nr. 26/1911.
- 187) AB Nr. 6/1909.
- 188) VV Nr. 65/1914.
- 189) VV Nr. 28/1910.
- 190) VV Nr. 85/1912.
- 191) AB Nr. 8/1909.
- 192) VV Nr. 59/1914.
- 193) Statuten des Katholischen Arbeitervereines in Ludesch. Feldkirch 1909; VLA, Kleine Schriften 47/3.
- 194) Ebd. S. 9.
- 195) AB Nr. 12/1908.
- 196) Ebd.
- 197) AB Nr. 4/1908; AB Nr. 24/1908.
- 198) AB Nr. 13/1907.
- 199) Ebd.
- 200) Ebd.
- 201) Filla, Wilhelm: Zwischen Integration und Klassenkampf. Sozialgeschichte der betrieblichen Mitbestimmung in Österreich. Wien 1981, S. 33.
- 202) VV, 3. April 1907.
- 203) VV Nr. 238/1905.
- 204) AB Nr. 5/1907.
- 205) AB Nr. 42/1909.
- 206) Leitzinger, Franz: Die Bevölkerungsbewegung in Vorarlberg seit 1837 und der Stand der Bevölkerung im Jahre 1890 (Teil II: Die Bewegungsverhältnisse und ihre volkswirtschaftliche Begründung). In: 19. Jahresbericht der k.k. Staats-Unterrealschule Bozen (1895/96). Bozen 1896, S. 12.
- 207) Ebd.; Österreichisches Reichs-Industrie-Adressbuch. Wien 1901, S. 193.
- 208) Zitiert nach: Cronbach, Else und Drexel, Karl: Zur Frage einer internationalen Regelung der Arbeitsbedingungen in der Schifflestickerie-Industrie. Wien 1910, S. 26 f.
- 209) Bericht der k.k. Gewerbeinspektoren über ihre Amtstätigkeit im Jahre 1907. Wien 1908, S. 224 f.
- 210) Bericht der k.k. Gewerbeinspektoren über ihre Amtstätigkeit im Jahre 1908. Wien 1909, S. 227.

- 211) AB Nr. 2/1907.
- 212) AB Nr. 10/1909.
- 213) VV Nr. 48/1910.
- 214) VV Nr. 26/1895.
- 215) VV Nr. 47/1892.
- 216) VZ Nr. 82/1909.
- 217) VV Nr. 114/1901.
- 218) VV Nr. 243/1901.
- 219) VV Nr. 24/1906.
- 220) VW Nr. 22/1912; VV Nr. 264/1913.
- 221) Schwimmer (Anm. 178), S. 40 ff.
- 222) AB Nr. 29/1908.
- 223) VV Nr. 15/1910.
- 224) AB Nr. 12/1907.
- 225) VZ Nr. 57/1906.
- 226) AB Nr. 38/1908.
- 227) AB Nr. 2/1909; AB Nr. 29/1909.
- 228) AB Nr. 6/1907.
- 229) AB Nr. 4/1907.
- 230) AB Nr. 9/1907.
- 231) AB Nr. 17/1907.
- 232) Ebd.
- 233) Union der Textilarbeiter Österreichs: Bericht über die Tätigkeit in der 6. Verwaltungsperiode. Wien 1913, S. 95.
- 234) Ebd.; Gewerkschaft Nr. 9/1913.
- 235) Brüstle, Ferdinand: Die Entstehung und Entwicklung der Vorarlberger Stickerei. Dornbirn 1965, S. 26.
- 236) Altenburger, Erwin: 25 Jahre christlicher Textilarbeiterverband. Wien 1930, S. 3.
- 237) Verband christlicher Textilarbeiter Österreichs: Geschäftsbericht für die Zeit von 1. Jänner 1907 bis 1. Jänner 1909. Wien 1910, S. 45.
- 238) Ebd.
- 239) VV Nr. 70/1909.
- 240) AB Nr. 15/1908.
- 241) VZ Nr. 12/1904.

Italiener in Vorarlberg 1870–1914: Materielle Not und sozialer Widerstand

Robert Sutterlütli

INDUSTRIALISIERUNG: HUNGER NACH BILLIGER ARBEITSKRAFT

Vorarlberg ist seit seiner zweiten Industrialisierungsphase (1870–1914) ein klassisches Arbeiter-Einwanderungsland. Die vor dem Ersten Weltkrieg in der Vorarlberger Industrie beschäftigten fremden Arbeitskräfte waren zu etwa gleichen Teilen Ostösterreicher und Italiener. Dabei erreichte der Anteil dieser Zuwanderer bis zu 45% der Vorarlberger Industriearbeiter (1). In manchen erst kurz vor 1900 eingeführten Industriezweigen – wie der Wollindustrie und der Textilveredlung – stellten die fremden Arbeiter 60 bis 70% der Beschäftigten, darunter die Italiener allein über 40%. In der Baumwollspinnerei waren sogar 58% der Beschäftigten Italiener – meist Frauen (2).

Diese Zuwanderer waren nicht lediglich das menschliche "Rohmaterial" für den industriellen Aufschwung Vorarlbergs. Sie entwickelten vielmehr auch eine politische und kulturelle Dynamik, die der jüngeren Geschichte dieses Landes – und vor allem seiner Arbeiterbewegung – durchaus ihren Stempel aufdrückte: Die Arbeiterbewegung in Vorarlberg vor dem Ersten Weltkrieg war großteils von zugewanderten ostösterreichischen und italienischen Arbeitern getragen.

Die Vorarlberger Arbeiterschaft vor dem Ersten Weltkrieg war gekennzeichnet durch die Spaltung in Einheimische und in fremde Zuwanderer. Die einheimischen Arbeiter hatten zwar ein sehr schlechtes Auskommen, aber infolge eines gewissen Rückhalts in kleinem landwirtschaftlichen Besitz und etwa 10–20% höherer Löhne immer noch ein besseres Leben als die Arbeitseinwanderer, die z.T. Löhne unter dem Existenzminimum erhielten.

Die unterschiedliche Lebensweise außerhalb des Arbeitsprozesses und die geringe Besserstellung der einheimischen Arbeiter reichten offenbar aus, um Zusammenhalt und Solidarität unter den Arbeitern im Kampf gegen Ausbeutung und um bessere Lebensbedingungen zu erschweren bzw. zu verhindern – für die großen

Industriellen, die Arbeitskräfte außerhalb des Landes anwarben und Fremdarbeiter beschäftigten, eine angenehme Situation: Aus den zugewanderten Arbeitern ließen sich hohe Gewinne herauspressen; sie stellten das Reservoir der Verschleiß-Arbeitskräfte, die man für die gesundheitsschädlichsten und gefährlichsten Arbeiten (z.B. "Todeskommandos" bei Sprengarbeiten in Steinbrüchen) einsetzte, zugleich aber waren die fremden Arbeiter in ihrem Kampf gegen diese Elendsbedingungen weitgehend isoliert.

Die einheimische Arbeiterschaft hingegen verhielt sich in der Regel loyal gegenüber den "eigenen" Unternehmern; sie identifizierte sich mit Betrieb, Regierung und Land, hing mehrheitlich der Christlichsozialen Partei an und grenzte sich gegen die zugewanderten "Habenichtse" ab, die in dem konservativ geprägten Land bald durch ihre sozialdemokratische Organisation und durch ihre Kampfbereitschaft - die Italiener waren beispielsweise führend an mehreren Streiks beteiligt - auffielen. Die sozialdemokratischen Arbeitervereine bemühten sich um eine Überwindung ethnischer Grenzen zwischen den Arbeitern.

Die offizielle Statistik von 1880 gibt den Anteil der Italiener an der Vorarlberger Gesamtbevölkerung mit 1,5% an; 1900 betrug er 5% oder 7.306 Personen (3). Die tatsächlichen Zahlen lagen jedoch beträchtlich höher (4). Die "Südmark" - ein deutschnationaler Verein in Vorarlberg, der sich den Kampf gegen die italienische "Überfremdung" zum Ziel gesetzt hatte - schätzte in einer Stellungnahme von 1907 den Italiener-Anteil sogar auf 10% (5).

Bei den italienischen Einwanderern handelte es sich zum Großteil um Italiener österreichischer Staatsangehörigkeit, nämlich um "Welschtiroler" aus dem Gebiet des Trentino, das damals zum Kronland Tirol gehörte. Die einwandernden Trentiner kamen überwiegend aus dem Val Sugana (Distrikt Borgo), einem Dolomiten-Tal östlich von Trient. Etwa ein Fünftel der Einwanderer stammte aus Italien selbst, und zwar aus dem an das Trentino angrenzenden Venetien.

Gerade in die Zeit des industriellen Aufschwungs anderer Regionen fiel der Niedergang des trentinischen Kleingewerbes. Ein Hauptgewerbe des Trentino - die Seidenspinnerei - schrumpfte zwischen 1870 und 1905 um fast 90%, wodurch 7.300 Arbeitskräfte "freigesetzt" wurden (6). Der Bergbau mußte fast völlig eingestellt werden. Da auch die Landwirtschaft keine Überlebensmöglichkeiten bot, mußten in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg Tausende Menschen auswandern.

Gleichzeitig mit dem Niedergang der trentinischen Wirtschaft nahm die Vorarlberger Industrie des Rheintals und des Walgaus



Bahnhof von Borgo um 1910: zentrale Bahnstation für trentinische Arbeiterinnen und Arbeiter bei der Auswanderung nach Vorarlberg

einen enormen Aufschwung. Zwischen 1870 und 1900 wurden hier viele Betriebe stark erweitert und die alten Maschinen durch neue, leistungsstärkere ersetzt. Die Vorarlberger Industrie holte nun die Arbeitskräfte dort, "wo sie zahlreich und daher billig waren" (7): Italienisch-Tirol war innerhalb Österreich-Ungarns das nächstliegende Gebiet, das durch sein großes Arbeitskräftereservoir zum Ziel von Anwerbern Vorarlberger Baumwollfirmen wurde.

Im ersten Jahrzehnt der italienischen Einwanderung - zwischen 1870 und 1880 - trat nun der paradoxe Effekt auf, daß mehr Vorarlberger aus- als Italiener einwanderten (8). Das hängt wahrscheinlich mit dem Ruin des bäuerlichen Heimgewerbes durch die neue Mechanisierung der Industrie zusammen: Den Handwebern und -weberinnen wurden die Arbeitsverträge von den Unternehmern gekündigt. Da die Landwirtschaft allein sie nicht ernähren konnte, hätten sie nun zu Fabrikarbeitern werden müssen - da aber stießen sie auf die Konkurrenz der billigeren landfremden Arbeiter. Eine Konsequenz war die Auswanderung. Das katholisch-konservative "Vorarlberger Volksblatt" charakterisierte die

Situation 1877 in einem Bericht über "Die wälsche Kolonie in Bürs-Bludenz":

"Unzählige Arbeiter haben durch ihren Fleiß, ihren Geist und ihre Redlichkeit mitgewirkt, daß die 'Herren' reich geworden sind. Diese Arbeiter waren aber - die Chargen ausgenommen - durchgehends oder doch zum größten Teile Vorarlberger. Im Laufe der Zeit ist es aber anders gekommen und dermalen liefert Wälschland das größte Kontingent der Arbeiter für die Fabriken in Bürs-Bludenz. Außerhalb der Fabrik, 'auf dem Lande', war früher eine bedeutende Anzahl von Webern und Weberinnen für die Herren tätig. Das ist fast mit einem Male anders geworden, diese Weber und Weberinnen, von denen viele 20 oder mehr Jahre für die Herren gewoben, erhalten nun keine Arbeit mehr" (9).

1892, als der Italiener-Strom nach Hard, Rieden und Kennelbach aufgrund der Anwerbetätigkeit der Firma Jenny & Schindler erst begonnen hatte, berichtete das "Vorarlberger Volksblatt" von einer "großen Anzahl beschäftigungsloser armer Arbeiter in Hard" und verlieh der Hoffnung Ausdruck, "daß der Plan der Herren Schindler, womöglich eine neue Fabrik zu bauen, bald in die Tat umgesetzt werde". Die zahlreichen, von der Firma angeworbenen trentinischen Arbeiter hatten die Löhne inzwischen so gedrückt, daß "ein Vater mit der bescheidensten Familie nicht leben kann, wenn er auch nur Polenta und Brot ißt" (10).

Da es den Industriellen vornehmlich um die Verfügung über billigste Arbeitskräfte ging, waren 1910 fast 60% der im Land lebenden italienischen Industriearbeiterschaft weiblich. In der Baumwoll- und Wollindustrie erreichte der Anteil der Frauen unter den Italienern gar 80% (11). Die stark zergliederten Arbeitsprozesse der Textilindustrie boten die Möglichkeit, kaum ausgebildete Arbeitskräfte anzustellen. Bei den Italienerinnen handelte es sich um Mädchen und Frauen im Alter zwischen 16 und 30 Jahren, die noch den zusätzlichen Vorteil boten, gefügiger und anpassungswilliger als Männer zu sein.

Die italienische Zuwanderung konzentrierte sich vorrangig auf die Industriegemeinden im Raum Bludenz-Bürs und Hard-Kennelbach. Hier waren die aufstrebenden baumwollverarbeitenden Firmen angesiedelt: die Firma Getzner, Mutter & Cie. mit ihren Betriebsstandorten in Bludenz, Bürs und Nenzing, die Firma Jenny & Schindler mit ihren Niederlassungen in Hard und Kennelbach, die Firma Carl Ganahl mit ihren Betrieben in Feldkirch-Tisis und Frastanz sowie die Firma Kastner in Thüringen im Walgau. Gemeinsam mit den Dornbirner Firmen F.M. Hämmerle und Franz

M. Rhomberg beherrschten sie die Vorarlberger Baumwollspinnerei - den wichtigsten Industriezweig des Landes (12).

Die ersten Italiener kamen vermutlich auf Veranlassung der Bludener Firma Getzner, Mutter & Cie. ins Land: Die Firma erweiterte 1869/70 ihren Spinnereibetrieb "Lünersee" in Bürs; 1882 ergänzte sie die Bludener Baumwollspinnerei durch eine Färberei; 1885 ging der Baumwollspinnereibetrieb "Neu Klärenbrunn" bei Bludenz in Betrieb (13).

In Bürs und Bludenz siedelten 1880 bereits jeweils 250 Italiener. In Bludenz nahm ihre Zahl bis 1900 auf über 1000 zu; 1914 stammten 29,7% der in Bludenz getauften Kinder aus italienischen Familien (14). Nach 1880 vergrößerte auch die Firma Jenny & Schindler ihre Betriebe in Hard und Kenneibach. In den Gemeinden Hard und Rieden (Bregenz-Vorkloster und Kennelbach) betrug die Zahl der Italiener 1910 jeweils ca. 750. Nach Angaben des bischöflichen Generalvikariates Feldkirch lebten 1913 in Hard schon weit mehr Italiener, nämlich 1300-1500 (40% der Harder Bevölkerung), in Kennelbach 700, in Bregenz-Rieden 400, in Wolfurt ebenfalls 400 (15). In diesen vier Gemeinden des Unterlandes lebten also 1913 zusammen ca. 3000 Italiener - gegenüber 1700, die in der offiziellen Bevölkerungsstatistik für das Jahr 1910 angegeben sind.

Im Raum Feldkirch (Feldkirch, Altenstadt, Tisis) lebten 1910 ca. 1000 Italiener (8% der Einwohner), in den Walgaugemeinden Frastanz und Nenzing zusammen ca. 500 (ca. 10%). Gering war der Italieneranteil lediglich im stark industrialisierten Dornbirn - 600 Personen oder 3,6% laut offizieller Statistik (16).

Bestimmte Großprojekte brachten italienische Arbeiter oft nur für kurze Zeit ins Land - Maurer, Steinbrecher, Tagelöhner. Sie waren etwa beim Bau der Bahnlinie Bregenz-Bludenz in den Jahren vor 1870 oder beim Bau der Arlbergbahn (1880-1883) beschäftigt; an die 200 Italiener lebten damals in Klösterle - getrennt von der übrigen Bevölkerung - in Barackensiedlungen.

LÖHNE UND SOZIALE LAGE

"Die Kleinheit unserer Fabriklöhnungen", schrieb das "Vorarlberger Volksblatt" 1884, "fällt deshalb weniger in die Augen, weil eine Großzahl von Familien nicht rein von der Fabrik leben muß, sondern noch einige Bauernschaft besitzt, so daß Bauernschaft und Fabriksgeld den Lebensunterhalt bestreiten... Familien aber,

die keinen Acker eigen nennen, nähren sich mit den Fabrikkreuzern und mit den Almosen guttätiger Vereine... Diese Nahrung ist aber langsamer Hungertod" (17)..

Das war wohl keine Übertreibung. Denn in den Jahren, als die ersten italienischen Familien ins Land kamen, lagen die Löhne für weibliche und fremde Arbeitskräfte unter dem Existenzminimum. Der Reallohn in der Baumwollindustrie betrug für Frauen 1871 65%, 1885 136% und 1892 98% des Existenzminimums, für Männer 1871 115%, 1885 169% und 1892 130% des Existenzminimums (18). Für die italienischen Arbeitskräfte bedeuteten diese Löhne den nackten Hunger - hatten sie ja meistens noch Familien mit durchschnittlich fünf bis zehn Kindern (19) zu erhalten. Für viele italienische Familien war deshalb häufig der Bettel die einzige Möglichkeit, sich am Leben zu erhalten. Das "Vorarlberger Volksblatt" beklagte sich schon 1878, "daß Blumenegg (Raum Bludenz-Thüringen; Anm.d.Verf.) - und zwar nicht zum Vortheil seiner einheimischen Fabrikarbeiter - von den herbeigezogenen wälschen Familien in so uneigennützig Weise heimgesucht und von der ohne allen Unterricht wild aufwachsenden wälschen Jugend nach allen Ecken und Enden hin förmlich ausgebettelt wird" (20).

Im selben Jahr berichtete das "Volksblatt" von einer Menge "halb nackter Kinder wälscher Fabrikarbeiter, ... die würdig und unwürdig sich an den Hausthüren ablöst. Für wahr, jede Gemeinde hätte schon an den eigenen Armen ein hinreichendes Kontingent, um Werke der Barmherzigkeit zu üben!" (21). Und 1885 hieß es unmißverständlich: "Das Landvolk muß das herumziehende Volk erhalten und den Fabriksherren die Millionen verdienen helfen" (22).

Und obwohl das reale Einkommen der Arbeiter zwischen 1870 und 1914 stieg und um 1895 das Betteln italienischer Kinder abnahm, blieben die Löhne im Verhältnis zu den Profiten äußerst bescheiden. Während in Vorarlberg ein Baumwollarbeiter 1914 aufgrund der Einführung neuer Maschinen dreimal so viel wie 1860 produzierte (23), stieg der Reallohn im selben Zeitraum nur um ca. 70% (24). Für das Jahr 1895 errechnet Manfred Scheuch aufgrund der wenigen eruierbaren Zahlen - Jahreslöhne, Produktionswerte der in den Baumwollspinnereien erzeugten Garne sowie Baumwollpreise - folgendes Verhältnis von Löhnen und Unternehmengewinnen in der Vorarlberger Baumwollindustrie (25):

Löhne für die 3000 Baumwollspinner(innen)	750.000 Gulden
Gewinne	1.540.000 Gulden

Der Alltag der Fabriksarbeiter war geprägt von langen Arbeitszeiten: In den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts waren es 13 bis 14 Stunden am Tag, dann 12 Stunden, und zu Beginn unseres Jahrhunderts wurde der 10-Stundentag durch Arbeitsniederlegungen, bei denen die Italiener eine treibende Rolle spielten, erkämpft.

Die Fabriksordnungen, denen sich jeder Arbeiter zu unterwerfen hatte und von denen einige in italienischer Sprache erhalten sind (z.B. der "Regolamento di fabbrica dell' i.r. Cotonificio priv. in Feldkirch di Carl Ganahl & Co." - Fabriksordnung der k.k. Baumwollspinnerei in Feldkirch von Carl Ganahl & Co.) waren äußerst hart.

Über besonders willkürliche Bestimmungen in der Spinnerei der Firma Schindler in Kennelbach, in der sehr viele Italiener und Italienerinnen arbeiteten, berichtete das "Vorarlberger Volksblatt" 1886. Es herrschte in der Fabrik Redeverbot. Dem, der "nur das leiseste Wort mit den Genossen seines Schicksals, den Mitarbeitern wechselt, wurden bis zu 60 kr (2/3 eines Taglohnes; Anm.d.Verf.) am Zahltag in Abzug gebracht" (26).

Auch außerhalb des Arbeitsplatzes lebten die Einwanderer meist unter trostlosen Bedingungen. In vielen Industrieorten wohnten die italienischen Familien und Jugendlichen überwiegend getrennt von der ortsansässigen Bevölkerung in unternehmenseigenen und den Fabriken angeschlossenen "Arbeiterkolonien" bzw. Häusern. Sie waren an solche Behausungen gefesselt, da der karge Lohn für Privatquartiere oft nicht ausreichte, wo Mieten das halbe Monatseinkommen übersteigen konnten.

Für ledige italienische Arbeiterinnen gab es fabrikseigene Heime, in denen die Mädchen von geistlichen Schwestern betreut und beaufsichtigt wurden, wegen der strengen Regeln jedoch meistens nur kurz blieben (27). Solche Heime standen unter anderem in Bludenz (Tertiarschwestern des Franziskanerordens) und in Kennelbach (Sacra Famiglia).

1891 schilderte das "Volksblatt" die Bedingungen, mit denen sich die zugewanderten Arbeiter in fabrikseigenen Unterkünften abfinden mußten:

"Die 'Gerbe' ... ist eine dem Herrn Samuel Jenny gehörige alte Lotterfalle, vom Erdgeschoß bis zum Dachgiebel mit Leuten angefüllt.. Von diesem Haus bezieht er jährlich 3000 Gulden an Hauszins, mit dem Vorteil, daß er das monatliche Quartiergeld je vom Monatslohn einhebt oder abzieht. Sehr bequem. Was sollen die armen Leute dagegen machen? Wenn's ihnen nicht gefällt, so



Italienerinnen und Italiener vor einem Arbeiterhaus der Fa. Ganahl in Frastanz um 1910

können sie ja gehen, es stehen wirklich zehn andere dafür vor der Türe" (28).

Noch fast zehn Jahre später, nämlich 1899, berichtete der Gewerbeinspektor nach der immer wieder aufgeschobenen Sanierung einiger Arbeiterhäuser der gleichen Firma Jenny in Hard: "Es ist nicht gerade ein erhebendes Schauspiel, zu sehen, wie eine der ersten Firmen des Aufsichtsbezirkes sich erst nach wiederholten, fruchtlosen Vorstellungen ... dazu bequemt, ihre Arbeiterhäuser in einen menschenwürdigen Zustand zu bringen" (29).

Die Unterkünfte der italienischen Arbeiter waren oft mit Menschen vollgestopft. In Hard etwa waren 1899 13 erwachsene Menschen in zwei Kammern untergebracht (30). Da die Mieten in Privatquartieren wegen der Wohnungsknappheit für einen einzelnen zugewanderten Arbeiter unerschwinglich waren, gab es viele Untermieter und Bettgeher, die sich die Schlafstätte mit anderen teilten. Manche hatten überhaupt keine Unterkunft: Die Verurteilungen wegen Vagabundage lagen in Vorarlberg vor 1890 im Verhältnis zur Einwohnerzahl um 50% über dem österreichischen Durchschnitt. Viele fremde Arbeiter verbrachten die Nächte sogar

auf dem Fußboden der Fabrikräume - so bei Jenny und Schindler. Im "Vorarlberger Volksblatt" finden sich auch Meldungen (z.B. am 15.4.1905) über Italiener, die auf freier Flur erfroren waren.

Die Lebensbedingungen der Industriearbeiter hatten auch katastrophale Folgen für ihren Gesundheitszustand. Die Fabriksgeneration, die den Grundstein für die Industrialisierung Vorarlbergs gelegt hatte, trug, - so das "Volksblatt" - "das Merkmal der physischen Verelendung auf der Stirne" (31). Der Bludenzner Arzt Dr. Alfred Epple, der fast alle in die Bludenzner und Bürser Textilfabriken neu eintretenden Arbeiterinnen untersuchte, stellte fest, daß Mädchen, die gesund ihre Arbeit begannen, meist schon nach vier bis sechs Wochen nervös und kränzlich aussahen (32). Berichten der Vorarlberger Krankenkassen zufolge waren die italienischen Arbeiterinnen schneller zerrüttet als die einheimischen.

Meine Untersuchung der im Stichjahr 1886 im "Vorarlberger Volksblatt" angegebenen 102 Sterbefälle in den Städten Bregenz, Dornbirn, Feldkirch und Bludenz ergab - unter Ausklammerung von Kindern unter sechs Jahren - eine eklatante Differenz zwischen der durchschnittlichen Lebenserwartung der Arbeiter und jener der übrigen Bevölkerung. Sie betrug

für Arbeiter (Fabriksarbeiter, Tagelöhner, Handwerksgehilfen, Bahnarbeiter, Bauarbeiter, Maurer)	36,3 Jahre,
für die übrige Bevölkerung	56,9 Jahre.

Tuberkulose, die noch 1914 mit 18,6% die Haupttodesursache in den Kronländern der Monarchie war (33), und andere Mangelkrankheiten beendeten das Leben fast jedes zweiten Arbeiters im Alter von 20 bis 30 Jahren.

Unter solchen Umständen eröffnete sich einem anderen Berufsstand ein breites Betätigungsfeld - den Seelsorgern. In Bludenz waren von ca. 1878 bis nach 1930 insgesamt sechs trentinische Priester tätig, die von der Firma Getzner, Mutter & Cie. ausgewählt und bezahlt wurden, aber auch gekündigt werden konnten. Die Italiener hatten für ihre Gottesdienste eine eigene Kapelle. Die Einsetzung des ersten Priesters ging auf eine von ungefähr 50 - meist analphabetischen - Familienvätern unterzeichnete Bittschrift der "wälschen Colonie" zurück, die an den Fürstbischof von Trient gerichtet war (34). Im Unterland war ein Orden mit der Italienerseelsorge beauftragt. Jeden Sonntag gab es italienische Gottesdienste abwechselnd in Hard, Kennelbach und Wolfurt. Die Unternehmer Jenny und Ganahl

weigerten sich wegen ihrer liberalen Gesinnung, den Bitten des Generalvikariats Feldkirch um einen finanziellen Beitrag für einen italienischen Priester nachzukommen, obgleich sich das bischöfliche Generalvikariat redlich bemüht hatte, den beiden Unternehmern die Seelsorge mit dem Hinweis auf deren politische Rolle schmackhaft zu machen. So begründete auch das Generalvikariat 1913 dem Fürstbischof von Trient gegenüber die Bitte um Unterstützung bei der Seelsorge unter den italienischen Arbeitern mit dem Argument:

"In Österreich müsse man doch noch viel mehr Interesse haben, daß nicht die Socialdemocratie oder gar der Anarchismus unter den Italienern Fortschritte mache" (35).

VORARLBERG UND DIE "FREMDEN"

Von den beiden bürgerlichen Parteien des Landes, den Christlich-sozialen und den Liberalen, standen anfangs nur die Christlich-sozialen der italienischen Einwanderung ablehnend gegenüber. Sie kritisierten die Anwesenheit billiger fremder Arbeitskräfte, die einigen großen Fabrikanten höhere Gewinne ermöglichte, der übrigen Bevölkerung jedoch Kosten auferlegte. 1871 spottete das "Vorarlberger Volksblatt" über die von den Liberalen propagierte Maxime: "Angebot und Nachfrage - ein sauberer Grundsatz. Nach diesem Grundsatz macht der Große umso bessere Geschäfte, je mehr Hungerleider im Lande sind..." (36).

Diese Kritik an den Unternehmern wich bald einer Kritik an den Zugewanderten selbst - die fremden Arbeiter würden den Mittelstand durch das Bettelwesen und die Armenfürsorge der Gemeinde unerträglich belasten. Außerdem seien sie ein Schandfleck im Lande; sie würden bürgerliche Werte und Normen bedrohen und negative sittliche Einflüsse ausüben. So schrieb das "Vorarlberger Volksblatt" im Jahre 1900:

"Nachdem ... sich unter der großen fremden Arbeiterschaft eines Industrieortes, wie Bludenz, eine bedeutende Anzahl zweifelhafter Elemente befinden, so steht in Aussicht, daß, wenn deren Aufenthalt auch fernerhin in der Stadtgemeinde Bludenz geduldet wird, die einheimische Bevölkerung sowohl finanziell, als auch insbesondere in sittlich-moralischer Hinsicht bedeutend geschädigt wird... Die Zahl der fremden Arbeiter übersteigt ... nicht selten in mancher Gemeinde die Zahl der einheimischen Bürger... Zu leugnen aber ist nicht, daß das Gros der Arbeiter

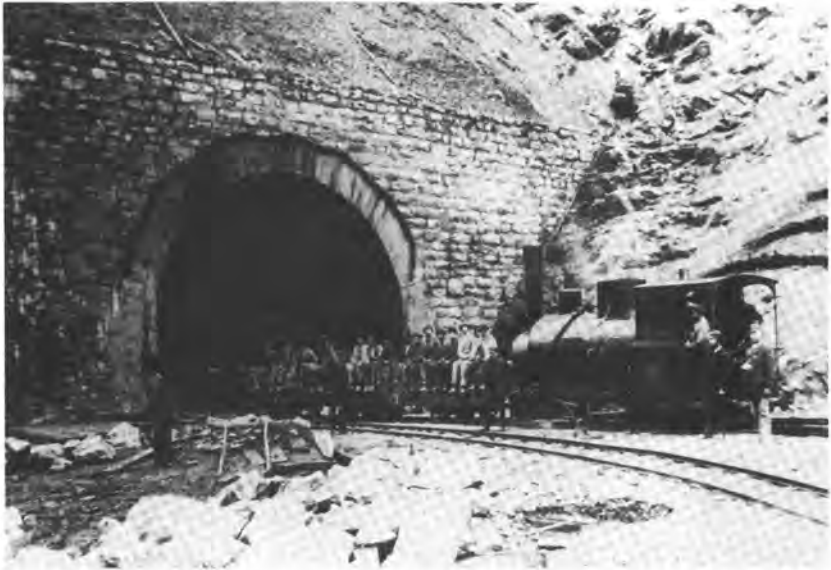
in moralischer und wirtschaftlicher Hinsicht mehr oder weniger ungesund aussieht...

Mit Grund ist zu fürchten, daß jene Bürger, welche in Fabrikgemeinden Besitz oder Vermögen haben, bei den zur Zeit bestehenden Normen der Armenversorgung über ihre Leistungsfähigkeit werden in Anspruch genommen werden. Sie werden mutlos sein und glauben, die Welt sei zum Erdrücken voll Soci" (37).

Es stimmt zwar, daß die Kriminalitätsrate bei den zugewanderten Arbeitern höher war als in der einheimischen Bevölkerung. Die meisten Verbrechen waren aber Diebstähle, die auf die Entlohnung unter dem Existenzminimum zurückgingen. Gleichzeitig zogen die Christlichsozialen gegen die Armenfürsorge zu Felde.

Mit anderen Argumenten wandten sich deutschnationale Gruppen wie die "Südmark" gegen die Italiener. An sich standen diese Gruppen der Liberalen Partei nahe, die die Interessen jener Unternehmer vertrat, die die Fremdarbeiter letztlich ins Land geholt hatten. Diese deutschnationalen Vereinigungen, die sich vorwiegend auf Geschäftsleute und Kleinunternehmer stützten, führten ihren Kampf gegen die "Überfremdung", gegen das "Gespenst der Zweisprachigkeit des alemannischen, bis vor wenigen Jahren rein deutschen Ländchens" (38). Besonders ab 1907 kam es zu regelrechten Hetzkampagnen der deutschnationalen Tageszeitung "Vorarlberger Volksfreund" (39).

Die Hetze gegen die zugewanderten Arbeiter beschränkte sich nicht auf Angriffe in den Zeitungen: Gemäß § 10 der Gemeindeordnung konnten zugewanderte Arbeiter, die in der Ansiedlungsgemeinde - auch als österreichische Staatsbürger - kein Heimatrecht besaßen, aus dem Gemeindegebiet ausgewiesen werden, falls sie nicht mehr aus eigenen Mitteln den Lebensunterhalt zu bestreiten vermochten und der öffentlichen Armenfürsorge zur Last fielen oder falls sie keinen unbescholtenen Lebenswandel führten. In Bludenz etwa wurden 15- bis 16jährige Jugendliche wegen Diebstahl oder Bettelei aus der Gemeinde ausgewiesen und damit auch von den Eltern getrennt, falls diese nicht ihren Wohnort und Arbeitsplatz aufgeben wollten oder konnten (40). In kleinen Gemeinden betrachtete man die fremden Arbeiter oft als ein vorübergehendes Übel, mit dem die einheimische Bevölkerung möglichst nicht in Berührung kommen sollte. So hob das "Vorarlberger Volksblatt" 1885 nach der Fertigstellung der Arlbergbahnstrecke und nach der Abreise der vielen Bauarbeiter aus Braz lobend hervor, daß die einheimische Bevölkerung "während dieser gefährlichen und kritischen Jahre ... sich fast gänzlich vom geselligen Verkehre mit der fremden Arbeiterschaft



Bauzug am Westportal des Arlbergtunnels, ca. 1882: Beim Bau der Arlbergbahnstrecke waren zahlreiche italienische Arbeiter eingesetzt.

und vom Besuche der Baracken zurückhielt, so daß in Braz z.B. nicht ein einziger Streitfall ... in dieser Richtung vorkam" (41).

DIE ITALIENISCHE ARBEITERSCHAFT ALS POLITISCHER FAKTOR

In der Anfangsphase der Einwanderung - um 1880 - waren die italienischen Arbeiter noch stark von ihrem dörflich-religiösen Milieu geprägt. Die nächste Generation organisierte sich jedoch schon - um die Jahrhundertwende - in Arbeitervereinen, die ihre Aktivitäten auf der Grundlage des Programms der 1888/89 gegründeten österreichischen Sozialdemokratie entfalteten und einen wesentlichen Faktor in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Vorarlbergs darstellten. Italienische Arbeiter spielten auch in den gewerkschaftlichen Fachgruppen vor allem der Textilarbeiter, der

Bauarbeiter und der Bahnarbeiter sowie bei Volksversammlungen und Streiks eine starke Rolle.

Die Organisation der Italiener in der Sozialdemokratie bereitete den bürgerlichen Medien und amtlichen Stellen Vorarlbergs einiges Kopfzerbrechen. So kommentierte das "Vorarlberger Volksblatt" am 12. Jänner 1908 eine Volksversammlung im Vereinshaus in Bludenz, bei der italienische Sozialisten und Sozialistinnen aufgetreten waren:

"Erwiesen hat diese Volksversammlung im Vereinshause zwei bedrückende Umstände, nämlich, daß die Verwelschung der Stadt Bludenz riesige Fortschritte macht und diese Südländer ihrer Menge und Stärke sich bewußt sind, und weiters, daß der Großteil derselben der socialdemocratischen Partei anhängt oder gar schon verschrieben ist."

Diese politische Orientierung der Italiener schlug sich auch bei Wahlen nieder. Schon anlässlich der Gemeinderatswahl in Hard 1900 war von den "Socialdemocraten mit ihrer wälschen Mannschaft" die Rede (42). Bei den Reichsratswahlen 1907, der ersten Wahl mit allgemeinem und gleichem Wahlrecht, führten die Italiener in Hard den Sieg der Sozialdemokraten über die Christlichsozialen herbei - die Sozialdemokratie wurde damit zum ersten Mal in einer Vorarlberger Gemeinde zur stärksten Partei. In Rieden erreichte die Sozialdemokratie gleich viel Mandate wie die Christlichsoziale Partei. In Bludenz und Bürs überholten die Sozialdemokraten die Liberalen.

Die Gründung einer Reihe italienischer Vereine fiel in die Jahre 1898 bis 1902.

1898 wurde in Dornbirn eine "Società Italiana dei Lavoratori e Lavoratrici" (Italienischer Arbeiter- und Arbeiterinnenverein) gegründet (43), 1899 wird die "Società Italiana dei Lavoratori e Lavoratrici Bregenz" aktenkundig. Ab dem Jahr 1900 existieren in Bludenz und Feldkirch und möglicherweise in anderen Gemeinden Vereine mit der gleichen Bezeichnung (44). Alle diese Vereine waren sozialdemokratisch orientiert (45).

Außerdem gab es ab 1900 italienische Arbeiterkonsumvereine, die auch deutschsprachigen Arbeitern und Arbeiterinnen offenstanden, zumindest in Bludenz und Dornbirn. Am 18. März 1900 wurde der "Arbeiterkonsumverein für Bludenz und Umgebung" als Genossenschaft mit beschränkter Haftung gegründet. Den ersten Vorstand bildeten: G. Paluselli, Maurerpolier; L. Depasqua, Fruchthändler; G. Zanghellini, Kohle-Partieführer; D. Bazzanella, Maurer; R. Gottardi, Mineur; G. Armelini, Mineur; S. Bernardin, Heizer bei der Bahn (46). Eine solche Konsumgenossenschaft

ermöglichte es den Mitgliedern, durch den Kauf en gros Lebensmittel billiger als über den herrschenden Privathandel zu erhalten. Das stieß jedoch auf den Widerstand der einheimischen Kaufleute, die ein Jahr nach der Gründung den Konsumverein wegen Befugnisüberschreitung anzeigten (47). Desgleichen reagierte das "Vorarlberger Volksblatt" auf die Gründung des Vereins recht scharf:

"Der Bludenzer welsche 'Arbeiterconsumverein' ist laut Mittheilung eine Schöpfung der hiesigen gut organisierten italienischen Soci und bildet somit ein neues Glied zur moralischen Stärkung der italienischen Rasse. Es werden aber auch Deutsche als Mitglieder des Consumvereines angenommen, woraus die Thatsache resultiert, daß durch den Consumverein die Geschäftsleute beider Nationen, die zusammen eine bedeutende Steuerkraft repräsentieren, in ihrem Verkehr eine starke Einbuße erleiden. Diese unzweifelhafte Schwächung besonders der dt. Kaufleute, bedingt auch eine weitere Zurückdrängung des bedrohten Deutschthums" (48).

Der Arbeiterconsumverein von Dornbirn wurde ebenfalls fast gänzlich von Italienern getragen. Dem Vorstand gehörten elf Italiener und ein Deutschsprachiger an. Sie alle standen im Dezember 1900 vor Gericht, weil die Konsumgenossenschaft in Konkurs gegangen war und "die vorgeschriebenen Handlungsbücher gar nicht oder ... mangelhaft geführt wurden ... und hiedurch das Vergehen gegen die Sicherheit des Eigenthums begangen" worden sei (49).

Ein Beispiel für eine stärkere politische Orientierung des Vereinslebens ist die "Società Italiana dei Lavoratori e Lavoratrici Bregenz". Auf einer Generalversammlung des Arbeiterbildungsvereins Hard - nach eigener Aussage "einer jener Vereine, die treu an den Principien der Socialdemocratie festhalten" - am 10. September 1899 wird dieser italienische Arbeiterverein erstmals erwähnt. Auf dieser Versammlung kritisierte "der bekannte Agitator Filzer aus Hard ... scharf die Lauheit der Genossen... Man möge die italienischen Genossen ansehen und beobachten, mit welchem Feuereifer die arbeiten, u. sie zum Muster nehmen. Filzer ... spricht über die elenden socialen Verhältnisse der Arbeiter in Hard, über die mangelnde Unfallversicherung u. sagt schließlich, daß der Verein gegen die Italiener nicht einen Racenhaß hegt, wohl aber sie haßt, weil sie Lohndrucker sind u. daher können die Italiener nur dann als Genossen angesehen werden, wenn sie eine organisierte Masse sind...

Es wird endlich beschlossen, ... sich mit den Italienern, sobald ihr Verein anerkannt, zu verbinden" (50).

Bei den etwa alle zwei Monate stattfindenden Versammlungen der Società were jeweils zwischen 20 und 60 Personen anwesend. Auf einer Versammlung am 4. Juni 1900 "wurde der Antrag gestellt, dafür Sorge zu tragen, daß eine kräftige Organisation geschaffen werde, damit die Socialdemocratie der italienischen Zunge zu einem mächtigen Faktor heranwachse. Zu diesem Zwecke müsse man sich einen tüchtigen Referenten kommen lassen" (51).

Auf einer Versammlung am 4. Oktober 1900 sprach Carlo Gosetti, Tagelöhner in Bregenz, dem "Anschluß der ital. Socialdemocraten von Bregenz an die deutschen Genossen" das Wort und trat außerdem für eine "Vereinsbibliothek, deren Anschaffung er ein dringendes Bedürfnis bezeichnet, ein" (52).

Wie in italienischen Vereinen um 1900 ein Zusammenschluß mit den deutschsprachigen Arbeitern angepeilt wurde, so wurde auch in deutschsprachigen sozialdemokratischen Arbeitervereinen über einen engeren Kontakt zu den "italienischen Genossen" debattiert. Denn eine nationale Spaltung der Arbeiter sei schädlich, weil dadurch die Löhne gedrückt würden. Solche Debatten gab es bei Versammlungen des Arbeiterbildungsvereins Hard, der Harder Textilarbeiter, der Ortsgruppe Bregenz der Union der Bau- und Holzarbeiter Österreichs sowie des Rechtsschutzvereines Bregenz. Auch anla lich der Fahnenweihe des sozialistischen Bludenzner Arbeiterfortbildungsvereines war - laut "Vorarlberger Volksblatt" vom 3. Juli 1900 - die Rede von der "Verbrüderung ... zwischen dem unverfälschten Deutschthum und den Italianni".

Eine weitere Form politischer Betätigung waren die italienischen Volksversammlungen, die ab dem Ende der neunziger Jahre in Hard, Feldkirch und Bludenz abgehalten wurden. Dabei sprachen teils in Vorarlberg lebende italienische Arbeiter und Arbeiterinnen, teils trentinische und - ab ca. 1907 - reichsitalienische, von der Sozialistischen Partei Italiens geschickte Referenten. Einige Beispiele:

Am 13. August 1900 fand in Hard eine solche Volksversammlung statt, an der gegen 300 Personen teilnahmen und die vom Maurer Josef Toneta einberufen worden war. Auf der Tagesordnung standen: Bericht des Sekretariates von Trentino, die Zuckersteuer, Organisation und Taktik. Es referierte der Arbeiter Silvio Flor. Unter anderem "betonte er insbesondere, daß die massenhaft vorgekommenen Beschlagnahmen und Versammlungsauflosungen die arbeitende Volksklasse gleichsam mit einer Mundperre versehen, daß die Socialdemocratie ein Recht habe zu protestiren u. sie

immer im Rahmen des Gesetzes ihre Stimme ertönen lassen würde. Er bespricht sodann die hohen Ministerpensionen, die großen Ausgaben fürs Militär und macht Propaganda für die Luxus- und progressive Einkommenssteuer..." (53).

Am 28. April 1901 wurde in Bregenz zur Vorbereitung der 1.-Mai-Feier ebenfalls eine italienische Volksversammlung abgehalten. Dabei erinnerte der Bahnarbeiter J. Gosetti, ein Vorstandsmitglied der inzwischen entstandenen "Società dei Lavoratori e Lavoratrici Bregenz", vor ca. 70 Personen an die historische Bedeutung des 1. Mai als des "Wahlfeiertags des arbeitenden Volkes" und schilderte die Begeisterung der Arbeiter und die "große Angst der bürgerlichen Klassen" anlässlich der von Tausenden Arbeitern auf der Straße gefeierten ersten 1.-Mai-Feier in Wien. Zum Tagesordnungspunkt "Die Lage der Arbeiter und ihrer Familien und die Art und Weise, wie man diese Lage verbessern kann" sprach der Referent Dr. Colomano Severin aus Trient:

"Solange der Arbeiter der Gegenwart uneinig und mit verkreuzten Armen zusieht, wie er ausgenützt und schlecht bezahlt wird, solange wird die dermalige schlechte Lage immer die gleiche bleiben. Einigkeit macht stark. Wenn alle Arbeiter einig sind, kann ... kein Fabrikant, kein Millionär etwas machen, ohne die Arbeiter zu fragen. Die Socialdemokratie will, daß jeder Mensch arbeite, nicht müßig auf seinem Geldsack sitze... Die Forderungen des arbeitenden Volkes sind die Einführung des 8 Stundentages, allgemeines gleiches und directes Wahlrecht und Abschaffung des Militarismus und Einführung einer Volkswehr. Alle Socialdemocraten wissen, daß diese Forderungen, (die erneut am 1. Mai gestellt werden,) ... in erreichbarer Zeit realisiert werden."

Aufschlußreich für das politische Selbstverständnis der italienischen Sozialdemokraten ist dabei die Äußerung J. Gosettis: "Die Arbeiter wollen und wollten nie eine Revolution, aber wohl eine Revolution mit geistigen Waffen, eine Verbesserung der materiellen Lage" (54).

Für den 19. März 1903 wurde eine italienische Volksversammlung nach Feldkirch einberufen, die etwa vier Stunden dauerte und an der rund 400 Personen teilnahmen (82). Sie wurde vom Schuhmacher und Reichsitaliener Angelo Bonvini eröffnet. Die Tagesordnung: 1. Organisation und Unternehmermacht, 2. ökonomischer Kampf zwischen Kapital und Arbeit, 3. die traurigen Lebensbedingungen der Fabriks- und Landarbeiter.

"Ad Punkt 2 sprach Paluselli, Obmann des politischen Vereines in Bludenz. Derselbe besprach die traurige Lage der

Arbeiter in Vorarlberg, die schlechten Löhne derselben und stellte die Behauptung auf, daß mit dieser elenden Bezahlung eine Familie überhaupt nicht erhalten werden könne. Er zog scharf gegen das Laster der Trunkenheit los, welches die Ursache sei, daß die Arbeiter neuestens verachtet seien. Insbesondere die ital. Genossen...

Redner sagte, daß die meisten ital. Genossen nach Vorarlberg mit den größten Hoffnungen gekommen seien. Sie hofften gute Löhne zu finden, ihre Familie ordentlich ernähren zu können. Sie verließen nicht etwa ihre heimatlichen Berge, um Luftveränderungen zu suchen, sondern aus crasser Noth. Viele seien schon 10-20 Jahre in Vorarlberg und hätten sich nicht nur Nichts ersparen können, sondern sie seien in der größten Nothlage.

Die Ursache liege in der Theilnahmslosigkeit der Genossen, in dem Mangel an Solidaritätsgefühl.

Der Capitalist gibt freiwillig keine Lohnerhöhung, sondern nur wenn die Masse ihn zwingt. Daher die Nothwendigkeit der Organisation. In Vorarlberg sei Alles theurer geworden. Die Capitalisten sagen, es sei deshalb theurer geworden, weil die Socialdemocratie mehr Lohn verlangt hätte. Das sei eine Infamie.

In den alten Zeiten sei der Arbeiter als Slave behandelt worden, es sei zwar besser jetzt, aber es müsse noch ganz anders werden...

Früher sei die Geistlichkeit Gegner der Organisation gewesen, jetzt organisiren sie sich selbst und die christl. Arbeiter stellen sie als Gegendruck den Socialdemocraten entgegen" (55).

Die sozialdemokratisch organisierten Italiener traten in der That vehement gegen christlichsoziale Propaganda unter den italienischen Arbeitern auf. Für den 24. und 25. September 1903 zum Beispiel waren von einem christlichsozialen Philosophiestudenten aus Trient, dem späteren italienischen Außenminister Alcide Degasperri, nach Wolfurt und Hard italienische Volksversammlungen einberufen wurden. Daran nahmen jeweils ca. 400 Personen teil, von denen nach Schätzungen des anwesenden Polizeikommissärs zwei Drittel Sozialdemokraten waren. Degasperri und der ebenfalls anwesende Pfarrer von Wolfurt warben auf diesen Versammlungen für die christlichen Arbeiterorganisationen und sprachen sich gegen das sozialdemokratische Programm aus. Die soziale Frage könne nur mit Hilfe der christlichen Religion gelöst werden und nicht durch sozialdemokratische Utopien wie den Volksstaat (56). Gegen die beiden traten nun sozialdemokratische Arbeiter auf, vor allem Carlo Gosetti und der Maurer Giuseppe Paluselli, der schon erwähnte Präsident des Bludenzner Arbeiterkonsumvereins. Paluselli

"forderte die Genossen auf, sich nicht um den Katechismus zu kümmern, sondern um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage. Dies sei die Hauptsache, Religion ist Privatsache. Er spricht dann ausführlich über die Nothwendigkeit einer Gewerkschaftsorganisation" (57).

Das vorhandene Aktenmaterial des untersuchten Zeitraums zwischen 1899 und 1908 legt nahe, daß nur diese beiden italienischen Volksversammlungen nicht rein sozialdemokratisch waren. Soweit aus dem Protokoll geschlossen werden kann, waren der Student Degasperi und der Wolfurter Pfarrer die einzigen, die auf diesen Versammlungen christlichsoziale Auffassungen vertraten.

Im Jahr 1909 störten im Raum Hard-Kennelbach italienische sozialistische Arbeiter mehrmals deutschsprachige christlichsoziale Versammlungen, um eine christliche Organisation der Arbeiter zu behindern. So erschienen auf einer Vereinsversammlung der Ortsgruppe Hard der christlichen Textilarbeiter am 8. März 1909 im "Gasthaus Sonne" - obwohl nur Mitglieder und Freunde des Vereins zugelassen waren - "der aus Italien flüchtige Anarchist Gasperini, der Südfrüchthändler Segato, mit ihrem Anhang Textilarbeiter, Maurer und Steinschläger, um die ... Versammlung zu stören". Gasperini protestierte dagegen, daß die Versammlung nur in deutscher Sprache eröffnet wurde. Er ließ "unter Schreien und Schimpfen seinen Haß besonders gegen die beiden anwesenden Geistlichen, Referent Dr. Barra (aus Innsbruck) und den Berater der Ortsgruppe, Kaplan Nagel, aus und verließ mit seinem Anhang johlend und pfeifend den Saal. Die ... Rotte ließ ihre Wut an den Stühlen aus, die sie aufhoben und mit Gewalt zu Boden warfen oder an die Wand schleuderten. Die Gläser auf den Tischen warfen sie um.

Besonders zeichneten sich die von Gasperini aufgehetzten italienischen Mädchen aus. Man erinnerte sich unwillkürlich an die Worte Schillers: 'Wenn sich die Völker selbst befrei'n, da kann die Wohlfahrt nicht gedeih'n; da werden Weiber zu Hyänen.' Die ganze sozialistische Gesellschaft zog, etwa 70 Personen stark, ins 'Schiff' und soll dort eine Versammlung gehalten haben. Etwa 110-120 Personen waren im Saal verblieben" (58).

Auch am 25. März 1909 mußte eine Versammlung des katholischen Arbeitervereins Rieden-Vorkloster, deren Zweck die Vorbereitung der Bildung einer Ortsgruppe christlichsozialer Textilarbeiter von Kennelbach war, nach kurzer Zeit abgebrochen werden, nachdem "Gasperini und seine Getreuen, ... Textilarbeiter, Maurer, Erdarbeiter, Eisenbahner, Elektrizitätsarbeiter, Süd-



Arbeiterinnen bei Jenny & Schindler, Kesselbach, im Jahr 1893...



... und Belegschaft 1899. Die Arbeiterinnen waren überwiegend italienischer Herkunft.

Früchthändler aus Bregenz, Hard und anderen Orten" in der Versammlung erschienen waren und Gasperini gesprochen hatte (59).

Gasperini scheint überhaupt eine zentrale Rolle bei der Mobilisierung der italienischen Arbeiterschaft gespielt zu haben. So beklagte sich am 27.3.1909 das "Vorarlberger Volksblatt":

"Seit geraumer Zeit betreibt ein reichsitalienischer Anarchist namens Gasperini unter den italienischen Arbeitern in Vorarlberg eifrig Propaganda für den revolutionären Sozialismus und gegen jede Autorität. Und die staatliche Behörde schaut dem Treiben ruhig zu. ... Merkwürdig! Wenn ein hungriger Handwerksbursche einige Heller nicht erstiehlt, sondern zusammen bittelt, um eine warme Suppe bittet, wird er vom 'Auge des Gesetzes' hopp genommen. ... Ein Anarchist aber darf der Arbeiterschaft die Achtung vor jeder Autorität und die Religion aus dem Herzen reißen."

Nach 1903 scheinen im Raum Bregenz ausschließlich italienische Volksversammlungen nicht mehr stattgefunden zu haben. Statt dessen gab es eine Reihe von Volksversammlungen mit Referaten sowohl auf Deutsch als auch auf Italienisch. Die Versammlungen vor allem der Textilarbeiter, aber auch der Bauarbeiter und Eisenbahner wurden von Angehörigen beider Nationalitäten besucht; manchmal waren die Italiener in der Mehrzahl (60).

Im Laufe des Jahres 1908 etwa wurden mehrere deutsch-italienische Volksversammlungen in Hard abgehalten, deren Hauptthemen die Krise der Textilindustrie seit 1907 und die damit verbundene Arbeitslosigkeit waren. Es sprachen jeweils der sozialdemokratische Landesparteisekretär auf Deutsch und der reichsitalienische Arbeitersekretär Gasperini auf Italienisch, der oft vom anwesenden Polizeikommissär wegen radikaler Äußerungen und abfälliger Bemerkungen über den Klerus gemäßregelt wurde, sowie Wiener Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen (61).

Auf Spannungen zwischen dem eingesessenen Bürgertum und der zugewanderten Arbeiterschaft deutet die Tatsache hin, daß 1903 der Bezirkshauptmann von Feldkirch das Auftreten von Sozialdemokraten auf einer Versammlung des nationalistischen, vor allem von Textilindustriellen getragenen Deutschen Volksvereins in Dornbirn verhinderte. Der Bezirkshauptmann befürchtete Tumulte, da dabei wahrscheinlich "auch Rede in italienischer Sprache geführt werde, weil ein großer Teil der Sozialdemokraten Dornbirns Italiener sind" (62).

Nachdem in Vorarlberg schon einige Jahre sozialistische italienische Vereine existiert hatten, referierten nach 1905

Funktionäre der Sozialistischen Partei Italiens auf Versammlungen italienischer Arbeiter in der Ostschweiz und in Vorarlberg.

Einige Jahre hindurch bestand ein italienisches Arbeitersekretariat unter der Leitung des 1908 kurzfristig ausgewiesenen reichsitalienischen Sozialisten Gasperini (63), das eng mit dem sozialdemokratischen Landespartei sekretariat in Dornbirn zusammenarbeitete (64). Die Sozialistische Partei Italiens unterhielt solche Arbeitersekretariate in allen europäischen Ländern mit italienischen Emigranten. Sie hatten die Aufgabe, Arbeitern und Arbeiterinnen in Konfliktfällen mit Unternehmern sowie in anderen Rechtsfragen zur Seite zu stehen (65).

Im Zuge der politischen Werbung unter italienischen Arbeitern hielt auch Benito Mussolini - damals noch Vorstandsmitglied der Sozialistischen Partei Italiens - 1913 in Bregenz eine ziemlich nationalistische Rede (66). Diese Vertreter der Sozialistischen Partei Italiens wurden von den österreichischen Behörden besonders scharf kontrolliert (67). Denn vermutlich fürchteten die Staatsorgane, die Sozialistische Partei Italiens würde die Loslösung des Trentino von Österreich propagieren; sie war außerdem radikaler als die österreichische Sozialdemokratie.

Schließlich sei noch auf die Beteiligung italienischer Arbeiterinnen und Arbeiter bei Streiks hingewiesen. Ein Beispiel ist die Arbeitsniederlegung in den Bludener und Bürser Betrieben der Firma Getzner, Mutter & Cie. an der Jahreswende 1907/1908. Vom 31. Dezember 1907 bis zum 2. Jänner 1908 streikte die gesamte 900köpfige Getzner-Belegschaft - großteils italienische Spinnerinnen und Weberinnen - um den Zehnstudentag und eine 20%ige Lohnerhöhung (68). Einige Monate zuvor hatte es schon einen Streik um den Zehnstudentag im Nenzinger Werk der Firma Getzner gegeben (69).

Nach tagelangen Demonstrationen in Bludenz und Bürs rettete der sozialdemokratische Landespartei sekretär Ertl die hilflose Firmenleitung. Er handelte einen Kompromiß aus und erreichte von den Arbeiterinnen und Arbeitern die Rückkehr an die Werkbänke (70). Das "Vorarlberger Volksblatt" schrieb über diesen Arbeitskonflikt: "Dabei gab es Zusammenrottungen, Aufzüge und Versammlungen und, das versteht sich, auch Reden. Überall war das welsche Element voran und imponierte durch seine Stärke an Zahl. Ein welsches Weib namens Spagolla soll durch zwei volle Stunden feurig gesprochen haben" (71).

Einige Wochen nach dem Streik, am 25. Jänner 1908, fand in Bludenz im Schützenhaus eine italienische sozialistische Versammlung mit dem Thema "Der Kampf des weiblichen Proleta-

riats um seine Existenz" statt. Auf die Streikereignisse Bezug nehmend, sprachen die Fabrikarbeiterin Spagolla sowie Angelika Balabanoff, eine in Italien und der Schweiz lebende und aus Rußland stammende sozialistische Agitatorin.

Angelika Balabanoff war eine wichtige Persönlichkeit der Zweiten Internationale und Vorstandsmitglied der Sozialistischen Partei Italiens. Einige Zeit lebte sie als Arbeitersekretärin für italienische Emigranten in der Ostschweiz - in dieser Eigenschaft referierte sie auch in Bludenz. Die Motive eines solchen Engagements beschrieb sie in ihren Lebenserinnerungen:

"Diese italienischen Arbeiter ... schienen mir nach dem russischen Volke die Erniedrigtesten und ... Ausgebeutetesten zu sein. Ihnen durch sozialistische Propaganda das Gefühl für persönliche und Klassenwürde beizubringen, das war das Ziel, zu welchem ich mich nach St. Gallen begab" (72).

Das "Vorarlberger Volksblatt" jedenfalls verlor über die Bludener Ereignisse beinahe die Fassung - schien sich hier doch alles vereinigt zu haben, was dem bürgerlichen Gemüt Pein bereitete: Ausländer, Atheisten und politisch aktive Frauen.

"... Was in der neuesten Zeit als auffallendes Ereignis registriert zu werden verdient, ist die Tatsache, daß sich besonders das schwache Geschlecht zu Worte meldet. So auch hier. Selbstverständlich hat die in letzter Zeit unvermeidliche Fabrikarbeiterin Spagolla den Drang in sich gefühlt, ihrer Weisheit Ausdruck zu geben. Ganz neu ist, daß sich die roten Internationalen sogar einer russischen Anarchistin (Angelika Balabanoff; Anm.d. Verf.) als Rednerin verschrieben haben. In welcher Sprache die politische Amazone ihre Gedankenblitze zum Besten gab, verschweigt noch des Sängers Höflichkeit. Über den Inhalt ihrer Rede hat aber die geschwätzige Dame allerhand Gerüchte in Umlauf gesetzt. Ihre Brandreden sollen arg nach Klassenhaß zwischen Arbeiter und Arbeitgeber gerochen haben; sogar zur Äußerung habe sie sich verstiegen, daß ein Arbeiter nie einen Fabrikanten grüßen solle. Es ist leicht begreiflich, daß eine solche Proletarierin in religiöser Beziehung dem nackten Nihilismus huldigt... Sie behauptete: Es gibt keinen Himmel und keine Hölle, keinen Gott und keinen Teufel" (73).

Mit dem Ersten Weltkrieg nahm die politische Geschichte der italienischen Minderheit in Vorarlberg ein Ende: Nach 1918 gab es keine entsprechenden politischen oder kulturellen Zusammenschlüsse mehr. Nicht zuletzt kehrte nun, nach dem Anschluß von Trentino an Italien, über die Hälfte der in Vorarlberg lebenden Italiener in ihre Heimat zurück, um die italienische

Staatsbürgerschaft zu erlangen. Der im Land verbliebene Rest wurde in der Zwischenkriegszeit assimiliert (74) und nahm zum Teil sogar deutsche Familiennamen an.

ANMERKUNGEN

- 1) Ulmer, Ferdinand: Das Eindringen der Italiener in Vorarlberg. In: Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik 2, Bd. 1, Bregenz 1946, S. 27, 31 f. - Quelle: Archivakt der Kammer für Handel und gewerbliche Wirtschaft in Feldkirch aus dem Jahr 1907.
- 2) Ulmer (Anm. 1), S. 31 f.
- 3) Statistische Angaben der Special-Orts-Repertorien, angeführt bei Burmeister, Karl Heinz: Die italienische Minderheit in Vorarlberg 1870 bis 1918. In: Ethnos X (1971), S. 233-243, hier S. 234; sowie: Hundert Jahre Handelskammer und gewerbliche Wirtschaft in Vorarlberg (1850-1950). Hg. Kammer für gewerbliche Wirtschaft in Vorarlberg, Feldkirch 1952, S. 115.
- 4) Ulmer (Anm. 1), S. 15 f.
- 5) VV, 4.12.1907.
- 6) Monteleone, Renato: Il movimento socialista nel Trentino 1894-1914. Rom 1971, S. 16 ff.
- 7) Ulmer (Anm. 1), S. 11.
- 8) Einige wichtige Daten aus der Vorarlberger Bevölkerungsstatistik. In: Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik I. Bregenz 1945, S. 35 (Grundlage: Special-Orts-Repertorien 1880, 1890, 1900, 1910).
- 9) VV 1877, Nr. 93.
- 10) VV, 14.2.1892.
- 11) Berechnet aus den absoluten Zahlenangaben bei Ulmer (Anm. 1), S. 23 f.
- 12) Hundert Jahre Handelskammer (Anm. 3), S. 156 ff.
- 13) Z.B. Leitzinger, Franz: Bevölkerungsbewegung in Vorarlberg seit 1837 und der Stand der Bevölkerung im Jahre 1890, Zweiter Theil. Eine topographisch-statistische Untersuchung mit Vergleichen. Bozen 1898, S. 12.
- 14) Taufbücher der Pfarre Bludenz-Heiligkreuz.
- 15) Schreiben des Generalvikariats Feldkirch an den Fürstbischof von Trient vom 8.11.1913. Diözesanarchiv Feldkirch.
- 16) Ulmer (Anm. 1), S. 16 f. (Statistik mit dem Titel "Die einheimische Bevölkerung Vorarlbergs mit italienischer Umgangssprache") - Quelle: Special-Orts-Repertorien; Spezialortsrepertorium von Tirol und Vorarlberg. Bearb. und hg. aufgrund der Volkszählungsergebnisse 1910 von der k.k. statistischen Zentralkommission. Wien 1917.
- 17) VV 1884. Zitiert bei Scheuch, Manfred: Geschichte der Arbeiterschaft Vorarlbergs bis 1918 (1.Aufl.). Wien 1961, S. 87.
- 18) Scheuch (Anm. 17), S. 59.
- 19) Erueierbar aus der Petition der italienischen Kolonie in Bludenz und Bürs für einen italienischen Seelsorger vom 25. Jänner 1875 (Anm. 34).
- 20) VV, 1.3.1878.
- 21) VV, 1.2.1878.

- 22) VV 1885, Nr. 12.
- 23) Scheuch (Anm. 17), S. 80.
- 24) Scheuch (Anm. 17), S. 204.
- 25) Scheuch (Anm. 17), S. 113.
- 26) VV, 14.5.1886.
- 27) Vgl. Scheuch (Anm. 17), S. 117.
- 28) VV 1891, Nr. 140.
- 29) Zitiert bei Scheuch (Anm. 17), S. 95.
- 30) Scheuch (Anm. 17), S. 95.
- 31) VV 1868, Nr. 6.
- 32) Scheuch (Anm. 17), S. 97.
- 33) Die Bewegung der Bevölkerung in den Jahren 1914 bis 1921. Hg. Bundesamt für Statistik. Wien 1923.
- 34) Petition der italienischen Kolonie in Bludenz und Bürs für einen italienischen Seelsorger vom 25. Jänner 1875. Diözesanarchiv in Feldkirch, Fürstbischöfliches Generalvikariat in Feldkirch, Mappe Bludenz IV ad 6V XI/2a, Nr. 200.
- 35) Vorarlberger Diözesanarchiv Feldkirch, Fürstbischöfliches Generalvikariat in Feldkirch, Nr. 3222, präs: am 21.11.1913.
- 36) VV 1871, Nr. 45.
- 37) VV, 19.6.1900.
- 38) Geäußert auf einer Veranstaltung der "Südmark", zit. in VV, 4.12.1907.
- 39) Siehe z.B. Vorarlberger Volksfreund, 4.10.1903, 25.12.1903, 5.12.1907.
- 40) VLA, BH Bludenz, I 321/1900, Exh.-Nr. 1318 (25.6.1900); VLA, BH Bludenz, I 321/1900, Zl. 6839 (20.7.1900); VV, 25.3.1900.
- 41) VV, 3.3.1885.
- 42) VV, 21.12.1900.
- 43) VV, 30.12.1898.
- 44) Burmeister (Anm. 3), S. 238.
- 45) Karl Heinz Burmeister nimmt an, daß die Bludenzer "Società dei Lavoratori e Lavoratrici" eine katholische Gegengründung zum sozialdemokratischen Arbeiterkonsumverein für Bludenz und Umgebung ist, ohne dies jedoch zu belegen. Die gleiche Namensgebung könnte jedoch auf eine gleiche politische Ausrichtung der Bludenzer Società wie die der Bregenzer, Dornbirner und Feldkircher Societe hindeuten; Burmeister (Anm. 3), S. 238.
- 46) VLA, BH Bludenz, N 1a/1900, Sch. 202, Nr. 16999 (Ansuchen des Vereinsvorstandes an die Statthalterei Innsbruck mit Beilegung von drei Exemplaren der Statuten sowie an die BH Bludenz).
- 47) Burmeister (Anm. 3), S. 238 (VLA, BH Bludenz, Rep. 1901).
- 48) VV, 18.6.1900.
- 49) VV, 23.12.1900.
- 50) TLA, Statthalterei Innsbruck, Präsidial-Protokoll 1899, 12/Nr.3880 (Bericht des Polizeikommissärs von Bregenz).
- 51) TLA, Statthalterei Innsbruck, Präsidial-Protokoll 1900, 12/Nr.2377 (Bericht des Polizeikommissärs von Bregenz).
- 52) TLA, Statthalterei Innsbruck, Präsidial-Protokoll 1900, 12/Nr.4256 (Bericht des Polizeikommissärs von Bregenz).
- 53) TLA, Statthalterei Innsbruck, Präsidial-Protokoll 1899, 12/Nr.3471 (Bericht des Polizeikommissärs von Bregenz).

- 54) TLA, Statthalterei Innsbruck, Präsidial-Protokoll 1901, 12/Nr.2128 (Bericht des Polizeikommissärs von Bregenz).
- 55) TLA, Statthalterei Innsbruck, Präsidial-Protokoll 1903, 12/Nr.1760 (Bericht des Polizeikommissärs von Bregenz).
- 56) TLA, Statthalterei Innsbruck, Präsidial-Protokoll 1903, 12/Nr.4816 (Bericht des Polizeikommissärs von Bregenz).
- 57) TLA, Statthalterei Innsbruck, Präsidial-Protokoll 1903, 12/Nr.4804 (Bericht des Polizeikommissärs von Bregenz).
- 58) VV, 10.3.1909.
- 59) VV, 28.3.1909.
- 60) Z.B.: TLA, Statthalterei Innsbruck, Präsidial-Protokoll 1903, 12/Nr.1001 (Bericht des Polizeikommissärs von Bregenz).
- 61) TLA, Statthalterei Innsbruck, Präsidial-Protokolle 1908, 12/Nr.2663, 5175, 5247 (Berichte des Polizeikommissärs von Bregenz).
- 62) TLA, Statthalterei Innsbruck, Präsidial-Protokoll 1903, 12/Nr.4529 (Bericht des Bezirkshauptmanns von Feldkirch).
- 63) Burmeister (Anm. 3), S. 239 (VLA, BH Bludenz, Rep. 1908).
- 64) Scheuch (Anm. 17), S. 117.
- 65) Guida del Lavoratore Trentino in Austria, Germania e Svizzera, Ufficio per la Mediazione del Lavoro della Camera di Commercio e d' Industria di Rovereto. Rovereto 1907 (gratis vom Arbeitsvermittlungsamt der Handels- und Gewerbekammer Rovereto an die auswandernden Arbeiter verteilter Arbeiterführer).
- 66) Scheuch (Anm. 17), S. 117; Burmeister (Anm. 3), S. 240.
- 67) Burmeister (Anm. 3), S. 241.
- 68) VLA, BH Bludenz, I 217/1908, Zl. 66 (Vereinbarung zwischen der Firma Getzner, Mutter & Cie. und den Bevollmächtigten der Arbeiter vom 2.1.1908); VLA, BH Bludenz, I 217/1907, Nr. 937, Zl. 13015 (Schreiben des Wachtmeisters Emanuel Clenato an die BH Bludenz vom 31.12.1907).
- 69) VLA, BH Bludenz, I 217/1907, Zl. 3780, Nr. 127 (Bericht des Gendarmeriekommandos Nenzing an die BH Bludenz vom 23.7.1907).
- 70) VLA, BH Bludenz, I 217/1908, Zl. 66 (Vereinbarung zwischen der Firma Getzner, Mutter & Cie. und den Bevollmächtigten der Arbeiter vom 2.1.1908).
- 71) VV, 12.1.1908.
- 72) Balabanoff, Angelika: Erinnerungen. Berlin 1927, S. 12.
- 73) VV, 2.2.1908.
- 74) Ülmer (Anm. 1), S. 23 f.

Konjunktur der Hoffnung – Vorarlberger Arbeiterbewegung 1918–1934

Werner Dreier

DIE ARBEITERSCHAFT

Vorarlberg war in der Ersten Republik das nach Wien höchstindustrialisierte Bundesland. Während im österreichischen Durchschnitt zwischen 33,6% (1923) und 31% (1934) der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt aus Industrie und Gewerbe bezogen, lag der Anteil in Vorarlberg zwischen 46,9% (1923) und 38,9% (1934) (1). 1923 waren 38.213 (44,5%) der Berufstätigen in Industrie und Gewerbe beschäftigt, 1934 30.664 (37,6%) (2). Eine Analyse der sozialen Stellung der Berufstätigen ergibt für das Jahr 1934 35.182 Arbeiter (49,2%), 8.952 Angestellte (12,5%) sowie 954 Lehrlinge (1,3%) (3).

Die unselbständig Beschäftigten waren mit 63% der Berufstätigen die weitaus stärkste Gruppe, wobei die Zahl der Angestellten deutlich wuchs. Ihr Anteil war zwischen 1910 und 1934 von 4,4 auf 12,5% gestiegen, während der Anteil der Arbeiter von 42,1 auf 49,2% zugenommen hatte. Die Verlierer dieser Entwicklung waren Selbständige und deren mithelfende Familienangehörige; ihr Anteil fiel zwischen 1910 und 1934 um 15,3% auf 37% (4).

Die Arbeiterschaft war im Vorarlberg der Ersten Republik die bedeutsamste soziale Gruppe. Das läßt sich sehr eindrucksvoll zeigen, wenn man die Zahl der Arbeiter des Jahres 1934 mit den abgegebenen gültigen Stimmen der Landtagswahlen 1932 in Beziehung setzt: Bei einer angenommenen 100prozentigen Wahlbeteiligung wären 46 Prozent aller gültigen Stimmen Arbeiterstimmen gewesen (5)!

Diese mehr als 35.000 Arbeiter waren jedoch als "Arbeiterschaft" oder gar "Arbeiterklasse" keineswegs eine homogene, sondern eine vielfältig und fein strukturierte Gruppe. Mögliche Differenzierungsmerkmale waren Besitz, Qualifikation, Einkommen, Besitz/Nichtbesitz von Arbeit, Herkunft und Wohnort. Mit diesen sozialen Momenten hingen weltanschaulich-politische sowie psychische Haltungen zusammen.

B e s i t z : In Vorarlberg wurden 1929 34.470 Grundbesitzer gezählt, aber 1934 nur 8.000 bis 10.000 selbständige Landwirte (6). Da anzunehmen ist, daß sich weder die Zahl der Berufstätigen noch die Zahl der Grundbesitzer zwischen 1929 und 1934 gravierend änderte, ist davon auszugehen, daß jeder zweite Berufstätige Grundbesitzer war. Dabei handelte es sich um Klein- und Kleinstbesitz, denn 19.748 Grundbesitzer verfügten über weniger als einen Hektar und 14.727 über weniger als einen halben Hektar. Diese letzte Gruppe besaß durchschnittlich 1.858 Quadratmeter. Das bedeutet, daß ein beachtlicher Teil der Vorarlberger Arbeiterschaft - vor allem die Einheimischen - über einen kleinen Grundbesitz mit Haus verfügte. Das sicherte diesem Teil der Arbeiterschaft bei gleichem Einkommen einen höheren Lebensstandard als den Nicht-Besitzern. Es ist kaum möglich, die Zahl der hausbesitzenden Arbeiter zu ermitteln. Als Anhaltspunkt kann gelten, daß ca. ein Drittel der Vorarlberger in Mietwohnungen bzw. in gemieteten Häusern lebte und daß der Anteil der Arbeiter an dieser Gruppe überproportional hoch gewesen sein dürfte (7).

B e z a h l u n g : 1928 verdienten 72,6% der Männer, jedoch nur 27,4% der Frauen mehr als 6 Schilling pro Tag. Eine Hilfsarbeiterin in der Textilindustrie kam auf durchschnittlich 5 Schilling pro Tag, ein Facharbeiter durchschnittlich auf 8,30 Schilling. Ein Zimmermann erhielt im Baugewerbe über 11 Schilling, ein Hilfsarbeiter weniger als 7 (8). Die Löhne lagen in Vorarlberg deutlich unter jenen des Wiener Industriegebiets. Das dürfte mit der Wirtschaftsstruktur zusammenhängen, da in Vorarlberg die hauptsächlich Frauen und Hilfsarbeiter beschäftigende Textilindustrie dominierte (9).

B e s i t z / N i c h t b e s i t z v o n A r b e i t : Dieses entscheidende Merkmal bestimmte nicht nur das Familieneinkommen maßgeblich - im Februar 1932 betrug die ordentliche Arbeitslosenunterstützung für eine vierköpfige Familie 3,30 Schilling täglich (10) -, sondern ebenso die gesamte sozio-psychische Situation der Familie (11). Die Arbeitslosigkeit war in den ersten Monaten nach dem Ersten Weltkrieg noch relativ hoch, da die Heimkehrer nur nach und nach Arbeit finden konnten. Schon nach kurzer Zeit sank sie jedoch auf nahezu Null und machte sich erst wieder im Winter 1922/23 bemerkbar. 1925 wurde im Winter ein Höchststand von 2.471 Arbeitslosen vermerkt, 1928 waren es bereits 3.366 und 1929 4.988. Während bis 1929 die Sockelarbeitslosigkeit - also der jeweils niedrigste Jahreswert - nur wenige Hundert betrug, stieg sie bis zum Höchstwert von 5.405 im Jahre

1932 beständig an. Der absolute Höchststand wurde im Winter 1932/33 mit allein 10.500 vorgemerkten Arbeitslosen erreicht. Werden dazu noch die Kurzarbeiter und die nicht erfaßten Arbeitslosen gezählt, dann waren damals wohl mehr als 17.000 Vorarlberger Arbeiternehmer von der Arbeitslosigkeit direkt betroffen. Dabei kam Vorarlberg im Vergleich mit dem gesamten österreichischen Bundesgebiet noch relativ gut weg: Während etwa 1933 4,8% der Einwohner Österreichs Arbeitslosenunterstützung bezogen, waren es "nur" 4,3% der Vorarlberger (12).

Q u a l i f i k a t i o n : Ein gelernter Arbeiter unterscheidet sich von einem Hilfsarbeiter nicht nur in der Höhe des Einkommens, sondern auch im Selbstbewußtsein und Sozialprestige. Dabei ist nicht nur der Unterschied zwischen Fach- und Hilfsarbeiter entscheidend, sondern auch innerhalb der Hilfsarbeiterschaft sind Unterschiede nach der Art der Arbeit und dem Geschlecht zu berücksichtigen: Ein Hilfsarbeiter bei den großen Staudammprojekten hatte allemal ein höheres Prestige als eine Hilfsarbeiterin in der Textilindustrie. Beides wiederum spiegelte sich in der Bezahlung wider.

H e r k u n f t : Vorarlberg war in den Jahren 1880 bis 1910 zu einem Einwanderungsland geworden, dessen Industrie Arbeitskräfte aus dem deutschsprachigen Tirol, den österreichischen Kronländern und Italienisch-Tirol anzog. 1910 waren von 100 Vorarlbergern nur 79 im Land selbst geboren, 1907 dürften 45 Prozent der Vorarlberger Arbeiter nicht im Lande heimatberechtigt gewesen sein (13). Auch in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg drängten Arbeiter nach Vorarlberg, obwohl die Landesregierung durch Grenzsperrn - auch am Arlbergpaß - den Zuzug möglichst zu verhindern suchte (14). Zu Beginn der zwanziger Jahre wurden einigen Firmen auch Gastarbeiterkontingente aus Italien durch die Landesregierung und die industrielle Bezirkskommission - der Vorgängerin des Landesarbeitsamtes - genehmigt (15). Mit der Verschlechterung der Wirtschaftslage und der ansteigenden Arbeitslosigkeit wurde die Frage nach dem Heimatrecht der Arbeiter aktuell. Denn die Unterstützung von Notleidenden war nach dem geltenden Armenrecht Sache der Heimatgemeinde, und als Heimatgemeinde galt jene, nach der man "zuständig" war, also in der man das Heimatrecht besaß. Als die Heimatgemeinden in Innerösterreich den Vorarlberger Wohnsitzgemeinden die Fürsorgeauslagen nicht mehr ersetzten, die diese Vorarlberger Gemeinden für schon jahrelang hier ansässige und jetzt arbeitslose Arbeiter aufzuwenden hatten, wurden diese mittellosen Arbeitslosen aus Vorarlberg einfach "abgeschafft". So wurden allein im Bezirk Bludenz 1933



Selbstbewußtsein und Sozialprestige - Gruppe von Arbeitern beim Staudammprojekt Spullersee, ca. 1923 ...



... und sozialdemokratische Textilarbeiterinnen und -arbeiter bei einem Ausflug nach Amerlügen bei Frastanz 1922

266 Personen – Erwachsene und Kinder – eingefangen und in ihre Heimatgemeinden abgeschoben (16).

Menschen ohne Heimatrecht waren immer in Gefahr, ausgewiesen zu werden, denn der Aufenthalt in einer Vorarlberger Gemeinde durfte ihnen nur solange nicht verweigert werden, als "dieselben mit ihren Angehörigen einen unbescholtenen Lebenswandel führen" (Vorarlberger Gemeindeordnung 1904). Der 62 Jahre alte Siegfried Berchtold zum Beispiel wurde 1925 aus Bregenz ausgewiesen und nach Reuthe in Tirol abgeschafft, weil er geklaut hatte und damit "bescholten" war – der Mann hatte seit vielen Jahren in Bregenz gewohnt... (17).

Zu einem Vorarlberger wurde man also durch Geburt oder durch angepaßtes Verhalten. Ein "wahrer" Vorarlberger – so mußte sich der sozialdemokratische Abgeordnete Anton Linder im Landtag von Landeshauptmann Ender 1919 sagen lassen – hätte sich niemals bei der Staatsregierung in Wien über die Vorarlberger Landesregierung beschwert, weil diese bewaffnete "Volksmilizen" aufgestellt und unterstützt hatte: "Ein Vorarlberger, der in Vorarlberg geboren und ein wahrer Vorarlberger ist, hätte das gefühlt" (18).

W o h n o r t : Es machte für den einzelnen Arbeiter und sein Leben einen Unterschied, ob er in einer der vier Städte, einer der sieben hochindustrialisierten Gemeinden (Bürs, Thüringen, Hard, Kennelbach, Frastanz, Götzis, Rankweil) oder in einer minder- bzw. gar nicht industrialisierten Gemeinde lebte. Es machte einen Unterschied, ob er nach der Arbeit unter seinesgleichen blieb oder in ein landwirtschaftlich geprägtes Dorf mit geringerem individuellem Freiraum "heimkehrte" (19).

Soziale Lage

M a t e r i e l l e S i t u a t i o n : Der durchschnittliche Zeitlohn eines männlichen Arbeiters für zwei Wochen betrug 1928 87,29 Schilling; das ergab einen Jahresverdienst von knapp 2.100 Schilling bei ganzjähriger Beschäftigung. Die durchschnittliche Arbeiterin verdiente in der Doppelwoche 67,74 Schilling oder 1.600 Schilling im Jahr (20). Die Lebenshaltungskosten wurden pro Person und Jahr auf 1.000 bis 1.200 Schilling geschätzt (21). Der Arbeiter konnte also mit seinem Verdienst nur sich und noch eine Person erhalten; Mann und Frau zusammen verdienten unter optimalen Bedingungen gerade genug für eine drei- bis vierköpfige Familie. Doch schon die "optimale" Situation der "durchschnittlich" verdienenden Arbeiterfamilie war finanziell nicht

rosig. Ein Drittel der Männer hatte jedoch ein Jahreseinkommen von weniger als 1.900 Schilling (unter 6 Schilling täglich), und fast ein Viertel der Frauen verdiente weniger als 850 Schilling im Jahr (weniger als 3 Schilling täglich) (22). Mit diesen Einkommen konnte bestenfalls nur wenig mehr als der bloße Nahrungsmittelbedarf einer Familie gedeckt werden, der mit 525 Schilling pro Jahr und Person zu Buche schlug (23).

Wirklich arm waren jene Familien, deren Erhalter längere Zeit krank, zur Kurzarbeit gezwungen oder arbeitslos wurde. Das Einkommen von Kurzarbeitern, Beziehern von Arbeitslosen- und Notstandsunterstützung, von Krankengeld und Altersfürsorgergeld lag ungefähr in derselben Höhe - nämlich bei 100 Schilling im Monat. Damit konnten für eine Familie nicht einmal mehr die notwendigen Lebensmittel gekauft werden (24). Familien mit solchen Einkommen lebten schlichtweg an der Hungergrenze: Ein Kilogramm Schwarzbrot kostete in Dornbirn 1932/33 70 bis 72 Groschen, ein Kilogramm Butter 4,80 bis 5,60, ein Kilogramm Zucker 1,46 bis 1,52 und ein Kilogramm Schweinefleisch 4 Schilling. Vollends unerschwinglich waren neue Kleidungsstücke, kostete doch ein Paar Schuhe 25 und ein Herrenanzug etwa 125 Schilling (25). Arbeiter mit Grundbesitz oder Zugang zu Grundbesitz konnten zu einem kleinen Teil Selbstversorger werden, die anderen - und hier dürfen wir annehmen: die Mehrzahl - war auf Naturalverpflegung und Winterhilfsaktionen angewiesen (26).

Das Land Vorarlberg tat zur Unterstützung der vielen Armen beschämend wenig, obwohl alle Landeshaushalte zwischen 1925 und 1933 mit Überschüssen abschlossen, die den Rücklagen zugeführt wurden. Nach langem Drängen - vor allem der SDAP-Landtagsfraktion - bewilligte das Land erstmals 1929 einen geringen Betrag zur Unterstützung in Not geratener Arbeitsloser. Dieser Betrag belief sich 1932 auf 30.000 Schilling - im gleichen Jahr wurden 354.608 Schilling den Rücklagen zugeführt (27).

Die materielle Situation der Vorarlberger Arbeiterschaft war nicht nur gegen Ende der Ersten Republik, sondern auch an ihrem Anfang ausgesprochen schlecht gewesen. Von Herbst 1918 bis Sommer 1921 mußten Lebensmittel in Vorarlberg bewirtschaftet werden (28). Nur durch große Anstrengungen aller Verantwortlichen war die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln sicherzustellen. Die Vorarlberger Landwirtschaft selbst konnte nur einen geringen Beitrag leisten. Wichtig waren darum Lebensmittellieferungen aus der Schweiz, die vor allem mit Brennholz bezahlt wurden (29), und die Leistungen des Amerikanischen Kinderhilfswerks, das z.B. im Juni 1921 7.500 Essensportionen täglich an unterernährte Kinder

ausgab. Das Kinderhilfswerk wurde anfangs durch Sammlungen in den USA und ab 1922 zu 25 Prozent auch durch das Land Vorarlberg finanziert (30).

Die Folgen des Ersten Weltkriegs mußten bezahlt werden, und zwar von derselben Bevölkerung, die auch die Soldaten gestellt hatte. Zwischen 1914 und 1922 stiegen die Lebenshaltungskosten um das 7.173fache, die Löhne jedoch nur um das 4.206fache (31)! Die öffentlich Bediensteten waren von der Inflation besonders hart betroffen; aber auch die Arbeiter verdienten höchstens genug, um das nackte Überleben zu sichern. Butter, Holz und Kohle kosteten etwa im Dezember 1922 das 20.000fache von 1914, Milch das 16.000fache, Mehl das 15.000fache, ein Hemd das 28.000fache usw.; das Einkommen eines Textilarbeiters betrug jedoch nur das 9.000fache von 1914 (32). Um eine weitere Verringerung der Kaufkraft – und auch der Einkommen – zu verhindern, wurden die Löhne 1922 an einen eigens geschaffenen Landesindex gebunden. Die Gewerkschaften erreichten eine gleitende Teuerungszulage, die jedoch die bereits erfolgten Einbußen des Reallohns nicht ausglich, weil das gegenüber 1914 deutlich niedrigere Lohnniveau den Ausgangspunkt bildete (33).

Die Entlohnung besserte sich erst in der Mitte der zwanziger Jahre, ab 1930 wurde sie dann erneut schlechter. 1933 betrug in Vorarlberg die Gesamtlohnsumme der Industrie nur noch 53% des Standes von 1929. Dafür war nicht nur die Arbeitslosigkeit verantwortlich, sondern auch die zielgerichtete Lohnpolitik der Industrie (34). Das machte sich in der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung deutlich bemerkbar: 1929 kaufte jedes Konsumvereinsmitglied noch Lebensmittel im Wert von 833 Schilling, 1933 nur noch im Wert von 607 Schilling (35).

W o h n e n : In Vorarlberg dominierte das Einfamilienhaus, und doch lebten 1923 52.000 Menschen – mehr als ein Drittel der Bevölkerung! – in Mietwohnungen (36). Während die Mietzinsen durch den Mieterschutz in älteren Wohnungen relativ nieder waren – für eine Vierzimmerwohnung kann ein durchschnittliches Arbeiter-Monatseinkommen als Jahresmiete angesetzt werden – und so die geringen Löhne wenigstens teilweise ausgeglichen wurden, vermochte der freie Wohnungsmarkt für Arbeiter keinen erschwinglichen Wohnraum bereitzustellen. Für eine Neubauwohnung mit vier Zimmern waren im Jahr über 1.700 Schilling, also fast das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Arbeiters, auf den Tisch des Vermieters zu legen (37). In Vorarlberg herrschte während der gesamten Ersten Republik große Wohnungsnot; 1929 waren allein in Bregenz 239 Wohnungssuchende gemeldet; 68 Familien

stand nur eine Einzimmerwohnung und 31 Familien mit mehr als vier Mitgliedern nur eine Zweizimmerwohnung zur Verfügung (38). Dennoch betrieb die Stadt keine adäquate Wohnbaupolitik. Erst 1930 wurde ein größeres Projekt in Auftrag gegeben – doch trotz Bundeswohnbauförderung ging dafür der Stadt schon 1931 das Geld aus, da das Land keinen entsprechenden Beitrag leistete (39). Die Landesregierung rechtfertigte ihre Weigerung, durch öffentlichen sozialen Wohnbau die Wohnungsnot zu lindern, mit der Mieterschutz-Gesetzgebung (40). Bedingt durch den akuten Wohnraum-mangel wurden aber die Vermieter so stark, daß sie auch für mietpreisgebundene Wohnungen Mieten durchsetzten, die mehr als ein Drittel über den gesetzlichen lagen (41).

A r b e i t s r e c h t : Zwischen Herbst 1918 und Sommer 1921 wurde in Österreich ein beispielhaftes Arbeits- und Sozialrechtswerk geschaffen. Nach dem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Staatsregierung wurde es jedoch nicht weiter ausgebaut. Das noch ausständige und von der Arbeiterschaft dringend benötigte Gesetz zur Alters- und Invalidenversicherung für Arbeiter wurde zwar noch 1927 beschlossen, jedoch nicht in Kraft gesetzt. Der Einrichtung dieser Versicherung galten immer wieder Vorstöße der Sozialdemokratie: Allein in Vorarlberg wurden 1930 im Rahmen eines Volksbegehrens 19.785 Unterschriften dafür gesammelt. Die Gesetze und Verordnungen der Jahre 1933 bis 1938 bauten vor allem die sozialpolitischen Errungenschaften ab (42).

So hervorragend die Sozialgesetzgebung in den Anfangsjahren der Ersten Republik war, so groß blieb auch in Vorarlberg die Differenz von Rechtswirklichkeit und Rechtsetzung. Die Arbeitgeber kümmerten sich meist nur wenig um geltende Gesetze, wenn nicht eine starke Arbeiterbewegung deren Einhaltung erzwang. 1931 ließen sich etliche Unternehmer von den Arbeitern schriftlich bestätigen, daß einschlägige Gesetze in ihrem Betrieb nicht angewandt werden sollten: Überstunden wurden nicht bezahlt, das Arbeitszeitgesetz wurde umgangen, Lohnzahlungen wurden im Krankheitsfall eine Woche ausgesetzt, Kündigungsfristen nicht eingehalten usw. (43).

Selbst die Bestimmungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen konnten, wie das Gewerbeinspektorat 1923 feststellte, nicht durchgesetzt werden, da in bürgerlich-bäuerlichen Kreisen Übereinstimmung darüber herrschte, daß Kinderarbeit nicht schade. Kinder arbeiteten in der Industrie, vor allem in der Slickerei, und in der Landwirtschaft (Schwabenkinder) (44). Auch das Arbeitszeitgesetz wurde kaum eingehalten. Zum einen waren schon im Gesetz zahlreiche Ausnahmen enthalten, zum anderen wurde es von

den Arbeitgebern vehement bekämpft. Vor allem in der Stickerei wurde weit mehr als die erlaubten acht Stunden pro Tag gearbeitet - Arbeitszeiten von über siebzig Stunden in der Woche waren hier durchaus üblich (45).

Arbeiterschaft und Arbeiterklasse

Die Arbeiterschaft, in sich heterogen strukturiert, kann zur Arbeiterklasse werden, wenn die Interessenidentität stärker ist als die vielen differenzierenden Merkmale. Die Klassenerfahrung wird - nach Edward P. Thompson (46) - weitgehend bestimmt durch die Produktionsverhältnisse. Das Klassenbewußtsein ist die Art und Weise, wie diese Erfahrungen kulturell verarbeitet werden.

Lohnsticker z.B. waren von "ihren" Fabrikanten ebenso abhängig wie Arbeiter: Der Fabrikant stellte die Maschine und das Material zur Verfügung, der Sticker den Raum und die Arbeitskraft. Trotzdem fühlten sich Sticker überwiegend nicht als Teil der Arbeiterklasse, da ihre sozialen Erfahrungen aus einer anderen kulturellen Tradition, nämlich der der kleinen Gewerbetreibenden, stammten und ihr Selbstverständnis vor allem von dieser Tradition geformt war (47). Ähnliches dürfte auch für Arbeiter gelten, die in kleinen Gewerbebetrieben beschäftigt waren, wo noch handwerkliche Traditionen und Bindungen vorherrschten. Weder eine unbefriedigende soziale Situation, noch überwiegend kapitalistische Produktionsformen, noch eine allein quantitativ starke Arbeiterschaft führen zwangsläufig zur Ausbildung einer Arbeiterklasse und in der Folge zur Organisation dieser Klasse als Arbeiterbewegung. Einige Faktoren können jedoch diesen Prozeß begünstigen oder hemmen, etwa Zahl und Massierung der Arbeiterschaft, Berufsstruktur und Wirtschaftsstruktur, Besitzstruktur, Politik der Unternehmer und Behörden, Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung. Diese Faktoren scheinen auch für Vorarlberg von Bedeutung gewesen zu sein.

In Vorarlberg gab es in der Zwischenkriegszeit nur einen Großbetrieb: die Spinnerei und Weberei F.M. Hämmerle in Dornbirn, die 1930 ca. 1.700 Beschäftigte hatte. Der zweitgrößte Betrieb hatte 1930 600 Beschäftigte, alle anderen Betriebe weniger als 500 (48). Eine Bedingung für die Ausprägung einer starken Arbeiterbewegung, nämlich die Massierung von Arbeitern in Großbetrieben und die damit möglichen sozialen Erfahrungen, fehlte in Vorarlberg nahezu völlig. Es gab hier zwar eine gewisse Konzentration der Industrie im Rheintal und im Walgau, jedoch kein dichtes

Industriegebiet (49). Bedingt durch die Wirtschaftsstruktur war zudem der Anteil der Facharbeiter (1930: 5.161 gegenüber 17.755 Hilfs- und Heimarbeitern) sehr niedrig. Ebenso gab es keine starke Eisen- und Metallindustrie mit ihrem traditionell großen Anteil von Facharbeitern. Es dominierte die Textilindustrie: Dort aber waren 1930 von 10.472 Beschäftigten nur 726 Facharbeiter, und zudem war der Frauenanteil an den Beschäftigten außerordentlich hoch (50).

Auf die Verteilung von Grundbesitz wurde bereits verwiesen. Zum besseren Verständnis der politischen Bedeutung von Eigenheim und Grundbesitz sei Sigismund Waitz, der Bischof von Innsbruck-Feldkirch, zitiert: "Eine seßhafte Bevölkerung ist eine rührige Bevölkerung; diese will keinen Umsturz, weil sie dabei nur verlieren kann" (51).

Wirtschaftsentwicklung und Arbeitslosigkeit sind maßgebliche Faktoren für die Entwicklung einer Arbeiterbewegung. Denn langanhaltende Arbeitslosigkeit und wachsende Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes führen zu Ohnmacht und Vereinzelung, wenn nicht früher schon in politischer und gewerkschaftlicher Arbeit Solidarität eingeübt worden ist. In der Krise mußte sich zeigen, ob die Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Vertrauen und Hoffnung der Arbeiterschaft gewinnen bzw. bewahren konnten.

Von Bedeutung für eine Arbeiterbewegung ist auch die Politik der Unternehmer und Behörden. Hier sei nur auf das Antiterrorgesetz des Jahres 1930 verwiesen, das die gewerkschaftliche Tätigkeit stark behinderte (52). Eine klare Klassenpolitik von Unternehmern und Behörden muß sich aber nicht zwangsläufig negativ auf die Arbeiterbewegung auswirken, da sie zu sozialen Erfahrungen führen kann, die das Klassenbewußtsein und damit wieder die Arbeiterbewegung stärken. In der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Situation in Vorarlberg in der Ersten Republik allerdings wirkte sich die Politik zur Unterdrückung der - vor allem sozialistischen - Arbeiterbewegung so aus, wie es ihre Betreiber erhofft hatten: Nach dem Verbot jeder unabhängigen Arbeiterbewegung im Februar 1934 konnte die nun illegale Arbeiterbewegung in Vorarlberg ohne besondere Probleme unter Kontrolle gehalten werden (53).

DIE ARBEITERBEWEGUNG

Die Vorarlberger Arbeiterschaft hatte in der Ersten Republik mehrere Möglichkeiten, sich politisch als Bewegung zu organisieren. Die christliche Arbeiterbewegung war Teil des katholisch-konservativen Lagers und ein Verband der Christlichsozialen Partei. Im deutsch-nationalen Lager gab es anfangs fast ausschließlich Angestellten-Organisationen, und erst die Nationalsozialisten konnten zu Beginn der dreißiger Jahre Einfluß in der Arbeiterschaft gewinnen. Jedenfalls waren die Angestelltenorganisationen in der Großdeutschen Partei kein bestimmender Faktor, genausowenig hatte die christliche Arbeiterbewegung in der Christlichsozialen Volkspartei das Sagen. Im Gegensatz dazu war die Sozialdemokratische Arbeiterpartei die Partei der Arbeiterbewegung. Die Kommunistische Partei hatte demgegenüber nur in den ersten und letzten Jahren der Ersten Republik geringen Einfluß.

Die national-liberalen Angestelltenorganisationen

Im "Deutschen Gewerkschaftsbund für Österreich" wurden 1925 die nationalen Gewerkschaften - auch "Völkische Gewerkschaften" genannt - zusammengeschlossen, u.a. auch die Deutsche Arbeitergewerkschaft (54). In Vorarlberg waren die nationalen Gewerkschaften vor allem durch den Deutschen Handels- und Industrieangestelltenverband (DHV) und die Deutsche Verkehrsgewerkschaft präsent. Sie waren Angestelltengewerkschaften; bei den Arbeiterkammerwahlen 1921 erzielten sie insgesamt 1.170 Stimmen, davon 499 bei den Angestellten und 385 bei den Verkehrsangestellten. Bis zu den Arbeiterkammerwahlen 1926 konnten sie ihre Position ausbauen und erzielten jetzt 1.406 Stimmen, davon 704 bei den Angestellten und 365 bei den Verkehrsangestellten (55).

Mitgliederzahlen sind seit 1925 bekannt. Sie bewegen sich um 1.200. Der Höchststand betrug 1.261 im Jahre 1925; der niedrigste Stand war 1930 mit 1.064; bis 1932 stieg die Mitgliederzahl des Deutschen Gewerkschaftsbunds leicht auf 1.191 Mitglieder an (56). Das Programm von DHV und Deutscher Verkehrsgewerkschaft war vor allem national, d.h. auf den Anschluß an Deutschland und auch gegen jede Beschäftigung nicht-deutscher Arbeitskräfte ausgerichtet, sowie betont eigentumsfreundlich. Das trug ihnen den berechtigten Vorwurf ein, keine Interessenvertretungen von Arbeitern und Angestellten zu sein, sondern vielmehr Vorfeldorga-

nisationen der Unternehmerschaft, die von dieser finanziert und für deren Zwecke gebraucht würden (57).

Die christliche Arbeiterbewegung

Die christliche Arbeiterbewegung bestand aus zwei Elementen: den Christlichen Gewerkschaften und den Katholischen Arbeitervereinen. Die Katholischen Arbeitervereine waren dabei weniger Interessenvertretungen als vielmehr sozio-kulturelle Organisationen, die ihren Mitgliedern eine politische und weltanschauliche Heimat im Rahmen der katholischen Kirche und der Christlichsozialen Volkspartei sein wollten. 1923 wurden in Vorarlberg 13 solche Arbeitervereine mit 705 Mitgliedern und 6 Arbeiterinnenvereine mit 844 Mitgliedern gezählt, die zusammen 6 Bibliotheken unterhielten (58).

Aus den Statuten des "Katholischen Arbeiter-Vereins von Feldkirch und Umgebung" aus dem Jahre 1924 geht einiges über Ziele und Methoden des Vereins hervor (59). Ziel war "die Stärkung und Betätigung der christlichen Welt- und Lebensanschauung, sowie die Verteidigung derselben gegen ihre Gegner und die Förderung der Religiosität und Sittlichkeit seiner Mitglieder; (die) Förderung der allgemeinen geistigen und fachlichen Bildung; die Erreichung sozialer Reformen...; (die) Gewährung von Rechtsschutz..." Die Mittel zur Erreichung des Vereinszwecks waren religiöse Übungen (heilige Kommunion) und religiöse sowie andere bildende Vorträge, Abhaltung von Kursen, Errichtung von Bibliotheken sowie Haltung von Zeitungen und Fachblättern, öffentliche Versammlungen zur Vertretung der Arbeiter-Interessen und zur Diskussion von politischen Fragen usw.

Die Katholischen Arbeitervereine waren in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts aus dem Kreis um Carl Vogelsang, den Theoretiker einer betont antikapitalistischen katholischen Sozialreform, hervorgegangen. Vorrangig ging es um die Gewinnung der Arbeiterschaft für das katholische Lager (60). In Vorarlberg stand dazu mit dem Priester Karl Drexel ein außerordentlich fähiger Mann zur Verfügung. Er hatte selbst 1896 in Hohenems den nach Dornbirn (1893) zweiten Arbeiterverein gegründet und in der Folge die Leitung des Vorarlberger Arbeiterbundes, der Dachorganisation der Katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine, übernommen (61).



Der Priester Lorenz Dür (1885-1936) - einer der wichtigsten Funktionäre der christlichen Arbeiterbewegung Vorarlbergs in der Zwischenkriegszeit; 1918-1933 Landtagsabgeordneter, 1913-1936 Sekretär des katholischen Vorarlberger Arbeiterbundes

Mit dem Wachstum der Christlichen Gewerkschaften nach dem Ersten Weltkrieg wurde eine neue Organisationsform notwendig, die die unterschiedlichen Aufgaben von Gewerkschaften und Arbeitervereinen berücksichtigte. Für religiös-kulturelle Aufgaben waren nun die Arbeitervereine zuständig, die im Landesverband der christlichen Arbeitervereine zusammengefaßt wurden. Die Landeszentralkommission der christlichen Gewerkschaftsgruppen (Landeskartell) vertrat in der Bundesleitung des Vorarlberger Arbeiterbundes, den sie zusammen mit dem Landesverband der Arbeitervereine bildete, gewerkschaftliche Belange.

Die Bundesleitung war das eigentliche politische Organ der christlichen Arbeiterbewegung Vorarlbergs. Auf lokaler Ebene waren die einzelnen Gewerkschaftsgruppen und die Katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine in sogenannten Gebietskartellen zusammengefaßt, z.B. in Bregenz, Dornbirn, Feldkirch, Bludenz und Hohenems. Albert Welte aus Frastanz war von 1920 bis 1935 Vorsitzender des Landesverbandes der Katholischen Arbeitervereine, Alois Rohner aus Dornbirn von 1919 bis 1927 Obmann des Vorarlberger Arbeiterbundes. Sekretär des Arbeiterbundes war von 1913 bis 1936 Lorenz Dür; Landessekretäre der Christlichen Gewerkschaften waren von 1919 bis 1924 Otto Troidl und von 1925 bis 1938 Christian Eyring. Nur die Gewerkschaft der Textilarbeiter, die schon vor dem Ersten Weltkrieg relativ stark gewesen war, hielt sich einen eigenen Sekretär: 1922 bis 1924 Alois Schartner, 1924 bis 1938 Josef Kraft. Die christliche Arbeiterbewegung war der CVP drei Landtagsmandate und einen Landesregierungssitz wert, den Josef Kennerknecht, der Obmann des Katholischen Arbeitervereins Vorkloster, innehatte (62).

Mitgliederzahlen der Christlichen Gewerkschaften sind ab 1922 greifbar. In jenem Jahr waren es 6.174; bis 1924 verloren sie mehr als 1.000 Mitglieder, und bis 1929 hielten sie mit geringen Schwankungen den Stand von 5.000 Mitgliedern. Ab 1929 verloren sie jährlich ungefähr 700, sodaß sie 1932 mit 2.988 Mitgliedern unter der Hälfte des Standes von 1922 lagen. Da die absolute Zahl der gewerkschaftlich Organisierten noch stärker zurückging, stieg dennoch der relative Anteil der Christlichen Gewerkschaften. 1926/27 waren nach wechselnden Mehrheiten die Christlichen Gewerkschaften endgültig mitgliederstärker als die sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften (63). Die wachsende relative Stärke der Christlichen Gewerkschaften - bei abnehmender absoluter Stärke der Gewerkschaften insgesamt - zeigen auch die Ergebnisse der Arbeiterkammerwahlen. 1921 stimmten 33,6% der insgesamt 10.818 Wähler für die Christlichen Gewerkschaften und 55,6% für

die Freien Gewerkschaften. 1926 war bei jetzt 13.979 Wählern der Anteil der Christlichen auf 42,4% gestiegen, der der Freien auf 47,6% gesunken. Besonders stark gewannen die Christlichen Gewerkschaften bei den Arbeitern dazu, wo sie 1926 mit 4.551 Stimmen fast mit den 4.600 Stimmen der Freien Gewerkschaften gleichzogen, die 1926 nur noch bei Verkehrsarbeitern und Verkehrsangeestellten klar dominierten. Trotzdem stellten die Freien Gewerkschaften auch 1926 mit 20 Mandaten die stärkste Fraktion in der Arbeiterkammer (1921: 22 Mandate). Und obwohl 1926 eine Pattstellung gegeben war, da Deutsche mit 4 und Christliche Gewerkschaften mit 16 Mandaten zusammen auch 20 Vertreter hatten, wurde der Sozialdemokrat Wilhelm Sieß wieder Arbeiterkammerpräsident bis zur Gleichschaltung 1933/34 (64).

Die christliche Arbeiterbewegung war Teil des katholisch-konservativen Lagers und der Christlichsozialen Volkspartei. Sie befand sich damit, wie Anton Pelinka in seiner Studie zur christlichen Arbeiterbewegung Österreichs nachwies, in einer äußerst problematischen Lage, die er als "kollektive Cross-pressure-Situation" bezeichnet. Die christliche Arbeiterbewegung war eine nach Klassengesichtspunkten organisierte Gruppe und gleichzeitig Teil eines Lagers, das sich zwar selbst als über den Klassen stehend einstuft, dessen Politik aber von den Interessen der ökonomisch Selbständigen in Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft stärker bestimmt wurde als von jenen der Arbeiterschaft.

Das Verhalten der christlichen Arbeiterbewegung bei drei Schlüsselereignissen führt Pelinka zur wohlbegründeten These, daß in der christlichen Arbeiterbewegung der Antimarxismus viel entscheidender war als der Antikapitalismus (65). Diese drei markanten Punkte waren nach Pelinka der Generalstreik im Juli 1927, das Antiterrorgesetz 1930 und die Nationalratswahlen vom 9.11.1930. Die Christlichen Gewerkschaften hatten den von den Freien Gewerkschaften im Zusammenhang mit den blutigen Zusammenstößen in Wien (Justizpalastbrand) ausgerufenen eintägigen Generalstreik und auch den unbefristeten Verkehrsstreik am 17. Juli 1927 hart verurteilt und die Regierung aufgefordert, die Streiks zu brechen. Sie hatten auch das gegen die Freien Gewerkschaften und gegen die allgemeine gewerkschaftliche Tätigkeit gerichtete Antiterrorgesetz nicht zu verhindern gesucht, bei den Nationalratswahlen 1930 hatte die christliche Arbeiterbewegung ihre Partei trotz eines Wahlbündnisses mit dem extrem autoritären Wiener und niederösterreichischen Heimatschutz unterstützt (66).

In Vorarlberg waren in der christlichen Arbeiterbewegung nur in den ersten Jahren der Republik die Interessen der Arbeiter-



Christliche Gewerkschafter und Kammermitglieder 1926. In der Mitte: Josef Kennerknecht (Bregenz-Vorkloster), 1920-1935 Stellvertretender Vorsitzender des Landesverbands der Katholischen Arbeitervereine, Fraktionsobmann der Christlichen Gewerkschaft in der Arbeiterkammer; 4.v.r.: Josef Kraft (Dornbirn), 1924-1938 Landessekretär der christlichen Textilarbeiter; 5.v.r.: Christian Eyring, 1925-1938 Landessekretär der Christlichen Gewerkschaften

schaft stärker als der Antimarxismus des katholisch-konservativen Lagers. Die Christlichen Gewerkschaften trugen damals noch selbständig Arbeitskämpfe aus (67) oder beteiligten sich an Arbeitskämpfen der Freien Gewerkschaften (68). Von Otto Troidl, der bis 1924 Landessekretär der Christlichen Gewerkschaften war, ist bekannt, daß er öfters in harte Auseinandersetzungen mit Unternehmern auch des eigenen Lagers verwickelt war (69).

Die Bereitschaft zu Arbeitskämpfen schwand bei den Christlichen Gewerkschaften zusehends. Einer der letzten Streiks mit ihrer Beteiligung war der Bauarbeiterstreik in Bregenz vom 28.6. bis zum 20.7.1927. Er wurde jedoch abgebrochen, weil die Christlichen Gewerkschaften aus der Streikfront aussicherten, separate Verhandlungen einleiteten und diese abschlossen (70).

Als der Verkehrsstreik vom 16. bis 18. Juli 1927 durch Gendarmerie, Militär und Heimwehr gebrochen wurde, war kein Protest der Christgewerkschafter zu vernehmen (71). Denn während sie sich bis 1927 vereinzelt an Lohnstreiks in der Privatindustrie beteiligt hatten, verurteilten sie jeden Streik im öffentlichen Dienst als gegen ihre Regierung und ihr Lager gerichtet (72).

Da die Christlichen Gewerkschaften ihre Arbeit auf rein ökonomische Belange zu beschränken versuchten, überließen sie das Gesetz des politischen Handelns den Unternehmerverbänden: Diese konnten mit der Bekämpfung des Marxismus auch die Arbeiterrechte beschneiden und die Senkung der Produktionskosten durch Lohnkürzungen vorantreiben (73). Paradox ist, daß die Christlichen Gewerkschaften sich am 1. März 1933 an dem zweistündigen Proteststreik der österreichischen Eisenbahner gegen die angekündigte Auszahlung des Märzgehältes in drei Teilen beteiligt hatten, ihre Vertreter im Nationalrat aber gegen diesen Streik auftraten. Die christliche Arbeiterbewegung unterstützte in der Folge das autoritäre Regime Dollfuß, das die bereits von Bundeskanzler Seipel eingeleitete Politik der "Beseitigung des revolutionären Schutts" erfolgreich abschloß (74).

Die christliche Arbeiterbewegung war die Arbeiterbewegung des katholischen Lagers. Hier konnten sich Arbeiter organisieren, ohne mit der katholischen Kirche und der politisch dominierenden Christlichsozialen Volkspartei in Konflikt zu geraten.

Die katholische Kirche wurde in Vorarlberg vor allem durch Dr. Sigismund Waitz repräsentiert. Waitz war von 1913 bis 1918 Generalvikar in Feldkirch, von 1918 bis 1921 Apostolischer Delegat von Nordtirol, Osttirol und Vorarlberg, von 1921 bis 1934 Apostolischer Administrator für Nordtirol und Vorarlberg und ab 1934 Fürsterzbischof von Salzburg (75). Als ehemaliger Prinzenzieher der Habsburger setzte er sich im Herbst 1918 vehement für den Weiterbestand der Monarchie ein und feierte noch 1923 Ex-Kaiser Karl als Märtyrer (76). Die Kirche versuchte grundsätzlich, ihre sozialen Ordnungsvorstellungen auch politisch durchzusetzen – in der Ersten Republik waren die Christlichsozialen dementsprechend das "Vollzugsorgan des österreichischen Katholizismus" (77). Massiv mischte sich die Kirche deshalb in Wahlkämpfe

ein: 1923 verordnete Waitz einen Gebetstag für den Ausgang der Landtags- und Nationalratswahlen; 1927 und 1930 wurden vor den Nationalratswahlen Hirtenbriefe von den Kanzeln verlesen (78).

Die Kirche formulierte ihre gesellschaftspolitischen Ziele vor allem in den beiden päpstlichen Enzykliken "Rerum novarum" (1891) und "Quadragesimo anno" (vierzig Jahre später: 1931). Beide Enzykliken beschäftigten sich mit der sozialen Frage, und beide lehnen die Antworten der Sozialdemokratie ab. Das Ziel der Kirche war eine harmonische, hierarchisch gegliederte Gesellschaft mit klar definierten Schutz- und Gefolgschaftsverpflichtungen. In "Quadragesimo anno" wurde die Lehre vom Rechts- und Wohlfahrtsstaat vertreten, der über den Klassengegensätzen stehen und der neuen harmonischen Ordnung zum Durchbruch verhelfen sollte. Der durch Klassengegensätze zerrissene, in Parteienhader verstrickte und nach formaldemokratischen Gesichtspunkten organisierte Staat müsse vom richtig verstandenen Autoritätsstaat abgelöst werden, der als "Ständestaat" aufgebaut werden sollte. Dieser Ständestaat sollte die "wahre" Demokratie und die harmonische Gesellschaft bringen. Auf eine nähere Erläuterung solcher recht allgemeiner Ideale wurde weitgehend verzichtet; sie gaben denn auch die Legitimation zur Errichtung des "autoritären Staates" bzw. der Diktatur 1933/34 ab (79).

Die Vorarlberger Christlichsozialen strebten seit der "Revolution" von 1918 eine Stärkung der obrigkeitlichen Macht an. Da die Christlichsozialen in allen Landtagen über eine satte absolute Mehrheit verfügten - mit 64% der Stimmen 1919 und 57% 1932 (80) - bedeutete das schlichtweg eine Stärkung der christlichsozialen Macht. Das Ziel des Vorarlberger politischen Katholizismus war die geschlossene Gesellschaft, in der er jeden Bereich nach seinen Vorstellungen gestalten konnte.

Nachdem der politische Katholizismus in Vorarlberg die liberale Bewegung geschlagen hatte (81), erstand ihm in der Sozialdemokratie ein neuer Gegner. Die Sozialdemokratie war nicht nur in Kulturfragen - wie der Liberalismus auch - der Aufklärung verpflichtet, sondern wollte eine vollständige Umgestaltung der Gesellschaft: nicht zurück zum besseren Mittelalter, sondern hin zur Überwindung des Kapitalismus unter den Bedingungen der Industrialisierung.

Der Katholizismus verteidigte seine Besitzstände mit aller Kraft. Es ging um die Kindererziehung, die in katholischer Hand bleiben sollte: Daher wurden sowohl sozialdemokratische Schulreformen als auch außerschulische Kinder- und Jugendorganisationen der Sozialdemokratie bekämpft (82). Ziel war die totale Über-

einstimmung des individuellen Verhaltens mit dem katholischen Moralkodex: Das ging vom Eherecht und der Sexualmoral über das Verbot der Empfängnisverhütung bis zum Verbot der Feuerbestattung. Welche Filme im Kino laufen durften und welche Vorträge gehalten wurden, wie Frauen und Männer gekleidet sein mußten, ob Frauen turnen durften (nein) und ob Männer und Frauen getrennt zu baden hatten (ja) – alles das war Gegenstand katholisch-obrigkeitlicher Sorge. Jedes andere Verhalten, das von der katholischen Norm abwich, konnte als landfremd, nicht vorarlbergisch, jüdisch, östlich, bolschewistisch gebrandmarkt werden (83). Neben der privaten Lebensform wurden auch die Produktionsverhältnisse bzw. die Austragung von Interessenkonflikten zu beeinflussen versucht. Die Katholisch-Konservativen wollten Christentum, Standesversöhnung, Demokratie, Idealismus, und nicht Sozialismus, Klassenkampf, Diktatur, Materialismus, wie es das "Volksblatt" am 16.10.1926 im Wahlkampf zu den Arbeiterkammerwahlen auf eine Kurzformel brachte.

Die Politik der christlichsozialen Landesregierung war nicht in erster Linie Klassenpolitik, aber sie war antimarxistische Politik und vor allem gegen die linke Arbeiterbewegung gerichtet. In diesem Kampf gegen den "Marxismus" jeder Spielart fanden sich mit dem politischen Katholizismus und dem laizistischen und deutschnationalen Liberalismus die Todfeinde des 19. Jahrhunderts wieder zusammen. Diese rechte Einheitsfront hielt bis zum Sieg über den Sozialismus 1933/34. Dann aber waren die weltanschaulichen Gegensätze wieder größer als das Klassenbewußtsein, und im Ständestaat standen sich die alten Gegner als Austrofaschisten und Nationalsozialisten gegenüber.

Der Vorarlberger Heimatdienst ist wohl das eindrucklichste Beispiel für diese Zweckallianz. Dort fanden sich Großdeutsche und Christlichsoziale unter der Patronanz der Landesregierung zusammen und schufen ein Machtinstrument, das hauptsächlich durch den Antimarxismus zusammengehalten wurde (84).

Im Heimatdienst waren die nach dem Vorbild der deutschen "Nothilfe" aufgebaute Streikbrecherorganisation "Notbann" und die stark bewaffneten Heimwehren vereint. Er unterstand dem Landeshauptmann, wurde aber von den Interessen der Industrie dominiert, die ihn auch finanzierte. Nach dem Sieg über die Sozialdemokratie (und die Kommunisten) traten die ehemaligen Großdeutschen und jetzigen Nationalsozialisten aus dem Heimatdienst aus. Daraufhin wurde der Heimatdienst als Instrument des katholischen Lagers gegen den Nationalsozialismus eingesetzt (85). Auch die Industrie wandte sich größtenteils vom Heimatdienst ab

und den Nationalsozialisten, also den neuen Gegnern der Christlichsozialen, zu (86).

Die Christlichsozialen hatten aber nicht nur auf den Heimatdienst gesetzt, sondern auch zielstrebig das Bundesheer für sich instrumentalisiert. Die Heeresangehörigen waren zwar in den ersten Jahren der Republik auch in Vorarlberg mehrheitlich der Sozialdemokratie nahegestanden, wie aus den Vertrauensmänner-Wahlen und der Existenz von Soldatenräten zu ersehen ist (87). Auch zog die Militärmusik bis 1922 in den Maiumzügen mit (88). Dennoch standen die in Vorarlberg stationierten Truppen der Landesregierung loyal gegenüber: Das wurde deutlich, als sie zum Beispiel am 26.6.1922 das Bregenzer Postamt besetzten und so Streikbrecher vor streikenden Arbeitern schützten (89). Ab 1922 wurde das Heer "umpolitisiert": Durch die Stützung der rechten Soldatenorganisation "Wehrbund" und die gleichzeitige Behinderung des sozialdemokratischen Militärverbandes sowie durch Einstellungspolitik (90) und durch wahltaktische Maßnahmen (91) gelang es innerhalb von zwei Jahren, die Positionen der Sozialdemokratie in den in Vorarlberg stationierten Truppen (Alpenjägerbataillon 4) zu untergraben. Ab 1926 hielt der "Wehrbund" unangefochten alle Vertrauensmänner-Mandate (92), und schon 1923 wurden die Soldatenräte als "Relikte einer überwundenen Epoche" abgeschafft (93).

Diese Politik entsprach durchaus den Interessen der maßgeblichen Fraktion in der Christlichsozialen Partei und auch den Vorstellungen der Großdeutschen. Vertreter dieser beiden Parteien und des Heimatdienstes hatten schon im Dezember 1920 vom zuständigen Bundesministerium ein hartes Durchgreifen vor allem gegen streikende Eisenbahner gefordert. Das aber hatte der Bundesminister für Verkehrswesen Karl Pesta in einem Schreiben an die Landesregierung mit der Begründung abgelehnt, daß "die Regierung einer verlässlichen Stütze ihrer staatlichen Autorität entbehrt..." Neben diese Stelle schrieb Landeshauptmann Otto Ender ein bezeichnendes "und so?" an den Rand (94). Ender und der Großteil seiner Partei waren entschlossen, ein System zu schaffen, in dem sie den Spielraum der Opposition bestimmen konnten. Dazu mußte vor allem und zuerst die Sozialdemokratie in die Knie gezwungen werden, die recht selbstbewußt eine völlig andere Politik betrieb.

1925 schrieb Ender in seiner Weihnachtsbetrachtung im "Volksblatt" u.a. folgenden bezeichnenden Satz: "...Ordnung und Disziplin. Dieses Gesetz hat in Italien das Große zustande gebracht, was bei uns unmöglich erscheint: es gibt keinen Streik mehr!"

(95). 1927 regte Ender insgeheim eine Entschließung des Landesbauernbundes an, die mit der tatkräftigen Unterstützung von Ulrich Ilg zustande kam und in der folgende Forderungen enthalten waren: Demonstrationsverbot, Versammlungsverbot, Einschränkung der Pressefreiheit, partielles Streikverbot, Auflösung des sozialdemokratischen Republikanischen Schutzbundes, vollkommene Legalisierung des Heimatdienstes. Die Landesregierung übermittelte diese Forderungen der Bundesregierung, wobei sie selbst moderatere Maßnahmen anregte und zum Programm des Bauernbundes anmerkte: "Die Vorarlberger Landesregierung verkennt nicht die Tatsache, daß der Ausführung des einen oder anderen Programmpunktes derzeit große Schwierigkeiten entgegenstehen" (96).

"Derzeit" ist hier das Schlüsselwort. Denn prinzipiell traten Otto Ender und die Landesregierung für diese Beschränkungen der bürgerlichen Freiheiten ein, und der autoritäre bzw. faschistische Staat nach dem März 1933 und dem Februar 1934 war die Erfüllung ihrer Wünsche: keine Streiks, keine kritische Presse, keine Sozialdemokratische Partei, kein Republikanischer Schutzbund und ein legalisierter Heimatdienst - die Vaterländische Front (97).

Diese Politik wurde von der christlichen Arbeiterbewegung Vorarlbergs weitgehend mitgetragen, wenn auch aus ihren Reihen manchmal kritische Stimmen kamen. Der einflußreichste Kritiker war wohl der Dornbirner Priester Karl Drexel, der - aus den katholischen Arbeitervereinen kommend - in der Ersten Republik bedeutende politische Funktionen innehatte: Landtagsabgeordneter, später Bundesrat, dann Nationalrat. Bereits 1929 warnte er: "Wenn es ... den Heimatwehren gelänge, die Sozialdemokratie zu Boden zu werfen, so würde auch die christliche Arbeiterbewegung einen schweren Schlag erleiden" (98). Für einen Mann wie Drexel war schon 1931 kein Platz mehr in der CVP: Er legte seine politischen Funktionen nieder und wurde Leiter des Bundesamtes für Statistik in Wien. Am 11.2.1932 würdigte ihn die sozialdemokratische "Vorarlberger Wacht":

"Der ehemalige christlichsoziale Abgeordnete und gegenwärtige Präsident des Bundesamtes für Statistik, Dr. Karl Drexel, gilt in der politischen Öffentlichkeit Österreichs allgemein als ein Mann, der als aufrichtiger Demokrat allen politischen Abenteuern abhold ist, wie sie von Seipel und seinen kleriko-faschistischen Trabanten zum Schaden der österreichischen Wirtschaft und Kreditwürdigkeit seit Jahren propagiert und in die Tat umzusetzen versucht werden. Nicht zuletzt wegen dieser seiner verständigen Haltung, die in dem öden Antimarxismus nicht das Salz politischer

Weisheit erblickt, dürfte Herr Drexel seinerseits als aktiver christlichsozialer Politiker - unter freundlicher Mitwirkung der Seipeloten auf den minder gefährlichen Posten eines Präsidenten des Bundesamtes für Statistik abgeschoben worden sein. Aber Herr Drexel scheint aus dieser 'Strafversetzung' durchaus nicht die Konsequenzen gezogen zu haben."

Die sozialistische Arbeiterbewegung

Die christliche Arbeiterbewegung konnte durch ihre Zugehörigkeit zum katholischen Lager und ihre enge Bindung an die Christlich-soziale Volkspartei die Interessen der Arbeiterschaft nur bedingt vertreten. Vor allem in den letzten Jahren der Republik galt ihr Kampf vorrangig der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft. In der Sozialdemokratischen Partei und den Freien Gewerkschaften hingegen - wie auch in der Kommunistischen Partei - waren in Vorarlberg fast ausschließlich jene Arbeiter organisiert, die sich bewußt als Angehörige der Arbeiterklasse empfanden. Dabei gelang es weder der SDAP noch den Freien Gewerkschaften, die Mehrheit der Arbeiterschaft zu gewinnen.

Die Freien Gewerkschaften

Bis 1918 waren in Vorarlberg die meisten Einzelgewerkschaften dem Landesverband Tirol angeschlossen. Erst als Vorarlberg im November 1918 ein eigenes Land wurde, setzte eine langsame Lösung vom Tiroler Landesverband ein. Einzig die Textilarbeiter hatten schon vor dem Ersten Weltkrieg eine eigene Landesorganisation mit eigenem Landessekretär gehabt. 1924 waren z.B. noch die Buchdrucker, Landarbeiter, Metallarbeiter und Sozialversicherungsangestellten von Tirol und Vorarlberg gemeinsam organisiert; 1931 waren es noch die Buchdrucker und Buchbinder, die Hotelangestellten und die in der technischen Union organisierten Arbeiter (99).

1920 wurde das sozialdemokratische Parteisekretariat und das Sekretariat der Freien Gewerkschaften getrennt, da nach den Textilarbeitern auch die Bauarbeiter ein Sekretariat in Vorarlberg aufbauten. Parteisekretär blieb Anton Linder, Gewerkschaftssekretär wurde Anton Schlüter. 1921 scheint mit dem Bregenzer Samuel Spindler ein eigener Sekretär der Textilarbeitergewerkschaft auf;

1927 wurde Anton Pichler als Gewerkschaftssekretär der Bauarbeiter aktenkundig (100).

Die Organisation der Freien Gewerkschaften wurde in der Ersten Republik noch in anderer Hinsicht verändert. Ursprünglich waren der Österreichischen Gewerkschaftskommission zahlreiche Zentral- und Lokalvereine angeschlossen gewesen. Das hatte historische Gründe, war aber organisatorisch ineffizient. Während der ganzen Ersten Republik war nun ein Umbau nach dem Industriegruppenprinzip im Gange, das sich jedoch nur sehr langsam gegen den Widerstand der vielen Kleingewerkschaften durchsetzen ließ. Die unterste Organisationseinheit war der Betrieb, wo Vertrauensleute bzw. Betriebsräte die Basisarbeit leisteten; das oberste Gremium war bis 1928 die Zentralkommission der Freien Gewerkschaften Österreichs, ab 1928 der Bund der Freien Gewerkschaften Österreichs. Höchstes Gremium auf Landesebene war die Landeskonferenz, die meistens jährlich einmal zusammentrat und die dreizehnköpfige Landesgewerkschaftskommission wählte, der die eigentlichen Leitungsaufgaben oblagen (101).

Mitgliederzahlen der Vorarlberger Freien Gewerkschaften sind von 1922 bis 1932 bekannt. In diesen zehn Jahren schrumpfte der Mitgliederstand von 10.158 auf 2.304, wobei besonders starke Verluste 1922 bis 1923 (-3.341), 1925 bis 1926 (-1.680) und ab 1929 auftraten. Wie schwach die Freien Gewerkschaften in Vorarlberg, dem nach Wien höchstindustrialisierten Bundesland, waren, zeigt sich erst im Vergleich mit andern Regionen. 1927 z.B. hatte das kleine Burgenland fast viermal soviel Mitglieder wie Vorarlberg. Die Freien Gewerkschaften verloren zwar auch österreichweit zwischen 1922 und 1932 50% ihrer Mitglieder, prozentuell allerdings weit weniger als in Vorarlberg.

1922 waren von 10.158 Mitgliedern 2.082 Frauen, 1929 waren es von 4.459 Mitgliedern 588. Das bedeutet, daß die Freien Gewerkschaften besonders bei den Frauen verloren, hauptsächlich von 1925 auf 1926 (-1.131). Dabei verlor die Gewerkschaft der Textilarbeiter, in der Frauen stark vertreten waren, besonders deutlich. Diese 1923 mit 2.214 Mitgliedern größte Einzelgewerkschaft hielt sich bis 1925 gut (2.159) - von 1925 auf 1926 schrumpfte sie aber auf 772 Mitglieder (102). Diese Verluste müssen mit einem verlorenen Arbeitskampf der Textilarbeiter 1925 in Verbindung gebracht werden. Damals erreichten die Industriellen durch ihre kompromißlose Haltung, daß sich die Arbeiter in einer Urabstimmung am 1. August 1925 gegen den Streik aussprachen (103). Die Textilarbeitergewerkschaft erholte sich von dieser Niederlage nicht mehr und war 1932 mit nur noch 281



Teilnehmer an der Gewerkschaftsschule der sozialdemokratischen Textilarbeiter in Dornbirn, ca. 1925. 1.R., 3.v.l.: Samuel Spindler, Sekretär der Textilarbeitergewerkschaft

Mitgliedern vollkommen bedeutungslos (104). In der Textilindustrie wurde dann auch – wie in den übrigen Industriezweigen mit Ausnahme der Bauindustrie und der Eisenbahnen – nicht mehr gestreikt: Die Macht der Arbeiterschaft war gebrochen, weil die Macht ihrer Organisationen gebrochen war.

Die zweitstärkste Einzelgewerkschaft war 1923 mit 1.761 Mitgliedern die der Eisenbahner. Sie konnte ihre Stärke – mit der Ausnahme eines kurzfristigen Einbruchs 1924 – bis 1929 halten. Von 1929 bis 1932 aber verlor sie kontinuierlich und hielt 1932 auf einem Stand von 1.142 Mitgliedern. Damit waren 1932 fast die Hälfte aller Mitglieder der Freien Gewerkschaften Eisenbahner (105)! Die Eisenbahner streikten 1919, 1920, 1922, 1924, 1927 und 1933, wobei es im einzelnen nie klar war, inwieweit der jeweilige Streik politische oder unmittelbare ökonomische Interessen der Eisenbahner verfolgte (106). Für die Vorarlberger Landesregierung jedenfalls waren Eisenbahnerstreiks grundsätzlich politisch, da sie den öffentlichen Verkehr lahmlegten und besonders in Verbindung mit einem Poststreik sehr wirkungsvoll sein konnten. Es war daher ein besonderes Anliegen der Landesregierung, die Macht der

Eisenbahner zu brechen. Das gelang ihr in Vorarlberg dann auch durch einen massiven Gendarmerie- und Militäreinsatz beim Streik vom Juli 1927 (107). Der zweistündige Proteststreik vom 1. März 1933 gegen die angekündigte Auszahlung der Märzgehälter in drei Raten wurde zwar von allen drei Gewerkschaften unterstützt, hatte aber, wie die an sich völlig unbedeutende kommunistische Gewerkschaftliche Linksopposition auf einem Plakat im Bludener Bahnhof zurecht kritisierte, nur symbolischen Charakter (108).

Die drittstärkste Einzelgewerkschaft war 1923 mit 1.240 Mitgliedern die der Bauarbeiter. 1924 waren sogar 1.377 Bauarbeiter in ihr organisiert; bis 1927 schrumpfte sie dann auf 753 Mitglieder, 1929 hatte sie wieder 900 und 1930 762. Dann kam der große Einbruch: 1932 waren nur noch 106 Arbeiter in der Bauarbeitergewerkschaft (109). Der Rückgang von 1930 auf 1931 hängt mit der Fertigstellung der Illwerke-Großprojekte (E-Werkbauten) zusammen. Dort waren die Arbeiter traditionell gewerkschaftlich stark



Die Wohnlager der Hochgebirgsbaustellen - Zentren sozialdemokratischer Organisation von 1920 bis 1930. Hier: unteres Barackenlager Spullersee im Winter 1921/22 (Grußkarte eines Arbeiters Ende April 1922 an den Sekretär der sozialdemokratischen Bauarbeitergewerkschaft in Innsbruck: "... Übersende dir hiemit das wahre Bild von der so herrlichen Lage am Spullersee. Bis heute fast täglich Schneefall...").



Arbeiterbetriebsrat Spullerseeewerk 1924-25. Aus der Gewerkschaftsorganisation der Kraftwerksbaustellen kamen viele spätere SDAP- und SPÖ-Funktionäre: 2.R. (stehend), 5.v.l.: Josef Schoder (Feldkirch), nach dem Krieg Landtagsabgeordneter und Landesrat; 6.v.l.: Karl Würbel (Schruns), nach dem Krieg Landtagsabgeordneter; 7.v.l.: Anton Pichler, ab 1927 Sekretär der sozialdemokratischen Bauarbeiter-Gewerkschaft.

organisiert (110). Im Sommer 1928 waren auf den Großbaustellen noch 1.700 Arbeiter beschäftigt gewesen, im Sommer 1930 noch ca. 1.000, im Sommer 1931 nur noch ca. 170 (111). Die Arbeiter dieser abgelegenen Hochgebirgsbaustellen entwickelten aus ihrer Arbeits- und Lebenssituation ein besonderes Bewußtsein: Sie waren die Kerntuppe der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Die Wahl des militärischen Ausdrucks "Kerntuppe" wird verständlicher, wenn man liest, was die "Vorarlberger Wacht" am 26.6.1922 von einer Demonstration in Bludenz berichtet:

"... doch, was war das, plötzlich leuchten rote Fahnen und wuchtiger Marschtritt klingt die Straße herauf. Es sind Spullerseeearbeiter, die die Arbeit frühzeitig beendet haben, vom Berg herunter ins Tal stiegen und mit einem Sonderzug unerwartet nach Bludenz kamen. Alle sind sie gekommen, nur sechs Mann, die im Interesse des Betriebes zurückbleiben mußten, fehlten. Welche

Opferwilligkeit, welche Kampfesbereitschaft spricht doch aus solcher Tat!"

Die beim Bau des Spullerseewerks im Klostertal beschäftigten Arbeiter streikten 1920, 1921, 1922 und 1923. Die Arbeiter bei den folgenden Kraftwerksbauten der Illwerke im Montafon streikten 1927 und 1929 (112). Dabei ging es - mit der Ausnahme von 1920 - immer um Lohnerhöhungen und konkrete Probleme am Arbeitsplatz, wie die Bereitstellung von Baracken etc. 1920 wurde einen Tag gestreikt, um einen Maurer von der Baustelle loszuwerden, der im christlichsozialen "Vorarlberger Arbeiterblatt" gegen die sozialdemokratischen Bauarbeiter polemisiert hatte (113).

1927 streikten Bauarbeiter nicht nur auf den Hochgebirgsbaustellen, sondern auch im Bezirk Dornbirn und Bregenz. Die Dornbirner setzten im April Lohnforderungen durch (114). Im Bezirk Bregenz begann dann Ende Juni ein Streik, der sich zum Entscheidungskampf ausweitete (115). Ab dem 20. Juni lief der Streik langsam an, und wenige Tage später streikten bereits 350 Bauarbeiter, 60 Maler und eine unbekannte Zahl von Holzarbeitern. Während auf den Hochgebirgsbaustellen Streikbrecher keine Chance hatten, konnten im Bezirk Bregenz, obwohl auch die Christlichen Gewerkschaften am Streik beteiligt waren, Streikbrecher von Gendarmen geschützt werden (116). Am 9. Juli noch lehnten die Streikenden einen von der Landesgewerkschaftskommission der Freien Gewerkschaften unter der Leitung von Anton Linder ausgehandelten Kompromißvorschlag in schriftlicher Abstimmung ab. Am 20. Juli mußte der Streik aber abgebrochen werden, weil die Christliche Bauarbeitergewerkschaft in getrennten Verhandlungen mit den Unternehmervertretern einen Kollektivvertrag abgeschlossen hatte und ihre Mitglieder die Arbeit wieder aufnahmen. Die Freien Gewerkschaften schlossen sich notgedrungen diesem Abkommen an. Es war zwar inhaltlich ein akzeptabler Kompromiß, durch die Art des Zustandekommens jedoch eine Niederlage, da die Aktionsgemeinschaft von Freien und Christlichen Gewerkschaften zerbrochen war.

Die Bereitschaft zu Arbeitskämpfen und ihr Ausgang hängen natürlich eng mit der Stärke der organisierten Arbeiterschaft zusammen. 1922 waren in den Freien und Christlichen Gewerkschaften gemeinsam über 16.000 Arbeiter organisiert, davon 10.158 in den Freien und 6.174 in den Christlichen Gewerkschaften. 1925 waren in den Freien Gewerkschaften 6.226, in den Christlichen 5.045 und im Deutschen Gewerkschaftsbund 1.261 Arbeitnehmer organisiert, zusammen also nur noch 12.531. Während die Freien Gewerkschaften bis 1929 maßgeblich verloren, blieben die Christlichen

Gewerkschaften relativ stabil (wie auch der Deutsche Gewerkschaftsbund). Sie waren 1926 sowie ab 1928 die stärkste Organisation. 1929 waren insgesamt 10.652 Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert, 1932 noch 6.483. Davon waren nur noch 2.304 in den Freien Gewerkschaften und 2.988 in den Christlichen. Der dem Nationalsozialismus nahestehende Deutsche Gewerkschaftsbund war 1932 mit 1.191 Mitgliedern fast ebenso stark wie 1925 (117).

Die meisten und erfolgreichsten Arbeitskämpfe wurden in den ersten Jahren der Republik ausgetragen, als die Gewerkschaften am stärksten waren. 1921 streikten z.B. insgesamt 6.613 Arbeiter in 79 Betrieben, 1922 3.773 Arbeiter in 58 Betrieben und 1923 1.419 Arbeiter in 8 Betrieben, 1924 streikten 862 Arbeiter, 1925 nur noch 196, 1926 112. Damals schon waren die meisten Gewerkschaften nicht mehr in der Lage, Arbeitskämpfe auszutragen. (Die Eisenbahner sind in den obigen Zahlen nicht enthalten.) Lediglich an den großen Bauarbeiterstreiks 1927 waren noch 1.679 Arbeiter beteiligt, und beim Streik der Arbeiter an den Kraftwerksanlagen 1929 waren es 1.266. 1930 bis 1933 gab es nur noch vereinzelt kleine Streiks, an denen insgesamt 428 Bauarbeiter beteiligt waren (118).

Der Rückgang der Streiktätigkeit in Vorarlberg - kaum anders als im übrigen Österreich (119) - war keineswegs die Folge nachlassender gesellschaftlicher Spannungen, sondern vielmehr Ausdruck der Schwächung der organisierten Arbeiterschaft.

Die Freien Gewerkschaften waren in Vorarlberg bereits besiegt und keine bedeutsame gesellschaftliche Macht mehr, als sie von der Regierung Dollfuß nach dem 12. Februar 1934 verboten wurden. Sie waren auch nicht an der großen Wirtschaftskrise nach 1929 gescheitert, sondern schon in den ersten Jahren der Republik, als es ihnen nicht gelungen war, jene mehr als 10.000 Arbeiter an sich zu binden, die sich ihnen zugewandt hatten, ohne gleichzeitig der SDAP beizutreten. Denn während 1922 den 10.158 Mitgliedern der Freien Gewerkschaften 3.025 sozialdemokratische Parteimitglieder gegenüberstanden, waren die Zahlen 1932 fast deckungsgleich: 2.304 Gewerkschafts- und 2.216 Parteimitglieder.

Die Freien Gewerkschaften waren die Gewerkschaften der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, und die SDAP war die Partei der Freien Gewerkschaften. Die engen Bindungen sind auf allen Funktionärserebenen deutlich sichtbar: Samuel Spindler war sozialdemokratischer Stadtvertreter in Bregenz und Sekretär der Textilarbeitergewerkschaft; Wilhelm Sieß war Eisenbahner-Gewerkschafter und

als solcher Präsident der Vorarlberger Arbeiterkammer sowie Landtagsabgeordneter; Johann Mayer war als Gewerkschaftsfunktionär Obmann der Verkehrsarbeitersektion der Arbeiterkammer und als SDAP-Funktionär Stadtrat in Bregenz; Anton Linder hatte mindestens ein halbes Dutzend Funktionen, u.a. Obmann der Landesgewerkschaftskommission, sozialdemokratischer Parteisekretär usw. (120). Das Scheitern der Freien Gewerkschaften steht so mit dem Scheitern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in engem Zusammenhang.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) - Organisation und Bewegung

Die SDAP war die Partei der sozialistischen Arbeiterbewegung und damit der dritte Pfeiler des Sozialismus neben den Freien Gewerkschaften und den Genossenschaften, durch die ein eigenes, nicht-kapitalistisches Wirtschaftssystem aufgebaut werden sollte (121).

Die Mitglieder der SDAP wurden von Vertrauensleuten betreut. Sie kassierten bei Hausbesuchen den monatlichen Mitgliedsbeitrag und leisteten die organisatorische und agitatorische Basisarbeit: Vertrieb von Zeitungen und Flugschriften, Anbringen von Wahlwerbeplakaten usw. Nach den Sprengeln als unterster Einheit, die jeweils von einem Vertrauensmann betreut wurden, kam die Lokalorganisation: 1927 gab es im Land 26, 1931 30. Die SDAP war damit zwar nur in einem Drittel der 96 Vorarlberger Gemeinden mit einer eigenen Lokalorganisation vertreten, aber es waren dies die bevölkerungsreicheren Gemeinden. Vor allem agrarisch strukturierte Kleingemeinden blieben ohne eigene Organisation.

Die Ortsparteien waren in vier Bezirksorganisationen zusammengefaßt, die ihren Sitz in den Städten Bregenz, Dornbirn, Feldkirch und Bludenz hatten und deren oberstes Gremium die Bezirkskonferenzen waren, auf denen der Bezirksvertrauensmann den Vorsitz führte (122). Auf Landesebene war neben der Landesparteivertretung auch die sozialdemokratische Fraktion des Landtags von Bedeutung. Landesparteiobmänner waren in der Ersten Republik Josef Cerkl aus Dornbirn und Wilhelm Sieß aus Bludenz, die jedoch beide in dieser Funktion kaum in Erscheinung traten. Auch Fritz Preiß trat kaum als Sprecher der Landtagsfraktion auf, sondern entweder als Landeshauptmannstellvertreter, als Landesrat oder als Geschäftsführer der Industriellen Bezirkskommission (123). Oberstes Gremium im Lande war der Lan-



Die sozialdemokratischen Abgeordneten im Vorarlberger Landtag 1923-1928, v.l.n.r.: Anton Linder (Dornbirn), Wilhelm Sieß (Bludenz), Fritz Preiß (Bregenz), Jakob Bertsch (Feldkirch), Franz Rauscher (Feldkirch)

desparteitag, der jedes Jahr stattfand, aber auch zu besonderen Anlässen einberufen werden konnte. Er wurde von den Bezirksorganisationen und den einzelnen Lokalorganisationen beschickt, wobei die Anzahl der Delegierten von der Zahl der jeweiligen Mitglieder abhing (124).

Die Spitzenfunktionäre der Partei blieben in Vorarlberg recht lange in ihren Ämtern. Es zeigt sich, wie auch bei der zentralen Parteibürokratie der österreichischen Partei, eine beachtliche Kontinuität, die für den einzelnen Politiker zugleich eine Existenzsicherung bedeutete. Denn in der Ersten Republik erhielten nur wenige Spitzenpolitiker ein Gehalt ausbezahlt. So durfte die Landesregierung neben dem Landeshauptmann und dem Landesstatthalter nur drei vollbeschäftigte Landesräte umfassen, die recht anständig bezahlt wurden. Der Landeshauptmann bezog 20.470 Schilling jährlich oder 56 Schilling täglich und damit ca. das Zehnfache eines Arbeiters, die Landesräte erhielten ca. das Fünffache. Gewöhnliche Landtagsabgeordnete verdienten aber

praktisch nichts. 1924 erhielten sie eine Tagungsgebühr von 8 Schilling und eine Übernachtungsgebühr von 4 Schilling, 1930 eine Tagungsgebühr von 10 Schilling (125). Das führte dazu, daß die wenigen hauptberuflichen Politiker viele Funktionen ausübten, da nur sie es sich leisten konnten. Die drei Spitzenfunktionäre Sieß, Preiß und Linder übten je eine bezahlte Funktion aus: Fritz Preiß war Geschäftsführer der Industriellen Bezirkskommission, Wilhelm Sieß Präsident der Vorarlberger Arbeiterkammer und Anton Linder Landespartei sekretär. Linder war von den dreien der Mann mit den meisten Aufgaben: Landespartei sekretär, Obmann der Landesgewerkschaftskommission der Freien Gewerkschaften, Landtagsabgeordneter, Stadtvertreter in Dornbirn, Bundesrat, und nach dem Rücktritt von Preiß stellte Linder am letzten Landespartei tag am 9.4.1933 schließlich nicht nur den Bericht der Parteivertretung, sondern auch den der Landtagsfraktion vor (126).

Als kleine Partei in einem kleinen Bundesland hatte die SDAP Vorarlbergs entsprechende Probleme mit ihrer Tageszeitung "Vorarlberger Wacht". In Vorarlberg erschienen 1930 vier Tageszeitungen mit einer Auflage von zusammen 13.600 Stück. Die bürgerlichen Publikationen hatten einen Anteil von 87%: "Volksblatt" (christlichsozial) 6.000, "Tagblatt" (national-liberal) 4.000, "Landeszeitung" (im Eigentum des Landes) 1.800. Die "Wacht" hatte 1930 eine Auflage von ebenfalls 1.800, sie erschien jedoch nicht täglich. Vom Dezember 1918 bis zum 30. September 1921 war sie täglich erschienen, dann aber aus finanziellen Gründen ganz eingestellt gewesen. Die "Tiroler Volkszeitung" hatte damals als "Volkszeitung, Sozialdemokratisches Tagblatt für Tirol und Vorarlberg" Vorarlberg mitbetreut. Ab 1. August 1923 erschien die "Wacht" wieder zweimal die Woche, ab 5. Juli 1927 dreimal. Nach dem Verbot der SDAP erschien sie als ständestaatlich gleichgeschaltete Tageszeitung bis zum 12.3.1938. Als verantwortliche Redakteure zeichneten 1919 Josef Cerkl, Hugo Mayer, Karl Klos und Anton Linder, 1919-1921 Ignaz Huberlich, 1923-1933 Anton Schlüter und bis Februar 1934 Josef Cerkl (127).

Die Zusammenstellung verschiedener Indikatoren für die Stärke der SDAP zeigt ein relativ gutes Wahlergebnis bei den Nationalratswahlen vom 16.2.1919 (21,8%) und ein merklich schlechteres bei den Landtagswahlen vom 27.4.1919 (18,8%). Dieser Trend hielt bei den Nationalratswahlen 1920 (18,4%) und 1923 (18,1%) sowie bei den Landtagswahlen 1923 (18%) an. Er konnte erst bei den Nationalratswahlen 1927 umgedreht werden. Damals erzielte die Partei mit 16.943 Stimmen und 22,3% der abgegebenen gültigen Stimmen das beste Ergebnis in der Ersten Republik. Von den

Nationalratswahlen 1927 über die Landtagswahlen 1928 (21,3%) zu den Nationalratswahlen 1930 (20,7%) verlor die Partei relativ geringfügig. Der große Einbruch wurde erst bei den Landtagswahlen 1932 deutlich, wo die SDAP mit 11.906 Wählern bzw. 15,6% ein Viertel der Wähler von 1930 verloren hatte.

Bei den Mitgliedszahlen verlief die Entwicklung ähnlich, nur waren dort die ersten Jahre der Republik die besten. Die Partei hielt anfangs ihren Mitgliederstand, verlor aber Wähler. Später gingen auch die Mitgliederzahlen zurück. Der hohe Mitgliederstand von 3.158 im Jahre 1929 bedeutete nur einen kurzfristigen Erfolg, da bereits 1930 wieder ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen war (2.758), während damals die Wähler noch gehalten werden konnten. 1932 wurde dann mit 2.216 Mitgliedern das schlechteste Ergebnis der Ersten Republik erreicht; es ist aber anzunehmen, daß die (unveröffentlichte) Zahl für 1933 noch niedriger ist.

SDAP: Mitglieder und Wahlergebnisse (128)

Jahr		1913	1919	1920	1923	1927	1928	1929	1930	1932
Mitglieder		703	3417	3423	2629	2717	2976	3158	2758	2216
Stimmen										
Nationalrat (NR)			14671	11671	12593	16943			16210	
Stimmen										
Landtag (LT)			11662		12284		16244			11906
% der abgegebenen	LT		18,8		18		21,3			15,6
gültigen Stimmen	NR		21,8	18,4	18,1	22,3			20,7	
% der Mitglieder	NR		23	29	20	16			17	
an den Wählern	LT		30		21		18			19

Betrachtet man die Mitgliederentwicklung auf der Bezirksebene, wo zur Zeit nur Zahlenmaterial für die Jahre 1927 bis 1931 vorliegt (129), so zeigt sich, daß in diesen Jahren die Bezirke Bludenz und Feldkirch von 1927 bis 1929 mehr Mitglieder gewannen bzw. 1929 bis 1931 weniger verloren als die Bezirke Bregenz und Dornbirn. 1927 war der Bezirk Bregenz mit 922 Mitgliedern vor dem Bezirk Dornbirn mit 655 Mitgliedern der stärkste. Es folgte Bludenz mit 601, das Schlußlicht bildete Feldkirch mit 539. 1931 war der Bezirk Bludenz mit 675 Mitgliedern der stärkste, es folgten Bregenz mit 656 und Feldkirch mit 586 Mitgliedern; Dornbirn war mit 513 Mitgliedern abgeschlagen. Das Schicksal der sozialistischen Arbeiterbewegung Vorarlbergs entschied sich also im Textilzentrum Dornbirn: Es gelang weder den Freien Ge-

werkschaften (und auch nicht den anderen Gewerkschaften) noch der SDAP, die Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen als zahlenmäßig bedeutendste Gruppe zu gewinnen.

Die Vorarlberger Landespartei war die schwächste Landespartei Österreichs; während im österreichischen Durchschnitt 1927 16,6% der Einwohner Parteimitglieder waren, betrug die Zahl in Vorarlberg nur 3,4%. Sogar in Tirol waren mit 4,6% deutlich mehr Einwohner in der SDAP organisiert. In der "roten Hochburg" Wien waren es gar 29,5%. Die Vorarlberger Landespartei stellte nur zwischen 1,02% (1919) und 0,34% (1932) der Mitglieder der Gesamtpartei (130).

Die österreichische Sozialdemokratie hatte ein klares programmatisches Ziel: Sie wollte das kapitalistische System überwinden. Sie wollte nicht einfach bürgerlich-demokratische Ideale und Reformen durchsetzen, sie strebte nicht bloß die Besserung der sozialen Lage der Arbeiterschaft und die Umwandlung Österreichs in einen modernen bürgerlichen Sozialstaat an, sondern sie wollte den Sozialismus. Da der revolutionäre Weg für sie nicht in Frage kam, wollte sie den einzelnen Menschen ändern, um so die Gesellschaft zu ändern. Sie wollte den Geist revolutionieren und aus revolutionärem Geist reformistische Politik betreiben (131).

Der Weg aus "der alten Welt der Unsolidarität und Unterdrückung" in "die neue Welt der Solidarität und Freiheit" führte nach Max Adler, dem einflußreichen Denker der SDAP, über den "neuen Menschen" (132). Das Ziel war nach Richard Wagner, einem führenden Bildungsexperten der SDAP, eine humanere Gesellschaft, die die Entfaltung des Individuums ermöglicht und wo Solidarität vor persönlichem Nutzen steht (133).

Die Erziehung zum "neuen Menschen" sollte in einer sozialistischen Gegengesellschaft erfolgen, die den Menschen "von der Wiege bis zur Bahre" erfaßte - von den "Kinderfreunden" bis zum Feuerbestattungsverein "Die Flamme". Als "Weltanschauungspartei" grenzte sich die SDAP in allen Bereichen von der bürgerlichen Welt ab. Ihr Ziel war eine Gegengesellschaft, aus der der Sozialismus herauswachsen sollte (134). Die SDAP wollte in Vorarlberg "Fremden" Heimat sein: einmal denjenigen, die aus anderen Bundesländern oder aus Gebieten des ehemaligen Habsburger-Reiches nach Vorarlberg gezogen waren und hier unschwer an der Sprache als Fremde erkannt werden konnten; aber auch jenen, die mit der in Vorarlberg dominierenden Lebensform gebrochen hatten. Der Bruch mit der bürgerlich-bäuerlichen Gesellschaft war dabei wohl am deutlichsten sichtbar, wenn Antiklerikalismus sich mit Antikapitalismus verband.



Bruch mit der christlich-konservativen Kultur, Versuch einer Gegengesellschaft: Mädchen-Reigengruppe des Arbeiter-Turnvereines Bregenz am Bodenseeufer, Mitte der zwanziger Jahre

Diese Gegengesellschaft konstituierte sich in Vereinen. Allein in Bregenz sind 16 sozialdemokratische Vereine aus der Zeit der Ersten Republik bekannt - darunter der "Touristenverein Naturfreunde", die Arbeiterradfahrervereine "Einigkeit" und "Schwalbe", ein Arbeiterturnverein, ein Arbeiterfußballclub, ein "Verein Arbeiterheim", der "Arbeiterabstinentenbund", der Verein "Freie Schule - Kinderfreunde", der Arbeitergesangsverein aus Vorkloster, der Musikverein der Bundesbahn und Schifffahrt, die Ortsgruppe des "Arbeiter-Radiobundes" und der "Arbeiter-Feuerbestattungsverein Die Flamme". Sozialdemokratische Vereine bestanden nicht nur in den Städten und den größeren Gemeinden, sondern auch in vielen Kleingemeinden. So gab es z.B. in Bludenz, Bürs, Beschling, Vandans und Braz je einen "Arbeiterradfahrverein" (Arbö) und in Dalaas den "Männergesangsverein Spulsee". Es gab zwar nur in Bludenz eine eingetragene Ortsgruppe des "Freidenkerbundes", jedoch war diese Organisation mit aufklärerischen Vorträgen auch in anderen großen Gemeinden aktiv (135).

Auf wirtschaftlichem Gebiet sollten nach der Theorie Genossenschaften, und zwar vor allem die Konsumgenossenschaften, einen sozialistischen Sektor in der kapitalistischen Gesellschaft bilden (136). 1921 gab es in Vorarlberg 21 Konsumvereine mit ca. 15.000 Mitgliedern, 1931 waren es 16 mit 8.436 Mitgliedern. Diese Vereine hatten z.T. mehrere Verkaufsstellen, etwa der 1877 gegründete Konsumverein Lustenau, der 1932 1.284 Mitglieder mit 5 Verkaufsstellen versorgte. Er war aber, wie der überwiegende Teil der Vorarlberger Konsumvereine, kein sozialistischer, sondern wurde von bürgerlich-bäuerlichen Honoratioren kontrolliert (137). Nur von zwei Konsumvereinen ist sicher anzunehmen, daß sie in Händen von Sozialdemokraten waren, nämlich vom Konsumverein Bregenz-Vorkloster und vom Konsumverein Dornbirn, da beide am 15. und 16. März 1933 im Zusammenhang mit der Auflösung des Republikanischen Schutzbundes von Gendarmerie und Militär durchsucht wurden. Ein weiteres Indiz ist, daß beim Dornbirner Konsumverein in der Generalversammlung 1922 Josef Cerkl und Anton Linder Hauptredner waren (138).

Einmal im Jahr hielt das ganze sozialistische Lager Heerschau: am 1. Mai, dem Feiertag der Arbeit. Während bereits vor dem Ersten Weltkrieg Arbeiter aus Vorarlberg mit Genossen aus Deutschland und der Schweiz gemeinsam gefeiert hatten, blieben die Grenzen 1919 geschlossen. Erst am 1. Mai 1920 konnten wieder Lindauer nach Bregenz und Bregenzer nach Lindau kommen und dort jeweils an den Feiern teilnehmen. Der 1. Mai war in Österreich ab 1919 Feiertag und wurde besonders festlich begangen. 1920 z.B. fand in Bregenz vormittags ein Festvortrag statt, nachmittags der große Umzug: Radfahrer mit geschmückten Rädern, Kinder des Vereins Kinderfreunde, der Verein jugendlicher Arbeiter mit Fahne und Standarten, Arbeiterturner mit Standarte, Musik und Bezirksfahne, Gemeinderatsfraktion, Frauenorganisation, Sozialdemokraten aus Bregenz und Umgebung. Nach dem Umzug durch die Bürgerviertel in der Innenstadt zog man nach Lindau und feierte dort mit den Lindauer Genossen; am Abend gab es im Hotel Neustadt im Vorkloster eine Theateraufführung, und anschließend wurde bis tief in die Nacht getanzt. In den Gemeinden fanden meistens am Vorabend eigene Feiern statt, und am 1. Mai selbst zogen die Sozialdemokraten geschlossen in die nächste Stadt zum Umzug.

Die Mai-Feiern zeigten deutlich die Stärke von Partei und Bewegung. Während 1921 noch über 1.500 Menschen in Bregenz mitmarschiert waren, gingen 1924 bloß noch 500 auf die Straße. Auch in den anderen Städten waren es nicht mehr. Die Behörden zeigten

selbstverständlich auch hier keine Duldsamkeit: 1922 wurde der Militärmusik und 1925 allen Kindern die Teilnahme untersagt. 1933 waren die Aufmärsche gänzlich verboten. Trotzdem kam es in den Städten zu Massenkundgebungen: Die Sozialdemokraten marschierten nicht, sie spazierten zuerst in kleinen Gruppen, dann immer dichter gedrängt auf den Bürgersteigen.

1921 und 1932 zogen jeweils mit einigem Abstand hinter den Sozialdemokraten auch die Kommunisten durch Bregenz; 1921 waren es 60, 1932 170. Nach dem Umzug hielten sie jeweils eigene Kundgebungen ab, 1932 sprach u.a. Ferdinand Nansen.

Die Christlichsozialen hingegen hielten ihre Heerschau an Fronleichnam. Da zog eine viel ernstere und mächtigere Menschenmenge durch Bregenz: Schulen, katholische Vereine, Bürgermusik, Stadtvertretung, Kirchenchor, Klerus, Landesregierung, leitende Beamte, Ehrenkompanie des Bundesheeres. Die Kirche suchte aber auch den Feiertag der Arbeiter in ihrem Sinne zu gestalten. Sie überlagerte ihn mit einem Marienfest - von 1929 bis 1938 veranstaltete sie eine Marienwallfahrt für christliche Arbeiter und Arbeiterinnen zur Liebfrauenkirche in Rankweil (139).

HERBST 1918 BIS FEBRUAR 1934: DEFIZITE DER ARBEITERBEWEGUNG?

Die Jahre unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg waren Mangeljahre. Es fehlten Nahrungsmittel und Heizmaterialien, Züge verkehrten unregelmäßig, die Arbeiter verdienten deutlich weniger als vor dem Krieg. Auch die letzten Jahre der Republik waren wieder Mangeljahre, Jahre der Arbeitslosigkeit und des Elends. Die Arbeiterschaft reagierte jedoch jeweils ganz verschieden. Am Anfang der Ersten Republik haben wir es mit einer bewegten Arbeiterschaft zu tun, es wurde viel demonstriert und gestreikt. Am Ende haben wir es mit einer geschlagenen Arbeiterbewegung zu tun und mit einer marschierenden Reaktion.

In den mannigfachen Streiks und Demonstrationen der Jahre 1919 bis 1925 kommt ein recht starkes Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft zum Ausdruck, die sich nicht scheute, Konflikte offen auszutragen. Das galt nicht nur für die meist von der SDAP organisierten Demonstrationen, sondern auch für individuelle Aktionen. Eine solche Aktion war z.B. der Marsch von 50 Menschen zum Zollamt Mäder am 23.4.1919, die dort - vergeblich - die Herausgabe beschlagnahmter Tabakwaren verlangten (140). Auch das

Auftreten eines Josef Riedl bewies Selbstbewußtsein. Im November 1924 rief er Arbeiter des Zementwerkes Lorüns bei Bludenz und der Illregulierung zu Versammlungen auf und organisierte u.a. eine Demonstration mit 80 Arbeitern durch die Bludener Innenstadt (141). 1922 demonstrierten streikende Bauarbeiter und streikende Textilarbeiter, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen (142). 1920 marschierten Heimkehrer aus Rankweil und umliegenden Ortschaften 80 Mann hoch zum Landesgericht Feldkirch, um dort die Freilassung von zwei wegen Wilddiebstahls in Untersuchungshaft befindlichen Heimkehrern aus Muntlix und Röthis zu erzwingen - was freilich mißlang (143).

Die Haltung der SDAP zu solchen Demonstrationen war nicht klar und eindeutig. Einerseits initiierte und organisierte sie selbst derartige Aktionen, so die "Protestversammlung gegen den Gewaltfrieden" vom 21.7.1919: Sie wurde mit einem Marsch durch die Bregenzer Innenstadt und damit durch die Straßen der Bürger beschlossen, und einige der 500 bis 600 Teilnehmer erzwangen mit Gewaltandrohung die Schließung der Geschäfte und Betriebe (144). Eine spontanere, jedoch auch von der Partei getragene Aktion war die "Verhaftung" des Feldkircher Staatsanwalts Stefanelli Anfang Jänner 1919, weil er die Sonntagsausgabe der "Vorarlberger Wacht" wegen eines antiklerikalen Artikels beschlagnahmt hatte. Er wurde von 100 (laut "Volksblatt") oder 600 Demonstranten (laut "Wacht") aus seiner Wohnung geholt und zum Oberstaatsanwalt (!) gebracht (145). Die von der Partei organisierten Demonstrationen dienten - wie auch die Umzüge zum 1. Mai - vor allem dazu, die Macht der SDAP den Bürgern vorzuführen und gleichzeitig den Mitgliedern ein Gefühl ihrer eignen Macht zu geben. Zu diesem Zweck gingen die Sozialdemokraten auch in späteren Jahren noch auf die Straße - immer in größter Ordnung. So demonstrierten sie am 22.6.1926 in Bregenz und Bludenz, wozu Partei und Gewerkschaft gemeinsam aufgerufen hatten (146), oder am 29.9.1929 in Dornbirn (147). An diesem wohl größten Aufmarsch der Vorarlberger SDAP nahmen Arbeiter-Radfahrervereine, Schutzbund, Musikkapellen, Sänger und Sängerinnen, Mitglieder von Bezirksgruppen usw. in geschlossenen Formationen teil. Da war alles organisiert und exakt festgelegt, sogar der Winkel, in dem sich die Fahnen während der Bundeshymne, der Internationale und des Liedes der Arbeit zu senken hatten. Insgesamt marschierten ca. 3.000 Personen, was eine großartige Mobilisierung bedeutete, da die Partei in diesem Jahr nur 3.158 Mitglieder zählte.

In anderen Fällen versuchte die SDAP eher, zwischen Demonstranten und Behörden zu vermitteln - so bei den beiden "Milch-



Großdemonstration der Vorarlberger Sozialdemokratie gegen Faschismus und Krieg am 29. September 1929 in Dornbirn; Einmarsch zur Abschlußkundgebung auf dem Rathausplatz

demonstrationen" in Bregenz im Juni 1920. Dort hatten sich, von Aktivisten angeregt, 500 bis 800 Menschen zweimal vor dem Landhaus versammelt, um gegen eine beschlossene Milchpreiserhöhung zu protestieren. Es waren sozialdemokratische Funktionäre, die die Erregung kanalisiert und dafür sorgten, daß aus der zweiten Straßendemonstration eine Versammlung im Bregenzer Forstersaal wurde. Da sich aber die Landesregierung mit Landeshauptmann Ender an der Spitze zu keinem Einlenken entschloß und zur exemplarischen Konfrontation bereit war, hatte das Eingreifen der SDAP zwar nicht eine Niederlage der Arbeiterschaft, möglicherweise aber Blutvergießen verhindert. Von den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten und in der "Vorarlberger Wacht" wurden die Demonstrationen als spontaner Ausbruch der in der Bevölkerung angestauten Erbitterung betrachtet. Sie dienten dann der SDAP zum Vorwand für einen kurzfristigen Rückzug aus der Landesregierung, der sie mit dieser einen Unterbrechung von 1918 bis 1932 angehörte (148).

Auch gegen Ende der Republik verhielt sich die Sozialdemokratie vermittelnd. Als am 2. Jänner 1933 Arbeitslose einem Aufruf der Kommunisten nachgekommen waren und vor der Landesregierung gegen eine beabsichtigte Kürzung der Notstandsbeihilfe demonstriert hatten, kommentierte das die "Vorarlberger Wacht" so: "Wenn auch diesmal die Taktik der Kommunisten, hungrige und erbitterte Menschen vor die Bajonette zu hetzen, glücklich vorbeigegangen ist, so muß man doch die Arbeitslosen sehr warnen, sich zu solchen Aktionen mißbrauchen zu lassen" (149). Gleichwohl wollte die SDAP aus der Unruhe der Arbeitslosen politisches Kapital schlagen, wie die Stellungnahme der "Wacht" zur zweiten Demonstration vom 14. Jänner 1933 in Bludenz zeigt: "Noch kann das Bürgertum das Feuer, das man anzuzünden versucht, löschen, es versäume die Zeit nicht, wir helfen gerne mit, wenn man unser berechtigtes und begründetes Verlangen für die Arbeitslosen und alle, die in Not stehen, berücksichtigt" (150).

Die SDAP verstand sich zwar als führende Kraft bei Bewegungen aus der Arbeiterschaft, mußte als grundsätzlich demokratische Partei diese oft spontanen Bewegungen aber in parlamentarische Politik umsetzen, was ungemein schwer war. So stellte sich die SDAP Vorarlbergs - der jeder revolutionäre Anspruch fern lag und die noch kurz vor dem Zusammenbruch der Habsburger-Monarchie (wohl auch wegen der Zensur) lediglich mit allgemeinen Friedensappellen hervortrat (151) - 1919 vor die Rätebewegung. Diese erreichte damals in Deutschland, Ungarn und Italien ihren

Höhepunkt. Für die Vorarlberger stand die Rätebewegung gleichsam vor der Haustür - in Lindau z.B., wo am 8. November 1918 ein Arbeiter- und Soldatenrat die politischen Geschäfte übernommen hatte (152). Die SDAP lud nicht nur Vertreter der Räterepublik Lindau zu Vorträgen nach Vorarlberg ein, sondern forcierte selbst die Bildung von Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten. Die dienten allerdings nicht der Machtergreifung, sondern hatten vor allem stabilisierende Funktion, da sie den Elan der Bewegung auffingen. Die groß aufgezogene Vorarlberger Räteorganisation hatte bald nur noch die Aufgabe, die Lebensmittelverteilung zu überwachen, um Schwarzmarktgeschäfte und das Horten von Lebensmitteln zu verhindern (153).

Die Räte wurden nie zu einer gesellschaftlich bedeutenden Macht. Nach dem blutigen Ende der bayerischen Räterepublik im Mai 1919 gab die Vorarlberger Sozialdemokratie den Rätegedanken auf. Anton Linder resümierte im Landtag am 8. Juli 1919, die Vorarlberger Arbeiterschaft habe sich in Versammlungen und Vorträgen zwar mit dem Rätegedanken auseinandergesetzt, dabei aber erkannt, daß es sich nicht lohnte, diese "Dummheit von Bayern mitzumachen" (154).

Die Räte wurden in Vorarlberg für eine Aktion verantwortlich gemacht, die wohl mehr ein spontaner Hungeraufstand als eine von der Rätebewegung organisierte und getragene Sache war. Am Sonntag, dem 9. März 1919, war am Dornbirner Bahnhof von einer großen Menschenmenge ein Güterzug angehalten worden, mit dem Vieh aus Vorarlberg nach Oberösterreich gebracht werden sollte. Im Gegengeschäft war die Lieferung von Futtermitteln vorgesehen, die im Lande fehlten. Die Demonstranten verlangten unter anderem die Schlachtung des Viehs im Lande. Die SDAP und der Dornbirner Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat schalteten sich höchstwahrscheinlich erst im nachhinein ein und erreichten, daß die aufgeführten Menschen Verhandlungen mit der Landesregierung zustimmten. Dazu hatten sich die Funktionäre der SDAP, die zugleich Arbeiterräte waren, exponieren müssen. Linder war es z.B. erst gelungen, die Menge unter Kontrolle zu bringen, nachdem er laut Gendarmeriebericht "schärfere Töne" angeschlagen hatte. Die Verhandlungen mit der Landesregierung endeten mit einem Kompromiß, der weit hinter den Erwartungen der Demonstranten - bis zu 4.000 wurden geschätzt - zurückblieb: Nur acht der 73 Kühe wurden geschlachtet, die übrigen ausgeführt (155).

Bei dieser Aktion offenbarte sich wieder der große Zwiespalt zwischen revolutionärem Anspruch und der Notwendigkeit, als demokratische Partei in den bestehenden Institutionen mitzuwirken

(156). Der mit der Lebensmittelversorgung befaßte sozialdemokratische Landesrat Fritz Preiß sah den Zwang, die Kühe gegen Futtermittel einzutauschen, und er wußte, daß die Schweiz empfindlich auf Unruhen in Vorarlberg reagieren und so ihre Nahrungsmittellieferungen womöglich einstellen würde. Andererseits war er SDAP-Mandatar und als solcher der Arbeiterschaft verpflichtet. Als Funktionär mußte ihm daran gelegen sein, daß die Arbeiterschaft aktiv war, denn nur eine aktive und mobile Arbeiterschaft konnte den Einfluß der SDAP im Lande stärken (157).

Um die Zusammenarbeit in den Institutionen nicht zu gefährden, mußte die SDAP sich gegen politisch nicht umsetzbare Forderungen der Arbeiterschaft wenden und die undankbare Aufgabe übernehmen, ihr die Augen für die Realität zu öffnen. Das besorgte die Parteiführung so gründlich, daß der Arbeiterschaft nicht nur die Illusionen, sondern auch die Hoffnungen verloren gingen. Fritz Preiß mußte am 13.10.1932 weitverbreitete Resignation feststellen: "In Bregenz und Vorkloster und auch sonst überall sei eine gewisse Verzagttheit im Arbeitervolk zu bemerken, und oft könne man hören, es sei gleich, wen man wähle, es seien alle Lumpen" - so der Gendarmeriebericht von einer Wählerversammlung im Blumeneggssaal in Bregenz-Vorkloster (158).

Schon 1920 hatten maßgebliche Kräfte in der Partei erkannt, daß die Zusammenarbeit mit CVP und Deutscher Volkspartei in Landesregierung und Landtag große Gefahren für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung mit sich brachte. Denn die Vorarlberger Landesregierung war keine klassenneutrale Instanz, sondern - wie allein schon die Schaffung der bewaffneten bürgerlich-bäuerlichen Selbstschutzverbände unter ihrer Patronanz und ihr starkes Engagement gegen Eisenbahnerstreiks bewiesen - durchaus Klasseninteressen verpflichtet.

Preiß formulierte diese Problematik beim Rückzug der SDAP aus der Landesregierung in der "Vorarlberger Wacht" am 19.6.1920: Er habe in der Landesregierung immer parteipolitische Überlegungen zurückgestellt und Verantwortung getragen, "ohne Rücksicht, daß dadurch die ganze Popularität verloren gegangen ist". Auch sei er immer eingesetzt worden, um erregte Mengen zu beruhigen, auf der anderen Seite aber habe man ihn bei wichtigen Entscheidungen übergangen, so bei der Schaffung der Heimwehren. "So könnte ich noch eine Reihe von Dingen anführen, die dartun, daß der sozialdemokratische Vertreter in der Landesregierung unbequem wurde, daß man ihm wohl Pflichten aufbürdet, aber Rechte immer mehr vorenthielt, mit einem Worte, einen bequemen Blitzableiter hatte."¹



Der sozialdemokratische Landesrat und Landtagsabgeordnete Fritz Preiß (Bregenz) im Jahre 1919

Trotz dieser Erkenntnis und der unveränderten antimarxistischen Politik der Landesregierung entschloß sich die SDAP ab den Wahlen 1923 wieder zu einer Regierungsbeteiligung: Fritz Preiß wurde Landesrat für Arbeitslosenfürsorge und Arbeitslosenvermittlung, was er bis zum endgültigen Rückzug aus der Regierungsverantwortung 1932 blieb (159). Durch ihre Teilnahme an der Regierungsverantwortung verzichtete die SDAP weitgehend auf eine grundsätzliche radikaldemokratische und sozialistische Oppositionspolitik. Im Bewußtsein der Arbeiterschaft stellte sie durch ihre Kooperation mit einer zunehmend militanten CVP immer weniger jene politische Alternative dar, die nach dem Ersten Weltkrieg noch ein großer Teil der Arbeiterschaft in Partei und Gewerkschaft gesehen hatte.

Zum Mißerfolg der SDAP trugen weitere Faktoren bei, die sich aus der Organisationsstruktur der Partei sowie aus ihrer Ideologie - dem Austromarxismus - ergaben.

Die SDAP war eine Massenpartei, die gleichzeitig als Weltanschauungspartei ein ideales Ziel verwirklichen wollte. Das konnte nur gelingen, wenn sie "wohldurchdachte, planmäßige Leitung" mit "strengster Pflichterfüllung aller Glieder" (Robert Danneberg) verband (160). Während beim Landesparteitag vom 17.8.1919 in Dornbirn die Vertrauensmänner noch die Landtagsfraktion beauftragt hatten, "in Hinkunft vor allen wichtigen Beschlüssen mit den erreichbaren Vertrauensmännern Besprechungen abzuhalten" (161), wurde diese innerparteiliche Demokratie unter dem Druck des politischen Gegners immer mehr durch "Pflichterfüllung" ersetzt. Peter Kulemann gelangt in seiner Analyse des Austromarxismus zu folgender Feststellung: "Die fehlende Diskussion, die Ausklammerung von Differenzen, die Entscheidungsfindung in einem kleinen Kreis, waren die andere Seite der sozialdemokratischen Organisationsstruktur und der Einheitlichkeit der Bewegung" (162). Und Eva Reitmann konstatiert in ihren "Thesen zu einer Theorie der Bildung im Austromarxismus", daß die Rollenverteilung im Lernprozeß zwischen Parteiführung und Proletariat solcherart fixiert war, "daß die Partei ebenso statisch auf die Position einer allwissenden Führerin festgelegt wird wie das Proletariat auf die Rolle der zu führenden, zu lenkenden Klasse. So wird aus der von der Sozialdemokratie propagierten Selbstbestimmung die Bestimmung des Arbeiters durch die Partei".

Die Degeneration der ehemaligen Liberalen Partei zu einer deutsch-nationalen bewirkte eine Übernahme bürgerlich-liberalen Gedankenguts durch die Sozialdemokratie. Die SDAP wurde zu einer Partei der "allgemeinen Menschlichkeit"; entsprechend wurde das

Ziel der sozialdemokratischen Bildungspolitik der ethisch und ästhetisch humanistisch-klassisch gebildete "neue" Mensch (163). Dieses Bildungsideal hätte keine so große Rolle gespielt, wenn die Partei den Kampf um die politische und ökonomische Macht nicht direkt mit der Schaffung dieses "neuen Menschen" verklammert hätte: Erst der würde nämlich fähig sein, den Sozialismus zu verwirklichen (164). Es ist deswegen recht typisch, daß Fritz Adler in Bregenz im August 1927 - zu einer Zeit, als in Vorarlberg gerade entscheidende Arbeits- und Machtkämpfe ausgetragen wurden (Bauarbeiterstreiks, Eisenbahnerstreiks im Juli) - nicht über die besonderen Kampfbedingungen in der Provinz sprach, sondern vom "neuen Menschen". Zuerst müsse die "Revolutionierung der Gehirne der arbeitenden Massen" und die Aufklärung kommen, bevor die Mehrheit und der Sozialismus zu erringen seien (165). Hier wurde bürgerliches Bewußtsein dem proletarischen als vorbildlich gegenübergestellt - ein bürgerliches Bewußtsein, das auf Bildungsinhalten beruhte, zu deren Aneignung die Parteispitze vielleicht, die Arbeiterschaft aber sicher nicht in der Lage war: "Das solcherart gestörte proletarische Selbstbewußtsein und Selbstverständnis wirkt sich auf die Aktions-



Fritz Adler, Vertreter des linken Flügels der SDAPÖ, bei der Kundgebung zum 1. Mai 1932 am Kornmarkt in Bregenz

fähigkeit, auf den Willen zum Handeln, auch und besonders aber im politischen Bereich aus" (166).

Josef Weidenholzer sieht neben einer Bruchstelle zwischen den pragmatisch agierenden Gewerkschaften und der am sozialistischen Endziel orientierten Partei einen ähnlichen Konflikt in der Beziehung Zentrale - Bundesländer: Die Intellektuellen in der Parteizentrale drängten die Arbeiter in den Bundesländern in eine Schüler-Rolle. Auch das verhinderte die Ausbildung von angepassten Zielen und Strategien für die "Provinz" (167).

Ein treffendes Beispiel dafür, wie sich die intellektuelle Überlegenheit der Parteiführung in Vorarlberg auswirkte, ist eine Episode, die sich 1926 nach einem Vortrag von Otto Bauer im Bregenzer Blumeneggsaal abspielte: "Landesrat Preiß eröffnete die Diskussion und es meldete sich Bundesrat Linder zum Wort, welcher erklärt, nach einer solchen herrlichen Rede wie sie der Nationalrat Genosse Dr. Otto Bauer jetzt gehalten habe, erübrige sich jede Diskussion, und er forderte die anwesenden Genossen auf, sich zu erheben und zu geloben, die Sache der Sozialdemokratie hochzuhalten und für die Arbeiterkammer nur für die sozialdemokratische Liste zu wählen. Hierauf wurde die Versammlung von Landesrat Preiß um 1/2 11 Uhr abends geschlossen. Nach Absingen des Arbeiterliedes entfernten sich die Versammlungsteilnehmer" (Bericht der BH Bregenz) (168).

Die Sozialdemokratie verfügte österreichweit über keine Strategie, die die besonderen lokalen Gegebenheiten und die unterschiedlichen Bewußtseinsformen berücksichtigt hätte, da sie zu sehr von einem einheitlichen imaginären Proletariats-Entwurf ausging (169). Sozialismus wurde immer mehr zu einem Erlösungsgut, das nicht durch die Bemühungen der Menschen im überschaubaren Raum erreicht wird, sondern für das die Vernunft der Geschichte bürgt: "Der aus der Tradition der Aufklärung übernommene Glaube an die notwendige Entwicklung der Vernunft fungierte als Kompensationsideologie und Ersatzreligion für fehlende Effektivität im realen Gesellschaftsprozeß - einstmals der Bourgeoisie; jetzt dient er der Beruhigung des Proletariats sowie der Legitimation der eigenen Politik des Abwartens" (170).

Spätestens 1932 wußten die Vorarlberger Sozialdemokraten, daß sie die marschierende Reaktion nicht aufhalten und schon gar nicht die sozialistische Gesellschaft aus eigener Kraft erreichen konnten. Sie hofften auf die innerösterreichischen Industriegebiete, auf Wien, aber auch auf die Naturgesetzlichkeit gesellschaftlicher Entwicklung. Auf der ersten Seite der "Vorarlberger Wacht" vom 31. März 1932 heißt es dazu: "Genossen und Genossin-

nen! Geht zu allen, die da mühselig und beladen sind, verkündet ihnen die Botschaft vom zusammenbrechenden Kapitalismus, sagt ihnen, daß die neue sozialistische Gesellschaftsordnung unter furchtbaren Wehen, aber daß sie geboren wird."

DER KAMPF GEGEN DIE SOZIALISTISCHE ARBEITERBEWEGUNG

In Vorarlberg gestaltete die Christlichsoziale Volkspartei mit ihrer gut abgesicherten absoluten Mehrheit im Landtag und als Partei der katholischen Kirche die Politik maßgeblich. Die Politik der CVP (aber auch der Großdeutschen) war zuvorderst antimarxistisch und auf die Restauration bedrohter oder bedroht geglaubter Besitzstände abgestellt. Damit besorgte sie vor allem das Geschäft von Industrie, Handel und Gewerbe. Diese profitierten von der schrumpfenden Macht der Gewerkschaften, indem sie die Lohnkosten niederhalten und die Rechte der Arbeiter ignorieren konnten. Das ging so weit, daß etwa 1930 die Landesfachgenossenschaft der Installateure eine schwarze Liste anregen konnte, in der Arbeiter geführt werden sollten, die ihre Rechte einforderten (171).

Die Einrichtung von Betriebsräten nach dem Gesetz vom 14.5.1919 hätte eine Möglichkeit zur Einbindung der Arbeiter in Entscheidungsprozesse und Verantwortung geboten. Die Arbeit der Betriebsräte wurde jedoch behindert, wo immer es möglich war (172). 1932 schließlich hatten die Unternehmer völlig freie Hand: Einer Betriebsratswahl in einem Feldkircher Betrieb der Firma Gahnahl ging z.B. die Entlassung von 120 freigewerkschaftlich ausgerichteten Arbeitern voraus; der Freien Gewerkschaft wurde jede Werbung im Betrieb verboten, während die dem Heimatschutz nahestehende und aus Industriekreisen finanzierte "Unabhängige Gewerkschaft" ungestört agitieren konnte (173).

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie spielte sich auf zwei Ebenen ab: einmal auf der parlamentarischen, wo die CVP mit tatkräftiger Unterstützung der Kirche jedes Aufkommen der SDAP zu verhindern suchte; zum zweiten auf der außerparlamentarischen. Anfangs stand da den konservativen Kräften nur die Heimwehr bedingungslos zur Verfügung, doch nach einigen Bemühungen der CVP wurden auch aus Bundesheer und Gendarmerie willfährige Parteinstrumente gemacht.

Die Sozialdemokratie gab vor, für eine grundsätzlich andere Gesellschaft zu kämpfen und nicht nur für eine anders akzen-

tuierte Politik (174). Es wurde so getan, als sei die klassenlose, sozialistische Gesellschaft in absehbarer Zeit zu verwirklichen. Das war zwar sicher notwendig, um die Mitglieder durch ein noch zu ihren Lebzeiten erreichbares Ziel zu motivieren; andererseits bot der sozialrevolutionäre Anspruch den politischen Gegnern die Möglichkeit, jede Sachfrage zur Existenzfrage für die bestehende Gesellschaftsordnung zu machen. Als eine der Aufklärung verpflichtete Partei hatte sich die SDAP auch die Feindschaft der Kirche zugezogen - und das, obwohl die Partei gerade in Vorarlberg darauf bedacht war, keinen allzu religionsfeindlichen Eindruck zu machen, und der "Bund der religiösen Sozialisten" stark propagiert wurde (175). Diese Strategie scheiterte jedoch endgültig an der Enzyklika "Quadragesimo anno" 1931, in der Papst Pius XI. erneut mit scharfen Worten den Sozialismus verurteilte (176).

In den Wahlkämpfen wurden immer vermeintliche Entscheidungsschlachten geschlagen. Für die Nationalratswahlen 1920 wurde z.B. von der CVP folgender Leitspruch verbreitet (177):

"Für Heimat und Herd!

Für Glaube und Vätersitte!

Für Frauenwürde und Kinderglück!

Das walte Gott."

Die CVP stellte sich als "christlich-alemannisch" dar - gegenüber der "bolschewistischen", "jüdischen", "von Wien abhängigen" Sozialdemokratie. Besondere Bedeutung erlangte dabei der "seit Entstehen der Christlichsozialen Partei parteioffizielle Antisemitismus, der ... noch in der Monarchie durch die antisozialistische Komponente erweitert wurde" (178). In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß der christliche Antisemitismus auch ein rassistisch begründeter Antisemitismus war: Leopold Kunschak etwa hatte 1919 dem christlichsozialen Abgeordnetenklub des Nationalrats ein Juden-Dissimilierungsgesetz zur Beratung vorgelegt und 1920 als Parteiobmann der CVP die Internierung der Juden in Konzentrationslagern verlangt (179).

Auch in Vorarlberg gehörte antisemitische Hetze zum Wahlkampf von CVP und Großdeutschen. Einzig im Landtagswahlkampf 1932, als sich die CVP deutlicher gegen die NSDAP abzugrenzen suchte, verzichtete sie auf dieses Mittel zur Diffamierung der Sozialdemokratie, zumal diese 1932 kein ernstzunehmender Gegner mehr war (180).

Dieser Antisemitismus wandte sich aber nicht nur gegen die "verjudete" österreichische Sozialdemokratie (181) und damit gegen Politiker im fernen Wien, sondern auch gegen Bürger im eigenen

Land. Am 31. Dezember 1918 beschimpfte z.B. im Bregenzer Stadtrat der Kaufmann Albert Oelz den Sozialdemokraten Samuel Spindler als einen "galizianischen Juden". Derselbe Antisemitismus war dafür verantwortlich, daß sich Spindler 1942 selbst tötete, um dem Tod im KZ zu entgehen (182). Auch die Hohenemser Judengemeinde fühlte sich durch die antisemitische Hetze bedroht und ersuchte 1925 den Landeshauptmann um ein Einschreiten gegen solche Hetzvorträge, was dieser aber verweigerte (183).

Daß dieser Antisemitismus auch physisch gefährlich werden konnte, mußten schon 1922 jüdische Wiener Studenten erfahren, die in Bad-Röthis ihren Sommerurlaub verbringen wollten: In der Nacht des 12. August 1922, an einem Sonntag, wurden sie von einer antisemitisch gestimmten, mehr als hundertköpfigen Menge zum Verlassen des Landes gezwungen (184).

Allein mit Antisemitismus und Appellen an das Vorarlberg-Bewußtsein nach "Vätersitte" konnte die Vorarlberger Sozialdemokratie noch nicht entscheidend getroffen werden. Von größter Bedeutung war der konsequente und mit allen Mitteln durch die katholische Kirche und ihre Organisationen geführte Kulturkampf. Es war ein Feldzug an vielen Fronten, ganz besonders aber im Bereich der Kindererziehung und im Kampf gegen die Freidenker-Organisation. Die katholische Kirche lehnte die sozialdemokratischen Schulreformen ab, und die CVP sorgte dafür, daß sie im Vorarlberger Schulwesen nicht bzw. nur mit Verzögerungen verwirklicht wurden (185). Der Verein "Freie Schule - Kinderfreunde" hatte zwar nur 11 Ortsgruppen im Vergleich zu 24 der katholischen Jugend, aber er stand derart im Feuer der Kirche, als ob er geeignet wäre, die Kinder direkt dem Satan zuzuführen (186). Ganz besonders heftig reagierte die Kirche auf Freidenker-Vorträge, die sich mit Sexualmoral, Empfängnisverhütung oder mit der katholischen Kirche in Geschichte und Gegenwart auseinandersetzen.

Das "Volksblatt" am 20.7.1921 zur Empfängnisverhütung: "Die Versammlung enthüllte mit grauenhafter Deutlichkeit die letzten Ziele der verjudeten Sozialdemokratie. Kein anständiger Mensch wird in Hinkunft in der Sozialdemokratie mehr Platz haben. Kein Sozialdemokrat wird mehr von Sittlichkeit, Moral und Kultur reden können, wenn er diese Sache mitmacht."

Landeshauptmann Ender am 4.9.1926 im "Volksblatt" zum Überfall eines jugendlichen Schlägertrupps auf eine Freidenker-Versammlung: "Wenn die Freidenker bei uns abgefallene Priester ins Land rufen und in schändlicher Weise die Rede und Versammlungsfreiheit mißbrauchen, um dem Volke das Höchste und Beste



Kein Bewußtsein nach "Vätersitte": Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend vor dem Bludener Arbeiterheim 1926

zu rauben, was es noch hat, nämlich den Glauben ..., so ist es auch das gute Recht des Volkes, dagegen mit allen naturrechtlich erlaubten Mitteln sich zu wehren. ... Was darum jüngst in Dornbirn vorging, war nichts anderes als der Ausbruch des gesunden Volksempfindens, weil wir in unserem Land Vorarlberg Gottlosigkeit auf offener Tribüne nicht dulden."

Der politische Katholizismus stellte sich seinem Gegner auch auf der Straße; die alljährlichen Fronleichnamsumzüge, besonders jener in Bregenz, führten eindrucksvoll die Macht des Katholizismus vor und waren das schwarze Pendant zu den 1.-Mai-Umzügen (187). Kirche und Christlichsoziale Volkspartei machten nicht nur an Fronleichnam mobil. 1919 organisierten sie Aktionstage gegen den Sozialismus um den Palmsonntag herum; von 1929 bis 1938 fand jeden 1. Mai eine Marienwallfahrt zur Rankweiler Liebfrauenkirche statt, die vor allem christlichen Arbeitern und Arbeiterinnen Gelegenheit bot, den Feiertag der Arbeiter festlich zu begehen (188).

Zugleich setzte der politische Katholizismus die Behördenmacht zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ein. 1925 wurde Kindern und Jugendlichen die Teilnahme an Mai-Umzügen verboten (189), 1924 war Jugendlichen verboten worden, Freidenker-Versammlungen zu besuchen (190). Die Landesregierung untersagte manche Vorträge überhaupt und wurde dafür vom Verfassungsgerichtshof gerügt. Das beeindruckte sie aber nicht sonderlich (191): Es wurde weiterhin zensuriert und verboten, 1927 durfte die SDAP ihren Wahlkampffilm im Lande nicht aufführen (192); 1927 wurde auch ein großes Treffen der sozialistischen Bodenseeinternationale in Bregenz von der Landesregierung verhindert (193); 1932 wurde der Sozialistischen Arbeiterjugend ein Fackelzug untersagt, und schon 1931 waren zwei Hilfsarbeiter von der Gendarmerie zur Verhaftung ausgeschrieben worden, weil sie am 18. November in Brand und Bürserberg Flugschriften, eine davon mit einer Parlamentsrede des Abgeordneten Danneberg, verteilt hatten (194).

Die SDAP und ihre Gliederungen waren schon vor dem März 1933 oder gar dem Februar 1934 der Willkür ihrer Gegner schutzlos ausgesetzt, und das nicht zuletzt wegen des rücksichtslosen Einsatzes bewaffneter Kräfte durch die Landesregierung. Schon 1920 wurden mit Karabiner und Bajonett bewaffnete Gendarmen gegen Demonstranten eingesetzt (195). Bei den Bauernunruhen in Bludenz im selben Jahr waren 50 Gendarmen aus Vorarlberg, 40 aus Tirol, 70 Finanzwachbeamte und ein MG-Zug des Bundesheeres aufgeboten (196). Das genügte beidemale, um die Ansicht der Landesregierung durchzusetzen.

Die wohl entscheidende Auseinandersetzung fand im Juli 1927 statt. Damals wurden Wehrmacht- und Gendarmeriepatrouillen nicht nur beim Bregenzer Bauarbeiterstreik eingesetzt, um Streikbrecher zu schützen (197); auch beim Eisenbahnerstreik im Juli jenes Jahres wurde alles aufgeboten, was stramm antimarxistisch und bewaffnet war: Bundesheer, Gendarmerie, Zollwache, Heimwehr,...

Schon bei früheren Streiks bei Bahn und Post hatte die Landesregierung Militär und Gendarmerie mobilisiert, um Streikbrecher zu schützen. So waren Postämter bereits 1922 geräumt worden (198), und 1924 war durch den "Notbann", die auf Streikbruch spezialisierte Teilorganisation des Vorarlberger Heimatdienstes, ein Kraftwagensersatzdienst während eines Eisenbahnerstreiks aufgebaut worden (199).

Aber noch nie hatte die Exekutive staatliche Macht so massiv demonstriert wie beim Eisenbahnerstreik 1927. Er begann am Samstag, dem 16. Juli, in der Früh und dauerte bis zum 19. Juli mittags. In der Zwischenzeit hatte Landeshauptmann Ender den Heimatdienst, "die gesamte heimattreue Bevölkerung", aufgerufen und hatten starke Gendarmerie- und Militäreinheiten sämtliche Bahnhöfe besetzt. Dabei wurden Maschinengewehre in Stellung gebracht, gerade so, als hätten die Eisenbahner den Bürgerkrieg ausgerufen. Die Streikenden übten Selbstdisziplin und leisteten der bewaffneten Übermacht Folge. Überhaupt war die Streikfront nicht sehr geschlossen, und der Streik wäre schon viel früher zusammengebrochen, hätten nicht Eisenbahner das Spullerseekraftwerk abgeschaltet und so die Stromversorgung unterbrochen. Das ganze war ein riesiger Erfolg der Konservativen und wurde auch entsprechend gewertet. Ab diesem Juli 1927 war endgültig klar, wer im Lande wirklich das Sagen hatte (200).

Als im März 1933 Dollfuß das Parlament ausschaltete, hatte sich die Vorarlberger Christlichsoziale Partei auch bereits formal von der parlamentarischen Demokratie distanziert und im Lande die Weichen für eine ständestaatliche Diktatur gestellt (201). Ab dem Frühjahr 1933 waren nur noch die sogenannten Paragraph 2-Versammlungen zugelassen, die nicht öffentlich sein durften (202); die Umzüge am 1. Mai wurden untersagt (203), der Republikanische Schutzbund wurde verboten, das Streikrecht eingeschränkt und die Presse zensuriert (204). Am 26. Mai 1933 wurde als erste Partei die Kommunistische Partei verboten, und bei bekannten Kommunisten wurden Hausdurchsuchungen durchgeführt. Am 19. Juni 1933 kam das Verbot der NSDAP, und ihre beiden Landtagsmandate wurden für verfallen erklärt (205).



Am Vorabend der faschistischen Ära: Mitglieder der Sozialistischen Arbeiter-Jugend Vorarlbergs auf dem Weg zum Internationalen Sozialistischen Jugendtag in Zürich 14.-16. Mai 1932

Die Behörden arbeiteten auf den Tag X hin. Bereits im Oktober 1933 fanden Hausdurchsuchungen bei zahlreichen Sozialdemokraten statt; Mitte Dezember begann die Überwachung wichtiger Funktionäre, sodaß die Behörden am 12. Februar 1934 wohl vorbereitet waren (206).

Ihnen standen bewaffnete Truppen in ausreichender Stärke zur Verfügung: 320 Berufssoldaten mit Infanteriewaffen, Maschinengewehren und leichter Artillerie, 120 Gendarmen mit Karabinern und Bajonetten sowie 50 Mann Zollwache mit Karabinern. Dazu kamen noch mindestens 1.000 Mann Heimwehr, die direkt dem Landeshauptmann unterstanden. Sie waren zwar nicht so gut ausgebildet wie die hauptberufliche Ordnungsmacht, verfügten aber über dreimal soviel Waffen (Gewehre, Maschinengewehre) (207).

Dem hatte die Sozialdemokratie faktisch nichts entgegenzustellen. Der Republikanische Schutzbund, die Wehrorganisation der Partei, wäre weder personell noch waffentechnisch einer Auseinandersetzung mit der bewaffneten Staatsmacht und der Heimwehr gewachsen gewesen (208).

Der 1923 gegründete Schutzbund blieb in Vorarlberg auf die vier Städte und auf die große Gemeinde Lustenau beschränkt. Er war militärisch organisiert und streng hierarchisch aufgebaut; den Vorarlberger Einheiten wurde die Aufgabe zugewiesen, im Konfliktsfalle Bundesheer, Gendarmerie und Heimatdienst im Lande zu binden und deren Abmarsch nach Innerösterreich zu verhindern (209). Die militärische Organisationsform entsprach aber weder den Vorarlberger Verhältnissen noch den in Vorarlberg gestellten Aufgaben. Besser hätten sich hier kleine Kommandos geeignet, wie sie Theodor Körners Konzept einer umfassenden militärisch-politischen Gegenwehr unter Einbeziehung der gesamten organisierten Arbeiterschaft vorgesehen hätte (210).

Das Landesgendärmeriekommando schätzte im Herbst 1932 die Stärke des Schutzbundes auf 330 bis 350 Mann - davon 60 in Bregenz, je 80 in Feldkirch und Dornbirn, 80 bis 100 in Bludenz und 30 in Lustenau (211). Der Schutzbund war sehr schlecht ausgerüstet, nur teilweise uniformiert und unzureichend bewaffnet. In Vorarlberg gab es wohl kaum mehr als 25 bis 30 Pistolen, einige Kleinkalibergewehre und eine große Zahl von Gummiknüppeln (212). Er wurde hauptsächlich zum Schutz von Versammlungen und Demonstrationen eingesetzt. Es sind aber nur zwei ernstere Zusammenstöße bekannt: einer mit Nationalsozialisten in Dornbirn am 5. August 1932 und ein anderer im August 1926 in Dornbirn mit jugendlichen katholischen Schlägern, die eine Freidenkerversammlung zu sprengen versucht hatten (213).

Als am Nachmittag des 15. März 1933 Gendarmerie und Militär vor dem Parteiheim in Feldkirch-Levis, vor dem Gasthaus Sonne in Feldkirch-Altenstadt sowie vor dem Arbeiterheim "In der Mokry" in Bludenz aufmarschierten und Maschinengewehre in Stellung brachten, um Hausdurchsuchungen vorzunehmen, war dieser Aufwand vergeblich: Die SDAP-Funktionäre öffneten der Exekutive bereitwillig jeden Schrank. Auch das Arbeiterheim "Münchnerhof" in Bregenz und die Parteizentrale in der Dornbirner Viehmarktstraße wurden durchsucht, ebenso die Konsumvereine in den beiden Städten. In Dornbirn fand auch in der Wohnung von Anton Linder unter Mißachtung seiner Immunität als Bundesrat eine Durchsuchung statt. Linder selbst wurde währenddessen unter "Schutzhaft" gestellt (214).

Es kann nach den heutigen Kenntnissen nichts darüber gesagt werden, ob und wie der Vorarlberger Schutzbund nach seinem Verbot bis zum Februar 1934 weiterbestand. Sicher ist nur, daß es in Vorarlberg im Februar 1934 keinen bewaffneten Widerstand



Arbeiterheim Bludenz-Mokry 1927, nach seiner Fertigstellung. Es wurde wie die anderen sozialdemokratischen Arbeiterheime nach dem Verbot der SDAP im Februar 1934 beschlagnahmt.

gab und es daher das einzige Bundesland war, in dem das Standrecht nicht verhängt wurde (215).

Mit dem Verbot der SDAP nach dem 12. Februar 1934 fand eine langjährige Politik der Klerikal- und Nationalfaschisten ihren Abschluß. Am 12. Februar selbst entschied sich nichts mehr - er war nur das dramatische Ende eines Prozesses, der sich schon viele Jahre zuvor angebahnt hatte. Die wirklichen Entscheidungen waren längst vor jenem 12. Februar 1934 gefallen.

In Vorarlberg wurden 26 bis 28 Funktionäre für kurze Zeit verhaftet und zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen (216). Die "Vorarlberger Wacht" erschien bereits am 20. Februar wieder - ständestaatlich gleichgeschaltet. Die sozialistische Arbeiterbewegung wurde in die Illegalität gezwungen, und es begann ein neues Kapitel ihrer Geschichte. Denn obwohl ihre Mandate in Landtag, Gemeindevertretungen und Arbeiterkammer verfielen, die Freien Gewerkschaften untersagt, die Vereine aufgelöst und ihre Vermögen konfisziert wurden (217), gelang es der Diktatur nicht, die Arbeiterbewegung gänzlich auszuschalten (218). In der gleich-

geschalteten "Vorarlberger Wacht" vom 20. Februar 1934 finden sich dazu bemerkenswerte Sätze:

"Man kann äußere Formen zerbrechen, man kann einen Namensruf untersagen, man kann Sekretariate schließen, man kann Vertrauensmänner verhaften - aber man kann nicht die Arbeiterschaft ausrotten und die Arbeiter auflösen. Man kann nicht eine Idee verbieten und man kann nicht eine Weltanschauung abschaffen."

EXKURS: DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI

Die Kommunistische Partei war die zweite, allerdings weit weniger bedeutsame Partei des linken Lagers. Sie trat in Vorarlberg vor allem in den ersten und letzten Jahren der Republik in Erscheinung. Für die Zwischenzeit sind in den Akten der Landesregierung nur vereinzelte Aktionen von Kommunisten vermerkt (219).

In den Akten der Landesregierung befindet sich ein früher Bericht über die Lage der Kommunistischen Partei in Vorarlberg: Im Juni 1920 hatte der Innsbrucker Kommunist Andrä Idl eine Woche lang Vorarlberg bereist und darüber einen Bericht an den Parteivorstand nach Wien geschickt. Dieser wurde bei einer Hausdurchsuchung gefunden und der Landesregierung in Abschrift übermittelt (220). Idl fand damals keine Partei vor, sondern nur lose miteinander in Kontakt stehende Kommunisten, so in Danöfen im Klostertal, in Feldkirch und Dornbirn. In Bregenz traf er eine Gruppe an, die sich noch nicht von der Sozialdemokratischen Partei gelöst hatte. Nach einem Bericht der Bezirkshauptmannschaft Bregenz über die Entwicklung der KP in diesem Bezirk löste sich diese Gruppe aber noch im Laufe des Jahres 1920 von der SDAP und konstituierte eine Ortsgruppe der Kommunistischen Partei, die ca. 30 bis 40 Mitglieder stark war. Obmann dieser Gruppe war der Eisenbahner Robert Wisiol (221).

Von besonderer Bedeutung für die Bregenzer KP war Ferdinand Otto Nansen. Er war 1919/20 aus Wien nach Bregenz gekommen und hier zuerst Mitglied der SDAP geworden. Im Juni 1920 trat er bei den Milchdemonstrationen als Hauptagitator in Erscheinung; bald danach wechselte er zur KP über. Als er 1923 nach Brasilien auswanderte und Wisiol nach Innsbruck versetzt wurde, löste sich die kommunistische Ortsgruppe Bregenz auf. Ein Teil ihrer Mitglieder ging wieder zur SDAP (222).

Von 1923 bis 1931 wird in den Akten der Landesregierung keine kommunistische Parteiorganisation vermerkt, doch wurden immer

wieder einzelne Kommunisten und kommunistische Gruppen aktenkundig: so im Juli 1927, als sich kommunistische und sozialdemokratische Bauarbeiter in Partenen eine Schlägerei lieferten, weil Kommunisten eine sozialdemokratische Versammlung gestört hatten (223).

Ab 1931 mehrten sich kleinere Zusammenkünfte, und 1932 setzte eine regere Versammlungstätigkeit ein. Für die Zeit zwischen Oktober 1931 und Oktober 1932 sind in den Akten der Landesregierung über 20 Versammlungen und Demonstrationen vermerkt, vor allem Versammlungen von Arbeitslosen - einer Zielgruppe der KP - und Versammlungen der "Roten Hilfe" (224). Der Höhepunkt dieser Agitation war die große Arbeitslosendemonstration vom 2.1.1933 in Bregenz und die für den 21.1.1933 geplante, aber von der Gendarmerie aufgelöste Demonstration in Bludenz (225). Ein weiteres Aktionsfeld der KP waren Antikriegskundgebungen, deren bedeutendste am 7. August 1932 in den Bregenzer Seeanlagen stattfand. Dort tauchten erstmals einheitlich mit schwarzem Hemd und roter Krawatte bekleidete Kommunisten auf; eine Woche später nahmen 25 so "Uniformierte" an der Beerdigung eines Hilfsarbeiters in Lustenau teil (226).

Nach einer Meldung der "Vorarlberger Wacht" vom 3.3.1932 hatte die KP in Vorarlberg 348 Mitglieder in 8 Ortsgruppen, von denen Bregenz mit 68, Feldkirch mit 38 und Lustenau mit 36 Mitgliedern die bedeutendsten waren. Im April 1932 meldete die Kriminalstelle Feldkirch, die Ortsgruppe Partenen der Kommunistischen Partei sei 70 bis 80 Mitglieder stark. Vor allem Hilfsarbeiter und Arbeitslose dürften KP-Mitglieder gewesen sein (227).

Es ist bemerkenswert, daß die Kommunistische Partei bei den Landtagswahlen 1932 - gleichsam aus dem Stand - 2.614 Stimmen bzw. 3,4%, vor allem auf Kosten der SDAP, erreichte (228). Dieser relative Aufschwung der Partei 1931/32 dürfte mit der Rückkehr Nansens aus Brasilien zusammenhängen. Vom Winter 1931/32 bis zum November 1932 hielt er sich in Vorarlberg auf; dann kehrte er erneut nach Brasilien zurück (229). Während dieses Jahres trat er in vielen Versammlungen als Redner auf, und zahlreiche der 1934 aufgedeckten illegalen Kommunisten gaben an, durch Nansen zur KP gekommen zu sein (230). Nach Nansens Abreise gingen die Aktivitäten der KP zurück, was auch damit zusammenhängen mag, daß die Landesregierung aus anderen Bundesländern stammende arbeitslose Kommunisten in ihre Heimatgemeinden "abschaffte". So konnte die Landesregierung beim Verbot der KP vom 26. Mai 1933 feststellen: "Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die

kommunistische Partei im Lande in der letzten Zeit nicht hervorgetreten ist und ihre Werbetätigkeit nahezu ganz eingestellt hat." Daher waren auch die Hausdurchsuchungen erfolglos und Verhaftungen überflüssig (231).

ANMERKUNGEN

- 1) Ulmer, Ferdinand: Volk und Wirtschaft. In: Heimatkunde von Vorarlberg. Hg. A. Schwarz, Bregenz 1949, S. 170.
- 2) Ulmer (Anm. 1), S. 163.
- 3) 100 Jahre Handelskammer und Gewerbliche Wirtschaft in Vorarlberg. Hg. Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Vorarlberg, Feldkirch 1952, S. 120.
- 4) 100 Jahre Handelskammer (Anm. 3).
- 5) Vgl. zum Wahlergebnis 1932 VW, 8.11.1932; VT, 7.11.1932.
- 6) VW, 3.3.1928; Landwirte 1934: 8.871 Selbständige in Land- und Forstwirtschaft, vgl. 100 Jahre Handelskammer (Anm. 3), S. 404 f.
- 7) Vgl. Fink, Barnabas: Die Wirtschaftsverhältnisse in Vorarlberg. In: Heimatkunde von Vorarlberg, Heft 6, Wirtschaft und öffentliches Leben. Hg. Vorarlberger Landesmuseum, Leipzig-Wien-Prag 1931, S. 57 f.
- 8) Wirtschaftsbericht der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Feldkirch, 1928/2, S. 51 ff. und 1929/1, Tab. 10, VLA.
- 9) Siehe zum Vergleich mit Wien: Wirtschaftsbericht (Anm. 8) 1928/2, S. 43.
- 10) VV, 12.3.1933.
- 11) Vgl. Jahoda, M./Lazarsfeld, P.F./Zeisel, H.: Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch mit einem Anhang zur Geschichte der Soziographie. Leipzig 1933, (Neuaufgabe Allensbach-Bonn, 1960).
- 12) Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik. Hg. Landeswirtschaftsamt Bregenz, Abt. Statistik, 2. Jg., 1. Vierteljahr 1946, S. 175 ff., 183 f., 199, 201, 18; Wirtschaftsberichte (Anm. 8) 1928, 1929, 1931, 1932; Statistiken zur Arbeitslosenversicherung. Hg. Bundesministerium für soziale Verwaltung, Wien 1931, S. 26 (für Vergleich Österreich-Vorarlberg). Ab 1931 für Vorarlberg errechnet aus Zahl der Arbeitslosen im Monatsdurchschnitt und geschätzter Bevölkerung, für Österreich errechnet nach Statistischem Handbuch für den Bundesstaat Österreich. Hg. Bundesamt für Statistik, XVI. Jg., Wien 1936, S. 5 und S. 135.
- 13) Vgl. Sutterlütli, Robert: Die italienische Arbeiterschaft in Vorarlberg in der Phase der zweiten Industrialisierung des Landes (1870-1918). Hausarbeit Univ. Innsbruck 1981, v.a. S. 24 ff.
- 14) VLReg. Prs. 34/1918, 301/1919, 766/1919.
- 15) VLReg. Prs. 650/1921, 145/1923.
- 16) VLReg. Prs. 384/1934; vgl. Wanner, Gerhard: Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg 1921-1938. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Feldkirch o.J. (1978), S. 70 f.; Frommelt, Hubert: Vorarlberg 1933/34. Die Anfänge des neuen Systems Dollfuß/Schuschnigg. Hausarbeit Univ. Innsbruck, o.J., S. 14; Walsler, Harald: Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg 1933-1938. Wien 1983, S. 10 ff.

- 17) VLReg. Abt. II 404/1925 (VLA).
- 18) VLSS, 6. Sitzung, 6.7.1919, S. 41 ff.; vgl. Dreier, Werner: Gegen Sozialisten und Nazis. Der Vorarlberger Heimatdienst als Vertreter bürgerlich-konservativer Interessen. In: Pichler, Meinrad (Hg.): Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte. Bregenz 1982, S. 53.
- 19) 1932 wurde Vorarlberg im Zuge der Neuregelung der Notstandsanhilfe in drei Gebiete eingeteilt: hochindustrialisiert (A), industrialisiert (B), nicht industrialisiert (C); VW, 3.12.1932; VW, 4.2.1933; VW, 10.1.1933; vgl. Wanner (Anm. 16), S. 67 f.; Walser (Anm. 16), S. 7.
- 20) Wirtschaftsbericht (Anm. 8) 1928/2, S. 57 f.
- 21) Fink (Anm. 7), S. 126.
- 22) Wirtschaftsbericht (Anm. 8) 1929/1, Tab. IV.
- 23) Fink (Anm. 7), S. 126.
- 24) Kurzarbeit: Wirtschaftsbericht (Anm. 8) 1932, S. 43 f., Tab. XIII; VW, 13.2.1932; VW, 25.4.1925; VW, 18.7.1925; vgl. Wanner (Anm. 16) S. 78. Krankengeld: VW, 25.5.1921; VW, 17.1.1929; VV, 9.1.1929. Arbeitslosen- und Notstandsunterstützung: VV, 12.3.1932. Lebensmittel: Fink (Anm. 7), S. 126.
- 25) Walser (Anm. 16), S. 8.
- 26) VW, 29.12.1927, VW, 25.12.1926, VW, 26.1.1933, vgl. Wanner (Anm. 16), S. 82.
- 27) VLReg. Prs. 724/1926; VW, 22.12.1926; VLReg. Prs. 140/1929; VLReg. Prs. 62/1932; Bericht des Finanzausschusses über den Rechnungsabschluss des Landeshaushaltes 1933, Beilage 14 zu VLSS, XIV. Vorarlberger Landtag 1934, S. 115; VT, 4.11.1932.
- 28) VV, 14.6.1921; VV, 14.12.1921; VV, 15.5.1922; Präsidium der Vorarlberger Landesregierung: Protokolle über die Landesregierungssitzungen, Beilage zum Protokoll der Sitzung vom 10.9.1919.
- 29) Stenogr. Sitzungsbericht der provisorischen Landesversammlung, 2. Sitzung vom 9.11.1918, S. 14 f.; VW, 7.12.1918; VW, 10.4.1919.
- 30) VLReg. Prs. 248/1921, 551/1921; VV, 26.4.1922; VV, 29.6.1924.
- 31) Schindler, Fritz: Das Volksvermögen Vorarlbergs. Ferrara 1923, S. 216 f.; VW, 7.7.1923.
- 32) VV, 1.1.1923.
- 33) VW, 15.1.1920; VW, 20.12.1924; VV, 12.2.1922; VLReg. Abt. II 10/1921 (VLA); VW, 22.1.1920; VW, 24.1.1920; VW, 27.1.1920; VW, 15.4.1920; VW, 19.5.1920; VV, 14.1.1923. Vgl. Kamitz, Reinhard: Die österreichische Geld- und Währungspolitik 1848-1948. In: Mayer, Hans (Hg.): Hundert Jahre Österreichische Wirtschaftsentwicklung 1848-1948. Wien 1949, S. 127-222.
- 34) Walser (Anm. 16), S. 6; vgl. Botz, Gerhard: Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938. München 1983, S. 235 ff.; Dreier (Anm. 18), S. 56 f.; VW, 26.9.1931.
- 35) Wirtschaftsbericht (Anm. 8) 1931, S. 57 ff. und 1932, S. 68; VW, 23.7.1934.
- 36) Vorarlbergische Statistik, 2. Heft, Hg. Stat. Amt der Vorarlberger Landesregierung, Bregenz 1924; Ergebnisse der außerordentlichen Volkszählung vom 31.1.1920. Hg. Statistische Zentralkommission, Wien 1921, S. 5; Ergebnisse der österreichischen Volkszählung vom 22. März 1934, Vorarlberg. Hg. Bundesamt für Statistik, Wien 1935; Fink (Anm. 7), S. 57 f.

- 37) Fink (Anm. 7), S. 128 ff.
- 38) VW, 19.11.1929.
- 39) VW, 5.12.1925; VW, 18.12.1927; VW, 18.5.1929; vgl. Bilgeri, Benedikt: Bregenz. Geschichte der Stadt. Wien-München 1980, S. 575 ff.
- 40) VV, 5.4.1922.
- 41) Fink (Anm. 7), S. 131.
- 42) Tabellarische Darstellung der Sozialgesetzgebung bei: Brückmüller, Ernst: Sozialstruktur und Sozialpolitik. In: Weinzierl, E./Skalnik, K. (Hg.): Österreich 1918-1938. Graz-Wien-Köln 1983, S. 381-436, hier S. 422 ff.
- 43) VLReg. Prs. 315/1931.
- 44) Die Amtstätigkeit der Gewerbeinspektorate im Jahre 1923, S. 198 ff.: Uhlig, Otto: Schwabekinder aus Tirol und Vorarlberg. Innsbruck 1978: ders: Späte Schwabekinder. In: Montfort XXXII (1980), Heft 1, S. 29-43.
- 45) Vgl. Wirtschaftsbericht (Anm. 8) 1928, S. 52; Protokoll über den VIII. österreichischen Arbeiter-Kammertag in Feldkirch (12.10.1928), S. 2.
- 46) Thompson, Edward P.: The Making of the English Working Class, London 1965, S. 9 f.; vgl. Vester, Michael: Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß. Frankfurt 1970, S. 33.
- 47) Vgl. zu den Stickern VW, 15.6.1929.
- 48) Wirtschaftsbericht (Anm. 8) 1932, Tab. XIII.
- 49) Ulmer (Anm. 1), S. 171.
- 50) Ebenda; VV, 21.12.1920 (Berufszählung).
- 51) Zit. nach Hoffmann, Robert: Entproletarisierung durch Siedlung. Die Siedlungsbewegung in Österreich 1918-1938. in: Boltz, G./Hautmann, H./Konrad, H./Weidenholzer, J. (Hg.): Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte. Wien-München-Zürich 1978, S. 713-742, hier S. 733.
- 52) Pelinka, Anton: Stand oder Klasse? Die Christliche Arbeiterbewegung Österreichs 1933-1938. Wien-München-Zürich 1972; S. 32, 96.
- 53) Vgl. Greussing, Kurt: Grenzstationen - Umbruch und Diktatur. Die Vorarlberger Sozialdemokratie 1918/19 und 1934-1938. In: Nachträge (Anm. 18), S. 107-142, hier S. 125 ff.
- 54) Vgl. Klenner, Fritz: Die Österreichischen Gewerkschaften. Wien 1952, S. 1074 ff.
- 55) Vgl. Wanner (Anm. 16), S. 48.
- 56) Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, Hg. Bundesamt für Statistik. Neue Folge, 1924 - S.106, 1926 - S.127, 1929 - S.158, 1931 - S.163, 1933 - S.172.
- 57) Vgl. Wanner (Anm. 16), S. 12 ff.; Pelinka (Anm. 52), S. 31; Klenner (Anm. 54), S. 1089 f.
- 58) VV, 11.11.1923.
- 59) Satzungen des katholischen Arbeiter-Vereins von Feldkirch und Umgebung, Feldkirch 1924, VLA.
- 60) Vgl. Pelinka (Anm. 52), S. 21 f.
- 61) Vgl. Amann, Gebhard: Werden und Wirken der christlichen Arbeiterbewegung Vorarlbergs. Hohenems o.J. (Typoskript), VLA.
- 62) Ebenda.

- 63) Zahlen nach Wanner (Anm. 16), S. 89, und Statistisches Handbuch (Anm. 56), 1924 - S.106, 1925 - S.130, 1926 - S.127, 1929 - S.158, 1931 - S.163, 1933 - S.172.
- 64) Vgl. Wanner (Anm. 16), S. 48.
- 65) Pelinka (Anm. 52), S. 12 f., 32 f.; zu den Lagern vgl. Wandruszka, Adam: Österreichs politische Struktur, In: Benedikt, Heinrich (Hg.): Geschichte der Republik Österreich, München 1977, S. 289-486, hier S. 291 ff.
- 66) Pelinka (Anm. 52), S. 32; vgl. zum Juli 1927 in Wien vor allem Botz (Anm. 34), S. 141 ff.
- 67) Z.B. Stickereiarbeiterstreik: VV, 1.4.1922; VLReg. Prs. 308/1922.
- 68) Z.B. Textilarbeiterstreik 1921: VV, 7.5.1921; VV, 11.5.1921.
- 69) VV, 9.3.1922; VV, 10.3.1922; VV, 23.3.1922; vgl. Wanner (Anm. 16), S. 25 ff.
- 70) VV, 21.7.1927.
- 71) Vgl. VLReg. Prs. 562/1927; VW, 28.7.1927.
- 72) Eisenbahner-Streik 18.-21.11.1920: VW, 21.11.1920; VW, 23.11.1920; 25.-26.6.1922; VV, 28.6.1922; VLReg. Prs. 180/1923.
- 73) Vgl. Botz (Anm. 34), S. 235 ff.; Dreier (Anm. 18), S. 56 f.; zum schwindenden Einfluß der christlichen Arbeiterbewegung in der CVP vgl. Staudinger, Anton: Christlichsoziale Partei, In: Weinzierl/Skalnik (Anm. 42), S. 249-276, hier S. 256.
- 74) Vgl. Pelinka (Anm. 52), S. 35 ff.; Staudinger (Anm. 73), S. 256 und 272 f.
- 75) Zu Waitz vgl. Jablonka, Hans: Bischof unter Kaiser und Hitler, Wien 1971; Silberbauer, Gerhard: Österreichs Katholiken und die Arbeiterfrage. Graz-Wien-Köln 1966; Oberkofler, Gerhard: Zur Geschichte der katholischen Soziallehre in Österreich, In: Alpenregion in Österreich, Innsbruck 1976, S. 95-104.
- 76) VV, 10.11.1918; VV, 6.1.1923.
- 77) Vgl. Silberbauer (Anm. 75).
- 78) VV, 19.10.1923; VV, 20.10.1923; VV, 17.10.1923; VW, 20.4.1927; VV, 25.10.1930.
- 79) Vgl. vor allem Pelinka (Anm. 52), S. 183-202, 251-260; Staudinger (Anm. 73), S. 266 f.; zur katholischen Soziallehre vgl. Oberkofler (Anm. 75); Wandruszka (Anm. 65), S. 334 f.
- 80) Zu den Wahlergebnissen vgl. Vorarlbergische Statistik (Anm. 36); Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik (Anm. 12), 1. Jg. 1945, S. 45 ff.
- 81) Vgl. Wandruszka (Anm. 65), S. 293 f.; Haffner, Leo: Die Aufklärung und die Konservativen. Ein Beitrag zur Geschichte der Katholisch-Konservativen Partei in Vorarlberg, In: Nachträge (Anm. 18), S. 14 ff.; ders.: Die Kasiner, Vorarlbergs Weg in den Konservatismus, Bregenz 1977, S. 236 ff.
- 82) Vgl. Weinzierl, Erika: Kirche und Politik, In: Weinzierl/Skalnik (Anm. 42), S. 437-496, hier S. 475 ff.; zur Schulpolitik vgl. Olechowski, Richard: Schulpolitik, In: Weinzierl/Skalnik (Anm. 42), S. 589607; zu Kinderfreunden vgl. Artikelserie VV Februar/März 1924; VW, 11.5.1920; VV, 1.8.1922. Vgl. allgemein Haffner: Die Aufklärung (Anm. 81), S. 17 ff.

- 83) VV, 12.8.1925; VV, 6.10.1925; VV, 19.8.1921; VV, 7.8.1921; VV, 20.7.1921; VW, 9.4.1932; VW, 29.1.1931; VW, 3.5.1928.
- 84) Vgl. Rape, Ludger: Die Vorarlberger Heimwehr und die bayerische Rechte 1920-1923. In: Nachträge (Anm. 18), S. 74-95.
- 85) Vgl. Botz, Gerhard: Faschismus und Lohnabhängige in der Ersten Republik. In: Österreich in Geschichte und Literatur, Hg. Arbeitskreis für Österreichische Geschichte, Graz, Nr. 21, 1977, S. 102-128; ders.: Die österreichischen NSDAP-Mitglieder. Problem einer quantitativen Analyse aufgrund der NSDAP-Zentralkartei im Berlin Document Center. In: Mann, Reinhard (Hg.): Die Nationalsozialisten. Analysen faschistischer Bewegungen. Stuttgart 1980, S. 98-136; vgl. Dreier (Anm. 18).
- 86) Walser, Harald: Die Hintermänner. Vorarlberger Industrielle und die NSDAP 1933-1934. In: Nachträge (Anm. 18), S. 96-106.
- 87) Soldatenräte: VV, 6.11.1918; Stenogr. Sitzungsberichte, prov. Landesversammlung 1918, 2. Sitzung, S. 6 f. (VLA); VV, 16.3.1919. Vertrauensmännerwahlen: VW, 19.9.1923; VW, 25.10.1924; VW, 20.10.1926; VW, 18.10.1927; VW, 15.10.1928; VW, 19.10.1929.
- 88) Johler, Reinhard: Maifeiern in Vorarlberg 1890-1933 (Typoskript). Wien 1983, S. 86 ff.
- 89) VLReg. Prs. 180/1923; VV, 28.6.1922.
- 90) VV, 13.12.1923; VW, 24.11.1923; VW, 9.1.1924.
- 91) VW, 25.10.1924; VW, 18.10.1927.
- 92) VW, 25.10.1924; VW, 20.10.1926; VW, 18.10.1927; VW, 15.10.1928; VW, 19.10.1929.
- 93) VW, 12.4.1923.
- 94) VLReg. Prs. 47/1921, 85/1921.
- 95) VV, 23.12.1925.
- 96) VLReg. Prs. 562/1927; vgl. zur Person Enders besonders Wanner, Gerhard: Otto Ender. In: Weissensteiner, F./Weinzierl, E. (Hg.): Die österreichischen Bundeskanzler. Leben und Werk. Wien 1983, S. 159-172; viel weniger kritisch: Huebner, Hans: Dr. Otto Ender. Dornbirn 1957.
- 97) Vgl. Holtmann, Everhard: Zwischen Unterdrückung und Befriedung. Sozialistische Arbeiterbewegung und autoritäres Regime in Österreich 1933-1938. Wien 1978, S. 46 ff.; Pelinka (Anm. 52), S. 63 ff.; Botz (Anm. 34), S. 232 ff.
- 98) VW, 14.12.1929.
- 99) Vgl. Scheuch, Manfred: Geschichte der Arbeiterschaft Vorarlbergs bis 1918 (2. Aufl.). Feldkirch o.J. (1978), S. 97; Statistisches Handbuch (Anm. 56), Jg. 1924 und Jg. 1931.
- 100) VW, 3.7.1920; VV, 11.5.1921; VLReg. Prs. 298/1927.
- 101) Vgl. Klenner (Anm. 54), S. 1811 ff. (Bd. 2): Stammbaum der Gewerkschaften, und S. 520 f. (Bd. 1); VW, 28.8.1926.
- 102) Alle Zahlen nach Statistisches Handbuch (Anm. 56) Jg. 1924-1933; 1924 - S.105 f., 1925 - S.129 f., 1926 - S.126 f., 1927 - S.148 f., 1928 - S.154 f., 1929 - S.157 f., 1930 - S.160 f., 1931 - S.161 f., 1932 - S.169, 1933 - S.172; vgl. Wanner (Anm. 16), S. 89; zu Österreich 1927: Statistisches Handbuch (Anm. 56) 1927, S. 148 f., und Klenner (Anm. 54), S. 728.
- 103) VLReg. Prs. 432/1925.
- 104) Siehe Anm. 102.
- 105) Siehe Anm. 102.

- 106) VLReg. Prs. 985/1919, 47/1921; VW, 21.11.1920; VW, 23.11.1920; VLReg. Prs. 180/1923; VV, 28.6.1922; VLReg. Prs. 4/1924; VLReg. Prs. 562/1927; VW, 28.7.1927; VLReg. Prs. 336/1933.
- 107) VLReg. Prs. 562/1927.
- 108) VLReg. Prs. 336/1933.
- 109) Siehe Anm. 102.
- 110) Vgl. Wanner (Anm. 16), S. 90 f.; VW, 2.7.1927.
- 111) VLReg. Prs. 238/1931.
- 112) VLReg. Prs. 640/1920, 566/1921, 617/1922, 405/1923, 498/1927, 722/1929.
- 113) VLReg. Prs. 640/1920.
- 114) VLReg. Prs. 340/1927.
- 115) VLReg. Prs. 508/1927.
- 116) VW, 9.7.1927.
- 117) Siehe Anm. 102.
- 118) Statistisches Handbuch (Anm. 56) Jg. 1921-1935, 1921 - S.112, 1923 - S.99 ff., 1924 - S.103, 1925 - S.127, 1926 - S.124, 1927 - S.146, 1928 - S.152, 1929 - S.155, 1930 - S.158, 1931 - S.160, 1932 - S.167, 1933 - S.170, 1935 - S.186.
- 119) Bruckmüller, Ernst: Sozialstruktur und Sozialpolitik. In: Weinzierl/Skalnik (Anm. 42) S. 381-436, hier S. 412 f.
- 120) Spindler: VV, 1.1.1919; VV, 11.5.1921; Sieß: vgl. Wanner (Anm. 16), S. 111 f.; Mayer: VW, 20.2.1929, VW, 22.11.1927, VW, 12.10.1929; Linder: vgl. Wanner (Anm. 16), S. 111; Scheuch (Anm. 99), S. 99.
- 121) Vgl. Kulemann, Peter: Am Beispiel des Austromarxismus. Sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Österreich von Hainfeld bis zur Dollfuß-Diktatur. Hamburg 1979 (Zweite Auflage 1982), S. 234, 266, 319.
- 122) VW, 19.8.1919; VLReg. Prs. 605/1926; VW, 15.8.1920; Jahrbuch der Österreichischen Arbeiterbewegung, Wien 1927 - S.33, 1931 - S.92; Kulemann (Anm. 121), S. 307 ff.
- 123) VW, 23.4.1919; VW, 9.1.1919; BH Bregenz C 280/1934 (VLA).
- 124) VW, 3.8.1919; VW, 27.6.1920.
- 125) VLReg. Prs. 18/1939.
- 126) Vgl. Wanner (Anm. 16), S. 99; VW, 13.4.1933; vgl. zur politischen Kontinuität in der SDAP: Kulemann (Anm. 121), S. 313 f.
- 127) Vgl. Hämmerle, Elisabeth: Die Tages- und Wochenzeitungen Vorarlbergs in ihrer Entwicklung vom Ende der Monarchie bis 1967. Diss. Wien 1969.
- 128) Mitgliederzahlen 1913, 1919, 1920-1926, 1932 nach Weidenholzer, Josef: Auf dem Weg zum "Neuen Menschen". Bildungs- und Kulturarbeit der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik, Diss. Linz 1977, S. 487 (publ. Wien-München-Zürich 1981); 1926-1931: Jahrbuch der Österreichischen Arbeiterbewegung, Wien 1927 - S.55, 1928 - S.61, 1929 - S.85, 1930 - S.119, 1931 - S.92; Wahlergebnisse nach: Vorarlbergische Statistik, 2. Heft. Hg. Stat. Amt der Vorarlberger Landesregierung, Bregenz 1924 (VLA); Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik (Anm. 12), 1. Jg. 1945, S. 45 ff.; VV, 18.2.1919; VW, 18.2.1919; VT, 18.2.1919; VV, 25.4.1927; VW, 30.4.1927; VT, 20.3.1928; VV, 10.11.1930; VW, 11.11.1930; VV, 8.11.1932; VT, 7.11.1932; VW, 8.11.1932.
- 129) Jahrbuch der österreichischen Arbeiterbewegung, Wien 1927 - S.33, 1928 - S.61, 1929 - S.85, 1930 - S.119, 1931 - S.92.

- 130) Jahrbuch der österreichischen Arbeiterbewegung, Wien 1927, S. 25; Weidenholzer (Anm. 128), S. 488.
- 131) Vgl. Kulemann (Anm. 121), S. 134, 155, 112; Einleitung zum Linzer Programm der SDAP 1926. In: Berchtold, Klaus: Österreichische Parteiprogramme 1868-1966. Wien 1967, S. 247 f.
- 132) Adler, Max: Politische oder soziale Demokratie. Ein Beitrag zur sozialistischen Erziehung (1926), Wien 1982, S. 158 ff.; vgl. zu Adler: Kulemann (Anm. 121), S. 380 ff.
- 133) Weidenholzer, Josef: Auf dem Weg zum "Neuen Menschen". Wien-München-Zürich 1981, S. 71 ff., S. 277 f.
- 134) Vgl. Weidenholzer (Anm. 133), S. 15, 87 ff.; Kulemann (Anm. 121), S. 324 ff.
- 135) Vereinsregister, VLA; VLReg. Prs. 498/1934; BH Bregenz C 888/1934 (VLA).
- 136) Vgl. Seibert, Franz: Die Konsumgenossenschaften in Österreich. Geschichte und Funktion, Wien 1978; vgl. zur Ansicht Karl Renners Kulemann (Anm. 121), S. 267.
- 137) Zahlen nach VV, 13.12.1921, und Wirtschaftsbericht (Anm. 8) 1931, S. 57 ff; vgl. Konsumverein Lustenau. Denkschrift zum 55jährigen Bestehen. Werden, Wachsen, Wirken. Hg. Konsumverein Lustenau, Lustenau (1932) (VLA - Kleine Schriften).
- 138) VW, 18.3.1933; VV, 30.7.1922.
- 139) VLReg. Prs. 441/1920, 305/1923, 286/1925, 376-8/1926, 444/1933, 454/1922 (Fronleichnam); vgl. v.a. Jöhler (Anm. 88), S. 70 ff., 115 ff.
- 140) VLReg. Prs. 318/1919.
- 141) VLReg. Prs. 759/1924.
- 142) VLReg. Prs. 508/1927, 340/1927, 737/1922.
- 143) VLReg. Prs. 205/1920.
- 144) VLReg. Prs. 594/1919.
- 145) VW, 8.1.1919; VW, 9.1.1919; VW, 10.1.1919; VV, 9.1.1919; VV, 29.1.1919.
- 146) VLReg. Prs. 421/1926; VW, 26.6.1926.
- 147) VW, 26.9.1929; VW, 30.9.1929; VW, 3.10.1929; VW, 8.10.1929; VW, 29.10.1929; VV, 1.10.1929; VLReg. Prs. 533/1929.
- 148) VLReg. Prs. 535/1920; VLSS 8. Sitzung vom 15.6.1920; Protokoll der LReg. Sitzung vom 8.6.1920 und vom 10.6.1920; VW, 5.6.1920; VW, 11.6.1920; VW, 12.6.1920; VW, 16.6.1920; VW, 18.6.1920.
- 149) VLReg. Prs. 224/1933; VW, 5.1.1933.
- 150) VW, 21.1.1933.
- 151) Vgl. Durchhalteappelle und Bekenntnisse zur Monarchie in: Neck, Rudolf: Arbeiterschaft und Staat im Ersten Weltkrieg 1914-1918 (A. Quellen) I. Der Staat. (Von Kriegsbeginn bis zum Prozess Friedrich Adlers, August 1914 - Mai 1917). Wien 1964, n. 208, S. 304 f., Sammelrelation der Statthaltereien für Tirol und Vorarlberg; VW, 11.10.1918; vgl. den Beitrag von R. Mittersteiner in diesem Band.
- 152) Schweizer, Karl: Die Revolutions- und Rätebewegung in Lindau/Bodensee von November 1918 bis Juni 1919. Lindau 1978, S. 90 ff.
- 153) VW, 28.3.1919; VW, 16.4.1919; Protokoll der LReg. Sitzung vom 29.3.1919; vgl. Greussing (Anm. 53), S. 115 ff.
- 154) SS 1919, 6. Sitzung vom 8.7.1919.

- 155) VW, 11.3.1919; VV, 12.3.1919; VV, 13.3.1919; VW, 17.3.1919; VW, 21.3.1919; vgl. Greussing (Anm. 53), S. 116 f.
- 156) Vgl. Greussing (Anm. 53), S. 118.
- 157) Vgl. z.B. den Konflikt um die von der Bundesregierung verbotenen Volksmilizen in: Dreier (Anm. 18) S 52 ff.
- 158) VLReg. Prs. 391/1932.
- 159) VV, 8.11.1923; VW, 22.11.1932; vgl. Vögel, Franz: Hundert Jahre Vorarlberger Landtag 1861-1961. In: Landstände und Landtag in Vorarlberg. Bregenz 1961, S. 156.
- 160) Vgl. Weidenholzer (Anm. 133) S. 15 ff.
- 161) VW, 19.8.1919.
- 162) Kulemann (Anm. 121) S 312 f.
- 163) Reitmann, Eva: Thesen zu einer Theorie der Bildung im Austromarxismus: Wurzeln und Widersprüche. In: Die Schul- und Bildungspolitik der Sozialdemokratie in der Ersten Republik. Entwicklung und Vorgeschichte. Wien 1983 (= Quellen und Studien zur österreichischen Geistesgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Bd. 3, Hg. P. Heintel, N. Leser, G. Stourzh, A. Wandruszka), S. 11-136, hier S. 31-35.
- 164) Vgl. Adler, Max: Politische oder soziale Demokratie. Wien 1982, S. 158-165 (Original 1926).
- 165) VW, 18.8.1927.
- 166) Reitmann (Anm. 163), S. 35.
- 167) Vgl. Weidenholzer, Josef: Marginalien zur außerschulischen Bildungsarbeit im Austromarxismus. In: Die Schul- und Bildungspolitik der Sozialdemokratie (Anm. 163), S. 417-500, hier S. 426 f.
- 168) VLReg. Prs. 605/1926.
- 169) Vgl. zu den inadäquaten politischen Strategien: Weidenholzer (Anm. 133), S. 267 ff.
- 170) Reitmann (Anm. 163) S. 38.
- 171) VW, 7.8.1930; vgl. zur Politik der CVP: Staudinger (Anm. 73), S. 260.
- 172) Der Industriellenverband untersagte 1928 seinen Mitgliedern, Lohnlisten an die Betriebsräte auszufolgen, die diese für die Lohnerhebung der Arbeiterkammer angefordert hatten: Wirtschaftsbericht (Anm. 8) 2/1928; Der Gewerbeinspektor für Vorarlberg stellte in seinem Bericht für das Jahr 1930 fest, daß es kaum möglich sei, geeignete Leute als Betriebsräte zu gewinnen, da starke Fluktuation und die Einstellung der Unternehmer die Entwicklung dieser Einrichtung verhinderten: Die Amtstätigkeit der Gewerbeinspektorate im Jahre 1930. Wien 1931, S. 126; vgl. allgemein Filla, Wilhelm: Zwischen Integration und Klassenkampf. Sozialgeschichte der betrieblichen Mitbestimmung in Österreich. Wien 1981, S. 25-95; Weissel, Erwin: Die Ohnmacht des Sieges. Arbeiterschaft und Sozialisierung nach dem Ersten Weltkrieg in Österreich. Wien 1976, S. 268 f.
- 173) VW, 13.12.1932.
- 174) Vgl. dazu das Linzer Programm der SDAP aus dem Jahre 1926. In: Berchtold, Klaus: Österreichische Parteiprogramme 1868-1966. Wien 1967, wo es u.a. S.252 heißt, die SDAP erstrebe die Eroberung der Herrschaft in der demokratischen Republik, damit sie den Staatsapparat als Machtmittel benutzen könne, "um dem Großkapital und Großgrundbesitz die in ihrem Eigentum konzentrierten Produktions- und Tauschmittel zu entreißen".

- 175) Vgl. Fritz Preiß in seiner Weihnachtsbetrachtung in VW, 24.12.1928; ebenso die programmatische Erklärung zu Religion und Kirche in VW, 22.5.1926.
- 176) Vgl. Weinzierl, Erika: Kirche und Politik. In: Weinzierl/Skalnik (Anm. 42), S. 437-496, hier S. 462.
- 177) VV, 17.10.1920.
- 178) Staudinger (Anm. 73), S. 266.
- 179) Ebda.; vgl. auch Pelinka (Anm. 52), S. 213 ff.
- 180) Z.B. VV, 19.11.1918; VV, 15.11.1918; VT, 12.11.1919; VV, 28.12.1918; VV, 30.7.1920; VV, 19.10.1923; VV, 20.10.1923; VT, 20.10.1923.
- 181) VV, 15.11.1918.
- 182) VV, 1.1.1919; VV, 3.1.1919; Interview mit Frau Emilie Pruner, Bregenz, Sommer 1982.
- 183) VLReg. Prs. 193/1925.
- 184) VLReg. Prs. 702/1922.
- 185) VLSS 1919, 6. Sitzung vom 8.7.1919, S. 44, 53; VW, 11.5.1920; vgl. Weinzierl (Anm. 176), S. 475.
- 186) Z.B. VV, 25.5.1921; VV, 1.8.1922; zu den Ortsgruppen: Vereinsregister (VLA) und VV, 28.9.1921.
- 187) Vgl. z.B. VLReg. Prs. 454/1922, 307/1923.
- 188) Vgl. zum Palmsonntag 1919: Wanner, Gerhard: Vorarlbergs Übergang von der Monarchie zur Republik (1918-1919). In: Montfort XXXII (1980), S. 104-116, hier S. 111 f.; leicht veränderter Nachdruck in: Studien zur Zeitgeschichte der österreichischen Länder, Bd. 1, Demokratisierung und Verfassung in den Ländern 1918-1920. St. Pölten-Wien 1983, S. 91-117, hier S. 111; zur Wallfahrt: Johler (Anm. 88), S. 115 ff.
- 189) VLReg. Prs. 286/1925.
- 190) VLReg. Prs. 345/1924.
- 191) VW, 21.5.1927.
- 192) VW, 30.4.1927.
- 193) VLReg. Prs. 210/1927.
- 194) VLReg. Prs. 391/1932, 298/1932; VLSS 1931, 8. Sitzung vom 3.12.1931, S. 154; VW, 14.1.1932; VW, 12.1.1932.
- 195) VLReg. Prs. 535/1920 (Sammelakt Milchdemonstration Bregenz).
- 196) VLReg. Prs. 547/1921.
- 197) VLReg. Prs. 562/1927; VW, 9.7.1927.
- 198) VLReg. Prs. 180/1923.
- 199) VLReg. Prs. 4/1924; zum Notbann vgl. Dreier (Anm. 18), S. 57 f.
- 200) VLReg. Prs. 562/1927; VW, 28.7.1927; vgl. Wanner (Anm. 16), S. 60 ff.; Dreier (Anm. 18), S. 60 f.
- 201) Vgl. VLSS 1933, 9. Sitzung vom 13.12.1933; Johann Josef Mittelbergers Absage an die Demokratie; VV, 21.9.1929; VV, 2.5.1933; vgl. Frommelt (Anm. 16), S. 39; zur Ausschaltung des Parlaments vgl. Staudinger (Anm. 73), S. 268 ff.
- 202) VLReg. Prs. 443/1933, 265/1933.
- 203) VLReg. Prs. 444/1933; vgl. Johler (Anm. 88), S. 112 f. und 118 ff.
- 204) Vgl. Botz (Anm. 34), S. 211 ff.; Staudinger (Anm. 73), S. 269 f.
- 205) BH Bregenz C-2732/1934 (VLA); VLReg. Prs. 248/1933; VLSS 1933, 6. Sitzung vom 2.8.1933, S. 182 ff.
- 206) BH Bregenz C-280/1934 (VLA).

- 207) Nach *VLReg. Prs. 716/1933, 389/1928, 770/1922; zum Heimatdienst vgl. Dreier (Anm. 18), S. 57 ff.
- 208) Greussing (Anm. 53), S. 126, zitiert einen Sozialdemokraten, der behauptet hatte, der Schutzbund sei "nicht einmal eine Turnorganisation gewesen, er war noch schlechter als eine Turnorganisation". Vgl. zum Schutzbund: Dreier (Anm. 18), S. 59 f.; Walser (Anm. 16), S. 24 f.; Greussing (Anm. 53), S. 126 f.; Wanner, Gerhard: Vorarlberg. In: Weinzierl/Skalnik (Anm. 42), S. 1011-1041, hier S. 1030; Brändle, Hermann: Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten 1933-1938. In: Hermann Brändle, Gernot Egger, Meinrad Pichler, Harald Walser: Widerstand und Verfolgung in Vorarlberg 1934-1945 unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterschaft. Forschungsbericht im Auftrage des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung. Manuskript Bregenz 1983, S. 21-92, hier S. 46 f. (erscheint im Druck 1984, fink's verlag, Bregenz).
- 209) Vgl. Anm. 208; VW, 28.7.1927; VW, 10.9.1923; VLReg. Prs. 389/1933; vgl. Kulemann (Anm. 121), S. 371; Botz (Anm. 34), S. 316; zu den Aufgaben: Bericht des Landesgendarmierkommandos an das Bundeskanzleramt vom 31.8.1932, AVA BKA-22/Vorarlberg, 1918-1933, Karton 5.169.
- 210) Vgl. Duczynska, Ilona: Der demokratische Bolschewik. Zur Theorie und Praxis der Gewalt. München 1975, S. 111 f.; Vlcek, Christine: Der Republikanische Schutzbund in Österreich. Geschichte, Aufbau und Organisation. Diss. Wien 1971.
- 211) Bericht des Landesgendarmierkommandos an das Bundeskanzleramt vom 7.10.1932, AVA BKA-22/Vorarlberg, 1918-1933, Karton 5.169.
- 212) Pistolen nach "Bericht des Genossen Anton Linder", zit. von Brändle (Anm. 208), S. 47; VLReg. Prs. 362/1933; vgl. Dreier (Anm. 18) S. 70.
- 213) Zum Versammlungsschutz vgl. VLReg. Prs. 533/1929, 421/1926; VW, 9.8.1932; VLReg. Prs. 391/1932; VW, 18.8.1926; vgl. "Geographie der politischen Zusammenstöße in Österreich" (1919 - März 1933). In: Botz (Anm. 34), S. 333, wo Vorarlberg als weißer Fleck auf der Karte der politischen Gewalt aufscheint.
- 214) VLReg. Prs. 362/1933; vgl. Dreier (Anm. 18), S. 60.
- 215) Vgl. Greussing (Anm. 53), S. 126. Siehe auch Greussing, Kurt: Vorarlberger Sozialdemokratie in der Illegalität 1934-1938. In: Botz, G., u.a. (Hg): Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte. Wien-München-Zürich 1978, S. 341-359; Brändle, Hermann: Der Februar 1934 im Spiegel der Vorarlberger Presse. In: Nachträge (Anm. 18), S. 143-155; ders. (Anm. 208); Frommelt (Anm. 16), S. 96 ff.; Botz (Anm. 34), S. 232 ff.
- 216) BH Bregenz C-280/1934 (VLA); vgl. Brändle (Anm. 208), S. 43 f.
- 217) BH Bregenz C-888/1934 (VLA); vgl. Wanner (Anm. 16), S. 92 ff.
- 218) Vgl. zur illegalen Arbeiterbewegung den Aufsatz von G. Egger in diesem Band sowie Greussing (Anm. 53), S. 130 ff.; Brändle (Anm. 208), S. 59 ff.
- 219) Vgl. zur KPÖ: Kulemann (Anm. 121), S. 221 ff.; Hautmann, Hans: Die verlorene Räterepublik. Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutsch-österreichs. Wien 1979; Steiner, Herbert: Die Kommunistische Partei Österreichs von 1918-1934, Bibliographische Bemerkungen. Meisenheim am Glan 1968; Egger, Gernot: Die KPÖ Vorarlbergs von 1933 bis 1945 und

- Vorarlbergs Kommunisten 1938-45. In: Widerstand und Verfolgung (Anm. 208), S. 93-141; VLReg. Prs. 4/1924, 203-10/1929.
- 220) Sammelakt "Abwehr des Bolschewismus", VLReg. Prs. 632/1922.
- 221) VLReg. Prs. 248/1933.
- 222) Ebda. und VLReg. Prs. 542/1920, 535/1920, 900/1921, 961/1921, 524/1923.
- 223) VLReg. Prs. 4/1924 (Gendarmerieberichte).
- 224) VLReg. Prs. 248/1933, 345/1932.
- 225) Ebda.
- 226) VLReg. Prs. 320/1933, 248/1933.
- 227) VLReg. Prs. 248/1933.
- 228) VV, 8.11.1932; VT, 7.11.1932; VW, 8.11.1932.
- 229) VLReg. Prs. 345/1922, 777/1933, 634/1934.
- 230) VLReg. Prs. 345/1932, 643/1934.
- 231) VLReg. Prs. 248/1933; VW, 26.1.1933; BH Bregenz C-2732/1934 (VLA); vgl. Wanner (Anm. 16), S. 70 f.; Frommelt (Anm. 16), S. 14.

„Jeetzt würeds heall, jeetzt würeds liacht“ Sozialistische Maifeiern in Vorarlberg 1890–1933

Reinhard Johler

1890–1900:

**"EIN PAAR ARBEITSSCHEUE SCHNEIDERLEIN
UND ETWELCHE DURSTIGE SCHUSTERGESELLEN" (1)**

Als am 31. März 1890 ein Arbeiter im Bregenzer Gasthaus "Löwen" bei einer Gehilfenversammlung die Frage stellte, "wie sich die Bregenzer Arbeiterschaft gegenüber dem 1. Mai (Arbeiterfeiertag) zu verhalten gedenke bezw. auf welche Weise die Arbeiter in Bregenz diesen Tag zu feiern beabsichtigen", konnten sich die anwesenden 100 Gehilfen, trotz erregter Debatten, lediglich auf eine Abendveranstaltung am 1. Mai mit der Tagesordnung "Der achtstündige Arbeitstag" einigen (2). Aber schon bei der nächsten Versammlung im "Hirschen" am 21. April erläuterte Uhrmacher Bartels den 1. Mai, legte dann aber den Gehilfen ans Herz, "nur dann zu 'feiern', wenn ihnen von Seite der Arbeitgeber keine Hindernisse bereitet werden" (3).

Die würdigste Maifeier, die Arbeitsruhe, konnten freilich am ehesten nur die Gesellen in Kleinbetrieben erreichen, die zudem von ihren Meistern "aus eigenem Antriebe einige Nachmittagsstunden" freibekamen (4) und größtenteils Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins waren. Vorab befanden sich die Meister noch in keinem krassen politischen oder wirtschaftlichen Gegensatz zu ihren Beschäftigten, und manche nahmen sogar an den ersten Maifeiern teil. Gänzlich anders sah die Situation für die vielen Fabrikarbeiter aus. Vorarlbergs Fabrikanten hielten nicht einmal eine entsprechende Absprache für notwendig (5). Die angekündigte und in mehreren Fällen realisierte Entlassung war ohnehin Drohung genug.

Solidarität für "allfällige Opfer, die dieser Tag fordern wird" (6), wurde so direkt zur Existenzfrage, und das selbst für die an sich sehr mobilen und oftmals unverheirateten Gesellen. Denn durch geheime Zeichen in den Arbeitsbüchern trachteten die Un-

ternehmer, eine weitere Anstellung Klassenbewußter Gesellen in anderen Betrieben zu verhindern (7).

Am 1. Mai 1890 sah man in Bregenz nur hin und wieder "ein oder zwei Arbeiter im Feiertagsgewande gelangweilt durch die Straßen ziehen, still in sich gekehrt, als schämten sie sich, zu den wenigen zu gehören, welche am heutigen Tage, ohne eigentlich zu wissen warum, die Arbeit meiden" (8). In Dornbirn feierten 150 Arbeiter tagsüber entweder auf dem Zanzenberg, im Gütle oder im Bad Haslach und trafen sich am Abend im Vereinslokal "Rößle", wo eine Blechmusik für ihre Unterhaltung sorgte (9). Und auch in Bludenz bewegte sich um 2 Uhr nachmittags ein Zug von Sozialdemokraten vom "Hirschen" in der unteren Stadt zum "Schützenhaus" auf dem Montikel. Zum Schutz vor dem "Mob, der stets Lust zu Excessen und Gewaltthätigkeiten hat" (10), waren beidseits des Weges zahlreiche Gendarmerieorgane in Marsch-Adjustierung postiert:

"Es waren ganze 30 bis 40 Mann, denen jedoch mehr Not und Sorgen aus ihren Augen blickten als Mordlust und Grausamkeit. Mit offenem Mund und Nase begafften hunderte Umstehende die Doppelreihen mit einem spindeldürren Schneiderlein an der Spitze des Zuges. Im 'Schützenhaus', wohin die ganze Volksmenge nachfolgte und den großen Saal besetzt hielt, hielt das Schneiderlein Flöckinger aus Innsbruck, eine Ansprache an seine Genossen sowie zur ganzen Versammlung, daß alles mäuschenstill zuhörte" (11).

Das spindeldürre Schneiderlein war geradezu die Symbolfigur des frühen sozialistischen Arbeiters: das Abbild einer spezifischen Handwerker-Gruppenkultur (12), deren Merkmale sich gut in die entstehende Arbeiterbewegung einbringen ließen und ihr mitunter ihren Stempel aufdrückten. Nicht zu unrecht belächelte das "Volksblatt" den 1. Mai als "Schneiderfeiertag" (13) und verglich ihn mit einer Handwerkertradition, dem Blaumontag (14).

Wie sehr die alljährliche Maifeier wichtige Kampf- und Lernerfahrungen erzwang und zumindest lokale, gruppenspezifische Solidaritätsmuster entwickeln half, kann recht schön für 1895 verfolgt werden. Während sich nämlich die Bregenzer Arbeiter entschlossen hatten, "in diesem Jahr ganz besonders für eine würdige Maifeier zu sorgen" (15), sprachen sich die Bregenzer Schuhmacher- und Schneidermeister gegen die Freigabe des 1. Mai aus: Sie drohten, feiernde Arbeiter unerbittlich zu entlassen und solidarisch diese nicht mehr einzustellen (16).

An diesem 1. Mai suchten denn auch die fünf Meister Bernhard, Gugele, Jalowetz, Knobelspiess und Müller mit einer Anzeige in der "Landeszeitung" Schuhmachergehilfen zum sofortigen Eintritt

und baten "die geehrten Kunden bis zur Einstellung neuer Arbeitskräfte um gütige Nachsicht, da die 'Maifeier' die Entlassung mehrerer Gehilfen veranlaßte" (17). Noch recht optimistisch berichtet das "Bregenzer Tagblatt", daß nur die 15

Schuhmachergehilfen

■ gesucht ■
zum sofortigen Eintritt von
den unterzeichneten Meistern.

Gleichzeitig bitten wir die geehrten Kunden bis zur Einstellung neuer Arbeitskräfte um gütige Nachsicht, da die „Maifeier“ die Entlassung mehrerer Gehilfen veranlaßte.

Bregenz.

270 1.2

**Bernhard.
Gugle.
Jalowetz.
Knobelspiess.
Müller.**

Vorarlberger Landeszeitung, 1. Mai 1895

hiesigen Schuhmachergehilfen den 1. Mai feierten, "aber die Meister blieben die Antwort nicht schuldig und entließen die Freiheitsdurstigen. Wer hat nun den Schaden? Etwa die Meister?" (18).

So eindeutig war dieser Konflikt indes noch nicht entschieden. Denn die "Arbeiter-Zeitung" bat alle arbeiterfreundlichen Blätter um den Nachdruck des folgenden Telegramms: "Bregenz, 1. Mai. Die hiesigen Schuhmacher haben die Arbeit eingestellt. Zuzug ist strengstens fernzuhalten" (19).

Schon nach zwei Tagen schien die Kraftprobe zwischen Zünftlern und Gesellen entschieden. Die Meister ersuchten die Ausgesperrten, die Arbeit wieder aufzunehmen, wozu die Gesellen - deutlich offensiv werdend - unter bestimmten, nicht gerade bescheidenen Bedingungen bereit waren: Freigabe des 1. Mai, Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde pro Tag und Erhöhung des Lohnes.

Gerade die Erfahrung einer derartig erfolgreichen Klassenaus-einandersetzung ließ nicht nur Stolz aufkommen, sondern machte auch den Wert einer Organisierung zu einer recht hautnahen Erfahrung. Zumindest sollte es eine Lehre für die weit weniger organisierten Kleidermacher und Holzarbeiter sein, die sich "die von ihren Meistern zugefügte Infamie ruhig gefallen" lassen mußten (20). Ein solches Solidaritäts- und Kampfmodell war

Regenz, 30. April. In einer am 29. April abgehaltenen Meisterversammlung der Schuhmacher und Schneider wurde der Beschluß gefaßt, jedem Arbeiter, der sich an der Maifeier bethelligt, die Entlassung zu geben. Die Arbeiter hatten jedoch zum großen Theile schon einige Zeit vorher sich geeinigt, in diesem Jahre ganz besonders für eine würdige Feier des 1. Mai zu sorgen, und werden trotz des Beschlusses der Meister ihren Willen auch ausführen. In Folge dieses Vorgehens von Seite der Meister sind fünfzehn Schuhmachergehilfen auf die Straße gesetzt worden. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Nachdruck dieses erfucht und so viel wie möglich dafür zu sorgen, daß der Zug nach hier abgehalten werde.

Regenz, 1. Mai. (Telegramm der „Arbeiter-Zeitung“.) Die hiesigen Schuhmacher haben die Arbeit eingestellt. Zug ist strengstens fernzuhalten.

Arbeiter-Zeitung (Wien), 3. Mai 1895

aber nur für handwerkliche und kleingewerbliche Arbeiter verwertbar, nicht aber für den Großteil der vielen "Fabrikler"; dafür mußten gegenkulturelle Strategien entwickelt werden, wobei der "proletarischen Festkultur" und insbesondere dem 1. Mai einige Bedeutung zukam (21).

Vorerst aber galt es, die Industrie-Arbeiter überhaupt erst einmal anzusprechen. Besonders die Abendveranstaltung am 1. Mai bot eine Möglichkeit dafür. Sie weckte zumindest eine kleine Hoffnung - ein vorderhand noch ungedeckter Wechsel auf die Zukunft:

"Möge bis zum nächsten Jahre die Organisation allenthalben solchen Fuß gefaßt haben, daß es uns vergönnt ist, vereint mit den Arbeitern der Textilindustrie den Chikanen der Herren Fabrikanten einen Damm entgegenzusetzen und in corpore für den Weltfeiertag zu fechten" (22).

Gerade der 1. Mai als "Fest der Festlosen" bündelte und vermittelte politisch-agitatorische Erfahrungen mit kulturellen Lernschritten, die immer mehr in die sich entwickelnde Maifeier-Tradition einfließen und erste Schritte zur Formierung einer sozial-

demokratischen Partei und in größerem Rahmen einer eigenen Kultur der Arbeiterbewegung ermöglichten. Schon das Bewußtsein, "selber" einen Feiertag zu gestalten, an einem Tag im Jahr "frei zu sein" und alljährlich von neuem dafür zu kämpfen, hob nicht nur das Selbstverständnis des einzelnen Arbeiters, sondern machte auch die Stärke eines Kollektivs erlebbar (23).

Betrachten wir aber nun jene Festformen ein wenig näher, die bis zur Jahrhundertwende ein bewährtes Gerüst für die Maifeiergestaltung in Vorarlberg darstellten. Viele Elemente ähneln dem bürgerlich-bäuerlichen Festzyklus (24), freilich als gestaltende Aneignung mit deutlich politischem, offensiv in die erhoffte sozialistische Zukunftweisendem Charakter. Die streng eingehaltene Zweierreihe beim Demonstrationsumzug - oftmals und schon früh angeführt von einer Musikkapelle, wie etwa 1893 von der Rankweiler Konkordia (25) - schien bewußt militärischen Vorbildern angepaßt: Das Proletariat hielt "Heerschau über seine zum ersten Mal mobil gemachten Streitkräfte, mobil gemacht als ein Heer, unter einer Fahne und für ein nächstes Ziel" (26).

Das Referat bei der Volksversammlung über die "Lage der Arbeiter" und die "Bedeutung des 1. Mai" erklärte nicht nur die eigene Situation, sondern thematisierte und popularisierte auch die Hauptforderungen der Sozialdemokratie. Diese hatte mit der 1891 aufgenommenen Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht deutlich ihren Anspruch auf Teilhabe am Staat und an dessen Herrschaftsorganen angemeldet. Die angestrebte Einheitlichkeit der Partei würde in der jeweils beschlossenen Resolution zum Ausdruck gebracht. Das zum Schluß regelmäßig gesungene Paradelied der österreichischen Arbeiterbewegung, das "Lied der Arbeit", erläuterte nicht nur poetisch individuelles Arbeiterdasein, das gemeinsame Singen hatte auch eine nicht zu unterschätzende solidarische und agitierende Funktion. Und wenn sich zum Abschluß alle gegenseitig gelobten, "die nächste Maifeier zu einer großen und imposanten zu gestalten" (27), wird sichtbar, wie sehr Maifeiern eine kollektive Mobilisierung begünstigten. Selbst dem Ausflug am Nachmittag und dem abendlichen Tanz kamen mehr als nur gesellige Bedeutung zu: stellten sie doch an einem selbstgewählten Tag der Enge der Werkstätte die "freie Natur" entgegen und schufen in der Festfreude eine gemeinsame Identität.

Dornbirn war als Sitz der Landesparteileitung und als größter Industrieort Zentrum des Maigeschehens. Dort fanden auch tagsüber Festveranstaltungen statt, während in den anderen Städten und Orten bis zum Ersten Weltkrieg oftmals nur am Abend gefeiert wurde.

Während 1896 der Dornbirner Ortsschulrat verbot, Kinder im Festumzug mitzunehmen (28), kündigte eine weitere Gruppe ihre Integration in die Vorarlberger Sozialdemokratie und deren Maifeiergeschehen an - die Eisenbahner (29). Das geschah zuerst über ein an die Feiernden gerichtetes Telegramm:

"'Im Geiste bei Euch'. Auch wir erinnerten uns sowohl Vor- als auch Nachmittags jener Genossen und jener Massen, welche Dank unserer göttlichen Weltordnung die eiserne Faust des Capitals auf dem Nacken haben. Aber was nützt es? Selbst beim Amboß rasselt am 1. Mai der Mann der Arbeit mit seinen Ketten, er ruft hinaus zu seinen Brüdern: 'Im Geiste bei Euch', wir aber rufen ihm zu: Mann der Arbeit aufgewacht und erkenne Deine Macht. Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will" (30).

Das Bild des geknechteten, an den Amboß geketteten Arbeiters war ein häufig gewähltes Symbol, das recht eindrucksvoll auch in die Maifeier-Plakette 1903 eingeprägt ist. Dort hatte freilich der Arbeiter im Lichte des aufgehenden Sozialismus seine Fesseln zerschlagen.

1899 begaben sich in Dornbirn die Vorarlberger Genossen erstmals am Morgen des 1. Mai zum Grab ihres verstorbenen Führers Coufal, "das nun ein würdiges Denkmal ziert und Zeugnis gibt, wie die Parteigenossen ihre Kämpfer ehren" (31). Es war dies eine Bestätigung und Vergegenwärtigung eigener Parteigeschichte, auf die man sich stützen und berufen konnte und die der Organisation eine historische Dimension verlieh.

Im selben Jahr feierte in Dornbirn "auch eine bedeutende Anzahl italienischer Arbeiter" den 1. Mai (32), wobei von nun an die Referate deutsch und italienisch gehalten wurden. Die verschiedene Herkunft und Mentalität, die auch eine unterschiedliche Organisationserfahrung bedingten, dürfte zu Spannungen geführt haben, zumal die Italiener "ihre Forderungen mit ihrem eigenen Temperament" vertraten. Sicherlich stellten die "Walschen" neben den angeführten Gesellen und Eisenbahnern eine zahlenmäßige Verstärkung der Vorarlberger Sozialdemokratie dar. Ihrer Lebenssituation entsprechend, waren sie durchaus subkulturell orientiert. Dies änderte sich auch während ihrer Integration in die Arbeiterbewegung nur schrittweise. Andererseits - und das wurde vom politischen Gegner gerne ausgenützt - war mit den Italienern der Anteil der nicht in Vorarlberg geborenen Sozialdemokraten in der Partei sehr hoch, "die noch dazu der Sprache nach keine Vorarlberger waren" (33), wie der "Volksblatt"-Redakteur wohl ohne genaues Zuhören feststellen konnte. Das verlieh der Partei das Profil "einer von aussen kommenden, von fremden

Ruhehörern hervorgerufen" Bewegung, die zudem von Wiener Isrealiten geführt würde (34). Das tat sichtlich seine propagandistische Wirkung.

Die "rothe Symbolik"

Die vorhin angedeutete soziale und kulturelle Vielfalt, die auch den Maifeiern ihren Stempel aufdrückte, war nur schwer mit der gewünschten Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung in Einklang zu bringen. Das galt zumindest dann, wenn die Ziele näher lagen, als die sichere Gewißheit eines kommenden Sozialismus - einer "Zukunft in Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit". Zudem war für Gesinnung und Klassensolidarität mehr notwendig als die Erkenntnis der tristen wirtschaftlichen und sozialen Situation. Klassenbildung ist nicht lediglich die Folge einer wirtschaftlichen Veränderung. Die Sozialdemokratie sprach Menschen mit ihrer besonderen Klassenerfahrung als Arbeiter an. Mit der kulturellen Interpretation dieser Klassenerfahrung entstanden Formen von Klassenbewußtsein - das Gefühl, "Sozialist" zu sein. Eine Möglichkeit, das zu erreichen, war die Entwicklung einer kollektiv verständlichen "Bildsprache" (35) mit Gegensymbolen und Gegentraditionen zum bürgerlich-bäuerlichen Lebensumfeld (36). Von diesem Umfeld mußte man sich als neue und angefeindete Bewegung lösen und eine kulturelle Desintegration erreichen (37). Denn: Arbeiter - "denke wer du bist und wie man dich behandelt".

Symbole halfen, den Sozialismus aus der Theorie in die reale Vorstellung zu übertragen, in der Begriffe wie Gemeinschaft, Solidarität und Machtwille konkret Gestalt annehmen konnten. Selbst für die Vorarlberger Sozialdemokratie, die ansonsten nicht allzu große Illusionen haben mochte, läßt sich das an der Bludenzer Maifeier 1929 zeigen:

"Bald leuchteten rote Fahnen aus den Arbeiterhäusern, in der Mokry gab es fast kein Haus ohne Flaggenschmuck. Freudige Erwartung lag auf den Gesichtern der festlich gekleideten Menschen und bereits in den Vormittagsstunden beherrschte das leuchtende Rot der Maifestzeichen und der Nelken das Stadtbild zur Gänze" (38).

Freilich erzeugten die vielen bei Maifeiern verwendeten Symbole - die blauen Blusen der Roten Falken, die Uniformen des Republikanischen Schutzbundes, die roten Krawatten, die Standarten, die Drei-Pfeile, die geschmückten Lokomotiven, die wuchtigen

Worte der Arbeiterführer – eine Welt, die oftmals in keinem realen Zusammenhang mit der politischen Umgebung stand. Der "sozialistische Augenblick" der Maifeier ließ einen Blick in die erhoffte Zukunft werfen, führte aber auch leicht zur Verdrängung der gegenwärtigen Situation, indem das Morgen als das Heute vorgetäuscht wurde (39).

Als 1933 die Vorarlberger Arbeiterbewegung schon längst in die Defensive gedrängt und eigentlich bereits geschlagen war, als die Nationalsozialisten an der nahen Grenze die Macht an sich gerissen hatten und die Maifeiern teilweise verboten waren, griff die Partei zu den einzigen Widerstandsformen, die ihr noch geblieben waren: zu symbolischen. So wie in Bludenz grüßte auch in Bregenz "das Drei-Pfeile-Abzeichen im Flammenschein über den Bodensee die unterdrückten Brüder im Deutschen Reich" (40). Vom Feldkircher Stadtschroffen und vom 40 Meter hohen Kamin der Bludenzer Bundesbahnwerkstätten flatterten rote Fahnen, "wie allen zum Trutz" (41).

1900-1918:

"VORWÄRTS, TROTZ ALLEDEM"

Die wirtschaftliche Situation fand in der Beteiligung an den Maifeiern augenscheinlich ihren Niederschlag. Krisen ließen es oftmals nicht ratsam erscheinen, wegen der Arbeitsruhe "einen Konflikt mit den Unternehmern hervorzurufen" (42), und verursachten eine gewisse "Maimüdigkeit". Trotzdem waren sich die Genossen der positiven Aspekte der jährlichen Maifeier bewußt. Sie belebte die Organisations- und Agitationstätigkeit und war neben Wahlen Maßstab für die politische Arbeit des letzten Jahres. Fleißige Parteitätigkeit führte zu einer imposanten Maifeier.

Solange die Vorarlberger Sozialdemokratie keine eigenen Kulturvereine hatte, war sie besonders zur Festgestaltung auf eine Zusammenarbeit mit bürgerlich-bäuerlichen Vereinen angewiesen. Diese wurden aber von den "Clericalen" so unter Druck gesetzt, "daß vom Arlberg bis zum Bodensee keine Musikkapelle sich getraut, bei unseren Festlichkeiten mitzuwirken". Daher wurden am 25. März 1899 die Rankweiler Genossen beauftragt, eine Arbeiter-Musikkapelle zu gründen (43). Damit aber waren die Probleme keineswegs behoben. Denn nun verboten die Fabrikanten den Arbeiter-Musikern eine Teilnahme am 1. Mai (44).

Ab 1902 führten Arbeiter-Radfahrer mit geschmückten Rädern den Festumzug an, was sicherlich der ihnen beigemessenen Bedeutung entsprach. Sie wurden wegen ihrer Mobilität oftmals zur Agitation "auf dem flachen Land" eingesetzt.

Schon bald trugen auch die neugegründeten Gesangssektionen, die Arbeiter-Turner und der "Dramatische Club" zur Maifeiergestaltung bei, die damit immer reichhaltiger und anspruchsvoller wurde. Allerdings war das Verhältnis der immer zahlreicher werdenden Arbeiterkulturvereine zu Partei und Gewerkschaft nicht ungetrübt. Arbeitervereine kamen einem kulturellen Freizeitbedürfnis entgegen, dessen Befriedigung Arbeitern in den bürgerlichen Vereinen oftmals verwehrt wurde. Da die Vereine zunächst als unpolitisch kritisiert wurden, kam dem 1. Mai einige Bedeutung zu. Zur Festgestaltung konnten und mußten die Vereine aktiv eingebunden werden und erhielten somit eine Auftrittsmöglichkeit. Gleichzeitig aber wurden die Vereinsmitglieder politisiert: Man war nun nicht irgendein Sänger, man war sozialdemokratisch.

Der Arbeiterfeiertag 1907 gestaltete sich durch die Verwirklichung der alten Forderung - der Erringung des allgemeinen (Männer-)Wahlrechts - zu einem wirklichen "Freudentag". Ein offensichtlicher Erfolg, der eng mit der Maifeiertradition verbunden war:

"Wir haben das allgemeine, gleiche Wahlrecht in Österreich nach langem, oft blutigem Kampf errungen und da haben wir alle Ursache, uns am 1. Mai darüber zu freuen; wir wollen uns an diesem Tage auch geloben, unentwegt für die Ideale des organisierten Proletariats, der Sozialdemokratie zu kämpfen bis zum endgültigen Sieg" (45).

Derartige Erfolge machten selbst der kleinen Vorarlberger Arbeiterbewegung Hoffnungen - umso mehr, als in Gruppen nun auch qualifizierte Metall- und Textilarbeiter (Weber) an den Maifeiern teilnahmen, eigene Branchenversammlungen abhielten (46) und eine stärkere Einbindung von "Einheimischen" ermöglichten. So sah man etwa in Dornbirn kurz vor dem Ersten Weltkrieg, "daß die einheimischen Sozialdemokraten immer mehr ihre früher oft bekundete Scheu ablegen und sich immer zahlreicher in die Reihen der Demonstranten mengen. So ist es recht" (47).

Ein kleiner Schritt in Richtung Industrie-Arbeiterpartei war vollzogen. Die Aktivitäten der Eisenbahner, die Bludenz später zur roten Eisenbahnerstadt machten, wurden bereits erwähnt. Trotz zahlreicher Schwierigkeiten engagierten sie sich bei den Maifeiern, etwa durch die Eisenbahner-Musik am Abend oder durch

das bald zur Tradition werdende Schmücken der Lokomotiven mit Reisig und roten Tüchern (48).

Das Maifeier-Ritual begann nun, eine erstaunliche Vielfalt zu zeigen - eine bemerkenswerte Leistung für eine Partei mit knapp tausend Mitgliedern vor dem Ersten Weltkrieg. Alles Neuentstehende wurde sofort in wohlorganisiertem Rahmen in die Maifeier integriert. Spontaneität hatte da freilich wenig Platz. Der 1. Mai sollte gemeinsam erlebt und gestaltet werden und deutlich machen, "wer man war und wohin man wollte": Vormittags war Volksversammlung, am Nachmittag hielt man je nach geschätzter Stärke in allen vier Städten oder wie 1912 nur in Dornbirn einen Festumzug mit genau eingehaltener Ordnung ab: 1. Radfahrer, 2. Standarten-träger, 3. Musikkapelle, 4. die Genossen von Bregenz mit Fahne, 5. die Arbeitersänger von Dornbirn und Bregenz, 6. die Hohen-emser Genossen mit Fahne, 7. die Dornbirner Arbeiter. Die Abendveranstaltungen mit Referat, Theaterstück, Sportübung, Gesang und Tanz waren für jene gedacht, die während des Tages arbeiten mußten.

Statt der bei der Maifeier 1914 geforderten "roten Woche" folgten fünf bittere, von zahlreichen Verlusten gekennzeichnete Kriegsjahre. 1915 konnten die Maifeiern nur eingeschränkt und ein Jahr später nicht mehr stattfinden. Aber man gelobte den "Brüdern draußen im Feld immer unserer Sache die Treue zu bewahren: für unsere gewerkschaftlichen, politischen und genossenschaftlichen Organisationen zu wirken, unserer Presse die notwendige Verbreitung zu sichern, die sozialdemokratische Erziehungsarbeit trotz aller Hemmnisse unverdrossen fortzusetzen. Proletarier aller Völker, vereinigt Euch! Diesen Wahlspruch halten wir hoch auch im zweiten Kriegs-Maien" (49). 1917 wurden die Genossen schon deutlich offensiver. In einigen Betrieben herrschte Arbeitsruhe. Eine Männer- und Frauenabordnung verlangte in mehreren Ortschaften eine demokratische Gemeindereform. Eine "musterhafte Disziplin" der Arbeiter charakterisierte die Maifeier 1918 und verschaffte der Partei einen merklichen Aufschwung, die sich inzwischen als Friedens-Partei profiliert hatte.

**"Schuld daran ist der Egoismus
und die ewige Rücksichtnahme auf andere"**

Wie kein anderer Tag erzeugte der 1. Mai von Anfang an eine proletarische Öffentlichkeit: Straßendemonstration statt "Salon-Sozialismus". Der Demonstrationsumzug war der Mittelpunkt



Preis 40 Heller (30 Pfennige)

Sozialdemokratische 1.-Mai-Festschrift 1918: Für Frieden und Internationalismus

jeder Maifeier, gleichsam ein Stück Jahresabrechnung für die Arbeiterbewegung. Man sah, wieviele sich beteiligten, wer mitging, wer am Rande stand oder gar zu Hause blieb. Dabei offenbarte sich eine Schwierigkeit, die der Partei andauernd und schwer zu schaffen machte. Denn viele getrauten sich nicht, ihre "Gesinnung in der Öffentlichkeit" (50) zu zeigen, und besuchten lieber die Festversammlungen als die Umzüge. Es brauchte schon einigen "Mannesmut" und "Republikanertum" (51), um so offensichtlich zu jenen "Gottlosen" zu gehören, die von den Christlich-sozialen als "Pöbel, ungebildete, rohe Horde" (52) beschimpft wurden.

Dennoch konnte man mitunter über die Macht der Straße stolz sein. Die innere Stärke sollte gleichermaßen nach außen deutlich werden. Schon der Streckenverlauf machte klar, wem die Arbeiter es eigentlich zeigen wollten: Der Umzug sammelte sich in einem Arbeiterstadtteil, zog an Fabriken vorbei - wo lebhaftes Rufe laut wurden, "die Arbeit einzustellen. Wir beobachteten aus einer Fabrik, daß uns gekreuzte Hände entgegengehalten wurden. Also die Leute sind in den Fabriken gekettet" (53) - und führte in das bürgerlich Stadtzentrum; ja man eroberte es für ein paar Stunden und bestimmte das dortige Geschehen:

"Der Aufmarsch der Arbeiterschaft erregte nicht geringes Interesse. Überall wurden die Fenster geöffnet, um den langen Zug der Arbeiterschaft zu sehen. An den Fenstern der bürgerlichen Wohnungen sah man nicht gerade freundliche Mienen" (54) - so die "Vorarlberger Wacht" zum 1. Mai 1920 in Bregenz.

Die Vorarlberger Sozialdemokratie war seit ihrem Entstehen lange eine Partei fast ausschließlich der Städte. Mit den üblichen Mai-Ausflügen konnten aber auch Orte erwandert werden, die nur wenige oder gar keine Mitglieder hatten. Die Rankweiler Genossen zogen etwa schon 1893 mit Fahne und Musik über Sulz nach Röthis (55), und die Dornbirner Maifeiernden ließen sich im "Adler" in Wolfurt nieder (56). Eine solche Wanderung konnte z.B. den Zweck haben, "die Bewohner von Lustenau von der Voreingenommenheit gegen unsere Partei etwas zu befreien, indem sie nun gesehen haben, daß wir nicht aussehen wie Diebe, Räuber etc., als was wir während der Wahlperiode von den Christlich-Sozialen immer und überall hingestellt wurden. Es dürfte sich empfehlen, im Laufe des heurigen Sommers mehrere solche Ausflüge zu veranstalten, die Anregung hiezu ist der Zweck dieser Zeilen" (57).

Nach dem Ersten Weltkrieg verloren die Mai-Ausflüge durch die neu gegründeten Lokalorganisationen an politischer Bedeutung. Statt dessen kam es in den Dörfern zu eigenen Maifeiern, die oft-

mals am Vorabend des 1. Mai oder am folgenden Sonntag abgehalten wurden, sodaß eine Teilnahme beim nächstgelegenen Umzug möglich war. Sozialdemokratische Hochburgen wie etwa Rankweil (erste Maifeier 1893) und Hard (1894), aber auch andere Orte wie Hohenems, Lustenau, Höchst und Götzis lieferten praktikable Beispiele, die nach dem Krieg auch für andere Dörfer mit ihren Sport- und Kulturvereinen nachvollziehbar waren.

"Den dörflichen Verhältnissen entsprechend" war eine oft und gern gebrauchte Beschreibung, die nicht nur die eigene Schwäche angesichts der Übermacht des politischen Gegners kennzeichnet, sondern eindrucksvoll jenen engen menschlichen Spielraum veranschaulicht, der von den herrschenden politischen und sozialen Beziehungen geprägt war:

"Obr hier in Lustenau wor des jo verdammt schwierig, der eine ist mit dem verwandt, der andere ist mit dem verschwägert, der andere ist dort Göte, der andere ist Nachbar, der andere ist des, ma will sich gegenseitig nit weh tun, des ist des Schwierige, die hobn nit dieses Klassenbewußtsein, des mior vo Innerösterreich gwohnt sind, do hot si niemand gschämt, do hot niemand Rücksicht genommen" (58).

Das Festprogramm in den Dörfern ähnelte dem in den Städten. Der Rede folgte ein kulturell-unterhaltsamer Teil, der durch die örtlichen Arbeitervereine gestaltet wurde. Zahlreiche



1. Mai 1932: Zug der Nüziderser Sozialdemokraten nach Bludenz

Schwierigkeiten hingegen verursachten die Musikvereine, wie etwa der Sattainser, der 1924 mit 20 gegen 4 Stimmen ein Mitwirken beim Festzug in Feldkirch ablehnte (59).

In immer mehr Gemeinden wurde der 1. Mai gefeiert - in Vandans, Partenen, Frastanz, Nüziders; oder etwa in Schlins 1930: "Langsam und stetig wachsend, faßt der Gedanke des Sozialismus auch in den kleineren Orten des Landes Fuß, dies zeigte die erste Maifeier in unserem Ort" (60).

Es war der Vorarlberger Sozialdemokratie in den zwanziger Jahren gelungen, in mehreren Orten an Einfluß zu gewinnen; sie "verdörferte" und erzielte recht bedeutende Erfolge, die Mut machten: "Ist der Boden in Bürs auch steinig, unsere Bewegung wächst jede Wahl, aber auch jeder 1. Mai beweist es aufs neue. Es sind brave Genossen am Werk, trotz des mageren Bodens, die sozialdemokratische Sache zur Reife zu bringen. 'Nit lugg lo!' Bürs kann und muß eine rote Hochburg werden" (61).

Mit einem aber konnten die Genossen nicht zufrieden sein: mit der Beteiligung der Frauen.

Die "sauberen Genossinnen"

Zwar bemühte sich die Vorarlberger Sozialdemokratie frühzeitig, wie etwa bei der Dornbirner Maifeier 1893, um die "Stellung der Frau zur Arbeiterbewegung", wohl wissend, daß sie "wegen ihrer geringen Bildung sehr oft ein Hindernis für die sozialdemokratische Bewegung seien" (62). Aber es lag dem kein emanzipatorisches Bewußtsein zu Grunde. Viel eher sah man das Familienleben durch die Industrialisierung zerstört und Geschlechter- und Rollenmuster aufgelöst (63) - eine Sichtweise, die der Problematik des immer stärker bedrängten Handwerkermilieus entsprach.

Es gab mehrere Gründe für die Arbeiterbewegung, sich ihrer "Genossinnen" anzunehmen und sie verstärkt zumindest in den Festverlauf einzubeziehen. Einerseits konnte durch mehr Frauen der Umzug gestreckt und die Teilnehmerzahl erhöht werden. Andererseits litten die Maifeiern, weil manche Männer "des Familienfriedens willen sich immer noch Reserve auferlegten" (64) und zu Hause blieben. Als etwa 1902 neben gezählten 162 Männern "4 Weibsbilder" (65) bei einem Umzug mitgingen, war die Reaktion des "Volksblattes" auf diese ersten öffentlichen politischen Gehversuche der Frauen ungemein scharf und beleidigend. Besonders über unverheiratete Mädchen wurde wie über Prostituierte gerichtet:

"Aber auch das Heitere durfte nicht fehlen. Das besorgte die holde Weiblichkeit. Es war nämlich ein Genuß den Abschaum der ganzen Umgebung vorbeiziehen zu sehen, denn anständige noch auf Würde achtende Frauen waren sehr wenig dabei. Was die Frauen von Feldkirch anbelangt, sei zu ihrer Ehre gesagt, daß sich sehr wenige beteiligten" (66).

So blieb es vor dem Ersten Weltkrieg oftmals nur ein Wunsch, auch die Frauen und Töchter - "so weit es geht" - zu den Versammlungen mitzunehmen (67). Erst die Kriegszeit und die Abwesenheit der Männer bewirkten, daß 1917 hauptsächlich Frauen an der Maifeier teilnahmen. Und vor allem die Einführung des allgemeinen Wahlrechts im November 1918 erforderte eine verstärkte Werbung um die Frauen. Das rückte ein altes, unbewältigtes Problem der Vorarlberger Sozialdemokratie in den Vordergrund. Denn während der Mann Sozialist war, verblieben Frauen und Kinder in einer religiösen, konservativen Umgebung:

"Die vielen noch außerhalb der Bewegung stehenden Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen zu gewinnen, ist eine höchst wichtige und dringende Aufgabe, die im Interesse der Arbeiterklasse unseres Landes ehestens gelöst werden muß. Wollen wir die klerikale Diktatur in Vorarlberg beseitigen, wollen wir die bürgerlich-kapitalistisch-großbäuerliche Herrschaft werfen, dann müßen wir die Frauen unserer Klasse in die Bewegung eingliedern! An überzeug-



"Frauen kämpft mit uns": 1.-Mai-Demonstration in Bludenz 1928

ten Männern fehlt es uns nicht, wohl aber an überzeugten Frauen. Arbeiten wir rastlos und mit größter Hingabe für ihre Aufklärung" (68).

Eine eigenständige kulturelle Vergesellschaftung war hierzu vonnöten, wofür sich Maifeiern schon wegen ihres Festcharakters besonders eigneten. Frauen wurden nun voll in den Festverlauf eingebunden. Die Frauengruppe beim Aufmarsch, der von zwei Reiterinnen und zwei "hübschen Ehrendamen" angeführt wurde, war ebenso typisch wie die weißgekleideten Genossinnen der Theatersektion, die Prologe sprachen, und die Turnerinnen und Mädchen, die Gedichte rezitierten. Freilich war das eher eine Ausschmückung des unterhaltsamen Festprogramms und keine aktive politische und gestalterische Teilhabe der Frauen. Aber immerhin boten solche Maifeiern eine der wenigen Gelegenheiten, die ganze Familie der "Arbeiterkultur" nahezubringen (69). Zumindest angesichts der beschriebenen katholisch-konservativen Reaktionen war das sicherlich schon ein kleiner Fortschritt.

1919-1925:

"SIE WITTERN MORGENLUFT"

schrrieb die "Wacht" zur Maifeier 1925 über das bürgerliche Lager. Die Vorarlberger Sozialdemokratie, die nach dem Ersten Weltkrieg von einem gewissen revolutionären Elan beflügelt gewesen war, wurde zunehmend vor allem von der Christlichsozialen Partei in die Defensive gedrängt. Die Maifeiern spiegelten diese politische Entwicklung in vielerlei Hinsicht wider. Zum einen drückte sie sich in der Beteiligung der Feiernden aus, andererseits in der Themenstellung der Referate und den Forderungen auf den Standarten, die hauptsächlich auf eine Erhaltung und Sicherung der erkämpften Rechte zielten. Nicht zuletzt war die "Reaktion" in den sich häufenden Einschränkungen der Maifeier durch die Behörden verspürbar. Dennoch: Obwohl die Vorarlberger Sozialdemokratie schon früh einen "schweren Abwehrkampf" zu führen gezwungen war, propagierte man gerade am 1. Mai immer den letztlich eintretenden Erfolg - denn "gegen die natürliche Entwicklung kämpfen sie ... vergebens; der Sozialdemokratie, uns gehört die Zukunft" (70).

Durch einen im Verfassungsausschuß in Wien angenommenen Beschluß war neben dem Tag der Gründung der Republik auch der 1. Mai ein gesetzlich festgelegter Feiertag. Er erfuhr bald eine

beträchtliche Ausweitung der Veranstaltungen und des Festprogrammes und bot ein vielfältiges, beinahe trügerisches Bild. Nun marschierten bei den Umzügen in jeweils eigenen Gruppen die Kinderfreunde mit der Standarte "Wir sind jung und das ist schön", der Verein jugendlicher Arbeiter mit Fahne und mehreren Standarten, die Frauenorganisation, die Arbeiter-Fußballer und die Gemeinderatsfraktion mit - jene erste Verkörperung sozialdemokratischen Wahlerfolgs und Mitbestimmungswillens im Land.

Die Integrationskraft des 1. Mai war groß. Die Sozialdemokratie zeigte alles und band alle ein. Dazu kamen neue, der geänderten Lage angepaßte politisch-kulturelle Formen der Festgestaltung. 1923 etwa führten die Bludener Arbeiter-Turner erstmals einen Maistaffettenlauf durch, um "den Wert der körperlichen Stählung nicht zu verkennen" (71). Dies entsprach aber schon einer Abwehrhaltung der Arbeiterbewegung - wie jener Wortradikalismus, der bei Maifeiern oftmals revolutionärer klang, als es die politischen Tagesanforderungen einer reformistischen Praxis tunlich erscheinen ließen. 1925 führten Bregenzer Jugendliche ein weiteres Ausdrucksmittel proletarischer Kampfkultur ein: den Sprechchor, bei dem das kollektive Sprechen im Vordergrund steht und die Musik nur Hilfsmittel ist.

Gleichzeitig kann nun das Mobilisierungsvermögen der Vorarlberger Sozialdemokratie abgeschätzt werden, das im Verhältnis zur Zahl der Parteimitglieder recht hoch war. So beteiligten sich etwa 1920 in Feldkirch 1.000 (72) und in Bregenz 1923 beim nachmittägigen Umzug 1.600 bis 1.800 Personen (73).

Wie kein anderer Arbeiterfesttag war der 1. Mai von Anfang an international angelegt - als Tag, an dem sich "die Maidemonstration über alle Grenzen hinweg ihre Hände zu dem internationalen Kulturbunde des Proletariats" reichen. Ein derartiger Anspruch wurde von den Vorarlberger Genossen wörtlich genommen und mündete 1905 in die Gründung der "Bodensee-Internationale". Gute Kontakte bestanden etwa zwischen St. Margarethen und Höchst, wohin denn auch 1911 die Arbeiterunion Rheintal ihren Umzug leitete (74). 1910 fand erstmalig während der Bregenzer Maifeier ein Besuch der benachbarten Lindauer statt. Das begründete eine freundschaftliche Tradition, die besonders nach dem Ersten Weltkrieg zu zahlreichen gegenseitigen Besuchen führte (75). 1919 allerdings, als Vorarlberger Arbeiter am 1. Mai an einer Massenveranstaltung der Lindauer Räte teilnehmen wollten, gab es da noch Schwierigkeiten. Die Vorarlberger Landesregierung hatte sich geweigert, dem Verlangen der Sozialdemokraten nachzukommen und die nach Bayern bestehende Grenzsperrre aufzuheben. Darum

begab sich nach dem Umzug in Bregenz eine sieben Mann starke Abordnung zum Zollamt Unterhochsteg;

"Sofort erschienen unsere bayerischen Brüder dortselbst mit Fahnen und Führer und tauschten durch dreimalige Reden ihre Gefühle und Sympathien gegenseitig aus. Sie versprachen einander ehrenwörtlich, daß nach Aufhebung der schändlichsten aller Ausnahmeverordnungen, der Verhinderung eines Bruderfestes zwischen Klassengenossen Vorarlbergs und Bayerns, ein internationales Arbeiterfest der Arbeitsbrüder von Deutschösterreich, Vorarlberg und der Schweiz auf dem Platze stattfinde, wo früher der Regent Max unter der monarchistischen Regierung Übungen mit den Mordwerkzeugen zur Vernichtung der Menschheit stattfanden und Flugzeuge die Höhe der Kriegstechnik bewiesen. Mit einem Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie im Herzen trennten sich die wieder zurückkehrenden Kameraden" (76).

Es waren wohl hauptsächlich zwei Gruppen, nämlich Jugend und Heer, die die Vorarlberger Sozialdemokratie 1920 an einen "Entscheidungskampf gegen den Kapitalismus" glauben und die Maifeier zu jener so sehr gewünschten "Siegesfeier" werden ließen. Denn einerseits mußte so mancher Bürgerliche erkennen, "daß die Zukunft jenen gehört, in deren Reihen die Jungmannschaft der Heimkehrer steht" (77), und andererseits sympathisierten viele Heeresangehörige mit der Sozialdemokratie.

Anhand der Bregenzer Maifeiern kann aber recht deutlich gezeigt werden, wie die Sozialdemokratie Schritt für Schritt bzw. Jahr für Jahr an politischem Einfluß verlor. 1921 noch trug ein Reichswehrhauptmann, dem weitere Angehörige der Reichswehr folgten, eine rote Fahne (78). Wie beeindruckend und ermutigend es für die lokale Arbeiterbewegung gewesen sein muß, das ehemals und bald wieder gegen sie operierende Heer auf ihrer Seite zu wissen, zeigt das Mitwirken der Musikkapelle des Alpenjägerbataillons bei der Harder Maifeier ein Jahr später: "Noch vor wenigen Jahren hätte es sich niemand träumen lassen, daß einmal Soldaten bei einer Maifeier der sozialdemokratischen Arbeiterschaft mitwirken werden" (79). 1923 wurde die Militärmusikkapelle durch das Einsperren der Musikinstrumente im letzten Augenblick behindert (80), und 1924 war ein eigenständiges Auftreten der Militärmusik schon gar nicht mehr möglich - sie verstärkten nurmehr die Eisenbahnermusik (81). So konnte Landeshauptmann Ender 1925 beruhigt feststellen: "Die Wehrmacht hat den Weg zum Volk wieder gefunden" (82).

Die an sich schwache Vorarlberger Sozialdemokratie mußte zusehen, wie einer ihrer kurzfristigen Erfolge zunichte gemacht

wurde. Zudem wurde den Eisenbahnern 1922 verboten, nach Lindau fahrende Züge zu schmücken. Nicht anfechten jedoch ließen sich die Bauarbeiter des Spullerseekraftwerks, die für eine zusätzliche Erweiterung der Maifeiergestaltung sorgten. Monteure waren am 1. Mai 1923 in Danöfen mit ihrer blauen Arbeitskleidung erschienen; Zimmerleute trugen ihr Arbeitswerkzeug (83) und Metallarbeiter ihre Hämmer beim Festumzug mit (84). Dies hängt sicherlich mit einem entsprechenden, dem früheren Handwerkerethos ähnlichen Berufsstolz zusammen: Sie waren gut bezahlt und hatten schon anderswo erfolgreiche politische Erfahrungen gesammelt. Eine weitere Interpretation ist möglich. Maifeiern waren "ein sozialistischer Augenblick", eine kurzfristige Vorwegnahme der künftigen Gesellschaftsordnung. So könnten die mitgetragenen Arbeitsgegenstände als eine symbolische Aneignung der Produktionsmittel hier und heute, zumindest während des Umzuges, verstanden werden. Und auch das Arbeitsgewand wurde interpretiert als das eigentliche Festgewand des Proletariers.

Immer selbstverständlicher war die Teilnahme von Kindern im Maigeschehen geworden. Bei der Feldkircher Maifeier 1923 etwa waren unter den 500 Feiernden 100 Kinder (85), die durch ihr Mitwirken und schöne Erinnerungen an die Arbeiterbewegung



Trotz Verbot: Kinder beim Mai-Umzug in Bludenz 1926

herangeführt werden sollten. Zusammengefaßt im Verein "Freie Schule-Kinderfreunde" bildeten sie im Umzug einen eigenen Block; in der Versammlung sprachen sie öfters Prologe und Gedichte. Umso mehr mußte es wie ein Schlag ins Gesicht wirken, als die Bezirkshauptmannschaften 1925 auf Grund eines Gesetzes von 1905 eine weitere Beteiligung von Kindern untersagten (86). Die Landesgewerkschaftskommission antwortete mit einer Gegenstrategie, indem sie zunehmend am 1. Mai "arbeitende" Unternehmer anzeigte. Außerdem wurden die Mitglieder aufgerufen, ihre Kinder verstärkt im Verein "Kinderfreunde" zu organisieren (87). Gleichzeitig hielt man im Dornbirner Arbeiterheim eine eigene Maifeier für Kinder ab (88), eine Idee, die in den folgenden Jahren vermehrt weitergeführt wurde. Und auch Landesrat Preiß kam bei der Bregener Maifeier 1925 auf das Verbot zu sprechen:

"Die beste Erwiderung auf dieses Dekret sei die, daß die Arbeiter ihre Kinder bei der Fronleichnamsprozession auch nicht mitgehen lassen sollen, denn auch diese Prozession sei keine religiöse, sondern eine rein parteipolitische Zeremonie. Es sei Pflicht, die Kinder schon jetzt in diesem Sinne aufzuklären, denn wer die Kinder habe, habe die Zukunft" (89).

Zur selben Zeit machte sich der stärker werdende Faschismus bemerkbar, und auch einige Hakenkreuzler zogen die Aufmerksamkeit auf sich. Noch aber konnte die sozialdemokratische Parteizeitung lakonisch kommentieren: "Narrenhände beschmutzen Tür und Wände" (90).

Den Arbeiter kulturfähig machen

Schon die bei den Maifeiern 1890 erhobene Forderung nach dem Achtstundentag war nicht einfach eine Forderung nach mehr Zeit, sondern ein Verlangen nach einem Mehr an Selbstverwirklichung, nach einem Mehr an Kultur- und Bildungsmöglichkeiten (91), die in einem "Jahrhundert des Fortschritts und der Cultur" (92) die Arbeiter von ihrer "geistigen Knechtschaft" befreien sollten. Von Anfang an illustrierte die Maifeier auch die "Kulturfähigkeit" und den "erwachten Stolz der Arbeiterschaft" (93), die nun das Erbe der bürgerlichen Kultur antreten wollte. Bei der Dornbirner Maifeier 1905 etwa gedachten die Teilnehmer des großen "Volkserziehers" Friedrich Schiller, "dem wir heute in gleicher Verehrung anhängen" (94).

Es gelang frühzeitig, politische Forderungen mit kulturellen Bedürfnissen zu verknüpfen und in einer kollektiven Festform zu

vermitteln, die der Maifeier einen eigenen proletarischen Charakter, eine eigene Tradition verliehen. "Es war eine Feier, wie sie eben nur Sozialdemokraten veranstalten können" (95). "Kultur" konnte so als Agitationsmittel eingesetzt werden, wobei die jeweilige Form häufig konventionell war, über die historische Vorlage aber inhaltlich hinausging (96). So lehnten sich etwa die aufgeführten Theaterstücke an das Vorbild des lustigen Volksstückes und des Schwanks an, zeigten aber inhaltlich deutlich proletarisch-agitatorische Akzente und boten kulturelle Antworten auf politisch-ökonomische Krisen, etwa das 1923 in Bregenz aufgeführte Theaterstück "Arbeitslos".

Je zahlreicher die Kultur- und Sportvereine, desto vielfältiger das Programm, das auf der künstlerischen Ebene den "proletarischen Geist" sichtbar machen und erzieherisch wirken wollte. Nicht immer war solches Bemühen erfolgreich: bei der Gesangssektion etwa, deren Vorträge manchmal zu wünschen übrig ließen (97), oder unter den Zuschauern, wo nicht jene Ruhe und Aufmerksamkeit herrschte, "welche solche Kunststücke verdienen. Der Sinn für Tonmusik muß bei vielen Arbeitern erst geweckt werden" (98). Damit unterschieden sich Maifeiern kaum von bürgerlichen Festlichkeiten, von deren Ansprüchen und Kulturmustern man sich gerade zu lösen versuchte.

Um "zu zeigen, was die Klasse der Arbeiterschaft zu leisten imstande ist", sei das Programm des Festabends der Bregenzer Maifeier 1930 unter Mitwirkung des Arbeiter-Streich-Orchesters, der Arbeiter-Gesangssektion, des Arbeiter-Turnvereins "Vorwärts" und der Arbeiter-Radfahrvereine Bregenz und Vorkloster wiedergegeben (99):

- 1.) Sozialisten-Marsch
- 2.) Tancred, Ouvertüre von G. Rossini
- 3.) Turnerische Vorführungen
- 4.) Künstlerleben, Walzer von J. Strauß
- 5.) Sonntaglied, gemischter Chor von J. Scheu
- 6.) Mein Lebenslauf, Walzer von J. Strauß
- Pause
- 7.) Castaldo-Marsch von R. Novacek
- 8.) Kunststreigen der Arbeiter-Radfahrer
- 9.) Wien bleibt Wien, Marsch von J. Schrammel
- 10.) Abendruh, Gemischter Chor von Mozart
- 11.) Lied der Arbeit, gemischter Chor von J. Scheu mit Orchesterbegleitung

Programmanfang, -mitte und -ende bildeten Lieder der Arbeiterbewegung, gedichtet, komponiert und gesungen von Sozialdemokra-

ten, ihr symbolisches Eigentum; dazwischen aber auch Musikstücke von Schrammel bis Mozart als Ausdruck bürgerlicher Kultur. Ihre Aufnahme ins Programm bringt die Vorstellung zum Ausdruck, die politisch bewußte Arbeiterschaft sei gleichermaßen Erbe, Vollender und Neuschöpfer dieser Kultur (100).

Zudem bot der unterhaltsame Teil der Maifeier eine Auftrittsmöglichkeit für Gruppen der Partei, die sonst nicht allzusehr gefördert wurden - Frauen etwa und vor allem Jugendliche. Die "Blauen-Blusen-Buben und Mädels" zeigten dementsprechend, "welch ungeahnte Kräfte auch bei einfachen Arbeiterkindern ruhen" (101). Ein ganzes sozialdemokratisches Arbeiterleben konnte in der Öffentlichkeit dargestellt werden.

Und die Bauern: Der Fall Jacob Moosbrugger

Der 1. Mai war der Arbeiter-Feiertag. Die erhobenen Forderungen wiesen vorrangig in eine industrialisierte Arbeitswelt und erreichten nur schwer jene halb-, klein- und unterbäuerlichen Schichten, deren Lebenswirklichkeit ganz anders war. Dagegen gelang es vor allem der Christlichsozialen Partei sehr gut, an die Erfahrungen dieser Schichten und damit auch jenes großen Teils der Arbeiter mit bäuerlichem Sozialhintergrund anzuknüpfen. Ganze Täler waren der Vorarlberger Sozialdemokratie verschlossen, wie etwa aus der Erinnerung eines Bregenzer Schuhmachers hervorgeht:

"Do hot ma Schwierigkeiten ghöbt bei de Wohlen, hot ma müssn, in allen Gemeinden müssat ma jo in Bregenzerwold a Person als Beobachter hobn, do hots kan einzigen gebn, hot sich keiner traut, weils jo wenna in Bregenzerwold Sozialdemokrat gwesn sind, hot si nit holten gekennt" (102).

Auch die bäuerliche Bevölkerung in den Industriegemeinden war eng an die Christlichsoziale Partei gebunden. Dementsprechend zaghaft waren die Versuche der Sozialdemokratie, neben den Arbeitern auch die Kleinbauern anzusprechen. Die Christlichsoziale Partei jedenfalls war gegenüber solchen Versuchen äußerst sensibel. Für einige Aufregung sorgte deshalb der Nüziderser Bauer Jacob Moosbrugger, als er sich mit seiner Familie am Bludenzner Maiumzug 1922 beteiligte (103). Die Antwort der sozialdemokratischen "Volkszeitung" (104) und von Moosbrugger selbst auf die persönlichen Angriffe des christlichsozialen "Volksblatts" veranschaulichen die sozialdemokratische Haltung, die fast apologetisch die Industrialisierung bejahte und sich damit im Glauben

an den unaufhaltsamen Aufstieg der Arbeiterklasse den Zugang zum ohnehin nicht "zukunftsträchtigen" Bauernstand versperrte (105):

Die Bauern müßten froh sein - so hieß es -, wenn sie ihre Töchter und Söhne in gewerblichen und industriellen Betrieben unterbringen könnten. Dort würden sie infolge der geschlossenen und strammen Organisation der Arbeiter weit mehr Schutz vor Ausbeutung als in der Landwirtschaft finden. "Sie haben alle Ursache, heute schon an der Seite der Arbeiterschaft gegen das Großkapital, in dessen Dienst unsere bürgerlichen Parteien stehen, zu kämpfen. Es ist auch ihre Sache, für das Programm des 1. Mai, für den Sozialismus, als einzigen Retter auch des Kleinbauerntums und gegen den Militarismus zu demonstrieren. Jeder Bauer, der gegen die Interessen der Arbeiterpartei handelt, handelt gegen die Interessen seiner eigenen Kinder" (106).

Der Vorarlberger Sozialdemokratie gelang es kaum, Bauern für sich zu gewinnen. Auch dem 1. Mai standen die Bauern ablehnend gegenüber, weil es die Arbeiterbewegung nicht verstand, mit ihren Forderungen auf die spezifischen bäuerlichen Verhältnisse einzugehen.

1926-1933:

DEM ENDE ENTGEGEN

Es waren sichtbare Niederlagen und viele enttäuschte Hoffnungen, die die Vorarlberger Sozialdemokratie geprägt hatten und die Beteiligung bei den Maifeiern der späten zwanziger Jahre deutlich verringerten. So gab der seinerzeitige Landtagsabgeordnete und Soldatenrat Josef Peter bei der Bregenzer Maifeier 1926 "seiner Verwunderung und Mißbilligung über die geringe Anzahl der zur Versammlung Erschienenen" Ausdruck. An den Umzügen in Bregenz nahmen damals nurmehr 400, in Feldkirch 500 Personen teil (107). In den folgenden Jahren wurden es eher noch weniger. Zudem machte die hohe Arbeitslosigkeit der Partei zu schaffen. Aber sie versuchte zumindest, die Arbeitslosen in das Festgeschehen einzubeziehen. Sie erhielten gegen Vorweis der Arbeitslosenkarte bei der vormittägigen Volksversammlung mit dem Ankauf einer roten Nelke bei sämtlichen Veranstaltungen freien Eintritt (108).

Das alles war keine günstige Situation für die Sozialdemokratie, die dennoch auf die sich häufenden Verbote und Attacken offensiv zu reagieren versuchte.

1926 fiel der 1. Mai auf einen Samstag und ergab mit dem folgenden Sonntag zwei Feiertage. Landeshauptmann Ender gestattete nun den Fleischhauereien, Bäckereien und den Frisuren, am 1. Mai offenzuhalten, während die Sozialdemokraten forderten, statt dessen die Feiertagsruhe am Sonntag einige Stunden zu durchbrechen (109). In diesem Konflikt konterte das "Volksblatt" mit Argumenten, die nichts mit der Sache selbst, wohl aber mit Antisemitismus zu tun hatten:

"In Wien sprachen mehrere sozialdemokratische Abgeordnete unter Führung des bekannten Juden Dr. Bauer beim Ministerium für soziale Verwaltung vor. Sie schienen dem Ministerium die Meinung beigebracht zu haben, daß in Vorarlberg eine große Aufregung ausgebrochen sei. Das Ministerium liebt natürlich Ruhe und Ordnung und wandte sich dabei mit der Bitte an den Landeshauptmann zu erwägen, ob man nicht am Sonntag statt am Samstag die Läden offen halten könnte. Dieser Anregung konnte natürlich der Landeshauptmann keine Folge leisten, weil er wohl weiß, daß man in Vorarlberg den Sonntag heiliger hält als den Sabbat" (110).

Die SDAP antwortete mit zahlreichen Anzeigen gegen Geschäfte und Betriebe, in denen an jenem 1. Mai gearbeitet wurde. Und wie die Arbeiter aufgerufen wurden, nur in Gasthäusern zu verkehren, welche die sozialdemokratischen Blätter bezogen, so sollte nun nur noch bei jenen Geschäftsleuten eingekauft werden, die dem "sozialen Empfinden der Arbeiter und Angestellten" gerecht würden und geschlossen hielten. Aber auch jene Gehilfen, die sich am 1. Mai zu einer solchen "Arbeitsschändung" hergäben, sollten von ihren Kollegen "dementsprechend" behandelt werden (111).

Gleichzeitig rückte beim Dornbirner Umzug erstmalig auch eine bereits eingekleidete Abteilung des Republikanischen Schutzbundes aus (112). Ein derartiges Ausrücken mußte den Maifeiernden erklärt werden, zumal eine weitere Rekrutierung wie etwa in Bludenz notwendig war:

"Wir sind stolz darauf und danken den Genossen, die sich offen und frei vorangestellt haben. Niemand darf sich deswegen beunruhigt fühlen. Wir sind dieselben, die wir waren und werden es auch fürderhin bleiben. Mit des Geistes Waffen wollen wir unser Recht suchen, wie wir das bisher getan haben. Nicht für Krieg, Mord und Plünderung ist unsere Organisation geschaffen, sondern für Frieden, Freiheit und Republik" (113).

Der Republikanische Schutzbund versah in Zukunft Ordnerdienste bei den Umzügen oder hielt am Morgen des 1. Mai Appell, bei dem

die neu eingetretenen Schutzbündler feierlich bekundeten, im Notfall Kampfbereitschaft zu zeigen (114).

Die Maifeiergestaltung paßte sich technischen Neuerungen an. Nunmehr - ab 1926 - führten Autos oder Fahrer der Motorrad-Sektion, die Radfahrer von der Spitze verdrängend, den Festumzug an (115). Der Arbeiter-Radiobund gestaltete mit einem sorgfältig gewählten Schallplattenkonzert in Dornbirn die Festversammlung, und die Teilnehmer der Feldkircher Maifeier 1930 sahen Filmvorführungen über das Arbeiter-Turn- und Sportfest 1926 und über die Kinderrepublik Ortmann (116).

Für die Kinder wurden am 1. Mai vormittags eigene Maifeiern abgehalten. Neben einem musikalischen Teil, selbstgesungenen Liedern und der Kasperltheateraufführung "Struppi und der rote Kasperl am 1. Mai" (117) ließ es sich auch der Genosse Valentini in Bregenz nicht nehmen, "in herzlicher Weise zu den Kindern und Erwachsenen über die Bedeutung der Maifeier für die Jugend" zu sprechen. Während des Umzuges standen die Kinderfreunde-Zöglinge mit ihrer Fahne Spalier und riefen dem vorbeiziehenden Demonstrationsumzug ihr "Freundschaft" zu. Die Genossen erwiderten mit Fahenschwenken und Freundschaftsrufen (118). In Bludenz erhielten die Kinder daraufhin als "Maigabe" einen großen Spielball sowie Himbeerwasser und Keksportionen (119). Es war ein Wunsch sozialistischer Kultur- und Erziehungstheoretiker, dem 1. Mai als "Geschenktag" jenen emotionellen Stellenwert zu geben, der sonst dem Weihnachtstag zukam.

1930 - das bedeutete 40 Jahre 1. Mai, allerdings mit weiteren Rückschlägen. Die Bundesbahngeneraldirektion verbot den Eisenbahnern, ihre Verkehrsmittel zu schmücken, da sich schon 1928 die Handelskammer beschwert hatte (120). Gerade aber das Verzieren der Lokomotiven mit Reisig, Fahnen und Tafeln war eine lang gehegte Tradition. Das Verbot bedeutete daher eine weitere reale, aber auch symbolische Niederlage der Sozialdemokratie. Zusätzlich kündigten sich unheilvolle Boten einer bitteren Zukunft an: Uniformierte Nationalsozialisten begannen 1932 mit ihren Provokationen - den Anpöbelungen und Störversuchen stellte die Sozialdemokratie "die eiserne Disziplin der organisierten Arbeiterschaft" entgegen und drohte für die Zukunft: "Die Dornbirner Arbeiterschaft wird beim nächsten Umzuge Sorge tragen, daß solche Gemeinheiten sich nicht wiederholen" (121).

Ein Fackelzug der Sozialistischen Arbeiterjugend durch einige Straßen von Bregenz leitete am Vorabend die Maifeier 1932 ein. Diese Feier war von der Sorge um den Arbeitsplatz und der Angst vor Spitzeln gezeichnet (122). Mannschaften aus Lindenber,



Ab 1930 verboten: Lokomotive im 1.-Mai-Schmuck (Bahnhof Bludenz 1925)

Wangen und Bregenz spielten bei einem Wettturnier der Arbeiter-Fußballer mit, um "gegen Faschismus und für Arbeit und Brot" zu demonstrieren (123). In Dornbirn fand zeitig in der Früh ein Rennen der Arbeiter-Radfahrvereine statt.

Dem sozialdemokratischen Umzug in Bregenz folgten in einem Abstand von mehreren hundert Metern 170 Kommunisten mit Sowjetfahnen (124), die sich am Eingang der Seeanlagen versammelten, wo die Genossen Nansen und Bertel in ihrem Referat "die revolutionären Grüße der russischen Arbeiter und Bauern" überbrachten. Danach marschierten die Kommunisten zum Lochauer Gasthaus "Bäumle" und wurden dort von etwa 10 bis 15 weiteren Genossen erwartet. Vor dem abendlichen Tanz berichtete Nansen über seine Reisen nach Amerika (125). Schon bei der Maifeier 1923 waren 60 Kommunisten beim Festumzug bis in die Rathausstraße mitgegangen, verließen dann aber den Zug in Richtung Vorkloster (126). Hingegen mußte 1926 eine von der Ortsgruppe der KPÖ geplante Demonstration kundgegeben abgesagt werden, weil der Wiener Referent erkrankt war (127). Ganz im "Zeichen der Einheitsfront" (128) mit der Sozialdemokratie sollte zumindest nach kommunistischer Absicht der 1. Mai 1933 stehen. Ein Bludenzener Arbeiter

nahm in einer 25köpfigen österreichischen Delegation an den Maifeiern in Moskau teil (129).

Ähnlich den Kommunisten (130) wurde auch Vorarlbergs Sozialdemokratie am 1. Mai 1933 durch Hausdurchsuchungen und Verhaftungen eingeschüchtert. Die Bezirkshauptmannschaften hatten auf Grund des § 6 des Versammlungsgesetzes (Gefährdung der öffentlichen Sicherheit) alle Maifeiern verboten, die einen "rein demonstrativen Charakter haben" (131), was einem Versammlungs- und Aufmarschverbot gleichkam. Die Genossen reagierten sichtlich verhalten und merklich geschlagen, aber die Maifeiern hätten gezeigt, "daß man sich auch in Vorarlberg den Verhältnissen anzupassen versteht und trotz alledem den 1. Mai würdig zu begehen weiß" (132):

So "ging man eben spazieren. Freilich, das Spaziergehen wurde recht ausgiebig besorgt; durch nahezu zwei Stunden standen die Hauptstraßen der Landeshauptstadt unter dem Eindruck dieses Massenspazierganges, immer wieder hörte man vielstimmige Freiheitsrufe, immer wieder erklangen in den Straßen begeisterte Kampflieder. Wiederholte Versuche der Gendarmerie, die übrigens taktvoll ihren nicht leichten Dienst versah, durch plötzliche Ab-



1. Mai 1933 - Aufmarsch- und Versammlungsverbot: Bregenzer Sozialdemokraten, unter Gendarmerie-Bewachung, bei ihrer "Spaziergänger-Demonstration" in der Bahnhofstraße

riegelung die Massen zu teilen, hatten wenig Erfolg, die Gruppen der Spaziergänger trafen immer wieder zusammen und dieses Zusammentreffen gab nur immer wieder zu neuen Freiheitsrufen Anlaß" (133).

Der alte Genosse Coloman Markart, der schon um die Jahrhundertwende sozialdemokratischer Funktionär gewesen war, wurde in Bludenz als Zeuge dafür zitiert, "daß politischer Druck wohl zeitweilig Hemmung, nicht aber Niedergang, sondern gestählten Aufstieg der Arbeiterklasse bedeutet" (134). Das freilich - so stellte sich bald heraus - war ein Zeugnis vergangener Zeiten.

DIE CHRISTLICH-SOZIALE ANTWORT: DIE RANKWEILER LANDESWALLFAHRT

Die Einführung des 1. Mai als Staatsfeiertag verursachte der Christlichsozialen Partei einige Schwierigkeiten. Einerseits forderte sie schon bald entschlossen die Abschaffung dieses "sinnlosen Feiertags" - wohl im Einklang mit einem Großteil der Bevölkerung, der sichtlich nur wenig Anteil und Festfreude zeigte. Andererseits erkannte man rasch, daß man damit auch auf die eigenen Anhänger unter den Arbeitern einwirken konnte. Entsprechend war die Christlichsoziale Partei und insbesondere ihr Arbeiterflügel bemüht, Alternativen - "eine viel idealere Maifeier" - zu finden. Ein erstes "Muster und Vorbild" wurde 1921 in der Gemeinde Altach präsentiert, aber nicht in einem "Sozi-Tempel ... , sondern in der Pfarrkirche; nicht während des Nachmittagsgottesdienstes um 2 Uhr, sondern abends 8 Uhr. Nicht 'Vorwärts zum Sozialismus' steht auf unseren Festabzeichen, sondern im wunderbaren Lichterglanz strahlt der Name 'Maria'. Nicht ein Mann ist auf dem Festzeichen, sondern im wohlriechenden Blumenduft, umgeben von einer großen Menge sternbildenden elektrischen Lichtern strahlt die Marienkönigin erhaben und majestätisch von der Höhe des Hochaltars" (135).

Nach diesem Versuch gab es weitere Bestrebungen, eine zentrale politisch-kirchliche Gegenveranstaltung zum "roten" 1. Mai zu finden. Dabei konnte man auf eine Strategie zurückgreifen, die sich schon im Kampf gegen den Liberalismus bewährt hatte: 1890 etwa hatte das "Volksblatt" das katholische Volk aufgefordert, "jetzt im lieblichen Mai vor den Landtagswahlen zur Maria (zu) flehen, um Hilfe gegen diesen Feind der Christenheit" (136). Es war dies die politische Neuinterpretation eines überlieferten reli-

giösen Kult- und Symbolsystems im Interesse der Christlichsozialen Partei (137).

1929 verlegte der Rankweiler Pfarrer Strasser das Kapellenweihfest vom 25. März auf den 1. Mai (138). Das besondere Anliegen dieses Tages (139) wurde mit der Abhaltung der Lichterprozession 1930 deutlich: einen "Damm" zu bilden gegen die "rote Flut" (140).

Rankweil als bedeutendste Marienwallfahrtsstätte des Landes mit der Kirche auf dem Liebfrauenberg, dem "Bollwerk Mariens", "der Mutter Christi, der unbezwingbaren Gralsburg des Katholizismus" (141), bot sich für eine solche politische Demonstration schon deshalb an, da der 1. Mai nach kirchlichem Jahreszyklus auch der Beginn des Marienmonates ist. Wenn Vorarlberg - so schrieb Dr. Andreas Ulmer 1930 - den Ruf eines gut katholischen, schwarzen Ländchens genieße, "so verdankt es dieses Glück gewiß nicht zum mindesten seinem Marienheiligum in der Landesmitte. Die Gnadenquelle auf dem heiligen Berg von Rankweil ist auch heute noch nicht versiegt und noch steht ungebrochen das marianische Bollwerk auf seiner ragenden Höhe als ein Symbol und Unterpfand des Segens der Himmelsmutter, mochten auch feindlich gesinnte Mächte noch so sehr sich bemüht haben, es zu Fall zu bringen" (142).

Der Ablauf der christlichen 1.-Mai-Feier erscheint dabei der sozialdemokratischen zumindest äußerlich recht ähnlich. Die Lichterprozession am Abend des 30. April glich den Fackelumzügen der Sozialistischen Arbeiterjugend, die Festpredigt des Priesters war das Gegenstück zum Referat des führenden Genossen, mehrere Musikkapellen verschönerten hie wie da den Zug, und auch der "Fahnenwald der Vereine" wogte wie gehabt. Allein der "nicht endenwollende Zug der Frauen" stand in recht deutlichem Gegensatz zur oftmals beklagten schwachen Beteiligung der sozialdemokratischen Frauen. Doch das Ziel wies in eine ganz andere Richtung:

"Nun aber haben die Rankweiler noch einen neuen, schönen Wallfahrtstag, dessen erste Anregung von einer Seite stammt, die dies sicher zum wenigsten beabsichtigt hatte. In der Nachkriegszeit entstand der Drang, Altbestehendes zu ändern, zu bessern, und möglichst umzukehren. Die kirchlichen Feiertage waren auch manchmal ein Stein des Anstoßes. Da man ihnen aber nicht beikommen konnte, schuf man daneben einfach neue. Dazu war auch der erste Mai bestimmt und nur zu bald war er dazu verurteilt, ein knallroter Feiertag zu sein. Das Volk, besonders das Landvolk wußte damit aber herzlich wenig anzufangen, es ließ Feier-

tag Feiertag sein und ging seiner Arbeit nach. So war es manches Jahr" (143).

Schon die sozialdemokratische Festliteratur hatte den 1. Mai naturmythologisch als Tag des Erwachens der Natur und gleichzeitig der Völker geadelt. "Das letzte" - bemerkte das "Volksblatt" 1931 zur Maifeier der christlichen Arbeiterschaft - "lehnen wir ohne weiteres ab. Aber immerhin, der 1. Mai ist ein Sinnbild neuen Lebens und Strebens. Und es fällt keineswegs schwer, ihm auch einen christlichen Sinn zu unterlegen".

Die Feier 1931 stand im Zeichen der 40jährigen Wiederkehr der Papstzyklika "Rerum Novarum" von Leo XIII. "Äußerst zahlreich" waren die christlichen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine und die christlichen Gewerkschaften des Landes der Einladung des Rankweiler Pfarramtes und des Dornbirner Sekretariates gefolgt. Sie formten in der Bahnhofstraße zur Gnadenkirche einen "gewaltigen Festzug, bunt belebt durch zahlreiche Vereinsfahnen und in strammem Schritt, gehalten durch die Märsche der Arbeitermusikkapellen von Dornbirn und Frastanz". Der Ansprache des Frühmessers Dr. Bohle folgte eine Segensandacht; danach sprach auf dem Kirchplatz der christlichsoziale Arbeiterkammerrat Leuprecht "vom Anlaß des Tages, von der Not und den Kämpfen der Arbeiter, von den Grundsätzen der christlichen Arbeiterschaft, vom Arbeiterpapst Leo und gab seiner Freude Ausdruck, daß der Hochwürdige Landesbischof es sich nicht nehmen ließ, hier bei dieser Gelegenheit zur Arbeiterschaft zu sprechen". Nach der Rede von Bischof Waitz war Zusammenkunft im "Löwen", wo die Arbeitermusikkapellen für gehobene Stimmung sorgten und der Feier den Charakter einer "gewaltigen Katholikenkundgebung" verliehen (144).

Es war sicherlich kein Zufall, daß auch die Jahreshauptversammlung des christlichsozialen Volksvereins am 1. Mai 1933 in Rankweil stattfand. Landeshauptmann Dr. Ender referierte dort unter Punkt 7 zum Thema "Kampf oder Kapitulation":

"Menschliche Einrichtungen überleben sich. So scheint der Parlamentarismus in seiner heutigen Form ausgelebt zu haben" (145).

"Jeetzt würds heall, jeetzt würds liacht", hörte man bei einem Maifeier-Umzug in Bludenz Anfang der zwanziger Jahre (146). Es waren nicht allzu viele Männer und Frauen, die angesichts hef-

tigster Anfeindungen auf dieses "Licht des Sozialismus" hofften. Dennoch: Gerade die Maifeiern waren Ausdruck und Antriebskraft einer eigenen Arbeiterkultur - und Spiegel der großen sozialen Konflikte, die von 1890 bis 1933 auch Vorarlberg prägten.

ANMERKUNGEN

- 1) VV, 2.5.1894.
- 2) VL, 2.4.1890.
- 3) VV, 22.4.1890.
- 4) Bote für Tirol und Vorarlberg, 6.5.1890.
- 5) Feldkircher Zeitung, 26.4.1890.
- 6) Arbeiterwille, 1.5.1891.
- 7) Bericht der k.k. Gewerbeinspektoren über ihre Amtstätigkeit, 1896, Wien 1897, S. 146.
- 8) Bregenzer Tagblatt, 2.5.1890.
- 9) VL, 3.5.1890.
- 10) VL, 30.4.1890.
- 11) VW, 12.5.1923, und Moosbrugger, Pius: Was die Bludenzener Chronik über die erste Maifeier vor 80 Jahren zu berichten weiß. In: Anzeiger für die Bezirke Bludenz und Montafon, 23.5.1970.
- 12) Langewiesche, Dieter: Arbeiterkultur in Österreich: Aspekte, Tendenzen und Thesen. In: Ritter, G.A. (Hg.): Arbeiterkultur. Königstein 1979, S. 40-57, hier S. 40-42.
- 13) VV, 30.4.1893.
- 14) VV, 2.5.1894.
- 15) AZ, 3.5.1895.
- 16) VV, 1.5.1895.
- 17) VL, 1.5.1895.
- 18) Bregenzer Tagblatt, 2.5.1895.
- 19) AZ, 3.5.1895.
- 20) VZ, 8.5.1895.
- 21) Weidenholzer, Josef: Auf dem Weg zum "Neuen Menschen". Wien 1981.
- 22) VZ, 12.5.1894.
- 23) Korff, Gottfried: Volkskultur und Arbeiterkultur. Überlegungen am Beispiel der sozialistischen Maifesttradition. In: Geschichte und Gesellschaft V (1979), S. 83-102, hier S. 94.
- 24) Weiß, Richard: Sozialistische Maifeier und Volksbrauch. In: Monatszeitschrift "Du" 3, 1943, S. 56; Tenfelde, Klaus: Adventus. Zur historischen Ikonologie des Festzuges. In: Historische Zeitschrift, Bd. 235, S. 45-84.
- 25) VZ, 13.5.1893.
- 26) Zit. n. Fricke, Dieter: Kleine Geschichte des Ersten Mai. Die Maifeier in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, Berlin (Ost) 1980, S. 25.
- 27) Arbeiterwille, 6.5.1891.
- 28) VV, 5.5.1896.
- 29) VZ, 22.5.1896.

- 30) VZ, 18.5.1900.
- 31) VZ, 26.5.1899.
- 32) Ebenda.
- 33) VV, 3.5.1903.
- 34) VV, 2.5.1890.
- 35) Tenfelde (Anm. 24), S. 76.
- 36) Blessing, Werner K.: Der monarchische Kult, politische Loyalität und Arbeiterbewegung im deutschen Kaiserreich. In: Ritter, G.A. (Hg.): Arbeiterkultur. Königstein 1979, S. 185-208, hier S. 195-198.
- 37) Korff (Anm. 23), S. 96.
- 38) VW, 4.5.1929.
- 39) Cazzola, Roberto: Die proletarischen Feste zwischen revolutionärer Propädeutik und ästhetischem Ritualismus. In: Wiener Tagebuch Nr. 4, April 1981, S. 16-20.
- 40) VW, 3.5.1933.
- 41) VW, 6.5.1933.
- 42) VZ, 30.4.1903.
- 43) VZ, 11.5.1899.
- 44) VZ, 10.5.1901.
- 45) VZ, 27.4.1907.
- 46) VW, 8.5.1913.
- 47) VW, 8.5.1913.
- 48) VZ, 5.5.1908.
- 49) VW, 27.4.1916.
- 50) VW, 5.5.1920.
- 51) VW, 10.5.1928.
- 52) VW, 3.5.1919.
- 53) VZ, 5.5.1905.
- 54) VW, 5.5.1920.
- 55) VZ, 13.5.1893.
- 56) VZ, 3.5.1909.
- 57) VZ, 7.5.1897.
- 58) Interview Alois Hammer (Lustenau), 12.1.1982.
- 59) VW, 10.5.1924.
- 60) VW, 6.5.1930.
- 61) VW, 10.5.1924.
- 62) VV, 1.5.1894.
- 63) VZ, 25.4.1895.
- 64) VZ, 13.5.1904.
- 65) VV, 3.5.1902.
- 66) Vorarlberger Arbeiterblatt, 14.5.1921.
- 67) VW, 24.4.1913.
- 68) VZ, 3.5.1922.
- 69) Korff (Anm. 23), S. 96.
- 70) VW, 12.5.1923.
- 71) VW, 9.5.1925.
- 72) VLReg. Prs. 441/1920 (BH Feldkirch).
- 73) VLReg. Prs. 305/1923 (BH Bregenz).
- 74) VW, 4.5.1911 und 9.5.1912.
- 75) VW, 28.4.1910.

- 76) VW, 6.5.1919.
- 77) VW, 5.5.1920, und VLReg. Prs. 305/1923.
- 78) VL, Nr. 59/1921.
- 79) VZ, 21.4.1922.
- 80) VW, 5.5.1923.
- 81) VW, 7.5.1924.
- 82) VLReg. Prs. 286/1925 (BH Bregenz).
- 83) VW, 5.5.1923.
- 84) VW, 7.5.1924.
- 85) VLReg. Prs. 305/1923 (BH Feldkirch).
- 86) VW, 2.5.1925.
- 87) Ebenda.
- 88) VW, 30.4.1925.
- 89) VLReg. Prs. 286/1925 (BH Bregenz).
- 90) VW, 7.5.1924 und 30.4.1925.
- 91) Korff (Anm. 23), S. 97.
- 92) Arbeiterwille, 18.5.1892.
- 93) VZ, 25.4.1895.
- 94) VZ, 5.5.1905.
- 95) VW, 4.5.1910.
- 96) Korff (Anm. 23), S. 95.
- 97) VZ, 13.5.1904.
- 98) VW, 5.5.1920.
- 99) VW, 1.5.1930.
- 100) Langewiesche (Anm. 12), S. 42.
- 101) VW, 5.5.1931.
- 102) Interview Peter Veranic (Bregenz), 8.1.1982.
- 103) VV, 4.5.1922.
- 104) VZ, 8.5.1922.
- 105) Überlegungen zum Anarchismusproblem (Zusammenfassung). In: Botz / Brandstetter / Pollak: Im Schatten der Arbeiterbewegung. Zur Geschichte des Anarchismus in Österreich und Deutschland. Linz 1977, S. 169-182, hier S. 173.
- 106) VZ, 11.5.1922.
- 107) VLReg. Prs. 376/1926.
- 108) VW, 28.4.1926.
- 109) VW, 4.5.1926.
- 110) VV, 3.5.1926.
- 111) VW, 8. und 12.5.1926.
- 112) VW, 4.5.1926.
- 113) VW, 4.5.1927.
- 114) VW, 5.5.1932.
- 115) VW, 4.5.1926.
- 116) VW, 6.5.1930.
- 117) VW, 26.4.1932.
- 118) VW, 7.5.1927.
- 119) VW, 7.5.1931.
- 120) VLReg. Prs. 444/1933.
- 121) VW, 5.5.1932.
- 122) Ebenda.

- 123) VW, 26.4.1932.
- 124) VV, 2.5.1932.
- 125) VLReg. Prs. 444/1933.
- 126) VLReg. Prs. 305/1923 (BH Bregenz).
- 127) VLReg. Prs. 376/1926.
- 128) Rote Fahne, 26.4.1933.
- 129) Rote Fahne, 23.4. und 4.5.1933.
- 130) Rote Fahne, 4.5.1933.
- 131) VV, 29.4.1933; VW, 27.4.1933.
- 132) VW, 3.5.1933.
- 133) Ebenda.
- 134) VW, 6.5.1933.
- 135) Vorarlberger Arbeiterblatt, 7.5.1921.
- 136) VV, 2.5.1890.
- 137) Korff, Gottfried: Heiligenverehrung und soziale Frage. Zur Ideologisierung der populären Frömmigkeit im späten 19. Jahrhundert. In: Wiegelmann, Günter (Hg.): Kultureller Wandel. Göttingen 1973, S. 102-111, hier S. 103.
- 138) Kessler, Josef: Bergkirche Rankweil. Ein Blick in die Geschichte. Schriftenreihe der Rheticusgesellschaft 4, Rankweil 1978, S. 25.
- 139) Anzeiger für die Bezirke Bludenz und Montafon, 25.4.1970.
- 140) VV, 2.5.1931.
- 141) VV, 3.5.1932.
- 142) Ulmer, Andreas: Unsere liebe Frau von Rankweil. Dornbirn 1930, S. 70 ff.
- 143) VV, 3.5.1930.
- 144) VV, 2.5.1931.
- 145) VV, 2.5.1933.
- 146) VV, 5.5.1921.

Integration und Widerstand Vorarlberger Arbeiterbewegung im Austrofaschismus 1934–1938

Gernot Egger

"AUSTROFASCHISMUS" ODER "STÄNDESTAAT"?

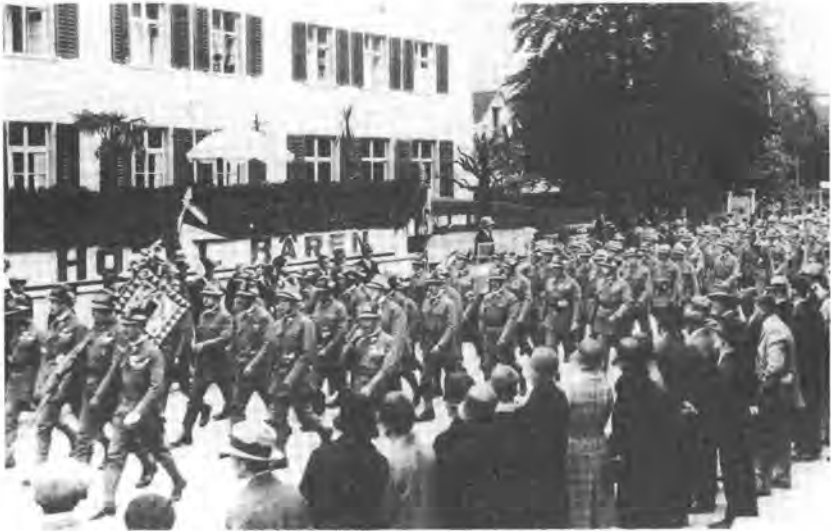
Eine der wichtigsten Kontroversen in der neueren österreichischen Zeitgeschichtsschreibung betrifft den Charakter des Regimes Dollfuß/Schuschnigg von 1934 bis 1938 (1). Für Vorarlberg wurde diese Frage bisher nicht diskutiert (2).

Nach der provozierten Auflösung des Nationalrats am 4. März 1933 stützte sich die Regierung Dollfuß zunehmend auf Notverordnungen, bei denen immer wieder auf das "Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz" von 1917 zurückgegriffen wurde (3). Diese Notverordnungen bildeten schon vor der Errichtung der Diktatur im Februar 1934 auch in Vorarlberg die Basis für das Vorgehen des Regimes sowohl gegen die Nationalsozialisten (4) als auch gegen Sozialdemokraten und Kommunisten (5). In einem noch funktionierenden Landtag wurde am 2.8.1933 auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen, die Mandate der NSDAP für erloschen zu erklären (6). Ein halbes Jahr später, im Februar 1934, wurden die vier sozialdemokratischen Vertreter im Vorarlberger Landtag ausgeschaltet. Ein "Rumpflandtag" tagte noch bis zum Oktober 1934. Er wurde dann von einem "ständischen" Landtag ohne große Kompetenzen abgelöst. Dieser neue Landtag hatte weit mehr als nur "Schönheitsfehler" (7): Weder entsprach die Zahl der verschiedenen Ständemandate dem wirklichen Anteil der einzelnen sozialen Gruppen an der Gesamtbevölkerung, noch waren die Vertreter selbst von den jeweiligen "Ständen" durch Wahl legitimiert. Auch in Vorarlberg wurden – wie im übrigen Österreich – die Arbeiterkammer und die Gewerkschaften gleichgeschaltet. Die Situation unterschied sich in Vorarlberg höchstens insofern von einigen anderen Regionen Österreichs, als der "Ständestaat" mit einer relativ breiten Unterstützung der Bauern und einer wenigstens passiven Duldung der christlichen Arbeiterbewegung rechnen konnte – also einen verhältnismäßig großen Bevölkerungsanteil hinter sich hatte.

Die grundsätzliche Zustimmung der christlichen Arbeiterbewegung zur Diktatur, trotz oft recht scharfer Kritik an einzelnen Maßnahmen der Regierung (8), erklärt sich aus der Integrationsideologie des "Ständestaates", die besonders auf der Sozialenzyklika "Quadragesimo anno" beruhte. In Vorarlberg kam dazu noch das Vertrauen in den zum Verfassungsminister ernannten ehemaligen Landeshauptmann Dr. Otto Ender. Die Verschwommenheit der Ständeideologie machte es dem Regime leicht zu verbergen, daß es sich bei dem neuen staatlichen System in Wirklichkeit um eine blanke Notverordnungs-diktatur handelte. Die Realisierung des Ständestaats blieb "letztlich irreales Fernziel des Regimes" (9), die Vertretung des Volkes nach Berufsständen (statt nach Parteien) eine papierene Konstruktion.

Dies wird bei näherer Betrachtung der "Gemeindetagswahlen" im Mai 1936 deutlich (10). Es wurde nur in 86 von 98 Gemeinden gewählt; die vier Vorarlberger Städte und die große Marktgemeinde Lustenau blieben ausgeschlossen. Wahlberechtigt waren nur die 38.324 Mitglieder der "Vaterländischen Front" - der politischen Einheitsorganisation (11). In den Gemeinden Lauterach, Höchst, Hard, Frastanz, Wolfurt, Hohenems und Schruns überließ es die Landesleitung der Vaterländischen Front den einzelnen Berufsorganisationen, die von ihr vorgeschlagenen Mandatäre durch eine Wahl zu bestätigen (12). In manchen Orten hatte man "einer eventuellen politischen Gegenströmung durch die Aufstellung von ein bis zwei tragbaren Verbindungsmännern zur Gegenseite entgegengewirkt" (13). Von den 915 so "gewählten" Gemeindefunktionären wurden außerdem noch vier von der Landesleitung der Vaterländischen Front nicht bestätigt (14). Dieses vom "Volksblatt" als Erfolg gefeierte Ergebnis war in Wirklichkeit kläglich: Denn die Gesamtzahl der Wahlberechtigten hatte lediglich 38.324 betragen, während bei der letzten freien Landtagswahl im November 1932 allein 43.229 Wahlberechtigte für die Christlichsozialen gestimmt hatten (15).

Auch heute wird oft noch die Frage gestellt, ob zur Charakterisierung des politischen Systems in Österreich zwischen 1934 und 1938 der Begriff "faschistisch" angemessen sei oder ob es sich lediglich um einen "autoritären Staat" gehandelt habe. Nun lassen sich vor allem gegenüber dem Nationalsozialismus, der effektivsten Variante des europäischen Faschismus, zwei doch wohl entscheidende Unterschiede ausmachen: Der österreichische Faschismus war nicht wie der deutsche auf Krieg und Eroberung ausgerichtet, und er war zwar antisemitisch, aber nicht so weit rassistisch, daß er die physische Ausrottung von Minderheiten oder anderen Völkern



Aufmarsch der Heimwehr vor dem Hotel Bären in Feldkirch 1935

befürwortet hätte. Organisatorisch und ideologisch wies das Regime jedoch durchaus Merkmale auf, die allen faschistischen Systemen eigen sind: Führerprinzip, Ausschaltung parlamentarischer Demokratie, Beseitigung autonomer Interessenvertretungen von Lohnabhängigen, übersteigter Nationalismus, Kontrolle und Gleichschaltung des kulturellen Lebens, autoritäre Herrschaftsideologie. Entsprechend wurden auch immer wieder nationalsozialistische Einrichtungen und Symbole nachgeahmt: Arbeitsdienst, Winterhilfe, das Kruckenkreuz, der Gruß "Heil Schuschnigg" usw. Zugleich war der Nationalsozialismus für das österreichische Regime ein entschiedener Gegner: Sein aggressiver Machtanspruch und seine antireligiöse Orientierung machten die beiden faschistischen Bewegungen zu Konkurrenten (16).

In der Bekämpfung des Nationalsozialismus mußte der "Ständestaat" jedoch nicht nur wegen seiner innenpolitischen Schwäche versagen – gerade einflußreiche wirtschaftliche Kreise sympathisierten eher mit dem Faschismus deutscher Prägung als mit dem Austrofaschismus –, auch ideologisch hatte das österreichische Regime dem Nationalsozialismus substantiell wenig entgegenzusetzen. Das wurde besonders in der hilflosen Selbstverklärung Österreichs als "zweiter deutscher Staat" sowie in der schon erwähnten



MG-Zug der Heimwehr (Bundesheer-Assistenz) bei einer Übung im Dornbirner Ried 1934/35

Nachahmung nationalsozialistischer Symbolik und Programmatik deutlich. Versuche einer Verständigung mit den österreichischen (seit 1933 illegalen) Nationalsozialisten erwiesen sich als nutzlos: sie stellten nur die Schwäche des Regimes unter Beweis (17). Die Alternative, zur Bewahrung der Selbständigkeit Österreichs einen Ausgleich mit der Arbeiterbewegung zu suchen, wurde hingegen nicht verwirklicht. Trotz mehrfacher Angebote von seiten der in die Illegalität gedrängten Arbeitervertreter verhinderte die Fixierung auf die Ideologie des "Antibolschewismus" schließlich ein gemeinsames Vorgehen gegen die Nazis.

SOZIALE LAGE DER BEVÖLKERUNG

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise waren auch für die arbeitende Bevölkerung Vorarlbergs verheerend. Harald Walser (18) errechnet für den Winter 1932/33 eine Zahl von 13.000 Arbeitslosen, wobei nur die Zahl der unterstützten Arbeitslosen genau bekannt ist: Sie betrug 7.628 im Jänner 1932 und 8.545 im Dezember desselben Jahres; im Jahre 1933 wurden 6.674 Personen unterstützt, der durchschnittliche Stand der Beschäftigten betrug in diesem Jahr 20.274 - gegenüber ca. 33.000 in Zeiten guter Konjunktur (19).

Bei den Beschäftigten wurden die Angehörigen des "Freiwilligen Arbeitsdienstes" mitgezählt (20). Die Entlohnung der dort Arbeitenden war denkbar niedrig: laut "Vorarlberger Wacht" 4 bzw. 3,50 Schilling täglich (21), nach Wanner (22) 50 Groschen Taschengeld nebst Verpflegung und Bekleidung, nach mündlichen Aussagen (23) bekamen die Arbeitenden nicht Geld, sondern Konsumgutscheine. 1933 hatte der Arbeitsdienst 2.708 Beschäftigte (24); 1934 betrug der Höchststand 1.493 (im März) und der Tiefstand 613 (im November) (25). Der Arbeitsdienst wurde in Vorarlberg nicht lagermäßig geführt. Er stand aber zunehmend unter der Kontrolle des Heimdienstes und war bei den Arbeitern allgemein unbeliebt (26).

Ein noch düsteres Bild der Arbeitslosigkeit zeigen die Ergebnisse der Volkszählung vom 22. März 1934 (27). 438 von 798 Maurern bezeichneten sich als arbeitslos (28), ebenso 298 von 534 Zimmerleuten (29), 215 von 576 Schlossern (30), 296 von 696 Tischlern und 198 von 379 Kraftfahrern (31). Die Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie war vergleichsweise niedrig: Nur 77 von 694 Webern und 160 von 1.290 Weberinnen waren als arbeitslos ausgewiesen (32). Bei den unter der Rubrik "Sonstige Berufe in der Textilindustrie" geführten Berufen bezeichneten sich 373 von 1.709 Männern und 540 von 3.072 Frauen als arbeitslos (33). Sehr hoch aber war die Arbeitslosigkeit bei den Hilfsarbeitern. In der Statistik werden sie folgendermaßen geführt: "Nicht besonders ausgezählte Arbeiterberufe; Hilfsarbeiter, soweit nicht zu anderen Berufszweigen gehörig" - hier waren 1.380 von 3.004 arbeitslos (34).

Von den 155.402 Einwohnern Vorarlbergs lebten im März 1934 23.047 Personen mit einem, 5.230 mit zwei und 1.977 mit drei Arbeitslosen in einem Haushalt; von insgesamt 35.715 Haushaltungen wiesen nur 26.931 keinen Arbeitslosen auf (35). Die Herausgeber der Statistik relativierten allerdings diese Zahlen mit dem Hinweis, daß sie nicht nur die "wegen Stellenmangels Arbeitslosen" erfasse, sondern auch die "noch nicht in Berufsausübung Gestandenen", Kranke usw. (36).

Diese Situation hatte natürlich Auswirkungen auf die, die noch in Arbeit standen. "Die Situation wird in Vorarlberg, wie anderswo auch, von einzelnen Unternehmern ausgenützt, die sich um keinen Kollektivvertrag, um keine privaten Abmachungen kümmernd, die Löhne und Gehälter auf ein geradezu menschenunwürdiges Niveau herabdrücken, dabei aber nicht selten nach außen hin den Volksgemeinschaftsprediger spielen oder für die 'Arbeiterpartei' Hitlers schwärmen" - so die gleichgeschaltete "Vorarlber-

ger Wacht" im Juli 1934 (37). Kurzarbeit war verbreitet. Schon 1932 betraf sie ca. 5.000 Personen (38). Der Arbeitsdruck, der durch die hohe Arbeitslosigkeit möglich geworden war, wurde selbst von der gleichgeschalteten Einheitsgewerkschaft scharf bekämpft (39). Der Weber Lorenz Bohle aus Dornbirn etwa sagte aus, er habe jetzt zwölf Webstühle zu bedienen und sei dem nicht mehr gewachsen (40). Betrag der durchschnittliche vertragsmäßige Mindestwochenlohn 1931 und 1932 für einen Professionisten der Metallbranche 57,60 Schilling, für einen Bauhilfsarbeiter 59,04 Schilling und für eine Hilfsarbeiterin 40,32 Schilling (41), so belief sich der ortsübliche Lohn für einen Bauhilfsarbeiter Ende 1934 nur noch auf 33,60 Schilling; die meisten Branchen waren überhaupt vertragslos (42); Ende 1936 verdiente ein Bauhilfsarbeiter 43,20 Schilling wöchentlich (43).

Während der ganzen Periode von 1934 bis 1938 änderte sich die wirtschaftliche Lage kaum. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen, die 1934 im Mittel 4.925 betragen hatte, blieb praktisch konstant: 1937 betrug das Mittel 4.928 (44). Die Zahl der krankenversicherten Beschäftigten in Industrie und Gewerbe umfaßte 1934 30.200 im Maximum und 26.500 im Minimum, 1937 27.500 im Maximum und 24.200 im Minimum (45). Im Juni 1936 gab es in der Industrie Vorarlbergs 12.398 Beschäftigte, ein Jahr später 13.090 (46).

Die Beschäftigtenzahl stieg erst infolge der rüstungs- bzw. kriegsbedingten Konjunktur nach dem Einmarsch der Nationalsozialisten: Setzt man die Zahl der am 31. März 1938 Beschäftigten mit 100 an, erreichte der Index bis zum März 1945 den Wert von 151 (47).

Der Grund für die Stagnation der österreichischen Wirtschaft bis 1938 liegt in der Politik der damaligen Regierung. Sie war derart auf eine ausgeglichene Zahlungsbilanz fixiert, daß eine Expansion der Binnennachfrage erst gar nicht ins Auge gefaßt wurde (48). Auch wirtschaftspolitisch erwies sich die nationalsozialistische Variante des Faschismus als effektiver. Bereits 1938 nahm die Zahl der Beschäftigten österreichweit um 10,7% zu, die der Arbeitslosen um 40,5% ab. Es erfolgte eine ziemlich rasche Belebung des Verbrauchs und damit eine Ankurbelung der Wirtschaft (49). Der Preis dafür war allerdings die Umstellung auf die Produktion von kriegswichtigen Gütern.

DIE LEGALE VERTRETUNG DER ARBEITERSCHAFT

Die politische Ebene

Nachdem die ständische Verfassung Österreichs am 1. Juli 1934 Gültigkeit erlangt hatte, traten auch in Vorarlberg Landesregierung und Landtagspräsidium zurück. Die ständische Landesverfassung wurde in der letzten Sitzung des "Rumpflandtages" am 11. Oktober 1934 beschlossen (50). Der neuernannte Landeshauptmann Ing. Ernst Winsauer hatte nach der neuen Landesverfassung das Recht, die übrigen Mitglieder der Landesregierung zu bestimmen (51). Am 14. November 1934 fand die konstituierende Sitzung des ständischen Vorarlberger Landtages statt; die "Abgeordneten" waren ebenfalls vom Landeshauptmann "nach Einholung von Vorschlägen bei der katholischen Volksgemeinschaft und der Vaterländischen Front" (52) berufen worden (53). "Kirchen- und Religionsgesellschaften" sowie Schul- und Volksbildungswesen waren mit jeweils zwei Abgeordneten vertreten, Kunst und Wissenschaft mit einem. Weiters wurden die "berufsständischen Hauptgruppen" Land- und Forstwirtschaft, Industrie und Bergbau, Gewerbe, Handel und Verkehr, Geld-, Kredit- und Versicherungswesen, Freie Berufe sowie Öffentlicher Dienst mit Vertretern bedacht. Dabei aber entsprach die Zahl der jeweiligen Ständevertreter nicht dem Bevölkerungsanteil der einzelnen Berufsgruppen.

Der christliche Angestelltengewerkschafter Johann Georg Böhler (54) war bis 1938 Landesrat. Die im Landtag vertretenen Angehörigen der christlichen Arbeiterbewegung - eine andere war ja nicht zugelassen - waren auf mehrere Stände verteilt; so repräsentierte Peter Winder aus Bürs den Stand "Industrie und Bergbau", Josef Anton Fäßler aus Dornbirn den Stand "Gewerbe" (55).

Da der ständische Landtag nur sehr eingeschränkte Kompetenzen besaß, war es den Vertretern der christlichen Arbeiterbewegung eigentlich nur bei den Budgetdebatten möglich aufzutreten. Winder und Fäßler etwa setzten sich in diesem Zusammenhang für eine Ausweitung der Notstandsarbeiten und für eine vermehrte Berücksichtigung der Ausgesteuerten ein. So kritisierte Fäßler in der 9. Sitzung 1935 (4.12.1935) die Kürzung der Notstandsaushilfe an Arbeitslose um 100.000 Schilling im Voranschlag für 1936 (56); in der 6. Sitzung des Jahres 1936 (10.7.1936) forderte er die Verwendung der Budgetüberschüsse für die Arbeitsbeschaffung (57). In der 7. Sitzung 1936 (27.11.1936) äußerte Fäßler Un-

zufriedenheit über die Wünsche der anderen Stände und verwies unfreiwillig auf die dauernde Selbstzensur der Arbeitervertreter:

"Wenn man sich das alles so durch den Kopf gehen läßt, so könnte man zur Auffassung gelangen, wir sind eigentlich schlechte Arbeitervertreter, alle anderen haben Wünsche, Beschwerden... Das müßte zwangsläufig dazu führen, daß auch wir ein anderesmal mit einem Wunschzettel kommen würden, daß auch wir uns bemühen müßten, im Hause die braven Manderl zu sein... So aber heißt es, die anderen haben sich für ihre Standesgenossen eingesetzt, und diejenigen, die am meisten Ursache gehabt hätten, Wünsche vorzubringen, sind still dagesessen und haben nichts getan" (58).

Die in diesem Zusammenhang interessanteste Debatte fand in der 4. Sitzung des Jahres 1937 (9.12.1937) statt. Es ging um die Vergabe von 60.000 Schilling aus Landesmitteln an das Gewerbe; Winder und Fäßler traten dagegen auf und wollten auch diesen Betrag für Arbeitsbeschaffung verwendet wissen. In der Debatte wurde klar, daß die erzwungene Zusammenkittung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im gleichen "Stand" den wirklichen Interessen beider zuwiderlief. In einer scharfen Debatte gerieten der Unternehmer Jakob Amann und der Gewerkschafter Josef Anton Fäßler - beide Vertreter des gleichen Standes - aneinander. Dabei fand Fäßler überraschend klare Worte für eine unabhängige Interessenvertretung von Arbeitern:

"... daß wir Arbeitnehmerabgeordneten uns von keinen dem Hause auswärtsstehenden Personen vorschreiben lassen, wie wir uns im Landtage zu verhalten haben. Ich stelle in aller Form fest, daß bei allen unseren Entschlüssen und Stellungnahmen noch niemand, auch keine Arbeiterkammer, kein Gewerkschaftssekretariat, kein Gewerkschaftssekretär ihren Einfluß zu nehmen hatten... Wenn die Herren vom Handel und Gewerbe glauben ... durch die Neuordnung im Staate die Freiheit der Meinungsäußerung der Arbeiterschaft nehmen zu können, dann muß ich Ihnen sagen, dann werden Sie noch viele Jahrzehnte auf den berufsständischen Aufbau warten müssen... Wenn letzten Endes (was vielfach unter der Bevölkerung verbreitet ist) die Auflösung der früheren Parteien und Gewerkschaften, auch der sozialistischen Partei, nur den Zweck haben sollte, daß damit gleichzeitig mit der Neuordnung der Arbeiterschaft das Mitbestimmungsrecht genommen wird, dann würde der neue Staat und dessen Führer eine ungeheure Enttäuschung erleben. Sie können jede Arbeiterbewegung auflösen, das ist in Ihrer Macht gelegen, Sie können auch die Abgeordneten, die im Landtage sind, absetzen, aber es werden an

ihrer Stelle immer wieder Arbeitervertreter hier sitzen, und diese, die, die nach uns kommen, werden wie wir und wie die, die vor uns hier waren, sich die Freiheit der Meinungsäußerung nicht nehmen lassen..." (59).

In der darauffolgenden Abstimmung erhielt der Antrag der Arbeitervertreter die Mehrheit (60).

Die betriebliche und gewerkschaftliche Ebene

Die sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften hatten in der Ersten Republik in Vorarlberg stetig an Einfluß verloren: 1922 gab es 56 Ortsgruppen mit insgesamt 10.158 Mitgliedern (davon 2.082 Frauen), 1930 45 Ortsgruppen mit nur noch 2.839 Mitgliedern (davon 314 Frauen). Die Christlichen Gewerkschaften hingegen hatten 1922 einen Mitgliederstand von 6.174 und 1930 immerhin noch einen von 4.353 aufzuweisen (61). 1921 hatten die Sozialdemokraten bei den ersten Wahlen zur Arbeiterkammer 22 von 40 Mandaten errungen (62); bei den Wahlen 1926 erreichten sie zwar noch die Mehrheit aller Stimmen, verloren aber zwei Mandate (63). Einvernehmlich war 1931 die Funktionsperiode der Kammer für Arbeiter und Angestellte verlängert worden. Im Dezember 1933 wurde dann per Notverordnung eine Neuordnung der Kammern erzwungen (64). Die Freien Gewerkschaften wurden dabei übergangen: Von sieben Sitzen der neugebildeten Verwaltungskommission wollte man den Sozialdemokraten gerade zwei zugestehen, was diese aber ablehnten (65). Zwei Sektionsobmänner der Freien Gewerkschaften und elf Gewerkschafter verloren ihre Funktionen; fast alle sozialdemokratischen Kammerangestellten verloren ihre Stelle (66); der sozialdemokratische Kammerpräsident Sieß trat zurück (67). Die ernannte Verwaltungskommission der Arbeiterkammer, der die Bediensteten von Bahn und Post nicht mehr angehörten (68), bestand schließlich aus drei christlichen Gewerkschaftern, einem Vertreter der Heimwehr und einem Deutschnationalen (69).

Nach dem 12. Februar 1934 wurden die Freien Gewerkschaften verboten. Am 2. März 1934 wurde die "Einheitsgewerkschaft" gegründet; sie sollte "im Geiste des Christentums, der sozialen Gerechtigkeit und der Liebe zum Vaterlande den Arbeitern und Angestellten eine wirksame Interessensvertretung sichern und ihre Eingliederung in den berufsständischen Aufbau der Gesellschaft vorbereiten" (70). Dieser Gewerkschaftsbund konnte aber nie die Stärke der früheren Gewerkschaften erreichen. 1936 hatte er in Vorarlberg gerade 6.054 Mitglieder (71); noch 1935 zählte er we-

niger Mitglieder, als allein die christlichen Gewerkschaften 1930 gehabt hatten (72). Die drei Richtungsgewerkschaften - Sozialdemokraten, Christliche und Deutschnationale - hatten 1930 insgesamt 8.267 Mitglieder organisiert (73). Gleichzeitig waren die Führer der neuen Einheitsgewerkschaft mit den Mitgliedern der Verwaltungskommission der Arbeiterkammer identisch (74). Über noch geringere Unabhängigkeit als die umfunktionierte Kammer und der Gewerkschaftsbund verfügte die "Soziale Arbeitsgemeinschaft" (SAG) (75) - ein eng mit der Vaterländischen Front liierter Verband. Dennoch waren die in diesen Institutionen tätigen christlichen Gewerkschafter oft Gegner diktatorischer Maßnahmen und zählten zu den entschiedensten Kritikern des "Ständestaates" im eigenen Lager (76).

Ab 1934 hatte man statt der früheren Betriebsräte "Vertrauensmänner" bestellt. Einer der Versuche, die Arbeiterschaft zu gewinnen (77), waren die vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1936 durchgeführten Vertrauensmännerwahlen (78). Pro Betrieb durfte zwar nur eine Liste vorliegen, die aber doppelt so viele Kandidaten zu enthalten hatte, als Mandate zu vergeben waren. Unter dem Druck der Belegschaften konnten dadurch Mitglieder oder Sympathisanten der illegalen Freien Gewerkschaften auf die Kandidatenlisten gebracht und auch gewählt werden. Dies war einer der größten Erfolge der illegalen Gewerkschaften in der Zeit des Austrofaschismus (79).

In Vorarlberg, wo vor diesen Wahlen 105 Betriebe bestellte Vertrauensmänner gehabt hatten, wurde in 59 Betrieben gewählt (80). Auf der 3. Landeskonferenz des Landeskartells der Einheitsgewerkschaft im Mai 1937 wurden die Ergebnisse als befriedigend bezeichnet, da die bestellten Vertrauensmänner nahezu vollständig bestätigt worden seien (81). Die Wahlbeteiligung war in den einzelnen Betrieben sehr unterschiedlich. Bei Degerdon in Gais wählten 57%, bei Kastner in Thüringen fast 100% (82), bei F.M. Hämmerle in Dornbirn hingegen nur 46% der Belegschaft (83). Der Bericht der Sicherheitsdirektion für Vorarlberg führte dies auf die unterschiedliche politische Einstellung der Unternehmer zum Regime zurück (84). In dem Bericht wurde auch festgestellt, daß Wahlzettel mit politischen Symbolen versehen worden waren (Hakenkreuz, Namen führender Kommunisten) und daß Ersatzmänner oft mehr Stimmen erhalten hatten als die erstgereihten Kandidaten (85). Eine organisierte Bewegung von Regimegegnern zur Beeinflussung der Wahlen wurde jedoch als Ursache solcher Vorkommnisse ausgeschlossen. Eine genauere Analyse dieser Wahlen ist mangels weiterer Dokumente zur Zeit nicht möglich.

Die Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft nahm auch andere Formen an: Am 14. September 1936 traten 37 Weber bei Kastner in Thüringen wegen Lohnfragen in den Ausstand. Eine Sitzung der Werksgemeinschaft blieb erfolglos. Erst am nächsten Tag wurde durch Hans Ganahl und Major Matt als Vertreter des Industriellenbundes sowie durch den Fachsekretär der Einheitsgewerkschaft Josef Kraft eine Einigung erzielt (86). Ein Mindeststundenlohn von 78 Groschen und ein Durchschnittslohn von 90 Groschen wurden festgelegt (87). Der Streik war am 16. September zu Ende (88).

Auf eine organisierte Tätigkeit der illegalen Arbeiterorganisationen in den Betrieben gibt es nur wenige Hinweise. 1936 erschien in der illegalen "Arbeiter-Zeitung" ein Bericht über eine umfangreiche Austrittsbewegung aus der Einheitsgewerkschaft bei Jenny & Schindler in Kennelbach (89). Bei dem im März 1935 verhafteten kommunistischen Funktionär Simon Kompein, von dem noch die Rede sein wird, wurden Materialien über einen "Streik in Vorarlberg" und über die Gründung der Einheitsgewerkschaft in Feldkirch gefunden (90).

Verstärkter Einfluß: Die letzten Tage des Regimes

Angeichts der Bedrohung durch das nationalsozialistische Deutschland begann das Regime in den letzten Wochen seines Bestehens, sich der illegalen Arbeiterbewegung vorsichtig zuzuwenden. Nach der Regierungsumbildung am 16. Februar 1938 wurde der ehemalige Freigewerkschafter Adolf Watzek Staatssekretär für Arbeiterschutz (91). Trotz einer am 24. Februar in ganz Österreich ausgestrahlten Parlamentsrede von Bundeskanzler Schuschnigg, in der er seine alten Positionen bekräftigte und wenig Konzessionsbereitschaft erkennen ließ, gab es unterhalb der Regierungsebene eine Reihe von Kontakten (92). So empfing Schuschnigg am 3. März 1938 ein vierzehnköpfiges Arbeiterkomitee unter Friedrich Hillegeist, einem führenden illegalen Freigewerkschafter, zu einer Aussprache (93). Als erster Schritt in die Legalität war es möglich, unbehindert eine Vertrauensleutekonferenz für den 7. März im Floridsdorfer Arbeiterheim einzuberufen (94). Weitere Verhandlungen mit der Regierung blieben aber erfolglos - bis auf ein prinzipielles "Ja" sowohl der KPÖ als auch der Revolutionären Sozialisten zur geplanten Volksabstimmung (95), die am 13. März 1938 den Willen Österreichs zur Unabhängigkeit demonstrieren

sollte. Die Arbeiterbewegung konnte den vergrößerten Spielraum, der z.B. durch die Amnestie vom 16. Februar 1938 und die Rückkehr in die Halblegalität entstanden war, nicht mehr nützen; allzu kurz war die bis zum deutschen Einmarsch am 12. März 1938 noch verbliebene Zeit.

In Vorarlberg fanden im Jänner 1938 die ordentliche Hauptversammlung der Bauarbeitergewerkschaft in Bludenz und die Ortskartellversammlung in Bregenz statt (96). Die Bestätigung der bisherigen Funktionäre, auch des früheren Freigewerkschafters Josef Schoder, erfolgte durch Wahl. Für Bregenz wurde die Durchführung monatlicher Vertrauensmännerversammlungen beschlossen (97). Dies und die Berichterstattung der gleichgeschalteten "Vorarlberger Wacht" über einen dreitägigen Streik bei der Stickerei Scheffknecht in Lustenau (98) weisen auf eine Aktivierung und politische Öffnung der Einheitsgewerkschaft hin. Auch im Leitartikel der "Vorarlberger Wacht" vom 12. Februar 1938 gibt es gewisse Anzeichen einer Liberalisierung: So habe "die Staatsführung erkannt, daß kein Regime Bestand haben kann, zu dem die Arbeiterschaft in ihrer überwiegenden Mehrheit in Opposition steht" (99). Andererseits aber wurde von der "Vorarlberger Wacht" die Versöhnung mit der Arbeiterschaft als bereits vollzogen hingestellt. Die nach wie vor bestehende Tatsache, daß sich die linke Arbeiterbewegung trotz allem immer noch in der Illegalität befand, wurde mit der Behauptung relativiert, daß jetzt die illegalen Gruppen bedeutungslos seien. Dabei wurde ausdrücklich auf die Amnestie verwiesen, die keineswegs nur für die Nationalsozialisten gelte (100).

Am 5. März 1938 fand im Dornbirner Arbeiterheim eine Vertrauensmännerversammlung statt. Der Versuch, durch eine Unterschriftensammlung in den Betrieben HERO und F.M. Hämmerle den Hitlergruß einzuführen, wurde ungewöhnlich scharf verurteilt: Es seien "Gegenmaßnahmen" der nicht-nationalsozialistischen Arbeiterschaft zu erwarten, "um so mehr, als sie sich in erdrückender Mehrheit befindet" (101). Auch über die Floridsdorfer Konferenz vom 7. März 1938 wurde in der "Vorarlberger Wacht" berichtet (102).

Zeitschrift heraus - den "Kämpfer". Diese Zeitschrift, die in St. Gallen unter tatkräftiger Mithilfe dortiger Sozialdemokraten hergestellt wurde, erschien insgesamt siebenmal in einer Auflage von 300 bis 500 Stück (106). Auch die in Brünn hergestellte illegale "Arbeiter-Zeitung" fand ihren Weg nach Vorarlberg; wie im übrigen Österreich wurde sie hier zum wichtigsten Informationsorgan der Sozialisten. 1935 erschien kurzfristig auch ein "Mitteilungsblatt der Revolutionären Sozialisten R.S. Vorarlbergs" (107). Während der ganzen Zeit ihres Bestehens verbreiteten die Revolutionären Sozialisten Flugblätter und Streuzettel, die zum Teil "importiert", zum Teil aber im Lande selbst hergestellt wurden (108).

Der Aufbau der illegalen Organisation erfolgte bereits in den Monaten März bis Mai 1934 (109). Es wurden Dreiergruppen gebildet. Bei der vorarlbergweiten Koordination der illegalen Arbeit spielte neben anderen Josef Greussing eine wichtige Rolle (110). Schon zum 1. Mai 1934 gab es eine intensive Agitation der Vorarlberger Revolutionären Sozialisten - die sich allerdings zu diesem Zeitpunkt noch nicht so nannten (111) - mit Flugblättern



Illegalität und Alltag: Badeausflug von Mitgliedern des verbotenen Arbeiter-Turn- und Sport-Vereins Bludenz nach Diepoldsau 1935

und Streuzetteln. Ähnliche Aktivitäten gab es auch später zu anderen Jahrestagen der Arbeiterbewegung, etwa zum 12. Februar.

Über einen Widerhall der an der Spitze der Gesamtpartei intensiv geführten ideologischen Auseinandersetzungen (112) in Vorarlberg ist leider ebenso wenig bekannt wie über das Verhältnis der Revolutionären Sozialisten Vorarlbergs zur KPÖ. Nur beim Transfer von freiwilligen Kämpfern für die Republik in Spanien, die über Vorarlberg in die Schweiz gebracht wurden, ist eine gelegentliche Zusammenarbeit belegbar (113).

Die Erfolge der Behörden bei der Aufdeckung von Aktivitäten der Revolutionären Sozialisten waren gering. Zwar gelangten viele Flugblätter und Streuzettel in die Hände der Polizei, dies führte aber nur in wenigen Fällen zu brauchbaren Spuren. Im Oktober 1937 wurde Josef Greussing verhaftet und der Verbreitung von Streuzetteln beschuldigt. Die politischen Behörden verhängten über ihn am 16. November 1937 eine sechswöchige Arreststrafe (114). Bei dem in Feldkirch folgenden Hochverratsprozeß allerdings wurde Greussing mangels Beweises freigesprochen - am 4. Februar 1938 erfolgte seine Entlassung aus der Haft (115).

Nach dem Einmarsch der Nationalsozialisten lösten sich die Revolutionären Sozialisten in ganz Österreich als Organisation auf (116). Viele Aktivisten standen aber anschließend im Widerstand gegen den Nationalsozialismus.

Die Kommunistische Partei

Die KPÖ war während der Ersten Republik in Vorarlberg eine unbedeutende Partei. Dies änderte sich erst, als infolge der Weltwirtschaftskrise mit ihrer rapid zunehmenden Arbeitslosigkeit und der zunehmenden Faschisierung ein revolutionärer Kurs für breitere Teile der Arbeiterbewegung attraktiv wurde. Am 1. Mai 1932 gab es erstmals einen eigenen Maiaufzug der Kommunisten in Bregenz. 150 Personen nahmen daran teil - sie waren allerdings aus dem ganzen Land und auch aus dem benachbarten Ausland zusammengekommen (117). Im November 1932 kandidierte die KPÖ bei den Landtagswahlen und erhielt 2.614 Stimmen (118) oder 3,9% der abgegebenen Stimmen (119). Auch die hauptsächlich von Kommunisten organisierten Arbeitslosendemonstrationen in Bregenz und Bludenz im Jänner 1933 (120) zeigten eine beachtliche Zunahme des Einflusses der KPÖ.

Bereits am 26. Mai 1933 wurde die KPÖ in ganz Österreich verboten (121), schon vorher waren bei Kommunisten und Sozialdemokraten Haussuchungen durchgeführt worden (122). Außerdem richteten sich Ausweisungen innerösterreichischer Arbeitsloser aus Vorarlberg gezielt gegen Kommunisten (123). Trotz des bereits bestehenden Verbots der Partei verschärfte sich nach den Februar-Ereignissen 1934 das Vorgehen der Staatsorgane. Am 5. März 1934 wurde der Bregenzer Kommunist Anton Köstenberger zu sechs Monaten Arrest verurteilt, die er in einem Anhaltelager abzubüßen hatte (124).

Ab dem 1. Mai 1934 verwendete die illegale KPÖ, nicht anders als die Revolutionären Sozialisten, Flugblätter und Streuzettel als Agitationsmittel. Ebenso bestanden gute Kontakte sowohl in die Schweiz als auch ins übrige Österreich. Die Verbreitung des illegalen Zentralorgans "Rote Fahne" in Vorarlberg, der lebhaftes Schmuggel von Propagandaschriften, die systematische Ausschleusung bedrohter Personen und Funktionäre beweisen, daß ein Gutteil der Aktivitäten zentral organisiert war. In Bludenz wurde sogar Vorbereitungsmaterial für den 12. Parteitag der KPÖ von der Polizei sichergestellt (125).

Bei der Aufdeckung der illegalen KPÖ konnten die Vorarlberger Behörden einige Erfolge erzielen. Es gab aber sicher auch Fälle, in denen eine Zugehörigkeit zur KPÖ lediglich im Laufe eines Strafverfahrens konstruiert wurde: so zum Beispiel bei Josef Anton Salzgeber aus Götzis, der wegen Gotteslästerung zuerst zu drei Wochen, dann zu zwei Monaten Arrest verurteilt wurde - Salzgeber hatte für sieben unmündige Kinder zu sorgen (126). Im übrigen führten die grundsätzlich mehr nach außen gerichteten Aktivitäten der KPÖ - Zeitungsverkauf und Anwerbung bisher Unorganisierter - in etlichen Fällen zu einem Mangel an Konspiration. Im Herbst wurde den Behörden die Organisation der KPÖ in Bregenz bekannt, die auch ehemalige Sozialdemokraten umfaßte: 45 Personen wurden verhaftet, 28 davon nach einem Verhör freigelassen (127). Die Gruppe hatte ursprünglich aus einer Gewerkschaftsorganisation und der eigentlichen Parteigruppe bestanden, sich dann aber zusammengeschlossen. Die Beteiligten wurden von der Bezirkshauptmannschaft bestraft, Matthias Thaler z.B. erhielt sechs Monate Arrest und wurde von den ÖBB entlassen (128). Ein Gerichtsverfahren gegen ihn wurde 1936 eingestellt.

Im Zusammenhang mit der Aufdeckung der Bregenzer Gruppe forschten die Behörden auch die gerade erst konstituierte Landesleitung (129) und die Bludener Organisation der KPÖ aus (130). Im Februar 1935 gelang dann auch die Aufdeckung einer Gruppe

In unserm Verlage erschienen:

Leichtathletik

Eine Einführung für Alle in Technik,
Training und Taktik der Leichtathletik

von

Dr. Karl von Halt

Deutscher Zehnkampfkampfer

1. Auflage

Mit 59 Bildern im Text und 16 Konstruktions-
tafeln geheftet und in Halbleinen gebunden.

Man kann sich kaum einen besseren Lehrer auf
diesem schönsten aller Sportgebiete vorstellen als
unsern Altmeister Karl v. Halt. In übersichtlicher
Form, durch die Wettkampfbestimmungen eingeleitet,
bringt der Verfasser jede olympische Uebung in leicht-
fälliger Sprache dem Leser zu vollstem Verständnis.
Einfache schematische Zeichnungen und hervor-
ragend gelungene photographische Aufnahmen unter-
stützen den Text glänzend.

Mitteldeutsche Sportzeitung.

Dietz & Co, Sportverlag, Stuttgart

Der Mittelstreckenlauf im Bild

Von

Friedr. Franz Köpcke

Deutscher Meister im Mittelstreckenlauf

5. Auflage

Frantz's Sportverlag, Dietz & Co.

Propagandabroschüre der KPÖ mit Tarnumschlag (zwischen 1934 und 1938). Solche Tarnbroschüren waren ein häufig eingesetztes Mittel der politischen Arbeit in der Illegalität.

in Dornbirn. 31 Personen wurden verhaftet. Diese Gruppe hatte sich noch im Aufbau befunden; ein Teil der Verhafteten gab an, den wirklichen Zweck der Organisation gar nicht gekannt zu haben (131).

Die Aufdeckung der Dornbirner Gruppe zog auch die Verhaftung des in Innsbruck illegal lebenden Landesleiters der KPÖ für Tirol und Vorarlberg, Simon Kompein, nach sich. Bei ihm fand man Aufzeichnungen über Literaturvertrieb und Zeitungsverkauf in Vorarlberg, die für den August 1934 eine Verbreitung von 220 Exemplaren der "Roten Fahne" in Feldkirch und von 360 Exemplaren in Bludenz belegen (132). Auch eine große Zahl von Tarnbroschüren wurde sichergestellt.

Diese Verhaftungswelle 1934/35 bedeutete aber nicht das Ende der Aktivität der KPÖ in Vorarlberg. So bildeten 1936 und 1937 vorwiegend Kommunisten eine umfangreiche Organisation, die den Transfer von Spanienfreiwilligen in die Schweiz besorgte (133). Im

Herbst 1937 wurden erneut einige führende Vorarlberger Kommunisten verhaftet. Dabei fiel den Behörden umfangreiches Agitationsmaterial in die Hände (134).

Ein tatsächliches Ende der organisierten Tätigkeit der KPÖ in Vorarlberg dürfte erst der Einmarsch der Nationalsozialisten im März 1938 gebracht haben. Unmittelbar nach der Machtübernahme der Nazis setzte auch in Vorarlberg eine gezielte Nachforschung nach Kommunisten ein. Politische Kontakte wurden höchstens noch in kleinen Zirkeln gepflegt (135).

ZUSAMMENFASSUNG

Das Regime von 1934 bis 1938 war auch auf der Landes- und Gemeindeebene undemokratisch und faschistisch. Wesentliche Teile der Bevölkerung waren wegen ihrer politischen Haltung von jeder Mitbestimmung ausgeschlossen. Keine der in diesem Zeitraum durchgeführten Wahlen war auch nur annähernd demokratisch. Die als Gewerkschafter, Vertrauensleute und Arbeiterkammerfunktionäre aktiven christlichen Arbeitervertreter kritisierten zwar den "Ständestaat" oft engagiert, wollten aber das System nicht grundsätzlich in Frage stellen. Jede nicht systemtreue Aktivität der Arbeiterbewegung war verboten und wurde verfolgt. Es gelang aber auch in Vorarlberg nicht, die beiden illegalen Arbeiterorganisationen, nämlich die Revolutionären Sozialisten und die KPÖ, lahmzulegen. Sie bedeuteten zwar - im Gegensatz zur illegalen NSDAP - keine ernstliche Bedrohung des Regimes. Doch durch ihren Widerstand gegen den Austrofaschismus bewahrten sie eine Tradition und eine Perspektive, die dann wesentlich den Widerstand gegen den Nationalsozialismus motivierten und später eine weltanschauliche Grundlage der Zweiten Republik bildeten.

ANMERKUNGEN

- 1) Vgl. die Zusammenfassung in Mommsen, Hans: Theorie und Praxis des österreichischen Ständestaates 1934 bis 1938. In: Das geistige Leben Wiens in der Zwischenkriegszeit. Ringvorlesung 19. Mai - 20. Juni 1980. Wien 1981, S. 174-192; Siegfried, Klaus Jörg: Klerikalfaschismus. Zur Entstehung und sozialen Funktion des Dollfußregimes in Österreich. Ein Beitrag zur Faschismuskritik. Frankfurt 1979.

- 2) Vgl. Wanner, Gerhard: Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg 1921-1938. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Feldkirch o.J. (1978); Hammerle, Johannes: Christlichsoziale Opposition in Vorarlberg 1934-1938. Unveröffentlichte Hausarbeit Innsbruck 1981; Frommelt, Hubert: Vorarlberg 1933/34. Die Anfänge des neuen Systems Dollfuß-Schuschnigg. Unveröffentlichte Hausarbeit Innsbruck o.J. Die von diesen Autoren aufgezeigten demokratischen Bestrebungen im Regierungslager und besonders innerhalb der christlichen Arbeiterbewegung Vorarlbergs werden nicht mit einer Gesamteinschätzung des Regimes konfrontiert.
- 3) Vgl. den Überblick über die ständestaatliche Notverordnungspraxis bei Lehner, Oskar: Autoritäre Züge der ständestaatlichen Rechtsordnung in Österreich. In: Zeitgeschichte X (1982), Heft 1, S. 3-25.
- 4) Walser, Harald: Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg 1933-1938. Wien 1983, S. 40 ff.
- 5) Greussing, Kurt: Grenzstationen - Umbruch und Diktatur. Die Vorarlberger Sozialdemokratie 1918/19 und 1934-1938. In: Pichler, Meinrad (Hg.): Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte. Bregenz 1982, S. 107-142, hier S. 125-131. Vgl. auch Brändle, Hermann / Egger, Gernot / Pichler, Meinrad / Walser, Harald: Widerstand und Verfolgung in Vorarlberg 1934-1945 unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterschaft. Forschungsbericht im Auftrage des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung. Bregenz 1983, S. 21-131 (erscheint erweitert im Herbst 1984 unter dem Titel "Widerstand und Verfolgung in Vorarlberg 1934-1945").
- 6) 6. Sitzung im Jahre 1932/33 des XIV. Vorarlberger Landtags (2.8.33), VLSS.
- 7) Wanner, Gerhard: Vorarlberg. In: Weinzierl, Erika / Skalnik, Kurt (Hg.): Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, Band 2. Wien - Graz - Köln 1983, S. 1011-1041, hier S. 1031.
- 8) Vgl. Pelinka, Anton: Stand oder Klasse? Die Christliche Arbeiterbewegung in Österreich 1933-1938. Wien 1972; für Vorarlberg Hammerle (Anm. 2).
- 9) Mommsen (Anm. 1), S. 183.
- 10) Wanner (Anm. 7), S. 1031 f.
- 11) Wanner (Anm. 7), S. 1031, nach VV, 24.6.36.
- 12) VV, 9.5.36.
- 13) VV, 24.6.36.
- 14) Ebenda.
- 15) VV, 7.11.32.
- 16) Mommsen (Anm. 1), S. 183.
- 17) Walser (Anm. 4), S. 139 ff., zeigt das für das Volkspolitische Referat der Vaterländischen Front in Vorarlberg sehr gut auf.
- 18) Walser (Anm. 4), S. 6.
- 19) Ebenda.
- 20) VW, 21.7.34. Bei der "Vorarlberger Wacht" handelt es sich um die nach den Ereignissen des Februar 1934 gleichgeschaltete ehemalige sozialdemokratische Tageszeitung.
- 21) Ebenda.
- 22) Wanner (Anm. 2), S. 84.

- 23) Interview Heinrich Petter, Dornbirn, 18.11.82, nach Brändle u.a. (Anm. 5), S. 112.
- 24) Wanner (Anm. 2), S. 84.
- 25) Statistisches Handbuch für den Bundesstaat Österreich, Hg. Bundesamt für Statistik, XVI. Jahrgang, Wien 1936, S. 134.
- 26) Vgl. VW, 21.7.34.
- 27) Statistik des Bundesstaates Österreich. Heft 10. Die Ergebnisse der österreichischen Volkszählung vom 22. März 1934. Vorarlberg. Hg. Bundesamt für Statistik, Wien 1935.
- 28) Ebenda, S. 56.
- 29) Ebenda.
- 30) Ebenda, S. 58.
- 31) Ebenda, S. 60 und S. 70.
- 32) Ebenda, S. 62.
- 33) Ebenda, S. 64.
- 34) Ebenda, S. 76.
- 35) Ebenda, S. 80.
- 36) Ebenda, S. IV.
- 37) VW, 21.7.34.
- 38) Walser (Anm. 4), S. 6.
- 39) Wanner (Anm. 2), S. 99 ff.
- 40) Brändle u.a. (Anm. 5), S. 118 nach LGF Vr 488/36.
- 41) Statistisches Handbuch für den Bundesstaat Österreich, Hg. Bundesamt für Statistik, XIV. Jahrgang, Wien 1933, S. 161.
- 42) Statistisches Handbuch 1936 (Anm. 25), S. 129.
- 43) Statistisches Jahrbuch für Österreich 1938, Hg. Österreichisches Statistisches Landesamt, 18. Jahrgang, Wien 1938, S. 176; zum Absinken der durchschnittlichen Stundenlöhne in Wien siehe ebenda, S. 178.
- 44) Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik 1946. Hg. Landeswirtschaftsamt, Abteilung für Statistik, 2. Jahrgang, 1. Vierteljahr, S. 185.
- 45) Ebenda, S. 199.
- 46) Statistisches Jahrbuch 1938 (Anm. 43), S. 82.
- 47) VWSSt (Anm. 44) 1945, S. 8.
- 48) Butschek, Felix: Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945, Wien 1978, S. 31.
- 49) Ebenda, S. 60.
- 50) 9. Sitzung im Jahre 1934 des XIV. Vorarlberger Landtags (11.10.34), VLSS.
- 51) Frommelt (Anm. 2), S. 150.
- 52) Ebenda.
- 53) Ebenda.
- 54) Kurzbiographie bei Wanner (Anm. 2), S. 110.
- 55) 1. Sitzung im Jahre 1934 des XV. Vorarlberger Landtags (14.11.34), VLSS.
- 56) 9. Sitzung im Jahre 1935 des XV. Vorarlberger Landtags (4.12.35), VLSS.
- 57) 6. Sitzung im Jahre 1936 des XV. Vorarlberger Landtags (10.7.36), VLSS.
- 58) 7. Sitzung im Jahre 1936 des XV. Vorarlberger Landtags (27.11.36), VLSS.
- 59) 4. Sitzung im Jahre 1937 des XV. Vorarlberger Landtags (9.12.37), VLSS; es war dies die letzte Sitzung des Landtags vor dem deutschen Einmarsch.

- 60) Ebenda.
- 61) Wanner (Anm. 2), S. 89. Vgl. Statistisches Handbuch für den Bundesstaat Österreich. Hg. Bundesamt für Statistik, XI. Jahrgang. Wien 1930, S. 161. Noch 1929 hatten die Freien Gewerkschaften in Vorarlberg 4.459 Mitglieder.
- 62) Wanner (Anm. 2), S. 18 ff.
- 63) Ebenda, S. 48.
- 64) Ebenda, S. 92.
- 65) VW, 5.1.34.
- 66) Wanner (Anm. 2), S. 93.
- 67) Ebenda und S. 111 f.
- 68) Ebenda, S. 92.
- 69) Ebenda, S. 94.
- 70) Hautmann, Hans / Kropf, Rudolf: Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945. Sozialökonomische Ursprünge ihrer Ideologie und Politik. Wien 1974. Dritte Auflage 1978, S. 169.
- 71) Wanner (Anm. 2), S. 98.
- 72) Ebenda.
- 73) Ebenda, S. 89.
- 74) Ebenda, S. 92.
- 75) Ebenda, S. 95 ff.
- 76) Vgl. Hammerle (Anm. 2).
- 77) Vgl. Holtmann, Everhard: Zwischen Unterdrückung und Befriedung. Sozialistische Arbeiterbewegung und autoritäres Regime in Österreich 1933-1938. Wien 1978, S. 232 ff.
- 78) Hindels, Josef: Österreichs Gewerkschaften im Widerstand 1934-1945. Wien 1976, S. 123.
- 79) Ebenda, S. 126 ff.
- 80) VV, 7.5.37.
- 81) Ebenda.
- 82) VV, 9.12.36.
- 83) Bericht des Sicherheitsdirektors für Vorarlberg an das Bundeskanzleramt/Generaldirektion für öffentliche Sicherheit, 23. Jänner 1937, Zl. 140/1-SD; DÖW 6467.
- 84) Ebenda.
- 85) Ebenda.
- 86) VV, 18.9.36, und Chronik des Gendarmeriepostens Ludesch.
- 87) Ebenda.
- 88) Chronik des Gendarmeriepostens Ludesch.
- 89) Brändle u.a. (Anm. 5), S. 77.
- 90) LGF Vr 6/36, Bericht des Polizeikommissariats Innsbruck, 6.4.35.
- 91) Holtmann (Anm. 77), S. 241.
- 92) Ebenda, S. 241 f.
- 93) Ebenda, S. 243.
- 94) Hindels (Anm. 78), S. 175 ff.
- 95) Holtmann (Anm. 77), S. 244.
- 96) VW 13.1.38.
- 97) Ebenda.
- 98) VW, 17.1.38.
- 99) VW, 12.2.38.

- 100) VW, 18.2.38.
 101) VW, 7.3.38.
 102) VW, 10.3.38.
 103) Holtmann (Anm. 77), S. 81.
 104) Greussing (Anm. 5), S. 131; Brändle u.a. (Anm. 5), S. 38 ff. Zur Entwicklung der Linken in der SDAPÖ und zur Gründung der RS allgemein vgl. Holtmann (Anm. 7) und Pelinka, Peter: Erbe und Neubeginn. Die Revolutionären Sozialisten in Österreich 1934-1938. Wien 1981, sowie West, Franz: Die Linke im Ständestaat Österreich. Revolutionäre Sozialisten und Kommunisten 1934-1938. Wien 1978.
 105) Greussing (Anm. 5), S. 130 f.
 106) Ebenda, S. 133 f.
 107) Ebenda.
 108) Beispiele bei Greussing (Anm. 5) und Brändle u.a. (Anm. 5).
 109) Brändle u.a. (Anm. 5), S. 64.
 110) Greussing (Anm. 5), S. 131.
 111) Ebenda, S. 132.
 112) Vgl. West und Pelinka (Anm. 104). Ein Exemplar der in Österreich illegal verbreiteten Broschüre von Gustav Richter (= Josef Buttinger); Die legalen Arbeiterorganisationen und der Sozialismus in Österreich, wurde in Vorarlberg von der Polizei gefunden.
 113) Greussing (Anm. 5), S. 134, und Egger, Gernot: Vorarlberg und die Republik in Spanien 1936-1939. In: Pichler, M. (Hg.): Nachträge (Anm. 5), S. 156-190.
 114) Brändle u.a. (Anm. 5), S. 84.
 115) Ebenda, S. 85 ff.
 116) Pelinka (Anm. 104), S. 249.
 117) VW, 3.5.32.
 118) VW, 3.11.32; VV, 7.11.32: 2.556 Stimmen.
 119) Wanner (Anm. 7), S. 1024.
 120) Frommelt (Anm. 2), S. 12 ff.; Brändle u.a. (Anm. 5), S. 25 f.; Wanner (Anm. 2), S. 68.
 121) Hautmann/Kropf (Anm. 70), S. 161.
 122) Brändle u.a. (Anm. 5), S. 99.
 123) Gendarmeriechronik des Postens Gaschurn, 9.2. bis 30.4.1933; Wanner (Anm. 2), S. 71; Brändle u.a. (Anm. 5), S. 27 f.
 124) DÖW o.Nr. 1934.
 125) DÖW o.Nr. 1934; Brändle u.a. (Anm. 5), S. 105.
 126) LGF Vr 574/36 und Brändle u.a. (Anm. 5), S. 119.
 127) LGF Vr 935/34.
 128) Brändle u.a. (Anm. 5), S. 109.
 129) LGF Vr 935/34.
 130) Bericht der Sicherheitsdirektion an das Bundeskanzleramt/Generaldirektion für öffentl. Sicherheit, 10.11.34, Brändle u.a. (Anm. 5), S. 110.
 131) Ebenda, S. 110 ff., und LGF Vr 6/36.
 132) Ebenda, S. 114 ff.
 133) Vgl. Egger (Anm. 113).
 134) LGF Vr 913/37.
 135) Z.B. Karl Schoch, DÖW 8143.

„Deutsches Leben heißt Arbeit“¹

Arbeiteropposition in Vorarlberg während der NS-Zeit

Meinrad Pichler

Als die NSDAP zur Macht gelangt war, hatte sie eines ihrer größten Probleme mit der Einlösung jener Versprechungen, die allen möglichen Bevölkerungsgruppen gegeben worden waren. Denn diese Versprechungen schlossen sich gegenseitig weitgehend aus: So wurde etwa gleichzeitig dem Großkapital ungehinderte Expansion und den Kleinunternehmern Schutz davor angekündigt; den Bauern versprach man Entschuldung und den Junkern die Garantie ihrer Privilegien; die Aufforderung zu höchster Arbeitsleistung gesellte sich zu einer Propaganda, die die Rechte der Arbeitnehmer zu schützen versprach; und während die Rationalisierung der industriellen Produktion vorangetrieben wurde, machte man die Ankündigung einer sprunghaften Vermehrung von "Arbeit" zum attraktiven Mittelpunkt der Argumentation gegenüber der Arbeitnehmerschaft.

Daß der Faschismus all diese Ankündigungen nicht verwirklichen und die geweckten Hoffnungen nicht erfüllen konnte, ist alleine schon auf ihre Widersprüchlichkeit zurückzuführen. Hier soll nun ein kurzer Einblick in das Spannungsfeld nationalsozialistischer Arbeitnehmerpolitik in der Vorarlberger Betriebswirklichkeit gegeben werden: Wie verhielt sich der ursprünglich und lange propagierte Anspruch eines "nationalen Sozialismus" zur Wirklichkeit?

Aus einschlägigen Studien (2) wissen wir heute, daß gerade die Gestaltung des Verhältnisses zur Arbeiterschaft und deren politische Organisierung innerhalb der NSDAP lange sehr umstritten waren. Schließlich setzten sich jene Kräfte durch, die an die Stelle der traditionellen Arbeitnehmervertretungen eine gleichge-

schaltete Organisation, die Deutsche Arbeitsfront (DAF), setzten. Sie war um die wesentlichsten Rechte der früheren Gewerkschaften - etwa Tarifautonomie, Streikrecht, Urwahl, Selbstorganisation, um nur das Grundsätzlichste zu erwähnen - amputiert. Im Gleichschritt mit dem Abbau der Arbeitnehmerrechte wurde die Macht der Unternehmer durch die Installierung des Führerprinzips in den Betrieben gestärkt.

"ARBEIT UND BROT"? (3)

Diese Neuordnung war in Deutschland bereits durchgeführt, als im März 1938 Österreich dem nationalsozialistischen Deutschland einverleibt wurde. Weil außerdem der Austrofaschismus in der Zerschlagung unabhängiger Arbeitnehmerorganisationen schon weitgehende Vorarbeit geleistet hatte und die illegalen nationalsozialistischen Kader auf den Tag der Machtübernahme in den wichtigsten Betrieben gut vorbereitet waren, vollzog sich die Umstellung der österreichischen Betriebe auf die neuen Gegebenheiten größtenteils reibungslos und rasch.

Für jene Teile der Arbeiterschaft, die dem Nationalsozialismus unkritisch gegenüberstanden, präsentierte sich der Beginn der "neuen Zeit" recht vielversprechend. Noch im Jahre 1938 wurde die Arbeitslosigkeit faktisch beseitigt; in Vorarlberg gelang das anfänglich fast zur Gänze mit der Mobilisierung jener Kapazitäten, die in der Textilindustrie nicht ausgelastet gewesen waren. F.M. Rhomberg beispielsweise vergrößerte die Belegschaft im Zeitraum vom 12. März bis zum 12. Dezember 1938 von 680 auf 1003 "Gefolgschaftsmitglieder" (4). In den meisten Dornbirner Textilunternehmen standen diesen Neueinstellungen im März 1938 aber bereits Entlassungen gegenüber, und zwar jener Leute, die auf Druck der Vaterländischen Front zwischen 1935 und 1938 hatten beschäftigt werden müssen (5). Diese durchwegs christlichsozialen Arbeiter wurden dann ins "Altreich" oder zu den Baustellen der Illwerke "dienstverpflichtet" (6).

Solche erste Zwangsmaßnahmen wurden noch weitgehend verdeckt von der lauten und plakativen Propaganda, die gerade auf dem Gebiet der Betriebs- und Arbeitnehmerpolitik inszeniert wurde. Was den Nationalsozialismus von allen bisherigen Systemen angeblich unterschied, war die "Betriebsgemeinschaft": Sie sollte den "nur künstlich geschaffenen Gegensatz zwischen dem Arbeiter der Faust und dem Arbeiter der Stirn, zwischen dem Angestellten



*"Tief verankerte Führer- und Gefolgschaftstreue im Arbeitsleben":
Jugendappell bei F.M. Hämmerle in Dornbirn-Steinebach, Juni 1940*

und dem Unternehmer für immer verschwinden" (7) lassen; in ihr würde es trotz einer strengen Hierarchie nur noch "Arbeitskameraden" geben, die von einem in den Führerstand erhobenen Unternehmer befehligt wurden. Und "so wie der Führer des Betriebes für das Wohl seiner Gefolgschaft zu sorgen hat, so haben diese dem Betriebsführer die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten. Die tief in den deutschen Menschen verankerte Führer- und Gefolgschaftstreue hat damit endlich auch im Arbeitsleben ihren Niederschlag gefunden" (8).

Daß ihr Wohl in diesen fremden nicht gerade in den besten Händen war, mußten zahlreiche Arbeiter bald erfahren – besonders da sie auch vom obersten "Treuhandler der Arbeit" (9) wenig Schutz zu erwarten hatten.

Was dem Arbeiter an frei verfügbarer Zeit verblieb, versuchte die DAF zu verwalten. Nur noch "der Schlaf (sei) Privatsache", "die Zeit, wo jeder tun und lassen konnte, was er wollte, (sei) vorbei", meinte bereits 1938 der oberste Chef der DAF, Robert Ley (10). So sollte denn ein nie dagewesener Aktionismus den Arbeiter erst gar nicht mehr zur Besinnung kommen lassen: Appelle,

politische Schulungen, gemeinsame Feierabendgestaltung, Urlaubsfahrten und Sportveranstaltungen, Luftschutzübungen, Schießabende und Flickstunden standen auf dem Programm. Die Eifrigsten hatten auch noch Parteiarbeit zu leisten und bei allen möglichen Gelegenheiten mit der Sammelbüchse zu klimpern.

Daß die Arbeiterschaft sich diesem totalen Zugriff auf das Privatleben sehr früh widersetzte, zeigt ein Beispiel aus der Firma Ganahl & Co. in Feldkirch. Dort hatte der Betriebsführer im Mai 1939 die Belegschaft zu einem sonntägigen Fahrradausflug ins Montafon eingeladen, wobei sich ganze 13 Personen beteiligten. Als im Monat darauf ein "Redner aus Deutschland" anlässlich eines Betriebsappells den "unehrenhaften" Alkoholkonsum bei diesem Ausflug rügte und gar drohte, solche Vorkommnisse könnten in Zukunft zu Kündigungen führen, bemerkten einige Arbeiter, "Ganahl habe beim letzten Ausflug selbst am besten geladen gehabt" (11).

Bei F.M. Hämmerle in Dornbirn-Steinebach sah sich Kreisleiter Plankensteiner persönlich veranlaßt, einen Betriebsappell abzuhalten - "zum ersten male, leider ist es ein trauriger Anlaß. ...



Verwaltung der Freizeit: der im Oktober 1939 eingerichtete Schießstand in der Spinnerei Gütle der Fa. F.M. Hämmerle, Dornbirn

Eine verhetzte Arbeiterin wußte nichts besseres zu tun, als nach Dumme-Jungen-Art die Wände zu beschmieren; daß sie sich dabei mit der Person des Führers befaßte, verschärfte die Sachlage" (12). Was die Arbeiterin zur "Person des Führers" an die Wand geschrieben hatte, ist nicht bekannt; jedenfalls dürfte es mehr Beachtung gefunden haben als jenes Beispiel deutscher Reimkunst, mit dem die Betriebsleitung eine Fabrikwand geziert hatte:
"Freude am Leben, Freude am Weben,
hat uns der Führer wieder gegeben!" (13)

Die "Freude am Weben" war den meisten Textilarbeitern schon dadurch getrübt, daß die Löhne fürs "Weben" in der "Ostmark" noch schlechter waren als in Österreich. "Früher betrug mein Monatseinkommen 150-160 Schilling, bei Hitler 1938-1939 erreichte mein Gehalt oft nur mehr 90-100 Mark im Monat. 1937 machten die gesamten Abzüge 11 Schilling, also 7 Mark, 1938 dagegen 24 Mark." So sah die Realität - nicht nur - des Stoffdruckers Josef Wieland aus Dornbirn aus, wie er sie in einem Bericht im Jahre 1946 festhielt (14).

Auch den aufmerksameren Nationalsozialisten war klar, daß eine Beruhigung der Arbeiterschaft allein durch Propaganda nicht zu erreichen war, sondern daß höhere Leistungsanforderungen mit materieller Besserstellung entgolten werden mußten. So appellierte beispielsweise der Ortsgruppenleiter von Lauterach am 2.10.1939 an die Bregenzer Kreisleitung, der für die nächste Parteiveranstaltung angekündigte Redner möge unbedingt "auf das momentane Haupt-Thema der Arbeiter" eingehen und erklären, daß "die hohen Abzüge und niedrigen Löhne nur vorübergehende Erscheinungen" (15) seien.

Daß dem nicht so war, zeigte allerdings die Entwicklung der folgenden Jahre, in denen ausschließlich die Lebenshaltungskosten und Lohnabzüge stiegen. Der schon einmal zitierte reichsdeutsche Appell-Redner in der Firma Ganahl war da schon deutlicher, wenn er den dortigen Arbeitern zurief: "Wir haben euch in der Ostmark nicht Kalbfleisch, Ochsenfleisch und Kaffee versprochen, sondern Arbeit und Brot und das habt ihr" (16).

Aber selbst diese Ankündigung war zu hoch gegriffen. Als der erste industrielle Aufschwung, der besonders einen Nachholbedarf an Bedarfsgütern abgedeckt hatte, durch die völlige Umstellung der deutschen Volkswirtschaft auf den Krieg verebbte (17), war auch für die Vorarlberger Textilindustrie nicht nur das Ende der Expansion gekommen; ab Mitte 1939 begann sogar ein bis Kriegsende anhaltender Schrumpfungsprozeß (18). Dabei überlebten nur jene Textilunternehmen, denen es früh genug gelungen war,

Wehrmachtsaufträge und damit auch Rohstoffe zu erhalten. Eine Delegation von Vorarlberger Unternehmern war deshalb extra im Berliner Reichswirtschaftsministerium vorstellig geworden, weil sich "bei Kriegsausbruch herausstellte, daß für die Vorarlberger Textilindustrie keinerlei kriegswichtige Aufträge vorgesehen waren, so daß der größte Teil der Arbeiterschaft nach Oranienburg bei Berlin in Rüstungsbetriebe hätte verschickt werden sollen" (19).

Wenngleich diese Aussage – was die Zukunft der Vorarlberger Arbeiterschaft betraf – überzogen gewesen sein dürfte, deutet sie doch auf die "halbkoloniale Stellung der Ostmark" (20) hin. Diese zeigte sich am deutlichsten in der Zwangsverschickung österreichischer Arbeitskräfte, wovon noch die Rede sein wird. Tatsache ist, daß es infolge der Benachteiligung der Textil- und Lebensmittelindustrie zugunsten kriegswichtiger Produktion bereits Ende 1939 zu Kurzarbeit kam und daß in diesem Zusammenhang

III SUCHARD A.-G., SCHOKOLADENWERKE, BLUDENZ/VORARLBERG

FABRIKGRÜNDUNG IM JAHRE 1888 IN BLUDENZ

Herrn
Peter Tomaselli
Bludenz.

TELEGRAMMSCHLÜSSEL: BLUDENZ 11 UND 114
TELEGRAMMSCHRIFT: SUCHARD BLUDENZ
POSTSCHECKKONTO: WIEN 33844

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Ihrer Zeichen
AK/EM

BLUDENZ/Vorarlberg
5. Oktober 1939.

Wir teilen Ihnen mit, dass Sie auf Grund der von Ihnen gemachten Äußerungen, mit heutigem Tage über Veranlassung der Kreisleitung der NSDAP und mit Bewilligung des Arbeitsamtes fristlos entlassen sind.

Die Abrechnung überreichen wir Ihnen anbei. Ihr Erscheinen heute nachmittag an der Betriebsstätte ist nicht mehr nötig.

Heil Hitler!
Suchard-Schokolade
Gesellschaft m. b. H.
M. Huber

Entlassungsschreiben für den Arbeiter Peter Tomaselli: "Das verdanken wir dem Führer."

auch in Vorarlberg erstmals mit Hilfe der Gestapo innerhalb einiger Betriebe die "Disziplin" aufrechterhalten werden mußte. So wurde beispielsweise der Arbeiter Peter Tomaselli von der Betriebsleitung der Firma Suchard fristlos entlassen und bei der Gestapo angezeigt, nachdem er die Ankündigung der Kurzarbeit mit der lapidaren Feststellung: "Das verdanken wir dem Führer" kommentiert hatte (21). Auch bei F.M. Rhomberg in Dornbirn gab es Kurzarbeit und Gestapo-Interventionen (22).

In einigen Betrieben ließ sich bald auch durch Kurzarbeit der Auftragsrückgang nicht mehr ausgleichen. Am dramatischsten war der Einbruch bei der Firma Schoeller in Bregenz, wo der Personalstand zwischen dem 31.8.1939 und dem 31.12.1940 von 670 auf 320 Belegschaftsmitglieder reduziert wurde (23). Mit der Verringerung der Arbeitsplätze ging auch die weitere "Verweiblichung" in der Textilindustrie einher: Von den Männern wurden nicht nur immer mehr zur Wehrmacht eingezogen, auch "Dienstverpflichtungen" in die unbeliebteren Branchen der Bau- und Metallindustrie nahmen zu. Im Zuge dieser Zwangsverschickungen erwuchs dem System allerdings eine erhebliche Opposition, die es auf dem Wege gerichtlicher Abstrafungen zu bekämpfen versuchte. Aus einem größeren Kontingent von Vorarlberger Arbeitern, die im Mai 1940 an eine Baustelle der Luftwaffe bei Oldenburg abkommandiert wurden, waren beispielsweise bereits im Juli '50 rechtswidrig in ihre Heimat zurückgekehrt" (24). Selbst nach mehrfachen Aufforderungen und Drohungen von seiten des Arbeitsamtes verweigerten 21 Arbeiter die Rückreise nach Oldenburg, was Verurteilungen in der Höhe zwischen zwei und vier Monaten Gefängnis zur Folge hatte (25).

Noch größere Aufregung und Widersetzlichkeit verursachte die systematische Verschickung junger Mädchen in Rüstungsbetriebe des "Altreiches", wo sie meist für ein Jahr unter schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen ihren "Dienst" abzuleisten hatten (26). Die Widerstände kamen dabei nicht nur aus den Reihen der Dienstverpflichteten selbst, sondern auch von den Eltern, die sich teilweise weigerten, ihre Töchter "verschicken" zu lassen. Allein im März 1940 waren 20 Mädchen "wegen Verweigerung der Abreise nach Berlin im Gefängnis in Feldkirch" (27). Im Februar 1940 wurde erstmals ein Vater aus Hohenems, Parteigenosse sogar, zu einem Monat Gefängnis verurteilt, weil er in einem Telegramm seine Tochter zum Verlassen des Berliner Arbeitsplatzes animiert hatte (28).

Gerade im Hinblick auf diese Zwangsverschickungen wird deutlich, daß das NS-System mit seinem Propagandaapparat nahezu

wirkungslos blieb, wenn existentielle Interessen großer Bevölkerungsgruppen bedroht waren. In allen Kreisen der Arbeiterschaft wußte man über die wahren Zustände in den Berliner Rüstungsbetrieben. Da klingen die Worte des DAF-Betriebsobmannes von F.M. Hämmerle fast hilflos, wenn er unter dem Titel "'Berlin' einmal anders gesehen" den Brief einer ehemaligen Hämmerle-Arbeiterin in der Betriebszeitung mit dem Vorspann versieht, "es sei soviel über diese Dienstverpflichtungen geredet worden, daß es vielleicht nicht schaden wird, einmal ein tapferes junges Mädels mit unverdorbenem Anschauung zu Worte kommen zu lassen" (29). Das Positivste, was sich - abgesehen von einigen standardisierten Phrasen wie "Pflichterfüllung" - das "tapfere Mädels" zum persönlichen Befinden abringen konnte, war, daß es ihr "ziemlich gut" gehe (30). Angesichts der Verschickungsrealität hatte es offensichtlich selbst den bisher einfallsreichsten Propagandisten die Sprache verschlagen.

Es wurde für die Funktionäre denn auch immer schwieriger, die arbeitsrechtlichen Verschlechterungen und die Einkommenseinbußen gegenüber der betroffenen Arbeiterschaft zu rechtfertigen. Vom ideologischen Futter konnten die Arbeiter nicht mehr satt werden, zumal ab 1940 auch noch die Lebensmittel rationiert wurden. Hatte der Österreicher im Durchschnitt 1935 jährlich 110 kg Brot und 43 kg Fleisch verzehrt, standen ihm 1940/41 nur noch 92 kg bzw. 26 kg zu (31). Die "Arbeit und Brot" zu bringen versprochen hatten, holten Arbeitskräfte und gaben Brotmarken aus.

"SOLDATEN DER ARBEIT"

Zur Aufrechterhaltung und Steigerung der Arbeitsdisziplin organisierten die nationalsozialistischen Machthaber die Arbeitswelt nach militärischen Mustern. Diese Schritte wurden inhaltlich durch gesetzgeberische Maßnahmen vollzogen, die ausschließlich zu Lasten der Arbeitnehmer gingen. Nach außen entsprach solchen Maßnahmen eine Neuregelung des gleichgeschalteten Sprachgebrauchs.

Seit dem Mai 1942 durften entsprechend der "Verordnung über die Sicherung des Gefolgschaftsstandes in der Kriegswirtschaft" Arbeitsverhältnisse nur noch durch das Arbeitsamt gelöst werden (32), dazu kamen "Verordnungen zur Lenkung des Arbeitseinsatzes" ebenfalls durch die Arbeitsämter. Ab Ende 1943 konnten "Vergehen der Arbeitsverweigerung und Arbeitsbummelei" in "ver-

Lied der Textilwerke Schindler & Cie.

Worte von Akm. Maria Oster, vertont von Akm. Dominik Steffani.

Wo unsere Heimat eng umschließt ein alpenreiches Tal,
Vom Gebhardsberg die Sonne grüßt im letzten Abendstrahl,
Zu seinen Füßen rauscht die Ach im Silberband vorbei,
Dort steht im schönen Kennelbach ein Werk so hehr und frei,
Da bringt unser Wahlspruch der Jugend das Glück,
Vorwärts, aufwärts das Herz und den Blick,
Denn wir sind die Träger der Industrie
Textilwerke Schindler und Compagnie.

Dort wo in deutscher Einigkeit wir im Betriebe steh'n,
Im raschen Strome dieser Zeit sich Räder ruhlos dreh'n,
Da deutscher Fleiß und deutsche Kraft in unsern Herzen lebt,
Die unermüdlich Großes schafft, den Industriezweig hebt.
Da klingt unser Wahlspruch, wie stolze Musik
Vorwärts, aufwärts das Herz und den Blick,
Denn wir sind die Träger der Industrie
Textilwerke Schindler und Compagnie.

Wenn wir uns von des Tages Hast und Arbeit ruhen aus,
Ist weit geöffnet froh zur Rast uns das Gefolgschaftshaus,
Hier wird die deutsche Kunst gepflegt, Theaterspiel, Musik,
In Kameradschaft eng vereint, statt Sorgen ist hier Glück.
Da dringt unser Wahlspruch durch deutsches Geschick
Vorwärts, aufwärts das Herz und den Blick,
Denn wir sind die Träger der Industrie
Textilwerke Schindler und Compagnie.

Typisches Beispiel der NS-Betriebshymnik: betriebliche Festkultur im Dienste der Kriegsproduktion

einfachten und beschleunigten Verfahren" geahndet werden - mit Haftstrafen bis zu einem halben Jahr (33). Dazu kam 1943 die Einführung der "Meldepflicht arbeitsfähiger Frauen" bis zum Alter von 45 Jahren - 1944 wurde die Grenze auf 50 hinaufgesetzt (34), und im August 1944 der Erlaß zur "Auflösung aller Schein-arbeitsverhältnisse zur Annahme kriegswichtiger Beschäftigungen" (35). Damit waren die Arbeitsämter den Wehrmeldeämtern gleichgestellt und mit der Rekrutierung der letzten Arbeitskräftereserven beauftragt. Mit der Ausweitung der Rüstungsindustrie auch in Vorarlberg erhielt das Arbeitsamt das Recht, Dienstverpflichtungen innerhalb des Landes vorzunehmen.

Trotz der verstärkten Praxis, Vergehen im Bereich des Arbeitsrechts zu kriminalisieren, und trotz häufiger Aburteilungen durch die Justiz scheinen den Machthabern und der Industrie Arbeitstempo und -disziplin nicht hoch genug gewesen zu sein. Mit Kriegsbeginn war jedenfalls auch noch die Gestapo initiativ geworden, "indem sie sich grundsätzlich für alle Fälle der Arbeitsverweigerung zuständig erklärte" (36). Für den SS-Bereich Tirol-Vorarlberg war zur Disziplinierung von Arbeitern das "Arbeitserziehungslager" Reichenau bei Innsbruck eingerichtet worden (37). Die hiesigen Unternehmer scheinen jedoch die Abstrafung durch die Justiz bevorzugt zu haben, da ihnen die Arbeitskräfte auf diese Weise wieder schneller zur Verfügung standen. In größeren Betrieben, etwa den Illwerken, wurden eigene "Abwehrorganisationen" installiert (38), die besonders Sabotageakte verhindern oder aufdecken sollten.

Ziel all dieser Maßnahmen war es, mit immer weniger und minder qualifizierten Arbeitskräften die industrielle Kriegsproduktion zu steigern. Um zunehmende Leistungen und Opfer - dazu gehörte auch die Einführung der 60-Stunden-Woche (39) - verlangen zu können, wurden von der Propaganda stets die soldatischen Tugenden als vorbildlich hingestellt: Der "Soldat an der Maschine" sollte wie der im Felde zur Selbstaufgabe bereit sein. "Wir beginnen die große Offensive an den Werkbänken" (40), tonte eine Werkszeitschrift, als die "äußere und innere Front" sich bereits nach hinten bewegte.

So mußte innerhalb kurzer Zeit die "Betriebsgemeinschaft" zur "betrieblichen Kampfeinheit" (41) umgeschmiedet werden, aus der "Schönheit der Arbeit" wurde ein "wehrhaftes Arbeiten" (42). Angesichts der Kriegsnotwendigkeiten verzichtete nun das System auf alle ehemals gepriesenen sozialen Dekorationen und schritt zur ungeschminkten Ausbeutung der Arbeitskraft. Welcher heftige Wind den Arbeitern besonders seit dem Angriff auf die Sowjetunion



*Von der "Betriebsgemeinschaft" zur "betrieblichen Kampfeinheit"
- Aufruf zum Arbeitseinsatz für das "Winterhilfswerk" bei
Herrburger und Rhomberg 1942/43*

entgegenblies, illustrieren einige Sätze aus einer Rede des Betriebsführers von F.M. Rhomberg im Jänner 1942:

"Ich könnte die Zahl der Fälle solcher unbegründeter Arbeitsversäumnisse beliebig fortsetzen. Ich müßte dann noch von den Versäumnissen wegen Kopfweh und anderen nicht als Krankheiten zu wertenden Unpäßlichkeiten erzählen. ... Jetzt aber sind wir dort angelangt, wo es keine Rücksichten mehr geben darf. Jede versäumte Arbeitsstunde bedeutet nicht gelieferte Ware. ... Nie-

mand kann sich darauf berufen, daß er zu wenig zu essen hätte. Daß es nicht zu viel ist, wissen alle. ... Unsere Arbeitszeit ist teilweise bis auf weiteres - weil notwendig - erhöht worden. Auch das ist erträglich. ... Auffällig ist, daß die von jungen und jüngeren Gefolgschaftsangehörigen versäumte Arbeitszeit wesentlich höher ist, als die der älteren oder gar alten Gefolgschafter. ... Wenn ich jetzt von jenen Gefolgschaftsangehörigen, die noch nicht in Ordnung sind, verlange, daß sie sich auf den Ernst der Lage besinnen, dann tue ich dies mit gutem Recht, zugleich aber mit der klaren Absicht, niemand in Zweifel zu lassen, daß für faule Ausreden keine Zeit mehr ist" (43).

Auch bei F.M. Hämmerle wurde zu Jahresbeginn 1942 die "Ausmerzung aller Fehlzeiten und Verlustzeiten, wie sie sich leider in einer unerträglichen Höhe eingeschlichen haben" (44), angekündigt. Diese deutlichen Worte zeigen - neben der Unternehmerposition - die verbreitetste Art der Opposition gegenüber den ständig steigenden Leistungsanforderungen, nämlich die dosierte Abwesenheit vom Arbeitsplatz. Für ältere Arbeiter, die schon längst und unter härtesten Bedingungen "durch die Schule industrieller Arbeit diszipliniert" (45) waren, kam diese Art der Verweigerung offensichtlich weniger in Frage. Viele von ihnen hatten im Laufe der Betriebszugehörigkeit eine starke Identifikation mit ihrem Betrieb entwickelt und fühlten sich in einer Art Treueverhältnis gegenüber den - besonders in Dornbirn - patriarchalischen Unternehmern.

Anders die Jüngeren. Die Gerichtsakten bestätigen den Befund, daß jüngere Arbeiter weit öfter wegen "Arbeitsverweigerung und Arbeitsbummelei" verurteilt wurden als ältere. Die Gruppe aber, gegen die das Feldkircher Gericht und auch die Bregenzer Gestapo am häufigsten wegen dieser Vergehen einschritten, waren die Frauen. Sie setzten sich gegen ihre zwangsweise Eingliederung in die Industriearbeit oft mit Vehemenz zur Wehr - von 14 mir bekannten einschlägigen Verurteilungen betreffen 10 Frauen. Neben diesen meist individuellen Verweigerungen gab es zahlreiche andere Formen von Widersetzlichkeit, die vom Beschädigen von Werkzeugen (46) und der Verlangsamung des Arbeitsablaufes bis zur organisierten Herstellung von Ausschußware reichten (47). In den meisten Fällen konnten diese kleineren Sabotageakte ihren Urhebern glücklicherweise nicht nachgewiesen werden.

**"...WENN DIE EINSTELLUNG DES SCHAFFENDEN NICHT
WELTANSCHAULICH IM NATIONALSOZIALISMUS VERWURZELT IST" (48)**

Trotz der Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung und trotz der weltanschaulichen Erziehung durch Partei und DAF ist es dem Nationalsozialismus zu keiner Zeit gelungen, auch das frühere Gedankengut aus allen Arbeiterköpfen zu tilgen. So waren es besonders katholische und zur Linken gehörige Arbeiter, die von den Nazis als stete Unruhestifter gefürchtet wurden. Obwohl mittlerweile ohne Rückhalt in einer gewerkschaftlichen oder politischen Institution (49), ließen sie sich vom grellen Licht der nationalsozialistischen Propaganda nicht blenden und scheuten sich nicht, die Mechanismen und Konsequenzen der NS-Politik am Arbeitsplatz zu thematisieren.

Das Jahr 1938 scheinen die Nazis der Absetzung der alten Eliten, der Sicherung der eigenen Positionen und der "Umerziehung" gewidmet zu haben. Wer nun die "Qualitäten" des neuen Systems noch nicht zu würdigen wußte, mußte mit schärfsten Sanktionen rechnen. Und besonders aus den Betrieben wollte man "Hetzer und Meckerer" entfernt sehen (50). Politische Gespräche in den Betrieben sollten sich auf die vorgestanzten Parolen beschränken. Sozialismus durfte nur noch im Zusammenhang mit "National-" gebraucht, christlichsozial konnte nur noch als etwas historisch Überwundenes erwähnt werden, und Moskau war bestenfalls ein strategisches Ziel.

So stammte denn 1939 die überwiegende Zahl der politisch Verfolgten aus den Reihen der Industriearbeiterschaft, wobei der größere Teil der Verhafteten und Deportierten im weitesten Sinne dem linken Lager zuzuordnen ist. Den christlichsozialen Arbeitern fiel offensichtlich das Schweigen im Betrieb leichter: Als Katholiken hatten sie im Umfeld der Kirche eine relativ geschützte Öffentlichkeit, in der sie ihren Unmut über das System artikulieren konnten. Außerdem waren viele von ihnen im Dorf oder in der Stadt gesellschaftlich besser verankert als etwa die meisten Kommunisten, und diese Verankerung bot oft nicht unbeachtlichen Schutz. Den Sozialisten und Kommunisten hingegen waren mit den politischen auch die sozialen Zusammenhänge zerstört worden. Ihre einzige Öffentlichkeit bildeten nun der Arbeitsplatz und das Gasthaus. Das waren die Orte zur oppositionellen Agitation, da machte man sich Luft. Daß hier die Wahrscheinlichkeit, denunziert zu werden, weit höher war als beispielsweise in einer Kirchplatzrunde nach der Sonntagsmesse, liegt von der Mischung des Publikums her auf der Hand. Die Quellen bestätigen

diesen Befund insofern, als fast allen Verurteilungen und KZ-Deportationen von Arbeitern – soweit bekannt – politische "Delikte" zugrunde liegen, die sich am Wirtshaustisch oder am Arbeitsplatz ereignet hatten. Daß die Chancen, wegen "staatsfeindlicher Äußerungen" angezeigt zu werden, in den einzelnen Betrieben unterschiedlich hoch waren, soll dabei nicht unerwähnt bleiben. Der einzige "NS-Musterbetrieb" unseres Landes – F.M. Rhombert – war jedenfalls auch in dieser Hinsicht "vorbildlich" (51).

Die härtesten Terrormaßnahmen wandte der NS-Staat dort an, wo er Gruppenbildungen ortete oder wo er in wirtschaftlich vorrangigen Bereichen die einheitliche politische Ausrichtung gefährdet sah. Dazu zwei Beispiele:

Als die Gestapo zu Beginn des Jahres 1940 bemerkte, daß es dem Dornbirner Schlosser Wilhelm Himmer gelungen war, im Jahre 1939 etwa 100 Arbeiter anzusprechen und teilweise für eine Widerstandsgruppe anzuwerben, hielt sie ein exemplarisches Durchgreifen für angebracht. Zwei volle Jahre wurde nun recherchiert, um ja auch der letzten Ausläufer dieses Netzes habhaft zu werden. 1942 wurde Himmer in Berlin hingerichtet, seine engsten Vertrauten Arthur Sohm und Hilar Paterno wurden im KZ Mauthausen umgebracht, die Gattin Elsa Himmer zu 12, Josef Wieland zu 7 und Johann Gutensohn zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt (52). In vier Folgeprozessen wurden neun weitere Arbeiter zu Haftstrafen zwischen sechs Monaten und drei Jahren verurteilt. Dieser bis 1945 brutalste Schlag von Gestapo und Justiz gegen eine Gruppe dürfte die geplante abschreckende Wirkung nicht verfehlt haben.

Das andere Beispiel: Der Bau des Illwerke-Staudamms Obervermunt war im Vierjahresplan für die Ostmark zu den Projekten höchster Dringlichkeit gereiht worden (53). An dieser Baustelle waren ab 1940 etwa 90% der Arbeitskräfte Fremdarbeiter und Kriegsgefangene. Es gab größte Probleme, unter diesen – zeitweise 5.000 – Ausländern die Arbeitsdisziplin, ja überhaupt das Sklavenhaltersystem, aufrechtzuerhalten. Von den wenigen einheimischen Facharbeitern wurde deshalb besondere Härte gegenüber den Fremden, vorbildliche Arbeitshaltung und eindeutige politische Ausrichtung gefordert (54). Als der aus Hohenems stammende Mechaniker Johann Seewald jedoch ab 1943 immer häufiger seiner oppositionellen Haltung Ausdruck verlieh, war er auf der Baustelle nicht mehr tragbar: Er wurde in einem "kurzen Prozeß" in München zum Tode verurteilt und am 11. Mai 1944 in Stadelheim hingerichtet (55).



Arthur Sohm, Mitglied der Dornbirner Widerstandsgruppe um Wilhelm Himmer, wurde im KZ Mauthausen umgebracht.

Im Zusammenhang mit dem Fall Seewald wird ein weiteres Problem der nationalsozialistischen Politik sichtbar: Es war der Propaganda nicht vollständig gelungen, den Arbeitern die "Notwendigkeit" der Diskriminierung ausländischer Arbeiter einsichtig zu machen. Deshalb die ständigen Belehrungen und Appelle, wie etwa die folgenden an die Belegschaft von F.M. Hämmerle:

"Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir es hier mit primitiven Menschen aus dem Osten zu tun haben. ... Es gibt deutsche Menschen, in denen das anfänglich armselige Äußere dieser Menschen aus dem Osten ein tiefes Mitgefühl hervorgebracht hat. Sie möchten daher die Ostarbeiterinnen ganz besonders in ihre Obhut nehmen, ja vor lauter Gefühlsduselei diesen Lebensmittel und sonstiges, das sie sich von ihrem eigenen Munde absparen, zustecken. Das ist vollkommen falsch. ... Es steht aber ein für allemal fest, daß eine allzu nachsichtige Behandlung zur Frechheit, Aufsässigkeit und Arbeitsunlust führt, weil die Ostarbeiterinnen in Nachsicht nicht zuletzt Schwäche zu erkennen glauben" (56).

Wer trotzdem Menschlichkeit über die Apartheid stellte, wurde im harmlosesten Fall mit Geldstrafen belegt; wo die Gestapo es aber für angebracht erachtete, kam es auch zur Deportation in Konzentrationslager. Besonders den Frauen versuchte man mittels härtester Strafen ihre Humanität auszutreiben. Mindestens fünf junge Arbeiterinnen aus Vorarlberg bezahlten ihre menschliche Haltung gegenüber Fremdarbeitern oder Kriegsgefangenen mit KZ-Haft (57). Die zahlreichen humanitären Gesten gegenüber diesen entrechteten Menschen sind nicht nur ein Beweis dafür, daß sich viele Arbeiterinnen und Arbeiter trotz heftigsten Druckes von der braunen Inhumanität nicht haben infizieren lassen; es sind auch Zeugnisse einer gelebten Solidarität, was in dieser Zeit offener Opposition gleichkam.

Arbeiteropposition gegen den NS-Staat artikulierte sich also in Vorarlberg - wie anderswo - vornehmlich in Form von Verweigerung, politischer Agitation und humanitärer Hilfe; auf alle Varianten reagierte das System mit Strafe und Terror. Etwa 40 Vorarlberger Arbeiterinnen und Arbeiter sind wegen solcher "Verbrechen" von der Justiz oder in einem Konzentrationslager zu Tode gebracht worden (58). Die großen Interessenvertretungen der Arbeiterschaft haben nach dem Ende der NS-Herrschaft an diese Tradition des Widerstands politisch kaum angeknüpft. Dabei könnte man an den beschriebenen Schicksalen am eindringlichsten ermessen, was Faschismus gerade für die Arbeiterschaft bedeutet: Rechtlosigkeit, Ausbeutung und Terror.

ANMERKUNGEN

- 1) Motto der Betriebsordnung (26.5.1939) der Wollgarn-Spinnerei Schoeller in Bregenz.
- 2) Z.B. Mason, Timothy W.: Sozialpolitik im Dritten Reich. Opladen 1978 (2. Auflage), S. 31 ff.; Schoenbaum, David: Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches. München 1980, S. 108 ff.
- 3) Vgl. Text bei Anm. 16.
- 4) Werkblatt der Betriebsgemeinschaft der Firma Franz M. Rhomberg, Dornbirn-Rankweil-Wien, 1/1939, S. 3.
- 5) Interview mit Andreas Bösch, Dornbirn, 26.8.1983.
- 6) Interviews mit den ehemals "Dienstverpflichteten" Otto Huber, Kehlegg, 24.8.1983, und August Weiß, Dornbirn, 4.3.1983.
- 7) Vorwärts Aufwärts. Betriebszeitung der Textilwerke Schindler & Cie., Bregenz-Kennelbach, 2/1940, S. 8.
- 8) Dreihammer. Werkszeitschrift der Betriebsgemeinschaft F.M. Hämmerle, Dornbirn-Feldkirch, 6/1939, S. 49.
- 9) Der "Reichstrehänder der Arbeit" war eine personalisierende Bezeichnung für die staatliche Arbeitsmarktverwaltung.
- 10) Zit. nach Schoenbaum (Anm. 2), S. 146.
- 11) DÖW 10.906.
- 12) Dreihammer (Anm. 8), 8/1939, S. 74.
- 13) Dreihammer (Anm. 8), 5/1939, S. 42.
- 14) Wieland, Josef: Politischer Bericht 1938-1945 (Dornbirn 1946). Kopie dieses handschriftlichen Berichts im Besitz des Autors.
- 15) Brief des Ortsgruppenleiters Alfred Bilgeri vom 10.2.1939 an den Kriegspropagandaleiter in Bregenz. StABr/Kreisamtsakten.
- 16) DÖW 10.906.
- 17) Vgl. Butschek, Felix: Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945. Stuttgart 1978, S. 46 f.
- 18) Bestes Beispiel ist hier die Firma Benger: Sie hatte noch 1939 umfangreiche Pläne zur Fabrikserweiterung vorgelegt, die aber 1941 endgültig begraben wurden. Vgl. Wilhelm Benger Söhne Bregenz: Anmeldung zum Leistungskampf der deutschen Betriebe 1941/42, S. 20 (maschinschr. Manuskript, VLA). Eine Statistik zur laufenden Verringerung des Personalstandes in der österreichischen Textilindustrie bietet Butschek (Anm. 17), S. 146.
- 19) Lebensbericht des Dr. Harald Eberl, seit dem Anschluß Leiter der Vorarlberger Industrie- und Handelskammer. VLA, Nachlaß Naumann, Schachtel 6.
- 20) Schausberger, Norbert: Rüstung in Österreich 1938-1945. Eine Studie über die Wechselwirkung von Wirtschaft, Politik und Kriegsführung. Wien 1970, S. 31.
- 21) StaBl 7/479.
- 22) Vgl. Wieland (Anm. 14).
- 23) Sozial-Bericht der Wollgarn-Spinnerei Schoeller Bregenz 1940, Beilage 3 (Personalstatistik).
- 24) LGF Vr 400/40.
- 25) LGF Vr 398, 399, 400/40.
- 26) Interview mit Frau Erna Bösch, Lustenau, 5.1.1984.

- 27) Stadler, Karl: Österreich 1938-1945 im Spiegel der NS-Akten. Wien 1966, S. 166.
- 28) LGF Vr 512/39.
- 29) Dreihammer (Anm. 8), 2/1940, S. 21 f.
- 30) Ebd.
- 31) Butschek (Anm. 17), S. 98.
- 32) Schausberger (Anm. 20), S. 95.
- 33) LGF 5E Vr 4/44.
- 34) Ankündigung im VT, 31.7.1944.
- 35) Ankündigung im VT, 29.7.1944.
- 36) Mason (Anm. 2), S. 321.
- 37) DÖW 13.237.
- 38) Vgl. StABl 7/461.
- 39) Vgl. Ankündigung im VT, 11.9.1944.
- 40) Dreihammer (Anm. 8), 3/1942, S. 22.
- 41) Ebd. S. 40.
- 42) Dreihammer (Anm. 8), 5/1942, S. 65.
- 43) Werkblatt Rhomberg (Anm. 4), 1/1942, S. 3.
- 44) Dreihammer (Anm. 8), 3/1942, S. 22.
- 45) Broszat, Martin u.a. (Hg.): Bayern in der NS-Zeit, Band 1. München/Wien 1977, S. 199.
- 46) Vgl. LGF Vr 29/41.
- 47) Interviews mit zwei Arbeitern aus Höchst und Rankweil, die ungenannt bleiben wollen.
- 48) Aus der Ausschreibung des "Reichsberufswettkampfes" der DAF 1938, zit. nach Reulecke, Jürgen: Die Fahne mit dem goldenen Zahnrad: der "Leistungskampf der deutschen Betriebe" 1937-39. In: Peukert, Detlev/Reulecke, Jürgen (Hg.): Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus. Wuppertal 1981, S. 245-272, hier S. 249.
- 49) Vgl. sperrung. mitteilungen der johann-august-malin-gesellschaft nr. 1 (1983), S. 24 f.
- 50) StABr, Sammelakt 1945.
- 51) Vgl. Gerichtsakt des Entnazifizierungsprozesses des Personalchefs und DAF-Betriebsobmannes von F.M. Rhomberg, Oberlandesgericht Innsbruck 10 Vr 3260/47.
- 52) Abschrift des Urteils vom 24.3.1942 in der Dokumentensammlung der Malin-Gesellschaft.
- 53) Schausberger (Anm. 20), S. 34.
- 54) Vgl. Interview mit Otto Huber, Kehlegg, 24.8.1983.
- 55) Liste der Vorarlberger Sicherheitsdirektion vom 21.7.1956, Zl. 236/56. Kopie in der Dokumentensammlung der Malin-Gesellschaft.
- 56) Dreihammer (Anm. 8), 1-2/1944, S. 4.
- 57) Siehe Einlieferungskartei der Gestapo Innsbruck, Abschrift DÖW 15.062.
- 58) Die Namen und Daten der einzelnen Personen werden in der im Herbst 1984 erscheinenden Publikation über "Widerstand und Verfolgung in Vorarlberg 1934-1945" aufgelistet.

Rohstoff Mensch: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in Vorarlberg

Hermann Brändle / Gernot Egger

Das nationalsozialistische Deutschland mit seiner expandierenden Industrie litt, besonders da durch den Krieg viele Männer als Soldaten dem Produktionsprozeß entzogen wurden, unter einem starken Arbeitskräftemangel. Durch den Einsatz von Kriegsgefangenen und von ausländischen Arbeitskräften aus befreundeten und unterworfenen Ländern sollten Industrie und Landwirtschaft am Funktionieren gehalten werden. Waren italienische, französische und belgische "Zivilarbeiter" arbeitsrechtlich den einheimischen Arbeitern gleichgestellt (1) - mit Ausnahme der Entlohnung allerdings -, so wurde für Fremdarbeiter anderer Nationen ein umfangreiches Gefüge von besonderen Gesetzen und Verordnungen geschaffen, die Arbeit und Alltag bis ins Detail regelten. Orientiert am Arbeitsrecht für jüdische Arbeitskräfte (2), ermöglichten diese Bestimmungen eine rücksichtslose Ausbeutung der nur zu Beginn freiwillig gekommenen, später zwangsverschleppten Arbeitskräfte. Besonders beim Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen in der Rüstungsproduktion ging diese Ausbeutung bis zum Tod, bis zur beabsichtigten Vernichtung der Betroffenen (3). Mit einfacher Sklaverei ist dies insofern nicht mehr vergleichbar, als der Sklavenhalter üblicherweise zumindest solange am Weiterleben seiner Sklaven interessiert ist, als sie arbeitsfähig sind.

Der Einsatz von Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen war zentral geregelt und erfolgte nach wirtschaftlichen Prioritäten. Seit dem März 1942 sorgte der "Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz", Fritz Sauckel, für den "größten Masseneinsatz von Zwangsarbeitern in der Geschichte" (4).

In Vorarlberg war das zweifellos wichtigste Projekt der Ausbau der Illwerke. Die dort eingesetzten 5.000 Arbeiter (5) dürften weit überwiegend Fremdarbeiter und Kriegsgefangene gewesen sein. Laut Aussage eines Betriebsleiters bei einem Bauabschnitt des Rodundwerkes betrug der Anteil der "Deutschen" an der Gesamtbelegschaft 8%; Angehörige von neun Nationen waren allein an seinem Bauabschnitt beschäftigt (6). Auch in den Rüstungsbe-



Ankunft polnischer Kriegsgefangener in Partenen zum Einsatz als Zwangsarbeiter beim Staudammprojekt Obervermunt, Winter 1939/40

trieben, z.B. den Dornier-Werken in Bregenz oder dem Betrieb der Bayerischen Leichtmetallwerke in Lochau, dem ein Außenlager des KZ Dachau angegliedert war (7), mußten Ausländer Zwangsarbeit leisten. In der Landwirtschaft wurden vielfach Frauen eingesetzt. Gegen Ende des Krieges wurden die Zwangsarbeiter auch zu Stellungsbauten herangezogen (8). Als ab 1944 wegen der zunehmenden Bombardierungen kriegswichtige Produktionen in Kavernen verlagert wurden, kamen hier ebenfalls Zwangsarbeiter zum Einsatz. Bei der Errichtung einer solchen Kaverne in Unterklien bei Hohenems für die Firma Glaukonit, eine Tochterfirma der Zahnradfabrik Friedrichshafen (9), dürfte ein Teil jener 42 sowjetischen Kriegsgefangenen ums Leben gekommen sein, die in Rankweil-Valduna beerdigt sind (10).

Die Zahl der nach Vorarlberg gebrachten Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen ist unbekannt. Am 25. April 1941 – einem relativ frühen Zeitpunkt – waren es in Salzburg, Tirol und Vorarlberg zusammen 11.583 Personen oder 6,2% der Gesamtbeschäftigten; der Reichsdurchschnitt betrug 6,5% (11). Ein früherer Angestellter des Landesarbeitsamtes schätzt, daß ungefähr 5.000 Fremdarbeiter und

Kriegsgefangene in Vorarlberg waren (12) – was sicher zu niedrig gegriffen ist. Zu Kriegsende befanden sich ca. 10.000 ausländische Arbeitskräfte in Vorarlberg, ein Teil von ihnen dürften aber Flüchtlinge aus anderen Gebieten gewesen sein (13).

Viele der unter Heranziehung von Zwangsarbeitern geschaffenen Anlagen blieben nach dem Krieg in Betrieb – und zählen heute zu den Paradestücken Vorarlberger Aufbaukraft. Die Illwerke, die 1930 gerade ein Kraftwerk mit einer Leistung von ca. 100 Mio. KWh/Jahr in Betrieb hatten, konnten in der Nazizeit zwei große Anlagen (Obervermunt und Rodund) in Betrieb nehmen; 1944 erzeugten die Kraftwerke der Illwerke 600 Mio. KWh/Jahr (14).

ARBEITSBEDINGUNGEN UND STRAFEN

Die Kriegsgefangenen und Fremdarbeiter waren in Lagern untergebracht, die sich in der Nähe ihrer jeweiligen Arbeitsplätze, oft direkt auf dem Betriebsgelände, befanden (15). Die Zuweisung erfolgte durch das Arbeitsamt, das die Zwangsarbeiter auch überwachte und in einigen Fällen anzeigte – sogar mit der Bitte, "eine empfindliche Strafe zu beantragen" (16). Die Zwangs-



Zwangsarbeiter beim Einsatz – unter militärischer Überwachung: Betonierungsarbeiten beim Stausee Rodund, Herbst 1941

arbeiter erhielten zwar einen Lohn, von dem aber ein Großteil einbehalten wurde (17). Im zweiten Jahr der Beschäftigung gab es eine Woche Urlaub, selbstverständlich ohne Rechtsanspruch. Um die Rückkehr der Urlauber zu sichern, hafteten die Zurückbleibenden (18). Das Tragen von Abzeichen - "P" für Polen, "Ost" für Ostarbeiter - war vorgeschrieben (19). Der Aufenthalt außerhalb des Lagers nach 21 Uhr war ebenso verboten wie der Besuch des Kinos (20); Ostarbeiterinnen, die sich den Heimweg von der Schulung für Ostarbeiter im Gasthaus Sternen in Bregenz durch Singen verkürzen wollten, wurden angezeigt (21). Sogar der Besuch der Sonntagsmesse gemeinsam mit Einheimischen war verboten (22).

Der Großteil der Zwangsarbeiter, die die Gefängnisse füllten - ihre Zahl war weit höher als die der inhaftierten Einheimischen -, wurde jedoch wegen "Disziplinwidrigkeiten" am Arbeitsplatz verhaftet. Bei kleineren "Vergehen", z.B. einmaligem Fernbleiben vom Arbeitsplatz, konnte der Betriebsführer eine Geldstrafe verhängen (23). In den meisten Fällen wurde jedoch die Gestapo eingeschaltet: Der oder die Betroffene wurde - unter Umgehung der Justiz - eine Zeitlang in Polizeihaft gehalten und oft mißhandelt (24). In der Regel "durfte" man dann an den Arbeitsplatz zurückkehren, oft aber erfolgte auch die Einweisung in das "Arbeitserziehungslager" Reichenau bei Innsbruck, das der Gestapo unterstand (25). Ebenfalls unter Umgehung der Justiz war die Einweisung in ein Konzentrationslager möglich. Wenn es die Gesetzeslage erlaubte, wurde oft zusätzlich zur polizeilichen Verfolgung ein Gerichtsverfahren angestrengt. Dies konnte unter Umständen zu einem Todesurteil führen, wie z.B. am 12.8.1942 gegen die drei Polen Florian Mazur, Mieczyslaus Kubisz und Alois Nowakowski, die ihren Arbeitsplatz verlassen und bei Feldkirch in die Schweiz zu flüchten versucht hatten (26).

Wie die Verfolgungsmaßnahmen im Einzelfall aussahen, läßt sich am Schicksal des griechischen "Zivilarbeiters" Konstantinos Kodzamanis (geb. 18.2.1908 in Xanthi/Bulgarien) verdeutlichen (27). Beschäftigt bei einem Bauabschnitt des Rodundwerkes in Tschagguns-Maurenstutz, weigerte er sich am 27.8.1942 mit der Begründung, er habe keine Schuhe, zur Arbeit zu gehen. Laut Aussage des Betriebsführers bekam er neue Holzschuhe. Als Kodzamanis tags darauf immer noch nicht arbeiten wollte, "wurde ihm die Essensration vorenthalten" (28). Am 4.9. kam er in Gestapohaft in Bludenz, am 18.9. wurde er in das Lager Reichenau überstellt. Dort entließ man ihn am 3.11.1942 und brachte ihn an seinen früheren Arbeitsplatz zurück - die abschreckende Wirkung

Nummer des Gefangen- buches	Annahmeloag und Tageszeit	Angaben zur Person Familienname, Vornamen, Beruf, Geburtslag und -ort	Strafentscheidung usw.	a) Vollstreckungsbehörde oder sonstiger um Auf- nahme ersuchende Behörde b) Osnahlfestzeichen	Aus- sage der Vf- od. Ewäh- lungszeit i und j und kzeit	Austriffs- lag und Tageszeit	Grund des Austriffs
1	2	3	4	5	9	10	11
<u>377</u>	27. Okt. 1942 12 Uhr - Min.	Wasił Bobul Beruf: best. Arbeit. geboren am: 29. Sept. 1926 in: Rowenka, Makrowine bei:		Sertapno Pryjany	Uhr Min. Uhr Min. Uhr Min. Uhr Min.	5.11.42 7 Uhr 45 Min.	
<u>378</u>	27. Okt. 1942 12 Uhr - Min.	Wasił Mefug Beruf: best. Arbeit. geboren am: 13.1. 1925 in: Rowenka, Makrowine bei:		Sertapno Pryjany	Uhr Min. Uhr Min. Uhr Min. Uhr Min.	5.11.42 7 Uhr 45 Min.	Abteilungsleiter Mikulow ist eingetrachtet Gemeinschaft
<u>379</u>	27. Okt. 1942 12 Uhr - Min.	Oleg Peznykow Beruf: best. Arbeit. geboren am: 15.3. 1925 in: Rowenka, Makrowine bei:		Sertapno Pryjany	Uhr Min. Uhr Min. Uhr Min. Uhr Min.	5.11.42 7 Uhr 45 Min.	
<u>380</u>	27. Okt. 1942 12 Uhr - Min.	Konstantin Oschewetnyj Beruf: best. Arbeit. geboren am: Rowenka, Makrowine 30.6. 1927 in: bei:		Sertapno Pryjany	Uhr Min. Uhr Min. Uhr Min. Uhr Min.	5.11.42 7 Uhr 45 Min.	

Einweisung von Ostarbeitern aus der Ukraine in das "Arbeits-
erziehungslager" Reichenau bei Innsbruck Anfang November 1942
(Ausriß aus dem Gefangenenbuch Bludenz)

des Lagers war so wohl am größten. Kodzamanis war noch nicht
"gezähmt"; am Arbeitsplatz fiel er weiter auf, indem er angeblich
z.B. Rollwagen führerlos bergabrollen ließ. Am 3.12.1942 wurde er
dem Landgericht Feldkirch übergeben, am 11.5.1943 zu sechs
Monaten Haft verurteilt (29). Nach der Berufung des Staatsanwalts

gegen das Urteil erhöhte das Oberlandesgericht Innsbruck die Strafe auf ein Jahr. Kodzamanis verbüßte sie in München-Stadelheim; dann, am 3.12.1943, kam er wieder zur Verfügung der Gestapo in Feldkirch in Haft (30).

"STÖRUNG MIT ABSICHT"

Über unangepaßtes Verhalten hinausgehende Widerstandshandlungen von Zwangsarbeitern sind in Vorarlberg kaum dokumentiert; die Quellenlage ist allerdings schlecht. Ein Betriebsführer einer Illwerke-Baustelle in Tschagguns – derselbe übrigens, dem Konstantinos Kodzamanis unterstellt war – beklagte sich bei Gericht über "Betriebsstörungen", die man wohl nur als Sabotage interpretieren kann, z.B. das Versetzen von Schmiermitteln mit Sand. "Es entstehen dadurch erst nach längerer Zeit Störungen an bewegenden Maschinenteilen. Da diese Störungen nicht sofort auftreten und man im Innern befindliche Schmiermittel nicht sieht, erscheint eine Beweisführung, daß die Störung mit Absicht erfolgt ist, nicht möglich. Derartige Fälle sind häufig, werden von uns immer verfolgt, blieben aber bisher ohne Aufklärung..." (31).

Ob die Widerstandsgruppe von sowjetischen Kriegsgefangenen, die in Tirol vor allem im Raum Imst aktiv war (32), Verbindungen nach Vorarlberg hatte, ist nicht geklärt. Matthias Thaler aus Bregenz, der – wahrscheinlich wegen Kontakten zu Ostarbeitern – im Jänner 1945 im Lager Reichenau inhaftiert wurde, berichtet von einer Widerstandsgruppe unter Ostarbeiterinnen in Bregenz (33).

"Die Zurückhaltung gegenüber den Fremdartigen ist keine Beleidigung": Dieser Satz aus einem Merkblatt für die einheimische Bevölkerung über das Verhalten gegenüber Kriegsgefangenen faßt die vom Regime gewünschte Einstellung zusammen. Trotz der Androhung hoher Strafen kam es aber aus humanitären Gründen immer wieder zu Kontakten zwischen Einheimischen und Zwangsarbeitern, besonders dort, wo der Arm des Regimes nicht ganz hinreichte, z.B. in abgelegeneren Dörfern. Die Mitglieder einer Familie in Egg, die französische Kriegsgefangene zu sich nach Hause eingeladen hatten, erhielten Gefängnisstrafen zwischen vier Monaten und drei Wochen (34). Selbst wer hungernde Zwangsarbeiter mit Brot und Zigaretten versorgte, konnte bestraft werden: Die Inhaberin des Bludenzener Bahnkiosks erhielt deswegen sechs Wochen Gefängnis (35). Ganz besonders harte Strafen standen auf

sexuelle Kontakte zwischen Zwangsarbeitern und Einheimischen. Im Montafon wurde deswegen 1942 ein Pole öffentlich erschossen (36).

NUR EINE EPISODE?

Die Beschäftigung fremdländischer Arbeiter ist zwar eine durchgehende Erscheinung der Industrialisierung Vorarlbergs, aber die Herstellung einer auch rechtlich abgesicherten völligen Ungleichheit zwischen ausländischen und einheimischen Arbeitern war neu. Die Zwangsarbeit von Angehörigen unterworfenen Völker bildete die letzte Stufe der Zerschlagung der Arbeiterbewegung, wie sie der Nationalsozialismus seit Beginn seiner Herrschaft durchgeführt hatte. "Damit wurde der offene Terror zu einem unentbehrlichen Erziehungsmittel im Arbeitsalltag... Der Weg von der Betriebsgemeinschaft zum Betrieb-als-Konzentrationslager war kurz und geradlinig. Auf die ... totale Instrumentalisierung des einzelnen Arbeiters konnte nur noch ein weiterer Schritt folgen: die Vernichtung von Menschen im Produktionsprozeß um der Produktion willen. Dieses Schicksal blieb ausländischen Arbeitern vorbehalten" (37). Allerdings konnte jede gegen Zwangsarbeiter praktizierte Bestialität auch Einheimische treffen; das "Arbeitserziehungslager" Reichenau zum Beispiel, ursprünglich als Korrektur für "Bummelanten" unter den Zwangsarbeitern gedacht, verfügte bald auch über Insassen, die es satt hatten, als "Arbeitskameraden" der "Betriebsgemeinschaft" zu funktionieren.

Eine Assimilation der Zwangsarbeiter war während der Herrschaft des Nationalsozialismus natürlich unmöglich. Aber auch nach dem Krieg war das Interesse der Einheimischen darauf gerichtet, die ehemaligen Zwangsarbeiter möglichst schnell loszuwerden, befürchtete man doch Racheakte (38). Andererseits dürfte es dem Wunsch der meisten Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen entsprochen haben, rasch in ihre Heimat zurückzukehren. Ihr zwangsweiser Aufenthalt in Vorarlberg blieb so eine kurze und bald vergessene Episode. Ob aber bei der Ankunft der "Gastarbeiter" - 20 Jahre später - Verhaltensweisen und Traditionen nicht wieder akut wurden, wie sie während des Nationalsozialismus von den Behörden und wohl auch von einem Teil der Bevölkerung eingeübt worden waren - diese durchaus offene Frage macht aus der Episode ein Stück Geschichte, das eher verdrängt als bewältigt ist.

ANMERKUNGEN

- 1) Majer, Diemut: "Fremdvölkische" im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtsetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements. Boppard 1981, S. 259.
- 2) Majer (Anm. 1), S. 245 ff.
- 3) Vgl. hierzu Burger, Oswald (Hg.): Adam Puntschart. Die Heimat ist weit... Erlebnisse im Spanischen Bürgerkrieg, im KZ, auf der Flucht. Weingarten 1983, S. 103 ff.
- 4) Schausberger, Norbert: Mobilisierung und Einsatz fremdländischer Arbeitskräfte während des Zweiten Weltkrieges in Österreich. Österreichischer Beitrag zum 13. Internationalen Kongreß der historischen Wissenschaften in Moskau, 16.-23.8.1970. Kopie in der Bibliothek des DÖW, S. 7.
- 5) Dr. Harald Eberl, Aufsichtsratsmitglied und später -vorsitzender der Illwerke (ab 19.10.1943) in seinem Lebenslauf, Nachlaß Naumann, VLA.
- 6) LGF Vr 155/43, Aussage des Bauleiters Alfred Erich Kilian.
- 7) Broszat, Martin/Fröhlich, Elke (Hg.): Bayern in der NS-Zeit, Band II. München 1979, S. 381.
- 8) Gefangenenebuch des Bezirksgerichtes Bludenz, 11.-13.3.1945; 42 Arbeiter werden zum Stellungsbau abgestellt.
- 9) Giesinger, Josef: Zuwanderungen nach Hohenems im 19. und 20. Jahrhundert. In: Gedenkschrift Stadterhebung Hohenems 1333-1983. Hohenems 1983, S. 246-255, hier S. 252.
- 10) Mündliche Auskunft von Richard Tiefenthaler, Altach, 9.11.1983.
- 11) Schausberger (Anm. 4), S. 4.
- 12) Der Betreffende will nicht genannt werden.
- 13) Schelling, Georg: Festung Vorarlberg (2. Auflage). Bregenz 1980, S. 32.
- 14) Strom aus Vorarlberg. 50 Jahre Vorarlberger Illwerke. Bregenz 1974, S. 36.
- 15) Z.B. Marmeladefabrik Hagen in Lochau oder Steinbruchgasse 2 in Bregenz (Gefangenenebuch Bregenz 250/42) u.v.a.
- 16) LGF Vr 30/41, Verfahren gegen Karl Stanischevksy aus Krakau wegen unerlaubten Verlassens des Arbeitsplatzes, 6 Wochen Gefängnis.
- 17) Majer (Anm. 1), S. 260.
- 18) Ebenda.
- 19) StABr PolBer 27.4. und 28.12.1942.
- 20) StABr PolBer 26.11.1942 und 22.1.1943.
- 21) StABr PolBer 25.2.1943.
- 22) Oberlandesgericht Innsbruck 10 Vr 1871/47 (Spöttl Franz, Schoppernau).
- 23) Majer (Anm. 1), S. 260.
- 24) Brief von Czeslaw Michniak, Poznan, an die Verf., 28.10.1983.
- 25) Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (Hg.): Widerstand und Verfolgung in Tirol 1934-1945, Band I. Wien 1984, S. 591 ff. (Andreas Maislinger).
- 26) Ihnen wurde Vorbereitung zum Hochverrat und Landesverrat vorgeworfen. Bundesarchiv Koblenz (Bericht des Oberstaatsanwalts beim Landgericht Feldkirch und Todesurteil 10 J 234/41 g // 2 H 71/42, Volksgerichtshof 2. Senat) R 60-II 66.

- 27) Vgl. Eintragung Gefangenenbuch des Bezirksgerichts Bludenz 295/41.
- 28) LGF Vr 155/43.
- 29) Ebenda.
- 30) Ebenda.
- 31) Ebenda.
- 32) Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (Anm. 25), S. 414 ff. (Gerhard Oberkofler). Der Denunziant der Gruppe, Wassilij Batitko, hatte zuerst beim Bau des Obervermuntwerkes und später bei der Firma Brown Boveri in Götzis gearbeitet, wo er von der Existenz der Gruppe erfuhr.
- 33) Interview Matthias Thaler, Bregenz, 16.12.1981.
- 34) LGF Vr 123/42.
- 35) LGF Vr 345/41.
- 36) Lagebericht des Generalstaatsanwalts beim Oberlandesgericht Innsbruck, 29.3.1942, Bundesarchiv Koblenz, R 22-3368.
- 37) Mason, Timothy W.: Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Opladen 1977, S. 322.
- 38) Schelling (Anm. 13), S. 32 ff.

Anspruch und Wirklichkeit: Der Nationalsozialismus und die Vorarlberger Arbeiterschaft

Harald Walser

NATIONALES LAGER UND ARBEITERBEWEGUNG

"Die Industriearbeiterschaft ist, soweit es die älteren Jahrgänge betrifft, die die alte sozialdemokratische Schule mitgemacht haben, der Partei treu geblieben. Die heranwachsende Generation aber ist Nazieinflüssen ausgesetzt" (1). Mit diesen Worten kennzeichnete im Jänner 1937 einer der "großen alten Männer" der österreichischen Sozialdemokratie, Dr. Karl Renner, die politische Situation im austrofaschistischen Staat, in welchem es seit 1934 nur mehr eine Partei, die Vaterländische Front, gab. Der Einfluß der verbotenen sozialdemokratischen Partei auf die Industriearbeiterschaft dürfte also noch immer sehr groß gewesen sein.

In Vorarlberg hingegen besaßen auch die christlichen Arbeitnehmerorganisationen traditionell ein starkes Gewicht. Bei den Arbeiterkammerwahlen in der Ersten Republik wurden sie von den sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften jeweils nur relativ knapp geschlagen (2). Die von Karl Renner festgestellte Resistenz der sozialdemokratischen Arbeiter gegenüber nationalsozialistischen Ideen fand hier durchaus auch eine Entsprechung bei den Kernschichten der christlichsozialen Gewerkschafter. Diese waren in der austrofaschistischen Zeit gelegentlich sogar bemüht, mit den Sozialdemokraten, die ihre Funktionen in der Arbeiterkammer zumindest teilweise hatten behalten können (3), zusammenzuarbeiten - oder diese wenigstens nicht anzugreifen (4).

Es war international eine übliche Erscheinung, daß sich der politisch geschulte und ideologisch gefestigte Kern der Arbeiterbewegung von den nationalsozialistischen bzw. faschistischen Parolen nicht beeindruckten ließ. Reinhard Kühnl wies darauf hin, daß es vor allem Randgruppen des Proletariats waren, die sich für die NS-Ideologie anfällig zeigten: Landarbeiter, arbeitslose Jugendliche, Arbeiter in Klein- und Mittelbetrieben auf dem Land. Alle diese Gruppen kamen kaum in Kontakt mit der organisierten

Arbeiterbewegung, ob in der Form von Parteien oder von Gewerkschaften (5).

In Einzelfällen aber gelang es der NSDAP sehr wohl, auch in die Kernschichten der Arbeiterbewegung einzubrechen. Erwiesenermaßen konnten die Nationalsozialisten in einigen Regionen Österreichs insbesondere jene Arbeiter für sich gewinnen, die vom Gang der politischen Entwicklung und bzw. oder von ihren Organisationen enttäuscht worden waren. So kam es etwa in Tirol gerade im industriell stark entwickelten Unterinntal zum Übertritt ganzer Ortsgruppen der Tiroler Heimatwehr zur SA (6), und der Vorarlberger Heimatdienst verlor vier von insgesamt sieben Kompanien, als die Nationalsozialisten im Mai 1933 Befehl gaben, alle Mitglieder der NSDAP hätten den Heimatdienst zu verlassen (7). Gerhard Botz weist darauf hin, daß in einigen Regionen auch der sozialdemokratische Republikanische Schutzbund einen erheblichen Teil seiner Mitglieder an die Nationalsozialisten verlor (8).

Insgesamt waren die Voraussetzungen für die NSDAP, auch in Vorarlberg Arbeitnehmer für ihre Interessen zu gewinnen, recht gut. Das hing vorrangig mit den Aktivitäten des deutsch-völkisch ausgerichteten "D.H.V." (Deutscher Handels- und Industrieangestelltenverband) zusammen. Bei Wahlen zur Arbeiterkammer im westlichsten Bundesland hatte diese Vereinigung immer überdurchschnittlich hohe Stimmenanteile zu verzeichnen. Von den zu vergebenden 40 Mandaten erhielten die deutsch-völkischen Listen bei den Wahlen im Jahre 1921 immerhin vier (9). Die Wahlen im Jahre 1926 brachten für die Vorarlberger "Deutschvölkischen" ebenfalls ein recht gutes Ergebnis, wenngleich sich ihr Einfluß in der Arbeiterschaft gegenüber 1921 drastisch verringert hatte (10):

	Freie Gew.	Christl. soz. Gew.	"Völk." Gew.
Angestellte:			
Österreich	64,7%	13,5%	20,4%
Vorarlberg	22,7%	40,3%	37,0%
Verkehrsangestellte:			
Österreich	75,8%	9,9%	13,3%
Vorarlberg	60,6%	22,8%	16,6% (11)

Die NSDAP unternahm - als "natürliche" Nachfolgerin der deutsch-völkischen Gewerkschaftsorganisation - sehr viel, um die mit den politischen und sozialen Verhältnissen im Lande unzufriedenen Arbeiter für sich zu gewinnen. Als Basis für diesen Versuch sollten

die bereits organisierten Arbeiter dienen: Nach den Landtagswahlen im November 1932 zog mit Meinrad Hämmerle sogar ein Arbeiter als Abgeordneter der NSDAP in den Vorarlberger Landtag ein. Die NSDAP hatte bei dieser Wahl zwei Mandate errungen.

Der NSDAP kam bei ihrem Versuch, in Vorarlberg Einfluß zu gewinnen, ein ganz wesentlicher Umstand entgegen: Da der Anteil der Industriearbeiterschaft an der Gesamtbevölkerung in kaum einem anderen Bundesland so hoch war wie hier - "Vorarlberg ... besaß ... die größte Industriedichte Österreichs" (12) -, konnten die der NSDAP nahestehenden oder direkt mit ihr zusammenarbeitenden "Fabrikanten", wie hier die Textilindustriellen genannt werden, ihr ökonomisches und politisches Gewicht nutzen, um Druck auf sehr viele Menschen auszuüben. Dies war natürlich gerade in der Zeit der Weltwirtschaftskrise und der gleichzeitigen Entmachtung der Interessenvertretungen der österreichischen Arbeiter gut möglich: In Zeiten großer Arbeitslosigkeit gewinnt die Drohung mit dem Verlust des Arbeitsplatzes an Bedeutung.

In Vorarlberg sank die Gesamtzahl der versicherten Beschäftigten vom Höchststand 27.000 im Jahre 1931 auf 18.571 im Jänner 1934 (13); die noch Beschäftigten waren von der weit verbreiteten Kurzarbeit und von den zum Teil erheblichen Lohnkürzungen betroffen (14). Die ausgesprochen "nationalsozialistische" Einstellungs- bzw. Entlassungspolitik insbesondere der Dornbirner Textilunternehmer dürfte ihre Wirkung denn auch nicht verfehlt haben. Immer wieder wurden den Nationalsozialisten politisch fernstehende Arbeiter zu den Eigentümern der Firmen gerufen, die ihnen dann klarmachten, daß sie ihre Einstellung ändern müßten, andernfalls Sanktionen nicht ausgeschlossen wären (15).

Die Behörden waren nicht willens oder nicht fähig, diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Es kam deshalb von seiten der Vaterländischen Front und von christlichsozial eingestellten Funktionären häufig zu Beschwerden über die Zustände in Dornbirn. So schrieb der den Nationalsozialisten besonders verhaßte Lorenz Dür - er war Geistlicher und Sekretär des Christlichen Arbeitersekretariates in Dornbirn - in einem Brief vom 18. Jänner 1934 an den Sicherheitsdirektor für Vorarlberg: "Solange die zuständigen Faktoren nicht wissen wollen oder den Mut nicht aufbringen, den Dornbirner Industriellen als verantwortlichen Drahtziehern und Geldgebern der NSDAP das Handwerk zu legen, den zweifelhaften Exekutivorganen und öffentlichen Angestellten vaterländisches Denken und Handeln beibringen

hat es für den einzelnen keinen Zweck, sich für eine so zweifelhaft gewordene Sache einzusetzen" (16).

ARBEITEROPPOSITION IN DER NSDAP

Der politisch-ökonomische Druck seitens vieler Unternehmer und die Perspektivlosigkeit zahlreicher Arbeiter im austrofaschistischen Staat ermöglichten es also der NSDAP, auch unter der Arbeiterschaft Anhänger zu gewinnen. Allerdings stellten die derart vereinnahmten Arbeiter keineswegs nur eine ergebene und der Partei hörige Masse dar. Es war nicht zuletzt der anfängliche sozialistische "Appeal" der Partei gewesen, der vielen Arbeitern das Gefühl gegeben hatte, hier in einer neuen Arbeiterpartei eine politische Heimat zu finden. Nach der Ausschaltung des reichsdeutschen "Arbeiterflügels" der NSDAP am 30. Juni 1934 brachen denn auch erste oppositionelle Regungen innerhalb der Partei selbst auf. Diese Ausschaltung - als "Röhm-Putsch" in die Geschichtsbücher eingegangen - bedeutete das endgültige Aus für alle "sozialistischen" Ansätze in der NSDAP. Die Ermordung der obersten Führer der SA, unter ihnen auch Ernst Röhm, führte im ganzen Reich, aber auch in Österreich, zu ernstesten Konflikten zwischen der nun immer mächtiger werdenden SS und vielen SA-Männern.

Der Gegensatz zwischen SA und SS war schon längere Zeit vorhanden gewesen. In einem in München herausgegebenen Flugblatt "oppositioneller Mitglieder der NSDAP", das im Titelkopf einen SA-Mann zeigt, wurde bereits 1932 heftig gegen Adolf Hitler Stellung bezogen, da er das "Sozialistische" der NSDAP verraten habe (17).

Nach der blutigen Ausschaltung der SA-Führung kamen solche Stimmen auch in Vorarlberg auf. In Bregenz veröffentlichten SA-Mitglieder nach den Ereignissen in Deutschland - wahrscheinlich am 1. oder 2. Juli 1934 - ein scharf formuliertes Flugblatt:

"Das Ungeheuerliche ist geschehen. Gestern hat man uns im Reiche die Führer meuchlings niedergeschossen oder eingekerkert. Keinen ließ man reden, keinen sich verteidigen gegen die ungerichte Anklage. Wer hat diesen gemeinen Verrat begangen? Wer ist an unseren Kameraden zum Mörder geworden? A d o l f H i t l e r , jener Mann, für den wir ein Jahrzehnt gekämpft, für den

wir alles geopfert, für den wir Stellung, Brot und Arbeit gegen Kerker und Schande eingetauscht haben" (18).

Die Frage nach den Gründen eines solchen Vorgehens lasse sich, so betonten die Verfasser des Flugblattes, leicht beantworten:

"Wir wissen es ganz genau: Weil die Männer der SA als Pioniere und Träger der Idee des Nationalsozialismus das Programm unserer Bewegung Punkt für Punkt durchgeführt sehen wollten. Die Herren Führer Hitler, Göring, Goebbels und andere haben ihr ersehntes Ziel: Macht, Geld und Ehre erreicht, durch uns erreicht! Jetzt sind wir überflüssig, jetzt sind wir lästig geworden als zähe Männer und Kämpfer" (19).

Die hier offen zutage tretenden Differenzen innerhalb der Partei waren dann drei Wochen später, am 25. Juli 1934, ein Hauptgrund dafür, daß der vorwiegend von Mitgliedern der SS durchgeführte Putsch gegen die Regierung Dollfuß scheiterte. Es läßt sich nämlich gut belegen, daß die SA nicht nur tatenlos zusah, wie Regierungseinheiten dem Putsch ein Ende bereiteten, sondern daß in einigen Gegenden die Putschvorbereitungen von Mitgliedern der SA an die Behörden sogar verraten wurden (20). In Vorarlberg jedenfalls gab es an jenem 25. Juli 1934, trotz vorher sehr reger Tätigkeit der Nationalsozialisten, überhaupt keine Kampfhandlungen. Es scheint mir nicht ausgeschlossen zu sein, daß sich die Parteiführung im Lande ihrer Basis nicht mehr ganz sicher war. Das erwähnte Flugblatt endete nämlich mit den starken Worten: "Drum Tod und Schande der neuen national-kapitalistischen deutschen Junkerpartei!" (21).

Zumindest der Bregenzer SA-Führer sah sich daraufhin in einem internen Rundschreiben veranlaßt, die "Einstellung jeder aktiven Tätigkeit bis auf Widerruf" zu befehlen (22). Weiters meinte der Führer der Bregenzer SA in diesem Befehl: "In der österreichischen Rundfunkpropaganda wurde schon seit Wochen auf die Zersetzung der SA hingewiesen und mit guter Absicht eine bolschewistische Tendenz unterlegt" (23).

Die Gegnerschaft zwischen dem "Arbeiter-" und dem "Unternehmerflügel" in der NSDAP stellte offensichtlich auch in den folgenden Jahren ein Problem für die Vorarlberger Nazis dar. Als es den Behörden im Frühjahr 1937 gelang, die illegale Bregenzer Ortsgruppe auszuheben und 94 eingeschriebene Mitglieder zu verhaften, traten diese internen Differenzen bei der Vernehmung von Walter Stockinger zutage. Stockinger war von der Partei mit der Reorganisation der SA betraut worden. Er gab zu Protokoll, die nationalsozialistische Bewegung werde in Vorarlberg nicht mehr

wie früher von den Dornbirner Fabrikanten geführt, da man diese "Bonzen" in der Zwischenzeit "hinausgeschmissen" habe (24).

Wie schon erwähnt, waren es gerade politisch unerfahrene und ungeschulte Arbeiter, die sich von der zum Teil stark antikapitalistisch getönten Propaganda der NSDAP täuschen ließen und von einer nationalsozialistischen Machtübernahme viel erwarteten. Denn nicht zuletzt war die NS-Propaganda oft an marxistischen Vorbildern orientiert. Dies wird besonders deutlich im Organisationsplan der NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation) aus dem Jahre 1931:

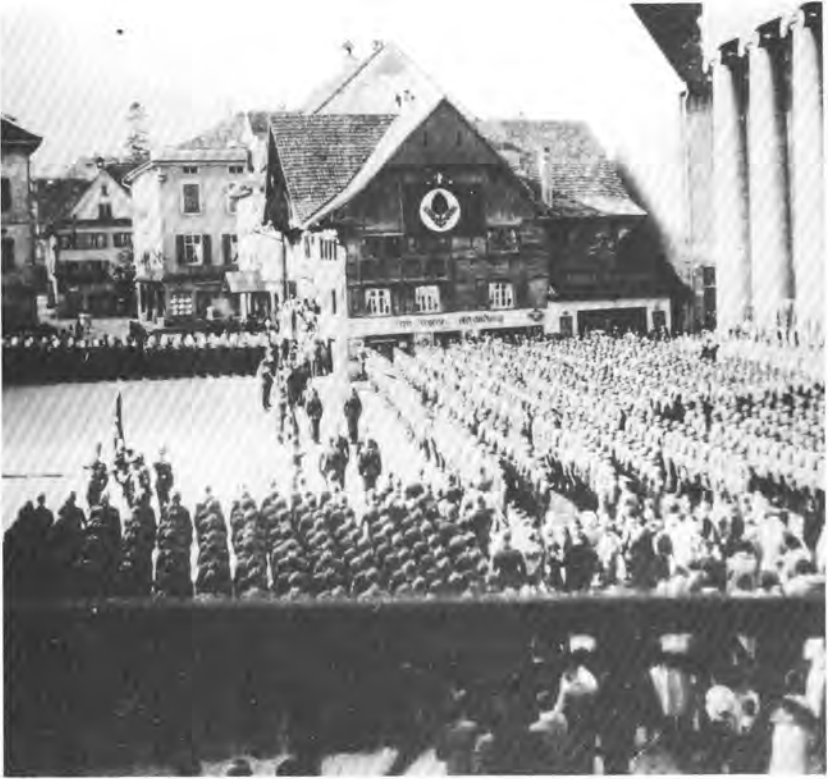
"Der Nationalsozialismus hat erkannt, daß der deutsche Arbeiter im Befreiungskampf des deutschen Volkes nicht teilnahmslos beiseite stehen kann und darf, falls er seine historische Mission erfüllen soll, sondern erst recht in die Front der deutschen Freiheit eingereicht werden muß, nicht nur zum Zwecke der Befreiung unseres Gesamtvolkes von den inneren und äußeren Ketten, sondern auch vor allem zum Zwecke seiner eigenen Befreiung als Stand aus der liberal-kapitalistischen Wirtschaftshörigkeit und der marxistischen Ideologie" (25).

Einmal an der Macht, waren von den Führern der NSDAP solche Töne freilich kaum mehr zu vernehmen.

DER "ANSCHLUSS" UND DIE FOLGEN FÜR DIE LOHNABHÄNGIGEN

Die austrofaschistische Regierung wurde von der österreichischen Industriearbeiterschaft kaum mitgetragen. Eine deflationistische Wirtschaftspolitik und das Unvermögen, die Zahl der Arbeitslosen entscheidend zu senken, taten ein übriges. So gab es etwa in Vorarlberg unmittelbar vor dem "Anschluß", am 28.2.1938, 5.792 unterstützte Arbeitslose (26). Die Höchstzahl der Arbeitslosen betrug im Dezember 1932 8.545. Wahrscheinlich sind beide Zahlen jedoch um ca. ein Drittel höher anzusetzen, da viele Arbeitslose lediglich Sozialhilfe bezogen oder überhaupt keine Unterstützung erhielten (27).

Gerade in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sah die NSDAP deshalb den entscheidenden Hebel, um ihren Einfluß zu stärken und zumindest eine Duldung der nationalsozialistischen Regierung zu erreichen. Dies war in Österreich umso leichter, als hier große Kapazitäten brachlagen, die von der nationalsozialistischen, auf



Militarisierung der Arbeit: Appell des "Reichsarbeitsdienstes" (RAD) am Dornbirner Marktplatz ca. 1939

einen Krieg ausgerichteten expansiven Wirtschaft auch sofort genutzt wurden. Besonders die vielen Großaufträge und Großbauvorhaben kurbelten die Wirtschaft schnell an. So gab es bereits im August 1938 – falls man der offiziellen Statistik trauen darf – in Vorarlberg praktisch keine Arbeitslosigkeit mehr. Das hing zum Teil auch mit der Einführung des RAD (Reichsarbeitsdienst) zusammen, durch den viele "potentielle" Arbeitslose vorläufig (statistisch) wegfielen.

In Vorarlberg jedenfalls gelang es der NSDAP sehr schnell, die Arbeitslosigkeit praktisch zu beseitigen und damit eines ihrer Versprechen einzulösen. Im übrigen Österreich allerdings war die Situation etwas anders. Dort wurde die Lage auf dem Arbeitsmarkt

in vielen Regionen erst durch die massenhafte Einziehung in die Deutsche Wehrmacht nach Kriegsbeginn "gelöst" bzw. "entspannt".

Hauptgrund für die relativ günstige Situation in Vorarlberg war die Tatsache, daß von der deutschen Industrie große Energiemengen benötigt wurden und daß diese – gerade im Hinblick auf den Krieg – zum Teil im für feindliche Bomber nicht oder nur schwer erreichbaren Vorarlberg erzeugt werden sollten. So wurden besonders die Vorarlberger Illwerke bereits am 15. März 1938 mit dem raschen Ausbau verschiedener Kraftwerke betraut: Man begann sofort, die Leistung des Vermuntwerkes zu erhöhen sowie das Obervermuntwerk mit dem Silvrettaspeicher und das Rondwerk auszubauen (28). Mit dem Bau eines 18 km langen Wasserleitungsstollens von Partenen nach Latschau vergrößerte sich schließlich der Arbeitskräftebedarf derart, daß Arbeiter aus Innerösterreich nach Vorarlberg gebracht werden mußten, da es im Land an qualifizierten Bauarbeitern mangelte (29). Auch wurden zahlreiche Straßenbauprogramme (Bregenzerwald, Flexenstraße, Montafon, Walgau oder speziell die "Betonstraße" von Bregenz nach Höchst) und der Ausbau verschiedener Eisenbahneinrichtungen (etwa der Bahnhof Lustenau) in Angriff genommen – hauptsächlich unter strategischen Gesichtspunkten. Und schließlich hatte der am 23. Juni 1939 zwischen Hitler und Mussolini abgeschlossene Vertrag über die Umsiedlung der Südtiroler in das Deutsche Reich ebenfalls starke Auswirkungen auf die Wirtschaft in Vorarlberg. In zahlreichen Orten des Landes wurde zügig mit dem



Bau der Südtiroler-Siedlung in Bregenz-Vorkloster 1940: Folge des Hitler-Mussolini-Abkommens über die Umsiedlung der Südtiroler ins Deutsche Reich

Bau sogenannter "Südtiroler Volkswohnungsbauten" begonnen. Bereits Ende 1940 waren große Teile der Siedlungen in Bregenz (Schendingen und Rheinstraße), Dornbirn (Sala, Egeten, Rüttersersch, Kehlerstraße), Feldkirch (Siechengrund, Liechtensteinerstraße), Rankweil, Hohenems, Lustenau, Lauterach, Hard und Lochau fertiggestellt oder zumindest im Bau (30).

Der Geschäftsführer der "Vorarlberger gemeinnützigen Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft m.b.H.", Dipl.-Ing. Alois Tschabrun, konnte im Geschäftsbericht des Jahres 1940 stolz auf die erbrachten Leistungen verweisen. Danach waren bis zum 30. Juni 1941 - der Geschäftsbericht wurde erst im Juli 1941 abgeschlossen - von insgesamt 2.005 geplanten Wohnungen bereits 385 völlig fertiggestellt, bei 1.031 war der Innenausbau abgeschlossen, und weitere 579 standen bereits im Rohbau. Bei einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von 60,56 m² wurden gebaut: 242 Zweizimmerwohnungen, 1.068 Dreizimmerwohnungen, 602 Vierzimmerwohnungen, 93 Fünfzimmerwohnungen (31).

Von den drei Millionen Reichsmark Stammkapital der Gesellschaft gehörten übrigens 2.584.700 Reichsmark der "Neuen Heimat", der Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft der Deutschen Arbeitsfront des Gaues Tirol-Vorarlberg; der Rest gehörte zum Teil Vorarlberger Industriellen, die ihre Anteile aber einer "Treuhandgesellschaft für die wirtschaftlichen Unternehmungen der Deutschen Arbeitsfront G.m.b.H." übertragen hatten (32). Nach der kriegsbedingten Beendigung der Umsiedlungsaktionen im September 1943 wurde die Gesellschaft von Gauleiter Hofer aufgelöst (33).

Die rege Bautätigkeit führte zwar zur Beschäftigung vieler ehemals Arbeitsloser, aber die von den Gendarmerieposten regelmäßig verfaßten "Stimmungsberichte" vermelden immer wieder "schlechte Stimmung" in der Arbeiterschaft. Ein solcher Bericht des Postens Bregenz vom 14. März 1939 - also ein Jahr nach dem "Anschluß" - gibt detailliert die Lebenssituation eines Arbeiters wieder. So war etwa der Bauhilfsarbeiter Josef U. beim Ausbau des "Ruppbaches" in Lochau beschäftigt und erhielt einen Stundenlohn von 60 Pfennig, was bei seiner 48-Stunden-Woche einen Wochenlohn von 28,80 RM ausmachte. Für das Essen hatte J.U. 12 RM und für seine Schlafstelle 3 RM zu bezahlen. Bei 8,80 RM Abgaben an den Staat verblieben ihm für Kleidung, Schuhe, Rauchen, Vergnügungen usw. ganze 5 RM wöchentlich. Da Josef U. von seiner Frau getrennt lebte und für sie und seine drei Kinder unterhaltspflichtig war, kann man sich seine soziale Situation vorstellen, zumal - so vermerkt der Verfasser des Berichtes - der erwähnte Wochenlohn nur bei gutem Wetter erreicht würde - "Schlechtwetter-

schichten" also nicht berücksichtigt seien. Der Beamte meinte deshalb abschließend: "Daß unter solchen Verhältnissen die Stimmung unter der Arbeiterschaft nicht überall die beste ist, dürfte wohl nicht überraschen" (34).

Neben der Bauwirtschaft nahm die für Vorarlberg bedeutsame Textilindustrie einen gewaltigen, allerdings kurzfristigen Aufschwung. Die durch den "Anschluß" erfolgte Erweiterung des Absatzmarktes und die Tatsache, daß die im "Reich" schon längere Zeit herrschende Kriegsproduktion (35) einen großen Nachholbedarf an Textilien für den Privatgebrauch geschaffen hatte, wirkten sich für die Textilfirmen des Landes sehr positiv aus (36). Die vorhandene Rohstoffknappheit machte sich aber auch hier rasch bemerkbar, sodaß die Zuteilung der Rohware an die einzelnen Unternehmen zu beträchtlichen Differenzen führte. Die nationalsozialistisch eingestellten Textilunternehmer in Dornbirn wollten jetzt nämlich ihren "Lohn" für die jahrelange Unterstützung der NSDAP. Ein Bericht der NSDAP-Ortsgruppe Lauterach an die Kreisleitung in Bregenz aus dem Jahre 1939 weist auf die vorhandene Unzufriedenheit hin, die vor allem wegen der "ungenügenden Berücksichtigung der Kleinbetriebe bei der Rohstoffverteilung" entstanden sei. Der Berichterstatter meint, es sei festgestellt worden, "daß die Klöppeleien viel zu wenig Baumwolle und fast keine oder gar keine Zellwolle bekommen, während die großen Textilbetriebe in Dornbirn gut versorgt seien und sogar Lohnarbeit ausgeben wollen" (37).

Als dann der kurzfristige Boom im Textilbereich zu Ende ging und die Wirtschaft nach dem deutschen Angriff auf Polen endgültig auf Kriegsproduktion umgestellt wurde, verschlechterte sich die soziale Lage der Arbeiterschaft zusehends. Aufgrund der Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg waren die Führer der NSDAP allerdings bestrebt, die Ruhe an der "inneren Front" möglichst zu bewahren, das heißt die soziale Lage der Arbeiterschaft nicht allzusehr zu verschlechtern. Es war daher durchaus im Sinne der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, zur Erhaltung und Ausweitung der Produktion schlecht bezahlte Fremdarbeiter oder Kriegsgefangene einzusetzen (38). Diese Politik war allerdings nur teilweise erfolgreich, und die Behörden sahen sich deshalb auch bald gezwungen, immer größeren Druck auf die Arbeiterschaft auszuüben. Das führte beispielsweise zur Einrichtung des "Reichsarbeitererziehungslagers" Reichenau bei Innsbruck (39).

In Vorarlberg gab es 1939 gerade in der Textilindustrie viele Entlassungen. Über die Folgen berichtete der Gendarmerieposten

Bregenz am 11. Oktober 1939: "Die durch die gegenwärtigen Verhältnisse notwendig gewordene Entlassung von vielen Arbeitern und Arbeiterinnen aus manchen Textilbetrieben und die Einführung von Kurzarbeit hatte für die betroffenen Volksgenossen meistens auch eine ziemliche Verringerung des Einkommens zur Folge. Diese Tatsachen werden von der Arbeiterschaft vielfach besprochen und tragen meistens nicht zur Besserung der Stimmung bei" (40). Zwei Wochen später meldet derselbe Posten wieder in bezug auf die Textilarbeiterschaft: "Auch wollen die Arbeiter nicht verstehen, daß hauptsächlich von den Volksschichten mit niederem Einkommen verhältnismäßig große Opfer verlangt werden" (41).

Daraus läßt sich leicht ablesen, daß die häufig zu hörende Behauptung, nach dem März 1938 habe sich die Lage der Arbeiterschaft verbessert, unzutreffend ist. Wenn beispielsweise Margit Schönherr meint: "Die Eingliederung Vorarlbergs in das Deutsche Reich brachte in kürzester Zeit eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse mit sich" (42), kann sie damit wohl nur die Situation der Unternehmer gemeint haben. Deren Auftragslage hatte sich kurzfristig tatsächlich verbessert. Auch Karl Heinz Burmeisters Feststellung, die Arbeitsbedingungen hätten sich "maßgeblich verbessert" (43), läßt sich nur für eine kurze Phase unmittelbar nach dem Anschluß belegen.

Die nationalsozialistischen Quellen selbst vermitteln ein ganz anderes Bild: "Tatsache ist, daß die Arbeiterschaft diese krassen Gegensätze in den Einkommensverhältnissen mit wachsender Unzufriedenheit bespricht. Man kann unter den Arbeitern vielfach die Meinung hören, der Arbeiter sei schon früher, d.h. zur Parteienzeit, ausgebeutet worden. Die heutigen Zustände seien in dieser Beziehung kaum besser geworden" (44). Diese Aussagen eines Exekutivbeamten enden mit einer Warnung an die Kreisleitung, die Unzufriedenheit vieler Arbeiter in seinem Zuständigkeitsbereich (Bregenz) sei so groß, daß er Unruhen befürchten müsse. Außerdem empfahl er den zuständigen Herren, der sozialen Situation mehr Aufmerksamkeit zu schenken, "damit diese unzufriedene Stimmung nicht in ein gefährliches Stadium gleitet" (45).

Auch die Stimmungsberichte der folgenden Monate zeichnen insgesamt kein anderes Bild. Insbesondere die Industriearbeiterschaft stand offensichtlich in klarer Opposition zu den nationalsozialistischen Machthabern. Diese waren sich der Gefährlichkeit der Situation durchaus bewußt und versuchten, oppositionelle Regungen schon im Keim zu ersticken – gerade im Hinblick auf den Krieg.



Parolen statt höheren Löhnen und sicheren Arbeitsplätzen: Appell über Betriebslautsprecher in der Spinnerei Schoeller Bregenz im Jahre 1939

Besonders schwierig wurde die Situation für die Herrschenden, als entsprechend einer am 7. September 1939 in Kraft getretenen "Kriegswirtschaftsverordnung" die bis dahin tariflich vorgesehenen Zuschläge für Überstunden und für Sonn- und Feiertagsarbeit nicht mehr an die Arbeiter ausbezahlt wurden, sondern zugunsten der "Allgemeinheit" an das Finanzamt abgeführt werden mußten. Im ganzen Reich stellten die Behörden daraufhin gesteigerte "Unzufriedenheit" und auch schon "passiven Widerstand" (46) fest. Sie sahen sich veranlaßt, die Maßnahmen bereits nach wenigen Wochen schrittweise zu entschärfen (47). Die Betriebszeitung der Firma F.M. Hämmerle berichtete denn auch im August 1940 unter der Überschrift "Alle Überstunden-Zuschläge werden wieder dem Schaffenden vergütet" (48), der Reichsarbeitsminister habe angeordnet, daß "in Anerkennung der besonderen Leistung, die von den Arbeitern und Angestellten unter Verzicht auf Teile des Mehrarbeitsverdienstes in den bisherigen Kriegsmonaten verlangt werden mußte" (49), mit Gültigkeit vom 8. September 1940 wieder die tariflichen Zuschläge für alle geleisteten Überstunden an den zu bezahlen seien, der die Mehrarbeit auch leiste (50).

Der Zerfall der Arbeitsmoral war aber auch durch solche Maßnahmen nicht aufzuhalten: "Über absinkende Produktivität wurde überall in der Wirtschaft Klage geführt" (51), sodaß die Gestapo verstärkt in die Betriebe geholt wurde, "um das Bummelantentum rücksichtslos zu bekämpfen" (52). Die Phrasen von der "Volksgemeinschaft" oder der "Betriebsgemeinschaft" machten in der Realität immer mehr nacktem Terror Platz. Auch in Vorarlberg war der Einsatz der Gestapo in den Betrieben gang und gäbe. Viele Arbeiter wurden in das Arbeitserziehungslager Reichenau verschickt (53).

Die Strafakten des Landesgerichtes Feldkirch belegen, daß es schon in der ersten Phase des Krieges zu verschärftem Druck von seiten der Behörden gegen Arbeiter kam. Insbesondere gab es immer wieder Fälle von Widerstand gegen Maßnahmen wie die Zwangsverschickung von Vorarlberger Arbeiterinnen und Arbeitern in die norddeutschen Zentren der Rüstungsindustrie oder das faktische Verbot eines individuellen Arbeitsplatzwechsels.

Es kann daher nicht verwundern, daß in Vorarlberg - wie im übrigen Deutschen Reich - die Arbeiterschaft überwiegend ein sehr distanzierendes Verhältnis zur NSDAP hatte. Die öfter zitierten "Stimmungsberichte" sind hierfür ein ausgezeichnete Beleg, denn sie waren für NS-Stellen bestimmt und dürften daher wohl kaum die wirkliche Situation verfälscht haben. Hier nochmals ein Bericht des Postens Bregenz vom 25. Juli 1940:

"Unter der Arbeiterschaft kann man immer wieder hören, daß ihre Einkommens- und somit Lebensverhältnisse seit der Machtübernahme der NSDAP in der Ostmark in den allermeisten Fällen nicht verbessert wurden. Diese Klagen werden insbesondere unter den Textilfabrikarbeitern laut. Es ruft bei Arbeitern mit kleinem Einkommen bittere Unstimmung hervor, wenn die sich nur nat. soz. gebärdenden Unternehmer heute noch ihr luxuriöses Leben fortführen können, während die Arbeiterschaft unter den gleich gedrückten Löhnen, wie in der vergangenen Systemzeit, ihr karges Dasein fristen muß. Dieses Problem wird von der Arbeiterschaft immer wieder aufgeworfen und dabei ein Ausgleich nach wirklich nat. soz. Grundlage zur Verbesserung der Lebensstellung des deutschen Arbeiters gefordert!" (54).

DIE "DEUTSCHE ARBEITSFRONT"

Nach der "Machtübernahme" der NSDAP im Deutschen Reich im Jänner 1933 und nach der Auflösung des "Allgemeinen Deutschen Ge-

werkschaftsbundes" (ADGB) am 2. Mai 1933 wurde am 10. Mai 1933 die "Deutsche Arbeitsfront" (DAF) gegründet. Die DAF war im Gegensatz zu den Gewerkschaften keine Arbeitnehmerschutzorganisation, sondern eine Einheitsorganisation für Arbeiter, Angestellte, Handwerker, Gewerbetreibende und Unternehmer. Alle diese Gruppen - so die Ideologie der DAF - sollten gleichberechtigt zusammenwirken. Der "Reichsführer" der DAF, Dr. Robert Ley, faßte die Ziele der Organisation folgendermaßen zusammen: "Die



DAF-Führer Robert Ley mit dem "Betriebsführer" von F.M. Hämmerle beim Besuch des Betriebs Dornbirn-Steinebach im Sommer 1938

Deutsche Arbeitsfront umfaßt alle schaffenden deutschen Menschen, Unternehmer, Angestellte und Arbeiter, außer den Beamten des Reiches, der Länder und der Behörden. In ihr soll der Begriff deutsches Arbeitertum geformt und zur Wirklichkeit werden" (55).

In der Praxis hatte die DAF in erster Linie die Aufgabe, die Mitglieder eines Betriebes im Sinne des Nationalsozialismus zu schulen sowie deren Freizeit möglichst umfassend zu organisieren. Hierzu dienten Unterorganisationen wie die KdF ("Kraft durch Freude") (56). Entsprechend war auch die DAF nicht für Löhne, Arbeitszeiten oder Urlaub zuständig. Die Entscheidungen darüber lagen bei sogenannten "Treuändern der Arbeit", die von der Reichsregierung ernannt wurden. Aufgrund ihrer Funktion bezeichnet Ernst Hanisch die DAF im Vergleich zu anderen NS-Organisationen als "machtpolitisch wohl am schwächsten" (57):

"Wenn die lohnpolitische Ebene nicht betreten werden durfte, welche Aufgabe blieb der DAF, die als Quasi-Zwangsorganisation doch eine Massenbewegung darstellte? Da war in erster Linie die 'Erziehung der Schaffenden' in allen weltanschaulichen Fragen. Dafür wurde in jedem größeren Betrieb ein politischer Stoßtrupp aus Parteigenossen gebildet, der offiziell in Appellen und inoffiziell in der Kantine NS-Propaganda betreiben sollte. ... Da war vor allem der weite Bereich der 'Freizeit', der von der Unterorganisation 'Kraft durch Freude' organisiert wurde" (58).

Die Mittel für die Aktivitäten von DAF und KdF mußten zudem von den Mitgliedern selbst aufgebracht werden und nicht vom Staat oder von der Partei. Jedes Mitglied hatte 1,5 Prozent seines monatlichen Einkommens an die Organisation abzuführen.

Obwohl die DAF eine "Quasi-Zwangsorganisation" war, betonen die einzelnen Jahresberichte und die Betriebszeitungen der verschiedenen Vorarlberger Firmen immer wieder die hundertprozentige Organisiertheit der Belegschaft. So kann man dem "Sozialbericht der Wollgarnspinnerei Schoeller" in Bregenz für das Kalenderjahr 1938 folgendes entnehmen: "Der Aufbau der Deutschen Arbeitsfront erstreckte sich sofort auf die Betriebe in Form einer einheitlichen Organisation. Es gehören sämtliche Gefolgschaftsmitglieder der Deutschen Arbeitsfront an" (59).

Organisiert war die DAF ähnlich wie die NSDAP. Der "Reichsverwaltung" unter der Führung von Dr. Robert Ley unterstanden die Gauverwaltungen. Kreisverwaltungen und Ortsgruppen waren weitere Untergliederungen. Wie kompliziert der Aufbau der DAF in größeren Betrieben war, zeigt ein kurzer Blick auf den DAF-Stab der Betriebe von F.M. Hämmerle in Dornbirn. Dem "Betriebsführer" Franz Hämmerle unterstand der "Betriebsobmann", und diesem der

Dreihammer

Werkzeitschrift der Betriebsgemeinschaft F. M. Hämmerle, Doendorn - Feldkirch

1. Jahrgang

1. November 1939

Heft 11

Erfolg unseres Sozialismus!

**Dr. Ley zieht Bilanz / Unsere Arbeit wird den englischen Geldsack bezwingen
Bereits soziale Verbesserungen: Weihnachtsgeld, Lohnzuschläge, Urlaub usw.**

Berlin, 20. November / Der Reichsorganisationsleiter und Leiter der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley, hat einen Aufruf an alle Schaffenden Großdeutschlands erlassen, in dem er einen Überblick über die bisherigen Erfolge unseres Abwehrkampfes gegen die englische Geldsackpolitik gibt. In dem Ringen der ersten zehn Kriegswochen hat die innere Front Deutschlands bewiesen, daß sie der englischen Plutokratie überlegen ist. Während sich in England und Frankreich täglich neue Schwächen im Arbeits- und Wirtschaftsleben zeigen, kann die Führung des Reiches bereits soziale Verbesserungen vornehmen, die ein bereiteter Ausdruck unserer wirtschaftlichen Stärke sind.

Der Aufruf des Reichsorganisationsleiters an die Schaffenden Großdeutschlands hat folgenden Wortlaut:

Arbeiter u. Arbeiterinnen! Betriebsführer u. Gefolgschaft! Schaffende in Stadt u. Land!

Der uns von England aufgezwungene Krieg dauert nun zehn Wochen. Es ist aller möglichst, eine vorläufige Zwischenbilanz über den Erfolg und über die weiteren Aussichten zu machen. Unser unverrückbares Ziel ist: **Sieg, Sieg und nochmals Sieg** und damit die endgültige Niederwerfung Englands und der Herrschaft seines Geldsacks über die übrigen Völker des Erdballs. **Sozialismus gegen Kapitalismus!** Das ist unser Schlachtruf.

Ziehen wir als klar denkende Menschen die Zwischenbilanz der ersten zehn Wochen.

1. In einem beispiellosem Blütkrieg war die polnische Armee — von der das Boljische Militärbüchlein noch am 3. September 1939 schrieb, daß sie eine der stärksten Armeen der Welt und der deutschen Armee bei weitem überlegen sei — völlig vernichtet.

„England ist keine Insel mehr!“ Die Erfolge unserer Flotte, insbesondere der U-Boote, und die

Siege unserer Luftwaffe reihen sich würdevoll an die einmaligen Erfolge im Osten. **Und der Westwall?** Nun hat es sich gelohnt, daß ihr Westwallarbeiter seit Jahren Opfer und Entbehrungen, Dienstverpflichtung und Mehrleistung auf euch genommen habt!

2. Die englische Einkreisung ist gebrochen — Armen England! Wie schön war es doch im Jahre 1914, wo man mit 45 Bundesgenossen eine reichsfeindliche Treibjagd auf das edle deutsche Wild abhalten konnte. Vorbei, vorbei . . .

3. Die innere Front! Der Weltkrieg hat uns gelehrt, daß es nicht genügt, tapfere Soldaten zu besitzen, sondern daß ein moderner Krieg ein totaler Krieg ist, daß alle daran teilnehmen und daß deshalb das gesamte Volk in der besten geistlichen und körperlichen Verfassung zu sein hat und darin erhalten werden muß.

Jeder Krieg bedeutet eine völlige Umstellung

Beginn des Krieges gegen Großbritannien — und die DAF verspricht den "nationalen Sozialismus": "Dreihammer", die von Betriebsleitung und DAF herausgegebene Werkzeitschrift von F.M. Hämmerle, im November 1939

"Sozialwalter". Insgesamt gab es dann 16 Abteilungen, etwa den "Sportwart", den "Feierabendwart", den "KdF-Wart", den "Jugendwalter", den "Gesundheitswalter" usw. (60). Neben verschiedenen Betriebssportaktivitäten (Schwimmen, Leichtathletik, Schifahren) wurden Arbeitsgemeinschaften für Basteln, weibliche Handarbeiten, Fotografieren usw. organisiert. Die Werkzeugzeitung "Dreihammer" berichtet auch von einem "KdF-Urlaub für unsere Gefolgschaft" in der Dauer von jeweils einer Woche (61).

Alle diese Aktivitäten können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Einkommenssituation der Beschäftigten ständig verschlechterte. Ernst Hanisch weist darauf hin, daß "die Löhne der österreichischen Industriearbeiter anstiegen: von Juni 1938 = 100 auf März 1944 = 126. Feststeht aber auch, daß die Lebenshaltungskosten wesentlich höher stiegen (+34%), das heißt, die Arbeiter mußten während des Krieges einen Verlust des Realeinkommens um ca. 15% verbuchen" (62). Abgesehen von dieser Minderung ging auch das Warenangebot beträchtlich zurück.

In der Textilindustrie des Gaues Tirol-Vorarlberg erhielt nach Untersuchungen der DAF ein Arbeiter im Durchschnitt (gelernt oder ungelernt) einen Wochenlohn von 30,21 RM, eine Arbeiterin 23,53 RM. Das entsprach einem Brutto-Monatsverdienst von etwa 110 bis 120 Reichsmark (63). Mit Kriegsbeginn wurde zusätzlich ein "Kriegszuschlag" vom Monatslohn abgezogen, der im Durchschnitt nochmals 50% der abgeführten Lohnsteuer betrug (64). Der Netto-Verdienst verminderte sich weiter durch Abgaben infolge diverser "Sammlungen".

Die relativ schlechte soziale Lage vieler Lohnabhängiger dürfte ein ganz wesentlicher Grund dafür gewesen sein, daß sich die Beziehungen zwischen der Arbeiterschaft und der DAF nicht im Sinne der Nationalsozialisten entwickelten. In den Betriebszeitungen jedenfalls sind immer wieder Aufrufe zur Mitarbeit abgedruckt worden. Die DAF hatte offensichtlich erheblichen Mangel an Aktivisten. So heißt es im Sozialbericht der Bregenzer Firma Schoeller aus dem Jahre 1940: "Die betriebliche DAF-Organisation ist voll in Ordnung. Jedoch mußten auch hier infolge der Einberufungen immer wieder Umstellungen und Zusammenlegungen vorgenommen werden. Die gesamte Arbeit lastet heute auf den wenigen Zurückgebliebenen" (65).

DER "NATIONALE SOZIALISMUS" AN DER MACHT - DAS BEISPIEL DER LORÜNSER AG

Man muß sich darüber im klaren sein, daß es auch heute noch schwierig ist, die konkreten Veränderungen im Betriebs- und Alltagsleben nach der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus realistisch zu fassen. Wie wirkte sich diese Machtübernahme in den einzelnen Betrieben aus? Was bedeutete sie für die Arbeiter? Was änderte sich konkret am Arbeitsplatz?

Diese Fragen sind an weitere Probleme gekoppelt: Wie arrangierten sich die Unternehmer mit der neuen politischen Macht? Oder war es umgekehrt eher so, daß die neuen Machthaber auf die alte Wirtschaftselite Rücksicht nehmen mußten?

Um Klarheit über die wahren Machtverhältnisse zu bekommen, ist ein fruchtbarer theoretischer Ansatz entwickelt worden: das sogenannte "Polykriatiemodell". "Die neuere Forschung hat ... nachgewiesen, daß das politische System des Nationalsozialismus keineswegs ein strikter 'Führerstaat' war, sondern daß in diesem System konkurrierende Herrschaftsbereiche relativ selbständig auswucherten" (66). Dieser Ansatz, von Ernst Hanisch am Beispiel Salzburg in überzeugender Weise angewandt, hat den entscheidenden Vorteil, daß die einzelnen Machtbereiche - NSDAP und ihre Untergliederungen, Wirtschaft, Wehrmacht usw. - und ihre Beziehung zueinander scharf herausgearbeitet werden können.

Im folgenden soll ein prägnantes Beispiel zeigen, daß keineswegs nur der Parteiapparat in der Zeit des Nationalsozialismus herrschte, sondern unter anderem auch die Wirtschaftselite des Landes. Bei den "Textilbaronen" im Rheintal liegt dieser Sachverhalt auf der Hand: Sie übten sowohl vor als auch nach dem "Anschluß" politische und wirtschaftliche Macht in einem aus. Interessanter ist in diesem Zusammenhang deshalb eine Gegend, in der sich erst nach dem "Anschluß" neue Machtstrukturen herausbildeten: der Raum Bludenz mit der "Vorarlberger Zementwerke Lorüns AG".

Die Lorünser Zementwerke AG hatte schon während der austrofaschistischen Zeit mit dem am 8. August 1891 in Reichenberg geborenen Edwin Müller einen großdeutsch gesinnten Direktor. Von Jugend auf "national" erzogen, war es für ihn fast selbstverständlich gewesen, 1933 der NSDAP beizutreten (67). Zusammen mit dem Chemiker und technischen Betriebsleiter, dem am 25. Juni 1888 geborenen Reichsdeutschen Georg Felix Hentschel, machte Müller aus der Firma schon in der "illegalen" Zeit ein Refugium für Nationalsozialisten (68).

Als Firma hatten die Vorarlberger Zementwerke Lorüns AG verschiedene Vorläufer im 19. Jahrhundert, 1907 wurden dann die "Vorarlberger Zementwerke Ges.m.b.H." gegründet, die jährlich etwa 18.000 t Portland-Zement produzierten, 1916 wurde die ebenfalls 1907 gegründete Firma "Edelmann und Co." in Ludesch erworben und die Kapazität auf insgesamt fast 80.000 t erweitert. 1925 kam es schließlich zur Umbenennung und Umwandlung in eine AG. Das Unternehmen war fortan eine Tochter der "Perlmooser Zementwerke Aktiengesellschaft" (69).

Nach der Weltwirtschaftskrise begann auch für diese Firma eine schwierige Zeit; die restriktive Wirtschaftspolitik der austrofaschistischen Regierungen tat ein übriges. Die weitgehend nationalsozialistisch gesinnte Firmenleitung erhoffte sich deshalb vom "Anschluß" sehr viel.

Machtkonkurrenz: NS-Firma gegen NS-Bürgermeister

Sofort nach der nationalsozialistischen Machtübernahme sahen die führenden Männer der Lorünser AG ihre Zeit gekommen: Sie beabsichtigten, den im Eigentum der Stadt Bludenz befindlichen Steinbruch zu einem Spottpreis zu erwerben.

Der neue Bürgermeister Anton Hutter (1901-1982) aber widersetzte sich diesen Plänen. Als "Alter Kämpfer" der NSDAP - er war 1931 Gründer und von Anfang an Leiter der Ortsgruppe Bludenz - glaubte sich Hutter stark genug, den ganz offenkundig gegen die Interessen der Stadt gerichteten Bestrebungen von Müller und Hentschel entgegenzutreten zu können. Die Verhandlungen wurden von ihm immer wieder hinausgezögert, bis Müller schließlich am 13. September 1939 fernmündlich beim Bürgermeister anfragte, wie es denn nun stehe. Hutter gab ihm zur Antwort, als Bürgermeister könne er es nicht verantworten, den von der Firma vorgelegten Vertragsentwurf zu unterschreiben. Nur wenn er von einer übergeordneten Stelle den ausdrücklichen Auftrag hierfür bekäme, würde er dies tun. Müller wies darauf hin, daß er im Vertrauen auf einen Vertragsabschluß neue Maschinen im Gegenwert von 1,250.000 Reichsmark angeschafft habe. Doch Hutter ließ nicht weiter mit sich reden (70).

Unmittelbar nach diesem Gespräch informierte Müller die Herren seines Aufsichtsrates, der Perlmooser AG, um auch von dieser Seite her Druck auf Hutter auszuüben (71). Die Auseinandersetzung verlagerte sich jetzt auf die höchsten Ebenen des Reiches, zu denen sowohl Müller als auch die Aufsichtsräte die besten Kontakte

hatten: Müller war bereits am 4. April 1938 von Gauleiter Bürckel zu einem Vortrag des Reichswirtschaftsministers Funk und des DAF-Reichsleiters Ley in das Wiener Konzerthaus eingeladen worden. Weiters hatte ihn der Reichskommissar für die "Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich" mit Schreiben vom 31. August 1938 über Vorschlag der Gauleitung in den vorläufigen Arbeitsausschuß für die Natursteinindustrie berufen und als Mitarbeiter in den Sachverständigenausschuß für die Natursteinindustrie geholt (72).

Am 23. September 1939 wurde Müller vom stellvertretenden Vorsitzenden der Perlmooser AG, Direktor Walter Hidler, aus Wien per Telefon mitgeteilt, die Perlmooser AG sei als großes Industrieunternehmen nicht gewillt, eine solche Behandlung von seiten eines Bürgermeisters hinzunehmen. "Hidler bezeichnete das Vorgehen des Bürgermeisters als unerhört und meinte, es zeige, daß er, der Bürgermeister, anscheinend Angst vor einer kommenden Inflation habe (Hutter hatte in den Verhandlungen betont, die Stadt benötige zur Zeit kein Geld; H.W.). Er (Hidler; H.W.) machte mir (Müller; H.W.) den Vorschlag, sofort Gauleiter Hofer mit der ganzen Angelegenheit zu befassen." Mit diesen Worten informierte Direktor Müller den Landrat des Kreises Bludenz, Dr. Franz Czinglar, einen alten persönlichen Vertrauten (73). Noch am selben Tag, dem 23. September 1939, wurde Bürgermeister Hutter zu Landrat Dr. Czinglar zitiert und von ihm offensichtlich stark unter Druck gesetzt. Laut Protokoll war er jedenfalls plötzlich bereit, dem Verkauf zuzustimmen (74).

Doch damit war die Angelegenheit noch keineswegs bereinigt, denn sowohl die Firma Lorünser als auch Dr. Czinglar sahen in Hutter eine Gefahr. Als ehemaliger Arbeiter hatte Hutter starke Vorbehalte gegen jene Unternehmer, die im Nationalsozialismus die beste Möglichkeit sahen, ihre Interessen durchzusetzen. In einem Bericht an das Bezirksgendarmeriekommando Bludenz vom 29. August 1945 meint der Dienststellenleiter des Postens Bludenz über die frühere politische Tätigkeit Anton Hutters: Er "war ein starker Gegner der neu zur Nazipartei stoßenden Großdeutschen (ist Geldgeberpartei) und geriet als Bürgermeister bald mit dem neu eingesetzten Dr. Czinglar in Fehde" (75).

Zwei Tage nach seiner Vorladung teilte der Bürgermeister dem Landrat mit, er sehe sich außerstande, seinen Dienst als Bürgermeister weiterzuführen. Dem Schreiben war ein ärztliches Attest beigelegt. Bereits am 29. September 1939 bat er "um baldmöglichste Enthebung von meinem Amte. ... Die viele Mehrarbeit erfordert auf solchen Posten gesunde und vom Vertrauen der Partei

getragene Männer. Nichts davon ist bei mir der Fall. Ich bin krank, das Vertrauen der Partei wurde mir schon am 12.5. d.J. durch Kreisleiter Bernard entzogen" (76).

Bis zur Bestellung des neuen Bürgermeisters Max Troppmayer übernahm Franz Peyerl Hutter's Aufgaben. Trotz dessen Entmachtung war die Sache nicht beigelegt: Nun wurde selbst auf Familienangehörige Druck ausgeübt. Armin Hutter, ein Bruder des Bürgermeisters, war als Polizeireferent Landrat Dr. Czinglar direkt unterstellt. Ähnlich "antikapitalistisch" wie sein Bruder eingestellt und vermutlich mit dessen Billigung, führte Armin Hutter "in den Villen der Fabrikanten Hausdurchsuchungen nach eventuell gehorteten Lebensmitteln" durch und wurde daraufhin "wegen Unfähigkeit seines Amtes enthoben", wie der Gendarmerieposten Bludenz nach Kriegsende berichtete (77).

Dr. Czinglar veranlaßte schließlich ein Verfahren gegen Anton Hutter vor einem Parteischiedsgericht. In einer Beurteilung vom 25. März 1940 beschrieb er Hutter sehr negativ: Dieser sei keine Führernatur, sondern eher ein Diktator. "Er will alles selbst machen, belastet sich mit allem Kleinkram des Alltages und verliert dabei die große Linie. Er ist ein kleiner übersparsamer Beamter mit kleinem Horizont. In seiner 2-jährigen Bürgermeisterzeit hat er bisher im Gegensatz zu anderen Bürgermeistern außer Schaffung des Kreishauses und der Oberrealschule, zu der er aber auch gedrängt werden mußte, nichts geleistet" (78). Diese vernichtende Beurteilung konnte Anton Hutter politisch nicht überleben. Am 27. April 1940 wurde er von Gauleiter Hofer wegen parteischädigendem Verhalten als Bürgermeister beurlaubt und am 30. September 1940 endgültig und formell seines Amtes enthoben (79): Die Auseinandersetzung zwischen der Firma Lorünser AG und einem Bürgermeister, der die antikapitalistischen Parolen des Nationalsozialismus ernst genommen hatte, brachte einen eindeutigen Sieger hervor.

Die Hintergründe für dieses kompromißlose und harte Vorgehen der Firmenleitung werden deutlich, wenn man die Produktionsziffern der Vorarlberger Zementwerke Lorüns AG betrachtet. Nachdem die Produktion des hochwertigen "Portland"-Zementes in der Ersten Republik im Jahre 1930 mit 55.211 t ihren Höhepunkt erreicht hatte, wurde die Firma durch das infolge der Weltwirtschaftskrise stark betroffene Baugewerbe nur noch mit bescheidenen Aufträgen versorgt (80). In der austrofaschistischen Zeit sank die Jahresproduktion teilweise auf unter 40 Prozent des Standes von 1930:

Jahresproduktion von Portland-Zement

1930	55.211 t	
1933	20.450 t	
1934	23.450 t	
1935	27.000 t	
1936	25.390 t	
1937	29.840 t	(81)

Die Firmenleitung - allen voran Müller und Hentschel - wollte sich nach dem "Anschluß" schadlos halten und den "Lohn" für die oft jahrelange Tätigkeit in der NSDAP kassieren. Diesen "Lohn" sollte einerseits die öffentliche Hand bezahlen - eben durch den für die Stadt ungünstigen Verkauf des Steinbruches -, andererseits wurden die Ausbeutungsmethoden im Betrieb mit Unterstützung offizieller Stellen verschärft.

Die Rechnung der Firma ging auf. Die Stadt wurde zum Verkauf des Steinbruches von "oben" gezwungen, die Arbeiter waren in der NS-Zeit der Willkür der Betriebsleitung völlig preisgegeben. Außerdem ließ die nach dem "Anschluß" einsetzende Bautätigkeit, vor allem der Ausbau der Wasserkraftwerke, den Bedarf an Zement in die Höhe schnellen. Sogar die Produktionsziffer des Jahres 1930 wurde wieder erreicht bzw. übertroffen:

Jahresproduktion von Portland-Zement

1937	29.840 t	
1938	42.880 t	
1939	50.440 t	
1940	46.295 t	
1941	48.280 t	
1942	57.090 t	
1943	57.490 t	
1944	50.010 t	(82)

Nach Kriegsende gelang es der Firma erst allmählich wieder, ähnliche Produktionszahlen zu erreichen, vor allem weil Großbauvorhaben fehlten. So benötigten beispielsweise von Oktober 1939 bis Juni 1941 allein die "Südtiroler Volkswohnungsbauten" 9.958 t Zement - mehr, als im ganzen Jahr 1945 produziert wurde (9.375 t) (83).

Die Situation im Betrieb

Innerbetrieblicher Terror und Lohndruck waren für die Arbeiter der Firma die wesentlichen Merkmale der nationalsozialistischen Ära.

Während die "Betriebsführer", Müller und Hentschel, schon vor dem "Anschluß" als unbarmherzige Antreiber bei der Arbeiterschaft verhaßt gewesen waren, verstärkten sie den Arbeitsdruck nach dem März 1938 noch weiter. In einer Beurteilung durch den Dienststellenleiter der Polizei Bludenz vom 27. Juli 1945 wird Hentschel folgendermaßen charakterisiert: "Hentschel Georg war der Typ eines echten preußischen Fabrikdirektors, der nur Leistungen kannte ohne Rücksicht auf die Kräfte und Nöte der ihm unterstellten Arbeiter. Er war der eigentliche Antreiber im Vorarlberger Zementwerk Bludenz-Lorüns. Durch ihn wurden die Anzeigen wegen arbeitsrechtlicher Verfehlungen der Arbeiter - ob In- oder Ausländer - erstattet" (84).

Diese Anzeigen wegen "arbeitsrechtlicher Verfehlungen" waren wohl das stärkste Druckmittel bzw. Terrorinstrument, das einer Betriebsleitung gegen die Belegschaft zur Verfügung stand. Das Arbeitserziehungslager Reichenau (Innsbruck) galt im "Gaubereich Tirol-Vorarlberg" jedem Arbeiter als dauernde Mahnung. Die verantwortlichen Stellen in Innsbruck wiesen denn auch immer wieder darauf hin, daß diese Möglichkeit zur Disziplinierung "Arbeitsunwilliger" bestehe. So hieß es in einem Rundschreiben an alle Landräte und Gestapo-Stellen im "Gaugebiet Tirol-Vorarlberg" vom 12. November 1942:

"Betriebsführer und Gewerbetreibende, aber auch Bauern, beklagen sich immer wieder, daß einzelne Arbeiter die ihnen aufgetragenen Arbeiten oft recht nachlässig verrichten und auf Ermahnungen entweder gar nicht reagieren oder sogar frech werden. Da dieses Verhalten einer Sabotage gleichkommt und auch die ordentlichen Arbeiter dadurch in Mitleidenschaft gezogen werden, letzten Endes aber die gesamte Arbeitsleistung zurückgehen muß, erlaube ich mir, auf das Arbeitserziehungslager der Geheimen Staatspolizei in der Reichenau mit der Bitte nochmals aufmerksam zu machen, bei der Einweisung in dieses Lager einen schärferen Maßstab anlegen zu wollen.

Der Leiter der Geheimen Staatspolizei - Staatspolizeistelle Innsbruck, Herr Regierungsrat Hofmann, hat mir zugesagt, daß von auswärts eingelieferte Arbeiter nach entsprechender Schulung und Ausrichtung wieder auf den alten Arbeitsplatz zurückgeschickt werden und daher Ihrem Bereich kein Arbeiter verloren geht.



Die Baracken des Gestapo-Anhaltelagers ("Arbeitserziehungslager") Reichenau bei Innsbruck kurz nach dem Krieg. Die Drohung mit der Einweisung in dieses Lager war das typische Mittel zur Disziplinierung der Vorarlberger Arbeiterschaft während der NS-Zeit. An der Stelle des Lagers steht heute der Zentralhof der Stadt Innsbruck - ein Gedenkstein erinnert an die Opfer.

Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß diese Erziehungsmaßnahme sich als sehr nutzbringend erweist.

Es treiben sich im Lande auch immer noch einzelne arbeitsscheue Individuen herum, die von der Gendarmerie raschestens zu erfassen und ebenfalls dem Arbeitserziehungslager zu überstellen wären. Ich bitte um entsprechende Veranlassung, damit die tüchtigen und ordentlichen Arbeiter sehen, daß wir nicht nur den Willen, sondern auch die Macht haben, Elemente, die unsere Arbeit stören wollen, zur Ordnung zu bringen" (85).

Deutlicher läßt sich der Terror des NS-Regimes wohl nicht darstellen. Die Verschickung ins Arbeitserziehungslager Reichenau stellte für die Arbeiter Vorarlbergs im Falle "frechen Verhaltens" eine ständige Drohung dar. Die Firmenherren der Lorünser AG ließen sich nicht lange bitten. Typisch ist dafür der Fall zweier

Fremdarbeiter. Fremdarbeiter waren ja fast völlig rechtlos und der Willkür ihrer Vorgesetzten besonders ausgeliefert.

Anastasius Milanos und Konstantin Hozdupulus mußten im Steinbruch der Lorünser AG Schwerstarbeit verrichten. Eines Tages wurde ihnen die "Schwerarbeiter-Zulagekarte" entzogen. Sie wurden bei ihrem Steinbruchmeister vorstellig, konnten aber nichts erreichen. Infolge der nun geringeren und nicht ausreichenden Lebensmittelzuteilung sank die Arbeitsleistung der beiden. Ihr Meister führte sie daraufhin zu Direktor Hentschel. Dieser beschuldigte sie der politischen Agitation unter den jugoslawischen Kriegsgefangenen. Sie hätten versucht, diese zu verminderter Arbeitsleistung zu überreden und für ein solches Vergehen - so teilte Hentschel den beiden mit - mußten sie eigentlich geköpft werden. Hentschel erstattete Anzeige bei der Gestapo, und tatsächlich wurden die beiden Arbeiter nach drei Tagen verhaftet und in das Arbeitserziehungslager Reichenau gebracht. Dort blieben sie von Anfang August bis Anfang November 1943 inhaftiert. Nach ihrer Entlassung mußten Hozdupulus und Milanos wieder im Zementwerk Lorüns arbeiten (86).

Diese Rückführung in denselben Betrieb hatte durchaus Methode: Die aus Reichenau kommenden Häftlinge stellten für die übrige Arbeiterschaft - Einheimische und Fremde - ein ständiges Memento dar: Sie führten ihnen vor Augen, was passieren konnte, wenn man sich gegen Maßnahmen der Betriebsleitung auflehnte.

Die vorliegenden Akten belegen, daß die hier geschilderte Allgegenwart des Terrors auch für andere Betriebe - etwa die Textilbetriebe im Rheintal - zutraf. Dabei waren es gerade die schwerwiegenden Konsequenzen für geringfügige "Verstöße", die Unzufriedene oder Regimegegner nachhaltig einschüchtern sollten.

Als gegen Ende des Krieges immer wieder "feindliche" Flugzeuge Flugzettel abwarfen, in denen die Bevölkerung über die Kriegslage informiert und zu Maßnahmen gegen die Nationalsozialisten aufgerufen wurde, versuchten viele fanatische Nazis, "Ruhe und Ordnung" durch eine weitere Verschärfung der Unterdrückungsmaßnahmen aufrechtzuerhalten. Das bekamen zwei im Werk Lorüns beschäftigte Frauen zu spüren, als sie Ende Februar 1945 nach einem Luftangriff dabei "ertappt" wurden, wie sie solche Flugzettel aufnahmen. Noch bevor sie diese lesen konnten, wurden sie vom Betriebszellenleiter J.W. aufgefordert, die Zettel sofort wegzulegen. Ihre Bemerkung, er dürfe die Zettel ja auch nicht lesen, und außerdem werde bei vielen Nationalsozialisten allmählich die große Angst vor dem Kriegsende deutlich, genügte, um beide Frauen anzuzeigen. Am 8. März 1945 wurden die beiden,

die Laborantin Berta Eberharter und die Aufräumerin Viktoria Fritsche, verhaftet und in das Gefangenenhaus beim Landgericht Feldkirch eingeliefert. Dort blieben sie drei Wochen eingesperrt, und nur das nahe Kriegsende verschonte sie vor weiteren Strafen. Besonders für Viktoria Fritsche aber waren selbst diese drei Wochen überaus hart. Ihr Mann war damals in Kriegsgefangenschaft, ihre drei Brüder waren in die Wehrmacht eingezogen bzw. ebenfalls schon in Kriegsgefangenschaft. Die Frau mußte für ihr zehnjähriges Kind allein sorgen - Familienverhältnisse, die dem Betriebszellenleiter, wie er bei den Vernehmungen selbst bestätigte, bestens bekannt waren. Viktoria Fritsche, die im Betrieb verhaftet wurde und nicht mehr nach Hause durfte, mußte froh sein, daß sich ihre Schwägerin des Kindes annahm. Der wegen dieser Denunziation vom Volksgericht Innsbruck am 11. Juni 1947 zu acht Monaten Kerker verurteilte J.W. meinte vor dem Untersuchungsrichter: "Daß sie (die Frauen; H.W.) verhaftet werden, lag nicht im mindesten in meinem Vorhaben, ich dachte gar nicht daran, daß es dazu kommen würde und war erstaunt, als die beiden Arbeiterinnen eingezogen (!) wurden. Ich wollte lediglich erreichen, daß die beiden auf der Kreisleitung ermahnt würden" (87).

Die Realität der "nationalsozialistischen Betriebsgemeinschaft" zeigte sich tagtäglich. Bespitzelung und offener Terror machten recht deutlich, was die Nationalsozialisten unter dieser "Betriebsgemeinschaft" verstanden. Für welch geringfügige "Vergehen" man im "Dritten Reich" vor Gericht gestellt werden konnte, erfuhren einige Arbeiter der Zementwerke im Jahre 1940. Josef und Anna Mayer wurden am 16. Dezember 1940 vom Landgericht Feldkirch für schuldig befunden, vorsätzlich gegen die Vorschriften über den Umgang mit Kriegsgefangenen verstoßen zu haben.

Der Bürgermeister von Bürs hatte am 28. Juli 1940 beim Gendarmerieposten Bludenz Anzeige erstattet, daß Josef und Anna Mayer in der Gemeinde bei "Gleichgesinnten" für etwa zehn belgische Kriegsgefangene, die im Zementwerk Lorüns beschäftigt waren, Tabakspfeifen und Zigaretten gesammelt hätten. Die folgenden Untersuchungen durch die Behörden ergaben, daß Mayer insgesamt "zwei alte Tabakpfeifen, 10 Zigaretten und 2 Päckchen Rauchtak" an die Kriegsgefangenen weitergegeben hatte (88). Neben dem Ehepaar Mayer wurden auch Magdalena Knoll und Lina Artner wegen "Hilfeleistung zum Vergehen des verbotenen Umganges mit Kriegsgefangenen" für schuldig befunden: Sie hatten an Mayer die Tabakspfeifen zur Weitergabe verschenkt (89). Obwohl alle vier Angeklagten in ärmlichen Verhältnissen wohnten, wurden sie zu

Geldstrafen verurteilt, allerdings - wie der Richter in der Begründung meinte - "in geringer Höhe" (90): Josef und Anna Mayer zu insgesamt 35 Reichsmark, Lina Artner und Magdalena Knoll zu je 10 Reichsmark. Josef Mayer war im Zuge der Vernehmungen fünf Tage in "Verwahrungshaft". Für ihn und seine Familie bedeutete dieser Geldbetrag immerhin fast ein Viertel des Monatseinkommens von 150 Reichsmark, die er als Arbeiter bei den Lorünser Zementwerken verdiente. Die bei den Textilwerken Getzner, Mutter und Cie. beschäftigte Lina Artner kam als Hilfsarbeiterin gar nur auf einen Stundenlohn von 56 Pfennig (91).

Das Lohnniveau in der "Ostmark" war im Vergleich zum Altreich ohnehin niedrig, und immer wieder gab es dagegen Proteste. Der durchschnittliche Stundenlohn für einen angelernten Arbeiter in der Baustoffindustrie und im Baunebengewerbe betrug nach einer streng vertraulichen Studie der DAF im August 1938 in der "Ostmark" 70 Pfennig und im Altreich 87 Pfennig - also fast 25 Prozent mehr (92).

Diese niedrigen Löhne gab es in Österreich aber schon vor dem "Anschluß". Ein Arbeiter berichtet über seinen damaligen Dienstantritt bei den Vorarlberger Zementwerken Lorüns AG:

"Nur mit einer Menge Überstunden und Sonntagsdiensten war es möglich, den Lebensunterhalt eines Arbeiters etwas zu erleichtern. ... Die Akkordarbeiter wurden etwas besser bezahlt, dafür wurde aber eine unmenschliche Arbeitsleistung verlangt, sodaß die Arbeiter zu 90% nach Jahren den Leistungs(erfordernissen) nicht mehr gerecht wurden. ... Im Nazi-Regime war natürlich die Behandlung des Arbeiters noch viel gemeiner, da die Herren Meister und Ing. ja sogar dazu aufgestellt waren, die Leute zu traktieren in jeder Art und Weise" (93).

Die Allmacht der Firmenleitung bekamen auch jene Arbeiter zu spüren, die krank wurden. Während ausländische Arbeiter kaum Rechte in bezug auf Krankenfürsorge hatten, gab es diese Rechte für einheimische Arbeitnehmer noch immer. Ärzte und Krankenkassen schrieben die im Krankenstand befindlichen Arbeiter aber offensichtlich sehr früh wieder gesund - eine besondere Form des Arbeitsdruckes. Als z.B. der in den Lorünser-Werken beschäftigte Albert Flügel aus Nüziders zu früh gesundgeschrieben wurde und die Arbeit noch nicht wirklich wieder aufnehmen konnte, schickte ihm Direktor Müller einen Brief, in welchem er Konsequenzen androhte: "Nachdem Sie von der Krankenkassa Bludenz seit 10. April als arbeitsfähig erklärt werden, werden Sie aufgefordert, die Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen, anson-

sten wir gegen Sie die Anzeige wegen Arbeitsverweigerung bei der Gestapo erstatten werden" (94).

Dies ist einer von 13 Drohbriefen, welche die Widerstandsbewegung Bludenz nach 1945 gesammelt hat. Ein anderer Fall: Der aus Ludesch stammende Arbeiter Robert Roßkopf wurde von seinem Arzt ebenfalls zu früh gesund geschrieben und konnte der Arbeitsaufforderung nicht nachkommen. Er wurde nach einer Anzeige Müllers von der Gestapo am 12. April 1943 verhaftet und in das Arbeitserziehungslager Reichenau eingeliefert, wo er bis zum Juli inhaftiert blieb (95). Ähnlich erging es weiteren Arbeitern der Firma (96).

Schon der Hinweis auf Mißstände konnte für den Betroffenen fatale Konsequenzen haben. Dies erfuhr der Angestellte Ferdinand Laszlo, der bei einer Betriebsinspektion der DAF in den Zementwerken Lorüns die DAF-Funktionäre auf einige negative Zustände im Werk aufmerksam machte. Laszlo zog sich dadurch den Zorn Müllers zu, wurde schließlich bei der Gestapo angezeigt und von der Firmenleitung gekündigt. In seiner Anzeige machte Müller dem Angestellten folgende Vorwürfe: Laszlo habe versucht,

- die "Gefolgschaft" der NSDAP abspenstig zu machen,
- den Aufbau Großdeutschlands zu verhindern und
- den "Endsieg" Großdeutschlands hintanzuhalten.

Ferdinand Laszlo war einige Zeit in Haft, wurde dann aber schließlich von einem Gericht mangels Beweisen freigesprochen (97).

Es gab aber auch weniger drastische Methoden, die "Gefolgschaft" gefügig zu machen. Da es sich bei den Zementwerken um einen "kriegswichtigen Betrieb" handelte, waren die einheimischen männlichen Arbeitskräfte größtenteils "Uk"-gestellt ("Unabkömmlichkeits-Stellung"). Bei einem "Betriebsappell" am 31. Jänner 1941 betonte Müller die Wichtigkeit der "Heimatfront" für den "Endsieg" und meinte schließlich: "Die meisten von Euch sind Uk-gestellt. Das verpflichtet im besonderen, denn es wäre nicht zu verantworten und müßte zur Aufhebung der Uk-Stellung und zur Einziehung zum Wehrdienst führen, wenn die Uk-Gestellten nicht jenen Arbeitspflichten entsprechend nachkommen" (98) - für die Arbeiter eine wohl unmißverständliche Drohung.

Während die Firma große Gewinne machte, wurde die soziale Lage der Arbeiter - besonders der Fremdarbeiter - im Verlaufe des Krieges immer schlechter. Das für polnische und ukrainische Fremdarbeiter eingerichtete Lager in Lorüns war ein "Musterbeispiel im umgekehrten Sinne", wie aus einem nach Kriegsende von der Bludnzer Polizei verfaßten Bericht hervorgeht (99):

"In diesem Lager wurde in drei Jahren nicht das geringste renoviert, und für das Ungeziefer war auch nie ein Abwehrmittel vorhanden. Es gab in diesem Lager nämlich Flöhe und Wanzen zur Genüge, und wenn die Polizei oder Gendarmerie einmal etwas mit Hausdurchsuchungen zu tun hatte, so mußte man sehr vorsichtig sein, daß man nicht solche Kleinvieher mit nach Hause brachte. Für dieses Lager hatten weder Hentschel noch Müller je einmal einen Maurer oder Anstreicher übrig, und diese menschenunwürdige Bude sah immer gleich dreckig aus und bekam nie einen neuen Anstrich. Reklamiert haben die zum Teil sehr anständig gekleideten Polen sehr oft, man möchte ihnen doch einmal die zwei Zimmer, in welchen 13 bis 20 Personen wohnten, durch einen Maurer oder Anstreicher herrichten lassen, aber geschehen ist nie etwas" (100).

Während hier also extrem gespart wurde, zeigte sich die Firmenleitung bei Spenden für nationalsozialistische Organisationen oder Sammlungen durchaus großzügig (101). In anderer Hinsicht hingegen war wieder "Sparsamkeit" Prinzip: In einem von der Widerstandsbewegung Bludenz verfaßten Bericht wird der Direktion vorgeworfen, statt der gesetzlich zugelassenen 3% Rohgips 20% Rohgestein (Mergel) dem reinen Zement beigemischt zu haben. Dieser Zement sei dann als hochwertiger "Portland-Zement" verkauft worden. Bei einem Besuch des Werkes durch einen Sachverständigen sei die Mergelbeimischung für die Dauer des Besuches jeweils abgestellt worden. Ein diesbezügliches Verfahren gegen Direktor Müller nach einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Feldkirch sei im Jahre 1938 aber niedergeschlagen worden (102).

Ausbeutung von Gefangenen und schlechte Bezahlung einheimischer Arbeiter im Rahmen eines ausgeklügelten Terrorsystems sicherten im wesentlichen das wirtschaftliche Wohlergehen der Firma. Dazu kam der politische Einfluß auf Behörden und Parteistellen, wie er beim Sturz des Bludenzener Bürgermeisters offenkundig wurde.

Es scheint fast eine Ironie der Geschichte, daß ausgerechnet das Zementwerk Lorüns auch nach Kriegsende wieder Gefangene zugewiesen bekam. Diesmal aber waren es internierte Nationalsozialisten aus dem französischen Anhaltelager Rungelin, die ihren Beitrag zum Wiederaufbau Österreichs leisten mußten. War es die veränderte politische Situation oder die andere Spezies von Gefangenen, die die Firmenleitung nun zu wesentlich menschlicherem Vorgehen bewog? Jedenfalls appellierte die Direktion der Lorünser Werke in einem Brief vom 5. Juni 1946 an den "Politischen Aus-

schuß der Stadt Bludenz", die Gefangenen besser als bisher behandeln zu dürfen, da deren Leistungen durchaus zufriedenstellend seien:

"Nachdem diese Leute, wie uns von denselben mitgeteilt wurde, für ihre Arbeitsleistung jedoch keinerlei Entschädigung erhalten, befürchten wir, daß die Arbeitsleistung dadurch beeinträchtigt werden könnte und ziehen daher in Erwägung, mit Ihrer Genehmigung und Zustimmung eine Familien-Unterstützung in der Form auszuwerfen, daß der Unterschiedsbetrag zwischen der an das Lager abzuführenden Vergütung von S 5,-- je Arbeitstag und dem Tagesverdienst eines Hilfsarbeiters in unseren Steinbrüchen an die Angehörigen als Familien-Unterstützung ausbezahlt wird" (103).

Da scheint nun wirklich eine neue und bessere Zeit angebrochen zu sein.

ANMERKUNGEN

- 1) Karl Renner, zit. n. Hannak, Jacques: Karl Renner und seine Zeit. Wien 1965, S. 630.
- 2) Vgl. Wanner, Gerhard: Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg 1921-1938. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Feldkirch o.J. (1978), S. 19.
- 3) Vgl. Wanner (Anm. 2), S. 93.
- 4) Vgl. Wanner (Anm. 2), S. 97.
- 5) Vgl. Kühnl, Reinhard: Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus - Faschismus, Reinbek bei Hamburg 1971, S. 82.
- 6) Vgl. Walser, Harald: Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg 1933-1938. Wien 1983, S. 27.
- 7) Vgl. Walser (Anm. 6), S. 28.
- 8) Botz, Gerhard: Ideologie und soziale Wirklichkeit des "nationalen Sozialismus" in der "Ostmark". Einleitung zu Schwarz, Robert: "Sozialismus" der Propaganda. Das Werben des "Völkischen Beobachters" um die österreichische Arbeiterschaft 1938/1939. Wien 1975, S. 5-46, hier S. 36.
- 9) Vgl. Wanner (Anm. 2), S. 19.
- 10) Vgl. Wanner (Anm. 2), S. 48.
- 11) Vgl. Botz, Gerhard: Soziale Basis und Typologie der österreichischen Faschismen im innerösterreichischen und europäischen Vergleich. In: Österreichische Gesellschaft für Zeitgeschichte (Hg.): Faschismus in Österreich und international. Jahrbuch für Zeitgeschichte 1980/81. Wien 1982, S. 15-56, hier S. 37.
- 12) Wanner, Gerhard: Vorarlberg. In: Weinzierl, Erika/Skalknik, Kurt (Hg.): Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, Band 2. Wien-Graz-Köln 1983, S. 1011-1041, hier S. 1014.
- 13) VW, 8.7.1933 und 19.7.1934 (Jahresberichte der Arbeiterkammer).
- 14) Vgl. Walser (Anm. 6), S. 6.

- 15) VLA, Präs. Zl. 1033/1933 und VLA, BHF/PED Zl. 214/1933 und 451/1933.
- 16) VLA, Präs. Zl. 1033/1933.
- 17) BA Koblenz, Sammlung Schumacher, R 58/425.
- 18) Walser (Anm. 6), Dokumentenanhang, S. 189 f.
- 19) Ebenda.
- 20) Vgl. Höhne, Heinz: Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS. Hamburg und Gütersloh 1967, S. 250 f.
- 21) Walser (Anm. 6), Dokumentenanhang, S. 189 f.
- 22) Walser (Anm. 6), Dokumentenanhang, S. 187 f.
- 23) Ebenda.
- 24) Vgl. Walser (Anm. 6), S. 136.
- 25) Zit. n. Botz (Anm. 8), S. 9.
- 26) Vgl. Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938. Die Eingliederung Vorarlbergs in das Deutsche Reich 1938/39, Dornbirn 1981, S. 162.
- 27) Vgl. Walser (Anm. 6), S. 6.
- 28) Schönherr (Anm. 26), S. 163.
- 29) Vgl. Botz (Anm. 8), S. 16.
- 30) Vgl. Vorarlberger gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft m.b.H. (Hg.): Geschäftsbericht 1940. O.O., o.J., S. 8.
- 31) Vgl. Geschäftsbericht 1940 (Anm. 30), S. 8 f.
- 32) Vgl. Geschäftsbericht 1940 (Anm. 30), S. 4.
- 33) Vgl. Schönherr (Anm. 26), S. 167.
- 34) StABr, "Stimmungsbericht" vom 14.3.1939.
- 35) Vgl. Mason, Timothy W.: Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Opladen 1977.
- 36) Vgl. Schönherr (Anm. 26), S. 168.
- 37) Zit. n. Pichler, Meinrad: Eine unbeschreibliche Vergangenheit. Die Vorarlberger Geschichtsschreibung und der Nationalsozialismus. In: Pichler, Meinrad (Hg.): Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte. Bregenz 1982, S. 191-206, hier S. 199.
- 38) Vgl. Mason (Anm. 35), S. 304 ff.
- 39) Ebenda.
- 40) StABr, "Stimmungsbericht" vom 11.10.1939.
- 41) StABr, "Stimmungsbericht" vom 25.10.1939.
- 42) Schönherr (Anm. 26), S. 161.
- 43) Burmeister, Karl Heinz: Geschichte Vorarlbergs. Ein Überblick. Wien 1980, S. 192.
- 44) StABr, "Stimmungsbericht" vom 25.10.1939.
- 45) Ebenda.
- 46) Vgl. Mason (Anm. 35), S. 294 ff.
- 47) Vgl. Mason (Anm. 35), S. 296 f.
- 48) "Dreihammer", Betriebszeitung der Firma F.M. Hämmerle, Heft 8, 2. Jg., August 1940, S. 122.
- 49) Ebenda.
- 50) Ebenda.
- 51) Vgl. Mason (Anm. 35), S. 316.
- 52) Ebenda.
- 53) Vgl. den Abschnitt zur Lorünser AG "Die Situation im Betrieb".
- 54) StABr, "Stimmungsbericht" vom 25.7.1940.

- 55) Ley, Robert: Durchbruch der sozialen Ehre. Reden und Gedanken für das schaffende Deutschland. Berlin 1938, S. 8.
- 56) Vgl. Ley (Anm. 55), S. 23-48.
- 57) Hanisch, Ernst: Nationalsozialistische Herrschaft in der Provinz. Salzburg im Dritten Reich. Salzburg 1983, S. 161.
- 58) Hanisch (Anm. 57), S. 162 f.
- 59) Sozialbericht der Wollgarn-Spinnerei Schoeller Bregenz für das Kalenderjahr 1938. O.O., o.J., S. 4.
- 60) "Dreihammer" (Anm. 48), Heft 5/6, 6. Jg./1944.
- 61) "Dreihammer" (Anm. 48), Heft 4, 1. Jg./1939.
- 62) Hanisch (Anm. 57), S. 164.
- 63) Deutsche Arbeitsfront, Arbeitswissenschaftliches Institut (Hg.): Arbeitszeiten und Verdienste der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Ostmark im August 1938, Band I, Wien 1939, S. 263.
- 64) "Dreihammer" (Anm. 48), Heft 1, 2. Jg./1940.
- 65) Sozialbericht der Wollgarn-Spinnerei Schoeller Bregenz für das Kalenderjahr 1940. O.O., o.J., S. 23.
- 66) Hanisch (Anm. 57), S. 14.
- 67) StABl, Zl. 7/195.
- 68) StABl, Zl. 7/76.
- 69) Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Vorarlberg (Hg.): 100 Jahre Handelskammer und gewerbliche Wirtschaft in Vorarlberg. Feldkirch 1952, S. 226.
- 70) StABl, Zl. 1/198.
- 71) Ebenda.
- 72) StABl, Zl. 7/195.
- 73) StABl, Zl. 1/198.
- 74) Ebenda.
- 75) Ebenda.
- 76) Ebenda.
- 77) Ebenda, Schreiben des GP Bludenz vom 29.8.1945.
- 78) StABl, Zl. 7/76.
- 79) Ebenda; vgl. auch Nachruf in den VN vom 30.8.1982.
- 80) Vgl. 100 Jahre Handelskammer (Anm. 69), S. 227.
- 81) Ebenda.
- 82) Ebenda.
- 83) Ebenda und Geschäftsbericht (Anm. 30), S. 13.
- 84) StABl, Zl. 7/76.
- 85) DÖW 13.237.
- 86) StABl, Zl. 7/76.
- 87) Oberlandesgericht Innsbruck Vr. 2233/47.
- 88) LGF Vr. 490/40.
- 89) Ebenda.
- 90) Ebenda.
- 91) Ebenda.
- 92) Deutsche Arbeitsfront (Anm. 63), S. 16.
- 93) StABl, Zl. 7/76.
- 94) StABl, Zl. 7/195.
- 95) Interview von Gernot Egger mit Robert Roßkopf vom 28.8.1982. Dokumentensammlung der J.A.Malin-Gesellschaft.

- 96) StABl, Zl. 7/195.
- 97) Ebenda.
- 98) Ebenda.
- 99) StABl, Zl. 7/76.
- 100) Ebenda.
- 101) Ebenda (Liste der Spenden im Anhang des Aktes).
- 102) StABl, Zl. 7/195.
- 103) StABl, Zl. 7/486.

Schichtwechsel – Vorarlberger Arbeiterbewegung im Neuanfang 1945/46

Kurt Greussing

Zwischen dem 29. April und dem 6. Mai 1945 wurde durch den Einmarsch französischer Truppen der nationalsozialistische Machtapparat, der in seiner letzten Phase nurmehr in Form von Wehrmachts- und SS-Einheiten bestanden hatte, in ganz Vorarlberg beseitigt. Damit endeten sieben Jahre faschistischer Herrschaft, deren Terror nicht einmal in der Illegalität Ansätze einer organisierten Arbeiterbewegung zugelassen hatte; für die Sozialdemokraten waren – seit dem Februar 1934 – elf Jahre, für die Mitglieder der schon seit Ende Mai 1933 verbotenen KPÖ gar zwölf Jahre vergangen, in denen sie sich nicht öffentlich politisch betätigen durften. Allerdings waren auch jetzt, nach der Niederlage des Nazi-Regimes, Parteien noch nicht zugelassen. In den zivilen Verwaltungsgremien jedoch, die mit Hilfe und unter der Patronanz des französischen Militärs entstanden, wurden bald parteiähnliche Strukturen sichtbar.

Unmittelbar nach dem Einmarsch wurde eine französische Militärregierung installiert, deren Unterabteilungen für die einzelnen Regionen Vorarlbergs schon vor Kriegsende geplant worden waren (1). Sie bemühte sich um den raschen Aufbau einer neuen Zivilverwaltung, die im wesentlichen auf drei Ebenen bestand: Der am 24. Mai 1945 gegründete "Vorarlberger Landesauschuß" stellte provisorisch die oberste zivile Verwaltungsbehörde dar; auf kommunaler Ebene nahmen von der Militärregierung eingesetzte Bürgermeister und ernannte Stadt- beziehungsweise Gemeinderäte ihre Tätigkeit auf; schließlich war die "Österreichische demokratische Widerstandsbewegung" als überparteiliche antifaschistische Organisation mit Billigung der französischen Militärregierung und mit dem Ziel gegründet worden, die NS-Ideologie zu beseitigen, das öffentliche Leben zu demokratisieren und die Militär- wie die Zivilbehörden bei der Entnazifizierung von Verwaltung und Betrieben zu unterstützen.

Die formelle Überparteilichkeit der genannten Institutionen konnte nichts daran ändern, daß in Wirklichkeit bei der perso-

nellen Zusammensetzung der verschiedenen Gremien klar nach Parteigesichtspunkten verfahren wurde. Dies war schon deswegen unumgänglich, weil anfangs als unbelastete Funktionäre nur jene Männer zur Verfügung standen, die aufgrund ihres Alters meist nicht mehr hatten einrücken müssen und die bereits in der Vor-Nazi-Ära als Angehörige des christlichsozialen, des sozialdemokratischen oder des kommunistischen Lagers politisch aktiv gewesen waren. Frauen spielten nach Kriegsende im politischen Geschehen Vorarlbergs überhaupt keine Rolle: Obwohl sie (auch kriegsbedingt) die Mehrheit der Bevölkerung und der späteren Wählerschaft stellten, war Politik Männersache. Das dürfte nicht ausschließlich an den Herren der französischen Militärregierung als der obersten Entscheidungsinstanz gelegen haben.

PARTEIUNGEN STATT PARTEIEN

Nach der Befreiung Österreichs bestand ein von den Alliierten erlassenes Parteiverbot, das in erster Linie gegen eine Neuformierung der NSDAP und allgemein auf die Verhinderung unkontrollierbarer öffentlicher Versammlungen und Demonstrationen gerichtet war. Mit Beschluß des Alliierten Rats vom 17. September 1945 wurde jedoch den drei Parteien ÖVP, SPÖ und KPÖ die volle Freiheit der politischen Betätigung in ganz Österreich zugestanden; geschlossene Versammlungen von Parteimitgliedern in nichtöffentlichen Gebäuden durften nun ohne besondere Erlaubnis stattfinden (2). Inoffiziell hatten sich allerdings die drei genannten Parteien schon lange vorher zu reorganisieren begonnen. Die Zusammenarbeit im Landesausschuß, in den kommunalen Gremien und in der "Widerstandsbewegung" erfolgte bis nach den Neuwahlen zum Nationalrat und zum Landtag Ende November 1945 strikt nach dem Prinzip gegenseitiger Übereinkunft: Die gemeinsame Erfahrung von Unterdrückung während der Nazi-Zeit, die Verantwortung gegenüber der französischen Militärregierung und vor allem die Fülle ungelöster Verwaltungs- und Wirtschaftsprobleme machten eine solche konsensdemokratische Haltung nicht allzu schwer - ja sie ging so weit, daß die Konservativen aus der Entpolitisierung des öffentlichen Lebens geradezu eine Tugend zu machen versuchten.

Im achtköpfigen Landesausschuß teilten sich ehemalige Christlichsoziale und nunmehrige ÖVPler sowie Sozialisten die Verantwortung im Verhältnis 5:3. An der Spitze des Landesausschusses

stand mit Ulrich Ilg ein führender Politiker der Jahre vor 1938, und auch die anderen Mitglieder der konservativen Fraktion waren gestandene Christlichsoziale – mit Eduard Ulmer aus Dornbirn trat sogar der frühere Landesführer der Vaterländischen Front, der Einheitsorganisation der austrofaschistischen Ära, wieder auf die politische Bühne. Vizepräsident des Landesausschusses war der frühere sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Jakob Bertsch aus Feldkirch, die zwei weiteren sozialistischen Mitglieder waren der ehemalige Freigewerkschafter Emil Nesler aus Bludenz und der langjährige SDAP-Funktionär Hans Mayer aus Bregenz.

Ungewöhnlich gestaltete sich die politische Zusammensetzung der provisorischen Stadtverwaltung in Bregenz. Sie war – wie auch die Ausschüsse der "Widerstandsbewegung" – zur Hälfte mit Konservativen und zur andern Hälfte mit Angehörigen der beiden Linksparteien besetzt. Der zwölköpfige Stadtrat bestand somit aus sechs Mitgliedern des konservativen Lagers mit Bürgermeister Dr. Julius Wachter an der Spitze, drei Mitgliedern der KPÖ – Max Haller, gleichzeitig Vizebürgermeister, Karl Haubenberger und Walter Kareis – und drei Mitgliedern der SPÖ, nämlich Josef Mayer, August Schwärzler und Hans Wahsel (3). Lediglich in der Geschäftsverteilung gab es ein Übergewicht der konservativen Parteiung, da von den zehn Referaten der provisorischen Stadtverwaltung sechs an Konservative gingen und jeweils zwei an Kommunisten und Sozialisten (4). Die KP jedenfalls war unter diesen Bedingungen unverhältnismäßig gut repräsentiert. Durch eine enge Zusammenarbeit mit den Sozialisten versuchte sie ihre Position zu stärken: Es fanden sogar gemeinsame Parteisitzungen von Bregenzer Kommunisten und Sozialisten statt – eine Praxis, die zwischen Juli und August 1945 auf Intervention anderer, aus der Gefangenschaft heimkehrender Sozialisten beendet wurde (5).

Keine Parteien, aber Parteiungen gab es zu guter Letzt auch in der "Österreichischen demokratischen Widerstandsbewegung". Diese Organisation war eine Nachkriegsgründung und ist nicht identisch mit der Widerstandsbewegung gegen das nationalsozialistische Regime – wenngleich selbstverständlich ehemalige organisierte oder unorganisierte Widerstandskämpfer in der neuen Bewegung aktiv geworden sind. Die "Österreichische demokratische Widerstandsbewegung" war zum Teil personell mit den neu errichteten Gemeinde- und Stadtverwaltungen identisch (ein Dienstausweis, von den französischen Militärbehörden bestätigt, erlaubte ab September 1945 freizügiges Reisen bei Tag und Nacht, während sonst Reiseverbote galten), zum Teil auch versuchte sie sich parallel zu den Zivilbehörden zu etablieren. Ihre Hauptaufgabe

war die Erstellung politischer Gutachten bei der "Säuberung" des Verwaltungs- und Wirtschaftslebens von ehemaligen Nationalsozialisten und bei deren Ver- oder Enthaltungen. Ihre einzelnen Gliederungen von der Landes- über die Bezirks- bis zur Ortsebene und ihre Ausschüsse waren in der Regel zur Hälfte mit VP- und zu je einem Viertel mit SP- beziehungsweise KP-Mitgliedern besetzt (6). Insgesamt zählte die "Widerstandsbewegung" gegen Ende 1945 rund 1.400 Mitglieder in sechs Bezirksstellen und 72 Ortsstellen. Sie war bis zu dieser Zeit mit rund 8.000 politischen Gutachten befaßt (7).

"Säuberung" und politische Begutachtung waren - wie sich herausstellte - eine delikate Sache. Überparteilichkeit, das hieß Einstimmigkeit in den Gruppen und Ausschüssen, und die Beschwörung des Antifaschismus allein konnten nämlich zwei Probleme nicht lösen:

Die "Widerstandsbewegung" verfügte intern keineswegs über einen klaren demokratischen Wahlmodus. Die Bildung der Ortsausschüsse erfolgte nämlich schlicht durch eine Versammlung der "antifaschistischen Aktivisten" auf Vorschlag des jeweiligen Bezirksobmannes. Damit gerieten auch Leute in die Bewegung, die nicht nur keinen aktiven Widerstand geleistet hatten, sondern womöglich noch Sympathisanten oder Mitglieder der NSDAP gewesen waren (8).

Das Mittel der "Säuberung" selbst wurde angesichts neu entstehender Parteien bald zu einem politischen Instrument, das die angebliche Überparteilichkeit der Widerstandsbewegung schwer strapazierte. Denn jeder wußte, daß die über 15.100 ehemaligen NSDAP-Mitglieder und -Anwärter, immerhin 16,4% der rund 92.400 möglichen Wähler bei den Wahlen im November 1945 (9), auf Dauer allesamt weder aus dem sozialen noch aus dem politischen Leben ausgeschlossen werden konnten.

Wie nun mit belasteten Ex-Nazis wirklich umzugehen sei, das wurde somit rasch zum Politikum. Schon 1946 warf etwa Josef Greussing als Vorarlberger Delegierter am SPÖ-Parteitag in Wien der Landes-ÖVP vor, die Entnazifizierung vor allem bei den Lehrern als Druckmittel zur Mitgliederwerbung zu gebrauchen (10). Und im März 1947 kritisierten die sozialistischen Landtagsabgeordneten Hans Draxler, Josef Greussing und Michael Nagele massiv die angeblich willkürliche, zum Teil parteipolitische Handhabung des Nationalsozialistengesetzes durch die "politischen Ausschüsse" (d.h. Entnazifizierungsausschüsse) in den Gemeinden (11).

Was immer an diesen Vorwürfen stimmt, sie markieren das Ende eines antifaschistischen Konsenses, der offenbar schon 1945 brüchig geworden war. Denn typisch für die Verlegenheit, in die eine einerseits wohl zu breit gefaßte, andererseits nicht gründlich genug durchgeführte Entnazifizierung geriet, ist eine Resolution der Ortsstelle Feldkirch der "Widerstandsbewegung" vom 15. November 1945, zehn Tage vor den ersten freien Wahlen nach dem Krieg. Angehörigen der "Widerstandsbewegung" war das Wahlrecht entzogen worden, weil sie Mitglieder der NSDAP gewesen waren; dagegen erhob die Feldkircher Ortsstelle Einspruch, verbunden mit der Ankündigung, ihre Tätigkeit in der Organisation aus Protest einzustellen:

"Wenn nun in den Jahren 1941 bis 1943 an die damaligen Widerständler die Parole ausgegeben wurde, sich gegenüber der NSDAP ja nicht zu exponieren, sondern dort mitzuarbeiten, um auf diese Art ihre Bewegung und Absichten unauffälliger untergraben zu können, und heute denselben Männern, weil sie auch dieses Opfer auf sich nahmen, deswegen das Wahlrecht entzogen wird und sie damit zum Staatsbürger zweiter Klasse gestempelt werden, so setzt das allem die Krone auf" (12).

Wie wollte man da noch mit dem Anspruch auf Gerechtigkeit und Überparteilichkeit eine Entnazifizierung betreiben? Wer hätte wie unterscheiden sollen zwischen einem überzeugten und überzeugt gebliebenen NSDAP-Mitglied, einem opportunistischen Mitläufer, einem ehemaligen Nazi, der zu besserer Einsicht gekommen war, und gar einem angeblichen Widerständler, der der Partei nur aus taktischen Überlegungen beigetreten sein wollte?

Inwiefern die "Widerstandsbewegung" ihre selbstgewählte Aufgabe erfüllte und zur Entnazifizierung beitrug, vermag ich nicht umfassend zu beurteilen. Nach den Neuwahlen im November 1945 verlor sie rasch an Bedeutung (13). Aber die eine Funktion hat sie zweifellos gehabt: Sie war trotz des formellen Parteienverbots die landesweite Basis für eine vorläufige Reorganisation der drei Parteien. Als dann die parteiliche und gewerkschaftliche Organisation, die Herausgabe von Parteizeitungen und vor allem die Wahlwerbung für die am 25. November 1945 stattfindenden Nationalrats- und Landtagswahlen von der französischen Militärregierung auch in Vorarlberg offiziell zugelassen wurden, existierte bereits ein Netz politischer Beziehungen, das nur noch entfaltet werden mußte.

DIE ERSTEN DEMOKRATISCHEN WAHLEN 1945

Nach der Befreiung Vorarlbergs im Mai 1945 hatten die drei Parteien weitgehend konfliktfrei zusammengearbeitet – und wenn es Konflikte gegeben hätte, wäre kaum etwas an die Öffentlichkeit gedrungen. Denn ab Ende Mai bis in den August durften erst einmal nur einige Amtsblätter erscheinen. Am 1. September 1945 kamen als erste Tageszeitung die "Vorarlberger Nachrichten" heraus – ein überparteiliches Organ, in dem auch Vertreter der Parteien schreiben konnten, ohne daß sie sich aber als solche kennzeichneten. Im Oktober traten die Parteien dann über die "Vorarlberger Nachrichten" schon direkt an die Öffentlichkeit. Die Devise war – selbst angesichts der bevorstehenden Wahl – immer noch der "Burgfriede der demokratischen Parteien" (14).

Für die ÖVP war es das Ziel, angesichts der bestehenden Probleme – gar kein Ziel zu haben. "Wenn ein Schiff in Seenot gerät, dann gibt es darüber keine Debatte, ob alle Mann an Bord mit Hand anlegen müssen oder nicht. In einer solchen Situation wäre es völlig verfehlt, darüber zu diskutieren, welchen Kurs dieses Schiff nach Beendigung dieses Sturmes einzuschlagen hat."

Die SPÖ stellte pragmatische Überlegungen in den Vordergrund: Die wirtschaftlichen Probleme ließen sich nur gemeinsam lösen, und gemeinsames Handeln stelle gegenüber den Siegermächten die Fähigkeit des Volkes unter Beweis, sich selbst zu regieren.

Auch die KPÖ begründete den "Burgfrieden" mit der Notwendigkeit, die sozialen Fragen gemeinsam anzugehen, darüber hinaus aber auch mit der rückhaltlosen Bekämpfung des Faschismus und seiner Wurzeln. Der Wunsch der KP, daß deshalb "über die Wahlen am 25. November hinaus das Bündnis der Parteien gefestigt und vertieft" werde, war wohl schon von der Ahnung getragen, daß es, zumindest in Vorarlberg, nicht so kommen würde.

Ein kurzer Wahlkampf, von dem nicht gesagt werden kann, wie weit er in der Öffentlichkeit Widerhall gefunden hat, setzte nicht den "Burgfrieden" fort, sondern brachte eine deutliche Polarisierung des politischen Spektrums. Ab 15. und 16. November, also etwa eine Woche vor der Wahl, erschienen zum ersten Mal die Landesorgane der drei Parteien – das "Vorarlberger Volksblatt" der ÖVP, der "Vorarlberger Volkswille" der SPÖ und die "Vorarlberger Tagesnachrichten", nach drei Nummern in "Tageszeitung" umbenannt, als Organ der KPÖ.

In der Wahlwerbung gingen die drei Parteien deutlich unterscheidbare Wege. Die ÖVP – ganz "Volkspartei" – stellte Gemeinsamkeit und Gemeinwohl in den Mittelpunkt. Sie hatte sich schon

früher gegen ein parteipolitisches Engagement zumal der Jugend ausgesprochen - eine Lehre, die sie aus den Erfahrungen der Nazi-Zeit zu ziehen gedachte (15). Auf ihrer Liste der Kandidaten für den Landtag waren an prominenterer Stelle Arbeitervertreter - später Funktionäre des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes (ÖAAB) - plaziert (16).

Die SPÖ knüpfte in ihren Erklärungen zur Wahl an Traditionen der Arbeiterbewegung an, die sie von der Zeit der Ersten Republik über die Illegalität 34-38 und die Nazi-Herrschaft 38-45 bewahrt hatte: gegen Faschismus, für einen demokratischen Aufbau des Staates unter Führung der Arbeiter und Bauern, für die Verstaatlichung "volksfeindlichen Vermögens", die Trennung von Kirche und Staat und den Zusammenschluß der Arbeiter aller Länder (17). Vor allem war sie nicht bereit, die christlichsoziale Diktatur von 1934-1938 gegenüber dem Nationalsozialismus völlig zu verharmlosen - wie dies Ulrich Ilg etwa schon im Juli und August 1945 getan hatte: Ihm galt die Errichtung der nationalsozialistischen Herrschaft als die wirkliche Zäsur, während er die gesamte Periode von 1918 bis 1938, also auch die Jahre der austrofaschistischen Diktatur, in Vorarlberg durch "ehrliche Demokratie im öffentlichen Leben" geprägt sah; die Zeit von 1934 bis 1938, so Ilg an anderer Stelle, habe "in der Lahmlegung der Demokratie gewiß einen dunklen Punkt" gehabt, trotzdem habe Einigkeit gegen den Nazi-Terror geherrscht (18). Die Sozialisten hingegen stellten einen klaren Zusammenhang zwischen den beiden Faschismen her - im Wahlflugblatt der Landesorganisation Vorarlberg der SPÖ hieß es in der pathetischen Sprache, die das sozialdemokratische Erbe der Zeit vor 1934 nicht verleugnen mochte:

"... Erinnert Euch! Wer hat das Volk in allen Ländern gewarnt vor den Verschwörungen des schwerindustriellen Kapitalismus, der zum Kriege treibt - um der Kriegsgewinne willen? Es waren die Sozialisten aller Länder und mit ihnen die österreichische Sozialdemokratie!

Wohl alle haben uns angehört, viele sind uns gefolgt. Aber eine verblendete Menge hat den Verleumdungen eines Fürsten Starhemberg (Führer der österreichischen Heimwehren; Anm. K.G.) lieber Gehör geschenkt, hat im Dienst der Geldsäcke der Alpine-Montan-Gesellschaft bewaffnete Heimweherscharen gebildet, um die Sozialdemokratie niederzuschlagen.

Sie haben den Krieg im Innern des Staates entfesselt - den Vorboten des Völkerkrieges! Sie haben dem Faschismus den Weg gebahnt. Diesmal laßt Euch auch durch die schönsten Redensarten

anderer Parteien nicht täuschen und wählt die Partei, die durch Taten bewiesen hat, daß sie die einzige Partei des Volkes ist und wählt die Sozialistische Partei" (19).

Die Auseinandersetzung über den Charakter des Systems der Jahre 1934-1938 riß auch nach den Wahlen nicht ab. Die Volkspartei stellte faschistische Züge der damaligen Regierungsform mit dem Argument in Abrede, es sei im Unterschied zu Deutschland oder Italien keine aggressive Außenpolitik betrieben worden (20); der "Ständestaat", lediglich eine besondere Möglichkeit der Demokratie, habe die Probe aufs Gelingen nur deswegen nicht machen können, weil vor dem Beginn des ständischen Aufbaus die Nazis einmarschiert seien (21).

Die KPÖ stellte die Säuberung Österreichs von Nazismus und jeder Art von Faschismus in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes. Besonders Beamtenschaft und Polizei sollten demokratisch erneuert werden (22). Für die Zukunft hoffte die KP auf eine geeinte Arbeiterpartei von Sozialisten und Kommunisten. Die SP - so hieß es aus der Feder des führenden Vorarlberger Kommunisten Max Haller - sei eine Bruderpartei (23). Doch die "Bruderpartei" ging in ihrem Wahlkampf auf solche Avancen nicht ein.

Als in der Nacht vom 25. auf den 26. November die Stimmen zusammengezählt wurden, war bald klar, daß sich in Vorarlberg die traditionellen Lager als ziemlich stabil erwiesen hatten. Von 69.708 gültigen Stimmen entfielen für den Landtag 48.916 (70,2%) auf die ÖVP, 19.083 (27,4%) auf die SPÖ und 1.709 (2,45%) auf die KPÖ (24). Die für den Nationalrat abgegebenen Stimmen wichen nur unwesentlich von diesen Ergebnissen ab.

Ein Vergleich der Wahlresultate von 1945 mit jenen der Landtagswahlen 1932 und der Nationalratswahlen 1930 zeigt, daß vor allem die SPÖ im Verhältnis zu ihren früheren Ergebnissen einen gewaltigen Prozentsprung gemacht hatte. Sie erzielte absolut und relativ ein weit besseres Ergebnis als jemals in der Ersten Republik, wo sie stets um die 20%-Marke gependelt war.

Die KPÖ erreichte weder absolut noch relativ ihren kleinen Erfolg von 1932 - es bedeutete das Ende ihrer Vorstellung, sie könnte in Vorarlberg als politisch maßgebliche Kraft wie in den Monaten nach Kriegsende bestehen bleiben. In Bregenz verlor sie den Posten des Vizebürgermeisters, und nur eine Erweiterung des Stadtrates von 12 auf 15 Mitglieder erlaubte es, daß sie wenigstens mit einem Abgeordneten (statt bisher dreien) nach Maßgabe des Bregenzer Wahlergebnisses vertreten blieb (25).

Der neue Bregenzer Stadtrat setzte sich nun aus neun Vertretern der ÖVP, fünf Vertretern der SPÖ, darunter Josef Peter als neuem

Wähler und Wählerinnen von Vorarlberg!

In geschichtlicher Stunde ruft die provisorische Staatsregierung Euch auf, durch freie Wahl Euch eine Volksvertretung und damit der Republik eine vollberechtigte Regierung zu geben. Das künftige Schicksal des Landes ist damit in Eure Hand gelegt. Gewissenhaft prüft es da zu entscheiden, wer gewählt werden soll. Es wird über die Zukunft des ganzen Volkes entschieden. Unheil und Elend wälten im Lande. Wer hat dagegen alles, was in seiner Macht stand, aufgeboten, es zu verhüten? Erinnert Euch! Welche Partei hat seit ihrem Bestande, seit dem Jahre 1889 ohne Unterlaß das Volk gewarnt vor den Gefahren des Militarismus?

Welche Partei hat nach dem furchtbaren ersten Weltkrieg von 1914—1918 die Parole durch alle Länder Europas, ja der ganzen Welt, getragen

„Nie wieder Krieg!“

Ihr müßt bekennen: Wie waren es, die Sozialisten!

Viele sind diesem Ruf gefolgt — aber die Mehrheit unseres Volkes, besonders die Frauen hatten anderen Parteien vertraut. Unverständnis und Leidensinn haben uns verspottet! Und doch haben wir recht behalten: Die Katastrophe, vor der wir leidenschaftlich gewarnt haben, ist zweimal über uns hereingebrochen, und heute tragen wir die Folgen! Erinnert Euch! Wer hat das Volk in allen Ländern gewarnt vor den Verschwörungen des schwerindustriellen Kapitalismus, der zum Kriege treibt — um der Kriegsgewinne willen? Es waren die Sozialisten aller Länder und mit ihnen die österreichische Sozialdemokratie!

Wohl alle haben uns angehört, viele sind uns gefolgt. Aber eine verblendete Menge hat den Verleumdungen eines Fürsten Starbemberg lieber Gehör geschenkt, hat im Dienst der Geldgüter der Apino-Montan-Gesellschaft bewaffnete Heimweherscharen gebildet, um die Sozialdemokratie niederzu schlagen.

Sie haben den Krieg im Innern des Staates entzündet — den Vorboten des Völkerrreizes! Sie haben dem Faschismus den Weg gebahnt. Diesmal laßt Euch auch durch die schönen Reden anderer Parteien nicht täuschen und wählt die Partei, die durch Taten bewiesen hat, daß sie die einzige Partei des Volkes ist und wählt die

Sozialistische Partei

Kandidaten für den Nationalrat:

Linder Anton, Altbundesrat und Sekretär des Gewerkschaftsbundes, Feldkirch
Grewling Josef, Schmied, Lauterach
Beetsch Jakob, Vizepräsident des Landesausschusses, Feldkirch
Wübel Karl, Gemeindefsekretär, Scharnau
Preiß Mathilde, Hausfrau, Bregenz

Kandidaten für den Landtag:

Beetsch Jakob, Vizepräsident des Landesausschusses, Feldkirch
Grewling Josef, Schmied, Lauterach
Reber Eduard, Landwirt, Dornbirn
Wübel Karl, Gemeindefsekretär, Scharnau
Rebber Gebhard, Stadter, Vizebürgermeister, Lustenau
Drapler Hans, Bundesbahnbeamter, Bregenz
Kagenhuber Franz, Vizebürgermeister, Dornbirn
Fagale Michael, Wertmeister d. Bundesbahn, Bludenz
Cireja Hans, Präsident d. Gewerkschaftsb., Feldkirch

Rath Theodor, Landwirt, Hard
Sepp Johann, Schneidermeister, Stadtrat, Dornbirn
Reber Emil, Maschinenbauer, Bludenz
Reber Wilhelm, Bauführer, Gögis
Preiß Mathilde, Hausfrau, Bregenz
Drogge Karl, Textilarbeiter, Dornbirn
Engstler Eduard, Bundesbahnrentner, Gemeinderat, Müzißers
Zuntobel Josef, Landwirt, Klaus
Känge Gottlieb, H.-A.-Dienf., Kleinbauer, Fußach
Lersch Ulrich, Bahnbediensteter i. R., Masing
Mayer Johann sen., Bundesbahnrentner, Bregenz
Valentin Ferdinand, Feinmechaniker, Gemeinderat, Lustenau
Spanning Stefan, Schuhmacher, St. Gallenkirch
Aelwein Franz, Bundesbahnbeamter, Rankwei
Kugler Leopold, Webermeister, Kennelbach
Schwartzler August, Tischler, Stadtrat, Bregenz
Andermann Johann, Schuhmachermeister, Bregenz
Wiederer Johann Josef, Werkführer i. D., Straßau
Perberichlberger Franz, Maschinist, Bregenz

Für den Inhalt verantwortlich: Sozialistische Partei Österreichs.

Landesorganisation Vorarlberg.
Der Obmann: Jakob Beetsch.

Aufruf der SPÖ-Vorarlberg zu den Wahlen am 25. November 1945

1. Vizebürgermeister, und einem Vertreter der KPÖ, dem früheren Vizebürgermeister Max Haller, zusammen (26).

Im Landtag war die SPÖ mit sieben von insgesamt 26 Abgeordneten vertreten; fünf der 19 ÖVP-Abgeordneten waren Angehörige des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes (27). Von den sieben SP-Mandataren waren immerhin fünf im öffentlichen Dienst beschäftigt, in erster Linie bei Bahn und Post. Hier wurde eine Tendenz sichtbar, die sich in der Folgezeit verstärken sollte: der wachsende Einfluß von öffentlich Bediensteten in der Partei gegenüber Arbeitern aus der Privatwirtschaft.

In der Landesregierung stellte die SP mit Jakob Bertsch aus Feldkirch, gleichzeitig Landesparteiobmann, und Hans Draxler aus Bregenz zwei von sieben Regierungsmitgliedern.

Wahl 1945 im Vergleich zu Vorkriegswahlen 1930 und 1932 (28)

(LT = Landtag, NR = Nationalrat)

Wahltermin	Christl.- soziale (ÖVP)	Sozial- demokr. (SPÖ)	Kommun- nisten	andere Rechts- parteien	gesamt gültige Stimmen
NR 9.ii.30	44.078 (56.9%)	16.205 (20.9%)	153 (0.2%)	17.078 (22.0%)	77.514 (100%)
LT 7.11.32	43.229 (56.9%)	11.803 (15.5%)	2.556 (3.4%)	18.439 (24.2%)	76.027 (100%)
LT 25.11.45	48.916 (70.2%)	19.083 (27.4%)	1.709 (2.4%)	---	69.708 (100%)

Der Schlüssel zum Verständnis des Wahlergebnisses liegt bei den kleineren Rechtsparteien der Ersten Republik - der Großdeutschen Volkspartei, dem Landbund und, ab den Nationalratswahlen 1927, den Nationalsozialisten. Sie brachten während der gesamten Ersten Republik fast immer gleich viel Stimmen auf wie die SDAP - mit Ausnahme der für die SDAP katastrophalen Wahlen von 1932: Damals wurden die kleinen Rechtsparteien durch den rapiden Stimmenzuwachs der Nationalsozialisten (von 860 im Jahre 1930 auf 8.033 im Jahre 1932) nach vorn katapultiert. Legt man jedoch die etwa dem Durchschnitt der Ersten Republik entsprechenden Wahlen des Jahres 1930 einem Vergleich zugrunde, so erzielte die SP einen Zuwachs von 6,5 Prozentpunkten am Gesamtergebnis oder von rund 3.000 Stimmen, während die Gesamtwählerzahl - durch das Wahlverbot für NSDAP-Mitglieder bzw. -Anwärter und infolge der Zahl der Kriegsoffer sowie der noch nicht heimgekehrten Gefangenen - um fast 7.000 abgenommen hatte. Trotz des Stimm-

rechtsverbots für rund 15.000 Nationalsozialisten dürfte der Wählerzuwachs für die beiden Großparteien ÖVP und SPÖ zu 80% aus jenem sozialen Lager gekommen sein, das früher für eine der kleineren Rechtsparteien votiert hatte (29).

Die Bestätigung für diese Vermutung lieferten die Landtagswahlen vom 9. Oktober 1949, bei denen mit dem "Verband der Unabhängigen" (VdU), der späteren FPÖ, wieder eine Partei zugelassen war, die den kleinen Rechtsparteien der Ersten Republik entsprach. ÖVP und SPÖ verloren damals je drei Mandate, die SPÖ rutschte im Landtag, zum ersten und einzigen Mal in der Zweiten Republik, an die dritte Stelle (30).

Nun, wie immer man das Ergebnis der Wahlen vom November 1945 wendet: Das sozialdemokratische und das christlich-konservative Lager hatten sich zahlenmäßig in einem ähnlichen Verhältnis reorganisiert, wie es schon in der Ersten Republik bestanden hatte. Ein bruchloser Anschluß also an die Zeit vor 15 Jahren? Kaum, denn auf der betrieblichen Ebene hatte sich gleichzeitig mit dem Wahlerfolg der SPÖ eine Entwicklung angebahnt, die auf eine tiefe Entpolitisierung der Arbeiterschaft hinvies.

Bis Ende 1945 hatten in 531 Betrieben und Ämtern mit insgesamt 15.746 Beschäftigten Betriebsrats- und Vertrauensmännerwahlen stattgefunden. Das Ergebnis war für die sozialistischen Gewerkschafter wenig erfreulich: Fast die Hälfte der Gewählten, nämlich 528, deklarierte sich als parteilos, 341 bekannten sich zur ÖVP, nur 275 zur SPÖ und 43 zur KPÖ (31). Die sozialistischen Gewerkschafter konnten bis zum Beginn der fünfziger Jahre diese Tendenz zwar abschwächen und Ende 1951 rund 40% der Betriebsräte und Vertrauensleute, somit wenigstens eine relative Mehrheit, für sich reklamieren; die Stärke der "Parteilosens" vor allem in den Klein- und Mittelbetrieben des Landes vermochten sie jedoch nicht wesentlich zu verringern (32).

WIEDERERRICHTUNG VON GEWERKSCHAFT UND ARBEITERKAMMER

Bereits Ende August 1945 bestanden in Vorarlberg "Vorbereitende Ausschüsse" zur Gründung des Gewerkschaftsbundes. Sie waren - wie der Bludenzner Sechser-Ausschuß - in der Regel paritätisch mit Angehörigen von ÖVP, SPÖ und KPÖ besetzt und arbeiteten mit der "Österreichischen demokratischen Widerstandsbewegung" zusammen, um Zugang zu den Betrieben zu erhalten (33). Durch eine

Verlautbarung vom 17. September 1945 stellte die französische Militärregierung die Gewerkschaftsfreiheit wieder her. Kurz darauf traten in Bregenz die bereits existenten Bezirksausschüsse zusammen und bildeten eine provisorische Landesexekutive, bestehend aus je vier Vertretern der drei politischen Parteien. Die neue Einheitsgewerkschaft, die fraktionell gegliedert war, ernannte mit Hans Ciresa und Anton Linder aus Feldkirch zwei Sozialisten zum Vorsitzenden beziehungsweise zum Sekretär. Feldkirch wurde auch der Sitz des gewerkschaftlichen Landessekretariats, das am 1. Oktober 1945 seine Tätigkeit aufnahm (34).

Am 8. Dezember 1945 fand dann in Feldkirch die erste Landeskonferenz des Österreichischen Gewerkschaftsbundes für Vorarlberg statt. Eine von Sekretär Linder vorgelegte und von der Konferenz angenommene Resolution forderte - neben dem Abschluß von Kollektivverträgen zur Wahrung und Verbesserung des Lebensstandards - vor allem die "Ausschaltung aller jener Kräfte aus Wirtschaft und Verwaltung, die als exponierte Faschisten direkt oder auch indirekt als Geldgeber an dem Unglück Österreichs schuldig wurden", sowie die "kommissarische Leitung privater Industrie- und Wirtschaftsbetriebe, aus denen Nazi-Unternehmer entfernt werden, im Einvernehmen mit den im Betriebe Beschäftigten" (35). Die Richtung dieser Entschließung war klar: Entnazifizierung sollte mit betrieblicher Mitbestimmung verknüpft werden. Es war auch leicht zu erkennen, welche Unternehmen im Textiland Vorarlberg für solche Maßnahmen in Frage kämen.

Klartext sprach in dieser Angelegenheit der sozialistische Gewerkschafter Hans Draxler, Landesrat und Vorstandsmitglied der Arbeiterkammer, als Delegierter zum Parteitag der SPÖ in Wien im November 1946: "Wir wissen, daß es gerade die Textilbarone waren, die nicht unbeträchtliche Mittel dem Nationalsozialismus zur Verfügung gestellt haben. ... Wir in Vorarlberg sind der Ansicht, ... daß die Betriebe so schnell wie möglich ... einer Verstaatlichung zugeführt werden" (36).

Bei diesem Verstaatlichungsprojekt ist der Wunsch der Vater des Gedankens geblieben. Die sozialistischen Gewerkschafter des Landes entwickelten keine Strategie, die die Kombination von Verstaatlichung, Mitbestimmung und Entnazifizierung zu einem Anliegen weiterer Kreise der Arbeiterschaft gemacht hätte. Und die Gewerkschaftskollegen von der ÖVP waren bei der Verstaatlichung sowieso zurückhaltend: Der Obmann des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes, Nationalrat Franz Grubhofer, erklärte, die bloße Verstaatlichung liege nicht im Interesse der Arbeiter, weil der Großunternehmer nur gegen den nicht mehr zu kontrollie-

renden Arbeitgeber "Staat" ausgetauscht würde (37). Das schlechte Abschneiden der Sozialisten bei den ersten Betriebsratswahlen machte außerdem deutlich, daß in jener kurzen Zeitspanne, in der eine Verknüpfung von Entnazifizierung und Sozialisierung gerade der großen Vorarlberger Textilfirmen vielleicht möglich gewesen wäre, der erforderliche Druck von der Basis, vor allem von der Textilarbeiterschaft selbst, nicht ausgeübt wurde.

Diese mangelnde Mobilisierung der Basis ließ schließlich selbst die Position der sozialistischen Gewerkschafter in der Landesexekutive des ÖGB kritisch werden: Die VP-Gewerkschafter verlangten unter Berufung auf die Betriebswahlergebnisse mehr Einfluß - und sie erhielten ihn auch, allerdings nicht im ÖGB, sondern in der Arbeiterkammer.

Der Wiedererrichtung der Vorarlberger Arbeiterkammer waren rund zwei Monate lang Verhandlungen zwischen SP- und VP-Gewerkschaftern vorangegangen. Schließlich gelangte man zur Vereinbarung, die Mandatszahlen für die provisorische Zusammensetzung der Kammer zwischen SPÖ, ÖVP und KPÖ mit 23 : 20 : 5 festzulegen. Die SP-Fraktion durfte den ersten Präsidenten der Kammer stellen, die ÖVP den ersten und die KPÖ den zweiten Vizepräsidenten. Der wohl entscheidendste Schritt war, daß der VP-Fraktion die Nominierung des ersten Sekretärs der Kammer zugestanden wurde - mit der Einschränkung, daß es sich dabei nicht um einen prominenten Politiker oder um einen ehemaligen hochrangigen Heimwehrmann handeln durfte (38).

Am 22. Juni 1946 konstituierte sich schließlich in Feldkirch die Vollversammlung der Arbeiterkammer. Anton Linder wurde Kammerpräsident, erster Vizepräsident wurde Josef Kraft (Dornbirn) von der ÖVP, zweiter Josef Noflatscher (Bludenz) von der KPÖ. Josef Kraft trat auch die Stellung des ersten Sekretärs an, um die die VP-Fraktion so intensiv gerungen hatte. Mit Kraft, der in der Folgezeit häufig bei Gewerkschaftsversammlungen referierte, zog ein erfahrener Funktionär der christlichen Arbeiterbewegung in die neugebildete Arbeiterkammer ein: Er war von 1924 bis 1938 Sekretär der Christlichen Textilarbeitergewerkschaft gewesen und hatte in den zwanziger Jahren der Landesleitung des christlichen Vorarlberger Arbeiterbundes angehört (39).

Bei dieser Konstellation ist es wenig verwunderlich, daß die Gründungsvollversammlung der Arbeiterkammer - im Gegensatz zum Gewerkschaftsbund - keine gesellschaftspolitischen, sondern lediglich lohnpolitische und arbeitsrechtliche Forderungen, etwa die nach einer grundsätzlichen Angleichung der Stellung von Arbeitern und Angestellten im Sozialrecht, erhob (40).

WEICHENSTELLUNG

Spätestens in der ersten Jahreshälfte 1946 war klar geworden, daß Hoffnungen der Vorarlberger Sozialisten auf gründliche gesellschaftliche Veränderungen und auf eine starke Aktivierung der Arbeiterschaft zwar nicht gerade völlig zurückgenommen, aber doch an die Realitäten angepaßt werden mußten. Elf Jahre ohne die Möglichkeit zu freier Organisation hatten die Arbeiterschaft entpolitisiert, Erfahrungen und Lernprozesse früherer Generationen weitgehend verschüttet. Aus dem Zweiten Weltkrieg war – im Gegensatz zum Ersten – keine selbstbewußte Arbeiterschaft zurückgekommen, die den Verfall militärischer Autorität unmittelbar erlebt und mitbewirkt hätte; vielmehr waren die Arbeiter und die "einfachen" Leute generell bis zum Kriegsschluß recht ohnmächtig geblieben – fremde Militärmacht hatte den Faschismus beseitigt, und nicht eine Revolution im Innern. Die Anpassung an die Schwerkraft der Verhältnisse, die der ÖVP und ihren Gewerkschaftern zur zweiten Natur geworden war, versprach da politisch mehr Erfolg als der Ruf nach einem neuen Aufbruch.

In ihrer Mitgliederentwicklung machte die SPÖ einen raschen Sprung – einiges über den Höchstwert der SDAP in der Ersten Republik. 2.216 Mitglieder hatte die SDAP zum Jahresende 1932 nur noch gehabt; Ende 1945 waren es wieder 2.415, zur Jahresmitte 1946 2.936 und am Jahresende 4.010 (41). Aus einer Partei der Ersten Republik, der die Konservativen immer wieder das Heimatrecht bestritten hatten, war mit der SPÖ im Vorarlberg der Nachkriegszeit ein politischer Faktor geworden, der sich langsam, aber beschäftigungs- und rekrutierungswirksam, in den bürokratischen Bastionen des Landes festsetzte: Die Partei hatte ihre Vertreter nicht nur, wie früher schon, im Arbeitsamt und in der Arbeiterkammer, sondern nun auch in der Landeshypothekenbank, in der Landesfeuersicherung, im Verwaltungsrat der Vorarlberger Kraftwerke und im Verwaltungsrat der Illwerke (42).

Auf der Ebene der politischen Pragmatik war dies die Fortsetzung der "Burgfriedenspolitik" der ersten Monate nach dem Mai 1945 – mochte dem auch die Programmatik und das verbale Rüstzeug der Parteipresse widersprechen. Recht deutlich wird diese Spannung zwischen Anpassung und Veränderungswillen bei der Gestaltung der 1.-Mai-Feiern 1946. Auch hier erweisen sich, wie früher schon so oft, die 1.-Mai-Feiern als Seismograph der politischen Bewegung (43):

In Bludenz hatten sich die Sozialisten vorgenommen, "die Feier am 1. Mai so zu gestalten, wie wir sie vor dem Jahre 1934 immer



"... die Feier so gestalten, wie wir sie vor 1934 immer durchgeführt haben": Arbeiter-Radfahrer beim Bludenzner Mai-Aufmarsch 1946.

durchgeführt haben". Die Feldkircher Sozialisten demonstrierten unter der bürgerlich-radikalen Parole "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit"; am Abend gastierte die Vorarlberger Landesbühne mit einer Festvorstellung des "Zerrissenen". In Bregenz versuchte man es im Anschluß an den Mai-Umzug mit etwas Neuem: Nach einer kurzen Programmfolge mit Musik, zwei Liedern, Spruch, Begrüßung und Sprechchor gab es "Eine Stunde Löwingerbühne" (44).

Diese unterschiedliche Typik von Mai-Feiern gibt alles eher als eine ironische Pointe. Sie zeigt nur die beträchtliche Schwierigkeit der sozialistischen Arbeiterbewegung Vorarlbergs, nach 1945 irgendwo zwischen trotzigem Traditionalismus und Anpassung an den vermeintlichen Zeitgeist ihren Weg zu finden.

ANMERKUNGEN

- 1) Löffler-Bolka, Dietlinde: Vorarlberg 1945. Das Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse in Vorarlberg im Jahre 1945. Bregenz 1975, S. 132.
- 2) VN, 19.9.1945.

- 3) Amtsblatt der Landeshauptstadt Bregenz, Nr. 2, 23.6.1945 (StABr).
- 4) Amtsblatt (Anm. 3), Nr. 3, 1.7.1945.
- 5) Interviews mit Josef Mayer, Bregenz, 24.3.1983, und Anton Mayrhauser, Bregenz, 29.7.1983, sowie Aufzeichnungen von Gesprächen mit Josef Greussing, Lauterach, August 1970.
- 6) Löffler-Bolka (Anm. 1), S. 162.
- 7) Ebenda, S. 163 f.
- 8) Zum Beispiel der Pressereferent der "Widerstandsbewegung" (und späteren "Freiheitsbewegung"), Dr. B.A., der am 30. Jänner 1946 von der französischen Polizei verhaftet wurde; s. "homunculus", Nr. 8, 2. Jännerheft 1946 (VLB).
- 9) VV, 31.12.1945.
- 10) Protokoll des Parteitages der SPÖ, Wien, 15. bis 17. November 1946. Hg. Parteivorstand der Sozialistischen Partei Österreichs. Wien o.J., S. 138f.
- 11) VLSS 1947, 2. Sitzung am 24.3.1947, S. 13-19.
- 12) Resolution der Ortsstelle Feldkirch der Österreichischen demokratischen Widerstandsbewegung vom 15.11.1945; Originalabzug im Privatarchiv G. Wanner, Feldkirch.
- 13) Löffler-Bolka (Anm. 1), S. 166 f.
- 14) Dieses und die folgenden Zitate aus VN, 22.10.1945.
- 15) VN, 24. und 25.9.1945 sowie 11.10.1945.
- 16) Amann, Gebhard: Werden und Wirken der christlichen Arbeiterbewegung Vorarlbergs. Hohenems o.J. (Typoskript), S. 43; VLSS 1945/46, S. 111.
- 17) VVW, 15.11.1945.
- 18) Amtsblatt (Anm. 3), Nr. 3, 1.7.1945; Nr. 8, 19.8.1945.
- 19) Wahlflugblatt der SPÖ-Landesorganisation Vorarlberg, November 1945 (Original im Besitz des Verf.).
- 20) VV, 14.12.1945.
- 21) VV, 27.12.1945.
- 22) TZ, 20.11.1945.
- 23) TZ, 23.11.1945.
- 24) Amtsblatt (Anm. 3), Nr. 25, 16.12.1945.
- 25) Amtsblatt (Anm. 3), Nr. 27, 30.12.1945.
- 26) Amtsblatt (Anm. 3), Nr. 26, 23.12.1945.
- 27) VLSS 1945/46, S. 111; Amann (Anm. 16), S. 43.
- 28) Nach VWSSt, 1. Jg., 1945, S. 170 f. und 174, sowie Amtsblatt (Anm. 3), Nr. 25, 16.12.1945.
- 29) Vgl. VWSSt, 1. Jg., 1945, S. 175.
- 30) Vgl. Burmeister, Karl Heinz: Geschichte Vorarlbergs (2. Aufl.). Wien 1983, S. 200.
- 31) Sozialistische Partei Österreichs, Landesorganisation Vorarlberg (Hg.): Bericht der Landesparteivertretung an den 3. Landesparteitag am 29. und 30. Mai 1948 in Bludenz. O.O., o.J. (Dornbirn 1948), S. 24.
- 32) Hierzu sowie zu einer ausführlichen Darstellung der Anfangsjahre der Betriebsräte in Vorarlberg s. Wanner, Gerhard: Geschichte der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg nach 1945 (im Erscheinen).
- 33) StABl 7/397.
- 34) Bericht der Landesparteivertretung (Anm. 31), S. 24.
- 35) VVW, 11.12.1945.
- 36) Protokoll des Parteitages 1946 (Anm. 10), S. 139.

- 37) VV, 12.6.1946.
- 38) Bericht der Landesparteivertretung (Anm. 31), S. 25.
- 39) Amann (Anm. 16), S. 40 f.
- 40) VVW, 26.6.1946.
- 41) Bericht der Parteivertretung, vorgelegt dem Parteitag der Sozialistischen Partei Österreichs, Wien, 23. bis 26. Oktober 1947, S. 25; Jahrbuch 1947 der Sozialistischen Partei Österreichs, vorgelegt dem Parteitag 1948, Wien, 10. bis 12. November 1948, S. 29.
- 42) Bericht der Parteivertretung (Anm. 41), S. 84.
- 43) Vgl. den Beitrag von Reinhard Johler in diesem Band.
- 44) VVW, 29.4.1946; 4.5.1946.

Autorenverzeichnis

Hermann BRÄNDLE, geb. 1956, Studium der Germanistik und Geschichte an der Universität Innsbruck, wohnhaft in Bregenz.

Werner DREIER, geb. 1956, Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Innsbruck, wohnhaft in Bregenz.

Gernot EGGER, geb. 1955, Studium der Germanistik und Geschichte an der Universität Innsbruck, wohnhaft in Bregenz.

Kurt GREUSSING, geb. 1946, Studium der Politikwissenschaft sowie der Iranistik, Soziologie und Ethnologie an der Freien Universität Berlin, wohnhaft in Dornbirn.

Reinhard JOHLER, geb. 1960, Studium der Volkskunde sowie der Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Wien, wohnhaft in Wien und Alberschwende.

Reinhard MITTERSTEINER, geb. 1952, Studium der Geschichte und Kunstgeschichte an der Universität Wien, wohnhaft in Wien und Hard.

Gerhard OBERKOFER, geb. 1941, Studium der Geschichte an den Universitäten Innsbruck und Wien, wohnhaft in Innsbruck.

Meinrad PICHLER, geb. 1947, Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Wien, wohnhaft in Bregenz.

Robert SUTTERLÜTTI, geb. 1956, Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Innsbruck, wohnhaft in Innsbruck und Hohenems.

Harald WALSER, geb. 1953, Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Innsbruck, wohnhaft in Altsch.

Bildquellennachweise

- S. 23 Aus: 50 Jahre Marktgemeinde Hard. Hard o.J. (1955)
- S. 31 o. Aus: Hundert Jahre F.M. Hämmerle. Dornbirn 1936 (STABr)
- S. 31 u. Aus: Heimat - Volkstümliche Beiträge zur Kultur- und Naturkunde Vorarlbergs, 7. Jg., 1926, S. 182 (VLB)
- S. 37 Walter Fink, Bregenz
- S. 41 Fritz Mayer, Bregenz
- S. 51 SPÖ-Landesorganisation Vorarlberg, Dornbirn
- S. 58 Aus: 50jähriges Jubiläum der Firma W. Benger Söhne. Stuttgart 1894 (StABr)
- S. 59 Ebenda
- S. 67 Tiroler Landesarchiv, Innsbruck
- S. 78 Allgemeines Verwaltungsarchiv, Wien
- S. 81 Aus: Volkszeitung, 21.12.1900 (Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien)
- S. 85 Aus: Die österreichisch-ungarische Monarchie in Wort und Bild, Band Tirol-Vorarlberg. Wien 1893
- S. 95 Richard Huter, Bregenz
- S. 97 Ludwina Gensberger, Bludenz
- S. 101 Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien
- S. 105 Ludwig Pruner, Bregenz
- S. 106 Ernst Pruner, Bregenz
- S. 115 Richard Huter, Bregenz
- S. 122 Aus: Gebhard Amann: Werden und Wirken der christlichen Arbeiterbewegung Vorarlbergs. Hohenems o.J.
- S. 135 Reinhard Mittersteiner, Hard
- S. 140 Martha Bernardi, Wien
- S. 144 Stadtarchiv Bludenz
- S. 151 o. Stadtarchiv Bregenz
- S. 151 u. Ebenda
- S. 161 o. Josef Schoder, Feldkirch
- S. 161 u. SPÖ-Landesorganisation Vorarlberg, Dornbirn
- S. 170 Dokumentensammlung der Malin-Gesellschaft, Bregenz
- S. 173 Aus: Gebhard Amann: Werden und Wirken der christlichen Arbeiterbewegung Vorarlbergs. Hohenems o.J.
- S. 181 Ernst Pruner, Bregenz

- S. 182 Josef Schoder, Feldkirch
- S. 183 Franz Zoller, Bludenz
- S. 187 SPÖ-Landesorganisation Vorarlberg, Dornbirn (Nachlaß Anton Linder, Feldkirch)
- S. 191 Ernst Pruner, Bregenz
- S. 195 SPÖ-Landesorganisation Vorarlberg, Dornbirn (Nachlaß Anton Linder, Feldkirch)
- S. 199 SPÖ-Landesorganisation Vorarlberg, Dornbirn (Nachlaß Anton Linder, Feldkirch)
- S. 201 Ludwig Pruner, Bregenz
- S. 206 Franz Zoller, Bludenz
- S. 209 Franz Zoller, Bludenz
- S. 211 Franz Zoller, Bludenz
- S. 227 Vorarlberger Landesbibliothek
- S. 228 Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien
- S. 235 Reinhard Mittersteiner, Hard
- S. 237 Nachlaß Pius Moosbrugger, Nüziders
- S. 239 Ernst Moosbrugger, Nüziders
- S. 243 Ernst Moosbrugger, Nüziders
- S. 250 Ferdinand Stroppa, Bludenz
- S. 251 Josef Mayer, Bregenz
- S. 261 Gerhard Winkler, Feldkirch
- S. 262 Herbert Stohs, Dornbirn
- S. 271 Kurt Greussing, Dornbirn (Nachlaß Josef Greussing, Lauterach)
- S. 272 Franz Zoller, Bludenz
- S. 275 Dokumentensammlung der Malin-Gesellschaft, Bregenz
- S. 283 Aus: Dreihammer - Werkszeitschrift der Betriebsgemeinschaft F.M. Hämmerle, Dornbirn-Feldkirch, 2. Jg., Heft 7, Juli 1940 (VLB)
- S. 284 Aus: Dreihammer - Werkszeitschrift der Betriebsgemeinschaft F.M. Hämmerle, Dornbirn-Feldkirch, 1. Jg., Heft 11, Nov. 1939 (VLB)
- S. 286 Dokumentensammlung der Malin-Gesellschaft, Bregenz
- S. 289 Aus: Vorwärts Aufwärts. Betriebszeitung der Textilwerke Schindler & Cie., Nr. 1/1940 (VLB)
- S. 291 Aus: HR-Echo. Werkszeitschrift der Betriebsgemeinschaft Herrburger u. Rhomberg, Dornbirn-Innsbruck-Wien, 6. Jg., März-April 1943 (VLB)
- S. 295 Dokumentensammlung der Malin-Gesellschaft, Bregenz
- S. 300 Adolf Bösch, Lustenau
- S. 301 Vorarlberger Illwerke AG, Bregenz

- S. 303 Dokumentensammlung der Malin-Gesellschaft, Bregenz
- S. 314 Harald Walser, Altach
- S. 315 Aus: Vorarlberger gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft m.b.H.: Geschäftsbericht 1940. O.O. (Bregenz), o.J. (1941) (VLB)
- S. 319 Aus: Sozial-Bericht der Wollgarn-Spinnerei Schoeller Bregenz für das Kalenderjahr 1939. O.O. (Bregenz), o.J. (1940) (VLB)
- S. 321 Aus: Dreihammer - Werkszeitschrift der Betriebsgemeinschaft F.M. Hämmerle, Dornbirn-Feldkirch, 2. Jg., Heft 1, Jänner 1940 (VLB)
- S. 323 Vorarlberger Landesbibliothek
- S. 331 Stadtarchiv Innsbruck
- S. 349 Kurt Greussing, Dornbirn (Nachlaß Josef Greussing, Lauterach)
- S. 355 Maria Thurner, Bludenz (Nachlaß Michael Nagele, Bludenz)

Namens- und Firmenregister

- Adler Fritz 201
Adler Max 190
Adler Victor 62, 76f.
Amann Jakob 266
Amann Ludwig 39
Amberg Adolf 52
Ammann, Arzt 60
Armellini Giovanni 145
Artner Lina 333f.
Attlmayr, Bhptm. 64
- Balabanoff Angelika 154
Bartels, Uhrmacher 225
Barra, Geistlicher 150
Bauer Otto 202, 248
Batitko Wassilij 307
Bayerische Leichtmetallwerke
300
Bazzanella Domenico 145
Beck, Arzt 60
Beck Johann 44, 46ff., 49, 53
Beck, Katechet 123
Beer, Sozialdemokrat 77
Belli Josef 61
Beneke Johann 39
Benger und Söhne 58f., 297
Bernardin Simone 145
Berchtold Anton 61f.
Berchtold Siegfried 162
Bernard, Kreisleiter 328
Bernhard, Schuster 226
Bertel, Kommunist 250
Berthold M. 39
Bertsch Jakob 187, 343, 350
Bertsch Johann 60
Bluch Ignaz 61
Bilgeri, Lindau 46
- Bohle, Fröhmesser 254
Bohle Lorenz 264
Böhler Johann G. 265
Böhr Adrian 40, 42f.
Bonvini Angelo 148
Boschek Anna 101f.
Botz Gerhard 309
Brandis Clemens 35
Brändle Hermann 19
Brotzge Karl 39
Brüggeler, Sozialdemokrat 88
Büchele Anselm 53, 103
Buchmann Max 53
Bürckel Joseph 327
Burmeister Karl Heinz 318
Byr Robert 40
- Cerkl Josef 186, 188, 192
Ciresa Hans 352
Colomano Severin 148
Coufal Johann 74ff., 92, 95,
230
Czinglar Franz 327f.
- Dämon Hans 94
Danko Samuel 53
Danneberg Robert 200, 207
Degasperi Alcide 149f.
Degerdon/Textilveredlung 268
Depasqua Leonardo 145
Dollfuß Engelbert 16, 185,
208, 259, 312
Doppelmeier/Schlosserei 76, 118
Dornier-Werke 300
Douglass und Comp. 24
Draxler Hans 344, 350, 352
Dreier Werner 15

- Drexel Benedikt 39
 Drexel Karl 16, 18, 87, 89ff.,
 114f., 121f., 124, 169, 178f.
 Dummeldinger, Hard 46f.
 Dünser Anton 86
 Dür Lorenz 170f., 310

 Eberharter Berta 333
 Ebner-Rofenstein Johann N. v.
 33
 Edelbauer Josef 38
 Edelmann und Co. 326
 Egger Gernot 18f.
 Ellenbogen Wilhelm 76, 86
 Ender Otto 17, 162, 177f., 196
 205, 208, 242, 248, 254, 260
 Engelhart J. M. 43
 Engels Friedrich 52, 61f.
 Epple Alfred 141
 Ertl Eduard 86ff., 92, 111, 153
 Exner, Sozialdemokrat 76
 Eyring Christian 171, 173

 Fäßler Josef A. 265f.
 Feßler Agathe 121
 Feßler Anton 44
 Felder Franz Michael 36ff.
 Felder Johann J. 36
 Feuerstein, Priester 87
 Fexer Franz 80
 Filzer Johann 146
 Fink Jodok 89f.
 Fleming August 52
 Flöckinger, Schneider 226
 Flor Silvio 147
 Florencourt Bernhard v. 58
 Flügel Albert 334
 Fritsch Josef 39
 Fritsche Victoria 333
 Fritz Wilhelm 92
 Fuchs Josef 39
 Fußenegger, Dachdecker 79

 Gabriel Meinrad 60
 Ganahl Hans 269
 Ganahl Johann Josef 24
 Ganahl Karl 23, 136, 139, 141
 Ganahl u. Comp. 24, 203,
 284f.
 Gassner Richard 27
 Gasperini Domenico 150, 152f.
 Gaudel, Schlossermeister 84
 Germann A. 63
 Getzner Christian 23
 Getzner u. Comp. 24, 109
 Getzner, Mutter & Cie. 136f.,
 141, 153
 Goebbels Joseph 312
 Göring Hermann 312
 Gosetti Carlo 147, 149
 Gosetti J. 148
 Gottardi Rafael 145
 Grabmayr Josef v. 45
 Grasmayer/Spinnerei 24
 Greussing Josef 271ff., 344
 Greussing Kurt 21
 Grubhofer Franz 352
 Gugele, Schuster 226
 Gutensohn Johann 294
 Gysi Konrad 40

 Hackl Georg 62
 Hagmann Franz 83
 Hainisch Klemens 54
 Halbeisen Johann 35
 Haller Max 343, 348, 350
 Hammer Alois 271
 Hammer Johann 35
 Hämmerle Franz 322
 Hämmerle F.M. 31, 109f., 117
 136, 166, 268, 270, 283f.,
 288, 292, 296, 319, 321ff.
 Hämmerle Meinrad 310
 Hanisch Ernst 322, 324f.
 Hardegger Johann 52

Harrich Josef 79f.
 Hartmann Johann 53
 Haubenberger Karl 343
 Heine Johann 78
 Heine und Comp. 113
 Heinzle Johann J. 78
 Heißen Johann 39
 Hemala Franz 123
 Hentschel Georg F. 325f., 329f.
 332, 336
 Herburger Martin 46ff.
 Hermann Alexander 39, 46,
 53, 88f.
 Hermann Augustin 53
 Hermann Hermann 91
 Herrburger u. Rhomberg 108,
 270, 291
 Herrlein Konrad 38
 Hidler Walter 327
 Hillegeist Friedrich 269
 Himmer Elsa 294
 Himmer Wilhelm 294f.
 Hitler Adolf 263, 311f., 315
 Hof Heinrich 53
 Hofer Andreas 94
 Hofer Franz 316, 327f.
 Hofer Johann 25
 Hofer Josef 25
 Hoff Johann 42
 Hofmann, Gestapo-Mann 330
 Hofschuster Michael 48, 60
 Hofstetter Robert 60
 Hollenstein Stephanie 95
 Holzhammer Josef 75, 77f.
 Hozdupulus Konstantin 332
 Huber Josef A. 34f.
 Huberlich Ignaz 188
 Hueter, Liberaler 87
 Hummel, Pfarrer 40
 Hungerbühler Konrad 113, 124
 Hutter Anton 326ff.
 Hutter Armin 328
 Idl Andrä 212
 Ilg Ulrich 178, 343, 347
 Illwerke AG 182, 184, 282,
 294, 299, 301, 315
 Jalowetz, Schuster 226
 Jäkh Kaspar 52
 Jehly, Liberaler 89
 Jenny Samuel 139
 Jenny & Schindler 24, 109,
 136f., 140f., 151, 269
 Jöhler Reinhard 17
 Joscht Carl 73, 75
 Jubele, Liberaler 89
 Kaff, Sozialdemokrat 77
 Kalb, Sozialdemokrat 88f.
 Kapper Franz 52
 Kareis Walter 343
 Karl I., Kaiser 99, 174
 Kastner/Weberei 136, 268
 Kaufmann Albert 56
 Kaufmann Josef 46f., 53, 56f.
 Kauffmann Richard 38
 Kautsky Karl 62
 Kennerknecht Josef 89, 171, 173
 Klos Karl 188
 Klocker, Liberaler 89
 Knapp Anton 42
 Knobelspiess, Schuster 226
 Knoll Magdalena 333f.
 Kodzamanis Konstantinos 302ff.
 Kofler, Südtirol 75
 Kompein Simon 269, 275
 Kopf und Comp. 24
 Körner Theodor 210
 Köstenberger Anton 274
 Krafft/Schuhfabrik 85
 Kraft Josef 171, 173, 269, 353
 Kraller Albert 60
 Krause Gustav 39
 Kremmel, Liberaler 89

- Kriawa Ferdinand 125f.
 Kubisz Mieczyslaus 302
 Kuhn Heinrich 61
 Kühne Michael 60
 Kühnl Reinhard 308
 Kulemann Peter 200
 Kunschak Leopold 114f., 204
- Lafargue Paul 61
 Landsberger/Uhrenfabrik 118
 Längle Benedikt 114
 Lasalle Ferdinand 36, 43, 46
 Lasser Josef v. 27
 Laszlo Ferdinand 335
 Lechleitner Karl 39, 48
 Leibfried Hermann 80, 82ff.,
 85f., 90ff., 97, 99, 104, 114
 Leibfried Marie 95
 Leimgruber Ignaz 74, 76, 112
 Leimgruber Michael 53
 Leo XIII. 114, 117, 254
 Leuprecht Ferdinand 254
 Ley Robert 283, 321f., 327
 Liebknecht Wilhelm 61
 Linder Anton 92, 97, 162, 179,
 184, 186ff., 192, 197, 202,
 210, 271, 352f.
 Lindner Karl 39
 Lingg Josef 60
 Lorenz Thomas 78, 88
 Lorünser Zementwerke AG
 19, 325, 326ff., 331ff.
 Lutz Jakob 61f.
- Maischenhofer, Höll u. Comp.
 119
 Maritschnigg, Schuster 62
 Markart Coloman 80ff., 103
 252
 Martinez, Polizeidirektor 33
 Marx Karl 25, 46, 52, 61f.
 Matt Moriz 269
- Matt Simon 60
 Mauthe Friedrich 61
 Max, bayer. Regent 242
 Mayer Anna 333f.
 Mayer Fritz 21
 Mayer Hans 343
 Mayer Hugo 188
 Mayer Johann 186
 Mayer Josef (Bürs) 333f.
 Mayer Josef (Bregenz) 343
 Mayer, Präses 121
 Mayerhofer Heinrich 84
 Mazur Florian 302
 Meißner Alfred 40
 Meusbürger, Bhptm. 57
 Milanos Anastasius 332
 Mittersteiner Reinhard 13
 Moosbrugger Jacob 246
 Moosbrugger Kaspar 36ff.
 Mozart W.A. 245f.
 Müller Edwin 325ff., 329ff.,
 334ff.
 Müller Jakob 60
 Müller Johann 24
 Müller, Schuster 226
 Mussolini Benito 153, 315
 Mutter Johann 53
 Mutzbauer Friedrich 62
 Mutzbauer Heinrich 61
- Nagel, Kaplan 150
 Nägele Hans 30
 Nägele Michael 344
 Nansen Ferdinand 193; 212f.,
 250
 Natter Martin 126
 Nesler Emil 343
 Neuner Josef A. 45, 54, 56
 Niedermaier Anton 38
 Noflatscher Josef 353
 Nötscher Therese 76, 100, 102
 Novacek R. 245
 Nowakowski Alois 302

- Oberkofler Gerhard 12
 Ölz Albert 205
 Orel Anton 121
 Oster Maria 289

 Paluselli Giuseppe 145, 148f.
 Papiergarn-AG 98
 Paschinger Johann 53, 56
 Paterno Hilar 294
 Pazont Therese 95
 Pechota Franz 79f., 82ff., 85,
 108
 Pelinka Anton 172
 Perlmooser AG 326f.
 Pernerstorfer Engelbert 76f.
 Pesta Karl 177
 Peter Josef 247, 348
 Petrik Karl 77
 Peyerl Franz 328
 Pichler Anton 180, 183
 Pichler, Kaufmann 40
 Pichler Meinrad 19
 Pius XI. 204
 Plankensteiner Anton 284
 Popp Adelheid 101f.
 Poschinger Franz 46, 48f.
 Preiß Fritz 104, 186ff., 198ff.,
 202, 244
 Protiva Eduard 62
 Proudhon Pierre Joseph 36
 Pumm, Sozialdemokrat 88f.
 Pümpel Josef 60

 Rappel Johann 39
 Raubitschek Adolf 53
 Rauscher Franz 187
 Reiner Eduard 40
 Reitmann Eva 200
 Renner Karl 308
 Reis/Weberei 108f.
 Rhomberg Franz M. 137, 282,
 287, 291, 294
 Rhomberg Martin 24

 Rhomberg und Comp. 24
 Riedl Josef 194
 Röhm Ernst 18, 311
 Rohner Alois 171
 Rosenthalsche AG 109f.
 Rossini Giacomo 245
 Roßkopf Robert 335
 Rosthorn Josef 25, 58
 Rüscher Georg 37

 Salzgeber Josef A. 274
 Salzmann/Dampfsägefabrik 65
 Salzmann Johann 24
 Sardagna, Bhptm. 57, 64f.
 Saska Ignaz 66, 73, 75
 Sauckel Fritz 299
 Saurer/Maschinenfabrik 98
 Sautter Gebhardt 42
 Saxl Johann 46
 Schartner Alois 171
 Scheffknecht/Stickerei 270
 Scheu J. 245
 Scheuch Manfred 32, 74, 138
 Schertler/Spinnerei 24
 Schiller Friedrich 150, 244
 Schindler/Spinnerei 139
 Schlesinger Therese 101
 Schlüter Anton 179, 188
 Schoder Josef 183, 270
 Schoeller/Wollgarnspinnerei
 287, 319, 322, 324
 Schönherr Margit 318
 Schrammel J. 245f.
 Schrammel, Sozialdemokrat 76
 Schrattenecker Franz 85f.
 Schuhfabrik Krafft 85
 Schulian Wilhelm 39
 Schulze-Delitzsch Hermann 43
 Schurrenberger Jean 114
 Schuschnigg Kurt 259, 261, 269
 Schwarz Georg 42
 Schwärzler August 343
 Schwertling Karl v. 45

- Schwimmer Johann 126
 Schwinghammer Mathias 84
 Seewald Johann 294, 296
 Segato, Händler 150
 Sedlinitzky Josef 35
 Seidl Amalie 102
 Seidl Jakob 39
 Seipl Ignaz 178
 Settle Heinrich 86
 Seyffertitz Karl 40
 Sieß Wilhelm 172, 185ff., 267
 Skaret, Parteisekretär 80
 Smetana, Liberaler 89
 Sohm Arthur 294f.
 Sommer Franz 38
 Spagolla Maria 135f.
 Spindelhofer Rudolf 73
 Spiegel Martin 96
 Spindler Samuel 179, 181, 185,
 205
 St. Julien, Bhptm. 63
 Staffler Johann J. 23f.
 Starhemberg Rüdiger 347
 Stark, Realschullehrer 40
 Stefanelli, Staatsanwalt 194
 Stellmacher Hermann 56
 Steurer Konrad 35
 Stockinger Walter 312
 Strasser, Pfarrer 253
 Strauß Johann 245
 Suchard/Schokoladenfabrik
 287
 Sutter Gebhard 53
 Sutterlütli Robert 14

 Taaffe Eduard 44f., 51, 57
 Thaler Matthias 274, 304
 Thiergarten Ferdinand 39, 42,
 47
 Thurnher Martin 90
 Thompson Edward P. 106
 Toneta Josef 147
 Tomaselli Peter 286f.

 Troidl Otto 171, 173
 Troppmayer Max 328
 Tschabrun Alois 316
 Turek Maria 95

 Ulmer Adam 24
 Ulmer Andreas 253
 Ulmer Eduard 343
 Ulmer Johann G. 24
 Ulmer, Pfarrer 103
 Ulmer und Comp. 24
 Ulrich Brigitte 102

 Valentini Ferdinand 249
 Vogelsang Carl 169
 Vogewosi Ges.m.b.H. 316
 Vorhauser Johann v. 54, 56

 Wachter Julius 343
 Wagner Richard 190
 Wahsel Hans 271, 343
 Waitz Sigismund 167, 174f.,
 254
 Walser Harald 19, 262
 Walter, Christlichsozialer 89
 Watzek Adolf 269
 Weidenholzer Josef 202
 Weitling Wilhelm 34
 Welte Albert 89, 171
 Widholz, Sozialdemokrat 77
 Widmann Bohuslav v. 56
 Widmer Beda 37
 Wieland Josef 285, 294
 Winder Peter 265f.
 Winsauer Ernst 265
 Wisiol Robert 212
 Wober Franz 84
 Wohlwend Fidel 24
 Wolf Anton 39
 Wolff Wilhelm 61
 Würbel Karl 183

 Yoerg Martin 38, 42

Zahnradfabrik Friedrichshafen

300

Zanghellini Giuseppe 145

Zimmerl Friedrich 40, 42

Zoller Franz 271

Zuppinger/Stickerei 118

Weitere Titel der Reihe

Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs:

Meinrad Pichler (Hrsg.)

Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte

Dermutz/Klein/Nick/Pelinka

Anders als die Anderen? – Politisches System, Demokratie
und Massenmedien in Vorarlberg

Markus Barnay

Pro Vorarlberg – Eine regionalistische Initiative

In Vorbereitung:

Brändle/Egger/Pichler/Walser

Widerstand und Verfolgung in Vorarlberg 1934–1945
(erscheint im Herbst 1984)

IM PRINZIP: HOFFNUNG

ARBEITERBEWEGUNG

IN VORARLBERG

1870 – 1946

Gerhard Oberkofler	Anfänge – Vom Arbeiterbildungsverein zur Arbeiterpartei (1890)
Reinhard Mittersteiner	Wachstum und Krise – Vorarlberger Arbeiterbewegung 1890 – 1918
Robert Sutterlütli	Italiener in Vorarlberg 1870 – 1914
Werner Dreier	Konjunktur der Hoffnung – Vorarlberger Arbeiterbewegung 1918 – 1934
Reinhard Johler	„Jeatzt würds heall“: Sozialistische Maifeiern in Vorarlberg 1890 – 1933
Gernot Egger	Vorarlberger Arbeiterbewegung im Austrofaschismus 1934 – 1938
Meinrad Pichler	Arbeiteropposition in Vorarlberg während der NS-Zeit
Hermann Brändle / Gernot Egger	Rohstoff Mensch: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in Vorarlberg
Harald Walser	Anspruch und Wirklichkeit: Der Nationalsozialismus und die Vorarlberger Arbeiterschaft
Kurt Greussing	Schichtwechsel – Vorarlberger Arbeiterbewegung im Neuanfang 1945/46



fink's verlag

ISBN 3-900438-07-9